

Andreas Hechler
Olaf Stuve (Hrsg.)

Geschlechterreflektierte Pädagogik gegen Rechts

Verlag Barbara Budrich

Geschlechterreflektierte Pädagogik gegen Rechts

Andreas Hechler
Olaf Stuve (Hrsg.)

Geschlechterreflektierte Pädagogik gegen Rechts

unter Mitarbeit von Christian Beeck

Verlag Barbara Budrich
Opladen • Berlin • Toronto 2015

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Die Drucklegung dieses Buches wurde freundlicherweise gefördert von:

Gefördert durch die Aktion Mensch

Hans Böckler Stiftung
Fakten für eine faire Arbeitswelt.

Rosa Luxemburg Stiftung

© 2015 Dieses Werk ist bei der Verlag Barbara Budrich GmbH erschienen und steht unter der Creative Commons Lizenz Attribution-ShareAlike 4.0 International (CC BY-SA 4.0): https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/.
Diese Lizenz erlaubt die Verbreitung, Speicherung, Vervielfältigung und Bearbeitung bei Verwendung der gleichen CC-BY-SA 4.0-Lizenz und unter Angabe der UrheberInnen, Rechte, Änderungen und verwendeten Lizenz.

www.budrich.de

Dieses Buch steht im Open-Access-Bereich der Verlagsseite zum kostenlosen Download bereit (https://doi.org/10.3224/84740695).
Eine kostenpflichtige Druckversion kann über den Verlag bezogen werden. Die Seitenzahlen in der Druck- und Onlineversion sind identisch.

ISBN 978-3-8474-0695-2 (Paperback)
eISBN 978-3-8474-0841-3 (eBook)
DOI 10.3224/84740695

Umschlaggestaltung: Bettina Lehfeldt, Kleinmachnow – www.lehfeldtgraphic.de Fotos „Zauberwürfel“ Innenteil und Titelbild: Udi Nir & Sagi Bornstein
Lektorat: Andrea Lassalle, Berlin
Satz: Ulrike Weingärtner, Gründau

Inhalt

1. Einleitung **7**
Andreas Hechler und Olaf Stuve

2. Pädagogische Praxen **43**

2.1 Weder ‚normal' noch ‚richtig': Geschlechterreflektierte Pädagogik als Grundlage einer Neonazismusprävention 44
Andreas Hechler und Olaf Stuve

Methode: Praxissituationen entgeschlechtlichen 73
Bernard Könnecke, Vivien Laumann und Andreas Hechler

2.2 Du Mädchen! Funktionalität von Sexismus, Post- und Antifeminismus als Ausgangspunkt pädagogischen Handelns 79
Katharina Debus

Methode: Der große Preis 100
Katharina Debus und Andreas Hechler

2.3 Zur Gestaltung Sozialer Arbeit gegen Rechtsextremismus mit Fokus auf Mädchen und Frauen – eine persönliche Bestandsaufnahme 108
Michaela Köttig

2.4 „Dann bin ich ja gar nicht mehr authentisch" – Die Gefahr von Verkürzungen in der pädagogischen Rechtsextremismusprävention 135
Vivien Laumann und Kevin Stützel

Methode: Begriffe diskutieren 151
Chiara Bothe, Katharina Debus und Olaf Stuve

2.5 „Von richtigen Freundinnen und falschen Freunden" – Ansatz, Erfahrungen und Ableitungen aus der geschlechterreflektierenden Präventionspraxis in der Jugendarbeit 157
Kai Dietrich und Enrico Glaser

2.6 Rechtsextremismus als Herausforderung für frühkindliche Pädagogik – Analysen und Handlungsempfehlungen 177
Heike Radvan und Esther Lehnert

2.7 Sexualisierte Gewalt und Neonazismus am Beispiel der Kampagne ‚Todesstrafe für Kinderschänder' 193
Patrick Wielowiejski und Lena Rahn

2.8 „Die Kritik hatten wir schon“ –
Entgegnungen auf beliebte Verbalstrategien gegen das Eintreten für Geschlechteremanzipation 217
Sebastian Bubner

2.9 Beharrliche Bilder. Bildsprache und geschlechterreflektierte Neonazismusprävention 223
Andreas Hechler

3. Theoretische Praxen 239

3.1 Stille Post. Reformulierungen radikalisierter Männlichkeit in rechten Diskursen 240
Gabriele Kämper

3.2 Wie ein neo-homophober Diskurs funktioniert: Neue rechtskonservative Kämpfe gegen die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt 264
David Nax und Florian Schmitt

3.3 Zur intersektionalen Verfasstheit von Bildern des Ein- und Ausschlusses 284
Meike Günther

3.4 Täterinnenbilder: Geschlecht und Emotion in der Rezeption von Zeitzeug_innen-Erzählungen 303
Katharina Obens

3.5 Zur Renaissance der ‚Erbtüchtigkeit‘ 325
Andreas Kemper

3.6 Überdeterminiert und reichlich komplex. Überlegungen zu Politischer Bildung im Kontext von Postkolonialismus und Postnazismus 343
María do Mar Castro Varela

3.7 Grenzziehungen in der postmigrantischen Gesellschaft: Gesellschaftstheoretische Überlegungen zu Rechtsextremismus und Rassismus in der Bildungsarbeit vor dem Hintergrund des NSU-Komplexes 365
Juliane Karakayalı

4. Von Neoliberalismus und vom Zaubern – Plädoyer für utopische Momente 383
Katharina Debus

Autor_innenangaben 386

Einleitung

Andreas Hechler und Olaf Stuve[1]

Geschlecht und Sexualität spielen in unterschiedlicher Weise eine bedeutende Rolle in neonazistischen Lebenswelten und Ideologien, was lange Zeit von der etablierten Forschung zum Thema Neonazismus/Rechtsextremismus ignoriert wurde (Goetz 2014). Seit Beginn der 1990er-Jahre wird von feministischer Seite auf die Bedeutung von Frauen in der extremen Rechten und deren Weiblichkeitskonstruktionen hingewiesen (Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus o. J.; Bitzan 2013). Eine intensivere Debatte über den Zusammenhang von Männlichkeiten und Neonazismus ist deutlich jünger und bisher noch weniger ausgearbeitet (Geden 2004; Kämper 2005; Möller/Schuhmacher 2007; Claus/Lehnert/Müller 2010; Hechler 2012). Noch neuer sind die Arbeiten und praktischen Angebote bezüglich geschlechterreflektierter Ansätze der pädagogischen Neonazismusprävention (Stuve 2010; Brandt 2010; Amadeu Antonio Stiftung/Radvan 2013).

Mit insgesamt drei Fortbildungs-, Beratungs- und Forschungsprojekten hat *Dissens – Institut für Bildung und Forschung* seit 2009 versucht, auf diese Defizite zu reagieren. Dabei lag der Fokus in dem Projekt *Geschlechterreflektierte Arbeit mit Jungen an der Schule als Prävention rechtsextremer Einstellungen und Handlungsmuster* (Dissens u. a. 2012) zunächst auf der konzeptionellen Verbindung von Ansätzen der geschlechterreflektierten Jungenarbeit mit Ansätzen der Neonazismusprävention im Schulkontext. Die achttägigen Fortbildungsreihen wurden in acht Bundesländern mit Lehrkräften und Schulsozialpädagog_innen durchgeführt. In dem darauf folgenden Projekt *Männlichkeit(en) und Rechtsextremismus* (2011–14) wurde intensiver zur Frage geschlechtsbezogener Attraktivitätsmomente extrem rechter Lebenswelten für junge Männer und Frauen geforscht. Das Erarbeitete mündete in Fortbildungsreihen, die die Zusammenhänge von Rechtsextremismus und Männlichkeits- und Weiblichkeitsanforderungen fokussierten (Debus/Laumann 2014). An die Ergebnisse dieser beiden Projekte schließt das Projekt *Geschlechterreflektierte Neonazismusprävention* an, das seit 2013 läuft und im

1 Wir danken Alice Blum, Katharina Debus, Sven Glawion und Barbara Schäuble für ihre Anmerkungen.

Winter 2015 mit dieser Publikation abgeschlossen wird.[2] Zielgruppe dieses Fortbildungsprojekts sind Pädagog_innen der außerschulischen Arbeit in fünf Bundesländern.

In die hier vorgestellten Ergebnisse sind darüber hinaus Expertisen thematisch anders ausgerichteter Projekte von *Dissens – Institut für Bildung und Forschung* eingeflossen. So trug beispielsweise die fachliche Beratung des Projekts *Aufdeckung und Prävention von sexualisierter Gewalt gegen männliche Kinder und Jugendliche* (2013–16) zur Entwicklung eines Planspiels zur neonazistischen Kampagne ‚Todesstrafe für Kinderschänder' bei. Auf diese Weise konnten wir wichtige Grundlagen der Präventionsarbeit gegen sexualisierte Gewalt in die pädagogische Arbeit gegen Neonazismus integrieren. Forschungsergebnisse aus Dissens-Projekten fließen in diesem Sinne unmittelbar in praktische Kontexte der Pädagogik, Bildungs- und Beratungsarbeit ein. Nicht zuletzt sind auch die Fortbildungsreihen selbst wichtige Inspirationsquellen unserer Praxisforschung. Wir nehmen in ihnen Fragen von Pädagog_innen aus verschiedenen Kontexten auf, begeben uns in gemeinsame Prozesse des forschenden Lernens, überprüfen unsere theorie- und forschungsbasierten Überlegungen zu pädagogischen Fragestellungen und entwickeln unsere Konzepte, Methodik und Didaktik anhand der Fragen aus der Praxis weiter. Diese Schritte forschenden Lernens konnten wir mit vielen engagierten Teilnehmer_innen unserer Fortbildungsreihen, die sich auf intensive Lernprozesse eingelassen haben, gemeinsam gehen. Dafür bedanken wir uns sehr.

So, wie sich die Projekte von *Dissens – Institut für Bildung und Forschung* rund um den Themenzusammenhang Geschlecht und Neonazismus(prävention) zwischen wissenschaftlicher Bearbeitung des Themas, Theoriebildung und pädagogischer Vermittlungspraxis bewegen, so ist dieses Buch in zwei eng miteinander verknüpfte Teile gegliedert. Der erste Teil, *Pädagogische Praxen*, stellt Ansätze pädagogischer und beratender Arbeit mit Multiplikator_innen wie auch mit jugendlichen Zielgruppen und deren Reflexion in den Mittelpunkt. Im zweiten Teil, *Theoretische Praxen*, liegt der Schwerpunkt auf wissenschaftlichen Fragestellungen und theoretisierenden Überlegungen anhand des Themenkomplexes Geschlecht und Neonazismus. Die begriffliche Trennung in *pädagogisch* und *theoretisch* ist dabei nicht scharf, sondern brüchig. Beide Teile sind als ineinandergreifende Interventionen zu verstehen, das Verbindende sind die Praxen. Dieser Verschlungenheit folgend, entsprechen unsere weiteren Ausführungen nicht der tatsächlichen Reihenfolge der Artikel im Buch, auf die wir immer mit dem/den Namen der Autor_in (-nen) ohne Jahreszahl verweisen. Alle Verweise mit Jahreszahlen beziehen sich auf externe Quellen. Mit dem assoziativen Stil erlauben wir uns, hin und

2 Unser ursprünglicher Projekttitel war *Mädchen- und Jungenbilder im Neonazismus – Fortbildung, Praxisprojekte und Beratung für eine Präventionsarbeit*.

her zu springen, Verknüpfungen herzustellen, aber auch weiterzugehen und auf die Artikel im Buch zu verweisen.

Von Geschlechteranforderungen entlasten bedeutet alltägliche Neonazismusprävention

Im Projekt *Geschlechterreflektierte Neonazismusprävention* sind für uns drei Aspekte zentral. Zum einen berücksichtigen wir Geschlecht und Sexualität als zentrale Strukturkategorien für eine Analyse extrem rechter Lebenswelten, Verhaltensweisen und Einstellungen. An zweiter Stelle geht es uns darum, die (pädagogische) Präventionsarbeit gegen Neonazismus um eine geschlechterreflektierte Perspektive zu ergänzen. Zum dritten denken wir Geschlecht und Sexualität mit anderen Herrschaftsverhältnissen und Diskriminierungskategorien als miteinander verschränkt in einer intersektionalen Perspektive zusammen (Hügel u. a. 1993; Lutz/Herrera Vivar/Supik 2010).

Weiblichkeits- und Männlichkeitsanforderungen stellen eine zentrale Analysefolie innerhalb der geschlechterreflektierten Neonazismusprävention dar. Sie helfen, die sich ständig verändernden Geschlechterverhältnisse kontextspezifisch beschreiben zu können. Erst auf dieses Weise können wir begreifen, was jeweils spezifisch von Kindern und Jugendlichen aktuell gefordert wird, um geschlechtliche Anerkennung zu erhalten. Auf dieser Basis kann danach gefragt werden, auf welche Anforderungen Kinder, Jugendliche und Erwachsene reagieren, wenn sie vergeschlechtlicht handeln und inwiefern sie damit an der Reproduktion heteronormativer Zweigeschlechtlichkeit beteiligt sind oder sie unterlaufen.

Vergeschlechtlichungsprozesse werden in einer geschlechterreflektierten Perspektive dementsprechend weder auf Mars und Venus projiziert noch werden sie als biologistische Ableitungen gedacht, denen zufolge Geschlechtsidentitäten geradewegs aus Genen, Hormonen und Gehirnfunktionen entspringen. Vielmehr werden Weiblichkeit und Männlichkeit als soziale Konstruktionsprozesse in einer sozialen Welt heteronormativer Zweigeschlechtlichkeit (an)gesehen, die reale Auswirkungen auf und Wechselspiele mit den jeweiligen Körpern, Habitus, Vorlieben, Geschmäckern, Denk- und Gefühlswelten der Subjekte haben.

Geschlechterreflektierte Pädagogik macht es sich zur Aufgabe, den einengenden und hierarchisierten Geschlechterbildern, -praxen und -anforderungen mit einer Entlastung von diesen Anforderungen und der Erarbeitung alternativer, nicht-diskriminierender Handlungsmuster und Einstellungen zu begegnen.

Aus der Perspektive einer geschlechterreflektierten Neonazismusprävention nehmen wir an, dass Neonazismus nur mit ganz bestimmten Männlichkeiten und Weiblichkeiten funktioniert und eine kritische Auseinandersetzung mit heteronormativer Zweigeschlechtlichkeit unter diesem Gesichtspunkt immer auch neonazismuspräventiv ist. Hat es für Kinder oder Jugendliche keine Bedeutung (mehr), ‚normal' oder ‚richtig' zu sein, dann ist es sehr unwahrscheinlich, dass neonazistische Lebenswelten Attraktivität für sie entfalten, wie wir in unserem Beitrag *Weder ‚normal' noch ‚richtig'* (Hechler/Stuve) argumentieren. Daher richtet sich geschlechterreflektierte Neonazismusprävention an *alle* Kinder und Jugendlichen (und Erwachsene) und in der Hinsicht auch an *alle* Pädagog_innen. Die Neonazismusprävention gehört gemainstreamt, ebenso wie die geschlechterreflektierte Pädagogik.

„Aber was sollen wir denn noch alles machen?!" – Wider die Pädagogisierung

„Aber was sollen wir denn noch alles machen?!", stöhnt so manche_r Pädagog_in. „Und jetzt auch noch geschlechterreflektierte Pädagogik gegen Rechts?!"

Recht haben sie: Kaum gibt es ein gesellschaftliches Problem, wird die Pädagogik angerufen und soll es richten. Regelrechte Wunder soll sie vollbringen, sei es Gewalt einzudämmen, Neonazismus zu bekämpfen, die Inklusion zu ermöglichen oder andere gesellschaftliche Probleme und Aufgaben zu bewältigen.

Neonazismus verweist aber vor allem auf eine bestimmte Gesellschaftsstruktur, individuelle wie kollektive Denktraditionen, gesellschaftliche Umgangsweisen mit Krisenphänomenen, institutionalisierte Herrschaft und dergleichen mehr. Nationalstaaten und Kapitalismus, um nur zwei zu nennen, begünstigen rechte Denkformen. All das lässt sich pädagogisch nur sehr bedingt bearbeiten.

Es ist auch kein Geheimnis, dass gegenwärtig Menschen ab dem 60sten Lebensjahr – und nicht etwa Jugendliche – die höchsten Zustimmungswerte zu neonazistischen Einstellungsmustern aufweisen. Dies gilt europaweit (Zick/Küpper/Hövermann 2011: 94; Decker/Brähler u. a. 2006–2014). Mit einer Präventionsarbeit, die auf Jugendliche zugeschnitten ist, wird die zurzeit zahlenmäßig größte problematische Gruppe von vornherein aus dem Aufmerksamkeitsfeld ausgeblendet. Jugendliche sind nicht das Hauptproblem und Erwachsenenbildung ist von zentraler Bedeutung (Hufer 2014). Insbesondere die Sozialpädagogik nimmt eine weitere Verengung vor, da sie vorranging deklassierte Jugendliche zur Zielgruppe hat und damit zu einer

Wahrnehmung von Neonazismus (und anderer gesellschaftlich umstrittener Felder) als Problem sozialer Modernisierungsverlierer_innen beiträgt.

Die Gefahr des Neonazismus ist hingegen dort am stärksten, „wo es Überschneidungen zwischen den Überzeugungen rechtsextremer Milieus und der Bevölkerung, insbesondere der gesellschaftlichen Mitte, gibt und/oder Bürger den Rechtsextremismus nicht wahrnehmen oder ihm – aus welchen Gründen auch immer – nicht entgegenwirken möchten“ (Zick/Klein 2014: 32). Neonazismus kann daher nicht mit (Sozial-)Pädagogik allein begegnet werden – verantwortlich ist die ganze Gesellschaft. Prävention ist dort wirksam, wo Kinder- und Jugendarbeit, Erwachsenenbildung, Politik, Wirtschaft, Verwaltung, Expert_innen und Zivilgesellschaft zusammenarbeiten. Voraussetzung ist, dass Neonazismus erstens überhaupt erkannt und als Problem beurteilt wird und dass dieses Problem zweitens nicht an andere wegdelegiert wird, sondern eine persönliche wie auch institutionell abgesicherte Verantwortungsübernahme stattfindet. Dabei ist es wichtig, dass Pädagog_innen an entsprechenden Stellen auf die Begrenzung (sozial-)pädagogischer Ansätze hinweisen und Verantwortungsträger_innen für gesellschaftliche und institutionelle Veränderungen in die Pflicht nehmen. Die Fehler oder Mängel immer wieder bei den Pädagog_innen zu suchen, greift angesichts häufig miserabler Arbeitsbedingungen zu kurz. Hier muss umgekehrt die Kritik an den Arbeitsbedingungen selbst ansetzen. Deren Verbesserung stellt die Voraussetzung dar, angemessen pädagogisch gegen Rechts arbeiten zu können.

… und trotzdem für eine gute Pädagogik

Der Verweis auf die Arbeits- und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen entlastet zugleich nicht von den Mühen, die eine engagierte Pädagogik mit sich bringt.

(Sozial-)Pädagogik kann auf biografische Entwicklungen Einzelner und unmittelbare soziale Beziehungen Einfluss nehmen. (Neonazistische) Weltbilder von Jugendlichen sind in der Regel noch nicht gefestigt und Hinwendungen zu neonazistischen Szenen erfolgen nicht von heute auf morgen, sondern verlaufen prozesshaft. Durch Auseinandersetzung und die Erweiterung von Handlungs- und Erfahrungsräumen werden Veränderungsprozesse möglich und Alternativen erfahrbar. Kinder und Jugendliche werden möglicherweise davon abgehalten, sich neonazistischen Lebenswelten anzunähern, anderen werden Distanzierungsprozesse ermöglicht und wieder andere werden empowert, sich gegen diskriminierende Verhältnisse zu wehren oder nicht-rechte Aktivitäten und Jugendkulturen zu entwickeln. Das ist nicht wenig. Die

These einer geschlechterreflektierten Neonazismusprävention lautet dabei, dass die Etablierung geschlechtlicher und sexueller Vielfalt und Gleichheit ab dem frühen Kindesalter einen präventiven Einfluss in Bezug auf Neonazismus hat. Es gilt also zu verstehen, was pädagogisch möglich ist und was nicht.

In diesem Sinne verstehen wir geschlechterreflektierte Neonazismusprävention nicht als eine zusätzliche Anforderung im großen Diskurspaket darüber, was Pädagogik alles lösen soll und Pädagog_innen zu beachten haben. Vielmehr verbinden wir mit ihr die Möglichkeit eines grundsätzlich besseren Verständnisses von hierarchisierenden und diskriminierenden Dynamiken in pädagogischen Situationen und Settings unter dem Vorzeichen von Einflüssen extrem rechter Politiken und gesellschaftlicher Entwicklungen. So, wie Geschlechterdynamiken in allen pädagogischen Anordnungen eine Rolle spielen und es hilfreich für die eigene Praxis ist, diese zu verstehen, so gilt dies ebenfalls für die Auseinandersetzung mit Diskriminierung und Neonazismus. Eine geschlechterreflektierte Pädagogik gegen Rechts soll dabei unterstützen, Wechselwirkungen und Differenzen zwischen der Subjektivierungs- bzw. individuellen und der Strukturebene zu analysieren. Sie kann Pädagog_innen eine Hilfe dabei sein, einzuordnen, ob es gerade darum geht, einen nachfragenden, verstehenden Zugang mit einer_m Jugendlichen zu verfolgen oder ob es um eine unmittelbare Diskriminierung geht, die zu skandalisieren ist und zu der klar Stellung bezogen werden muss. Vielleicht geht es aber auch um eine strukturelle Ungleichheit, die es zunächst mit der Zielgruppe gemeinsam in ihrer Komplexität zu thematisieren gilt, um daran anschließend gemeinsam nach Interventions- bzw. demokratischen Veränderungsmöglichkeiten zu suchen. Auf diese Weise soll geschlechterreflektierte Neonazismusprävention die pädagogische Praxis nicht erschweren, sondern Handlungsmöglichkeiten erweitern und eine Unterstützung in alltäglichen pädagogischen Auseinandersetzungen sein.

Kerle, Kumpel, Sittenwächter, Hasenfüße und Kulturmarxistinnen – Geschlecht in der extremen Rechten

Wenn wir verstehen wollen, was an der Infragestellung traditioneller Geschlechtlichkeit für die extreme Rechte so bedrohlich ist, lohnt ein Blick auf Binnenverhältnisse rechter Strukturen. Um möglichen Zusammenhängen von Neonazismus und Geschlecht auf die Spur zu kommen, sollen einige Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit herausgegriffen werden, in denen Geschlecht auf die eine oder andere Weise eine Rolle spielt.

In einem ersten Beispiel nähern wir uns dem norwegischen Rechtsterroristen Anders Breivik, der bei seinem Amoklauf im Sommer 2011 überwiegend linke, einheimische Frauen zum Ziel hatte. Der überzeugte Antifeminist und selbsternannte ‚Tempelritter' schreibt in seinem ‚Manifest', es sei ein ‚Problem', Frauen umzubringen, er müsse es aber tun, da die überwiegende Mehrzahl aller ‚kulturellen Marxisten' weiblich sei. Er phantasiert sich einen ‚kulturellen Marxismus' mit einem Feminismus zusammen, der die Wehrfähigkeit des christlich-europäischen Abendlandes von innen heraus zersetze. Es drohe die ‚Gefahr' einer weiblichen Vorherrschaft, gleichzeitig aber paradoxerweise die Auflösung von Geschlechterunterschieden und nicht zuletzt der Verlust einer heterosexuellen Norm. Matriarchat, Androgynität und Homosexualität führten nicht nur zum Verlust der traditionellen Familie, sondern schwächten die Gesellschaft, was unweigerlich zur ‚Entmannung', muslimischen ‚Überfremdung' und ‚Vergewaltigung Europas' führe (Frey 2011; Hamann 2011). Der Retter Breivik tritt mit einer resouveränisierten Männlichkeit an, ein heroisch Einzelner, „der das Notwendige, Schreckliche, Gewalttätige tut, um nicht nur seine Idee, sondern letztlich die ganze Welt oder zumindest das gesamte Abendland zu retten" (von Schnurbein 2011).

Als zweites Beispiel soll die fast schon kuriose, von den Jungen Nationaldemokraten hingegen als strategisch-programmatisch verstandene Schrift *Kerle gesucht! – Männlichkeit in der Krise* vom Herbst 2014 beleuchtet werden, die sich „an die Männlichkeit in unseren Reihen" wendet. Sie analysieren darin die Gefahr einer „Depolarisierung von Mann und Frau", die eine „Auflösung der Geschlechter und weiterer Gegensätze" zur Folge habe. Homoerotische Ausflüge („Kerle ziehen Kerle an") und kryptische Definitionsversuche von Männlichkeit („Ein Mann, so vernunftbegabt und rationaler Denkprozesse mächtig, besitzt eine kindliche Vorstellung der Welt in seinem Kopf und geht voller Tatendrang in diese Welt und versucht sie, nach seinem Willen zu gestalten, egal was auch passieren mag!") wechseln sich in dem Papier ab, bevor die Zielgruppe neonazistischer Männlichkeitsanrufungen genauer bestimmt wird. Bei ihnen können „Hasenfuß und ‚Ich fühle mich nicht so gut …' […] zu Hause [bleiben]. Wilhelm Wums und Karl Koloss kommen gerne und bringen noch ein Paar Kumpel mit". In dem Papier werden junge Männer, „die wenig Männlichkeit und Persönlichkeit besitzen" als Zielgruppe für die Rekrutierungsarbeit bestimmt. Dabei wird das Verhältnis neonazistischer Kader und junger Männer wie in einem „pädagogisch-psychotherapeutische(n) Prozess zwischen Leiter und Anwärter" angeordnet. Als Ziel wird formuliert: „Schwache Typen zu stärken und zu Kerlen mit Persönlichkeit zu formen, ist der nachhaltige Weg und auch der sinnvollste." Der Weg dazu verläuft über „Initiationsriten", durch die eine „Auslese" stattfinden solle: „Wer die Aufnahmekriterien nicht besteht, besonders weil er zu feige und zu faul ist, kann

unbedenklich von allen Gästelisten gestrichen werden“ (Nationaler Bildungskreis 2014).

In beiden Beispielen geht es um die Wiederherstellung souveräner Männlichkeit, die unter den aktuell gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse geschunden sei. Im Beispiel Breiviks tritt sie uns in der bereits mörderischen Figur des Retters, im Fall der Jungen Nationaldemokraten noch als Versprechen von Stärke, Kraft und legitimierter Gewalt entgegen. In beiden Fällen sind Frauen, Feminismus, Heterogenität und Grenzverwischungen Feindmotive, die den eigenen Kampf legitimieren.

Auch der Austritt der ehemaligen NPD-Funktionärin Sigrid Schüssler aus der Partei Ende 2014 hat, wie unser drittes Beispiel zeigt, mit Geschlecht und Sexualität zu tun. Schüsslers Rückzug verweist zum einen auf den bestehenden Sexismus in extrem rechten Strukturen, zum anderen aber auch auf eine selbstbewusste Gegenwehr bzw. Kritik eines weiblichen Neonazis daran: „Ich werde es nicht dulden, daß seitens dahergelaufener moralinsaurer selbsternannter Sittenwächter in Funktionärsgestalt […] mein Name in den Dreck gezogen wird“, heißt es in ihrem Schreiben. Es kritisiert die allgemeine Haltung innerhalb der NPD zu Frauen: „Darüberhinaus ist das Interessantere an dieser offiziellen Haltung […] daß die Frau hier völlig selbstverständlich zum geradezu verfügbaren Gegenstand degradiert wird. Einem willenlosen Objekt, das offenbar erst dem einen gehört hat, dann von dem anderen weggenommen wurde und vermutlich nun ebenso willenlos und gegenständlich diesem anderen gehört. Gratulation zu diesem Frauenbild! Vermutlich nicht mal in der Steinzeit hatten Frauen in unseren Breitengraden diesen Stellenwert als DING! […] Schickt unterwürfige Frauen vor, die den Mund nicht aufbekommen!“ (Schüßler 2014). Der übliche Sexismus in den Reihen der extremen Rechten wird hier von einer selbstbewussten rechten Frau kritisiert. Zugleich schafft sie es, den hauseigenen Sexismus bei den ‚Anderen‘ zu platzieren, wenn sie von dem „NPD-eigenen aggressiven frauenhasserischen Islam“ schreibt, „der nur Schwäche, Weltfremdheit und Lebensfeindlichkeit wiederspiegelt“ (ebd.).

Das vierte Beispiel des früheren NPD-Chefs Holger Apfel, dem Ende 2013 vorgeworfen wird, einem ‚Kameraden‘ gegenüber sexuell übergriffig gewesen zu sein, verweist einerseits auf die Dethematisierung sexualisierter Gewalt und andererseits auf die Funktion der Homosexuellenfeindlichkeit in extrem rechten Strukturen. Apfel wird bezeichnenderweise nicht eine etwaige sexuelle Übergriffigkeit vorgehalten, sondern eine mögliche Homosexualität (Lehnert 2013).

Am fünften Beispiel des Neonazis Ina Groll, die einmal Sexarbeiterin war, wird deutlich, wie Sexualpolitik im extrem rechten Kontext immer auch ras-

sifiziert ist. Folgt man* der Logik ihrer Kamerad_innen[3], für die die Arbeit als Pornodarstellerin schon schwer genug zu verkraften ist, hat Ina Groll bei den Dreharbeiten zusätzlich ‚Rassenschande' begangen, weil sie dabei Sex mit Schwarzen hatte.

Das alles sind prominent gewordene Beispiele der letzten Jahre, in denen es um Geschlecht und Sexualität in rechten Kontexten geht. Es gibt zahllose weitere. Zum Vorschein kommen widersprüchliche, zugleich aber komplementäre Anrufungen in Sachen Geschlecht und Sexualität. Es gibt den männlichen Kämpfer und Retter sowie den Mann als Opfer gesellschaftlicher Verweiblichungsprozesse; auf den fest etablierten Sexismus gegen Frauen in extrem rechten Strukturen trifft eine zwar minoritäre, aber durchaus selbstbewusst auftretende Gegenwehr, in der jedoch im selben Atemzug eine Dethematisierung vorgenommen wird, indem sexistische Vorstellungen auf die ‚Anderen' verschoben werden; es findet sich die Konstruktion heiler Welten zwischen Saubermännern und -frauen bei gleichzeitiger Gewalttätigkeit untereinander und es existiert ein Zusammenspiel von Homosexualitätsfeindlichkeit, sexualisierter Gewalt und homoerotischer Anrufung, die ineinandergreifen. Und über allem schwebt das Damoklesschwert der Androgynität, der Auflösung eindeutiger Rollen, Zuschreibungen und Verantwortlichkeiten. Die rechten Geschlechterwelten mit ihren Widersprüchlichkeiten, Abwehrreflexen und Attraktivitäten zu begreifen, eröffnet Ansatzpunkte für eine pädagogische Präventionsarbeit gegen Neonazismus.

Erotisierte Eindeutigkeiten – Neonazistische Geschlechterpolitik

Geschlechterverhältnisse und Sexualität sind keine neuen Themen für Alt- und Neonazis. Aktuell erleben wir aber eine Hochkonjunktur im Zusammenspiel verschiedener rechter Akteur_innen, die sich auf dem Spielfeld der Geschlechter- und Sexualpolitiken gegenseitig ihre Vorlagen liefern. Ganz eigene Wort-

3 Wir schreiben ‚Täter_innen', ‚Kamerad_innen' und ‚Nationalsozialist_innen' mit Unterstrich. So zweigeschlechtlich und heteronormativ rechte Ideologie auch ist – die Subjekte in den einschlägigen Kreisen sind es nicht unbedingt. Das sichtbar zu machen ist uns ein Anliegen, da es rechte Geschlechterideologie in Frage stellt und der geschlechtlichen Wirklichkeit etwas näher kommt. Dies soll weder über den zweifelsohne vorherrschenden patriarchalen Charakter dieser Kreise hinwegtäuschen noch über die unsichtbar gemachten Geschlechter und Sexualitäten: Nur unter stark erschwerten Bedingungen, heimlich und versteckt können als unmännlich abgewertete Männer, Lesben, Bisexuelle, Trans* und Inter* existieren. Vorherrschend sind heterosexuelle, cisgeschlechtliche, eher mehr als weniger eindeutige ‚Männer' und ‚Frauen'.

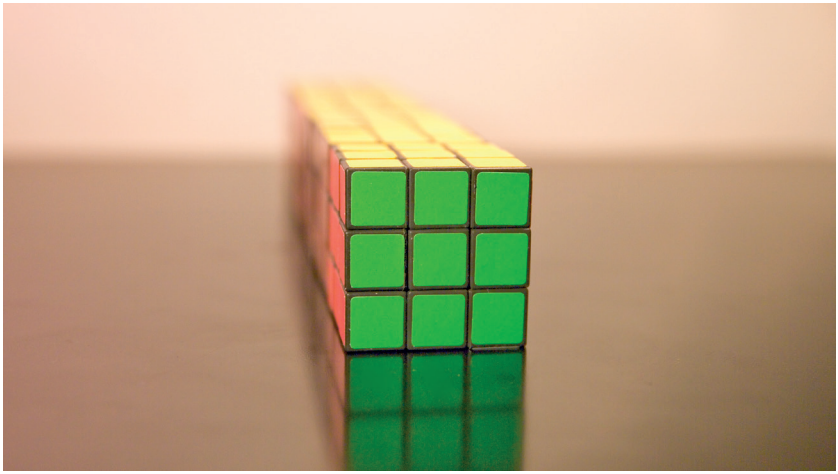
schöpfungen wie ‚Genderismus', ‚MenschInnen' und ‚Frühsexualisierung' weisen auf die Relevanz der Thematik für die extreme Rechte hin. Für die letzten zehn Jahre würden wir dementsprechend von einer Wiederentdeckung der Themen innerhalb neonazistischer Kontexte sprechen. Dabei spielen Vorstellungen von Größenwahn („Nichts ist unmöglich, wenn Männer wollen" – Märkischer Heimatschutz) ebenso eine Rolle wie Opferkonstruktionen und eine panische Angst vor dem ‚Volkstod'. Eine übermächtige ‚Homo-Lobby' und heimlich agierende Feminist_innen werden für eine ‚Femokratie' und die ‚Verschwulung der Gesellschaft' (Akif Pirinçci) verantwortlich gemacht. Im Kern laufe alles auf eine angeblich gezielte ‚Zerstörung' von Identitäten, Männern, Frauen, der Familie und des ‚Volkes' hinaus. Abhilfe soll die völkische Sippe und Kleinfamilie schaffen, beides glorifiziert als heile Welt. Das ‚Vaterland' wird erotisch besetzt und es wird mit ‚Volk' und ‚Nation' geflirtet.

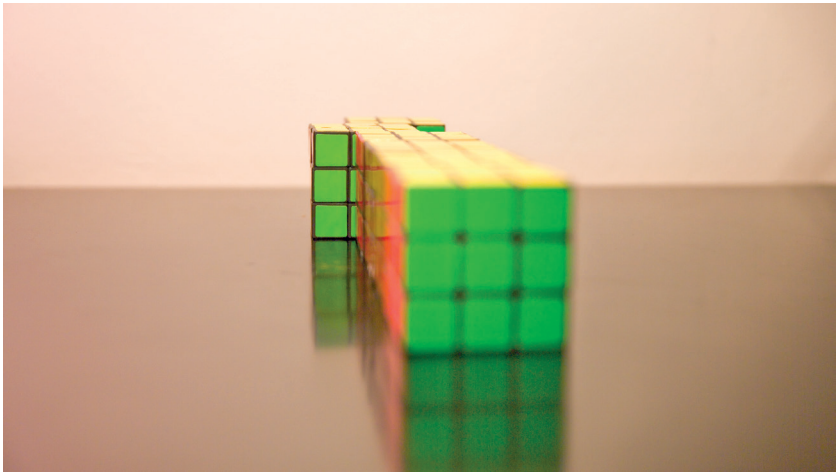
Strömungsübergreifende Themen sind ein völkisch-konservativer Familienpopulismus, Männlichkeits- und Weiblichkeitsfetische, Schwulen-, Lesben-, Trans*- und Inter*feindlichkeit, Feminismus und ‚Political Correctness' als Feindbilder, verbissene Kämpfe gegen Gender Mainstreaming und Abtreibung, eine konservative Sexualmoral sowie Angriffe gegen eine enthierarchisierende Sexualpädagogik (Nax/Schmitt). Diese Thematisierungen stehen in enger Wechselwirkung mit Diskursen im bürgerlichen Mainstream.

Sieht so das letzte Zucken der Reaktion aus? Ist die artikulierte Sehnsucht nach Restauration Ausdruck einer „Trauer um den Verlust der guten Ordnung, die Hoffnung auf die Rückkehr zum heilen Verhältnis zwischen Mann und Frau" (Glawion 2012: 14), die zugleich auch eine Vorahnung davon enthält, dass „dieses Paradies [...] für immer verloren sein" (ebd.) könnte? Ist es ein letztes Aufbäumen gegen gesellschaftliche Entwicklungen in Sachen geschlechtlicher und sexueller Pluralisierung, die so weit fortgeschritten sind, dass ein Zurück zu traditionellen patriarchalen Verhältnissen wenig ernst zu nehmen ist und daher politisch kaum einer Berücksichtigung wert wäre? Unsere Antwort ist ja und nein.

Kontinuitäten und modernisierte Kampffelder

Es handelt sich bei den rechten Politiken um Reaktionen auf reale Erfolge beispielsweise in Sachen Homorechte, feministischer Gleichstellungspolitiken, einer wachsenden Anerkennung von Trans* und Inter*-Personen und dergleichen mehr. Zugleich aber werden wir gerade Zeug_innen einer Ausweitung der Kampffelder. Das Auftauchen der ‚Alternative für Deutschland' (AfD) ist





weder Zufall noch überraschend. Der parteigewordene Antifeminismus und Geschlechterkonservatismus speist sich aus einem Fundus sprachlich verankerter und sozial wie kulturell verbürgter Vorstellungen von Geschlechterordnungen und -hierarchien. Gabriele Kämper zeigt in ihrem Beitrag *Stille Post. Reformulierungen radikalisierter Männlichkeit in rechten Diskursen* auf, wie die zentralen Begriffsfelder, Sprachbilder und die damit einhergehenden emotionalen Appelle und Angebote der Neuen Rechten Mitte der 1990er-Jahre in den Rhetoriken der AfD adaptiert werden: „Eine *stille Post*, die unabhängig von direkten personellen Netzwerken und Traditionslinien funktioniert" (Kämper). Mit der Evokation gelingender oder scheiternder, krisenhafter oder triumphierender Männlichkeitsbilder werden insbesondere die gut situierten (männlich-heterosexuellen) kulturellen Modernisierungsverlierer emotional angesprochen und ein patriarchales Utopia beschworen.

Weniger eine Kontinuität als vielmehr eine Modernisierung homofeindlicher Argumentationen beschreiben hingegen David Nax und Florian Schmitt in ihrem Beitrag *Wie ein neo-homophober Diskurs funktioniert: Neue rechtskonservative Kämpfe gegen die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt*. Sie fragen mit Rekurs auf Etienne Balibars Analyse eines *Neo-Rassismus* in den 1990er-Jahren, ob diese sich auf das Feld jüngster rechter Bewegungen in der Bundesrepublik übertragen lässt, wenn es in diesen um die Abwehr von geschlechtlicher und sexueller Vielfalt und das Aufleben von Traditionalismen geht. Die Autoren konstatieren neo-homophobe Versuche einer Rückeroberung kultureller Hegemonie und analysieren Politiken der Desartikulation und Entpolitisierung. Sie zeigen auf, wie androzentrische und heteronormative Prinzipien nach wie vor die Lebensrealität von Kindern und Jugendlichen ‚auf dem Schulhof' maßgeblich prägen und verteidigen eine nicht-normative und gleichberechtigte Sexualpädagogik gegen den Vorwurf einer angeblichen ‚Frühsexualisierung'. Einer Heteronormativität, die letztlich alle Menschen aller sexuellen Orientierungen – gerade auch heterosexueller Männlichkeit wie Weiblichkeit – in ihren individuellen Gestaltungsmöglichkeiten beschränkt, setzen sie ein „Recht auf Differenz in einer globalen Gemeinschaft" entgegen.

Ideologie- vs. Sozialkritik – Kontroversen in der Neonazismusprävention

Ansätze der Neonazismusprävention im (sozial-)pädagogischen Sinne als gesellschaftliche Reaktion auf extrem rechte Entwicklungen sind eingebettet in eine mittlerweile 25-jährige Geschichte und kontroverse Diskussion. Die 1990er-Jahre waren von Auseinandersetzungen rund um die

Herangehensweisen der ‚akzeptierenden Jugendarbeit' gekennzeichnet. Sozialwissenschaftliche Begründungszusammenhänge erklärten extrem rechte Entwicklungen mit globalen sozialen Umbrüchen und gesellschaftlichen Modernisierungsschüben, in deren Folge neonazistische Akteur_innen als soziale ‚Modernisierungsverlierer_innen' und ‚orientierungslose Jugendliche mit Frust' diskursiv an den Rand der Gesellschaft platziert wurden. Dabei waren es gerade in dieser Zeit rassistische Politiken von oben, die extrem rechte Mobilisierungen von unten aufgreifen konnten, sie weiter billigend in Kauf genommen haben und sich mit diesen wechselseitig ergänzten; um nur einen zentralen Punkt zu benennen: die faktische Abschaffung des Asylrechts 1993.

Katrin Reimer (2013: 415) erkennt in den Ansätzen dieser Phase der Präventionsarbeit eine „sozialkritische Stärke" bei gleichzeitiger „ideologiekritischer Schwäche". Mit „sozialkritische Stärke" ist gemeint, dass ökonomische und soziale Ausgrenzungsdynamiken als Begründung für Erfolge neonazistischer Mobilisierungen in dieser Zeit angesehen wurden. Soziale Ungleichheit wurde als zentrale Kategorie für die Präventionsarbeit thematisiert.

Kritisiert wurden diese Ansätze, die im Kern auf der Vorstellung von Neonazis als Modernisierungsverlierer_innen aufbauten, unter anderem von Birgit Rommelspacher (1998). Mit dem Begriff der „Dominanzkultur" konnte sie verdeutlichen, dass es bei neonazistisch motivierten Handlungsmustern immer um eine Durchsetzung und den Erhalt einer gesellschaftlichen Dominanzposition geht, die mit unterschiedlichen ideologischen (rassistischen, antisemitischen, sexistischen, …) Denkmustern unterlegt ist. Der Begriff der „ideologiekritischen Schwäche" (Reimer 2013) weist darauf hin, dass in den 1990er-Jahren die Bedeutungen dieser politisch-ideologischen Inhalte in der Präventionsarbeit zu wenig Beachtung gefunden haben. Neonazistisch motiviertes Handeln wurde auf diese Weise von seinen extrem rechten Inhalten ‚befreit' und in erster Linie auf ein Gewaltproblem sozial marginalisierter Jugendlicher reduziert, dem in den 1990er-Jahren vor allem mit dem Konzept der akzeptierenden Jugendarbeit begegnet wurde.

Unabhängig von den konzeptionellen Schwierigkeiten hat diese pädagogische Praxis ganz eigenständige Stilblüten und traurige Entwicklungen hervorgebracht und ist unter dem Stichwort der „Glatzenpflege auf Staatskosten" (Drieschner 1993) zu Recht deutlich kritisiert worden. Sie half „vielerorts, neonazistische Kameradschaftsstrukturen zu etablieren und erleichterte[…] den Zugang Jugendlicher zur rechten Szene. Es lässt sich wohl keine Region in Ostdeutschland finden, in der keine Worst-practice-Beispiele zu finden sind" (Feustel 2014: 68). Auf Grundlage dieser Erfahrungen wird Ansätzen der akzeptierenden Jugendarbeit mit rechtsorientierten Zielgruppen bis heute mit großer Skepsis begegnet (Norddeutsche Antifagruppen 1998; Stützel 2013),

auch wenn diese immer wieder mit zweifelhaften Argumenten deutliche Befürworter_innen (Becker 2014) findet.

Angesichts der Aufdeckung der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) muss nochmals neu und weitergehend über diese Zeit sowie über die aktuelle Renaissance täter_innenfokussierter Ansätze kritisch reflektiert werden. Es ist bisher nicht gelungen, die Verstrickungen staatlicher Behörden in die de facto Förderung neonazistischer Strukturen und Nicht-Verfolgung bzw. Aufdeckung des NSU in größerem Ausmaß zu skandalisieren. Noch weniger wird die Einbettung der Entwicklungsgeschichte des NSU-Trios und seines Netzwerks in die akzeptierende Jugendarbeit der 1990er-Jahre thematisiert (Feustel 2014: 68). Im Gegenteil: Von einigen Akteur_innen wird daraus eine Neuauflage der pädagogischen Arbeit mit rechten Täter_innen abgeleitet (Becker 2014: 40). Die Pädagogik würde hier mit dem nachziehen, was von der Politik mit Kompetenzerweiterung und finanzieller Aufstockung für den Verfassungsschutz und Polizeibehörden schon vorexerziert wurde.

Mit den Präventionsprogrammen ab Ende der 1990er- und während der ersten Hälfte der 2000er-Jahre änderte sich die grundlegende Ausrichtung der Präventionsarbeit gegen Neonazismus und einzelne Ideologie-Elemente wurden zunehmend pädagogisch bearbeitet, u. a. im Rahmen von nicht- und antirassistischer Pädagogik, Handeln gegen Antisemitismus, Anti-Bias, Social Justice und dergleichen mehr. Diese Phase charakterisiert Reimer mit dem umgekehrten Wortpaar der „ideologiekritischen Stärke“ und der „sozialkritischen Schwäche“ (Reimer 2013: 415f.). Ideologische Einstellungen wurden pädagogisch bearbeitet, soziale Ausgrenzungserfahrungen jedoch weitgehend ignoriert.

Ziel wäre es stattdessen, den „Anspruch an eine kritische […] Bildungsarbeit einzulösen, individuelle und gesellschaftliche Dimensionen sowie Ökonomie und Politik zu erfassen, um mögliche Widersprüche der Handlungsfähigkeit in ideologischen Formen zu identifizieren“ (ebd.: 423). Eine Synthese sozial- und ideologiekritischer Bildungs- und Sozialarbeitsansätze jenseits einer Täter_innenzentrierung wäre ein richtiger und wichtiger Schritt in diese Richtung.

‚Neonazismus‘ contra ‚Rechtsextremismus‘?

Ging es bisher um die Verknüpfungen von geschlechterreflektierter Pädagogik mit Neonazismusprävention, Geschlecht in der extremen Rechten und neonazistische Geschlechterpolitik, so kommen wir jetzt zu der Frage der Begriffswahl im Kontext von Neonazismusprävention. Wir sind uns darin selbst

nicht einig; der eine von uns bevorzugt ‚Neonazismus', der andere ‚extreme Rechte' und ‚Rechtsextremismus'. Trotz dieser Differenz in der Begriffswahl sind wir uns aber darin einig, dass die Projektion von Sozialdarwinismus, Antisemitismus, Rassismus, Pronazismus, (Hetero-)Sexismus, autoritären Ordnungsvorstellungen und dergleichen mehr an eine klar definierte und abgrenzbare Gruppe (‚Nazis', ‚Extremisten') unhaltbar ist und sich entsprechende Einstellungsmuster in der gesamten Gesellschaft finden. Gerade am Beispiel Geschlecht wird dies deutlich, sind doch neonazistische von gesamtgesellschaftlichen Männlichkeits- und Weiblichkeitsbildern nicht grundverschieden. Vielmehr sind extrem rechte Geschlechteranforderungen oftmals lediglich eine zugespitzte Form zweigeschlechtlich-heteronormativer Vorstellungen im Mainstream, die in eine völkische Ideologie eingebettet werden. Es handelt sich beim Neonazismus daher auch weniger um einen ‚Protest', wie eine populäre Deutung nahelegt, sondern um eine konformistische Rebellion, die „durch die (Über-)Affirmation herrschender Werte gekennzeichnet" (Weidinger 2009: 7) ist. Unseren Autor_innen haben wir bezüglich der von ihnen präferierten Begriffe freie Wahl gelassen.

Zunehmend wird der Begriff ‚Deradikalisierung' im Kontext der Rechtsextremismusprävention verwendet. Diesen um die Jahrtausendwende und insbesondere nach 9-11 aus dem Anti-Terrorkampf generierten Begriff lehnen wir allerdings rundherum ab. Er ist inhaltlich unbestimmt, basiert auf der extremismustheoretischen Grundannahme einer unbelasteten ‚Mitte' und ist daher wissenschaftlich wie politisch fragwürdig. Pädagogisch ist es „ein defizitorientiertes Konzept aus der Arbeit mit ideologisch gefestigten, organisierten und/oder gewaltstraffälligen Personen" (Feustel 2014: 77). Noch gravierender ist der sich hier wiederholende Täter_innenfokus: „Der Versuch, ideologisch durchdrungene rechtsorientierte Jugendliche und junge Erwachsene zu ‚deradikalisieren', lief und läuft oftmals darauf hinaus, ihnen ein besseres Setting zu schaffen und darüber die ‚anderen' aus dem Blick zu verlieren" (ebd. 78f.; Schuhmacher 2014).

Gegen den Täter_innenfokus!

Ob es um ‚Deradikalisierung' geht oder allgemeiner das Stichwort ‚Neonazismusprävention' fällt, zumeist sind ‚die Neonazis' dann nicht weit. Zwei weitere Ebenen, die neben der Beschäftigung mit (werdenden) Neonazis für eine Präventionsarbeit von großer Bedeutung sind, werden in aller Regel ausgeblendet. Zum einen sind dies diejenigen Menschen, die von Neonazis (potenziell) angegriffen werden und damit in täglicher Angst vor Bedrohungen leben

und in ihrem Aktions- und Handlungsradius stark eingeschränkt werden. Zum anderen handelt es sich um die Alternativen zum Neonazismus, die sich in queeren, antifaschistischen, antirassistischen und anderen (Jugend-)Kulturen ebenso zeigen wie in nicht-diskriminierenden Verhaltensweisen und demokratischen Interessenvertretungen und Konfliktlösungsstrategien.

Die aufeinander bezogene Dynamik führt unentrinnbar zu einem Missverhältnis: Je mehr sich die Aufmerksamkeit auf die Täter_innen konzentriert, umso mehr werden die Opfer und Alternativen an den Rand gedrängt. „Was es braucht, sind Konzepte und Ideen für die Arbeit mit und das nachhaltige Empowerment von (menschenrechtsorientierten) Jugendlichen", führen Feustel/Nattke (2014: 19) aus. Zu diesem Ansatz gehören auch Opferperspektiven (Opferperspektive e. V. 2013) und das Empowerment marginalisierter Gruppen (Nguyen 2014).

Diskriminierende, eingeschränkte und alternative Bilderwelten

Der Fokus auf Täter_innen wird darüber hinaus häufig stark eingeschränkt: jung, männlich, deklassiert, ostdeutsch, gewaltaffin. Bomberjacke, Skinhead und Springerstiefel stehen symbolisch für diese Engführung. Andreas Hechler fragt in seinem Beitrag *Beharrliche Bilder*, welche gesellschaftlichen und individuellen Funktionen diese Bildsprache erfüllt. Er vertritt die These, dass sowohl der Täter_innenfokus als auch eingeschränkte neonazistische Bilder- und Symbolwelten die bestehenden Verhältnisse affirmieren und Ausdruck einer tiefgreifenden Abwehr einer ernsthaften Auseinandersetzung mit Neonazismus und Strukturen der Ungleichheit sind. Durch die Schaffung maximaler Distanz kann in stereotypisierten Neonazi-Bildern immer wieder verdeutlicht werden, dass der Mainstream der deutschen Gesellschaft ‚mit denen' nichts zu tun hat. So wird sich weder wirklich mit den Opfern/Diskriminierten von Neonazismus beschäftigt, noch mit den Alternativen zum Neonazismus und auch nicht wirklich mit den Neonazis selber, da es sich bei ihnen, Mainstream-Logiken folgend, nur um eine kleine Minderheit handelt, die an einem als ‚extremistisch' konstruierten Rand vor sich hindümpelt. Gänzlich aus dem Blick geraten zudem staatliches wie institutionelles Handeln.

An die Kritik kanonisierter Bilderwelten angelehnt, wird ein konkreter Vorschlag für Bilder unterbreitet, der sich im Layout dieses Buchs wiederfindet und in Hechlers Beitrag genauer erläutert wird.

Eine andere Perspektive bezüglich der Auseinandersetzung mit Bilderwelten nimmt Meike Günter in ihrem Beitrag *Zur intersektionalen Verfasstheit*

von Bildern des Ein- und Ausschlusses ein. Andere Bilder(welten) sind nötig, da viele Bilder aufgrund ihrer Verankerung in gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen bereits Diskriminierungen enthalten (können). Bilder sind wirkmächtig aufgrund ihrer gewalttätigen Geschichte und produzieren Ein- und Ausgrenzung. Günther führt aus, dass neonazistische Akteur_innen insbesondere gerne Körperbilder nutzen, da diese sich besonders gut für die Darstellung vermeintlich überzeitlich und biologisch gebundener Gegebenheiten eignen. In diesen kreuzen sich normative Vorstellungen von Geschlecht, Gesundheit, Race, Klasse, Sexualität und dergleichen mehr, die in enger Wechselwirkung mit diskriminierenden Kulturen, Praxen und Strukturen stehen.

Mit Blick auf den Wahlkampf 2013, wo die NPD und die FDP dasselbe (!) Bild einer ‚normalen' Familie verwendeten, wird deutlich, wie extrem rechte und bürgerliche Vorstellungen von ‚Normalität' und einer erstrebenswerten Zukunft in bestimmten Fragen deckungsgleich werden. Kritisch gilt es herauszuarbeiten, welche Funktionen und historischen Kontinuitäten normierende Bilderwelten enthalten. Günther zeigt die Relevanz der Arbeit mit Bildern für pädagogische Kontexte auf und dass ein historischer und intersektionaler Zugang für Pädagog_innen sinnvolles Hintergrundwissen für die professionelle Reflexion bereitstellt.

NSU: Vergeschlechtlichte Täter_innen-Opfer-Verkehrungen

Wie vorherrschende Bilderwelten auch politisches und institutionelles Handeln beeinflussen, lässt sich exemplarisch am NSU-Komplex aufzeigen. In der Perspektive auf (potenzielle) Opfer von neonazistischer Politik kommt es häufig in fataler Weise zu Verkehrungen. Männer, die in Deutschland als ‚türkisch', ‚arabisch' und/oder ‚muslimisch' wahrgenommen werden, erhalten oftmals ein ‚Täterabo'. Egal, was ihnen widerfährt, ihr Platz ist der des Täters. Sie werden immer wieder als diejenigen markiert, die Frauen im Allgemeinen und ‚ihre' im Besonderen unterdrücken, die offene Ressentiments gegen Schwule, Lesben und/oder Jüd_innen hegen und denen grundsätzlich immer wieder mit Misstrauen und Argwohn begegnet wird. Man* wisse es ja: Mafia, organisierte Kriminalität und dergleichen mehr, die deutschen Behörden sind da seit Jahrzehnten ziemlich zielsicher und die Massenmedien tragen ihren Teil dazu bei. Egal, wie man* es dreht und wendet – Muslime, Türken und Araber ‚sind' Täter. Das führt dazu, sich nicht um Opfer und deren etwaigen Bedürfnisse, Wünsche und Forderungen kümmern zu müssen. Zugleich umgeht man* die Suche nach den tatsächlichen Täter_innen. In dieser Logik wird die

Suche nach deutschen Neonazis als Täter_innen verdrängt und auf die Verfolgung von Männern of Color verschoben. Auf diese Weise entsteht ein rassistisches Perpetuum mobile, das beständig die Opfer/Diskriminierten zu Tätern macht. Dieser Verschiebe-Mechanismus hat sich in den (Nicht-)Ermittlungen während der Morde des NSU in besonderem Maße gezeigt, zieht sich aber fast durch die gesamte Gesellschaft bis hin zu explizit antifaschistischen und antirassistischen Kreisen.

Der NSU hatte sich auf das kaltblütige Ermorden ‚unarischer Männer im zeugungsfähigen Alter' konzentriert (wit 2012), diese wiederum werden in einem dominanzgesellschaftlichen Diskurs vor allem als Täter wahrgenommen und die tatsächliche Haupttäterin Beate Zschäpe, wie auch die weiblichen Unterstützerinnen des NSU-Kerntrios, werden wahlweise schlicht nicht als Täterinnen behandelt, verharmlost, verniedlicht und/oder sexualisiert (offene Briefe des Forschungsnetzwerks Frauen und Rechtsextremismus 2011, 2013; Fachstelle Gender und Rechtsextremismus o. J.; Overdieck 2014). Frauen werden in der Täter_in-Opfer-Dichotomie nicht als Täterinnen gedacht und somit auf die Opferposition festgelegt. In der Berichterstattung zum Prozess gegen Beate Zschäpe wird diese Dichotomie mit Hilfe altbekannter Stereotypisierungen fortgeschrieben: Zschäpe wird wahlweise desexualisiert und als ‚teuflische Hexe' entweiblicht oder als ‚unmoralische Geliebte' hypersexualisiert.

Erst die analytische Einbeziehung von Geschlechterverhältnissen kann zumindest einen Teil des institutionellen und gesellschaftlichen Rassismus erklären, der sich im NSU verdichtet, wie Juliane Karakayalı in ihrem Beitrag *Grenzziehungen in der postmigrantischen Gesellschaft* deutlich macht. Ausgehend vom Konzept der postmigrantischen Gesellschaft kann ihr zufolge die Mordserie des NSU als gewalttätige *counterpolitics* gegen die sich durchsetzende gesellschaftliche Entwicklung hin zu einer pluralen Einwanderungsgesellschaft verstanden werden. Vor dem Hintergrund einer Neudefinition Deutschlands als Einwanderungsland, der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts und der Leitkulturdebatte erscheinen die Morde als selbstjustizielle Migrationspolitik: Mord als Politik der Ausbürgerung. Mit den analytischen Perspektiven des *antimuslimischen Rassismus*, der *postracial society* sowie des *Homonationalismus* ordnet Karakayalı den gesellschaftlichen Rassismus im NSU-Komplex theoretisch ein. Sie zeigt auf, wie bestimmte auf Geschlechtergleichheit und sexuelle Vielfalt ausgerichtete Politiken gleichzeitig die rassistische Ausgrenzung bestimmter Gruppen im Rahmen einer *good* und *bad diversity* befeuern und zu einer neuen (deutsch-)nationalistischen Formation beitragen können.

Keine ‚richtigen Frauen': Täterinnen

Was bei Zschäpe zur Anwendung kommt, hat Tradition: Große Teile der bundesdeutschen Gesellschaft weigern sich nicht nur, die aktuellen Täterinnen als solche anzuerkennen, sondern auch die historischen im Nationalsozialismus. Die spezifischen Distanzierungsstrategien ihnen gegenüber weisen große Ähnlichkeiten auf: Dämonisierung, Sexualisierung und Devianzproduktion. Einige wenige Frauen (‚weibliche Bestien') werden aus der Kollektivgruppe ‚Frau' herausdefiniert: Es sind keine ‚richtigen Frauen'. Dieser Vorgang verschafft Entlastung – beispielsweise von eigener Täter_innenschaft oder der Familie – und dient gleichzeitig der Aufrechterhaltung der vorherrschenden zweigeschlechtlichen Ordnung.

Katharina Obens verdeutlicht in ihrem Beitrag *Täterinnenbilder: Geschlecht und Emotion in der Rezeption von Zeitzeug_innen-Erzählungen*, wie heteronormative Geschlechterverhältnisse, geschlechtsbezogene Tradierungsweisen und damit zusammenhängende emotionale Deutungsweisen bedeutend zur Rezeption von NS-Täter_innenschaft beitragen. In einem Forschungsüberblick wird deutlich, dass die Forschung zu den Emotionen der heutigen Urenkel_innengeneration der NS-Täter_innen, -Mitläufer_innen und -Zuschauer_innen mit diversen Vorannahmen operiert, die empirisch nicht immer haltbar sind: Angeblich werden in diesem Kontext keine Schuldgefühle mehr empfunden, in Studien werden Anzeichen von Scham bei befragten Jugendlichen übersehen und es werden klischeehafte Vorstellungen über unterschiedliche emotionale Umgangsweisen von Jungen und Mädchen mit dem Thema konstatiert.

In ihrer empirisch-psychologischen Studie zum Geschichtsbewusstsein von Schüler_innen nach Zeitzeug_innengesprächen mit NS-Überlebenden arbeitet Obens in den historischen Narrationen der Zeitzeug_innen und der Schüler_innen in anschließenden Gruppendiskussionen die dominierenden Faktoren der historischen Rekonstruktionen von NS-Täterinnen heraus. Medial vermittelte und scheinbar universelle Erklärungsmuster zu weiblichem Verhalten aus Romanen und Spielfilmen spielen demnach eine größere Rolle zur historischen Urteilsbildung als Erkenntnisse aus der historischen Forschung zu NS-Täterinnen. Danach spielten Emotionen nicht nur in der Entschlüsselung von unterschiedlichen Perspektiven auf die historische Situation, sondern auch bei der geschlechtsspezifischen Mythologisierung des Nationalsozialismus eine richtungweisende Rolle. Es wird vorgeschlagen, Darstellungen und Deutungen bezüglich des Nationalsozialismus unter Berücksichtigung eines kritischen Blicks auf aktuelle zweigeschlechtliche Verhältnisse und damit verbundene vergeschlechtlichte Subjektivierungen

vorzunehmen. Auf diese Weise könnten „gendertypisierte Täter_innen- (und Opfer)wahrnehmungen“ zumindest irritiert werden.

Alle adressieren! – Postkoloniale Erinnerungsdidaktik

Aber an wen wird sich wie erinnert und wer wird (aktiv) vergessen? Und: Wer darf wessen gedenken und wer wird von der Erinnerung(sgemeinschaft) ausgeschlossen? Nach den Ausführungen zum NSU und den NS-Täterinnen fragt María do Mar Castro Varela in *Überdeterminiert und reichlich komplex*, wie Lernen, Vermittlung und die Produktion von Wissen im Zusammenhang mit rechter Gewalt und Erinnerungsarbeit aus einer postkolonialen Perspektive aussehen kann: „Gingen die Re-Education-Programme noch davon aus, dass die deutsche Bevölkerung ‚umzuerziehen‘ sei, so muss es jetzt darum gehen, politische Bildung für Menschen, die in Deutschland ihren Lebensmittelpunkt haben, zu gestalten. Alles andere würde die Logik des Ausschlusses fortführen, dem die Arbeit gegen rechte Gewalt etwas entgegensetzen will“ (Castro Varela).

Die deutsche Gesellschaft ist transkulturell zusammengesetzt und dies hat Konsequenzen für Bildungssettings und Erinnerungsräume. Castro Varela bringt Debatten um Migrationspädagogik, Postkolonialismus und Postnazismus theoretisch zusammen. Sie fordert eine inklusive Erinnerungsdidaktik, mit deren Unterstützung Allianzen gegen Unterdrückung und Diskriminierung angestoßen werden. Zugleich soll so vermieden werden, real bestehende Komplexität auf identitäre Konstruktionen zu reduzieren. Auch Karakayalı setzt in ihrem bereits genannten Artikel die real vorhandene Pluralität als nicht mehr verhandelbar und fordert Angebote zur Auseinandersetzung ein, die nicht implizit nur weiße Herkunftsdeutsche adressieren.

Unter Bezugnahme auf Gayatri Chakravorty Spivak plädiert Castro Varela wiederum in ihrer anti-identitären Herangehensweise für einen epistemischen Wandel, also eine Veränderung der Produktion und Ordnung von Wissen über (die) Geschichte(n), der die affektive Seite des Lernens miteinbezieht und eine Umgestaltung des Begehrens ermöglicht: von Rache zu Solidarität und von einem gegeneinander Aufwiegen eigener Verletzungen gegen die anderer hin zu einem Erkennen von Gemeinsamkeiten als Grundlage politischer Kämpfe.

Neoliberale Brutalisierungen

Aber: Die Suche nach Gemeinsamkeiten und Solidarität wird nicht zuletzt unter dem Vorzeichen einer forcierten neoliberalen Gesellschaftsformation immer schwerer. Neoliberale Entwicklungen fördern eher jene spezifischen Aspekte der Subjektivierung, die auf Konkurrenz und eigene Vorteilsnahme abzielen. Birgit Rommelspacher (2011: 49) weist darauf hin, dass ein „instrumentelles Nutzendenken, nach dem jeder in erster Linie danach beurteilt wird, ob er einem nützt oder schadet", einen wichtigen Grundpfeiler extrem rechter Einstellungen und Handlungsmuster darstellt. Hinzu komme ein „übermächtiges Leistungsprinzip und […] Elitebewusstsein" (ebd.), das sich bei rassistischen Jugendlichen besonders häufig zeige. In Verbindung mit einer zu beobachtenden Verschiebung von einer Orientierung an Gleichheit, wie sie unter Jugendlichen in den 1970er- und 1980er-Jahren tendenziell noch vorherrschte, hin zu einer schon seit längerem beobachtbaren Orientierung an ‚Leistung' als grundlegendem Parameter für Gerechtigkeit (Guthmann 2014: 37), entwickelt sich eine bedenkliche Grundkonstellation. Altbekannte, aber neoliberal aktualisierte Glaubenssätze wie ‚You can get it if you really want' oder ‚Jede_r ist seines_ihres Glückes Schmied_in', wie sie von Katharina Debus und Andreas Kemper in ihren Artikeln aufgegriffen werden, sind bis weit über rechte Kreise hinaus wenig hinterfragbar. Sie finden ihre Verwirklichung in einem „hierarchische(n) Selbstinteresse" (Hadjar 2004, zitiert nach Rommelspacher 2011: 49), das die eigenen Zielsetzungen und Bedürfnisse denen der anderen gegenüber privilegiert. Das Versprechen von Gleichheit bei gleichzeitiger realexistierender Ungleichheit kann so auf Erklärungsmuster hinauslaufen, die die Ungleichheit fort- und festschreiben. Denn wenn alle die gleichen Chancen haben, dann kann es am Ende nur an mir persönlich liegen, dass ich es nicht schaffe. Oder es liegt doch in der ‚Natur der Frau', sich eher um Kinder und Haushalt zu kümmern, und in der ‚Natur des Mannes', Karriere zu machen. Leistungsorientierung und Individualisierung als zentraler Mechanismus im Neoliberalismus verbinden sich so in unheilvoller Weise mit naturalisierenden Erklärungsmustern, die extrem rechte Angebote attraktiv(er) machen.

Sind Reaktionen von Rechts auf emanzipatorische Kämpfe um Geschlecht und Sexualität also Ausdruck neoliberaler Verunsicherung? Die Weigerung, Geschlechterverhältnisse auszuhandeln – so könnte eine Antwort darauf lauten – ist vielleicht der Versuch, sich bei allen gesellschaftlichen Veränderungen und der Forcierung von Flexibilität auf etwas Privates zurückzuziehen, wie Katharina Debus in ihrem Beitrag *Du Mädchen! Funktionalität von Sexismus, Post- und Antifeminismus als Ausgangspunkt pädagogischen Handelns* argumentiert. Es wird etwas Privates ersehnt, konstruiert und gedanklich abgeschottet, das

sicher vor den Wirrungen gesellschaftlicher Entwicklungen und unantastbar durch staatliche Einflüsse sein soll. Die Sehnsucht nach klaren Aufgabenteilungen, das mantraartig hervorgebrachte Schlagwort von der ‚Natur' und der Wunsch, nichts (mehr) verhandeln zu müssen, können als Ausdruck dessen gesehen werden. Möglicherweise sind auch die Wünsche nach ‚Authentizität', die Vivien Laumann und Kevin Stützel in ihrem Beitrag *„Dann bin ich ja gar nicht mehr authentisch"* beschreiben, hier einzuordnen. Pädagog_innen wollen sich möglicherweise auf diese Weise eines Teils aktueller Anforderungen entledigen, die an sie gestellt werden. Ein Beharren auf traditionell männlichen und weiblichen Handlungsmustern scheint sich aktuell hierfür wieder verstärkt anzubieten, lassen sich doch viele andere Auf- wie Anforderungen, an sich selbst im Sinne der Selbstoptimierung herumzuschrauben, nur schwer zurückweisen.

Einen Kontrapunkt zu der Analyse einer Leistungsgesellschaft setzt Andreas Kemper in seinem Beitrag *Zur Renaissance der ‚Erbtüchtigkeit'*. Er argumentiert, dass der Kapitalismus weniger auf Leistung denn auf Erbtüchtigkeit als zentralem Tugendbegriff beruht. Die Steigerung der Leistungsfähigkeit kann in Krisenzeiten zugunsten der Reproduktion von Klassenverhältnissen in den Hintergrund treten. Letztere rückt er systematisch in den Fokus und zeigt anhand von Diskussionen und Politiken rund um Erbschaften, Familien, Elterngeld, Alters- und Kinderrente den inhärenten Sozialdarwinismus sowie die Eugenik, Bevölkerungs- und Biopolitik auf. So analysiert er u. a. den Klassenbias der Kampagnen gegen eine ‚Frühsexualisierung'. Es sind ihm zufolge adlige Kreise, die einer proletarischen Sexualität als vermeintlich ‚unverantwortlich' und ‚familienuntüchtig' entgegentreten.

Nur ein stummer Schrei nach Liebe? – Funktionen rechter Ideologie

Wenn wir das wütende Schnauben von Rechts verstehen wollen, müssen wir nicht nur nach der Geschichte, den Modernisierungen und dem gegenwärtigen Zustand von Geschlechterverhältnissen, dem Kapitalismus und rechten Bewegungen, sondern auch nach den Funktionen fragen, die rechte Ideologie für die jeweiligen Subjekte und Gruppenkontexte erfüllt. In rechten Kontexten lässt sich eine massive Abwehr bei drohender Uneindeutigkeit, Grenzverwischung und Auflösung von Grenzen und Sicherheiten feststellen. Dies betrifft nicht nur Vervielfältigungen von Geschlechterentwürfen, sondern auch jede andere ideologische Konstruktion. Die als Gegenentwurf organisch

konstruierte ‚Volksgemeinschaft' verspricht die Auflösung gesellschaftlicher Widersprüche und Interessensgegensätze (Weidinger 2009: 6).

Ließen Neonazis die Infragestellung des naturalisierten Geschlechterverhältnisses zu, würden mit dessen angeblicher Unveränderlichkeit auch andere naturalisierte Ordnungen Schaden nehmen. Der aggressive Biologismus von Rechts gegen den drohenden Verlust vermeintlich eindeutiger geschlechtlicher Ordnungen ist insofern folgerichtig. Das Beharren auf Natur (oder einer fixen Kultur) verspricht in einem gesellschaftlichen Kontext zunehmender Pluralisierung, Flexibilisierung und steigender Leistungsanforderungen eine letzte Gewissheit. Sie wird der Fels in der Brandung eines immer instabileren und komplexeren Alltags. Umso aggressiver muss folglich auf diejenigen reagiert werden, die ihre ‚von der Natur vorhergesehene Rolle' verlassen, die Anpassung an Normen nicht mitmachen und Differenz leben.

In dieser Hinsicht geht es auch um Macht(erhalt) und Privilegien(absicherung). Mehrheitlich weiße Männer, Heterosexuelle und Cisgeschlechtliche[4] aus sozialen Mittel- und Oberschichtsmilieus kämpfen um ihre Vorrechte. Die Warnung vor der ‚Diktatur der Minderheiten' folgt einer Logik des Nullsummenspiels, in der davon ausgegangen wird, man* könne eine Diskriminierung nicht abschaffen, ohne gleichzeitig eine Gegendiskriminierung einzuführen: „Der gesunde Menschenverstand weiß: Mit den Privilegierten und den Marginalisierten funktioniert das wie im Tierreich: fressen oder gefressen werden" (zaunfink 2015), analysiert der Blogger zaunfink diese Waagschalenmentalität in satirischer Form. Wenn mehr Menschen in den Genuss gleicher Rechte kommen, dann müssen sie ja anderen irgendwie irgendwo irgendwann weggenommen worden sein. Es scheint hier ein Automatismus am Werk, der nach dem Muster funktioniert, sich selbst als verfolgte, geschundene und unterdrückte Mehrheit zu imaginieren, sobald von anderen Gleichstellung und Gerechtigkeit gefordert wird. So wird der Eindruck vermittelt, es ginge den Heterosexuellen oder Cis-Männern in diesem Land tatsächlich an den Kragen: „Bezeichnend für neo-homophobe Diskursstrategien ist, dass sie etwas als ‚diskriminiert' wahrnehmen, was fest gesellschaftlich-institutionell verankert ist" (Nax/Schmitt). Wer um seine Überlegenheit, seinen Status und Erfolg und den heterosexuellen wie geschlechtlichen Mehrwert fürchtet, wird um die Absicherung der eigenen Dominanz kämpfen (Rommelspacher 1998). Mit diesen Ängsten und Machtgelüsten im Gepäck fallen Appelle an gekränkte Männlichkeiten (und Weiblichkeiten) auf fruchtbaren Boden.

So unangenehm das Abgeben gesellschaftlich etablierter und als abgesichert angesehener Vorrechte im Allgemeinen und im Besonderen sein mag, so ändert dies nichts an der simplen Tatsache, dass der Verlust von Privilegien

4 ‚Cisgeschlechtliche' bezeichnet – im Gegensatz zu ‚Trans*geschlechtlichen' – Menschen, die sich mit dem Geschlecht identifizieren, das ihnen bei der Geburt zugewiesen wurde.

alles andere als Diskriminierung ist, sondern ein wünschenswerter Beitrag zu einer lebenswerten Gesellschaft.

Was hier schlagwortartig angerissen wird, behandelt Katharina Debus in ihrem Beitrag *Du Mädchen!* mit Fokus auf Geschlecht. Sie hebt hervor, dass es für die präventive Erarbeitung von Alternativen sinnvoll ist, sich eingehender mit den Funktionen diskriminierender Äußerungen und Verhaltensweisen zu beschäftigen. Auf die Kritische Psychologie rekurrierend fragt sie, welche Funktion das je individuelle Handeln für das Subjekt hat und expliziert dies an den Beispielen sexistischen Handelns sowie anti- und postfeministischer Positionierungen. Im Zusammenhang mit der Suche des grundsätzlich ‚kompetenten Subjekts' nach Handlungsfähigkeit (zum Konzept der Handlungsfähigkeit in diesem Kontext ausführlich Debus 2014) erklärt Debus einen Anteil von Sexismus, Anti- und Postfeminismus als restriktive Handlungsfähigkeit, die im Kontext von Androzentrismus und Neoliberalismus für die Subjekte jeweils scheinbaren Sinn vermitteln. Daran anschließend schlägt sie Ansatzpunkte vor, wie im Sinne erweiterter Handlungsfähigkeit Alternativen als etwas Befreiendes, Erleichterndes und Genussvolles erfahren werden können und wie kollektives und solidarisches Handeln gegen neoliberale Logiken der Vereinzelung hilfreich sind.

Trotz der berechtigten Kritik an Sozialpsychologisierung und -pädagogisierung des Umgangs mit Neonazis(mus), zugespitzt im Schlagwort des *stummen Schreis nach Liebe* (Die Ärzte), ist es ebenso notwendig, genau diese Perspektive unter veränderten Vorzeichen erneut einzunehmen: Verstehen ohne Verständnis. Neonazis sind keine bloßen Opfer der Verhältnisse, aber sie handeln auch nicht losgelöst von ihnen. Für pädagogisches Handeln impliziert dies, immer wieder die Verbindung zwischen gesellschaftlichen Verhältnissen, konkreten Subjekten und der Funktion ihres Handelns herzustellen *ohne* sich damit gemein zu machen.

Beziehungsarbeit *und* Antidiskriminierung

Hieran schließt sich ein zentraler Streit an, der bereits seit den 1990er-Jahren in der Zuspitzung von ‚Beziehungsarbeit versus Antidiskriminierung' geführt wird. Zweifellos ist Beziehungsarbeit die Grundlage jeglicher Pädagogik, aber sie kann schwierig werden, wenn man* es mit Jugendlichen zu tun hat, die diskriminierende, menschenverachtende und verletzende Dinge tun und sagen. Aber ist denjenigen Pädagog_innen zu trauen, die total ‚gut mit denen können' und ‚super Beziehungsarbeit' machen, aber rechte Kinder und Jugendliche kaum noch in ihrem Verhalten und ihren Einstellungen hinterfragen, um die

‚gute Beziehung' nicht zu gefährden? Dieser Widerspruch ist bis heute virulent (und umkämpft) und zieht sich durch mehrere Beiträge im Buch.

Im Beitrag *Weder ‚normal' noch ‚richtig'* (Hechler/Stuve) wird eine handlungsohnmächtige Empathie und (Selbst-)Verunsicherung mancher Pädagog_innen kritisiert und für Konflikt und Streit *als Teil* einer guten Beziehungsarbeit plädiert. Michaela Köttig benennt in ihrem Beitrag *Zur Gestaltung Sozialer Arbeit gegen Rechtsextremismus mit Fokus auf Mädchen und Frauen* den „Spagat […] mit den Jugendlichen vertraut zu sein, ihnen nahe zu kommen und andererseits gleichzeitig gegen ihre politischen Ansichten zu arbeiten". Sie zeigt Widersprüche und Dynamiken in der Arbeit mit verschieden stark in rechte Kontexte eingebundenen Jugendlichen auf. Ein grundsätzliches Dilemma erkennt sie in dem Anspruch auch rechtsextrem orientierter Jugendlicher auf pädagogische Förderung einerseits und dem Auftrag der Kinder- und Jugendhilfe, rechtsextremen Orientierungen und Diskriminierung entgegenzuwirken andererseits.

Unter schlechten Arbeitsbedingungen, wie sie häufig vorzufinden sind, fällt es in der Praxis schwer, den Dilemmata professionell zu begegnen; schlimmstenfalls befördert pädagogisches Handeln unter schlechten Bedingungen sogar ein Erstarken rechter Szenen und Politiken. Schlecht ausgestattete Pädagog_innen fühlen sich entweder davon überfordert, Hinwendungsprozesse in extrem rechte Lebenswelten überhaupt wahrzunehmen; oder aber sie erkennen sie, sind aber damit überfordert, sich in die notwendigen kritischen Auseinandersetzungen zu begeben. Oftmals sind unter schlechten Arbeitsbedingungen die Kontakte mit der Zielgruppe die einzige Quelle von Anerkennung. Wer wird auf diese angesichts ansonsten fehlender (beruflicher und gesellschaftlicher) Anerkennung verzichten? Und nicht zuletzt kommt es zu Erfahrungsverlusten in der (sozial-)pädagogischen Neonazismusprävention aufgrund von Personalwechseln, weil beispielsweise Kolleg_innen aufgrund von schlechter Bezahlung andere Betätigungsfelder suchen (Debus 2014). Hinreichende Arbeitsbedingungen beinhalten Köttig zufolge u. a. ausreichend Personal, Reflexionszeit, Weiterbildungsmöglichkeiten, die Reduzierung von Handlungsdruck und eine Ausbildung, in der nicht zuletzt geschlechterreflektierte Pädagogik und Neonazismusprävention behandelt werden.

Viven Laumann und Kevin Stützel problematisieren in ihrem Beitrag *„Dann bin ich ja gar nicht mehr authentisch" – Die Gefahr von Verkürzungen in der pädagogischen Rechtsextremismusprävention*, basierend auf eigenen Fortbildungserfahrungen, die von vielen Pädagog_innen betriebene Selbststilisierung als ‚neutral' und ‚offen für alle' als imaginierte gute (Beziehungs-) Grundlage für pädagogische Arbeit. Neutralität führt jedoch geradewegs zu einer Einschränkung für diejenigen Kinder und Jugendlichen, die von Neonazis zu Feind_innen erklärt werden. Köttig bestätigt, dass offensiv und einschüch-

ternd auftretende Jugendliche in Jugendclubs oft die Erfahrung machen, dass ihnen von Pädagog_innen-Seite nichts entgegengesetzt wird. Laumann/Stützel plädieren in ihrem Beitrag für eine klare Positionierung und eine Sicht auf Konflikte als notwendiger Teil pädagogischer Arbeit. Für Beziehungsarbeit mit recht(saffin)en Jugendlichen heißt das, dass diese ‚kritisch-solidarisch' gestaltet werden und kein Selbstzweck sein sollte. ‚Neutralität' gegenüber allen Jugendlichen ist dabei keine adäquate Haltung. Vielmehr muss es darum gehen, eine dezidierte Kritik(fähigkeit) gegenüber diskriminierenden Handlungsmustern und Einstellungen zu entwickeln. Bei den adressierten Zielgruppen sollten Einstellungs- und Verhaltensänderungen in Richtung gleichberechtigter Auseinandersetzungsformen verfolgt werden.

Die gleichen Konflikte beschreiben auch Kai Dietrich und Enrico Glaser von *Mut vor Ort – Geschlechterreflektierende Präventionsarbeit gegen Neonazismus* in zugespitzter Weise für den ländlichen Raum in ihrem Beitrag *„Von richtigen Freundinnen und falschen Freunden"*. Aus ihrer mehrjährigen Beratungspraxis von Jugendeinrichtungen in Sachsen kennen sie die Appelle an Fachkräfte, ‚unpolitisch' gegenüber den jugendlichen Adressat_innen aufzutreten und das Kontakt-Halten an sich zu priorisieren. Sie nehmen diesbezüglich insbesondere eine Bagatellisierung schwulen- und lesbenfeindlicher Sprüche, frauenfeindlicher Äußerungen und sexuell übergriffigen Handelns wahr.

Selbstreflexivität, Analysefähigkeit und Veränderungsbereitschaft als zentrale Werkzeuge

In ihrer Praxisreflexion gehen Vivien Laumann und Kevin Stützel auf das Selbstverständnis vieler Pädagog_innen im Verhältnis zu ihren Zielgruppen ein. Sie beschreiben, dass sich viele Fortbildungsteilnehmende einen ‚Werkzeugkoffer gegen Rechts' wünschten, der schnell und effektiv wirken soll. Dieser Wunsch gehe oft mit einem Unverständnis und einer Unwilligkeit einher, das eigene (geschlechtliche) Gewordensein und die eigene Rolle als Pädagog_in kritisch zu reflektieren. Dem wird häufig eine Idee von ‚Authentizität' entgegengesetzt, verbunden mit einer essenzialistischen Vorstellung davon, ‚wer man ist'. ‚Frei nach Schnauze' solle es gehen und ‚wie einem der Schnabel gewachsen ist' – alles andere sei ‚Verbiegung' und ‚unauthentisch'. Die damit einhergehende Verhaltensstarre und der Abbruch einer kritischen Reflexion der eigenen pädagogischen Praxis impliziert, so Laumann/Stützel, die Gefahr der Naturalisierung von Geschlecht, was sich in Form geschlechterstereotyper Annahmen in der eigenen pädagogischen Praxis fortsetzt. Sie setzen dem die

Notwendigkeit entgegen, „sich selbst in die Bildungsprozesse einzuschließen und Teil jenes offenen Diskurses zu sein, der gegenüber Jugendlichen eingefordert wird“. So geht es weniger um fertige Antworten und ein einfaches Methodenset als vielmehr um Fragen, Ambivalenzen und Dilemmata pädagogischen Handelns. Von herausragender Bedeutung sind hier Selbstreflexion und Veränderungsbereitschaft als Grundlage professioneller pädagogischer Arbeit. Dieser Anforderung wird in pädagogischen Kontexten bisweilen mit Unverständnis begegnet, weil die Blicke so stark auf die Zielgruppen und so wenig auf sich selbst gerichtet sind.

Kai Dietrich und Enrico Glaser betonen den Stellenwert wissenschaftlich untermauerter Professionalität als notwendiger Instanz zur Überprüfung des in der Praxis bei Fachkräften häufig vorzufindenden Alltagswissens, langjährig angesammelter Erfahrungen und überkommener Praxisgewohnheiten. Aus ihrer Beratungspraxis von Pädagog_innen kennen sie eine Reihe fachlich nicht haltbarer Begründungen für Hinwendungs- und Distanzierungsprozesse in die und von der Neonaziszene, die auf Vermutungen und Alltagswissen basieren. So werden beispielsweise für Jungen häufig eine zukünftige Freundin sowie die Gründung einer eigenen Normfamilie als Ausstiegsperspektive imaginiert, was in völliger Ignoranz gegenüber dem Umstand verharrt, dass es weibliche Neonazis gibt und sich in den letzten Jahrzehnten reihenweise extrem rechte Familien gebildet und manifestiert haben.

Doppelte Unsichtbarkeit – neonazistische Mädchen und Frauen

Michaela Köttig berichtet in ihrer *persönlichen Bestandsaufnahme* von ihrer eigenen pädagogischen Arbeit mit (extrem) rechten Mädchen und Frauen und fokussiert dabei insbesondere ländliche Räume. Sie beschreibt Hinwendungsverläufe von Mädchen und jungen Frauen in rechte Cliquen sowie ihr Agieren in diesen und geht spezifisch auf Gewaltverhalten ein. Sie führt aus, dass Hinwendungsverläufe in neonazistische Kontexte nicht zufällig, sondern ein wechselseitiges Zusammenwirken unbearbeiteter familiengeschichtlicher Themen, schwieriger biografischer Erlebnisse und stützender sozialer Rahmenbedingungen sind. Köttig kritisiert, dass neonazistische Mädchen und Frauen in aller Regel weder von der Wissenschaft, der Polizei, der Justiz, den Medien, der allgemeinen Öffentlichkeit noch von Sozialarbeiter_innen wahr- und ernstgenommen werden.

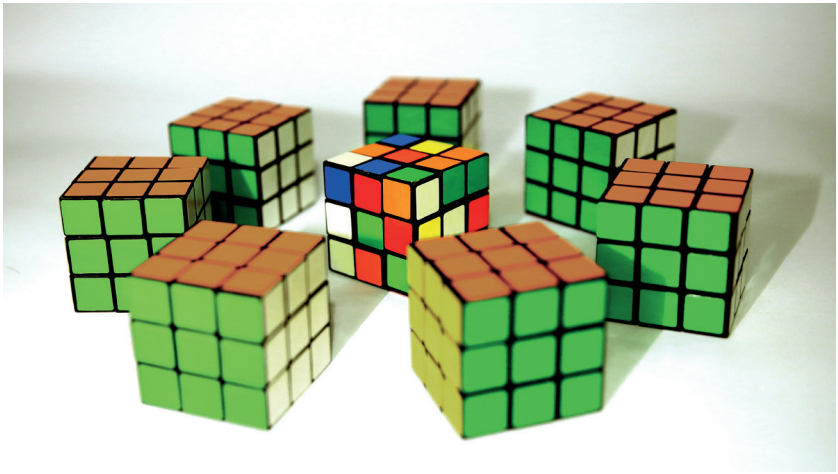
Bestätigt wird diese ‚doppelte Unsichtbarkeit‘ – Frauen werden als weniger ‚politisch‘ als Männer wahrgenommen und ihnen wird noch viel weniger

so etwas Menschenverachtendes und Brutales wie eine neonazistische Gesinnung abgenommen – von Heike Radvan und Esther Lehnert in ihrem Beitrag *Rechtsextremismus als Herausforderung für frühkindliche Pädagogik – Analysen und Handlungsempfehlungen*. Anhand konkreter Beispiele beschreiben sie das strategische Vorgehen rechter Frauen, die sowohl als Elternteil als auch als Kollegin in Einrichtungen frühkindlicher Pädagogik auftreten können. Der Volksgemeinschaftsideologie zufolge ist der ‚natürliche' Platz der Frau dort, im Primarbereich der Erziehung. Auch wenn es bei neonazistischen Familien unterschiedliche Erziehungsstile gibt, wird doch immer das Ziel verfolgt, den Nachwuchs ideologisch zu prägen. Diesbezüglich diskutieren die Autorinnen die Frage einer Kindeswohlgefährdung und plädieren generell für eine frühzeitige Auseinandersetzung mit dem Thema: (altersangemessen) mit den Kindern, (auch) den (rechten) Eltern und untereinander im Team. Sie entwickeln Ansatzpunkte einer Präventionsarbeit mit diesem Fokus und geben Handlungsempfehlungen.

Weder Todesstrafe noch ‚Kinderschänder' – Sexualisierte Gewalt, Kinderrechte und Neonazismus

Einem spezifischen Zusammenhang zwischen frühkindlicher Pädagogik, Geschlecht und Neonazismus widmen sich Patrick Wielowiejski und Lena Rahn in ihrem Beitrag *Sexualisierte Gewalt und Neonazismus am Beispiel der Kampagne ‚Todesstrafe für Kinderschänder'*. Anhand einer konkreten und mobilisierungsstarken neonazistischen Kampagne gehen sie auf den komplexen Zusammenhang der Prävention sexualisierter Gewalt und der Prävention von Neonazismus ein. Die Autor_innen folgen in ihrer Darstellung der These, dass die Forderung ‚Todesstrafe für Kinderschänder' der Stabilisierung einer neonazistisch imaginierten ‚Volksgemeinschaft' durch Schaffung eines äußeren Feindbildes dienen soll, während sie von der Realität sexualisierter Gewalt ablenkt. Diese Forderung hat nichts mit Kinderschutz zu tun, sondern behindert im Gegenteil die Prävention sexualisierter Gewalt. Die Kampagne thematisiert an keiner Stelle die Perspektiven, Wünsche und Bedürfnisse der von sexualisierter Gewalt Betroffenen. Im Kern werden vielmehr autoritäre Bedürfnisse nach Strafe und Ordnung bedient und somit nach einem starken Staat und nach Stabilisierung der eigenen bürgerlichen Identität in ökonomisch instabilen Zeiten.

Die Diskursfigur des ‚Kinderschänders' impliziert männliche Täter und weibliche Opfer und blendet somit weibliche Täterinnen und männliche Opfer aus. Zudem trägt sie die Täter_in-Opfer-Verkehrung bereits in sich und war im



Nationalsozialismus stets mit ‚Rassenschande' verknüpft. Der ‚Kinderschänder' dient(e) als konstitutives Anderes dazu, die weiße, deutsche, nichtjüdische, gesunde, bürgerliche Identität zu stärken – in ihm laufen die Kategorien Geschlecht, Sexualität, Gesundheit, Klasse und Race zusammen. So zeigt sich auch bei dieser Thematik die bereits zuvor beschriebene Verkopplung von Sexismus und Rassismus/Antisemitismus inklusive des Täter_innenfokus als Fallstrick, der den Opfern rein gar nicht hilft.

Bereits die Nazis haben gegen ‚Humanitätsduselei' gehetzt und das ‚gesunde Volksempfinden' für ihre demokratiefeindliche Politik bemüht. Es gibt Metaphern, die eine erstaunliche Langlebigkeit besitzen und die nicht zufällig heutzutage wieder auftauchen. Die *Stille Post*, von der Gabriele Kämper schreibt, geht weit mehr als 20 Jahre zurück. Diskurse, Denk- und Sprechweisen mögen zwischenzeitlich ruhen, können aber konjunkturell immer wieder mobilisiert werden. Wielowiejski/Rahn verweisen bezüglich der Kampagne ‚Todesstrafe für Kinderschänder' auf die stillen und wieder laut werdenden Kontinuitäten und Ähnlichkeiten zwischen den Diskurslinien des historischen Nationalsozialismus und dem heutigen Neonazismus. Anhand der Frage, wieso sich für die Forderung nach drakonischen Strafmaßnahmen für Sexualstraftäter_innen so schnell Mehrheiten generieren lassen, weisen sie die Kritik einer ‚Instrumentalisierung' des Themas durch Neonazis zurück und betonen stattdessen die generelle Offenheit der ‚bürgerlichen Mitte' gegenüber neonazistischen Denkmustern. Deshalb reicht es auch nicht aus, lediglich darauf hinzuweisen, dass hinter dieser oder jener Kampagne Neonazis stecken.

Um dieser Kritik mehr Geltung zu verschaffen, die eigene Argumentation zu schärfen und Strategien zu üben, werden im zweiten Teil ihres Beitrags erste Erfahrungen mit einem Kurzplanspiel zum Thema präsentiert. Dieses ist für Mitarbeiter_innen in sozialen Arbeitsfeldern konzipiert, die immer wieder von Verunsicherungen berichten. Es stellt einen Versuch dar, die Komplexität des Themas in seiner Vielschichtigkeit zu behandeln.

Last but not least

Wenn man* mal keine Lust oder die Möglichkeit hat, alle Argumente erneut auszubreiten und sich den Mund fusselig zu reden und stattdessen die Kategorie ‚kurz und knackig' bevorzugt, wird man* in Sebastian Bubners Beitrag *„Die Kritik hatten wir schon". Entgegnungen auf beliebte Verbal-Strategien gegen das Eintreten für Geschlechteremanzipation* fündig.

Für diejenigen wiederum, die geschlechterreflektiert gegen Rechts bilden (wollen), sind drei Methodenbeschreibungen im Buch enthalten, in denen es

darum geht, *Praxissituationen zu entgeschlechtlichen*, im *Großen Preis* verschiedene lebensweltlich relevante Themen spielerisch zu reflektieren und schwierige, weil diskriminierende *Begriffe gemeinsam [zu] diskutieren* sowie Alternativen zu diesen zu entwickeln.

Katharina Debus beschließt das Buch mit ihrem *Plädoyer für utopische Momente* und gegen das Arrangement mit der Unerträglichkeit der bestehenden Verhältnisse. Gegen die Perversion feministischer Ziele unter neoliberalen Vorzeichen setzt sie Empörung, Handlungsfähigkeit und utopische Momente, um Kraft zu schöpfen für den Kampf einer radikalen Politik der Gleichheit bei individueller Vielfalt.

Produktions- und Arbeitsbedingungen

Auch dieses Buch entsteht unter kapitalistischen Produktions- und Arbeitsbedingungen, die sich nicht nur im Preis ausdrücken. Zu nennen sind die vielen Überstunden, die wir für die Fertigstellung aufgebracht haben. Zu nennen ist die Kinderbetreuung, die bezahlt werden musste, damit ein Artikel geschrieben werden konnte. Aber auch ganz alltägliche Dramen wie der Festplattencrash einer Autorin kamen vor und wischten die ganze bis dahin geleistete Arbeit auf einen Schlag weg. Nicht zu vergessen der Stress mancher Autor_innen, den Inhalt des jeweiligen Artikels während des Schreibens permanent überarbeiten zu müssen, weil es täglich neue Entwicklungen gab.

Einer unserer Praktikanten konnte stellenweise nicht weiterrecherchieren, weil ihn die Inhalte des Materials so angriffen. Wir haben solche Konsequenzen der Arbeit gar nicht (mehr) mitbedacht. Dies zeigt, wie abgestumpft wir geworden sind, wenn wir uns auf einer alltäglichen Ebene mit Neonazis (-mus) beschäftigen. Wir haben es teilweise mit überaus verletzenden Äußerungen zu tun und wir haben uns daran gewöhnt. Manchmal auch nicht: Ich (A. H.) hatte mich wieder mal mit Hinwendungs- und Distanzierungsprozessen von Neonazis beschäftigt und träumte im Schlaf, dass sich Freund_innen von mir neonazistischen Szenen zugewendet hatten. Und was ist schlimmer: Alpträume zu haben oder keine zu haben, wenn man* sich so viel mit derart fürchterlicher und brutaler Gewalt, Diskriminierung und Ausgrenzung beschäftigt? Wer kann diese Art von Arbeit machen? Je mehr man* zum Feindbild von Neonazis gehört, umso schwieriger dürfte es werden. Welche Formen des (professionell begleiteten) Austauschs in Form von Super- und Intervisionen sind für die Arbeit nötig? Welche Rolle können solidarische, fehlerfreundliche und zugleich (selbst)kritische Strukturen für eine effektive Neonazismusprävention spielen, die zugleich sicherstellen, dass die Arbeit für

die Kolleg_innen keine zerstörerischen Wirkungen hat? Die hier nur angedeuteten Fragen bedürfen einer weiteren intensiven Bearbeitung, mit deren Hilfe angemessene Arbeitsbedingungen bestimmt und erstritten werden können. Gut finanzierte Praxisprojekte und deren solidarisch-forschende Begleitung sind hierfür notwendig.

Viele Menschen haben zum Gelingen dieses Buchs beigetragen, denen hier gedankt werden soll: Dem Verlag Barbara Budrich und hier insbesondere Sarah Rögl für die Unterstützung, Andrea Lassalle für das herausragende Lektorat, Ulrike Weingärtner für den Satz, Friedrich Burschel für sein Feedback zum gesamten Buch, unseren Autor_innen für die gute Zusammenarbeit und ihre Artikel, unseren Fotografen Udi Nir und Sagi Bornstein, unseren Praktikant_innen Patrick Wielowiejski, Tobias Blaß, Lena Rahn, Paolo-Francesco Cercola, Chiara Bothe und Christian Beeck für die Mitarbeit im Projekt, Daniel Mang für Übersetzungstätigkeiten, unseren Kolleg_innen bei *Dissens – Institut für Bildung und Forschung* aus Verwaltung, Forschung, Bildung und Beratung, insbesondere unseren Teamkolleg_innen, mit denen wir die Fortbildungen durchgeführt und ganz im Sinne des forschenden Lernens stets weiterentwickelt haben, namentlich Katharina Debus, Vivien Laumann, Lena Rahn, Mart Busche, Kevin Stützel, Eva Prausner, Ricarda Milke und Irena Schunke.

Zum erfolgreichen Verlauf des Projekts haben zudem sehr gute Kooperationen in fünf Bundesländern mit beigetragen. In Bayern hatten wir Kooperationspartnerschaften mit dem Institut für Jugendarbeit Gauting und der Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus. In Berlin gehörten das Sozialpädagogische Fortbildungsinstitut Berlin Brandenburg, der Verein Licht-Blicke ElternStärken, die Fachstelle Gender und Rechtsextremismus der Amadeu Antonio Stiftung, die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) und das antifaschistische pressearchiv und bildungszentrum e. V. (apabiz) zu unseren Kooperationspartner_innen, in Brandenburg waren es die Stiftung SPI Niederlassung Brandenburg, die RAA Cottbus, der Landesjugendring Brandenburg und das Aktionsbündnis Brandenburg. In Hessen haben wir mit Ina Pallinger vom Fachbereich Demokratieforschung der Philipps-Universität Marburg sowie der Fachstelle Jugendarbeit des Landkreises Wetterau kooperiert und in Sachsen-Anhalt waren Miteinander e. V. und das Kompetenzzentrum geschlechtergerechte Kinder- und Jugendhilfe in Sachsen-Anhalt e. V. unsere Partnerorganisationen.

Wir danken zudem unseren Zuwendungsgeberinnen: der Aktion Mensch, der Heidehof Stiftung und der Stiftung ‚Großes Waisenhaus zu Potsdam' für die finanzielle Förderung des Projekts während der gesamten Laufzeit. Der Heinrich-Böll-Stiftung und der Rosa-Luxemburg-Stiftung, hier insbesondere Friedrich Burschel, danken wir für die finanzielle Unterstützung der Ab-

schlusstagung unseres Projekts. Der Hans-Böckler-Stiftung, hier besonders Michaela Kuhnhenne, danken wir für die finanzielle Unterstützung dieser Publikation.

Literatur

Amadeu Antonio Stiftung/Radvan, Heike (Hrsg.) (2013): Gender und Rechtsextremismusprävention. Berlin: Metropol Verlag.

Antifaschistisches AutorInnenkollektiv Düsseldorf (2012): Von der Vergangenheit eingeholt. Carsten Schultze wegen Unterstützung des NSU festgenommen. In: terz vom 01.03.202. http://www.terz.org/texte/texte_1203/carsten-schultze.html [Zugriff: 06.05.2015].

Bitzan, Renate (2013): Selbstbilder extrem rechter Mädchen und Frauen. In: Amadeu Antonio Stiftung/Radvan, Heike (Hrsg.): Gender und Rechtsextremismusprävention. Berlin: Metropol Verlag, S. 153–168.

Brandt, Marc (2010): Fallbeispiele zu geschlechterreflektierenden Strategien gegen Rechtsextremismus in der Kinder- und Jugendhilfe. In: Claus, Robert/Lehnert, Esther/Müller, Yves (Hrsg.): „Was ein rechter Mann ist …". Männlichkeiten im Rechtsextremismus. Berlin: Karl Dietz Verlag, S. 237–249.

Claus, Robert/Lehnert, Esther/Müller, Yves (Hrsg.) (2010): „Was ein rechter Mann ist …". Männlichkeiten im Rechtsextremismus. Berlin: Karl Dietz Verlag.

Debus, Katharina (2014): Rechtsextremismus als Suche nach Handlungsfähigkeit? Subjektive Funktionalität von Verhalten als Ausgangspunkt von Rechtsextremismusprävention. In: Debus, Katharina/Laumann, Viven (Hrsg.): Rechtsextremismus, Prävention und Geschlecht. Vielfalt_Macht_Pädagogik. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.

Debus, Katharina/Laumann, Viven (Hrsg.) (2014): Rechtsextremismus, Prävention und Geschlecht. Vielfalt_Macht_Pädagogik. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.

Decker, Oliver/Brähler, Elmar u. a. (Hrsg.) (2006–2014): Vom Rand zur Mitte / Ein Blick in die Mitte / Bewegung in der Mitte / Die Mitte in der Krise / Die Mitte im Umbruch / Die stabilisierte Mitte. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung. Leipzig: Universität Leipzig.

Dissens e. V./Debus, Katharina/Könnecke, Bernard/Schwerma, Klaus/Stuve, Olaf (Hrsg.) (2012): Geschlechterreflektierte Arbeit mit Jungen an der Schule. Texte zu Pädagogik und Fortbildung rund um Jungenarbeit, Geschlecht und Bildung. Berlin: Eigendruck.

Drieschner, Frank (1993): Glatzenpflege auf Staatskosten. In: Die Zeit vom 13.08.1993. http://www.zeit.de/1993/33/glatzenpflege-auf-staatskosten [Zugriff: 08.05.2014].

Feustel, Susanne (2014): Von der „Glatzenpflege auf Staatskosten" zur Deradikalisierung als Konzept? In: Kulturbüro Sachsen (Hrsg.): Politische Jugendarbeit vom Kopf auf die Füße. Dresden: Eigendruck, S. 67–79.

Feustel, Susanne/Nattke, Michael (2014): Das Problem der Etikettierung. Über „bunte Vögel", menschenrechtsorientierte Störerinnen, antifaschistische Demokraten und ihr Potenzial. In: Kulturbüro Sachsen (Hrsg.): Politische Jugendarbeit vom Kopf auf die Füße. Dresden: Eigendruck, S. 10–19.

Fachstelle Gender und Rechtsextremismus (o. J.): NSU-Prozess und Gender. http://www.gender-und-rechtsextremismus.de/rechte-frauen-im-fokus-1/nsu-prozess-und-gender/ [Zugriff: 01.06.2015].

Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus (o. J.): http://www.frauen-und-rechtsextremismus.de/ [Zugriff: 30.04.2015].

Frey, Regina (2011): Zur geschlechterpolitischen Verortung des Norwegen-Attentäters Breivik. In: genderbüro blog vom 27.07.2011. http://genderbuero.blogspot.de/2011/07/zur-geschlechterpolitischen-verortung.html [Zugriff: 16.06.2015].

Geden, Oliver (2004): Männlichkeitskonstruktionen in der Freiheitlichen Partei Österreichs. Eine qualitativ-empirische Untersuchung. Opladen: Verlag Leske und Budrich.

Glawion, Sven (2012): Heterogenesis. Männlichkeit in deutschen Erzähltexten 1968–2000. Darmstadt: Büchner-Verlag.

Goetz, Judith (2014): (Re-)Naturalisierungen der Geschlechterordnung. Anmerkungen zur Geschlechtsblindheit der (österreichischen) Rechtsextremismusforschung. In: Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit (Hrsg.): Rechtsextremismus. Entwicklungen und Analysen, Band 1. Wien: mandelbaum kritik & utopie, S. 40–68.

Guthmann, Thomas (2014): „Sagt nicht so was!" Lernen im homogenisiert-fragmentierten Raum der Nation. Eine qualitative Untersuchung bei aktiven Schüler/innen gegen Rassismus und Rechtsextremismus. Immenhausen: Prolog Verlag.

Hamann, Sibylle (2011): Am Ende geht es um Sex. In: Die Presse vom 05.08.2011. http://diepresse.com/home/spectrum/zeichenderzeit/683791/Am-Ende-geht-es-um-Sex [Zugriff: 16.06.2015].

Hechler, Andreas (2012): Männlichkeitskonstruktionen, Jungenarbeit und Neonazismus-Prävention. In: Dissens e. V. u. a. (Hrsg.): Geschlechterreflektierte Arbeit mit Jungen an der Schule. Berlin: Eigendruck, S. 73–92.

Hufer, Klaus-Peter (2014): Erwachsenenbildung und Strategien gegen Rechtsextremismus. In: Blome, Mathis/Manthe, Barbara (Hrsg.): Zum Erfolg verdammt. Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus. IDA: Düsseldorf, S. 46–50.

Hügel, Ilka/Lange, Chris/Ayim, May/Bubeck, Ilona/Aktaş, Gülşen/Schultz, Dagmar (Hrsg.) (1993): Entfernte Verbindungen: Rassismus, Antisemitismus, Klassenunterdrückung. Berlin: Orlanda Frauenverlag.

Kämper, Gabriele (2005): Die männliche Nation. Politische Rhetorik der neuen intellektuellen Rechten. Köln/Wien: Böhlau Verlag.

Lehnert, Esther: Apfel-Rücktritt: Was die Gerüchteküche über die rechtsextreme Szene sagt. Interview von Simone Rafael in Netz gegen Nazis vom 20.12.2013. http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/apfel-r%C3%BCcktritt-was-dieger%C3%BCchtek%C3%BCche-%C3%BCber-die-rechtsextreme-szene-sagt-9184 [Zugriff: 01.01.2014].

Lutz, Helma/Herrera Vivar, Maria Teresa/Supik, Linda (Hrsg.) (2010): Fokus Intersektionalität. Bewegungen und Verortungen eines vielschichtigen Konzeptes. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
Möller, Kurt/Schuhmacher, Nils (2007): Rechte Glatzen. Rechtsextreme Orientierungs- und Szenezusammenhänge – Einstiegs-, Verbleibs- und Ausstiegsprozesse von Skinheads. Wiesbaden: Springer VS.
Nationaler Bildungskreis – Arbeitskreis für Sozialwissenschaften in der JN (2014): Kerle gesucht! – Männlichkeit in der Krise. http://aktion-widerstand.de/wp-content/uploads/2014/02/Kerle-gesucht.pdf [Zugriff: 27.02.2014].
Nguyen, Toan (2014): „Outside the box" – Stärkung und Empowerment von Jugendlichen of Color. In: ju:an/Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.): „Läuft bei Dir!" Konzepte, Instrumente und Ansätze der antisemitismus- und rassismuskritischen Jugendarbeit. Berlin: Eigendruck, S. 26–27.
Norddeutsche Antifagruppen (Hrsg.) (1998): „Rosen auf den Weg gestreut …" Kritik an der „Akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Jugendcliquen". Hamburg: reihe antifaschistischer texte.
Opferperspektive e. V. (Hrsg.) (2013): Rassistische Diskriminierung und rechte Gewalt. An der Seite der Betroffenen beraten, informieren, intervenieren. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot.
Overdieck, Ulrich (2014): Fallgeschichte 1: Beate Zschäpe. In: Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.): Rechtsextreme Frauen – übersehen und unterschätzt. Berlin: Eigendruck, S. 35–44.
Reimer, Katrin (2013): Zwischen Anpassung und kritischem Gesellschaftsverständnis. Perspektiven außerschulischer Bildung zu Rassismus und Rechtsextremismus. In: Das Argument, Nr. 302, 55. Jg., S. 413–425.
Rommelspacher, Birgit (1998): Rassistische und rechte Gewalt: Der Streit um die Ursachen. In: Dies.: Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht. Berlin: Orlanda Frauenverlag, S. 80–87 (1995).
Rommelspacher, Birgit (2011): Frauen und Männer im Rechtsextremismus – Motive, Konzepte und Rollenverständnisse. In: Birsl, Ursula (Hrsg.): Rechtsextremismus und Gender. Opladen/Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich, S. 43–68.
Schnurbein, Stefanie von (2011): „Dahinter steckt Männlichkeitsideologie". In: die tageszeitung vom 27.07.2011, Interview von Ines Pohl. http://www.taz.de/!75201/ [Zugriff: 16.06.2015].
Schuhmacher, Nils (2014): Von der Hilfe zur Abhilfe? Die Karrieren von Ausstiegs- und Deradikalisierungs-Paradigma im Kontext der Bundesprogramme. In: Blome, Mathis/Manthe, Barbara (Hrsg.): Zum Erfolg verdammt. Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus. IDA: Düsseldorf, S. 75–80.
Schüßler, Sigrid (2014): NPD – machs ohne! Und zwar ohne mich! Beitrag vom 22.12.2014. https://de-de.facebook.com/sonja.meier.731135/posts/616740725139082:0 [Zugriff: 23.12.2014].
Stützel, Kevin (2013): Männlich, gewaltbereit und desintegriert. In: Amadeu Antonio Stiftung/Radvan, Heike (Hrsg.): Gender und Rechtsextremismusprävention. Berlin: Metropol Verlag, S. 211–229.
Stuve, Olaf (2010): Geschlechterreflektierende Arbeit mit Jungen als Prävention gegen rechtsextremistische Einstellungen und Handlungsmuster. In: Claus,

Robert/Lehnert, Esther/Müller, Yves (Hrsg.): „Was ein rechter Mann ist …". Männlichkeiten im Rechtsextremismus. Berlin: Karl Dietz Verlag, S. 226–236.

Weidinger, Bernhard (2009): Aggressiv normal. Zum Männlichkeitsüberschuss im Rechtsextremismus. In: Stimme von und für Minderheiten, Nr. 70/2009, S. 6–7. https://forschungsgruppefipu.files.wordpress.com/2012/05/stimme-text.pdf [Zugriff: 14.05.2014].

wit (2012): Zwickauer Zelle: Neonazis wählten Opfer nach Alter aus. In: Spiegel Online vom 15.01.2012. http://www.spiegel.de/panorama/justiz/zwickauer-zelle-neonazis-waehlten-opfer-nach-alter-aus-a-809150.html [Zugriff: 30.04.2015].

zaunfink (2015): Antilopen, die Löwen fressen. In elf einfachen Lektionen zum Terror-Opfer. https://derzaunfink.wordpress.com/2015/04/15/antilopen-die-loewen-fressen/ [Zugriff: 16.04.2015].

Zick, Andreas/Küpper, Beate/Hövermann, Andreas (2011): Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Zick, Andreas/Klein, Anna (2014): Rechtsextreme Einstellungen in einer fragilen Mitte. In: Friedrich-Ebert-Stiftung/Melzer, Ralf (Hrsg.): Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014. Bonn: Verlag J. H. W. Dietz, S. 32–60.

2. Pädagogische Praxen

2.1 Weder ‚normal' noch ‚richtig'

Geschlechterreflektierte Pädagogik als Grundlage einer Neonazismusprävention

Andreas Hechler und Olaf Stuve[1]

Einleitung

Zusammenhänge von Neonazismus und Geschlecht werden seit den 1980er/90er-Jahren von einer in erster Linie feministisch und auf Weiblichkeit fokussierten Forschung bearbeitet (Bitzan 2013). Geschlechtsbezogene Unterschiede hinsichtlich Handlungsweisen, Motivlagen, Strategien, Organisationsgraden und der Politisierung von Lebensbereichen in neonazistischen Kontexten sind dabei verschiedentlich nachgewiesen worden (Rommelspacher 2011). Die (sozial-)pädagogischen Programme gegen Neonazismus enthalten hingegen erst seit Mitte der 2000er-Jahre eine explizit geschlechtsbezogene Perspektive (Laumann 2014). Die wenigen Ansätze in den 1990er-Jahren, die im Zusammenhang mit Neonazismusprävention Geschlecht bearbeitet haben, werden aus heutiger Perspektive kritisiert (Stützel 2013). Moniert wird zum einen die bis heute oftmals reproduzierte Ausblendung der systematischen Eingebundenheit von Mädchen und Frauen in neonazistische Strukturen (ebd.; Köttig in diesem Band). Zum anderen wird der Vorstellung widersprochen, dass neonazistische Handlungs- und Orientierungsmuster in erster Linie als Effekt und Kompensation jugendlich krisenhafter Männlichkeit angesehen werden. Folgt (Sozial-)Pädagogik nämlich einem solchen Ansatz und antwortet mit der Entwicklung einer (vermeintlich) stabilen Geschlechtsidentität, knüpft sie im Konkreten an vielfältigen Punkten an traditionelle Männlichkeit an (Kraft, Risiko, Konkurrenz, Körperkult etc.). Verkannt wird dabei, dass es die ganz ‚normale' Männlichkeit ist, die immer wieder genau die Anforderungen hervorbringt, die neonazistische Männlichkeiten zu erfüllen versprechen. Eine Pädagogik, die Männlichkeit und mit ihr verbundene Anforderungen nicht kritisch in Frage stellt, befördert somit Anknüpfungspunkte für Neonazismus,

1 Wir danken Vivien Laumann, Christian Beeck und Katharina Debus für ihre wertvollen Anregungen zu diesem Text.

anstatt sie zu kappen (Manne e. V. Potsdam 2010; kritisch: Stützel 2013: 224ff. und Hechler 2012: 86).

Geschlechterreflektierte Ansätze werden mittlerweile als sinnvolle Ergänzung bestehender Präventionsansätze gegen Rechts angesehen (Fachstelle Gender und Rechtsextremismus o. J.; AGJF Sachsen e. V. 2014; Debus/Laumann 2014; Hechler 2012; Amadeu Antonio Stiftung/Radvan 2013; Miteinander 2014; Birsl 2011; Claus/Lehnert/Müller 2010). Neben den geschlechtsbezogenen Unterschieden wird auf inhaltlicher Ebene hervorgehoben, dass neonazistische Ideologien auch eine Geschlechterdimension besitzen, d. h. sie sind sexistisch, heterosexistisch, cissexistisch, bi- und inter*feindlich.[2]

Die bisher vorgelegten Analysen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass Vorstellungen von einer bestimmten Ordnung der Geschlechter und Sexualitäten nach wie vor in Definitionen zu Rechtsextremismus und der Neonazismus-/Rechtsextremismusforschung weitgehend ignoriert werden (Goetz 2014).

Im Folgenden stellen wir grundlegende Überlegungen einer geschlechterreflektierten Neonazismusprävention vor, wie sie im Rahmen verschiedener Projekte von *Dissens – Institut für Bildung und Forschung* in den letzten Jahren entwickelt worden sind.[3] Zentral darin ist die Annahme, dass die kritische Auseinandersetzung mit Geschlecht und Sexualität immer auch neonazismuspräventiv ist, da der Neonazismus nur mit ganz bestimmten Männlichkeiten und Weiblichkeiten funktioniert. Wir gehen dabei nicht davon aus,

2 Der Phobiebegriff setzt eher passives Erleben als eine aktive Tätigkeit voraus und individualisiert qua Pathologisierung einen gesellschaftlichen Strukturzusammenhang. Von daher werden ‚Hetero-und Cissexismus' anstelle von ‚Homo- und Transphobie', ‚Bi- und Inter*feindlichkeit' anstelle von ‚Bi- und Inter*phobie' verwendet. ‚Hetero- und Cissexismus' lenken darüber hinaus den Blick weg von den Diskriminierten (Homosexuelle, Trans*) und problematisieren die zumeist unsichtbar bleibende dominante Norm (Hetero und Cis). ‚Bifeindlichkeit' und ‚Inter*feindlichkeit' sind im deutschsprachigen Kontext bisher keine ausgearbeiteten Konzepte. Gemeint sind einerseits die Abwertung und Unsichtbarmachung von Bisexualität und die Diskriminierung bisexueller Menschen, andererseits die medizinische Folter und gesellschaftliche Tabuisierung und Diskriminierung von intergeschlechtlichen Menschen. Diese kommen in den seltensten Fällen als genuine ‚Feindschaft' daher, so dass auch diese Begriffe ihre Schwächen haben, auf die hier jedoch nicht näher eingegangen werden kann.

3 Von 2009 bis 2012 wurde der Zusammenhang von Männlichkeit und Neonazismus (Hechler 2012) im Rahmen der Fortbildungskonzeption *Geschlechterreflektierte Arbeit mit Jungen an der Schule* (Dissens u. a. 2012) zum Thema eines Moduls gemacht. Daran hat sich das Projekt *Rechtsextremismus und Männlichkeit(en)* (2011–2014) angeschlossen, in dem der Schwerpunkt der Fortbildungsreihe für Pädagog_innen im schulischen Kontext auf Neonazismusprävention und Geschlecht lag (Debus/Laumann 2014; Laumann/Stützel in diesem Band). Darauf aufbauend haben sich in dem Projekt *Geschlechterreflektierte Neonazismusprävention* Weiterentwicklungen für den außerschulischen Bereich der Bildungs- und Sozialen Arbeit angeschlossen (2013–2015).

dass Geschlecht *der* zentrale Hinwendungsfaktor zu neonazistischen Szenen ist (Bitzan 2013), heben aber hervor, dass Geschlecht eine Bedeutung dabei hat. Die Hinwendung zu und Einstiege in neonazistische Kontexte erfolgen bei Jugendlichen zumeist im Alter von 11 bis 15 Jahren. In den wenigsten Fällen geschehen diese über Parteien und Organisationen, sondern vielmehr über Attraktivitäten und Versprechen lebensweltlicher Angebote, Anbindungen an Cliquen und Peergroups sowie mit ihnen verbundene subkulturelle Verortungen (Schuhmacher 2011). All dies ist in hohem Maße vergeschlechtlicht (Stuve/Debus 2013). Gerade in dieser frühen Phase lebensweltlicher Orientierungen spielen Geschlechtervorstellungen und -angebote eine bedeutende Rolle und sind daher für die Neonazismusprävention von Bedeutung.

In neonazistischen Kontexten existieren das Angebot und die Möglichkeit, der gesellschaftlichen Aufforderung, ein ‚richtiger Mann' oder eine ‚echte Frau' zu sein und sein zu sollen, auf eindeutige Weise folgen zu können. Wenn es hingegen für einen Jungen oder ein Mädchen keine größere Bedeutung hat, als ‚echt', ‚richtig' oder ‚normal' wahrgenommen zu werden, sich ein Junge nicht als Kämpfer, Familienernährer und Beschützer beweisen muss oder sich ein Mädchen nicht als Mutter, verantwortlich für das Wohl des Ganzen und den Mann und die Familie stützend profilieren muss, dann ist es unwahrscheinlicher, dass diese in neonazistischen Kreisen landen. Unsere zentrale These lautet in diesem Sinne, dass eine Vervielfältigung von Männlichkeiten und Weiblichkeiten, eine Entlastung von Geschlechteranforderungen und eine auf gleichberechtigte geschlechtliche und sexuelle Vielfalt ausgerichtete Pädagogik der Prävention neonazistischer Einstellungen und Handlungsmuster förderlich ist. Dem folgend, unterstützt geschlechterreflektierte Neonazismusprävention Kinder und Jugendliche bei der Entwicklung ihrer Individualität jenseits starrer Geschlechterzuschreibungen. Wenn vielfältige Lebensweisen – nicht nur in Bezug auf Geschlecht und Sexualität – für Kinder und Jugendliche selbstverständlich sind, kann dies ein wichtiger Beitrag zu einer Prävention von Neonazismus und eine wichtige Voraussetzung für ein demokratisches Miteinander im Alltag sein.

Der Beitrag beleuchtet in einem ersten Teil unter Geschlechterfokus Prinzipien einer Pädagogik gegen Rechts. Dabei wird die Notwendigkeit der Einbeziehung der Perspektiven von Opfern/Diskriminierten einerseits betont und andererseits die Notwendigkeit einer Stärkung von Alternativen hervorgehoben. Mit Blick auf potenzielle oder reale Täter_innen (zu den Begriffen ‚Opfer/Diskriminierte' und ‚Täter_innen' siehe Hechler im gleichen Band) wird in primär-, sekundär- und tertiärpräventive Ansätze differenziert, es werden Überlegungen zum Wechselverhältnis von Gesamtgesellschaft und extremer Rechter angestellt und auf Geschlechter(-verhältnisse) im Neonazismus ein-

gegangen. In einem an diese Ausdifferenzierungen anschließenden zweiten Teil werden Prinzipien geschlechterreflektierter Pädagogik erörtert. Es wird gezeigt, wie sich in unserem kulturellen System der Zweigeschlechtlichkeit Geschlechterterritorien herausbilden, die mit Spezialisierungen und Verlusten von Handlungsmustern, Fähigkeiten, Emotionen etc. und einer Fülle von Anforderungen einhergehen. Daran anschließend wird das Ziel geschlechterreflektierter Pädagogik dargelegt, von diesen Anforderungen zu entlasten und alternative Handlungsmuster zu entwickeln. Dabei geht es um Haltung, Methodik/Didaktik, Wissen und Arbeitsbedingungen. Im abschließenden Fazit fassen wir zusammen, was geschlechterreflektierte Pädagogik im Rahmen von Neonazismusprävention leisten kann.

Prinzipien einer Pädagogik gegen Rechts

Fokusverschiebungen: Weg von den Täter_innen!

Kernfragen einer präventiven Praxis gegen Neonazismus sind einerseits, wie sich verhindern lässt, dass sich Kinder und Jugendliche von neonazistischen Szenen angesprochen und zu ihnen hingezogen fühlen und andererseits, wie sie davon gelöst werden und Abstand gewinnen können, wenn sie sich ihnen schon zugehörig fühlen. Was sind Einstiegsmotive und was suchen und bekommen junge Menschen in neonazistischen Szenen?

So richtig und wichtig diese Fragen anfangs für uns gewesen sind (Hechler 2012), so haben sich seitdem Fokusverschiebungen in unseren Auseinandersetzungen entwickelt. Unser Blick schien uns viel zu sehr auf Neonazis und deren Praxen und Aussagen gerichtet, wie es in der Neonazismusprävention oft der Fall ist. Mittlerweile ist uns viel klarer, dass ein erfolgreicher Kampf daran gemessen werden muss, ob sich real etwas für diskriminierte Gruppen verbessert hat (Ensinger/Kaletsch 2013). Zudem ist die Stärkung von Alternativen das A und O einer jeden erfolgreichen Prävention. Es ist leider nach wie vor so, dass die letzten beiden Ebenen oft zugunsten der ersten verdrängt werden, auch wenn als Konsequenz aus den Fehlern, die aus einem Täter_innenfokus in den 1990er-Jahren resultierten, in den 2000er-Jahren Beratungs- und Unterstützungsstrukturen für Diskriminierte rechter Gewalt eingerichtet wie auch der Aufbau alternativer Strukturen vorangetrieben wurden (Klose/Burschel 2014).

Eine Neonazismusprävention muss kritisch im Blick behalten, dass die Beschäftigung mit möglichen Funktionen neonazistischer Orientierungen (Debus im hierauf folgenden Beitrag) immer auch mit der Gefahr einer erneuten Fokussierung auf Täter_innen verbunden ist, wie dies bis heute – in

problematisch verengter Weise auf deklassierte gewalttätige Jungmänner in Ostdeutschland – verbreitet ist.

Als Kontrollfragen können Perspektiven weiterhelfen, mit denen danach gefragt wird, was die realen wie potenziellen Opfer/Diskriminierten von Neonazis benötigen. Deren Bedürfnisse nach Schutz, Unterstützung und Empowerment gehören ins Zentrum der Auseinandersetzung. Werden diese nicht ernst genommen und vorhandene Ressourcen (Finanzen, Aufmerksamkeit, …) zugunsten eines Täter_innenfokus abgezogen, kann es zu einer Schwächung, Gefährdung und Vertreibung kommen, schlimmstenfalls werden Opfer/Diskriminierte zu den eigentlichen ‚Problemen' und ‚Nestbeschmutzer_innen' gemacht. Im Ergebnis bleiben sie allein und neonazistische Akteur_innen bestimmen das Geschehen und seine öffentliche Wahrnehmung (Ensinger/Kaletsch 2013).

Weitere Kontrollfragen sind die nach den Alternativen und danach, was sich perspektivisch wie entwickeln soll. Die Stärkung nicht-neonazistischer, antifaschistischer und LSBT*IQ[4]-Alternativen wird häufig nicht als Teil einer Neonazismusprävention verstanden oder sogar bekämpft (‚Extremisten von links'). Dabei ist es eine Binsenweisheit, dass es ohne Alternativen keine Alternativen zum Neonazismus gibt. Ohne die Stärkung nicht-neonazistischer Lebenswelten und Jugendkulturen bringt auch die beste Präventionsarbeit nichts, wenn es schlichtweg keinen anderen Ort für Jugendliche als die lokale Neonazi-Clique gibt. Anstelle von ‚Gelegenheitsstrukturen für Neonazismus' braucht es „Opportunitätsstrukturen für Demokratieerfahrungen" (Birsl 2013: 150).

Auf dieser Grundlage sagen wir heute, dass zur Neonazismusprävention drei Ebenen gehören: An erster Stelle stehen der Schutz, die Unterstützung und das Empowerment derjenigen, die von Neonazis real oder potenziell bedroht werden. An zweiter Stelle stehen der Aufbau und die Unterstützung von Alternativen zum Neonazismus. Diese beiden Ebenen sind nicht distinkt voneinander getrennt, sondern können sich überschneiden. An dritter Stelle steht die Beschäftigung und Auseinandersetzung mit Neonazis und neonazistisch orientierten Kindern und Jugendlichen. Für die Pädagogik gilt es, für alle diese drei Ebenen zielgruppenspezifische Angebote bereitzustellen. Dabei kann und sollte weder ein und dieselbe Person noch Institution alle drei Ebenen gleichzeitig bespielen wollen – das kann nicht funktionieren, da die Arbeit mit Täter_innen sowohl der Schutzverpflichtung gegenüber Opfern/Diskriminierten als auch einer Stärkung von alternativen, antifaschistischen und queeren Jugendlichen zuwiderläuft. Zwischen den verschiedenen Bereichen der Präventionslandschaft ist daher eine gute Vernetzung und Zusammenarbeit von Einrichtungen in den je unterschiedlichen Feldern nötig.

4 ‚LSBT*IQ' steht für ‚LesbischSchwulBiTrans*InterQueer'.

Im folgenden Teil geht es genauer um die dritte Ebene der potenziellen oder realen Täter_innen.

Differenzierungen: Primär-, Sekundär- und Tertiärprävention

Die *Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin* (VDK/MBR 2006: 80–85) differenziert in vier verschiedene Idealtypen bezüglich Organisierungs- und Ideologisierungsgrad: Kader_innen[5], Aktivist_innen, Mitläufer_innen und Sympathisant_innen. Unterschieden wird die Geschlossenheit bzw. Offenheit des Weltbilds, wie stark oder schwach jemand in neonazistische Kontexte eingebunden ist, dort Funktionen hat oder nicht und ob geschult und taktisch agiert wird.

Für eine erfolgreiche Prävention ist wichtig zu differenzieren, mit welcher Zielgruppe man* arbeitet und wie stark diese in neonazistische Kontexte eingebunden ist. Um diese Einschätzung vornehmen zu können, ist ein Wissen um Codes, Symbole, Kleidung, Musik, Sprüche, Ideologiedichte, Diskussionsverhalten und Einbindungsgrad in die neonazistische Szene erforderlich. Die Klassifikation der MBR Berlin bietet hier einige Anhaltspunkte. Wenn jemand vom ‚Weltnetz' und ‚T-Hemden' spricht, die ‚Todesstrafe für Kinderschänder' fordert, Thor Steinar trägt und den zu großen Einfluss des ‚Weltpolizisten USA' beklagt, sollte man* (spätestens dann) dringend handeln, gegebenenfalls weitere Informationen einholen und sich beraten lassen.

In den 1990er-Jahren hat es im Rahmen von ‚akzeptierender Jugendarbeit' teils verheerende pädagogische Arbeit mit Neonazis gegeben, die im Ergebnis zu einer Konsolidierung neonazistischer Organisierung geführt hat (Stützel 2013; Norddeutsche Antifagruppen 1998). Es hat sich herauskristallisiert, dass die Arbeit mit gefestigten Neonazis – hierzu zählen die Kader_innen und Aktivist_innen – in Settings der offenen Kinder- und Jugendarbeit pädagogisch nicht nur Zeit- und Energievergeudung ist, sondern auch gefährlich für andere Jugendliche und eine_n selbst sein kann. Die Arbeit mit diesen beiden Gruppen fällt in die ‚Tertiärprävention' und ist nur möglich, wenn es einen Distanzierungswillen und -bemühungen gibt. In einem solchen Fall sollte an spezialisierte ‚Aussteiger_innenprojekte' vermittelt werden, auch wenn die Arbeit vieler dieser Projekte auf der Grundlage von Deradikalisierung und ihrer Nähe zu Verfassungsschutzbehörden und Innenministerien fragwürdig ist.

5 Laut Duden gibt es den Begriff ‚Kaderin' nicht, ‚Kader' meint beide (oder alle?) Geschlechter. Wir schreiben dennoch von ‚Kader_innen', da auch der scheinbar geschlechtsneutrale Begriff des ‚Kaders' Ausdruck einer androzentrisch geprägten Sprache und Grammatik ist und ein entsprechendes Verständnis von ‚Kader' als ‚männlich' nahelegt.

Pädagogische Arbeit mit Sympathisant_innen und Mitläufer_innen gilt prinzipiell als möglich, allerdings nur unter bestimmten Bedingungen und Vorzeichen. Sind diese Voraussetzungen, die wir weiter hinten im Teil *Notwendige Arbeitsbedingungen* ausführen, nicht gegeben, sollte die Arbeit als nicht durchführbar zurückgewiesen werden, da es ansonsten gegenteilig zu einer Stärkung rechter Strukturen kommen kann. Bei dieser als ‚Sekundärprävention' bezeichneten Arbeit geht es im Kern um Distanzierungsprozesse, Einstellungsänderung und die Verhinderung der weiteren Einbindung in neonazistische Strukturen. Diese Arbeit sollte nur dann gemacht werden, wenn der Schutz von diskriminierten Gruppen und Einzelpersonen gewährleistet ist und die Stärkung von Alternativen Vorrang hat.

Sekundär- und Tertiärprävention sind genau genommen Interventionen. Auch wenn die Übergänge in diesem vorgestellten Modell fließend sind, ist Prävention im eigentlichen Sinne die ‚Primärprävention'. Diese richtet sich an alle Menschen, vom Kita-Kind bis zur_m Greis_in, und soll frühestmöglich einer neonazistischen Orientierung vorbeugen. Sie findet im Idealfall immer und überall statt.

Viele pädagogische Ansätze sind unserem Verständnis nach primärpräventiv, auch wenn sie dies für sich unter Umständen anders rahmen. Dazu zählen u. a. Demokratie-, Menschenrechts-, Antidiskriminierungs-, Gedenkstätten- und interkulturelle Pädagogik, vorurteilsbewusste Bildung und Erziehung, Anti-Bias, Social Justice, globales Lernen, die Stärkung von Kinderrechten und nicht zuletzt auch die geschlechterreflektierte Pädagogik.

In allen vorgestellten Präventionsarten kann und sollte sich auch auf das Umfeld (Eltern, Freund_innen, Peer Groups, …) bezogen werden, in dem sich eine Person bewegt und auch mit diesem gegebenenfalls gearbeitet werden (Radvan 2013: 14f.).

Wo ist hier der ‚Rand'?! – Anknüpfungspunkte

Geschlecht spielt in allen drei Präventionsarten eine Rolle, wobei wir eine geschlechterreflektierte Neonazismusprävention in erster Linie der Primär- und teilweise der Sekundärprävention zuordnen. Sie setzt also in der Regel vor einer Hinwendung zu rechten Lebenswelten an oder spätestens im Hinwendungsprozess, bevor dieser abgeschlossen ist. Neonazismus ist weit gehend und sitzt tief; alltägliche Diskriminierungen, Stereotypisierungen und identitäre ‚Wir'- und ‚die Anderen'-Konstruktionen bilden bereits Fragmente neonazistischer Ideologie, die sich bei entsprechender Radikalisierung und Schulung zu einem geschlossenen Weltbild verfestigen (können). Alltagspolitiken der Grenzziehungen zwischen denen, die dazugehören (sollen) und denen, die es nicht tun (sollen), denen, die als ‚normal' gelten, und denen, die als

‚Abweichung' markiert werden, können sich bereits in der Kita, dem (Sport-) Verein, der Jugendeinrichtung und der Schule verfestigen. Geschlechterreflektierte Neonazismusprävention nimmt diese alltäglichen Grenzpolitiken, wie sie an den unterschiedlichen gesellschaftlichen Orten stattfinden und Anknüpfungspunkte für extrem rechte Ideologie darstellen, zum Ausgangspunkt pädagogischer Auseinandersetzungen. Die Vorstellung, ‚Neonazis' konstituierten einen ‚Rand' und hätten nichts mit der Mehrheit der Gesellschaft zu tun, wird so von Anfang an unterlaufen. Vielmehr wird die grundlegende Notwendigkeit einer kritischen Auseinandersetzung mit den alltäglichen Geschlechter- und anderen Verhältnissen hervorgehoben.

Es ist daher die gesamte Gesellschaft, die in den Blick zu nehmen ist. ‚Die Neonazis' sind nicht die ganz ‚Anderen', mit denen ‚wir' nichts zu tun haben. Notwendig ist deshalb stets die kritische Auseinandersetzung mit den bestehenden Verhältnissen. Die vielbeschworene ‚Mitte' ist nicht neonazistisch, nein, aber es gibt bestimmte Thematisierungen, die anschlussfähig sind (die aber auch jenseits der Anschlussfähigkeit für sich genommen kritisiert werden sollten): Ausländerbehörden mit ihrer Abschiebepraxis, *racial profiling* bei der Polizei, die Anwerbung neonazistischer V-Personen durch die Verfassungsschutzbehörden, die bis heute anhaltende und skandalöse Nichtbenennung des gesellschaftlichen Rassismus im NSU-Komplex (Karakayalı in diesem Band) und vieles mehr. Stichworte auf Geschlechterverhältnisse bezogen sind u. a.: der Gender Pay Gap, geschlechtsbezogen ungleiche Verteilungen von (Alters-)Armut, horizontale und vertikale geschlechtersegregierte Arbeitsmärkte, männerbündische Strukturen in Wirtschaft, Politik und Verwaltung, die Abwertung von Care-Arbeiten, konservative Familien- und Geschlechterpolitiken, das Schönheitsdiktat, die heterosexistischen Kampagnen gegen sexuelle Vielfalt in Kita und Schule, die Privilegierung der heterosexuellen Ehe gegenüber anderen Lebensformen, das immer noch nicht abgeschaffte Transsexuellengesetz, der immer noch nicht abgeschaffte Abtreibungsparagraf 218, die Abtreibung von Embryonen, die als ‚intersexuell' diagnostiziert werden, Genitalverstümmelungen an intergeschlechtlichen Neugeborenen, der ganze Kladderadatsch von Mars-Venus-Zuhören-Einparken, organisierte Maskulisten, Antifeminismus, ‚Herrenwitze', sexistische Werbung, gegendertes Kinderspielzeug (Günther in diesem Band) etc. pp. Solange es bezogen auf gesamtgesellschaftliche Basiskonstanten an Sexismus, Hetero- und Cissexismus, Bi- und Inter*feindlichkeit Produzent_innen wie Resonanzkörper konservativer Geschlechterpolitiken gibt, werden Neonazis darin Anknüpfungspunkte für ihre Anliegen finden.

Ohne an dieser Stelle genauer auf die einzelnen Einstellungsmerkmale des Neonazismus eingehen zu können, sollen sie folgendermaßen bestimmt werden: Völkischer Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus, Sozialdarwi-

nismus, Sexismus, Hetero- und Cissexismus, Bi- und Inter*feindlichkeit, Pronazismus und autoritäre Ordnungsvorstellungen. Wenn eine Mehrheit dieser Einstellungsmerkmale zutrifft, kann von einem gefestigten neonazistischen Weltbild gesprochen werden.

Der Bevölkerungsteil, der sich einzelne Einstellungsmerkmale neonazistischen Denkens zu eigen macht, ist wesentlich größer als diejenige Gruppe mit einem gefestigten neonazistischen Weltbild. Zudem sind alle genannten Einstellungsmerkmale gesamtgesellschaftlich weitaus häufiger anzutreffen als öffentlich sichtbar werdende Handlungen oder Wahlverhalten. Auch wenn es Häufungen und Tendenzen gibt, so finden sich die Einstellungsmuster in allen Klassen, allen Altersgruppen, allen Berufen, allen Bundesländern und stehen in keinem direkten Zusammenhang mit Lebensalter, Geschlecht, Bildungsgrad oder Parteipräferenz. In dieser Hinsicht gibt es keinen ‚Rechtsextremismus', sondern verbreitete ‚extrem rechte Einstellungen'.

Wenn wir von ‚extremer Rechter' und ‚Neonazismus' schreiben, meinen wir damit keine abgegrenzte Gruppe von ‚Ewiggestrigen', die mit dem Mainstream nichts zu tun habe. Es ist die Gesellschaft in ihrer je spezifischen Konstitution selbst, die unter bestimmten Bedingungen die Elemente des Neonazismus und damit die Bedrohung für die Demokratie hervorbringt. Es ist daher irreführend, wenn davon ausgegangen wird, dass der Neonazismus bis weit in die sogenannte ‚Mitte' der Gesellschaft hereinreiche – andersherum wird ein Schuh daraus. Es gibt wechselseitige Beeinflussungen, Dynamiken und Bezugnahmen. Die Besonderheit des Neonazismus ist die Bündelung, qualitative Verschärfung und scheinbar widerspruchsfreie ideologische Einbindung jener Einstellungsmerkmale des gesellschaftlichen Mainstreams bei gleichzeitiger Radikalisierung auf der Handlungsebene (Rommelspacher 2006). So gesehen stehen neonazistische Männlichkeits- und Weiblichkeitskonstruktionen in engem Zusammenhang mit der Herausbildung bürgerlicher (d. h. weißer, deutscher, hetero- und cissexueller, nicht-behinderter Mittel- und Oberschichts-)Männlichkeiten und -Weiblichkeiten, werden aber expliziter und radikaler formuliert und in eine neonazistische Deutung der Welt eingebunden. Insbesondere die Legitimierung und Ausübung staatlich nicht legitimierter Gewalt, die Unterordnung unter die ‚Volksgemeinschaft' und die Imagination von Herrenmenschentum und eines elitären Kampfbundes, der antidemokratische Ziele verfolgt, unterscheiden neonazistische Geschlechterkonstruktionen von bürgerlichen, auch wenn die Überschneidungen fließend sein können. Zu den Gemeinsamkeiten zählen dagegen fast alle Anforderungen an Männlichkeit (Souveränität, Konkurrenz- und Überlegenheitsorientierung etc.) und Weiblichkeit (Mutterschaft, Zuständigkeiten für Soziales und den häuslichen Bereich) und ganz grundlegend der Konsens einer zweigeschlechtlichen Differenz, die biologisch fundiert sei.



Geschlecht(erverhältnisse) im Neonazismus

Mit der Behauptung einer grundlegenden ‚Andersartigkeit' von Männern und Frauen werden diese – in der Sprache von Neonazis selbst – nicht als ‚gleichberechtigt', wohl aber als ‚gleichwertig' betrachtet (dies und auch die folgenden Ausführungen beziehen sich nur auf weiße, deutsche, nichtjüdische Frauen und Männer). Damit ist gemeint, dass Frauen und Männern innerhalb der ‚Volksgemeinschaft' klar definierte Aufgaben und Orte zugeteilt werden, die nicht austauschbar sind. Frauen sollen primär gebären, im Sinne der ‚Volksgemeinschaft' Kinder ‚national' erziehen, das kulturelle Erbe weitergeben, Haus und Hof hüten und den insbesondere im öffentlichen Raum handelnden Männern den Rücken stärken. Männer hingegen treten vor allem als Familienernährer und -beschützer sowie als wehrhafte und kampfbereite Verteidiger der ‚Volksgemeinschaft' gegen innere wie äußere Feind_innen in Erscheinung.

Diese Frauen- und Männerbilder sind mit einer Reihe weiterer diskursiver Komplexe verknüpft. Gekoppelt an die Ideologie der ‚Volksgemeinschaft' wird dem ‚Volk' und der Nation ein Eigenleben zugesprochen – sie sollen sich reproduzieren, stark sein und wachsen. Die weiße, deutsche, nichtjüdische, heterosexuelle, gesunde Kleinfamilie soll sich anhand genau dieser Kriterien fortpflanzen und wird dieser Logik folgend von Homosexuellen, People of Color, Migrant_innen, Jüd_innen, behinderten Menschen und vielen anderen Gruppen ‚bedroht'. Die Geschlechterkonstruktionen verlaufen scharf entlang völkischer und nationaler Grenzziehungen; insbesondere der Frauenkörper ist hier Regulierungen und scharfen Sanktionierungen bei Verstoß unterworfen.

Diese allgemeinen Aspekte neonazistischer Männlichkeits- und Weiblichkeitskonstruktionen treffen oft, aber nicht immer zu. Es gibt zudem eine zunehmende Ausdifferenzierung, Modernisierung und Flexibilisierung von Weiblichkeiten und Männlichkeiten innerhalb neonazistischer Szenen; Geschlechternormen sind bis zu einem gewissen Grad fluider geworden. Alter und Klassenverhältnisse sind diesbezüglich zwei wichtige Determinanten:

Die Verdichtung wie Pluralisierung neonazistischer Angebote korreliert mit einer Pluralisierung der Jugendkulturen. War das verbreitete Bild des klassischen Neonazis vor 15 Jahren noch jung, männlich, arbeitslos, Skinhead, Bomberjacke und Springerstiefel – was schon immer einseitig und unzureichend war –, so ist dies mittlerweile komplett überholt. Der zeitgenössische (jugendliche) Neonazismus präsentiert sich als Kombination aus Freizeitgestaltung, Lebensgefühl und politischer Botschaft und findet sich in fast allen bestehenden Jugendkulturen: auch im Rap, Hardcore, Punk, Metal, Techno, Gothic und diversen Hooligangruppen. Fast alle Jugend- und Subkulturen sind männlich dominiert, auch wenn es stets innerhalb der jeweiligen Jugend- oder Subkultur weiblich konnotierte Geschlechterreviere gibt (z. B. Renees inner-

halb von Skinhead-Subkulturen). Es ist zu vermuten, dass die Freiräume kleiner werden, je älter die jeweiligen Akteur_innen werden, da – insbesondere bei Frauen – ab einem bestimmten Zeitpunkt der ‚Aufgabe' der Reproduktion der ‚Volksgemeinschaft' nachgekommen werden muss.

Bezogen auf Klassenverhältnisse lässt die in der Betrachtung des Neonazismus vorherrschende Fokussierung auf unmittelbare und direkte Gewaltanwendung andere Motivlagen, in neonazistische Szenen einzusteigen, unbeachtet und macht deren Akteur_innen unsichtbar. Menschen aus höheren sozialen Schichten können Gewalt durchaus befürworten, diese aber nur dann für politisch funktional oder legitim halten, wenn sie durch eine autoritär agierende Staatsgewalt repressiv ausgeübt wird. Dies hat beispielsweise auch Folgen für die Männlichkeitskonstruktionen, die nicht unbedingt permanente Kampfbereitschaft, Härte und Gewalt präsentieren müssen, sondern die anders gelebt werden können, sei es als hilfsbereiter Freund, fürsorglicher großer Bruder, stylisch-cooler Typ oder liebevoller Beziehungspartner (Möller 2011: 139f.). Eine neonazistische hegemoniale Männlichkeit ist dementsprechend vergleichsweise unauffällig, der geschlechtliche Habitus erscheint mehr als gesellschaftliche Normalität männlicher Orientierung und männlichen Verhaltens (Birsl 2011a).

Ähnlich verhält es sich mit real gelebten neonazistischen Weiblichkeiten, die stark von den propagierten antimodernen Frauenbildern und -rollen abweichen können. Mitarbeiterinnen beim *Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus* (o. J.) weisen darauf hin, dass die neonazistische Gesinnung und das übergeordnete Projekt ‚Volksgemeinschaft' wichtiger sei als bestimmte Codes oder die konsequente Umsetzung bestimmter Frauenbilder (Walden 2015).

Innerhalb neonazistischer Szenen und noch viel mehr in neonazistischer Ideologie gibt es hingegen auch sehr deutliche, strikte Grenzen dessen, was als neonazistischer Mann oder als neonazistische Frau möglich oder eben nicht möglich ist. Geschlecht und Sexualität werden reguliert und diese Regulation wird auch ideologisiert. Daher kann die Frage nach Geschlecht(erverhältnissen) im Neonazismus auch anhand der fehlenden Geschlechter und Sexualitäten beantwortet werden: Es gibt keine queeren Neonazis, keine effeminierten Männer, keine Lesben, Bisexuellen, Trans* und Inter*. Oder wenn, dann nur unter stark erschwerten Bedingungen, heimlich und versteckt. Was es gibt, sind heterosexuelle, cisgeschlechtliche, eher mehr als weniger eindeutige ‚Männer' und ‚Frauen' inklusive der daran geknüpften Vorgaben und Anforderungen. An letzteren lässt sich geschlechterreflektiert arbeiten. Die pädagogischen Prinzipien hierfür sollen im Folgenden beschrieben werden.

Prinzipien geschlechterreflektierter Pädagogik[6]

Zweigeschlechtlichkeit

Zentrale Grundannahme einer geschlechterreflektierten Pädagogik ist, dass Weiblichkeit und Männlichkeit unter dem Vorzeichen eines „kulturellen Systems der Zweigeschlechtlichkeit" (Hagemann-White 1984: 74) historisch und sozial konstruiert sind. Männlichkeit und Weiblichkeit sind den Subjekten demnach nicht ‚natürlich' zu eigen, sondern werden in einem Prozess geschlechtlicher Sozialisation erlernt und angeeignet.

Zweigeschlechtlichkeit bedeutet, dass unsere Gesellschaft nur zwei Geschlechter (aner)kennt: Frauen und Männer. Sie fußt auf Dogmen wie, dass Geschlecht ‚natürlich', angeboren und unveränderlich sei, es ausschließlich und genau zwei Geschlechter gebe, männlich und weiblich sich dichotom und damit klar voneinander abgrenzbar gegenüberstünden, jeder Mensch einem der zwei Geschlechter angehören müsse und Genitalien das jeweilige Geschlecht zweifelsfrei bezeichneten.

In einer zweigeschlechtlich organisierten Kultur sind Weiblichkeit und Männlichkeit relationale Differenzkonstruktionen. Differenzkonstruktion bedeutet hierbei, dass ‚männlich' alles das ist, was ‚nicht-weiblich' ist, und ‚weiblich' alles das, was ‚nicht-männlich' ist. Etwas außerhalb dieser Logik ist nicht denkbar. Relational bedeutet, dass beide aufeinander bezogen und voneinander abhängig sind, d. h. Weiblichkeit existiert nur, wenn auch Männlichkeit existiert, und vice versa; beide existieren nicht eigenständig. Dieser Aspekt beinhaltet auch, dass es keine Statik, sondern eine Dynamik in sozialen Aushandlungsprozessen gibt.

Seine Legitimation und Bedingung findet das System der Zweigeschlechtlichkeit in der Annahme einer zugrunde liegenden Heterosexualität. ‚Gelungene' Geschlechtsentwicklung zeichnet sich durch einen heteronormativen Imperativ aus: „‚Die Frau' nicht sein dürfen, sondern sie haben müssen" (Glawion 2012: 45), beschreibt Glawion diesen Prozess einer ‚erfolgreichen' Mannwerdung, der sich in ähnlicher Weise auf Weiblichkeit übertragen lässt. Der Ausschluss von Homosexualität produziert ‚normale' und ‚richtige' Frauen und Männer.

Bei aller Differenzierung und Pluralisierung von Weiblichkeiten und Männlichkeiten besteht bis heute an Subjekte die Aufforderung zur eindeutigen Unterscheidung. Die daraus abgeleiteten Anforderungen werden an all

6 Die hier folgenden Ausführungen basieren maßgeblich auf den Ausarbeitungen, wie sie in *Dissens* u. a. 2012 vorliegen, besonders Debus 2012a + b, Debus u. a. 2012, Könnecke 2012 sowie Stuve/Debus 2012a + b.

jene gestellt, die als Mädchen/Frauen bzw. Jungen/Männer leben und/oder so wahrgenommen werden (wollen).

Geschlechterterritorien und -anforderungen

Die Arbeit an der Unterscheidung, um sich nach Möglichkeit unverkennbar auf der ‚richtigen' Seite zu positionieren und sichtbar zu machen, stellt gleichzeitig einen Verlust von Handlungs- und Entwicklungsoptionen wie auch eine Spezialisierung dar. Oft sind die Spezialisierungen mit Lust und Freude sowie der Entwicklung von Kompetenzen einerseits verknüpft, mit Verboten und Verkümmerungen andererseits.

Die je vergeschlechtlichten Spezialisierungen können als „Geschlechterterritorien" (Kelle 1999) bezeichnet werden. Jungen sind in der Regel aufgefordert, in den traditionell männlichen Geschlechterterritorien (sportlich, gut in Naturwissenschaften, Computern und Mathe sein, einen schlagfertigen Witz an den Tag legen, …), Mädchen in den traditionell weiblichen (gut zuhören können, sozial und kommunikativ sein, gut in Deutsch, Englisch und fleißig in der Schule sein, …) gut zu sein. Soziale Anerkennung wird in der Regel am ehesten erreicht, wenn die vergeschlechtlichten Anforderungen erfüllt werden. Dies stellt einen hohen Anreiz dar, sie gut zu erlernen (Hagemann-White 1984; Stuve/Debus 2012a). Dabei werden in unserer androzentrischen Gesellschaft männlich konnotierte Geschlechterterritorien höher bewertet als weiblich konnotierte Bereiche.

Für eine geschlechterreflektierte pädagogische Arbeit ist es wichtig, grundlegend zu verstehen, wie sich alle Kinder und Jugendlichen in einer bestehenden Kultur der Zweigeschlechtlichkeit mit Männlichkeits- und Weiblichkeitsanforderungen auseinandersetzen müssen, um soziale Anerkennung zu erhalten. Sie stellen untereinander wie auch im interaktiven Umgang mit Erwachsenen – und hier nicht zuletzt mit Pädagog_innen – vergeschlechtlichte Anforderungen auf, verarbeiten und reproduzieren diese.

Entlastung

Die Antwort auf die Anforderungen ist Entlastung. An diesem Ziel setzt geschlechterreflektierte Pädagogik an.

Es ist sinnvoll, Kinder und Jugendliche von vergeschlechtlichten Anforderungen zu entlasten, konkret: davon, ein ‚normales' Mädchen und ein ‚richtiger' Junge sein zu sollen. Es ist sinnvoll, in Frage zu stellen, ob es bedeutsam ist, ‚normal', ‚echt' oder ‚richtig' zu sein – wer darf dies überhaupt definieren? Es ist sinnvoll, sichtbar zu machen, welche Verluste von Individualität eine Orientierung an solchen Normen mit sich bringt (Debus in diesem Band).

Sinnvoll ist es, weil es von Geschlechteranforderungen entlastet *ohne* – und das ist der springende Punkt – dabei (hetero-/cis-)sexistische, rassistische, antisemitische, sozialdarwinistische und/oder andere Hierarchisierungen und Verengungen einzubauen.

Dieser Unterschied ist zentral, da auch Thematisierungen von Rechts Entlastung von bestimmten Geschlechteranforderungen versprechen, beispielsweise nur Mutter sein dürfen und nicht Karriere machen müssen oder als Mann auf hypermaskulinen Auftritten uneingeschränkt beharren zu können und sicher zu sein, dafür Anerkennung zu bekommen. Der Mann muss dann nicht auch noch empathisch und sozial kompetent sein. Aufgrund seiner klaren, vereindeutigenden und komplexitätsreduzierenden Antworten auf teilweise schwer zu erfüllende und widersprüchliche gesellschaftliche Geschlechteranforderungen kann der Neonazismus Attraktivität entfalten. Entlastet wird also weniger von gesellschaftlichen Männlichkeits- und Weiblichkeitsanforderungen, sondern lediglich von intersubjektiven und gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen. Und auch dies nur scheinbar: Neonazistische Kontexte gehen de facto mit einer Fülle an (neuen und gesteigerten) Einschränkungen, Vorgaben und einer Zuspitzung von vereinseitigten Anforderungen für eine_n selbst und Diskriminierung von anderen einher (Speit 2010). Der vorgeblichen Entlastung durch geschlechtliche Vereindeutigung folgt die Steigerung von vergeschlechtlichten Anforderungen auf den Fuß; Überforderung und Scheitern sind so vorprogrammiert. Der Neonazismus bietet falsche und unsinnige Antworten auf gesellschaftliche Problemlagen, die bei Verwirklichung an der eigenen Misere nichts ändern, sondern ganz im Gegenteil diese zuspitzen. Ob das beispielsweise Opfer- und Demütigungserfahrungen sind, Armut, fehlende Anerkennung, keine Freund_innen, Hierarchisierungen unter Männern, unbefriedigte Harmoniewünsche, sexualisierte Gewaltwiderfahrnisse und dergleichen mehr.

Ansatzpunkte

Eine geschlechterreflektierte Pädagogik sollte verschiedene Ich-Konzepte und Lebensweisen ohne große Aufregung gleichbedeutend und -berechtigt sichtbar machen, anstatt die einen als ‚normal' und andere als ‚Abweichungen' davon darzustellen. Nicht-stereotype Verhaltensweisen und Interessen sollten wahrgenommen und Möglichkeiten eröffnet werden, diese auszuprobieren, ohne sie gleich wieder mit neuen Geschlechterzuschreibungen zu versehen (Könnecke/Laumann/Hechler in diesem Band). Es sollten Räume und Angebote geschaffen werden, in denen Neues kennengelernt werden kann und dazu ermutigt wird, sich alternative Möglichkeiten und Handlungsmuster

entsprechend den je eigenen Wünschen zu erschließen. Individuelle Lebenswege werden so ermöglicht und gefördert (Stuve/Debus 2012a: 30).

Aus unseren Fortbildungen und auch aus Mainstreamdiskursen wissen wir, dass das gelegentlich missverstanden wird in der Hinsicht, dass Mädchen und Jungen zu etwas gedrängt werden sollen oder ihnen stereotype Handlungsmuster – Jungen spielen Fußball, Mädchen spielen mit Puppen und schminken sich – verboten würden. Dem ist nicht so (Debus 2012b). Den Subjekten werden keine Vorwürfe für stereotype Handlungsmuster gemacht. Vielmehr werden die in vergeschlechtlichten Sozialisationsprozessen entwickelten Fähigkeiten aufgegriffen, unterstützt und erweitert, solange diese nicht auf der Abwertung anderer Handlungsmuster und Eigenschaften beruhen. Generell sollten Kindern und Jugendlichen Wünsche nach ‚Normalität' und Orientierung nicht abgesprochen, sondern die gesellschaftsbedingten und legitimen Beweggründe für solche Wünsche anerkannt werden. Es ist für niemanden leicht, Außenseiter_in zu sein. Es werden keine neuen Normen aufgebaut – Ausnahme: Gewalt- und Diskriminierungsfreiheit –, sondern ein Bewusstsein über Konsequenzen von Entscheidungen für sich selbst und andere gefördert und Entscheidungs- sowie Aushandlungsfähigkeit gestärkt. In dieser Hinsicht können gemeinsame Norm-Vorgaben diskutiert, verschoben und in ihrer Wirkung entmachtet werden. Auf diesem Wege kann den einzelnen Kindern und Jugendlichen so viel Ich-Stärke und solidarischer Rückhalt gegeben werden, dass sie weniger Grund haben müssen, aus Angst vor Sanktionen oder um sich beliebt zu machen, Anpassungsprozesse zu vollziehen. Gestärkt wird Individualität und Abgrenzungsvermögen gegenüber Peernormen und Gruppendruck.

Thematische Ansatzpunkte für solche Auseinandersetzungen ergeben sich oftmals aus den Lebensrealitäten von Kindern und Jugendlichen selbst. Um nur ein Beispiel herauszugreifen: Wenn Jungen sich als zukünftigen Familienernährer in einer heterosexuellen Partnerschaft imaginieren, dann ist es wahrscheinlich, dass diese Männlichkeitsanforderung mit sehr viel Kraftaufwand und Einbußen und eventuell auch einem Scheitern verbunden ist. Gründe dafür können sein, dass der Job nicht ausreichend Geld abwirft, um die Rolle auszufüllen, eine zukünftige Partnerin völlig andere Pläne hat und die ihr zugewiesene Rolle nicht mitspielt; oder aber das Geld reicht, aber der Karriereaufwand ist so hoch, dass für Partnerschaft und Kinder kaum noch Zeit übrig ist.

Eine solche pädagogische Arbeit benötigt einige Voraussetzungen, die im folgenden Abschnitt eingeführt werden.

Voraussetzungen

Zur geschlechterreflektierten Pädagogik gehört grundlegend eine Arbeit an Haltung, Methodik/Didaktik und Wissen (Budde u. a. 2008: 281). Darüber hinaus sind entsprechende Arbeitsbedingungen nötig, die einen Einsatz dieser Aspekte ermöglichen. Wir beziehen uns im Folgenden stark auf Debus 2014 und Debus u. a. 2012.

Haltung

Der pädagogischen Haltung kommt eine besondere Funktion zu. Mit ihr steht und fällt die pädagogische Herangehensweise. Die pädagogische Haltung ist die Art und Weise, mit der Pädagog_innen Handlungssituationen analysieren, sich selbst reflektieren und mit der sie Kindern und Jugendlichen begegnen. Sie zeigt sich beispielsweise darin, welche Themen wie bearbeitet werden, ob eine bewusste Entscheidung für oder gegen bestimmte Zielgruppen getroffen wurde, ob eine geschlechtergerechte Sprache benutzt wird, ob den Lebensrealitäten und Sichtweisen der Kinder und Jugendlichen interessiert und offen begegnet wird, ob Mädchen in neonazistischen Lebenswelten als politisch involvierte und aktive Subjekte anstatt als ‚Anhängsel von' wahrgenommen werden und ob ein pädagogischer Rahmen hergestellt wird, in dem die Einzelnen relativ sicher vor Diskriminierungen und Gewalt sein können.

Fragen der Beziehungsarbeit erweisen sich im Zusammenhang mit der Haltung als zentral. Beziehungsarbeit ist eine Basis der pädagogischen Arbeit, darf aber in der Präventionsarbeit gegen Neonazismus noch weniger als sonst zum Selbstzweck werden. Insbesondere in der Arbeit mit rechtsaffinen Jugendlichen gilt es, genau darauf zu achten, ob die Balanceakte gelingen, einerseits eine belastbare Beziehung zu ihnen zu entwickeln, ohne damit andererseits zugleich Gefahr zu laufen, Einstellungen und diskriminierende Handlungsmuster zu bagatellisieren (Köttig und Laumann/Stützel in diesem Band). Die sozialpädagogische Grundannahme, die Teilnehmenden dort abzuholen, wo sie stünden, gilt hier nur in dieser kritischen Variante. Das bedeutet für Pädagog_innen, dass sie einerseits rekonstruieren sollten, wie die Kinder und Jugendlichen zu den vereinfachenden, weil vereinseitigenden Antworten von extrem rechten Positionen kommen; andererseits müssen sie sich darüber klar werden, wie sie selbst dazu stehen. Unter bestimmten Umständen sind Pädagog_innen aufgefordert, deutlich Grenzen gegenüber Sichtweisen, Interessen und Handlungsweisen zu ziehen (Reimer 2014: 41f.). Als ein Lackmustest mag die Frage fungieren, ob es gelingt, Konflikte auszutragen, oder ob diese zum Erhalt einer ‚guten Stimmung' eher vermieden werden.

Im Zusammenhang mit geschlechterreflektierter Pädagogik kommt der Frage der Konflikte eine besondere Bedeutung zu. In vielen Kontexten der Jun-

genarbeit schrecken männliche Pädagogen unserer Beobachtung nach häufig vor Konflikten mit Jungen bezüglich heterosexistischer und anderer abwertender Verhaltensweisen zurück, weil sie befürchten, die Jungen würden ihre Angebote dann nicht mehr annehmen und wegbleiben. Hier wird eine zentrale Säule von Jungenarbeit – eine kritische Auseinandersetzung mit abwertenden Verhaltensmustern – einer vermeintlichen Beziehungsarbeit geopfert. Die Ängste sind zudem meist unbegründet und oft begleitet von handlungsohnmächtiger Empathie und (Selbst-)Verunsicherung. Das Gegenteil ist oft richtig: Viele rechtsorientierte Jugendliche suchen die Auseinandersetzung und den Kontakt. Aus unserer Perspektive gilt es hier, Konflikte ebenso wie kritische Auseinandersetzungen rund um traditionelle Männlichkeitsangebote, -versprechen und -anforderungen zu führen, diverse sexuelle und geschlechtliche Lebensweisen gleichberechtigt aufzuzeigen und an lebensweltliche Alltagserfahrungen von Jungen und jungen Männern anzuknüpfen. Konflikt und Streit sind hier zwei Synonyme für ernsthafte Auseinandersetzungen mit jugendlichen Lebenswelten und daraus entstehende Widersprüchlichkeiten (Könnecke 2010).

Auf der Seite der parteilichen Mädchenarbeit sind die Konflikte mit rechtsaffinen Mädchen anders gelagert, aber nicht minder kompliziert. In dem Unterfangen, parteilich mit Mädchen zu sein und ihnen freie Entwicklungsmöglichkeiten bieten zu wollen, kann eine kritische Auseinandersetzung mit diskriminierenden Denk- und Verhaltensweisen unterbleiben. Angebote zur Selbstverteidigung für Mädchen können regelrecht gefährlich sein, wenn eine rechte Klientel im Namen der Mädchenarbeit erlernt, ihre diskriminierende Ideologie zusätzlich mit Fäusten durchzusetzen. Gabi Elverich und Michaela Glaser beschreiben, dass das Einnehmen einer kritisch-konfrontativen Haltung vielen Pädagog_innen mit weiblicher Klientel schwer fällt, und dies umso mehr, wenn sie ‚ihre' Mädchen in erster Linie als ‚Opfer' wahrnehmen. Ein (sicherlich extremes) Beispiel für die möglichen Folgen unreflektierter Parteilichkeit ist die Mädchenarbeit eines Projekts in den 1990er-Jahren, die zur Entstehung der neonazistischen Frauenband *Froidenspender* geführt hat. Die beiden Autorinnen plädieren daher für „kritische Parteilichkeit" (Elverich/Glaser 2009: 6–10). Die Stärkung von Selbstbewusstsein, Selbsterfahrung und -bestätigung müssen da ihre Grenze haben, wo sie sich aus der Abwertung anderer speisen.

Der offene Widerspruch und die Positionierung gegen alle Ideologien der Ungleichwertigkeit sind notwendig, da durch diese zum einen das Selbstbewusstsein und Verhalten von Neonazis verunsichert und zum zweiten verdeutlicht wird, dass sie nicht für die angeblich stille Mehrheit der Bevölkerung sprechen, als die sie sich gerne stilisieren. Nur dort, wo Neonazis unwidersprochen agieren können, erlangen sie sozialräumliche Dominanz. Zum

dritten ist der offene, direkte und fundiert begründete Widerspruch ein wichtiger emotional-psychologischer Anker für spätere Distanzierungsprozesse. Ex-Neonazis erinnern und wenden sich oft Jahr(zehnt)e später bei ihren Distanzierungsprozessen an die Personen, die ihnen kritisch gegenübertraten und das auch konsequent und glaubwürdig durchgehalten haben, zugleich aber stets wertschätzend geblieben sind (Hafenegger 1993: 81, angeführt in Hufer 2006: 48). Das ist insofern ein nachvollziehbares Verhalten, als dass sich bei Distanzierungsprozessen von rechten Kontexten gerade *nicht* an die Pädagog_innen gewandt wird, von denen nicht klar ist, wie sich diese eigentlich positionieren, sondern das berühmt-berüchtigte Fähnchen im Wind vermeintlicher Neutralität sind.

Methodik und Didaktik

Haltung allein reicht aber nicht aus, so wie es lange Zeit ein Credo der geschlechtsbezogenen Pädagogik, insbesondere der Jungenarbeit, nahelegte (Budde 2014). Entsprechende methodische bzw. didaktische Kompetenzen sind ebenso nötig und nicht automatisch bereits vorhanden. Pädagog_innen brauchen Methodenkompetenz, um Methoden in ihren Wirkungen, ihren Potenzialen, aber auch in ihren Risiken zu kennen und sie entsprechend in ihrer Arbeit adäquat einsetzen zu können. Eigene Ziele, Motive und Handeln und damit verbundene Emotionen, eigene Eingebundenheiten bzw. Rollen in Prozessdynamiken von und mit Kindern und Jugendlichen müssen diesbezüglich reflektiert werden. Methoden sollten stets mit ausreichend Zeit geplant, reflektiert und ausgewertet werden.

Mit Hilfe einer geschlechterreflektierten Didaktik soll verhindert werden, Geschlechterstereotype und -anforderungen zu verstärken, was leicht geschehen kann, wenn Geschlecht explizit thematisiert, also dramatisiert wird (Debus 2012a). Sie soll zu Entlastungen führen und Vertrauensräume entstehen lassen, in denen nicht-stereotype gleichberechtigt neben geschlechtertraditionellen Verhaltensweisen stehen und Alternativen erprobt werden können. Ein bewusster Einsatz von geschlechterreflektierten und geschlechterreflektierenden Methoden und Herangehensweisen sowie Methodenvielfalt und -flexibilität[7] stellen ebenso gute Ratgeberinnen für eine solche Arbeitsweise dar wie Neugier und Experimentierfreude sowie Fehlerfreundlichkeit.

Mit *geschlechterreflektiert* meinen wir all diejenigen Methoden und Herangehensweisen, in denen Geschlecht nicht explizit zum Thema gemacht

7 Mit Flexibilität ist hier gemeint, dass Methoden immer auf die spezifische Situation und die eigenen Erfahrungen hin angepasst oder neu entwickelt werden sollten. Regeln, wie sie in Handbüchern für einzelne Methoden aufgestellt worden sind oder wie sie einmal von einem_r selbst entwickelt wurden, sollten regelmäßig auf ihre Sinnhaftigkeit bezüglich der aufgestellten Ziele überprüft werden.

wird, wohl aber Geschlechterdimensionen in ihren Bedeutungen stets mitgedacht werden (Haltung, Methodik/Didaktik, Wissen). *Geschlechterreflektierende* Methoden und Herangehensweisen thematisieren im Gegensatz dazu Geschlecht direkt. Ergänzt wird diese Unterscheidung durch eine differenzierte Umgangsweise mit dramatisierenden, entdramatisierenden und nicht-dramatisierenden Zugängen. Mit einem dramatisierenden Zugang werden bestehende Unterschiede, Hierarchisierungen und Diskriminierungen betont. Darauf sollte stets eine Entdramatisierung folgen, mit der vorgenommene Aufteilungen z. B. in Mädchen- und Jungengruppen wieder differenziert und Homogenisierungen aufgehoben werden. Bei einer nicht-dramatisierenden Zugangsweise läuft Geschlecht als Analysefolie mit, ohne dass es jedoch selbst als Kategorie hervorgehoben wird, zumindest solange nicht, wie es in dem konkreten Gruppen- bzw. Arbeitsprozess keine relevante Bedeutung hat. Auf alle drei Zugänge sollte zurückgegriffen werden können (Debus 2012a).

Wissen

Eine geschlechterreflektierte Haltung wie auch eine entsprechende Methodik und Didaktik stellen sich nicht von allein ein, sondern benötigen ein Wissen darüber, dass Männlichkeit und Weiblichkeit moderne Konstruktionen innerhalb eines Systems der Zweigeschlechtlichkeit darstellen. Im Anschluss an verschiedenen Theoretiker_innen verstehen wir Geschlecht als etwas, das nur mit dem gesamten gesellschaftlichen und kulturellen Gepäck im Rucksack verstanden werden kann. Auch wenn es etwas Materielles jenseits davon gibt, so können wir es nur vor dem Hintergrund seiner gesellschaftlich-kulturellen Folie entziffern und verstehen; es gibt weder vorkulturelle Wahrheiten noch Subjekte. Wir bevorzugen den Begriff Geschlecht, weil in ihm die beiden Aspekte des Materiell-Körperlichen und des Gesellschaftlich-Kulturellen beinhaltet sind. Eine kritische Weiterentwicklung des Begriffs *gender* denkt das spätestens seit Anfang der 1990er-Jahre genauso (Butler 1991), allzu oft wird jedoch nach wie vor auf die historisch gewachsene Trennung von *sex* und *gender*, verstanden als biologisches und soziales Geschlecht, rekurriert und damit eine vermeintliche „Wahrheit des Geschlechts (die Natur hinter der Kultur)" (Glawion 2012: 16) reproduziert. Daher sprechen wir von geschlechterreflektierter und nicht von genderreflektierter Pädagogik.

Trotz der Erkenntnis, dass Geschlecht nichts Unverrückbar-Natürliches ist, handelt es sich dabei aber keineswegs um etwas Freiwilliges, das jederzeit einfach so veränderbar ist. Bei vielen Menschen gibt es hier ein typisches ‚Konstruktionsmissverständnis', bei dem davon ausgegangen wird, ‚Konstruktion' bedeute, alles sei jederzeit einfach so nach Belieben veränderbar. Dem ist nicht so. Die Feststellung, dass etwas konstruiert wurde, und die Analyse, wie dies geschah, sagen einerseits etwas über die Entstehungsbedingungen

und andererseits etwas über den gegenwärtigen Zustand aus: Gerade *weil* etwas konstruiert wurde, ist es da, und zwar als Konstrukt! Konstruktionen sind demzufolge Prozess und Resultat in einem. So sehr also der Aspekt des Konstruierens notwendig hervorzuheben ist, so sehr ist auch darauf zu bestehen, dass Geschlechter real sind. Als solche existieren sie, wenn auch nicht von Natur aus gegeben, sondern *als ‚natürlich' konstruiert*. Dadurch erlangen sie Realität und eine enorme Wirkmächtigkeit. In Analysen wie beispielsweise zum „vergeschlechtlichten Habitus" (Bourdieu 2005: 11), *Körper von Gewicht* (Butler 1997) und *Geschlecht als Existenzweise* (Maihofer 1995) wird dieser Umstand verdeutlicht, indem nachgezeichnet wird, dass sich geschlechtliche Sozialisation bis hinein in Geschmäcker, Vorlieben, Bedürfnisse, Denk-, Gefühls- und Wahrnehmungsweisen der Subjekte verankert. Sie zu ignorieren, nicht ernst zu nehmen, als ‚nur' konstruiert zu banalisieren oder gar autoritär zu verbieten, würde einer geschlechterreflektierten Pädagogik gänzlich widersprechen.

Allerdings gilt es, eine Skepsis gegenüber allem zu entwickeln, was vermeintlich harmlos als ‚Geschmack' daherkommt und mit einer Essenzialisierung von Handlungsmustern verbunden ist. Kinder und Jugendliche sollten eben nicht auf ihre unmittelbaren Vorlieben beschränkt werden. Es ist wichtig, auch die mit diesen verbundenen einschränkenden Dynamiken in den Blick zu nehmen. Wenn ausschließlich den traditionell nahegelegten Vorlieben nachgegangen wird – beispielsweise Prinzessinnen und Fußball, um im Stereotyp zu bleiben –, gehen die Sensibilität für und der Genuss an vielen geschlechteruntypischen Dingen verloren. Wir können hier von der Lust einerseits und dem Verlust andererseits sprechen, die mit der Erfüllung von Geschlechteranforderungen einhergehen (Stuve/Debus 2012a).

Pädagog_innen benötigen Wissen über Geschlechterdynamiken und um die Gewordenheiten von Geschlechtern allgemein wie auch über die eigene geschlechtliche Biografie im Besonderen. Wissen über den Nationalsozialismus und Neonazismus allgemein, neonazistische Szenen vor Ort und die eigenen (familiären, biografischen) Berührungspunkte mit dem Themenfeld Nationalsozialismus/Neonazismus im Besonderen sind wichtig, um die Lebensbedingungen der Kinder und Jugendlichen, mit denen gearbeitet wird, gut einschätzen und begleiten zu können und um zu verhindern, dass bei vertrauterem Umgang mit der Zielgruppe die eigene kritische Haltung verloren geht.

Notwendige Arbeitsbedingungen

Die Frage nach einer effektiven und verantwortungsvollen geschlechterreflektierten Präventionspädagogik lässt sich jedoch nicht nur mit individuellen pädagogischen Kompetenzen beantworten, sie führt vielmehr unmittelbar zu

den Rahmenbedingungen, die eine gute Arbeit ermöglichen. Andernfalls kann der Druck, der auf Pädagog_innen ohnehin schon lastet, zu einer systematischen Überforderung führen.

Eine solche Präventionspädagogik benötigt eine bewusste Entscheidung eines_r jeden Einzelnen und des gesamten Teams, eine solche Arbeit machen zu wollen, geschultes Personal, einen angemessenen Personalschlüssel (mindestens zwei Pädagog_innen pro Clique), (circa ein Drittel der Zeit für) Reflexionsräume (fachkundige Inter- und Supervision, Einzelreflexion), finanzielle und räumliche Ressourcen für Aktivitäten und Angebote, realistisch erfüllbare Anforderungen, Freistellung und Bezahlung für die regelmäßige Teilnahme an Fort- und Weiterbildungen, die Möglichkeit, Hilfe von außen holen zu können und angemessene Erholungszeiten (Köttig in diesem Band). Darüber hinaus sind Rückendeckung und Wertschätzung durch Vorgesetzte, Kolleg_innen und die Gesellschaft notwendig sowie eine Ausbildung, in der die kritische Auseinandersetzung mit Geschlecht und Neonazismus Teil des Curriculums ist. Nicht zuletzt ist eine angemessene Bezahlung, d. h. eine Aufwertung und deutliche Höhergruppierung der Lohnklassen, vonnöten.

Solche Rahmenbedingungen ermöglichen gute Arbeit. Sie sind in den seltensten Fällen gegeben und Momente des Scheiterns in der pädagogischen Arbeit sind auch hierauf zurückzuführen. Zugleich führt deren Fehlen zu mangelnder personeller Kontinuität, was wiederum dazu führt, dass angesammeltes Wissen oft verloren geht und Menschen nach einer gewissen Zeit ausgebrannt und frustriert aufgeben. Der mittlerweile in manchen Bundesländern anzutreffende Zustand, dass eine Person mehrere Jugendclubs betreut, muss sofort beendet werden. All das kostet Geld, welches von der Politik bereitgestellt werden sollte.

Fazit

Wenn wir uns dem Themenfeld Neonazismus zuwenden, geschieht dies nicht nur mit einem Fokus auf Geschlechterverhältnisse, sondern auch aus einer Perspektive heraus, die sich an den Bedürfnissen und Interessen der Opfer/Diskriminierten orientiert und die Stärkung von Alternativen zum Ziel hat. Als eine gegenläufige Tendenz nehmen wir eine Fokussierung auf die Arbeit mit gefestigt neonazistischen Jugendlichen wahr (Kontaktstelle BIKnetz 2014). Mitunter geschieht diese mit Bezug auf eine geschlechterbezogene Pädagogik, die auf traditionellen Rollenvorbildern aufbaut (Manne e. V. Potsdam 2010). Wir sehen darin drei Probleme:

Erstens steht zu befürchten, dass aus den negativen Erfahrungen der Neonazismusprävention in den 1990er-Jahren nicht gelernt wird. Zugespitzt formuliert, wurde damals die Gefahr neonazistischer Einstellungen und Verhaltensweisen verkannt. Gewalt sowie diskriminierende Äußerungen wurden als Ausdruck von Desintegration und mangelnder Anerkennung gedeutet und somit die politischen Einstellungen der Akteur_innen ausgeblendet (Stützel 2013). Die Folge waren Programme zur Arbeitsmarktintegration und Gewaltprävention bei gleichzeitiger Vernachlässigung der inhaltlich-ideologischen Ebene.

Zweitens affirmiert eine Haltung, die auf traditionellen männlichen und weiblichen Rollenvorbildern beruht, neonazistische Geschlechterbilder und führt auf diese Weise im schlechtesten Fall nicht zu einer Distanzierung, sondern zu einer verstärkten Identifizierung mit Neonazismus. Wenn man* sich in der Neonazismusprävention unkritisch auf vermeintlich natürliche männliche und weibliche Identitäten bezieht, wird damit eine zentrale Säule neonazistischer Ideologie reproduziert anstatt kritisiert. Traditionelle Geschlechterbilder können in der Prävention auf diese Weise verstärkt werden (Boxtrainings für Jungen, ‚Harte Männer arbeiten hart mit harten Jungs', ‚Mädchen sind Opfer', …). Eine geschlechterreflektierte Arbeit ist nicht möglich, wenn von Pädagog_innenseite nicht die Bereitschaft zur Hinterfragung eigener Geschlechterkonzepte besteht. Wer seine eigenen Bilderwelten aus Geschlechterstereotypen speist, wird diese in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen nicht aufbrechen können. Insofern ist Expert_innenwissen sowohl im Hinblick auf Neonazismus als auch Geschlecht gefragt.

Drittens ist Neonazismusprävention kein Selbstzweck, sondern Teil eines gesamtgesellschaftlichen Demokratisierungsprozesses. Demokratie kann nicht gefördert werden, ohne Neonazismus zu verhindern, und der Neonazismus kann nicht verhindert werden, ohne die Demokratie zu fördern. Diese von uns als *Fokusverschiebung* bezeichnete Änderung der Blickrichtung impliziert die Bereitstellung von Ressourcen für demokratische, antifaschistische und queere Alternativen einerseits, für Projekte, Räume, Kampagnen und Empowerment für Opfer und von Neonazis diskriminierte Gruppen andererseits. Es geht um Täter_innenprävention, weil es um Opferprävention geht!

Im Ergebnis ist aus pädagogischer Sicht zu differenzieren, mit welchen Personen(gruppen) man* arbeiten möchte (Täter_innen, diskriminierte Gruppen, Alternativen, ganz andere) und auch (noch) arbeiten kann (Sympathisant_innen, Mitläufer_innen). Es stellt für viele Pädagog_innen in der offenen Kinder- und Jugendarbeit, wo gegebenenfalls sowohl neonazistisch orientierte wie auch nicht-neonazistisch orientierte Kinder und Jugendliche zusammenkommen, eine Provokation dar, zu hören, dass mit einer bestimmten Klientel (Kader_innen, Aktivist_innen) nicht mehr gearbeitet werden

kann und soll. Das führt unserer Erfahrung nach immer wieder zu empörten Reaktionen, da es einem pädagogischen Grundsatz, nämlich offen für alle zu sein, zuwiderläuft. Wird mit Mitläufer_innen, Sympathisant_innen oder diffus rechten Jugendlichen gearbeitet, sollten diesen Kenntnisse und Erfahrungen vermittelt werden, die sie in die Lage versetzen, ihre rechte Orientierung als selbstschädigend zu erkennen und sich dem Einflussbereich neonazistischer Erlebniswelten und Szenen zu entziehen. Die Perspektive liegt darin, den Zweifel an der bisherigen Orientierung zu nähren und sie dabei zu unterstützen, eine an demokratischen Grundwerten orientierte Persönlichkeit zu entwickeln. Dafür ist es hilfreich, positive Erlebnisse in nicht-rechten Umfeldern zu ermöglichen, demokratische Deutungen realer Problemlagen anzubieten, Beziehungsarbeit, Verständnis ohne Einverstanden zu sein, aber auch Grenzen zu setzen, wo dies nötig ist. Diese Arbeit sollte von einem fachkundigen Team durchgeführt wie auch durch eine fachkundige Supervision begleitet werden, damit die schwierigen, oftmals widersprüchlichen pädagogischen Entscheidungen möglichst reflektiert getroffen werden können. Es sollten klare Ziele für bestimmte Zeiträume formuliert und die Entwicklungsverläufe regelmäßig selbstkritisch überprüft werden.

Konzepte müssen langfristig sein und frühzeitig beginnen (statt Feuerwehrpolitik und Kurzfristigkeit von Präventionsprogrammen), sich an alle (Kinder, Jugendliche, Erwachsene) richten und ausreichend finanziert werden (statt chronischer Unterfinanzierung).

Ist eine Neonazismusprävention nicht geschlechterreflektiert, können sich zusätzlich zu den bereits genannten Aspekten weitere Problemlagen einstellen: Durch einen Fokus auf physische Gewalt können einerseits die Einstellungsdimension, andererseits alltägliche Mikroprozesse der Ausgrenzung und Abwertung vernachlässigt, übersehen und bagatellisiert werden. Zudem geraten so weibliche Jugendliche in entsprechenden Szenen eher aus dem Blick. Ohne Geschlechterperspektive können neonazistische Ideologien nicht hinreichend analysiert und kritisiert werden – Sexismus, Heterosexismus, Cissexismus, Bi- und Inter*feindlichkeit sind elementarer Bestandteil neonazistischen Denkens und Handelns, häufig in Verschränkung mit anderen Ungleichheitsverhältnissen und rechten Ideologemen. Es kann diesbezüglich vorkommen, dass geschlechtsbezogene Attraktivitätsmomente (Versprechen und reale Angebote) neonazistischer Kreise nicht wahrgenommen werden, obwohl diese zentral sind, um zu verstehen, warum sich Mädchen und Jungen zu solchen Szenen hinwenden. Dieser Punkt wird ausführlicher im direkt anschließenden Artikel von Katharina Debus behandelt.

Veränderungen von Strukturen, die sich in Persönlichkeiten und Körpern materialisiert haben, benötigen Zeit, einen langen Atem und setzen ein Veränderungsinteresse des Individuums voraus. Geschlechterreflektierte Pädagogik macht sich subjektorientiert und gemeinsam mit den adressierten Kindern und Jugendlichen auf den Weg, um die je individuellen Interessen und Potenziale ausfindig zu machen. Für diesen gemeinsamen Weg ist ein pädagogisches Bündnis notwendig, in dem alternative Wege und Erfahrungen angeboten und gegangen werden können. In diesem Sinne enthalten alternative Lebenswelten beispielsweise in feministischen, queeren und antisexistischen Räumen ein dialektisches Potenzial: Im Erleben verschiedener Lebensweisen und damit verbundener sozialer Umgangsformen ist es möglich, ein Gespür für eigene Wege zu entwickeln und relative Freiräume von gesamtgesellschaftlichen Normen zu erfahren, was auf anderen Wegen vielleicht nicht so einfach möglich wäre. Andererseits setzen solche Erfahrungen immer Freiwilligkeit voraus und sind daher pädagogisch nicht reproduzierbar, außer dadurch, dass Pädagog_innen andere Lebens- und Umgangsweisen beispielsweise an der eigenen Person als Option erfahrbar machen können (Debus 2015). Eine Grenze dieser Art pädagogischen Bündnisses ist erreicht, wenn neonazistische Überzeugungen vertreten und eigene Selbstkonstruktionen beharrlich auf der Diskriminierung anderer aufbauen.

Die kritische Beschäftigung mit den einzelnen Ideologiefragmenten und Einstellungsmerkmalen des Neonazismus ist der Kernbestandteil einer effektiven Prävention. Dazu ist es notwendig, die eigene Argumentation zu schärfen und sich inhaltlich, methodisch und argumentativ fortzubilden. Gegen naturalisierende Zuschreibungen von Geschlecht und Sexualität sollten stets die vielfältigen Möglichkeiten stark gemacht werden, Geschlecht, Sexualität, Weiblichkeit und Männlichkeit zu leben. Ob lesbisch oder hetero, mit Kindern oder ohne, als Hausmann oder Familienalleinernährer_in, stark oder schwach, gewalttätig oder nicht – nichts davon hat in erster Linie mit Genen, Hormonen und/oder Gehirnen zu tun. Die Möglichkeit, Geschlecht und Sexualität auch anders als traditionell leben zu können, wird (nicht nur) von Neonazis als ‚totalitäre Menschenzucht' und ‚Umerziehungsprogramm' bezeichnet. Ironischerweise ist das Gegenteil richtig: Vielfältige Lebensentwürfe und Möglichkeiten, Geschlecht und Sexualität zu leben, bedeuten nicht Zwang, sondern Freiheit. Kinder und Jugendliche sollen im Rahmen geschlechterreflektierter Pädagogik diesbezüglich die Wahl haben.

Literatur

Mehrfach zitierte Sammelbände:

Amadeu Antonio Stiftung/Radvan, Heike (Hrsg.) (2013): Gender und Rechtsextremismusprävention. Berlin: Metropol Verlag.

— Birsl, Ursula: Rechtsextremistisch orientierte Frauen und Männer. Persönlichkeitsprofile, Sozialisationserfahrungen und Gelegenheitsstrukturen, S. 131–150.

— Bitzan, Renate: Selbstbilder extrem rechter Mädchen und Frauen, S. 153–168.

— Lehnert, Esther: Parteiliche Mädchenarbeit und Rechtsextremismusprävention, S. 197–210.

— Radvan, Heike: Geschlechterreflektierende Rechtsextremismusprävention. Eine Leerstelle in Theorie und Praxis?, S. 9–36.

— Stützel, Kevin: Männlich, gewaltbereit und desintegriert, S. 211–229.

— Stuve, Olaf/Debus, Katharina: Geschlechterreflektierende Arbeit mit Jungen als Prävention rechtsextremer Einstellungen und Handlungsmuster, S. 169–196.

Birsl, Ursula (Hrsg.) (2011): Rechtsextremismus und Gender. Opladen/Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich.

— Dies. (2011a): Rechtsextremistisch orientierte Frauen und Männer: Persönlichkeitsprofile, Sozialisationserfahrungen und Gelegenheitsstrukturen, S. 171–186.

— Möller, Kurt: Konstruktion von Männlichkeiten in unterschiedlichen Phänomenbereichen des Rechtsextremismus, S. 129–145.

— Rommelspacher, Birgit: Frauen und Männer im Rechtsextremismus – Motive, Konzepte und Rollenverständnisse, S. 43–68.

— Schuhmacher, Nils: „Mit den Leuten zusammen kann man wirklich schon was darstellen." Über verschiedene Wege in rechte Jungencliquen, S. 265–180.

Debus, Katharina/Laumann, Vivien (Hrsg.) (2014): Rechtsextremismus, Prävention und Geschlecht. Vielfalt_Macht_Pädagogik. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.

— Debus, Katharina: Was kann helfen im Umgang mit diesen vielfältigen pädagogischen Heraus- und Überforderungen?, S. 163–167.

— Kleffner, Heike: Eine potenziell tödliche Mischung. Extrem rechter Frauenhass und neonazistische Gewalt, S. 46–55.

Dissens e. V./Debus, Katharina/Könnecke, Bernard/Schwerma, Klaus/Stuve, Olaf (Hrsg.) (2012): Geschlechterreflektierte Arbeit mit Jungen an der Schule. Texte zu Pädagogik und Fortbildung rund um Jungenarbeit, Geschlecht und Bildung. Berlin: Eigendruck.

— Debus, Katharina (2012a): Dramatisierung, Entdramatisierung und Nicht-Dramatisierung in der geschlechterreflektierten Bildung, S. 150–158.

— Debus, Katharina (2012b): Vom Gefühl, das eigene Geschlecht verboten zu bekommen. Häufige Missverständnisse in der Erwachsenenbildung zu Geschlecht, S. 176–188.

— Debus, Katharina/Könnecke, Bernard/Schwerma, Klaus/Stuve, Olaf: Geschlechterreflektierte Arbeit mit Jungen an der Schule, S. 10–16.

— Hechler, Andreas: Männlichkeitskonstruktionen, Jungenarbeit und Neonazismus-Prävention, S. 74–92.
— Stuve, Olaf/Debus, Katharina (2012a): Geschlechtertheoretische Anregungen für eine geschlechterreflektierte Pädagogik mit Jungen, S. 28–42.
— Stuve, Olaf/Debus, Katharina (2012b): Männlichkeitsanforderungen. Impulse kritischer Männlichkeitstheorie für eine geschlechterreflektierte Pädagogik mit Jungen, S. 44–60.

AGJF (Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten) Sachsen e. V. (2014): Mut vor Ort. Bedingungen und Erfahrungen geschlechterreflektierender Neonazismusprävention. Chemnitz: Eigendruck.
Bourdieu, Pierre (2005): Die männliche Herrschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag (1998).
Budde, Jürgen/Scholand, Barbara/Faulstich-Wieland, Hannelore (2008): Geschlechtergerechtigkeit in der Schule. Eine Studie zu Chancen, Blockaden und Perspektiven einer gender-sensiblen Schulkultur. Weinheim/München: Juventa Verlag.
Budde, Jürgen (2014): Jungenpädagogik zwischen Tradierung und Veränderung. Empirische Analysen geschlechterpädagogischer Praxis. Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich Verlag.
Butler, Judith (1991): Das Unbehagen der Geschlechter. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag (1990).
Butler, Judith (1997): Körper von Gewicht. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag (1993).
Claus, Robert/Lehnert, Esther/Müller, Yves (Hrsg.) (2010): „Was ein rechter Mann ist …". Männlichkeiten im Rechtsextremismus. Berlin: Karl Dietz Verlag.
Debus, Katharina (2015): ‚Ein gutes Leben!'. Ansätze, Stolpersteine und Qualitätsmerkmale einer intersektionalen geschlechterreflektierten Pädagogik integrierter Berufs- und Lebensorientierung. In: Micus-Loos, Christiane/Plößer, Melanie (Hrsg.): Des eigenen Glückes Schmied_in. Geschlechterreflektierende Perspektiven auf berufliche Orientierungen und Lebensplanungen von Jugendlichen. Wiesbaden: Springer VS, S. 115–134.
Elverich, Gabi/Glaser, Michaela (2009): Mädchenspezifische Perspektiven auf die pädagogische Rechtsextremismusprävention. In: Betrifft Mädchen, Nr. 1, 22. Jg., S. 4–11.
Ensinger, Tami/Kaletsch, Christa (2013): Die Bedeutung der Opferperspektive für die Beratungsarbeit. In: beratungsNetzwerk Hessen – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus: Einblicke in die Praxis. Wiesbaden: Eigendruck, S. 29–32.
Fachstelle Gender und Rechtsextremismus (o. J.): http://gender-und-rechtsextremismus.de [Zugriff: 22.06.2015].
Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus (o. J.): http://www.frauen-und-rechtsextremismus.de [Zugriff: 22.06.2015].
Glawion, Sven (2012): Heterogenesis. Männlichkeit in deutschen Erzähltexten 1968–2000. Darmstadt: Büchner-Verlag.
Goetz, Judith (2014): (Re-)Naturalisierungen der Geschlechterordnung. Anmerkungen zur Geschlechtsblindheit der (österreichischen) Rechtsextremismus-

forschung. In: Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit (Hrsg.): Rechtsextremismus. Entwicklungen und Analysen, Band 1. Wien: mandelbaum kritik & utopie, S. 40–68.
Hagemann-White, Carol (1984): Sozialisation: Weiblich – männlich? Alltag und Biografie von Mädchen, Band 1. Opladen: Verlag Leske und Budrich.
Hufer, Klaus-Peter (2006): Argumente am Stammtisch. Erfolgreich gegen Parolen, Palaver, Populismus. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (Wochenschau Verlag).
Kelle, Helga (1999): ‚Geschlechterterritorien': Eine ethnographische Studie über Spiele Neun- bis Zwölfjähriger. In: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, Nr. 2, 2. Jg., S. 211–228.
Klose, Bianca im Gespräch im Friedrich Burschel (2014): „… notfalls auch die ‚gebende Hand' beißen". In: Burschel, Friedrich/Schubert, Uwe/Wiegel, Gerd (Hrsg.) (2013): Der Sommer ist vorbei … Vom „Aufstand der Anständigen" zur „Extremismus-Klausel": Beiträge zu 13 Jahren „Bundesprogramme gegen Rechts". Münster: edition assemblage, S. 16–28.
Könnecke, Bernard (2010): Jungenarbeit konkret. Erste Schritte zu einer veränderten Praxis. In: Klein, Christine/Schatz, Günther (Hrsg.): Jungenarbeit präventiv! Vorbeugung von sexueller Gewalt an Jungen und von Jungen. München: Ernst Reinhardt Verlag, S. 47–53.
Kontaktstelle BIKnetz – Präventionsnetz gegen Rechtsextremismus (Hrsg.) (2014): „Du bist mir nicht egal!". Praxishilfen für die sozialpädagogische Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen. Berlin: Eigendruck.
Laumann, Vivien (2014): Die Bedeutung von Geschlecht in den Bundesprogrammen gegen Rechtsextremismus – Geschlechterreflektierte Pädagogik und Rechtsextremismusprävention. In: Blome, Mathis/Manthe, Barbara (Hrsg.): Zum Erfolg verdammt. Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus. Prävention und Intervention auf dem Prüfstand. Düsseldorf: IDA, S. 57–60.
Maihofer, Andrea (1995): Geschlecht als Existenzweise. Frankfurt am Main: Ulrike Helmer Verlag.
Manne e. V. Potsdam (2010): Jungenarbeit und Gewaltprävention. Dokumentation des Modellprojekts 2008–2010. Potsdam: Eigendruck.
Miteinander (2014) (Hrsg.): RollenWechsel. Geschlechterreflektierende Bildung in der Rechtsextremismusprävention. Magdeburg: Eigendruck.
Norddeutsche Antifagruppen (Hrsg.) (1998): „Rosen auf den Weg gestreut …" Kritik an der „Akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Jugendcliquen". Hamburg: reihe antifaschistischer texte.
Reimer, Katrin (2014): Rechte Ideologie und soziale Frage. Soziale Arbeit und Politische Bildung in Zeiten des rechtspopulistischen Neoliberalismus. In: Burschel, Friedrich/Schubert, Uwe/Wiegel, Gerd (Hrsg.): Der Sommer ist vorbei … Vom „Aufstand der Anständigen" zur „Extremismusklausel". Beiträge zu 13 Jahren „Bundesprogramme gegen Rechts". Münster: Edition Assemblage, S. 29–48.
Rommelspacher, Birgit (2006): Der Rechtsextremismus und die „Mitte" der Gesellschaft. Ein dominanztheoretischer Ansatz. Vortrag vom 17.11.2006 auf der Tagung: Rechtsextremismus in NRW. Herausforderung für Gesellschaft und

Politik von Bündnis 90/die Grünen im Landtag Düsseldorf. www.birgit-rommelspacher.de/pdfs/RexuMitteDuesseldNov2006.pdf [Zugriff: 05.05.2015].

Speit, Andreas (2010): „In unseren Reihen" – gruppeninterne Gewalt im rechtsextremen Spektrum. In: Claus, Robert/Lehnert, Esther/Müller, Yves (Hrsg.): „Was ein rechter Mann ist …" Männlichkeiten im Rechtsextremismus. Berlin: Karl Dietz Verlag, S. 143–164.

Verein für demokratische Kultur in Berlin e. V. (VDK) / Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR) (2006): Integrierte Handlungsstrategien zur Rechtsextremismus-Prävention und -Intervention in der Jugendarbeit. Hintergrundwissen und Empfehlungen für Jugendarbeit, Kommunalpolitik und Verwaltung. Berlin: Eigendruck.

Walden, Nora (2015): Vom Skingirl zur Anti-Gender-Aktivistin. Frauenorganisationen in der extremen Rechten. In: monitor, Nr. 68, S. 4–5.

Methode: Praxissituationen entgeschlechtlichen[1]

Bernard Könnecke, Vivien Laumann und Andreas Hechler

Themen und Ziele

Ziel der Methode ist eine Reflexion geschlechtlicher Zuschreibungen im pädagogischen Alltag. Anhand von (vorgegebenen) Situationen aus der alltäglichen Praxis sollen die Teilnehmer_innen diskutieren und reflektieren, welche geschlechtlichen Zuschreibungen in alltäglichen Aussagen und Interaktionen stecken. Anschließend können Alternativen entwickelt werden, die keine geschlechtlichen Zuschreibungen enthalten.

Es handelt sich um eine Methode der Selbstreflexion, um an der eigenen Haltung zu arbeiten. Sie ist nicht für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen gedacht.

Zielgruppen

Erwachsene, Multiplikator_innen

Anwendung und Grenzen

Es sollten mindestens 6 Teilnehmende sein, die sich in zwei Kleingruppen aufteilen können. Ab einer gewissen Gruppengröße kann die gemeinsame Auswertung schwierig werden, aber erst einmal sind der Teilnehmendenzahl

1 Die Idee und Erstfassung zu der Methode stammt von Bernard Könnecke und wurde im Rahmen des Projekts *Geschlechterreflektierte Arbeit mit Jungen an der Schule* (www.jungenarbeit-und-schule.de/) entwickelt (Könnecke 2012). Sie wurde von verschiedenen Mitarbeiter_innen von *Dissens – Institut für Bildung und Forschung* weiterentwickelt, u. a. im Rahmen der Projekte *Rechtsextremismus und Männlichkeit(en)/Vielfalt_Macht_Schule* (www.vielfaltmachtschule.de; Laumann/Stützel in diesem Band) und *Geschlechterreflektierte Neonazismusprävention* (http://dissens.de/gerenep/), wo sich auch eine herunterladbare Fassung der Methode befindet. Wir danken Sam Tsemeu für Anregungen bei der Entwicklung der Beispiele.

nach oben keine Grenzen gesetzt. Bei sehr kleinen Gruppen kann mit weniger Beispielsituationen gearbeitet werden, bei sehr großen Gruppen mit mehr.

Rahmenbedingungen

Zeit

40–70 Minuten, je nach Lust und Größe der Gruppe und Intensität der Diskussion.

Material

DIN-A4-Blätter mit den Praxissituationen und der Aufgabenstellung. Die Anzahl der Blätter pro Beispiel sollte der Anzahl der Personen pro Kleingruppe entsprechen (sind in den Kleingruppen je 3 Personen, sollten an jeder Station 3 Arbeitsblätter vorhanden sein).

Größe und Anzahl der Räume

Alles kann in einem Raum stattfinden, aber auch auf dem Flur oder draußen. Die Stationen befinden sich nicht zu dicht beieinander und bestehen aus je einem Tisch, mehreren Stühlen und den Arbeitsblättern.

Anleitung

Durchführung

1. Kleingruppen bilden. Die Gesamtgruppe wird gebeten, sich in Kleingruppen von 2–4 Personen zusammenzufinden. Es kann gefragt werden, ob die Teilnehmenden lieber in einer geschlechtshomogenen oder -gemischten Gruppe arbeiten möchten.

2. Alle Kleingruppen erhalten folgende Aufgaben: Beginnt an eurer Station mit dem vorhandenen Beispiel und diskutiert die folgenden Fragen/Aufgaben:

   - Wo finden hier geschlechtliche Zuschreibungen statt, die Kinder oder Jugendliche in ihrer individuellen Entwicklung einschränken?
   - Was könnten Alternativen für pädagogisches Handeln sein, z. B. andere Formulierungen?

   Wenn ihr mit den Ergebnissen eurer ersten Station zufrieden seid, könnt ihr zu einer anderen Station weitergehen. Wenn dort noch eine andere Gruppe ist, holt euch den dortigen Beispielbogen und diskutiert woanders.

Es kommt nicht darauf an, möglichst viele Stationen zu bearbeiten, sondern intensiv zu diskutieren und Alternativen pädagogischen Handelns zu entwickeln.

3. Mögliche Fragen zur Diskussion und Auswertung im Plenum:

- Was ist euch aufgefallen?
- Welche Situationen kennt ihr aus der pädagogischen Praxis?
- Wie lassen sich die Situationen anders gestalten?

Beispielsituationen

Praxissituation 1

Nach der Rückkehr von einer Kanutour kommt dein_e Kolleg_in in den Raum und sagt: *„Ich brauch' mal vier starke Jungs!"*

Diskutiert folgende Fragen:

- Welche Botschaften erhalten die Jungen der Klasse? Erhalten alle Jungen die gleichen Botschaften?
- Welche Botschaften erhalten die Mädchen?
- Wo finden hier geschlechtliche Zuschreibungen statt, die Kinder oder Jugendliche in ihrer individuellen Entwicklung einschränken?

Findet Alternativen für das pädagogische Handeln, z. B. andere Formulierungen.

Praxissituation 2

Ein Mädchen kommt auf dich zu und erzählt dir, sie sei gerade sehr glücklich, da sie sich verliebt habe. Du fragst: *„Das ist ja toll! Wie heißt er denn?"*

Diskutiert folgende Fragen:

- Welche Botschaften bekommt die Jugendliche?
- Welche Botschaften werden an Mädchen gesendet, die zuhören?
- Welche Botschaften werden an Jungen gesendet, die zuhören?
- Wo finden hier Zuschreibungen statt, die Kinder und Jugendliche in ihrer individuellen Entwicklung einschränken?

Findet Alternativen für das pädagogische Handeln, z. B. andere Formulierungen.

Praxissituation 3

Ein Junge kommt weinend herein und berichtet, er sei von einem anderen Kind geschubst worden. Dein Kollege sagt: *„Junge, du musst dich doch wehren!"*

Diskutiert folgende Fragen:

- Welche Botschaften bekommen der Junge und andere Jungen?
- Welche Botschaften bekommen Mädchen?
- Wo finden hier Zuschreibungen statt, die Kinder und Jugendliche in ihrer individuellen Entwicklung einschränken?

Findet Alternativen für das pädagogische Handeln, z. B. andere Formulierungen.

Praxissituation 4

Ein Junge kommt heute im Kleid zur Kita. Deine Kollegin sagt: *„Du hast ja ein schönes Kleid an! Hast du dich als Mädchen verkleidet?"*

Diskutiert folgende Fragen:

- Welche Botschaften bekommen der Junge und andere Jungen?
- Welche Botschaften bekommen Mädchen?
- Wo finden hier Zuschreibungen statt, die Kinder oder Jugendliche in ihrer individuellen Entwicklung einschränken?

Findet Alternativen für das pädagogische Handeln, z. B. andere Formulierungen.

Praxissituation 5

Ein Mann hält einer Frau die Tür auf und sagt *„Ladies first!"*.

Diskutiert folgende Fragen:

- Was könnte den Mann motivieren, so zu handeln?
- Welche Botschaften bekommt die Frau?
- Welche Botschaften werden an Frauen und Männer gesendet, die zuhören?
- Wo finden hier Zuschreibungen statt, die Frauen und Männer in ihrer individuellen Entwicklung einschränken?

Findet Alternativen für das Handeln.

Praxissituation 6

Zwei Mitarbeiterinnen einer Jugendeinrichtung haben einen Konflikt miteinander. Ihre Kolleg_innen sprechen von einem *„Zickenkrieg"*.

Diskutiert folgende Fragen:

- Welche Botschaften bekommen die so bezeichneten Frauen?
- Welche Botschaften werden an Frauen und Männer gesendet, die zuhören?
- Wo finden hier Zuschreibungen statt, die Frauen (und Männer) in ihrer individuellen Entwicklung einschränken?

Findet Alternativen für das pädagogische Handeln, z. B. andere Formulierungen.

Inhaltliche Vertiefung

Anhand des ersten Beispiels mit den vier starken Jungs lässt sich gut analysieren, wie viele der anwesenden Kinder oder Jugendlichen jetzt mit der Frage nach ihrer Geschlechtlichkeit konfrontiert sind und Platzanweiser erhalten: Alle Mädchen erhalten die Botschaft, dass sie nicht gemeint sind, da sie per se als nicht stark angesehen werden. Einige Jungen werden sich angesprochen fühlen und irgendwo zwischen positiv geschmeichelt und völlig abweisend reagieren, je nach Klassenkultur und Alter der Jungen. Sie bekommen einen Männlichkeitsbeweis und die Botschaft, dass sie auch immer stark zu sein haben und keine Schwäche zeigen dürfen. Andere werden sich mit der Frage beschäftigen, ob sie abwertende Sprüche kassieren, wenn sie jetzt aufspringen (*„Ey, er/sie hat nach starken Jungs gefragt, da bist doch nicht du gemeint!“*). Alle Kinder/Jugendlichen müssen sich zu dieser Männlichkeits- und Weiblichkeitsanrufung eines_r Pädagog_in verhalten; sie zu ignorieren ist fast unmöglich. Die Festschreibung von stereotypen Geschlechterbildern ist völlig unnötig und leicht vermeidbar; zwei von vielen alternativen Fragen wäre: *„Ich brauch' mal ein paar Leute, die mir was tragen helfen!“* oder: *„Wer kann mir was tragen helfen?“*.

Anhand des zweiten Beispiels mit dem Verliebtsein teilt der_die Pädagog_in der Jugendlichen mit, dass er_sie selbstverständlich von einer heterosexuellen Verliebtheit ausgeht. Für den Fall, dass es sich nicht um einen männlichen Liebespartner handelt, sondern um eine weibliche Partnerin, hat der_die Pädagog_in die Hürde für ein Outing in diesem Moment enorm hoch gehängt. Aber auch für den Fall, dass die Jugendliche sich heterosexuell verliebt hat, wird für noch nicht geoutete lesbische und schwule Jugendliche deutlich, dass diese_r Pädagog_in ihre Lebenssituation nicht mitdenkt und insofern auch keine Ansprechperson diesbezüglich ist. Allen Zuhörenden wird die Botschaft mitgegeben, dass wenn man*_frau* sich verliebt, dies in das gegenteilige Geschlecht geschieht und etwas anderes außerhalb des ‚normal Denkbaren' ist. Dabei gibt es unzählige Möglichkeiten, nicht normierend auf

dieses Gesprächsangebot einzugehen; zwei davon wären: „Das ist ja toll! Wer ist es denn?“ oder: „Wie geht es dir mit der Verliebtheit?“.

Varianten

Es können auch andere passende Praxissituationen genutzt werden.

Es können auch weniger oder mehr als 6 Stationen/Beispiele sein, abhängig von der Gesamtgruppengröße.

Kommentare, Erfahrungen, Risiken

Viele Teilnehmende sagen im Feedback, dass sie durch diese ganz konkreten Alltagsbeispiele für ihre Sprechhandlungen sensibilisiert werden.

Es kann aber auch Scham, Ärger und/oder Widerstand bei Teilnehmenden hervorgerufen werden, wenn diese sich ‚ertappt‘ fühlen. Darauf sollte die Leitung vorbereitet sein. Es kann daher sinnvoll sein, die Methode zu einem späten Zeitpunkt in einer Fortbildung durchzuführen, wenn schon einige Inhalte besprochen wurden und die Gruppe Vertrauen zueinander hat.

Insbesondere bei dem Beispiel *„Ladies first!“* muss oft deutlich gemacht werden, dass es gut und richtig ist, anderen die Tür aufzuhalten, dass sich aber ein ganzes ‚Paket‘ an Zuschreibungen (Schwäche, Schutzbedürftigkeit, Opferstatus, Unfähigkeit, …) ‚eingekauft‘ wird, wenn dies speziell für Frauen und nicht auch für Männer getan wird.

Literatur

Könnecke, Bernard (2012): Geschlechterreflektierte Jungenarbeit und Schule. In: Dissens e. V. u. a.: Geschlechterreflektierte Arbeit mit Jungen an der Schule. Berlin: Eigendruck, S. 62–71.

2.2 Du Mädchen!

Funktionalität von Sexismus, Post- und Antifeminismus als Ausgangspunkt pädagogischen Handelns

Katharina Debus

In meiner Grundschulklasse galt ‚mädchenhaft' als Schimpfwort. Damit wurden Kinder (u. a. ich) bezeichnet und ausgegrenzt, die raue Spiele verweigerten, Ballangst hatten, gerne rosa Rüschen trugen und gelegentlich weinten. Unsere Lehrerin intervenierte mit einer Selbstreflexionsübung, in der (soweit ich mich erinnere) gesammelt werden sollte, was wir jeweils an anderen Kindern mögen. Im nächsten Schritt wurde darauf bezogen nach geschlechtsbezogenen Unterschieden gefragt und das Ergebnis war weitgehend, dass Geschlecht keine Rolle spielte, dass also ‚mädchenhaft' eine ungefüllte Worthülse sei. Forthin wurde ‚mädchenhaft' etwas seltener als Schimpfwort verwendet, die Ausgrenzungsstruktur blieb jedoch erhalten. Reine Aufklärung hat also nicht ausgereicht, sondern das androzentrische[1] Spielfeld nur komplexer gemacht.

Pädagog_innen sind häufig mit diskriminierenden und stereotypisierenden Äußerungen konfrontiert, u. a. im Rahmen geschlechts- und sexualitätsbezogener Abwertungen durch Kinder und Jugendliche, beispielsweise wenn ‚schwul' oder ‚Mädchen!' als Universalschimpfworte gelten. Häufig sind auch im Team stereotypisierende, sexistische, homo-, trans- oder interfeindliche Witze oder Beschreibungen Alltag, u. a. wenn Kolleg_innen Mädchen abwerten, die mit ‚zu viel' Dekolleté oder bauchfrei in die Schule kommen, oder wenn Jungen, die nicht ins klassische Männlichkeitsbild passen, als ‚schwul' etikettiert werden.

Manchmal – v. a. bei jüngeren Kindern, die z. B. noch nicht wissen, dass ‚schwul' eine Bezeichnung für Männer ist, die Männer lieben und begehren – kann Aufklärung eine sinnvolle Herangehensweise sein. Manchmal ist auch die Förderung von Empathie und Perspektivübernahme hilfreich. Häufig, wie im Eingangsbeispiel, greift beides nicht – nämlich dann, wenn die diskriminierende Äußerung bzw. Handlung nicht von einem Mangel an Wissen oder

1 Mit Androzentrismus (altgriechisch andros = Mann) ist eine Struktur gemeint, die in einer zweigeschlechtlichen Kultur das privilegiert, was jeweils als männlich definiert wird.

Empathie motiviert ist. Neben Interventionen zum Schutz derer, die von Diskriminierungen explizit oder implizit betroffen sind, ist es für Präventionsarbeit sinnvoll, sich eingehender mit den Funktionen diskriminierender Äußerungen und Verhaltensweisen zu beschäftigen, um präventiv Alternativen erarbeiten zu können.

Für diesen Beitrag war neben dem Schwerpunkt auf Sexismus und Post- bzw. Antifeminismus eine Thematisierung von Homo- und Transfeindlichkeit wie auch von Männlichkeitsstereotypisierungen geplant (Stuve 2012; Debus/Stuve 2012; Debus 2015). Aufgrund der notwendigen Artikelbegrenzung entscheide ich mich aber aus mehreren Gründen für einen Fokus auf Sexismus und Post- bzw. Antifeminismus: In der Rechtsextremismusforschung und -prävention wird Sexismus als Bestandteil eines extrem rechten Weltbilds, Motivation rechter Gewalt und wichtiger Bestandteil Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit häufig vernachlässigt, so u. a. im neuen Bundesprogramm *Demokratie leben!*. In einer Reflexion meiner Seminarpraxis musste ich feststellen, dass ich diese Unterthematisierung im Verhältnis zu den anderen genannten Themen allzu häufig reproduziere. Da aber Sexismus wie auch Anti- und Postfeminismus wichtige Aspekte rechter Mobilisierungen (Nax/Schmitt in diesem Band) und Praxen (Kleffner 2014) sowie ein bedeutender Scharnierdiskurs zwischen der sogenannten ‚Mitte' und verschiedenen rechten Bewegungen (liberal-konservativ bis extrem rechts) sind, setzt dieser Artikel einen entsprechenden Schwerpunkt und vernachlässigt andere ebenfalls unterthematisierte Aspekte wie Homo- und Transfeindlichkeit.

Im Folgenden gebe ich zunächst einen kurzen Einblick in Ansätze der Kritischen Psychologie zur Funktionalität diskriminierender Verhaltensweisen. Im Anschluss untersuche ich sexistische sowie anti- bzw. postfeministische Aussagen und Verhaltensweisen auf ihre Funktionalität und stelle mögliche Alternativen vor. Abschließend gebe ich einen zusammenfassenden Einblick in pädagogische Schlussfolgerungen.[2] An diesen Artikel anknüpfend findet sich am Ende dieses Bands ein Plädoyer für die Wichtigkeit utopischer Momente unter Bedingungen von Neoliberalismus, in dem eine diskursive Einordnung der beschriebenen Problematiken vorgenommen wird.

2 Erkenntnisquellen sind neben verschiedenen wissenschaftlichen und aktivistischen Lektüren v. a. Fortbildungs-Erfahrungen und -reflexionen, eigene Forschungsergebnisse (u. a. Calmbach/Debus 2013) sowie vielfältige Diskussionen. Insbesondere danke ich Olaf Stuve, Andreas Hechler und Sabina Schutter für anregende Gespräche sowie den beiden Erstgenannten für Lektorat und Diskussionen zu diesem Text. Viele inspirierende Auseinandersetzungen zu alltäglichen Dimensionen von Sexismus und dem Problem der Banalisierung entstanden u. a. in den Fortbildungsgruppen des Projekts *Geschlechterreflektierende Neonazismusprävention* in Gauting, Wetzlar und der Train-the-Trainer-Fortbildung in Berlin. Vielen Dank an die Teilnehmenden!

‚War doch nur Spaß!' – Funktionalität diskriminierender Verhaltensweisen als Ausgangspunkt von Analyse und Pädagogik

Die Kritische Psychologie nach Klaus Holzkamp hat das Konzept der subjektiven Funktionalität von Verhalten in die Diskussion über Gründe selbst- und fremdschädigender Verhaltensweisen eingebracht. Sie geht davon aus, dass Menschen unter Bedingungen des Kapitalismus (zu ergänzen wären weitere Herrschaftsverhältnisse wie Sexismus, Rassismus, Ableismus etc.) Ohnmachtserfahrungen machen, dass also ihre Handlungsfähigkeit bedroht ist durch gesellschaftliche Bedingungen, die nicht verhandelbar sind, sondern Anpassung und Unterordnung erfordern. Unter solchen Bedingungen haben die Subjekte zwei Möglichkeiten: Entweder versuchen sie, sich im Rahmen der vorgegebenen Verhältnisse zu arrangieren und ihre Interessen eher konkurrenzhaft gegenüber Gleichrangigen oder Schwächeren durchzusetzen. Dies nennt Holzkamp ‚eingeschränkte Handlungsfähigkeit' bzw. ‚eingeschränkten Handlungsraum'. Sich in diesem eingeschränkten Rahmen zu bewegen reduziert das Risiko von Sanktionen durch Mächtigere (z. B. Arbeitgeber_innen, Polizei, Justiz etc.). Häufig, so Vertreter_innen der Kritischen Psychologie, ist ein solches Verhalten aber selbstschädigend, da es an den eigentlichen Ursachen der Ohnmachtserfahrungen nichts ändert, sondern zu deren Erhalt beiträgt.

Als Alternative wird die ‚erweiterte Handlungsfähigkeit' bzw. der ‚erweiterte Handlungsraum' beschrieben. Hier begegnet das Subjekt den gesellschaftlichen Verhältnissen, die die Handlungsfähigkeit bedrohen, mit Veränderungsbemühungen. Es riskiert dabei, zu scheitern oder durch Mächtigere sanktioniert zu werden. Im Gegenzug besteht so aber die Möglichkeit, an den Ursachen der Ohnmachtserfahrungen etwas zu verändern und die eigene Handlungsfähigkeit nachhaltig zu erweitern.

Die Kritische Psychologie (wie auch verschiedene Ansätze der Psychotherapie) geht dabei von einem grundsätzlich kompetenten Subjekt aus, also davon, dass Menschen begründet handeln. Ihr Handeln und Denken hat eine Funktion jenseits mangelnder Aufklärung, persönlicher Böswilligkeit oder schlechter Erziehung/Kultur. Dies betrifft auch diskriminierendes Handeln, sodass es (nicht nur) für Präventionsarbeit wichtig ist, sich mit der je subjektiven Funktionalität dieses Handelns auseinanderzusetzen. Häufig ist diese Funktionalität im Muster eingeschränkter Handlungsfähigkeit zu suchen, also in dem Bemühen um Handlungsfähigkeit unter der Bedingung fremdbe-

stimmter, überfordernder und ohnmächtig-machender gesellschaftlicher Anforderungen und Beschränkungen.[3]

Es gilt also, die (aus subjektiver Sicht: guten) Gründe für diskriminierendes Handeln zu verstehen. Hierzu liegen verschiedene Arbeiten in Bezug auf Rassismus (Kalpaka/Räthzel 1990) und Rechtsextremismus (Debus 2014a; Debus/Laumann 2014) vor. Im Weiteren entwickle ich Thesen zum Transfer auf Sexismus und Anti- bzw. Postfeminismus.

Ringen um Anerkennung und Verletzlichkeitsabwehr – Funktionen von Sexismus, Post- und Antifeminismus

Den dargestellten Erkenntnissen der Kritischen Psychologie folgend, ist es auch für den pädagogischen und politischen Umgang mit Sexismus und Anti- bzw. Postfeminismus sinnvoll, sich mit der jeweiligen Funktionalität solcher Verhaltensweisen auseinanderzusetzen. Häufig wird auch von Pädagog_innen[4] Sexismus als normal und unproblematisch banalisiert oder als etwas Veraltetes auf die jeweils ‚Anderen' (proletarische Schichten und Menschen mit bestimmten Migrationsgeschichten) projiziert und somit im eigenen Kontext unsichtbar gemacht (Debus 2015). Werden problematische Äußerungen ernstgenommen, dann werden sie häufig den Einzelnen persönlich als ‚Mackerhaftigkeit' bzw. ‚Stutenbissigkeit' angekreidet.

Selbstverständlich gibt es individuelle feindliche Motivationen bei sexistischen und anti- bzw. postfeministischen Äußerungen und Verhaltensweisen. Allerdings ist davon auszugehen, dass die Mehrheit der Menschen aller Generationen, die an solchen Verhaltensweisen beteiligt sind, nicht primär von Feindlichkeit motiviert sind. Im Weiteren stelle ich daher Thesen zu Motivlagen im Kontext gesellschaftlicher Geschlechteranforderungen wie auch neoliberaler Verhältnisse auf (eingeschränkte Handlungsfähigkeit) und stelle Alternativen im Sinne erweiterter Handlungsfähigkeit vor.

3 Vertiefend zur Einführung in die Kritische Psychologie Holzkamp 1987; Markard 2009.
4 Vgl. zur Funktionalität stereotyper Geschlechterbilder vor dem Hintergrund pädagogischer Arbeitsbedingungen Debus 2014b.

Sexismus

‚Selbst schuld! Wenn die auch so rumläuft …'
‚Also, ich fand Tussis immer doof!'
‚Zimperlich wie ein Mädchen …'
‚Is' die hässlich!'
‚Du Mädchen!'

Sexismus kann vielfältige Formen annehmen, u. a.:

- Abwertung konkreter Frauen und Mädchen, weil diese bestimmte Weiblichkeitsanforderungen nicht (ausreichend) erfüllen können oder wollen;
- Objektifizierung von Frauen und Mädchen sowie Absprechen ihrer Selbstbestimmung, u. a. durch Nutzung weiblicher erotisierter/sexualisierter Körper für Werbung, sexuelle Belästigung, *victim blaming* (Schuldverschiebung auf die Betroffene) oder Banalisierung/Normalisierung bei Übergriffen[5], Einschränkungen weiblicher reproduktiver Selbstbestimmung[6], Nicht-Ernstnehmen lesbischer Sexualität etc.;
- Verhinderung von Begegnungen und Aushandlungen auf Augenhöhe, u. a. durch die Behauptung wesenhafter Unterschiede zwischen Männern/Jungen und Frauen/Mädchen beispielsweise in biologisierenden Psycho-Ratgebern (Knothe 2012);
- Geringschätzung von Verhaltensweisen und Geschmäckern, die als weiblich gelten, wie beispielsweise sogenannte ‚Frauenliteratur', Bindungsinteressen im Gegensatz zu Autonomieinteressen, Fürsorgearbeit, eine Vorliebe für pink/rosa etc., und umgekehrt Verknüpfung gering geschätzter Eigenschaften mit Weiblichkeit, z. B. Zuschreibungen von Empfindlichkeit (‚Zimperlichkeit'), Ängstlichkeit etc.

Diesen Verhaltens- und Einstellungsmustern ist gemeinsam, dass sie in ein jahrhundertealtes System eingebettet sind, in dem die heutige Vorstellung davon, was ‚männlich' bzw. ‚weiblich' sei, historisch mit den Positionen von Macht und Ohnmacht sowie Autonomie und Abhängigkeit verwoben ist. Diese mit den aktuellen Männlichkeits- und Weiblichkeitsbildern weiterhin verwobene Machtasymmetrie schreibt sich – bei gleichzeitig nennenswerten Erfolgen gleichstellungsorientierter Kämpfe – in den heute bestehenden u. a.

5 Neben dem im Folgenden Thematisierten geht es bei der Funktionalität von *victim blaming* und der Banalisierung/Normalisierung sexistischer Übergriffe auch um den Umgang mit Ohnmacht, Angst vor eigener Betroffenheit, Angst davor, selbst als Täter* wahrgenommen zu werden, Handlungsunsicherheit etc.

6 Z.B. durch begrenzten Zugang zu Verhütungsmitteln und Abtreibung, Zuständigkeitsverschiebung für Verhütung auf Frauen inkl. der Nebenwirkungen, verlangsamte Entwicklung von Verhütungsmitteln, die die Last der Nebenwirkungen auf Männer verlagern (z. B. ‚Pille für den Mann') etc.

ökonomischen und juristischen[7] Bedingungen fort und lässt sich nicht einfach aus ihnen herauslösen.

So lebt die (nicht nur) hiesige Kultur der Zweigeschlechtlichkeit von (Positiv- und Negativ-)Zuschreibungen für Männer und für Frauen, die Menschen aller Geschlechter normativ einengen und Menschen ausgrenzen, die den Normen nicht entsprechen. Diese sind in eine asymmetrisch-androzentrische Struktur eingebunden, die männliche Zuschreibungen tendenziell mit einer Position und der dazugehörigen Anforderung von Macht (an der auch schmerzhaft gescheitert werden kann) und weibliche Zuschreibungen eher mit einer Position der relativen Abhängigkeit verbindet. Menschen weiterer Geschlechtlichkeiten jenseits von Cis-Geschlechtlichkeit sind darüber hinaus einem immensen Maß an medizinischer, juristischer und interpersonaler Gewalt ausgesetzt. Diese Verhältnisse sind ein Problem für Menschen aller Geschlechter (also auch für Jungen und Männer, Stuve/Debus 2012a + b), aber mit tendenziell jeweils unterschiedlichen Kosten verbunden. Sexistische Denk- und Verhaltensweisen sind kein männliches Privileg – Menschen aller Geschlechter können sexistisch denken und handeln und/oder sich gegen Sexismus einsetzen. Dabei sind unterschiedliche Funktionen zu analysieren.

Besonderheiten in Bezug auf Männlichkeitsanforderungen

Wie bei Menschen anderer Geschlechter, so sind auch bei Jungen und Männern sexistische Verhaltensweisen häufig nicht auf einen bewussten Willen zurückzuführen, Mädchen oder Frauen zu unterdrücken oder sich als ihnen überlegen darzustellen – auch wenn es auch diese Motivationslage zu berücksichtigen gilt. In vielen Fällen haben solche Verhaltensweisen aber vorrangig mit dem eigenen Arrangement mit gesellschaftlich wirkmächtigen Männlichkeitsanforderungen zu tun (Stuve/Debus 2012b). Diese gehen mit einer ganzen Reihe von Verboten und Anforderungen einher. ‚Richtige' Männlichkeit schließt in einer Kultur der Zweigeschlechtlichkeit Weiblichkeit aus und in heteronormativen Ordnungen (Hartmann u. a. 2007) auch Schwulsein: Alles was als ‚weiblich' oder ‚schwul' gilt, gilt als ‚unmännlich' (Weiblichkeits- und Homosexualitätsverbot). Diese Verbotsmechanismen müssen je kontextspezifisch analysiert werden. Häufig betreffen sie eine Vorliebe für bestimmte Farben (rosa, pink, lila, häufig auch weitere), das Zeigen von Schmerz, Trauer, Schwäche oder Angst, Wünsche nach Zärtlichkeit und Bindung etc. Wichtige Aspekte ‚richtiger' Männlichkeit sind im Gegenzug in den meisten Kontexten das Versprechen und die Anforderung, allzeit souverän, überlegen (gegenüber

7 Juristische Kontinuitäten bestehen insbesondere im Vergewaltigungsrecht, demzufolge einfaches Neinsagen für eine Verurteilung nicht ausreicht, sowie in der mittels des § 218 fortgesetzten Einschränkung des körperlichen Selbstbestimmungsrechts in Bezug auf Abtreibungen.

Mädchen/Frauen wie auch anderen Jungen/Männern), cool und stark zu sein sowie Freude an Wettbewerb und Kräftemessen zu empfinden und ab einem bestimmten Alter zwischengeschlechtliche Kontakte in Figuren der Eroberung (in Konkurrenz zu anderen Jungen/Männern) zu sexualisieren. Jungen/Männer, die (zu sehr) an diesen Anforderungen scheitern bzw. sich ihnen verweigern, müssen häufig zumindest mit psychischer Gewalt, oft zusätzlich mit körperlicher und sexualisierter Gewalt rechnen.

Daher besteht ein hoher Anreiz, die eigene Männlichkeit durch zur Schau gestellte Distanz zu Weiblichkeit sowie durch Überlegenheitsgesten gegenüber Mädchen/Frauen wie auch anderen Jungen/Männern zu beweisen.[8] Dies kann einerseits dadurch geschehen, dass v. a. andere Jungen/Männer, aber auch Mädchen/Frauen als ‚Mädchen' bzw. ‚mädchenhaft' beschimpft, also symbolisch verweiblicht werden. Dadurch wird die eigene Überlegenheit und Distanz zu Weiblichkeit behauptet und zugleich Weiblichkeit als etwas Verachtenswertes eingestuft. Darüber hinaus können solche Beschimpfungen der eigenen Selbstdisziplinierung dienen, also den Anreiz erhöhen, entsprechend beschimpfbare Verhaltensweisen/Eigenschaften (z. B. Weinen, Empfindlichkeit oder Ballangst) unter allen Umständen zu unterdrücken und zu überwinden. Andererseits können bestimmte (‚unmännliche') Wünsche auf Mädchen und Frauen projiziert und dann kavaliershaft ausgelebt werden, sodass das Risiko für die eigene Männlichkeit zu einem Männlichkeitsgewinn gewendet wird, unter anderem durch die Projektion ‚Meine Freundin will immer kuscheln, na ja, ich mach's halt ihr zuliebe'. Häufig verbindet sich diese Figur mit einer Sexualisierung des Kontakts (‚… damit sie mich ranlässt'), sodass ein zusätzlicher Männlichkeitsgewinn daraus entstehen kann, dass der (vielleicht) eigentliche Wunsch nach Zärtlichkeit (und auch Sex) auf Augenhöhe in eine Figur überlegener männlicher Eroberung gewendet wird.[9]

Anteile des Selbst, die u. a. durch eine Anpassung an Geschlechteranforderungen verworfen werden (müssen), hinterlassen Spuren in der eigenen Persönlichkeit. Werden sie nicht betrauert, geht dies oft damit einher, dass die dem eigenen Selbst verbotene Verhaltensweise verächtlich gemacht bzw. als verwerflich markiert wird.[10] Da dies im Rahmen männlicher Sozialisationen besonders häufig weiblich konnotierte Verhaltensweisen betrifft, kann daraus folgen, dass Menschen aller Geschlechter, die diese Verhaltensweisen zeigen, abgewertet oder im Fall von Mädchen/Frauen als etwas gänzlich anderes exo-

8 Vieles des hier Beschriebenen gilt analog für männliche Schwulenfeindlichkeit.

9 Zum neuen Stellenwert sexuellen Erfolgs in Konkurrenz mit anderen Männern vor dem Hintergrund veränderter Geschlechterverhältnisse in der Moderne siehe Illouz 2013b: 143ff.

10 Ausführlicher Stuve/Debus 2012a + b unter Rückgriff auf die Thematisierung von Verwerfung durch Judith Butler, zusammenfassend Villa 2003: 48–54.

tisiert werden, mit dem man(n) nie zu einem gemeinsamen Verständnis auf Augenhöhe gelangen könnte.

Die Männlichkeitsanforderung der Überlegenheit kann in einer ‚milden' Form erfüllt werden, indem Jungen/Männer sich mit Mädchen/Frauen umgeben, die im jeweils relevanten Feld nicht gleichstark bzw. gleichrangig sind, also beispielsweise jüngere oder statusniedrigere Mädchen/Frauen, die die ‚großen Jungs' bewundern, weniger raumgreifend sind etc. Kontakt zu gleichrangigen oder stärkeren Mädchen/Frauen wird in diesem Muster eher gemieden, bei Bedarf werden die entsprechenden Mädchen/Frauen als ‚unweiblich' abgewertet. In einer weniger ‚milden' Form kann Überlegenheit auch durch direkt abwertende Sprache (gegen-)über Mädchen und Frauen sowie körperliche und sexuelle Übergriffigkeit (wieder-)hergestellt werden.

Allerdings gibt es durchaus auch andere Möglichkeiten, mit einengenden und überfordernden Männlichkeitsanforderungen umzugehen, wie viele Jungen und Männer regelmäßig beweisen, nämlich sexismuskritisch, gleichstellungsorientiert und/oder feministisch.[11] Um diese Alternativen zu stärken, gilt es im Sinne erweiterter Handlungsfähigkeit, einengende Männlichkeitsanforderungen zu kritisieren, insbesondere die Anforderung, allzeit souverän und überlegen zu sein, sowie das Weiblichkeits- und Homosexualitätsverbot. Es sollte sichtbar gemacht werden, dass beim Erfüllen solcher Anforderungen wichtige Aspekte von Lebensqualität verloren gehen, wie beispielsweise vielfältige individuelle Entwicklungspotenziale, erfüllende Begegnungen auf Augenhöhe und ein liebevoller Umgang mit dem eigenen Körper und der eigenen Psyche. Es braucht klare Interventionen bei Gewalt und Abwertung, sowohl von Jungen/Männern gegenüber Mädchen/Frauen als auch unter Jungen/Männern. Nicht zuletzt bedarf es einer kritischen Auseinandersetzung mit Mädchen/Frauen, wenn diese Jungen/Männer, die sich kooperativ und gleichstellungsorientiert sowie nicht immer souverän und überlegen zeigen, abwerten oder ihnen mit weniger Achtung begegnen. Wenn Mädchen/Frauen sich von Sexismen und Homofeindlichkeit nicht abschrecken lassen und vor allem die Gegenwart und Zuneigung von Jungen/Männern suchen, die sich überlegen und immer souverän gebärden, sind sie Teil des Problems.

In gemischten wie auch in Jungengruppen sollten eine wertschätzende und vertrauensvolle Kultur kritischer Solidarität und Zivilcourage gegen Abwertung, Gewalt und Diskriminierung entwickelt, sowie Tätigkeiten und Emo-

11 So zeigte sich in einer Untersuchung von Jungengruppen in sechs Lebenswelten in jeder Lebenswelt mindestens einer von sechs bis acht Jungen sexismuskritisch und gleichstellungsorientiert (Calmbach/Debus 2013). Bemerkenswerterweise hatten diese Jungen alle (je unterschiedliche) Migrationsgeschichten, wobei wegen der geringen Stichprobe Zufallseffekte möglich sind.

tionalitäten erprobt werden, die als ‚untypisch' für Jungen gelten, um deren Wert erfahrbar zu machen.

Besonderheiten in Bezug auf Weiblichkeitsanforderungen

Im derzeitigen kulturellen Muster von Weiblichkeit ist es für Anerkennung von außen und den eigenen Selbstwert in sehr vielen Kontexten zentral, sich als attraktiv und auf der Beziehungsebene erfolgreich (je nach Alter: Freund_innenschaft, Partner_innenschaft und/oder Mutterschaft etc.) darzustellen und zu erleben. Gleichzeitig ist für Mädchen und Frauen die ‚perfekte Frau' häufig ein Feindbild, sodass ein Spannungsfeld entsteht. Ein weiterer Balanceakt findet sich in der Modernisierung von Weiblichkeitsanforderungen: In der Modernisierung werden traditionelle Weiblichkeitsanforderungen mit traditionellen Männlichkeitsanforderungen (beruflicher Erfolg, ökonomische und emotionale Unabhängigkeit, Souveränität) kombiniert, wobei zu viel Erfolg wiederum als bedrohlich für die heterosexuelle Attraktivität und gleich- wie gemischtgeschlechtliche Freund_innenschaften gilt (Debus 2012).

Auffällig häufig äußern Frauen bzw. Mädchen im Sinne der folgenden Zitate Distanz zu Weiblichkeit bzw. anderen Frauen/Mädchen: ‚Also, ich war immer nur mit Jungen und kaum mit Mädchen befreundet' oder: ‚Ich habe nie so Tussi-Sachen gemacht'. Bei Jungen/Männern findet sich eine vergleichbare Abgrenzung von Männlichkeit im Verhältnis wesentlich seltener. Diese Weiblichkeitsdistanzierungen haben m. E. eine ambivalente Struktur: Einerseits spiegeln sich in ihnen mögliche Verletzungserfahrungen aufgrund der Nichterfüllung von Weiblichkeitsnormen und der häufig sehr verletzlichen Erfahrung von Freundinnenschaft (bzw. der Ausgrenzung daraus). Wegen der in Weiblichkeitsanforderungen enthaltenen Mischung aus Beziehungsorientierung, Egoismus- und Aggressionsverbot und der aus dieser notwendigerweise folgenden passiven Aggressivität[12] erhalten die Ein- und Ausschlussdynamiken von Freundinnenschaft häufig eine besondere Dramatik.

Andererseits verbindet sich aufgrund von Androzentrismus die Selbstdarstellung als weiblichkeitsdistanziert für Frauen/Mädchen auch mit einem Gewinn an Anerkennung als ernstzunehmend und erfolgreich sowie als ‚guter Kumpel'. Diese Anerkennung ist allerdings immer bedroht durch das Absprechen von Weiblichkeit und damit Attraktivität (v. a. in heterosexuellen Kontexten). Das wiederum kann möglicherweise durch die demonstrative Verwendung mittelschichtsorientierter ‚subtilerer' Weiblichkeits-Stilmittel bei zeitgleicher Abgrenzung von proletarischer ‚oberflächlicher Tussigkeit' konterkariert werden, wobei die Klassen- bzw. Schichtebene in der Regel

12 Verschleierte Interessenvertretung und Aggressionsausdruck durch Liebesentzug, ‚Zickigkeit' und manipulatives bzw. intrigantes Verhalten (Debus 2012).

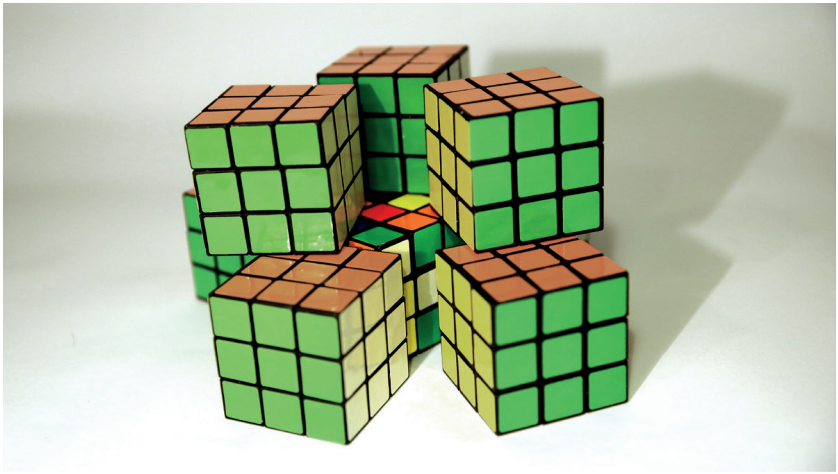
verschleiert wird.[13] Gerade die demonstrative Abgrenzung von ‚Tussis' – ich schreibe hier auch selbstkritisch – ist kritisch daraufhin zu befragen, inwieweit es dabei um die Verarbeitung eigener Abwertungserfahrungen als ‚unweiblich' geht, um den androzentrischen Gewinn, bei den ‚großen Jungs' mitzuspielen, um Konkurrenz unter Frauen um die ‚beste Form von Weiblichkeit' und/oder um klassistische Abgrenzung von Stilmitteln anderer Milieus. Die auffällige Aggression interviewter Mädchen gegen die ‚perfekte Frau' bei einer gleichzeitigen Normalisierung und Entschuldigung sexistischer Übergriffe durch Jungen bzw. Männer (Calmbach/Debus 2013) ist vermutlich ein Symptom eingeschränkter Handlungsfähigkeit, in der das aus Geschlechterverhältnissen resultierende Unwohlsein konkurrenzhaft gegen Gleichrangige gewendet wird, um dem Verdacht des Feminismus und damit des Männerhasses zu entgehen und so den Status als heterosexuell begehrenswertes Objekt in der Konkurrenz um männliche Aufmerksamkeit nicht zu gefährden.[14]

Nicht selten beteiligen sich auch Frauen bzw. Mädchen an direkten sexistischen Abwertungen anderer Frauen, sei es durch gemeinschaftliches Lästern unter Mädchen/Frauen, sei es durch Mitwirken oder Mitlachen bei sexistischen Witzen bzw. Gesprächen im gemischtgeschlechtlichen Rahmen oder auch durch genussvolles Anschauen sexistischer Fernsehsendungen wie *Germany's next Topmodel*. Ich vermute dahinter eine Vielzahl möglicher Funktionen (insbesondere bei heterosexuellen Frauen/Mädchen):

- Lästern als Variante der Gemeinschaftsbildung;
- Überspielen und projizieren von Unsicherheiten und Unzufriedenheiten mit dem eigenen Körper auf andere Frauen bzw. Aufwertung dadurch, dass andere noch mehr ‚Problemzonen' haben;
- Rache für selbst erfahrene Abwertungen durch andere Frauen;
- Internalisierte Unterdrückung;
- Effekt von Verwerfung: das, was ich nicht darf (z. B. genussvoll essen oder länger schlafen statt stylen), darf auch keine andere Frau/kein anderes Mädchen;
- Abgrenzung von Feminismus, Selbstdarstellung als ‚cool', ‚modern', ‚humorvoll' und ‚guter Kumpel';
- Dabei: Signal an Jungen/Männer, keine ‚männerhassende Feministin' zu sein und somit ein attraktives, unkompliziertes Liebes- und Begehrensobjekt;

13 Zu Klassismus Kemper/Weinbach 2009. Als eine weitere Umgangsweise v. a. leistungsstarker Frauen durch zurschaugestellte Weiblichkeit vgl. McRobbie (2010: 94–108) zur „postfeministischen Maskerade".

14 In diesem Zusammenhang ist Illouz' Hinweis instruktiv, dass derzeit sowohl Frauen als auch Männer v. a. um die Anerkennung von Männern ringen (Illouz 2013b: 279). Dies deckt sich mit Bourdieus Beschreibung der ernsten Spiele des Wettbewerbs, in denen für Männlichkeitsbeweise die homosoziale Männergemeinschaft entscheidend ist und Frauen die Funktion der „schmeichelnden Spiegel" zukommt (Bourdieu 2005).



- Konkurrenz um Jungen/Männer, deren Aufmerksamkeit und Anerkennung zentraler für den Selbstwert ist als Solidarität mit anderen Mädchen/Frauen oder die Veränderung der Verhältnisse – dabei auch Hoffnung auf Schutz durch Jungen/Männer vor anderen Jungen/Männern und Verletzungen unter Mädchen/Frauen;
- Selbst einer der ‚großen Jungs' sein wollen, um höher in der Hierarchie zu stehen (u. a. durch Zurschaustellung von Aggressivität gegenüber anderen Mädchen/Frauen) und nicht verletzlich zu sein (Levy 2005: 89–117).

Im Sinne erweiterter Handlungsfähigkeit gilt es zunächst, androzentrische Muster der Höherbewertung männlich konnotierter Verhaltensweisen sowie männlicher Aufmerksamkeit zu durchbrechen und gleichstellungsorientierte und solidarische Alternativen zu erarbeiten. Dazu gehören die Entlastung von Weiblichkeitsanforderungen im Sinne von Wahlfreiheit und Ich-Stärke, die Arbeit an solidarischem Verhalten unter Mädchen/Frauen, die Förderung von Auseinandersetzungsfähigkeit in gleich- und gemischtgeschlechtlichen Kontexten, die Legitimierung von Wut gegenüber unerfüllbaren Anforderungen und sexistischen Verhältnissen sowie die Verarbeitung erfahrener Verletzungen und die Entwicklung alternativer Umgangsweisen u. a. mit Aggressionen und Interessenvertretung unter Mädchen/Frauen. Wenn Frauen/Mädchen nicht mehr von anderen Frauen/Mädchen wie auch von Jungen/Männern als Bedrohung empfunden werden, wenn sie für ihre Rechte und Interessen einstehen, sich von Normen abgrenzen, erfolgreich sind, zu ihren Grenzen und ihrem Scheitern stehen, Wut ebenso äußern wie Zugewandtheit und Zärtlichkeit – wenn solche Frauen/Mädchen als willkommene Verbündete im Bemühen um ein gutes Leben empfunden werden, dann wird die Mehrzahl der beschriebenen Funktionen eingeschränkter Handlungsfähigkeit obsolet.

Antifeminismus und Postfeminismus

‚Gender – politische
Geschlechtsumwandlung'[15]
‚Danke, emanzipiert sind wir selber'[16]

Das neoliberale Heilsversprechen ‚You can get it if you really want' setzt sich nicht etwa in gesellschaftlichen Strukturen um, die einen gleichberechtigten und kollektiv verhandelbaren Zugang zu Ressourcen ermöglichen, sondern in der Anforderung ständiger Selbstoptimierung. In einer (vermeintlichen) Meritokratie, in der alle das zu bekommen scheinen, was sie auf der Leistungs-

15 Buchtitel von Volker Zastrow, Redakteur der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung, 2006 bei Manuscriptum, Waltrop.
16 Buchtitel von Kristina Schröder (CDU), ehemalige Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2012 bei Piper, München.

ebene verdienen, werden Misserfolge und Opfererfahrungen zu persönlichem Scheitern. Kollektive Veränderungsbemühungen und die Wut auf herrschaftsförmige Verhältnisse werden delegitimiert, u. a. als ‚überempfindlich', ‚politisch korrekt', ‚Gutmenschentum', übertrieben, uncool, humorlos etc. Dagegen werden Eigenschaften und Verhaltensweisen (wieder) idealisiert, die schon immer jene der Privilegierten waren: Coolness, Gelassenheit, Souveränität, insbesondere auch im Umgang mit Opfer- und Diskriminierungswiderfahrnissen und daraus resultierenden Gefühlen.

Eine Ausgestaltung dieses neoliberalen Umgangs mit Ungleichheitsverhältnissen liegt in der Figur des Postfeminismus (McRobbie 2010). Antifeminismus und Postfeminismus unterscheiden sich laut McRobbie dadurch, dass Antifeminismus alte Geschlechterordnungen wiederherstellen bzw. erhalten will, während Postfeminismus Gleichstellung bejaht, aber für erreicht erklärt. Einig sind beide im Feindbild eines heutigen Feminismus, in den letzten Jahren in der deutschsprachigen Debatte (von Leitmedien bis zur extrem Rechten) häufig festgemacht an den Begriffen ‚Gender', ‚Gendertheorie', ‚Gender Mainstreaming' und ‚Genderismus' (Nax/Schmitt im gleichen Band).

Wer sich heute feministisch[17] zeigt, wird einerseits mit den eingangs beschriebenen Negativzuschreibungen belegt. Darüber hinaus werden feministische Männer von Männerrechtlern* bisweilen als ‚lila Pudel' bezeichnet, es wird ihnen (‚unmännliche') Unterwürfigkeit gegenüber Frauen bzw. Selbsthass vorgeworfen und damit implizit signalisiert, dass sie männerbündische Kameradschaftsregeln verletzen. Feministische Frauen und Mädchen wiederum müssen mit den alten antifeministischen Negativzuschreibungen (‚hysterisch', ‚unattraktiv', ‚unweiblich', ‚sexuell frustriert', ‚männerhassend', ‚lesbisch' etc.) rechnen, ergänzt durch einige ‚Innovationen' (‚altmodisch', ‚historisch überkommen', ‚mangelnde Wettbewerbsfähigkeit' bei Befürwortung von Quoten etc.). Um sich diesen Negativzuschreibungen zu entziehen, gilt es für alle, besonders aber für (junge, heterosexuelle) Frauen, Distanz zu Feminismen zu betonen sowie positive heterosexuelle Beziehungen und gemischtgeschlechtliche Freundschaften in den Fokus zu stellen, sobald Kritik an Geschlechterverhältnissen geäußert wird, um dem Verdacht des Männerhasses zu entgehen und ihren Status als heterosexuell begehrenswertes Liebes- und Sexualobjekt und moderne junge Frau zu sichern (Calmbach/Debus 2013).

17 Ich nehme keine Unterscheidung zwischen Feminismus (Frauen) und Pro-Feminismus (Männer) vor. Als Feminismus bezeichne ich Einstellung und Handeln, die auf die radikale Gleichstellung von Menschen aller Geschlechter bei gleichzeitiger Wertschätzung individueller Unterschiedlichkeit ausgerichtet sind und sich im Bewusstsein um intersektionale Verschränkungen auch gegen andere Dominanzverhältnisse wie Rassismus, Klassismus und Ableismus richten. Alle Menschen, die dieses Projekt teilen, bezeichne ich als feministisch.

Ein zentraler Topos anti- und postfeministischer Bewegungen ist (zumindest implizit) der Kampf gegen die Verhandelbarkeit von Geschlechterordnungen, v. a. gegen den Anspruch, am eigenen Selbst und an zwischengeschlechtlichen Beziehungen zu arbeiten.

Eva Illouz (2013b: 146–157) beschreibt in ihrer Analyse zum modernen Liebesleid wie auch zum Erfolg des Bestsellers *Fifty Shades of Grey* (2013a[18]) das Unbehagen vieler Frauen (ich ergänze: und Männer) mit der Notwendigkeit der Verhandlung (der Rollen, der eigenen Identitäten, des Zwischenmenschlichen), die notwendigerweise aus der Freiheit moderner Geschlechterbeziehungen folgt, in der die Rollen nicht von vornherein festgelegt sind. Sie problematisiert die ‚Unvollständigkeit der feministischen Revolution', nämlich dass die Klarheit der Rollen aufgelöst sei, ohne wirkliche Gleichheit erreicht zu haben. Die Erfindung einer neuen erotischen Sprache, die nicht Männlichkeit mit Macht und Weiblichkeit mit Abhängigkeit verbinde, stehe noch aus, sodass der derzeitige Zustand häufig als enterotisierend und unromantisch erlebt würde.

Diese Erkenntnisse müssen m. E. durch eine Analyse aktueller neoliberaler Verhältnisse ergänzt werden, in denen das Individuum kontinuierlich dazu aufgerufen ist, sich für den Arbeitsmarkt zu optimieren, immer verfügbar und unendlich flexibel zu sein. Unter dem Stichwort ‚Lebenslanges Lernen' wird die Notwendigkeit kontinuierlicher Weiterentwicklung der Arbeitskraft auch in der unbezahlten ‚Freizeit' erwartet und dennoch ständige Prekarität der erwerblichen Zukunft postuliert und erzeugt. Unter diesem Primat des Beruflichen ist nur allzu verständlich, dass das Private als ein Ort der Erholung ersehnt wird, in dem weder Verhandlung noch Arbeit am eigenen Selbst erforderlich sind. Unpolitische und nicht-feministische Geschlechterordnungen versprechen genau jenen Rückzug ins Private.

Dieses Versprechen funktioniert allerdings nur unter der Bedingung des Vergessens, Verdrängens und der Stereotypisierung: Selbst- und fremdschädigende Verhaltensweisen, ökonomische und Macht-Asymmetrien, zweigeschlechtliche Einschränkungen des Gefühls- und Kommunikationsrepertoires sowie konflikthafte Erwartungen und Wünsche an Beziehungen müssen verdrängt oder als ‚typisch' männlich bzw. weiblich naturalisiert werden. Im Zweifelsfall helfen dann nur Aushalten (‚Toleranz') oder eine Trennung in der Hoffnung, die eigenen individualpsychologischen Probleme zu bewältigen bzw. beim nächsten Mal eine ‚bessere Wahl' zu treffen. Unbefriedigende Verhältnisse werden so zementiert.

Alternativ gilt es, sich diese Verdrängungsleistungen und die aus ihnen folgenden Verluste bewusst zu machen. Dann könnte die Wut, die sich auf Fe-

18 Diese Analyse ist allerdings instruktiver auf der gesellschaftsanalytischen Ebene als in ihrer verkürzenden Darstellung in Bezug auf BDSM.

minismen richtet, genutzt werden, um dem Primat des Beruflichen etwas entgegenzusetzen und sich Energie für private Beziehungen zurückzuerobern. Vor allem aber gilt es, eine freund_innenschaftliche wie auch erotische Sprache (weiter) zu entwickeln und sichtbar bzw. zugänglich zu machen, die das Glück, die Kreativität und die Leichtigkeit gleichstellungsorientierter und nicht-diskriminierender Beziehungen und Bezogenheit erfahrbar werden lässt.

Besonderheiten in Bezug auf Weiblichkeitsanforderungen

Eine besondere Attraktivität anti- bzw. postfeministischer Angebote für Frauen kann in der Selbstdarstellung als weiblich, männerliebend, unanstrengend, humorvoll und rundum heterosexuell begehrenswertes Liebes- und Sexualobjekt liegen.

Darüber hinaus analysiert Illouz (2013b: 146–157), dass die Ausrichtung an Autonomie, obwohl sie aus Gleichstellungsgründen für Frauen unverzichtbar sei, derzeit zu einer neuen Form der Dominanz von (heterosexuellen) Männern über (heterosexuelle) Frauen beitrage.[19] Sie analysiert hierfür drei Bedingungen, die die von ihr untersuchten Gesellschaften (USA, Israel, Deutschland) auszeichnen: Männer haben mehr Zugang zu ökonomischen Ressourcen als Frauen, feste Bindungen sind für Frauen daher im Durchschnitt wichtiger für ihre ökonomische Absicherung als für Männer; Bindung und Fortpflanzung sind aufgrund historisch geprägter Geschlechterbilder für den Selbstwert von Frauen wesentlicher als für den Selbstwert von Männern; Zeit stellt in mehrfacher Hinsicht für Frauen einen Grund dar, sich früher als Männer binden zu wollen (stärkere Jugendlichkeitsnormen und ‚biologische Uhr'). Es gibt daher gute Gründe für heterosexuelle Frauen, das Autonomie-Paradigma in Frage zu stellen. Ein Problem ist, dass feministische Ansätze, die genau dies tun – nämlich eine andere Form der Balance zwischen Bindung und Autonomie anstreben und das Autonomie-Paradigma als androzentrisch markieren – im öffentlichen Raum wenig sichtbar werden, sodass konservativere Formen der Verbindlichkeit unter dem Stichwort ‚Ehe und Familie' einen Alleinvertretungsanspruch entfalten können.

Dieses Problem der Unsichtbarkeit vielfältiger feministischer Ansätze findet sich auch in Bezug auf positive Bewertungen traditionell weiblicher Fürsorgetätigkeiten. Zu lange waren v. a. neoliberal ausgerichtete Feminismen sichtbar (siehe mein Plädoyer am Ende des Buchs). Die feministische Forderung nach Anerkennung und Aufwertung traditionell weiblicher Tätigkeiten und Fähigkeiten (z. B. ‚Lohn für Hausarbeit') – und zwar für Menschen aller Geschlechter – wurde konservativen Verfechter_innen traditioneller Rollen-

19 Ihr Fokus liegt explizit auf heterosexuellen Mittelschichtsangehörigen, v. a. auf Frauen mit Wunsch nach Kindern und einer traditionellen Familie, implizit m. E. zudem auf Frauen im Alter von 30 bis 49 Jahren.

verteilungen (‚Müttergehalt', ‚gleichwertig statt gleich', ‚Komplementarität der Rollen in der Volksgemeinschaft') überlassen. Auch hier kann also ein Reiz für Frauen liegen.

Dabei geht es nicht um eine Schuldzuweisung an feministische Bewegungen (ebd.). Es gilt aber, feministische Alternativen sichtbar und greifbar und ihr Befreiungspotenzial für Menschen aller Geschlechter erlebbar zu machen, u. a. in Bezug auf die Balance zwischen Verbindlichkeit und Freiheit sowie die Aufwertung weiblich konnotierter Fähigkeiten und Tätigkeiten und parallel dazu maximaler individueller Wahlfreiheit.

Besonderheiten in Bezug auf Männlichkeitsanforderungen

Auf männlicher Seite geht es bei der Abwehr feministischer Forderungen sicherlich zum einen um die Verteidigung vielfältiger Privilegien. Dies ist in Verbindung mit der zentralen Männlichkeitsanforderung allzeitiger Souveränität zu betrachten. Viele Jungen und Männer berichten davon, von Frauen/Mädchen wie Männern/Jungen als freundschaftlich wie auch sexuell unattraktiv abgewertet zu werden, wenn sie sich häufig unsicher zeigen, beruflich und/oder sportlich nicht erfolgreich bzw. erfolgsorientiert genug sind oder zu viel emotionalen bzw. körperlichen Schmerz zeigen. Es besteht also ein erheblicher Anreiz, das Versprechen und die Anforderung der Souveränität einzulösen.

Verflüssigte Geschlechterverhältnisse und insbesondere das Bemühen um Gleichstellung erfordern aber Suchbewegungen und Aushandlungen, die notwendigerweise mit Unsicherheit einhergehen. Unsicherheit ist nichts Neues: Männer waren schon immer verunsichert, wenn sie an Männlichkeitsanforderungen zu scheitern drohten, der Umgang mit der Unsicherheit folgte jedoch meist klaren Regeln des Überspielens. Neu ist also nicht die Unsicherheit, sondern es sind die unklaren Regeln des Umgangs mit der Unsicherheit. Mit diesen unklaren Regeln und den damit einhergehenden ständigen Balanceakten sind Frauen schon seit langem konfrontiert, für Männer sind sie historisch gesehen neuer.

Eine Umgangsweise mit dieser Verunsicherung kann darin bestehen, die eigene Souveränität wiederherzustellen – Edgar Forster (2006) spricht in diesem Zusammenhang von „Resouveränisierung". Anti- wie Postfeminismus liefern ein attraktives Angebot, indem der Feminismus für die Verunsicherung verantwortlich gemacht werden kann, die als ‚Krise der Männlichkeit' überhöht wird. Im Hass auf den Feminismus (der häufig die Form von Kastrationsängsten annimmt wie im Slogan von der ‚politischen Geschlechtsumwandlung') kann die eigene Verunsicherung gewendet werden. Die nicht ins männliche Bild passenden Unsicherheitserfahrungen werden zu Opfererfahrungen gegenüber einer übermächtigen feministischen Verschwörung hoch-

stilisiert – übermächtig muss diese imaginiert werden, weil ein ‚richtiger Mann' überlegen gegenüber Frauen und anderen Männern sein muss und sich nicht einfach so ohnmächtig und verunsichert fühlen darf.

Eine alternative Umgangsweise mit Handlungsunsicherheit[20] geht von der Erkenntnis aus, dass sich Ungleichheitsverhältnisse dadurch auszeichnen, dass die jeweils Privilegierten Handlungssicherheit und Definitionsmacht über Recht und Unrecht beanspruchen, indem sie Verunsicherung und Verletzlichkeit an die Diskriminierten delegieren. Diese tragen die Kosten privilegierter ‚Handlungssicherheit', indem sie sich nie im Klaren darüber sein können, wann sie ‚überempfindlich' reagieren oder ‚wirklich' diskriminiert werden, und sind gezwungen, ihr Empfinden, ihre Sprache und Ausdrucksformen ständig daraufhin zu untersuchen, ob sie damit nicht ihr eigenes ‚Unglück' (scheinbar) selbst verursachen. *Powersharing*[21], das Teilen von Privilegien im Sinne von Gleichstellung, beinhaltet daher, Unsicherheit und Verletzlichkeit als einen notwendigen Bestandteil von Ungleichheitsverhältnissen anzuerkennen und es nicht als Unrecht zu empfinden, wenn ich als privilegierte Person im Zuge von Gleichstellungsbemühungen einen Teil dieser Unsicherheit und Verletzlichkeit selbst zu spüren bekomme. Die ganz berechtigte Wut über Verletzungen und Unsicherheiten kann dann in ein kollektives Vorgehen gegen verunsichernde und verletzende Ungleichheitsverhältnisse gelenkt werden. Dann kann es möglich werden, sich gegenseitig in einem Umgang mit Unsicherheiten und Verletzungen zu unterstützen, der nicht der Verantwortungsabwehr dient, sondern Kraft freisetzt, um ohne Handlungssicherheit dennoch handlungsfähig zu werden.

Es geht daher in Bezug auf Sexismus darum, als (v. a. heterosexueller) Mann die produktive Auseinandersetzung mit Handlungsunsicherheit als notwendigen Schritt eines Kampfes um Gleichstellung anzuerkennen. Das sollte nicht dazu führen, die eigene Handlungsunfähigkeit zu zelebrieren und somit Frauen die ganze Verantwortung und gegebenenfalls obendrein den Schmerz der eigenen Männlichkeitsauseinandersetzung aufzubürden. Vielmehr gilt es, in einem kooperativen Kontext Verantwortung zu übernehmen, dabei Fehler und Kritik zu riskieren und so andere Formen solidarischen Handelns zu entwickeln und zu erleben.

20 Das Folgende ist vor allem rassismuskritischen Diskussionen entlehnt, unter anderem mit Goska Soluch, in deren Rahmen ich mich mit der Frage nach solidarischer Handlungsfähigkeit und dem Wunsch nach Handlungssicherheit aus einer privilegierten Position befasst habe. Die Formulierung ‚Handlungsfähigkeit ohne Handlungssicherheit' verdanke ich einem Austausch mit Andreas Foitzik.

21 Zu *Powersharing* im Rassismus siehe Salehi-Shahnian 2015. Ich danke insbesondere Žaklina Mamutovič, Annita Kalpaka, Cristina Torres Mendes, Jamila Adler, Olivia Sarma, Mira Sackeyfio und Toan Nguyen für inspirierende Gespräche zu diesem Thema.

Hinderlich ist die Bewertung eines solches Verhaltens als freundschaftlich und sexuell unattraktiv. Ein sinnvoller pädagogischer Ansatz kann daher in einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Bild vom und der Sehnsucht nach dem allzeit starken Mann bestehen.

Förderung erweiterter Handlungsfähigkeit – pädagogische Konsequenzen

Was heißt das Dargelegte für pädagogisches Handeln? Zunächst gilt es, die beschriebenen sexistischen und anti- bzw. postfeministischen Denk- und Verhaltensweisen nicht zu normalisieren bzw. banalisieren, sondern sich der jeweiligen Problemlagen bewusst zu sein: Sie schränken die vielfältigen Entwicklungspotenziale pädagogischer Adressat_innen aller Geschlechter ein und begünstigen Verletzungen und Gewalt. Zudem dienen sie der Zementierung der Verhältnisse, aus denen das Unbehagen erwächst, das Sexismus, Post- und Antifeminismus überhaupt erst funktional macht – ein Zirkelschluss, den es zu durchbrechen gilt.

Eine solche Skandalisierung sollte allerdings die Probleme wiederum nicht personalisierend den einzelnen Handelnden zuschreiben. Das hieße, in die Falle neoliberaler Logiken zu tappen, die gesamtgesellschaftliche Ungleichheitsverhältnisse unsichtbar machen und stabilisieren, indem sie lediglich auf die Veränderung der Einzelnen ausgerichtet sind, die sich dann wiederum schuldig fühlen sollen für etwas, das sie nicht verursacht haben. Vielmehr ist eine mehrperspektivische Ursachenanalyse wichtig, die neben individualbiographischen auch gruppendynamische, institutionelle und gesellschaftliche Faktoren mit- und zusammendenkt. Diskriminierende Denk- und Handlungsweisen liegen nicht ausschließlich im Individuum, sondern sind zum Teil dessen Bemühen um Handlungsfähigkeit unter gesellschaftlich einschränkenden Bedingungen geschuldet.

Es gilt daher, die Verwobenheit gesellschaftlicher Faktoren und individueller Verantwortlichkeit für das eigene Handeln bei den beschriebenen Problemen zu thematisieren. Dabei sollte das Thema Vorurteile (kritisch: Kalpaka 2003) weniger zentral gesetzt werden als die Frage, warum ein bestimmtes Handeln funktional ist (‚Was haben wir davon, so zu handeln?', ‚Was könnten wir davon haben, anders zu handeln?'). Alternative Deutungen und Wissensbestände sollten zugänglich gemacht werden. Zum einen sollten die Adressat_innen verschiedene Dimensionen geschlechtlicher und sexueller Vielfalt kennenlernen, und zwar nicht im Rahmen exotisierender Einheiten (‚Wir lernen jetzt mal was über die Homosexuellen'), sondern als selbstverständliches

Querschnittsthema. Zum anderen geht es darum, die eigenen Motivlagen zu verstehen und Alternativen zu erarbeiten.

Klare Grenzsetzungen sind wichtig, um die Adressat_innen (und auch uns selbst) vor Stereotypisierungen, Diskriminierungen und Gewalt zu schützen und um der gängigen Normalisierung von Sexismus entgegenzuwirken. Vor dem Hintergrund der subjektiven Funktionalität auch diskriminierenden Handelns unter einschränkenden gesellschaftlichen Bedingungen wird aber klar, dass Verbote, Grenzsetzungen und auch kognitive Verstehensprozesse nur eine eingeschränkte Wirkung entfalten können. Es ist daher ergänzend und vor allem präventiv notwendig, im Sinne erweiterter Handlungsfähigkeit Alternativen zu erarbeiten. Diese können u. a. in einem Engagement zur Veränderung kultureller und institutioneller Bedingungen, der Förderung eines erweiterten Verhaltensrepertoires insbesondere über geschlechterstereotype und neoliberale Nahelegungen hinaus, der Entwicklung und Stärkung solidarischer Kritikfähigkeit und der Förderung von Zivilcourage liegen. Nicht zuletzt gilt es, Alternativen als etwas Befreiendes, Erleichterndes und Genussvolles erfahrbar zu machen. ‚Ein besseres Leben ist möglich' ist eine kraftvolle Antwort auf ein zynisches Arrangement mit der Unerträglichkeit der bestehenden Verhältnisse und sollte in der Herstellung utopischer Momente erfahrbar werden.

Literatur

Mehrfach zitierte Sammelbände:

Debus, Katharina/Laumann, Vivien (Hrsg.) (2014): Rechtsextremismus, Prävention und Geschlecht. Vielfalt_Macht_Pädagogik. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung. http://www.boeckler.de/pdf/p_arbp_302.pdf [Zugriff: 31.03.2015].

— Debus, Katharina (2014a): Rechtsextremismus als Suche nach Handlungsfähigkeit? Subjektive Funktionalität von Verhalten als Ausgangspunkt von Rechtsextremismusprävention, S. 61–99.

— Debus, Katharina (2014b): Von versagenden Jungen und leistungsstarken Mädchen. Geschlechterbilder als Ausgangspunkt von Pädagogik, S. 105–149.

— Debus, Katharina/Laumann, Vivien: Von der Suche nach männlicher Souveränität und natürlicher Weiblichkeit. Geschlechterreflektierte Rechtsextremismusprävention unter den Vorzeichen von Geschlechteranforderungen und subjektiver Funktionalität, S. 153–177.

— Kleffner, Heike: Eine potenziell tödliche Mischung: Extrem rechter Frauenhass und neonazistische Gewalt, S. 49–58.

Dissens e. V./Debus, Katharina/Könnecke, Bernard/Schwerma, Klaus/Stuve, Olaf (Hrsg.) (2012): Geschlechterreflektierte Arbeit mit Jungen an der Schule. Texte zu Pädagogik und Fortbildung rund um Jungenarbeit, Geschlecht und Bil-

dung. Berlin: Eigendruck. http://www.dissens.de/de/publikationen/jus.php [Zugriff: 09.04.2015].
— Debus, Katharina: Und die Mädchen? Modernisierungen von Weiblichkeitsanforderungen, S. 103–124.
— Knothe, Bettina: „Das ist doch ganz natürlich …". Stereotype Biologismen und Naturalisierungen von Geschlecht, S. 93–102.
— Stuve, Olaf: Homogenisierende Bilder von Jungen. Und warum sie dem pädagogischen Handeln im Weg stehen, S. 17–26.
— Stuve, Olaf/Debus, Katharina (2012a): Geschlechtertheoretische Anregungen für eine geschlechterreflektierte Pädagogik mit Jungen, S. 27–42.
— Stuve, Olaf/Debus, Katharina (2012b): Männlichkeitsanforderungen. Impulse kritischer Männlichkeitstheorie für eine geschlechterreflektierende Pädagogik mit Jungen, S. 43–60.

Bourdieu, Pierre (2005): Die männliche Herrschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
Calmbach, Marc/Debus, Katharina (2013): Geschlechtsbezogene Differenzen und Gemeinsamkeiten unter Jugendlichen verschiedener Lebenswelten. In: Beirat Jungenpolitik (Hrsg.): Jungen und ihre Lebenswelten. Vielfalt als Chance und Herausforderung. Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich, S. 61–121. www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/Publikationen/publikationen,did=199124.html [Zugriff: 02.04.2014].
Debus, Katharina (2015): ‚Ein gutes Leben!'. Ansätze, Stolpersteine und Qualitätsmerkmale einer intersektionalen geschlechterreflektierten Pädagogik integrierter Berufs- und Lebensorientierung. In: Micus-Loos, Christiane/Plößer, Melanie (Hrsg.): Des eigenen Glückes Schmied_in!? Geschlechterreflektierende Perspektiven auf berufliche Orientierungen und Lebensplanungen von Jugendlichen. Wiesbaden: Springer VS, 115–134.
Debus, Katharina/Stuve, Olaf (2012): Müssen Jungen überlistet werden, um sich mit dem Thema Zukunft zu beschäftigen? In: Chwalek, Doro-Thea/Diaz, Miguel/Fegter, Susann/Graff, Ulrike (Hrsg.): Jungen – Pädagogik. Praxis und Theorie von Genderpädagogik. Wiesbaden: Springer VS, S. 49–65.
Forster, Edgar (2006): Männliche Resouveränisierungen. In: Feministische Studien, Nr. 2, 24. Jg., S. 193–207.
Hartmann, Jutta/Fritzsche, Bettina/Hackmann, Kristina/Klesse, Christian/Wagenknecht, Peter (Hrsg.) (2007): Heteronormativität. Empirische Studien zu Geschlecht, Sexualität und Macht. Wiesbaden: VS-Verlag.
Holzkamp, Klaus (1987): Grundkonzepte der Kritischen Psychologie. In: AG Gewerkschaftliche Schulung und Lehrerfortbildung (Hrsg.): Wi(e)der die Anpassung. Texte der Kritischen Psychologie zu Schule und Erziehung. Soltau: Verlag Schulze-Soltau, S. 13–19.
Illouz, Eva (2013a): Die neue Liebesordnung. Frauen, Männer und Shades of Grey. Berlin: Suhrkamp Verlag.
Illouz, Eva (2013b): Warum Liebe weh tut. Eine soziologische Erklärung. Berlin: Suhrkamp Verlag.
Kalpaka, Annita/Räthzel, Nora (Hrsg.) (1990): Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein. Leer: Mundo-Verlag.

Kalpaka, Annita (2003): Stolpersteine und Edelsteine in der interkulturellen und antirassistischen Bildungsarbeit. In: Stender, Wolfram/Rohde, Georg/Weber, Thomas (Hrsg.): Interkulturelle und antirassistische Bildungsarbeit. Projekterfahrungen und theoretische Beiträge. Frankfurt am Main: Brandes & Apsel, S. 56–79.
Kemper, Andreas/Weinbach, Heike (2009): Klassismus. Eine Einführung. Münster: Unrast Verlag.
Levy, Ariel (2005): Female chauvinist pigs. Women and the rise of raunch culture. New York: Free Press.
Markard, Morus (2009): Einführung in die Kritische Psychologie. Hamburg: Argument Verlag.
McRobbie, Angela (2010): Top Girls. Feminismus und der Aufstieg des neoliberalen Geschlechterregimes. Wiesbaden: VS-Verlag.
Salehi-Shahnian, Natascha (2015): Powersharing: Was machen mit Macht?! In: antifra*-Blog vom 14.1.2015. http://antifra.blog.rosalux.de/powersharing-was-machen-mit-macht/ [Zugriff: 01.04.2015].
Villa, Paula-Irene (2003): Judith Butler. Frankfurt am Main: Campus Verlag.

Methode: Der große Preis[1]

Katharina Debus und Andreas Hechler

Themen und Ziele

Der große Preis ist eine simulierte Quizshow, in der die Teilnehmenden auf spielerische Art zu verschiedenen Themen miteinander ins Gespräch kommen und dabei eigene Schwerpunkte setzen. Es können u. a. Themenfelder angerissen werden, die mit den persönlichen Lebenswelten der Teilnehmenden und/oder mit Herrschaftsverhältnissen verknüpft sind.

Die Methode zielt darauf ab, die Teilnehmenden spielerisch zur Reflexion und zum Austausch über verschiedene Themen anzuregen. Dabei geht es auch darum, unterschiedliche Positionen sichtbar zu machen, zu einer Akzeptanz von Meinungsvielfalt anzuregen, sich aber auch über die Grenzen dieser Akzeptanz zu verständigen, wenn es um Diskriminierung und Gewalt geht.

Die Methode kann an unterschiedlichen Stellen eines Bildungsprozesses unterschiedliche Funktionen erfüllen: Am Anfang geht es eher um das gegenseitige Kennenlernen und Anreißen verschiedener später zu behandelnder Themen – auch als Grundlage partizipativer Themenauswahl. In der Mitte oder am Ende geht es eher darum, die behandelten Themen vertieft, gegebenenfalls auch kontrovers zu diskutieren bzw. verschiedene Aspekte zum Weiterdenken auch über das Angebot hinaus anzuregen.

Zielgruppen

Erwachsene, Jugendliche und Kinder ab 6 Jahren. Die Fragestellungen und die Dauer müssen den Interessen und Fähigkeiten (Konzentrationsfähigkeit) angepasst werden.

1 Die Methode wurde von der *HVHS Alte Molkerei Frille*, *Respect*/Bremen und *Neue Wege für Jungs* entwickelt und von verschiedenen Mitarbeiter_innen von *Dissens – Institut für Bildung und Forschung* weiterentwickelt, u. a. im Rahmen der Projekte *Geschlechterreflektierte Arbeit mit Jungen an der Schule* (www.jungenarbeit-und-schule.de) und *Rechtsextremismus und Männlichkeit(en)/Vielfalt_Macht_Schule* (www.vielfaltmachtschule.de). Die unter http://dissens.de/gerenep/ herunterladbare Fassung enthält weitere Beispielfragen, -aufgaben und illustrierende Fotos.

Anwendung und Grenzen

Gruppengröße

6 bis 30 Teilnehmende sind möglich.

Je größer die Gruppe, desto seltener sind die einzelnen Kleingruppen an der Reihe, sodass eine höhere Aufmerksamkeitsspanne nötig ist. Außerdem ist dann die Möglichkeit gemeinsamer Diskussionen begrenzter. Ideal sind Gruppen bis 16 Personen.

Bei einer sehr kleinen Gesamtgruppe ist die Diskussion zwangsläufig weniger heterogen, die Teilnehmenden haben weniger Möglichkeiten, erst einmal nur zuhören zu können und sind daher mehr gefordert, haben aber auch mehr Raum für ihre eigenen Meinungen. Insbesondere theaterbezogene Aufgabenstellungen, bei denen mehrere Akteur_innen gebraucht werden, sind nur bedingt durchführbar.

Voraussetzungen auf Seiten der Teamenden

Die Teamenden sollten in der Lage sein, eigene Positionen zu den Fragen und Aufgaben zu formulieren und Hintergrundwissen anzubieten. Sie sollten bei der Moderation zum Reflektieren und Diskutieren anregen.

Es kann zu dem Dilemma kommen, einerseits zur Äußerung von Sichtweisen anregen zu wollen, ohne ‚richtig' und ‚falsch' zu bewerten, andererseits aber Diskriminierungen nicht unwidersprochen stehen zu lassen und zu Reflexionen anzuregen. Moderierende sollten sich dieses Dilemmas bewusst sein und ggf. Spannungsverhältnisse transparent machen und in Ich-Form im Sinne einer eigenen Meinung intervenieren, anstatt von ‚richtig' und ‚falsch' zu sprechen, außer es geht um wirklich falsche Faktenbehauptungen. Die Auswahl der Fragen sollte so gestaltet sein, dass häufig verschiedene Antworten relativ gleichberechtigt nebeneinander stehen können und es nur bei wenigen Fragen um ‚richtig' und ‚falsch' geht.

Rahmenbedingungen

Zeit

60 bis 90 Minuten, je nach Gruppe, Zeit und Lust. Insbesondere mit Jugendlichen und Erwachsenen sollte mindestens eine Stunde eingeplant werden.

Es hat auch schon Gruppen gegeben, die einen ganzen Tag gespielt haben.

Material

DIN-A4-Blätter, die mit einer Punktzahl (20, 40, 60, 80, 100) an einer oder mehreren Stellwänden hängen und auf deren (nicht-sichtbaren) Rückseiten Fragen und Aufgaben stehen (je eine pro Blatt). Die Fragen (Beispiele s. u.) sind nach Themenfeldern unterteilt (z. B. Jungen, Mädchen, Ich, Schule, Gerechtigkeit, Freund_innenschaft, Antidiskriminierung, Gewalt, Liebe & Sex, Rassismus & Antisemitismus etc.).

Ganz oben steht das Themenfeld, darunter die 100 (schwerste Frage/Aufgabe), ganz unten die 20 (leichteste Frage/Aufgabe) oder umgekehrt (oben die 20, unten die 100). Ein ansprechendes Bild ergibt sich, wenn den Themen jeweils unterschiedliche Papierfarben zugeordnet sind, sodass am Anfang des Spiels eine bunte Wand steht.

Ggf. Preise (Süßigkeiten, …).

Größe und Anzahl der Räume

Stühle im Halbkreis in Richtung der Stellwand.

Für kurze Vorbereitungsphasen einzelner Kleingruppen ist es von Vorteil, entweder einen größeren Raum zu haben, in dem sich die Kleingruppen zur Vorbereitung in eine Ecke zurückziehen können oder einen weiteren Raum zur Verfügung zu haben.

Anleitung

1. *Der große Preis* wird in Kleingruppen à zwei bis fünf Personen gespielt, die sich zu Beginn entweder selbst finden können oder zum Beispiel durch ein Losverfahren eingeteilt werden. Haben sie sich gefunden, setzen sich die jeweiligen Kleingruppen mit kleinem Abstand voneinander zusammen, so dass die verschiedenen Kleingruppen einen Halbkreis um die Stellwand bilden.

2. Wenn um Punkte gespielt wird, geben sich die Kleingruppen einen Namen, der von den Teamenden an eine Flipchart geschrieben wird. Dort werden dann später die Punkte notiert.

3. Die Moderator_innen (die Teamenden) erklären nun die Spielregeln:

4. Hinter den DIN-A4-Blättern mit den Punktzahlen von 20 bis 100 stehen jeweils Fragen, die beantwortet oder Aufgaben, die erfüllt werden müssen, um die Punktzahl zu bekommen. Dabei sind die hohen Punktwerte persönlichere oder schwierigere Fragen bzw. Aufgaben (z. B. Rollenspiele), die niedrigeren einfachere (z. B. Meinungen zu einem Thema sagen). Diese Aufteilung stellt die Einschätzung der Teamenden dar, die nicht immer der Ein-

schätzung der Teilnehmenden entsprechen muss. Aufgaben mit intensivem Körperkontakt sollten auf der Rückseite markiert sein (z. B. durch Sternchen), sodass die Gruppen entscheiden können, ob sie eine solche Aufgabe erfüllen wollen oder nicht.

Die erste Kleingruppe wählt nun ein Themenfeld und eine Zahl aus, z. B. ‚Rassismus 40'. Die Moderation nimmt den entsprechenden Zettel, dreht ihn um und liest die Frage laut vor. Wenn die Gruppe die Frage/Aufgabe zu persönlich oder anderweitig problematisch findet, darf sie diese ablehnen und eine Neue wählen. Die anderen Gruppen bekommen dann die Möglichkeit, die Frage/Aufgabe als Zusatzaufgabe zu wählen (in der üblichen Spielreihenfolge).

Je nach Ziel, Atmosphäre, Art der Frage/Aufgabe und Gruppengröße kann einerseits die Frage/Aufgabe aus dem Stegreif beantwortet werden. Alternativ bekommen alle Kleingruppen Zeit, über die Frage/Aufgabe zu diskutieren. Die Kleingruppe, die gewählt hat, erzählt dann, was sie diskutiert oder entschieden haben bzw. führt etwas vor.

5. Nach Möglichkeit sollte Zeit gegeben werden, damit die anderen Gruppen ihre Diskussionsergebnisse ergänzen können. Ausnahme: Aufgaben, bei denen die Kleingruppe eine Vorführung vorbereiten soll. In diesem Fall zieht sich die Kleingruppe zur Vorbereitung zurück, während die anderen Kleingruppen weiterspielen. Diese können daher nicht ergänzen, ggf. aber Eindrücke zur Vorführung äußern.

   Bei Bedarf kann die Leitung zu einer vielversprechenden Frage den üblichen Spielablauf in eine Diskussion übergehen lassen, in der ohne Gruppen-Reihenfolge Meinungen ausgetauscht werden. Dies kann einerseits bei Themen erfolgen, die der Leitung für den Gruppenprozess bzw. das spätere Seminar besonders wichtig erscheinen, oder auch bei Themen, bei denen die Gruppe besonders viel Interesse zeigt bzw. kontroverse Meinungen sichtbar werden.

   Wird mit Punkten gespielt, wird am Anfang angekündigt, dass es bei den meisten Fragen die Punkte immer gibt, wenn die Gruppen sich ernsthaft mit der Frage beschäftigt haben. Die Punkte werden also nur vorenthalten, wenn die Gruppe sich der Aufgabe entzieht oder sie sie völlig veralbert. Ausnahme sind (wenige) Wissensfragen – hier raten alle Gruppen mit und wenn eine andere Gruppe näher am richtigen Ergebnis liegt, erhält diese die Punkte (ggf. geteilt). Bei Scharaden- oder Tabu-Aufgaben darf die Gruppe, die dran ist, eine Minute lang alleine raten. Nach einer Minute dürfen die anderen Gruppen mitraten – wer das Ergebnis als erstes errät, erhält die Punkte.

   Wird ohne Punkte gespielt, dienen die Zahlen nur dazu, dass die Gruppen selbst regulieren können, welchen Schwierigkeitsgrad der Fragen und Aufgaben sie ihrem derzeitigen Befinden und Interesse angemessen finden.

Es kann der Gruppe auch freigestellt werden, ob sie mit oder ohne Wettbewerb spielen wollen.

Ist eine Frage zu Ende beantwortet, ist die nächste Kleingruppe im Uhrzeigersinn an der Reihe. Die Kleingruppen sollten dazu angeregt werden, möglichst frühzeitig zu entscheiden, welche Frage sie als nächstes wählen, sodass keine langen Wartezeiten entstehen.

6. Es wird reihum gespielt; so lange, bis entweder alle Felder aufgedeckt sind, die Teilnehmenden keine Lust mehr haben oder die zur Verfügung stehende Zeit vorbei ist.

7. Wenn mit Punkten gespielt wird, werden je nach Punktestand die Platzierungen vergeben und ggf. die entsprechenden Preise verteilt.

Beispielfrage/-aufgabe

Die Fragen sind weniger auf harte Fakten als vielmehr auf Haltungen und Einstellungen ausgerichtet. Es sind kleine Diskussionen über Einstellungen beabsichtigt. Dies sollte deutlich gemacht werden.

Neonazis & Geschlecht (nur für Erwachsene)

100: Ein rechtes Elternpaar plädiert auf einem Elternabend gegen die positive Thematisierung von Homosexualität im Unterricht. Spielt eine entsprechende Situation kurz an, in der andere Eltern sich eindeutig gegen diese Position stellen.

80: Was ist problematisch an dem Slogan: ‚Gleichwertig statt gleich!'? Sammelt Argumente.

60: Überlegt gemeinsam, was möglicherweise für Jungen eine besondere Attraktivität neonazistischer Gruppen ausmacht. Begründet eure Aufzählung kurz. (Alternative: Welche Jungen haben besonders viel Distanz zu rechten Lebenswelten? Was zeichnet sie aus?)

40: Was hat die Familienideologie von Neonazis mit den Vorstellungen einer ‚guten Familie' der Mitte der Gesellschaft gemeinsam und was unterscheidet beide? Diskutiert.

20: Nennt drei Strategien von Neonazis, Leute von ihren Anliegen zu überzeugen.

Varianten

- Es ist möglich, die Punktzahl nicht von der Leitung bestimmen zu lassen, sondern gemeinsam mit der ganzen Gruppe zu diskutieren. Dabei können interessante Aushandlungsprozesse entstehen. Andererseits wird dadurch Wettbewerb und Hierarchisierung unterstützt und es wird viel um Punktzahlen gehen und im Verhältnis weniger um die Fragen und um Kooperation. Es spricht auch einiges dagegen, Bewertungsprinzipien viel Raum in Spielen zu verschaffen, die ohnehin über die Schule dauerhaft präsent im Leben von Kindern und Jugendlichen sind.
- Nacheinander kann immer reihum je eine Person aus jeder Gruppe einen Punktwert in Kombination mit einem Themenfeld auswählen. Die Gruppe kann sich absprechen. Die Person, die an der Reihe ist, hat zunächst die Aufgabe, die Frage/Aufgabe allein zu beantworten, kann sich aber Unterstützung aus der Gruppe geben lassen. Manche Fragen sind Gruppenaufgaben. Diese Variante ist nur möglich, wenn sichergestellt ist, dass jede_r mindestens einmal an die Reihe kommt.
- Von *Neue Wege für Jungs* gibt es unter dem Titel Mannopoli eine Power-Point-Variante der Methode (nur für reine Jungengruppen), die im Internet zu finden ist: www.neue-wege-fuer-jungs.de/Neue-Wege-fuer-Jungs/Praxis/Didaktische-Medien/Mannopoli

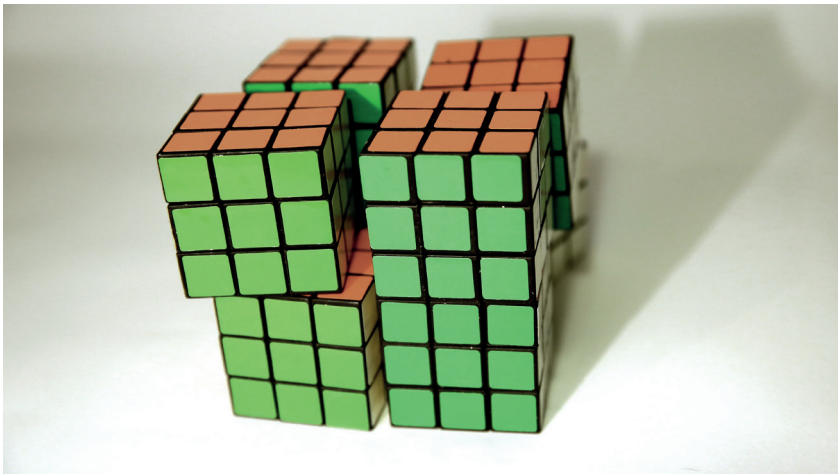
  Vorteil: Der Arbeitsaufwand ist gering.

  Nachteil: Die Power-Point-Variante führt unserer Erfahrung nach dazu, dass die Teilnehmenden viel schneller zur nächsten Frage weiterklicken wollen. Längere Diskussionen finden deutlich weniger statt als mit der Papiervariante.

Kommentare, Erfahrungen, Risiken

- Bei der Auswahl der Themen sollte darauf geachtet werden, dass die Interessen der Teilnehmenden Berücksichtigung finden und eine Gruppenatmosphäre hergestellt wird, die einen vertrauensvollen Umgang mit persönlichen Informationen ermöglicht.
- Aus pädagogischer Sicht geht es darum, Gesprächsanlässe und Auseinandersetzungsmöglichkeiten zu eröffnen. Daher sollten Gespräche und Diskussionen am Laufen gehalten und Zeit dafür eingeplant werden. Im Idealfall geht es nicht mehr so sehr um die Punkte bzw. den ‚großen Preis', sondern die Auseinandersetzung als solche wird als spannend empfunden.

- *Der große Preis* berührt viele Fragen und mögliche Konflikte, die nicht tiefgehend bearbeitet werden (können). Wenn im Verlauf des *großen Preises* gravierende Konflikte und Meinungsverschiedenheiten auftauchen, dann sollten diese im Verlauf des Angebots auch nach dem Ende der Methode aufgegriffen und gegebenenfalls bearbeitet werden.
- Aktivitäts-Aufgaben mit intensivem Körperkontakt sind auf der Rückseite mit drei Sternchen markiert, damit die Teilnehmenden selbst regulieren können, ob sie Freude an einer solchen Aufgabe hätten oder diese als grenzüberschreitend empfänden. Um Retraumatisierungen und Grenzüberschreitungen vorzubeugen, sollten die Teilnehmenden die Möglichkeit haben, Fragen/Aufgaben zurückzuweisen. Eine mögliche Aufforderung zum guten Umgang mit den eigenen Grenzen an die Jugendlichen/Erwachsenen wäre: ‚Wenn ihr merkt, dass eine ausgewählte Frage gar nicht für euch geht, weil sie zu persönlich ist oder euch zu nahe geht, dann könnt ihr eine neue Frage auswählen. Eventuell geben wir dann einer anderen Kleingruppe die Möglichkeit, die von euch abgelehnte Frage/Aufgabe zu lösen.‘



2.3 Zur Gestaltung Sozialer Arbeit gegen Rechtsextremismus mit Fokus auf Mädchen und Frauen – eine persönliche Bestandsaufnahme[1]

Michaela Köttig

Einführung

Das gesellschaftliche Potenzial rechtsextremer Handlungs- und Orientierungsmuster sowie die Gefährdung aller gesellschaftlichen Kontexte durch die schleichende Ausbreitung und gezielte Unterwanderung durch rechtsextreme Organisationen wird seit Jahrzehnten in Deutschland diskutiert und ist durch gesellschaftswissenschaftliche Analysen belegt. Von Seiten politischer wie auch sozialarbeiterischer Initiativen und Organisationen wird immer wieder auf die zunehmende Bedeutung rechtsextremer Strukturen aufmerksam gemacht und vor der Normalisierung rechtsextremer Denkweisen gewarnt. Die Probleme dürften hinlänglich bekannt sein und deren Bekämpfung sollte als eine der zentralen gesellschaftlichen Aufgaben verstanden werden. Es zeigen sich jedoch in vielen gesellschaftlichen Institutionen und Organisationen, in denen rechtsextreme Orientierungen und Handlungsmuster offensichtlich werden, Umgangsweisen, die durch Abwehr und Verunsicherung gekennzeichnet sind und häufig mit der Bagatellisierung, Dethematisierung oder Entpolitisierung der Geschehnisse einhergehen. Tragfähige Konzepte zur Auseinandersetzung mit und zur Bekämpfung von Rechtsextremismus werden deshalb kaum entwickelt, was langfristig dazu führen wird, dass sich rechtsextreme Strukturen weiter ausbreiten können – eine Entwicklung, die seit den 1980er-Jahren sehr gut nachgezeichnet werden kann.

1 Dieser Beitrag wurde in abgewandelter Form als fachliche Stellungnahme für das Modellprojekt HaKo_reJu (Handlungskonzept für die Soziale Arbeit mit rechtsaffinen Jugendlichen) im ländlichen Raum in Ostdeutschland entwickelt, initiiert von Cultures Interactive e. V. Diese und weitere Stellungnahmen bildeten die Grundlage für die Konzeption einer Fortbildungsreihe, die mittlerweile Sozialarbeitenden im ländlichen Raum angeboten wird. Zudem ist die Ausarbeitung der in diesem Beitrag entwickelten methodischen Überlegungen in Köttig 2014 weiter ausbuchstabiert.

Den somit angedeuteten Dynamiken kann nur wirksam begegnet werden, wenn dies als gesamtgesellschaftliches Projekt begriffen wird. Soziale Arbeit kann hierbei als eine Akteurin eingebunden sein. Vor diesem Hintergrund und mit Fokus auf die Situation von Mädchen und jungen Frauen sowie auf der Basis sowohl meiner empirischen Befunde, wie auch meiner sozialarbeiterischen Erfahrung im Umgang mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen, werde ich gegenwärtige Problembereiche skizzieren, jeweils analytische Konsequenzen aus ihnen ziehen und schließlich handlungspraktische und methodische Empfehlungen ableiten.

Grundlegende Überlegungen

Zum Umgang mit Rechtsextremismusdefinitionen in der Sozialen Arbeit

Im Hinblick auf die Definition von Rechtsextremismus und hier im Speziellen der Definition von ‚rechtsaffinen Jugendlichen' werde ich mich nicht einem der diversen wissenschaftlichen Definitionsversuche zuordnen, sondern möchte die Ein- und Ausschlussformen problematisieren, die durch solche Definitionen entstehen. Ich vertrete ein Forschungsverständnis, in dem davon ausgegangen wird, dass ‚national eingestellt sein' beziehungsweise ‚rechtsextrem orientiert sein' mit jeweils unterschiedlichen Erfahrungen verbunden und deshalb individuell definiert ist. Ziel der wissenschaftlichen Analyse ist bei einem solchen Zugang die Rekonstruktion der Bedeutungsgehalte sowie Orientierungs- und Handlungsmuster, die mit der Selbstdefinition bzw. der Zugehörigkeit zu rechtsextrem orientierten Kontexten verbunden sind.

Im Bereich der Sozialen Arbeit werden vorab erstellte Definitionskategorien ernsthaft problematisch, denn sie ermöglichen qua Definition Jugendliche einzuschließen und – sehr viel problematischer – auszuschließen. Aus meinen Erfahrungen im Rahmen von Fortbildungen mit Sozialarbeiter_innen und durch meine Untersuchungen weiß ich um den Spagat im Umgang mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen in der Sozialen Arbeit. Dieser umfasst einerseits, mit den Jugendlichen vertraut zu sein, ihnen nahezukommen und andererseits gleichzeitig gegen ihre politischen Ansichten zu arbeiten. Ein Weg dieses Spannungsverhältnis aufzulösen ist, vorab erstellte Kategorien so abzumildern, dass die Jugendlichen, für die man selbst zuständig ist, als ‚nicht so richtig rechts', ‚Mitläufer_innen', ‚nicht organisiert' o. ä. definiert werden können. Hierdurch verschaffen sich die Betreuenden Entlastung. Die Folge ist, dass durchaus vorhandene antidemokratische Orientierungs- und Hand-

lungsweisen in der konkreten Arbeit mit den Jugendlichen in den Hintergrund geraten und ihnen nicht mehr gezielt nachgegangen wird, was häufig die Ausweitung rechtsextremer Orientierungen und Handlungen zur Folge hat.

Ich plädiere deshalb für einen ‚verstehenden' Zugang. Damit ist gemeint, dass die Handlungen und Orientierungen – egal, wie sie sich äußern – zunächst als Phänomene wahrgenommen und genau beobachtet werden müssen. In einem weiteren Schritt müssen ihre Ursprünge und die Entstehungsgeschichten verstanden werden, damit ihnen adäquat begegnet werden kann. Ein solcher Zugang unterscheidet und ordnet nicht zwischen Jugendlichen, die ‚rechts' sind, und solchen, die ‚nicht rechts' sind, sondern geht den Ausdrucksformen auf den Grund. Erst dieses grundlegende Verständnis ermöglicht es, gezielt und effektiv sozialarbeiterisch handeln zu können. Dies bedeutet nicht, dass das allgemeine Wissen über Rechtsextremismus zu vernachlässigen wäre; im Gegenteil: Ein solches Wissen dient einerseits als generelle Grundlage zur Einordnung des spezifischen Falls (also den Ausdrucksformen der Jugendclique/des_der einzelnen Jugendlichen) und andererseits in heuristischer Weise als Erklärungsmöglichkeit der Phänomene, die von dem_der jeweiligen Jugendlichen gezeigt werden.

Spezifika von Sozialer Arbeit im ländlichen Raum

Ich möchte speziell auf die Situation im ländlichen Raum eingehen, da sich hier für die Soziale Arbeit spezifische Besonderheiten finden. Einzelne Ortschaften im ländlichen Raum entwickeln im Allgemeinen jeweils eigene soziale Strukturen und damit verbundene eigene Kommunikationsregeln und Netzwerke, zum Teil über einen Zeitraum von vielen Generationen. Auf dieser jeweiligen Kommunikationsstruktur basiert in der Regel die Wahrnehmung von Etablierten (Zugehörige, wichtige Personen, Familien) und Außenseiter_innen (auch zugehörig, aber randständig) (Elias/Scotson 2002) sowie langjähriger Loyalitäten und Feindschaften (auch zwischen den Ortschaften). Hinzu kommt eine jeweils unterschiedliche historische Entwicklung (insbesondere auch den Nationalsozialismus und die Phase der Bundesrepublik oder die der DDR-Zeit betreffend). Im vorliegenden Themenfeld muss ein spezifisches Augenmerk insbesondere auf die Geschichte der jeweiligen Ortschaften im Nationalsozialsozialismus gelegt werden, denn politische Verortungen und soziale Netze bestehen oft seit dem Nationalsozialismus fort und helfen bei der Verschleierung von Aktivitäten Jugendlicher aus bekannten Familien mit rechter Familientradition. Oft lassen sich aus der Verortung und den Geschehnissen im Nationalsozialismus Traditionslinien dazu erkennen, in welcher Weise die Dorfbevölkerung mit rechten Jugendlichen umgeht und wie Angebote gegen rechtsextreme Tendenzen aufgenommen werden – ein The-

ma, welches bisher nur auf Erfahrungen beruht, dringend aber systematisch durch wissenschaftliche Analysen begründet erfasst werden müsste. Und gerade deswegen ist es für Jugendarbeit im ländlichen Raum wichtig, diese Kommunikationsstrukturen und die jeweilige historische Entwicklung zu kennen, und sie ist zum Scheitern verurteilt, wenn sie unreflektiert dagegen arbeitet. Speziell in Ostdeutschland kommt die Entwicklungsphase nach der Auflösung der DDR hinzu, mit der einerseits eine starke Umorientierung, andererseits jedoch auch die Weiterführung bestimmter Traditionen ‚unter anderen Vorzeichen' verbunden ist. Auch dies ist eine wichtige Komponente für die Wahrnehmung von ‚Befindlichkeiten' und damit verbunden sozialarbeiterischen Angeboten.

Es ist wichtig, das Team der Jugendarbeiter_innen so auszuwählen, dass lokale Praktiker_innen sich mit Auswärtigen mischen. Die ortsansässigen Sozialarbeiter_innen können an Kontakte anknüpfen, sie und ihre Angebote werden leichter angenommen. Die Sozialarbeiter_innen von außerhalb können bestehende Regeln leichter wahrnehmen und in Frage stellen, wodurch das Reflexionspotenzial vergrößert und neue Überlegungen (vorsichtig) einfließen können.

Offene Jugendarbeit im Bereich Rechtsextremismus

Offene Jugendarbeit stellt aufgrund der Freiwilligkeit der Teilnahme und der Niedrigschwelligkeit der Angebotsstruktur eine Herausforderung für die Soziale Arbeit gegen Rechtsextremismus dar. Gleichzeitig sind gerade Projekte der Offenen Jugendarbeit und von Jugendclubs besonders von der Strategie der Rechtsextremist_innen betroffen, ihr Betätigungsfeld auszuweiten und ‚neue Räume' zu erobern. Im Folgenden möchte ich die besonderen Dilemmata aufzeigen, die sich aufgrund der geringen formalen Verbindlichkeit ergeben und konkrete Handlungspraxen anbieten.

Die politischen Positionierungen von Jugendlichen in der Offenen Jugendarbeit decken oft die gesamte Bandbreite ab: von einem eher unpolitischen Selbstverständnis, der dezidierten Abwehr gegenüber institutionalisierter Politik und politischen Themen (oft verbunden mit dem Engagement in sozialen Bewegungen, die aber nicht als ‚politisch' definiert werden) über unklare Positionierungen, verbunden mit einem Interesse an politischen Themen oder auch einer Affinität zu einem politischen Lager, bis hin zu einer klaren politischen Selbstdefinition. Dazu gehören auch Jugendliche mit rechtsextremen Orientierungen. Auch hier reicht die Bandbreite von aufgeschlossen über partiell interessiert bis fest in rechtsextreme Strukturen eingebunden.

Die besondere Herausforderung im Arbeitsfeld der Offenen Jugendarbeit ist die Heterogenität der partizipierenden Jugendlichen, wobei sowohl die Bedürfnisse einzelner Jugendlicher als auch die der Gruppe bestehen. Ich wende mich zunächst den Dynamiken zu, die sich mit den Jugendlichen ergeben, die sich eindeutig in der rechtsextremen Szene verorten.[2]

Eindeutig rechtsextrem verortete Jugendliche

Für eindeutig rechtextreme Jugendliche bietet das rechte politische Spektrum eine Vielzahl von Angeboten (Jugendorganisationen, Kameradschaftsabende, Konzerte, Fahrten, Lagerfeuerabende etc.), um ihnen einerseits das Gefühl der Zugehörigkeit zu vermitteln und um sie andererseits politisch zu schulen. Diese Jugendlichen werden in der Offenen Jugendarbeit anderer Träger nur dann in Erscheinung treten, wenn sie einen ‚Auftrag' für die Szene erfüllen: Neue Jugendliche rekrutieren, weitere Räume erobern oder gezielt Menschen bedrohen. Hier muss besonders darauf hingewiesen werden, dass diese ‚Aufträge' häufig auch von weiblichen Kadern übernommen werden, da bei ihnen eine politische Positionierung und eine strategische Vorgehensweise aufgrund der immer noch wirksamen Geschlechterrollenstereotype nicht vermutet werden (siehe auch Radvan/Lehnert in diesem Band). Das grundsätzliche Dilemma besteht darin, dass einerseits auch rechtsextrem orientierte Jugendliche einen Anspruch auf Förderung haben und dass andererseits Soziale Arbeit auch die gesellschaftliche Verantwortung hat, rechtsextremen Orientierungen entgegenzuwirken.

Wenn Jugendliche sich in offensiver und einschüchternder Weise Zugang zu Jugendclubs verschaffen, machen sie oft die Erfahrung, dass ihnen nichts entgegengesetzt wird. Adäquate Reaktionen wären z. B. die Aufforderung, Regeln und die Hausordnung zu beachten, den Treffpunkt zu verlassen und gegebenenfalls die Einschaltung der Polizei. Vor der Durchsetzung solcher Maßnahmen schrecken Betreuende oft zurück, weil sie Vergeltung befürchten (was tatsächlich ein Problem ist, welches von der Polizei und Justiz zu wenig beachtet wird), aber auch, weil Probleme mit Rechtsextremismus damit öffentlich würden. Dies kann Betreuende in Erklärungsnöte gegenüber ihren Träger_innen bringen.

Jugendliche dieses Typs forcieren oft Diskussionen mit den Betreuenden über einzelne Aspekte rechter Ideologie. Damit versuchen sie, ihre Argumentationsfähigkeit zu trainieren und gleichzeitig ‚rechte Themen' in der Gruppe

2 Die folgenden Ausführungen basieren auf meiner eigenen Tätigkeit in der Offenen Jugendarbeit und in einer rechtsextrem orientierten Jugendclique sowie auf diversen Untersuchungen, Workshops und Fortbildungen mit Sozialarbeiter_innen aus diesem Feld. Veröffentlicht wurden diese Passagen bereits in Köttig 2008a.

‚salonfähig' zu machen. Jugendliche, die sich nicht eindeutig der rechten Szene zugewendet haben, steigen entweder aus solchen Diskussionen aus oder aber sie sind beeindruckt von dem Mut der rechten Jugendlichen, was ihre Affinität zur Szene erhöht. Das Eingehen der Betreuenden auf solche Diskussionen trägt somit in der Regel indirekt zur Stabilisierung und Ausweitung rechtsextremer Orientierungs- und Handlungsmuster bei.

Die strategische Unterwanderung von Jugendclubs durch rechtsextreme Jugendliche wird von den Betreuenden häufig erst relativ spät bemerkt, da einerseits viele Aktivitäten ‚hinter den Kulissen' initiiert werden und sich dem Blickfeld der Betreuenden entziehen. Andererseits kennen sich viele Praktiker_innen in der Offenen Jugendarbeit mit politisch rechter Symbolik und Ästhetik wenig aus und fragen auch zu wenig nach, was bestimmte Aufnäher, Buttons, Musik etc. für eine Bedeutung haben.

Im Hinblick auf den Umgang mit eindeutig rechtsextremen Jugendlichen und solchen, die die Offene Jugendarbeit strategisch für ihre Zwecke nutzen, sehe ich die Aufgabe der Betreuenden vorwiegend in der Schadensbegrenzung. Das heißt vor allem auch, dass der Schutz potenzieller Opfer dieser Akteur_innen Vorrang hat und ihre Verdrängung oder Bedrohung durch rechte Jugendliche unbedingt zu verhindern ist. Wie meine Untersuchungen sehr deutlich zeigen, gelingt es Jugendlichen, die sich eindeutig dem rechtsextremen Spektrum zuwenden, in der Regel, Angebote in ihrem Sinne zu funktionalisieren. Dies läuft der Intention der Betreuenden zuwider, gegen Rechtsextremismus zu arbeiten. Hier ist also deutliche Vorsicht geboten und Grenzen der Offenen Jugendarbeit müssen abgesteckt werden.

Bei rechtsextremen Jugendlichen diesen Typs gilt es, aufmerksam zu sein für Signale, die diese senden, aus der Szene aussteigen zu wollen. Sicher ist, dass Distanzierungsprozesse nur durch eine sehr intensive Einzelarbeit unterstützt werden können und offene Angebote der Jugendarbeit überfordern. Soziale Fachkräfte der Offenen Arbeit können aber einen beginnenden Distanzierungs- bzw. Ausstiegsprozess erkennen und sollten dann entsprechende Fachstellen einschalten bzw. in Hilfsangebote vermitteln.

Für eine effektive Arbeit in rechten Jugendgruppen muss die Personaldecke so gestaltet sein, dass mindestens zwei, besser drei Betreuende, die in der oben dargestellten Weise Wissen über den sozialen Kontext und die Gruppe erlangt haben und die im Hinblick auf die sich in solchen Gruppen ergebenen Dynamiken ausgebildet wurden, sich gleichzeitig mit der Gruppe treffen. Sie müssen zudem durch eine sehr intensive supervisorische Begleitung (ebenfalls durch Personen, die sich im Bereich Rechtsextremismus auskennen) die Möglichkeit haben, ihre unterschiedlichen Beobachtungen ständig auszutauschen, in Beziehung zu setzen und nach deren Bedeutungen zu suchen. Bei Stellen ohne die beschriebene Ausstattung ist zu befürchten,

dass rechtsextreme Haltungen (ungewollt und unbemerkt) gestützt werden. Solche Beschäftigungsverhältnisse sollten deshalb (begründet) zurückgewiesen werden.

Jugendliche mit Affinität zu rechtsextremen Handlungs- und Orientierungsmustern sowie rechtsextremen Kontexten

Bei Jugendlichen, die sich in einem Jugendclub aufhalten und Affinitäten zur rechten Szene haben, können folgende Spezifika beobachtet werden: Es ist häufig recht schwer einzuordnen, wie stark die Hinwendung zur rechtsextremen Szene bei diesen Jugendlichen fortgeschritten ist. Für die Betreuenden kommt hinzu, dass sie eine persönliche Beziehung zu den Jugendlichen aufbauen, aus der heraus sie dazu neigen, eine kritische Haltung gegenüber politischen Äußerungsformen der Jugendlichen zu verlieren, da der Umgang mit den Jugendlichen vertrauter wird und deren Lebenslagen sowie ihre aktuellen persönlichen Probleme zumindest oberflächlich sichtbar werden. Damit geht das Gefühl einher, den Jugendlichen helfen und sie auch beschützen zu wollen. Dieser Mechanismus führt jedoch dazu, dass Anzeichen für die Verortung in der rechten Szene ‚übersehen', bagatellisiert oder auch wegerklärt werden. Die Betreuenden müssen sich bewusst sein, dass sich aus dem Auftrag zur Beziehungsgestaltung die Tendenz entwickelt, die Verstrickung in den Rechtsextremismus ‚ihrer' Jugendlichen weniger wahrnehmen zu können. Dem gilt es gezielt entgegenzuarbeiten und eher von einer stärkeren Identifikation auszugehen als von einer geringeren.

Jugendliche mit Affinität zur rechten Szene bringen Sozialarbeiter_innen in der Offenen Jugendarbeit noch in ein weiteres Handlungsdilemma. Sofern sie konsequent gegen rechtsextreme Äußerungen vorgehen, fürchten Sozialarbeiter_innen u. a. aufgrund der Freiwilligkeit der Teilnahme, dass die Jugendlichen sich der Auseinandersetzung entziehen und sich gegebenenfalls stärker an organisierte rechtsextreme Gruppierungen binden. Vor dem Hintergrund dieser Beziehungsdynamiken ist pädagogisches Handeln mit Jugendlichen, die sich der rechtsextremen Szene gegenüber ambivalent bis akzeptierend verhalten, besonders schwierig abzuwägen. Bevor ihnen Angebote gemacht werden, bedürfen einzelne Jugendliche und auch die Gruppe einer genauen Beobachtung, denn es gilt die Steigerung der Affinität zur rechten Szene zu verhindern.

Es gibt eine Vielzahl von Handlungsoptionen[3]: In manchen Fällen kann es durchaus sinnvoll sein, Aufklärung über Rechtsextremismus in den Clubs

3 Gängige Konzepte wie der ‚Akzeptierende Ansatz' (Krafeld und Kolleg_innen) oder ‚konfrontierende Herangehensweisen' (Hafenegger oder Scherr) greifen dabei zu kurz (ausführlicher zu meiner Kritik Köttig 2008b).

zu initiieren, während in anderen Fällen Aufklärung das Interesse an der Szene steigern kann. Es kann sinnvoll sein, Aktivitäten mit Menschen zu initiieren, die normalerweise von Rechtsextremen als Feind_innen angesehen oder ausgegrenzt werden (beispielsweise das Organisieren eines Konzerts oder gemeinsamer Veranstaltungen wie beispielsweise Stadtteilaktionen mit Obdachlosen, behinderten Menschen oder Menschen mit Zuwanderungsgeschichte), so dass durch die gemeinsame Interaktion Stereotype abgebaut werden können. Wichtig ist es auszuloten, ob ein solches Angebot Vorurteile begünstigt und Diskriminierungen hervorbringt, was einen sofortigen Abbruch zur Folge haben muss. Eine andere Form könnte sein, sich mit den spezifischen Ereignissen in der Zeit des Nationalsozialismus im eigenen Stadtteil, der Gemeinde und vielleicht sogar in den eigenen Familien zu beschäftigen.

Andere Jugendszenen/Gegenstrukturen

In Jugendclubs finden sich auch Jugendliche, die entweder politische Gegenpositionen vertreten oder sich von ‚Politik' distanzieren. Pädagogische Angebote im Hinblick auf Jugendliche, die politische Gegenpositionen zum Rechtextremismus vertreten, müssen gestärkt und die Jugendlichen dahingehend unterstützt werden, sich nicht als Außenseiter_innen (im rechten Mainstream einiger Regionen) zu verstehen. Es geht in diesem Zusammenhang nicht darum, entweder die eine oder die andere Jugendszene mit Angeboten zu versorgen, sondern sowohl Angebote gegen rechtsextreme Orientierungen, aber für rechtsextrem orientierte Jugendliche zu entwickeln, als auch Jugendszenen zu stärken, die eine Gegenöffentlichkeit bilden. Der Schutz der Jugendlichen mit Gegenpositionen ist dabei zu gewährleisten, so dass davon auszugehen ist, dass beides gleichzeitig nicht von einem Träger oder dem gleichen Team an pädagogischen Fachkräften durchführbar ist.

Es stellt eine große Herausforderung dar, Jugendliche, die sich von Politik distanzieren, mit Angeboten zu begeistern. Hier bietet sich an, vorhandene Interessen zu nutzen, um Aktivitäten im Bereich Prävention, politischer Bildung und Aufklärung über Rechtsextremismus und Nationalsozialismus folgen zu lassen.

Am wichtigsten erscheint mir für die Rolle der Pädagog_innen der Offenen Jugendarbeit zu betonen, dass sie selbst angesprochen sind, dem rechten Mainstream, wie er sich in vielen Orten, Stadtteilen, Schulen etc. ausbreitet, eine klare Absage zu erteilen und eigene politische Wertmaßstäbe, die sich an sozialen, demokratischen und humanistischen Gesichtspunkten orientieren, im sozialarbeiterischen Alltag zu leben und offen zu propagieren. Für Jugendliche wird dadurch eine solche politische Haltung verständlich und nachvollziehbar und kann gegebenenfalls zum Vorbild werden. In diesem Zu-

sammenhang ist es ebenfalls wichtig, das eigene Team nicht unhinterfragt als ‚antifaschistisch' zu definieren; vielmehr geht es darum, sich auch gegenüber Kolleg_innen eindeutig gegen ausgrenzende und abwertende Haltungen und Aktivitäten zu positionieren.

Mädchen und Frauen im Rechtsextremismus

Ausgehend von meinen Untersuchungen mit Fokus auf Mädchen in rechten Cliquen (Köttig 1995) und Erklärungsansätze für die Hinwendung und Verortung in der rechten Szene (Köttig 2004), möchte ich einige zentrale Ergebnisse vorstellen und diskutieren, die im Hinblick auf die Anlage von Angeboten in der Sozialen Arbeit bedeutsam sein können.

Prozesshafter Verlauf der Hinwendung zur rechten Szene

Der Eintritt in eine rechte Clique erfolgt in der Regel zu einem Zeitpunkt, an dem Mädchen sich in der Ablösungsphase vom Elternhaus und in der beginnenden Entwicklung zur Eigenständigkeit befinden. Sie möchten sich von den Eltern abgrenzen, selbständig sein und entwickeln das Bedürfnis nach sozialen Kontakten, die für sie eine ‚neue' Lebensweise repräsentieren. Die Hinwendung gerade zur rechtsextrem orientierten Szene ist dabei nicht zufällig, sondern basiert auf der Wechselwirkung unterschiedlicher Erlebensdimensionen, wie ich später aufzeigen werde. Die Hinwendung zur rechten Szene ist häufig mit einem zunehmenden Rückzug aus der sozialen Umwelt verbunden. Diese Entwicklung geht mit der Veränderung des äußeren Erscheinungsbildes einher, d. h. die Mädchen und jungen Frauen geben ihre Zugehörigkeit zur rechtsextrem orientierten Szene in ihrem sozialen Umfeld zu erkennen. Es ist daher für pädagogisch Tätige notwendig, die einschlägigen Codes zu kennen, denn die Zugehörigkeit wird gerade von den Mädchen und jungen Frauen häufig auch durch kleine Merkmale bekundet: Aufstecker oder Anhänger, besondere Markenklamotten o. ä. In diesem Stadium sind sie oft noch wenig politisiert.

Dem folgt eine Phase, in der die Mädchen und jungen Frauen ihre rechtsextreme Orientierung nicht nur durch ihr äußeres Erscheinungsbild zum Ausdruck bringen, sondern ihre politischen Haltungen in ihrer sozialen Umwelt offensiv vertreten, indem sie Konfrontationen provozieren. In dieser Phase üben sich die weiblichen Jugendlichen darin, ihre politischen Orientierungen zu präsentieren, gleichzeitig finden Differenzierungs- und Festigungsprozesse ihrer Argumentationsmuster statt. Sie testen in dieser Phase die Wirkung

ihrer Haltung im nicht-rechtsextremen sozialen Umfeld und machen in der Regel die Erfahrung, dass sie dort überhaupt nicht als zukünftige Rechtsextremistinnen wahrgenommen werden. Ganz im Gegenteil wird diese politische Orientierung von ihrer Umgebung in der Regel als eine ‚vorübergehende' und nicht besonders beachtenswerte Phase deklariert.

Es ist dann zu beobachten, dass das Provozieren von politischen Diskussionen im sozialen Umfeld außerhalb der rechtsextremen Szene nachlässt, allerdings ist dies nicht gleichbedeutend mit einer Veränderung der politischen Handlungs- und Orientierungsmuster. Vielmehr zeigt sich darin, dass die rechtsextremen Orientierungen bei den Mädchen und jungen Frauen in dieser Phase bereits gefestigter sind. Einige zeigen nach dieser Phase weiterhin Signale, die ihre Zugehörigkeit zur rechten Szene erkennen lassen, oft jedoch sind sie für Außenstehende ab diesem Zeitpunkt kaum noch als Rechtsextremistinnen zu erkennen.

Sozialarbeiter_innen sind gefordert, diese Entwicklungsprozesse sehr aufmerksam zu beobachten, Signale ernst zu nehmen und sie genau zu analysieren. Mädchen und junge Frauen sind in der Phase der Hinwendung zu rechtsextremen Szenen für Angebote der Sozialen Arbeit zugänglich und haben den Bedarf nach Auseinandersetzung. Hier geht es jedoch weniger darum, politisch-ideologische Argumentationen auszutauschen; vielmehr geht es darum, mit den Mädchen und jungen Frauen herauszufinden, was sie an der Szene anzieht, was sie dort suchen, auch auf die Gefahren und Gefährdungen hinzuweisen, Alternativen anzubieten sowie sich als eine Person zu erkennen geben, die bei Distanzierungsimpulsen ansprechbar ist. In der Phase der Festigung, spätestens jedoch, wenn die Mädchen und jungen Frauen sich eindeutig in der rechten Szene verorten, ist es kaum noch möglich, an sie heranzukommen, da sie sich von nun an weitgehend im rechtsextremen Umfeld selbst sozialisieren. In dieser Phase sollten Sozialarbeiter_innen weiterhin erreichbar sein und beobachten, ob und wenn ja wie eine gegebenenfalls einsetzende Distanzierung unterstützt werden kann.

Mädchen in rechten Jugendcliquen

Mädchen/junge Frauen in rechten Cliquen fallen pädagogischen Fachkräften weniger auf, was zunächst daran liegt, dass ihr quantitativer Anteil in einigen Gruppen geringer ist als der von Jungen/jungen Männern. Allerdings entsteht dieser Eindruck häufig auch deshalb, weil Mädchen/junge Frauen, die sich eher an den Rändern der Gruppe bewegen und nicht so offensiv in Erscheinung treten, nicht als der rechtsextrem orientierten Clique zugehörig wahrgenommen werden, obwohl sie möglicherweise wichtige Funktionen für diesen Kontext übernehmen.

Generell kann gesagt werden, dass unterschiedliche Mädchen-/Frauentypen in den Cliquen auffindbar sind. Hier lassen sich zum einen solche Mädchen/jungen Frauen beschreiben, die ihr Rechtssein offensiv vertreten, sich aktiv in die Gruppen einbringen und auch Führungsrollen übernehmen. Ein anderer Typus bewegt sich eher im Hintergrund, verhält sich eher defensiv und ist sehr schwer für Betreuende zu greifen. Insbesondere auf Mädchen/junge Frauen dieses Typus sollte das Augenmerk liegen, da sie sehr leicht aus dem Blickfeld geraten. Als dritten Typus lassen sich Mädchen/junge Frauen beschreiben, die sich strategisch in der Gruppe und im Außen bewegen, d. h. je nachdem, in welchem Umfeld sie sich bewegen, lassen sie ihre Zugehörigkeit zur rechten Szene erkennen oder verdecken diese. Dieser Typus ist besonders dann sehr schwer zu erreichen, wenn die Betreuenden von ihnen als das ‚Außen' definiert werden (ähnlich wie Lehrer_innen, Eltern oder politisch Andersdenkende). Ihr Auftreten in den Cliquen ist ebenfalls sehr ambivalent und wechselt zwischen einem defensiven und einem eher autonomen, selbstbewussten Verhalten.

In der Gesamtgruppe bilden Mädchen/junge Frauen oft eigenständige Mädchen-Ingroups mit eigenen Regeln, Gruppenhierarchien und Verhaltensweisen, wobei zu bemerken ist, dass der ambivalente dritte Typus auch Grenzgängerinnen-Funktionen übernimmt, d. h. diese Mädchen/jungen Frauen wechseln zwischen den Mädchen-Ingroups, anderen Teilgruppen der rechten Clique sowie darüber hinaus anderen Jugendgruppen und sind in allen diesen Kontexten akzeptiert.

Die Analyse der Gruppeninteraktionen der Jugendgruppe, in der ich selbst tätig war, zeigt, dass diejenigen Mädchen/jungen Frauen, die einen Partner innerhalb der Gruppe hatten, am stärksten gefährdet waren, von Gewalt betroffen zu sein. Die Mädchen-Ingroup stellt für diese Mädchen/jungen Frauen einen Schutzmechanismus dar, der möglicherweise unbewusst eingesetzt wird.

Gewaltverhalten von Mädchen und jungen Frauen

Geschätzte Zahlen attestieren Mädchen und Frauen eine geringere Beteiligung an rechtsextrem motivierten Gewalttaten von drei bis maximal zehn Prozent. Dennoch spielt Gewalt in unterschiedlichen Facetten im Verhalten von Mädchen untereinander, aber auch in Bezug auf den rechtsextremen Kontext und darüber hinaus gegenüber als feindlich definierten Personen oder Gruppen eine ernstzunehmende Rolle. Gewalttätiges Handeln kann in direkter Form gegenüber anderen Personen eingesetzt werden und dient – ähnlich wie bei Jungen/jungen Männern – dazu, sich Anerkennung, Aufmerksamkeit, Respekt und Beachtung bei den anderen Gruppenmitgliedern zu verschaffen. Interes-

sant ist die Beobachtung, dass Mädchen/junge Frauen gezielt Kampfsportarten und Selbstverteidigungstechniken erlernen. Ein ähnliches Phänomen ist bei männlichen Jugendlichen im Hinblick auf Boxtraining zu beobachten. Vermutlich ist das Erlernen von Kampfsportarten ein Ausdruck dafür, dass direkte Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung auch für Mädchen/Frauen legitimer wird. Gleichzeitig können Selbstverteidigungsangebote wohlmeinender Sozialarbeiter_innen zur Stärkung von Mädchen/Frauen den Effekt haben, dass diese die erlernten Techniken im Rahmen rechtsextrem motivierter Taten einsetzen.

Gewalt wird auch in indirekter Form eingesetzt. Aus sicherer Entfernung und ohne sich selbst auf eine direkte Auseinandersetzung einzulassen, setzen Mädchen/junge Frauen psychische Gewalt und Sachbeschädigung (z. B. indem sie Autoreifen von politischen Gegner_innen zerstechen oder Drohbriefe verschicken) als Mittel ein, um Betroffene einzuschüchtern. Als eher typisch für weibliches Handeln – und so auch in rechtsextrem orientierten Milieus zu beobachten – ist, dass Mädchen/junge Frauen als Animateurinnen für das männliche Gewaltverhalten auftreten. Sie appellieren bei Auseinandersetzungen, die sie aus beispielsweise rassistischen Motiven selbst herbeigeführt haben oder in denen sie sich bedroht bzw. belästigt fühlen, an männliche Anwesende sie zu verteidigen. Darüber hinaus animieren Mädchen/junge Frauen als Zuschauerinnen die männlichen Jugendlichen und geben ihnen so die Möglichkeit, sich in Szene zu setzen. Selbst bei brutalen Schlägereien bestärken manche Mädchen Jungen in ihrem Tun und bewirken dadurch häufig auch weitere Eskalationen. Es ist allerdings ebenfalls zu beobachten, das Mädchen/junge Frauen in gewaltförmigen Situationen versuchen entschärfend zu wirken.

Eine eher seltener diskutierte Form gewaltförmigen Handelns bei rechtsextrem orientierten Mädchen und Frauen kann in der autoaggressive Gewaltanwendung gesehen werden. Dies kann als Versuch verstanden werden, selbst erlebten Gewalterfahrungen zu begegnen. Im Kontext rechtsextrem orientierter Gruppen kann dieses eher auf sich selbst gerichtete Gewalthandeln aber auch demonstrativ nach außen gebracht werden, indem Selbstverletzungen wie das Ritzen des Hakenkreuzes vor der Gruppe stattfinden. Darüber hinaus treten auch Essstörungen, Abhängigkeiten und Selbstmordversuche auf, die nicht demonstrativ, sondern eher im Verborgenen praktiziert werden und in der Regel ebenfalls als Reaktion auf erlebte Gewalt anzusehen sind. Meine Untersuchungen zeigen, dass erlebte Gewalterfahrungen allein nie der ausschlaggebende Grund für ein Mädchen beziehungsweise eine junge Frau sind, sich in der rechtsextrem orientierten Szene zu verorten, da die Bearbeitung oder Reproduktion von Gewalterfahrungen in sehr unterschiedlichen Kontexten erfolgen kann und nicht spezifisch an die rechte Szene gebunden ist.

Im Gegenteil: Der Einstieg in die rechte Szene zur Bearbeitung von Gewalterfahrungen ist nur ein Merkmal eines Typus unter vielen anderen Merkmalen. Wenn aber Mädchen und junge Frauen innerhalb der rechtsextremen Szene Milieus aufsuchen, in denen sie selbst gewalttätig handeln oder solche Handlungen motivieren, so muss davon ausgegangen werden, dass sie selbst einen Erfahrungshintergrund haben, der mit Gewalthandlungen verbunden ist, d. h. sie haben entweder selbst Gewalt erlebt, als Zeuginnen beobachtet oder Gewalterfahrungen wurden ihnen familiengeschichtlich aus vorangegangenen Generationen vermittelt.

Im Rahmen Sozialer Arbeit werden viele der beschriebenen gewalttätigen Ausdrucksformen von Mädchen und Frauen häufig gar nicht bemerkt und die Hintergründe nicht erschlossen. Von Mädchen und jungen Frauen begangene Straftaten und gewalttätige Übergriffe werden selten geahndet. Ihre Beteiligung an solchen Taten wird oft bagatellisiert und verläuft, so sie überhaupt wahrgenommen und verfolgt wird, oft im Sande. Die Ursache dafür ist das in der Öffentlichkeit weit verbreitete Bild der ‚friedfertigen' Frau, d. h. Mädchen und Frauen werden oft nicht als Täterinnen wahrgenommen. Dies schließt auch die Polizei, Justiz und Journalist_innen, die über Taten berichten, mit ein. Hinzu kommt, dass in der Öffentlichkeit das Problembewusstsein für die gewaltförmige Beteiligung von Mädchen und Frauen im Rechtsextremismus kaum ausgeprägt ist (wie auch die Wahrnehmung der NSU-Terroristin Beate Zschäpe als jüngstes Beispiel zeigt, siehe Büttner/Lang/Sigl 2012).

Unterschätzung der politischen Orientierungs- und Handlungsmuster rechtsextrem orientierter Akteurinnen

Ein zentrales Problem in allen gesellschaftlichen Kontexten ist, dass die politische Dimension der Handlungen von Mädchen und Frauen und das von ihren Aktivitäten ausgehende Gefährdungspotenzial noch immer weitgehend ‚übersehen', bagatellisiert oder sogar negiert wird.

Im Hinblick auf begangene Straf- und vor allem Gewalttaten bedeutet dies, dass Mädchen und junge Frauen als Täterinnen von Verfolgungsbehörden seltener wahrgenommen werden. Die Folge davon ist, dass ihre gewaltförmigen Aktivitäten weitgehend ohne Konsequenzen bleiben und sie somit nicht in die Situation gebracht werden, ihr Handeln zu reflektieren oder ein Unrechtsbewusstsein gegenüber den Opfern zu entwickeln. Gleichzeitig bleiben jedoch auch die Funktionen und Hintergründe des gewalttätigen Verhaltes im Dunkeln, so dass eine direkte Verarbeitung ebenfalls ausbleibt.

Unterschiedliche Untersuchungen stützen diese genderrollenstereotype Vorstellung auch weiterhin. Stellvertretend seien hier zwei einschlägige Untersuchungen zu rechten Cliquen zitiert. Mädchen/junge Frauen werden so-

wohl in der Studie von Hafeneger/Jansen (2001) als auch in der von Eckert u. a. (2001) für den Gruppenprozess als unbedeutend, randständig und unpolitisch beziehungsweise als ‚Freundinnen' der männlichen Mitglieder dargestellt – obwohl es in beiden Studien in den ausführlichen Zitaten Hinweise darauf gibt, dass die Wissenschaftler_innen an dieser Stelle entweder der Selbstdarstellung der Mädchen und jungen Frauen oder ihren eigenen Geschlechterstereotypen aufgesessen sind. So werden bei Hafeneger/Jansen zwei Mädchen, die zum festen Kern der als ‚hart' klassifizierten Gruppe gehören, bei der Darstellung der Bedeutung rechtsextremer Aktivitäten und Orientierungen dieser Gruppe lediglich im Hinblick auf ihr ideologisches Potenzial bezüglich der Erziehung ihrer Kinder zitiert. Eckert u. a. interpretieren die rechte Orientierung der weiblichen Jugendlichen in der Gruppe als diffus und an die männlichen Mitglieder der Gruppe gebunden. Die Forscher_innen arbeiten besonders die Konkurrenz der Mädchen untereinander als kennzeichnendes Merkmal sowie ihre Konsumorientierung und ihr deviantes Verhalten heraus (Eckert u. a. 2000: 332ff.). Unter deviantem Verhalten werden von den Wissenschaftler_innen allerdings neben Diebstählen und Körperverletzungen auch politische Straftaten wie Hakenkreuzschmierereien sowie Verwendung und Besitz verbotener Symbole und Fahnen angeführt. Diese werden jedoch nicht als politische Aktivität, sondern als ‚Orientierung an der Jungengruppe' interpretiert: „‚schön' fühlen sie sich, wenn sie Erfolg bei den Jungen haben, ‚gut' fühlen sie sich, wenn die Jungen ihnen Mut und Stärke bestätigen" (Eckert u. a. 2000: 334). Diese Untersuchungen unterstreichen damit die gängige These des/der unpolitischen Mädchens/jungen Frau. Dies steht im Widerspruch zu meinen Untersuchungen, die aufzeigen, dass gerade die Funktionen der weiblichen Mitglieder entscheidend für den Interaktionsprozess der Gruppe sind.

Dies ist auch und insbesondere im pädagogischen Miteinander zu beobachten: Lehrer_innen, Sozialarbeiter_innen in Jugendclubs, Teamer_innen von beispielsweise gewerkschaftlichen Seminaren und Fortbildungen usw. gehen davon aus, dass sich gerade in ihren Gruppen keine Rechtsextremistinnen befinden. Dabei erstreckt sich das Spektrum an Berufen, die Rechtsextremistinnen anstreben von Erzieherinnen und Sozialarbeiterinnen über Geschichtslehrerinnen bis hin zu Juristinnen. D. h. auch, dass Rechtsextremistinnen insbesondere in sozialen Berufen auftauchen und im Pädagogikstudium und in Studiengängen der Sozialen Arbeit vertreten sind. Rechtsextreme Aktivistinnen wählen Soziale Berufe – neben der Tatsache, dass es sich bei diesen Berufen gesamtgesellschaftlich um Berufe handelt, die häufiger von Frauen besetzt sind, und diese ‚geschlechtsspezifische Arbeitsteilung' auch auf Rechtsextremistinnen zutrifft – mit dem Ziel, rechte Ideologie in die Ge-

sellschaft zu tragen und vor allem auch in den nachfolgenden Generationen rechtsextreme Handlungs- und Orientierungsmuster anzulegen.

In der Ausbildung zur Erzieherin oder im Studium der Sozialen Arbeit ist bisher kein Bewusstsein gegenüber diesem Problem zu beobachten und die Beschäftigung mit Rechtsextremismus fehlt im Curriculum vieler Studiengänge. Hinzu kommt, dass auch in den Arbeitsfeldern der Sozialen Arbeit kaum Sensibilität diesem Problem gegenüber gezeigt wird (siehe auch Radvan/Lehnert in diesem Band). So gelingt es rechtsextremen Mädchen und jungen Frauen beispielsweise häufig, in stationären Maßnahmen der öffentlichen Erziehung wie Jugendheimen und Jugendwohngruppen ihre politischen Orientierungs- und Handlungsmuster zu verbergen. Die Aktivitäten von Rechtsextremistinnen bleiben dadurch unkontrollierter.

Die rechtsextreme Szene setzt das Wissen darüber, dass bei Mädchen und Frauen weniger ein politisches Handlungsmotiv vermutet wird, mittlerweile strategisch für ihre Zwecke ein. So übernehmen es häufig weibliche Aktivistinnen, Kontakt zu Jugendräumen herzustellen, Räume für Veranstaltungen und Konzerte anzumieten, Demonstrationen anzumelden, Internetportale einzurichten, Vereine in Vereinsregister eintragen zu lassen, Konten zu eröffnen und vieles mehr. Sie übernehmen somit all jene Aufgaben, bei denen der politische Hintergrund zunächst im Verborgenen bleiben soll, damit die Aktivitäten durch die Öffentlichkeit nicht verhindert werden (Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus 2014: Kapitel 8).

Ich beschäftige mich deshalb so ausführlich mit diesem Punkt, weil es besonders schwierig ist, diese über lange Zeit antrainierten Vorstellungen von Genderrollen aufzubrechen. Ich beobachte sehr oft, dass die Aufklärung über die aktive Beteiligung von Mädchen und Frauen theoretisch mitgetragen und verstanden wird, wenn ich allerdings nach einer Veranstaltung mit einzelnen Teilnehmer_innen gesprochen habe, wollten sie mir regelmäßig vermitteln, dass in ‚ihren Gruppen' die Mädchen eher wegen der männlichen Mitglieder teilnähmen und unpolitisch seien. Dies zeigt deutlich das sich verstärkende Zusammenspiel von einerseits genderrollentypischer Vorstellungen und andererseits der Schwierigkeit, politisches Kalkül bei den ‚eigenen Jugendlichen' (insbesondere den Mädchen) wahrzunehmen. Es bedarf hier intensiver Ausbildungsmodule im Hinblick auf eigene Geschlechterrollenwahrnehmungen, die bei der Reflexion von Handlungs- und Interaktionssituationen ansetzen müssen.

Ursachen der Hinwendung zur rechtsextremen Szene

Als letzten Punkt möchte ich auf Forschungsergebnisse eingehen, die ich im Hinblick auf die Hinwendung und Verortung von Mädchen und Frauen im

Rechtsextremismus erzielt habe (Köttig 2004) und davon ausgehend überlegen, wie mit diesen Ergebnissen im Rahmen von Sozialer Arbeit umgegangen werden kann.

Der prozesshafte Verlauf der Hinwendung und die Verortung der Mädchen/jungen Frauen in rechtsextremen Szenen basiert auf tiefgreifenden Erfahrungen. Es geschieht nicht zufällig, dass sich eine junge Frau der rechtsextremen Szene zuwendet; schon gar nicht, wenn sie in ihr über einen längeren Zeitraum verbleibt. Den Hintergrund der Verortung in der rechtsextremen Szene bildet ein wechselseitiges Zusammenwirken unbearbeiteter familiengeschichtlicher Themen, schwieriger biographischer Erlebnisse und stützender sozialer Rahmenbedingungen, die sich in einem lebenslangen Prozess entwickeln (ebd.). Die Herausbildung rechtsextremer Orientierungs- und Handlungsmuster ist weder ausschließlich an eine Erfahrungsdimension gebunden, noch ist ein einmaliges Erlebnis ausschlaggebend. Erst durch das Zusammentreffen und -wirken der oben aufgeführten Dimensionen (Familie, Biographie, Rahmenbedingungen) entwickeln und transformieren sich im Verlauf des Lebens rechtsextrem orientierte Haltungen. In diesem Prozess können zwar einzelne Dimensionen eine herausgehobene Rolle spielen, wie beispielsweise das Angewiesen sein auf eine rechtsextrem orientierte Gleichaltrigengruppe oder die Identifikation mit den Großeltern und von ihnen vermittelten Botschaften. Die Verortung der Mädchen und jungen Frauen im rechtsextrem orientierten Milieu ist allerdings nicht ausschließlich darauf zurückzuführen, sondern in einem wechselseitigen Zusammenwirken von Erfahrungen dieser Erlebenszusammenhänge begründet. Im Folgenden werde ich kurz auf die einzelnen Dimensionen eingehen.

Familiengeschichtliche Transformationen

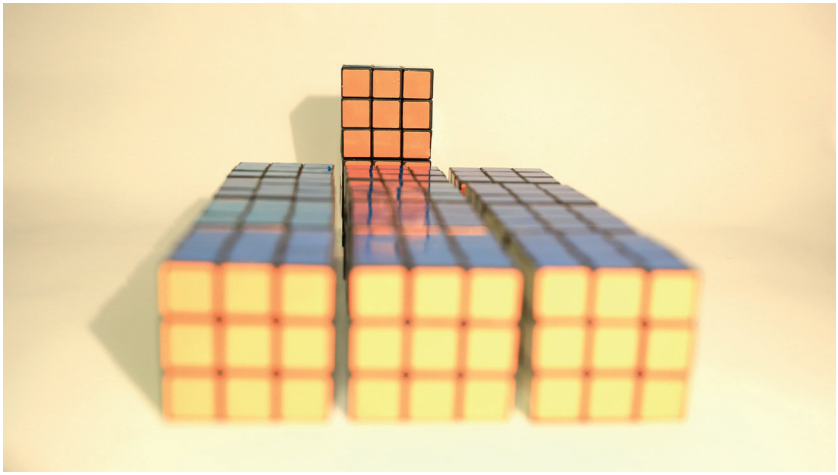
Familiengeschichtliche Ereignisse aus der Zeit des Nationalsozialismus, die in der Familie bisher nicht bearbeitet wurden, werden von den jungen Frauen in der Regel unbewusst aufgegriffen. In von mir rekonstruierten Biographien zeigen sich deutliche Hinweise darauf, dass das ‚Rechtssein' der jungen Frauen im Zusammenhang mit den von Großeltern und Eltern bisher nicht aufgearbeiteten und weitgehend dethematiserten Verstrickungen von Familiengeschichte und NS-Vergangenheit steht. Bezogen auf die Bearbeitung der Familiengeschichte während der Zeit des Nationalsozialismus deutet vieles darauf hin, dass bisher weder die Großeltern noch die Eltern der Betreffenden den reflektierenden Dialog über die Familienvergangenheit während der Zeit des Nationalsozialismus eröffnet haben; d. h. es konnten in keinem der rekonstruierten Fälle Hinweise auf eine aufdeckende Auseinandersetzung mit der Mitverantwortung sowie die Beteiligung am Nationalsozialismus und mit damit verbundenen möglicherweise begangene Verbrechen gefunden wer-

den. Ganz im Gegenteil zeigt sich, dass die jungen Frauen Opfer- und Leidensgeschichten ihrer Großeltern thematisch ausbauen und Verdachtsmomente im Hinblick auf deren Täter_innenschaft negieren. Als ein spezifisches Phänomen wird in den rekonstruierten Biographien zudem deutlich, dass insbesondere die Großväter als NS-Helden konstruiert werden: Es werden ihnen positiv besetzte Funktionen und Aktivitäten im NS zugeschrieben, die sie in der von den Enkelinnen dargestellten Weise nicht inne hatten. In diesem Zuschreibungsprozess verschmelzen bruchstückhafte Wissensbestände aus der NS-Vergangenheit der Großväter und Beziehungserfahrungen mit ihnen. Die jungen Frauen schaffen sich darüber entsprechend ihrer politischen Orientierung Identifikationsvorbilder innerhalb ihrer Familie (vgl. punktuell auch Rommelspacher 1995; Welzer u. a. 2002).

Biographische Entwicklungen insbesondere im Hinblick auf die Elternbeziehungen

Die Identifikation mit den Großvätern wird deshalb notwendig, weil die mittlere Generation, also die Eltern der Mädchen/jungen Frauen, in der Regel nur unzureichend ihrer elterlichen Verantwortung nachkommt. Ich konnte in dieser Hinsicht bisher zwei Muster herausarbeiten: Entweder wurden die Mädchen/jungen Frauen durch die Eltern extrem traumatisiert oder in destruktive elterliche Bündnisse eingebunden, aus denen immer eine Person, in der Regel sie selbst oder der Vater, ausgegrenzt zu werden droht oder tatsächlich ausgegrenzt wird. Beiden Varianten ist gemeinsam, dass die Identifikation mit den Eltern und mit deren Handeln kaum entwickelt werden kann bzw. widersprüchlich bleibt. Auffällig in diesem Zusammenhang ist zudem, dass die Mädchen/jungen Frauen entweder ihre Mütter verlieren (diese sterben oder verschwinden) oder eine Solidarität mit ihnen gegen ihre Väter aufbauen.

Es zeigt sich, dass die Mädchen/jungen Frauen mit dem Einstieg und der Verortung in der rechtsextremen Szene häufig auf diese destruktiven Elternbeziehungen reagieren und versuchen, diese zu bearbeiten. Dies bedeutet, dass die rechtsextrem orientierten Haltungen und Aktivitäten thematisch eng mit der Familien- und Lebensgeschichte verbunden sind. So konnte ich beispielsweise rekonstruieren, dass das politische Argument, sexuelle Übergriffe gingen vorrangig von ausländischen Männern aus, von einer jungen Frau extensiv vertreten wurde, die durch ihrem Vater sexualisierter Gewalt ausgesetzt war und dies bis dahin nicht aussprechen konnte. Ihren Vater definierte sie aufgrund seines österreichischen Hintergrundes als ‚ausländisch' und konnte ihn so in generalisierter Form als ‚männlichen Ausländer' anklagen (Köttig 2004: 181ff.).



Soziale Rahmenbedingungen

In vielen Gegenden der Bundesrepublik stellen Rechtsextreme mittlerweile den Mainstream jugendkultureller Selbstpräsentation dar. Dies gilt insbesondere für ländliche Gebiete, da die Variationen von Jugendkulturen aufgrund der Bevölkerungszahlen limitiert sind. Mädchen und junge Frauen wachsen in diesen Gegenden oft bereits mit einem rechten Mainstream auf. Wie bereits angedeutet, bieten Angebote der Jugendhilfe (einschließlich der Jugendförderung/-bildung wie auch der Schulen) kaum adäquate Alternativen und stützen partiell unbewusst und auch bewusst rechtsextreme Handlungs- und Orientierungsmuster. Gleichzeitig werden die Lücken, die durch Sparmaßnahmen im Bereich der öffentlichen Jugendhilfe und der freier Träger entstehen, mit Angeboten von Rechtsextremen gefüllt. Dies ermöglicht rechtsextremen Organisationen schon sehr früh den Zugang und die Manipulation von Kindern und Jugendlichen, während staatliche Institutionen diesen sehr sensiblen Bereich zu leichtfertig aus der Hand geben.

Allerdings ist die Tatsache, dass Rechtsextreme Jugendlichen Angebote bereitstellen und/oder dass rechte Jugendcliquen Mainstream sind, nicht allein ausschlaggebend für die längerfristige Verortung innerhalb der Szene – wie bereits diskutiert wurde. Mit dem Aspekt der sozialen Rahmenbedingungen möchte ich deutlich machen, dass der Rechtsextremismus von Mädchen und Frauen nicht einfach nur eine unbedeutende Spielart darstellt, die ungefährlich ist und sich von selbst erledigt. Vielmehr stehen jeweils spezifische, vielschichtige und lebenslang aufgebaute Dynamiken dahinter. Wenn der rechtsextremen Entwicklung dieser jungen Frauen wirkungsvoll begegnet werden soll, gilt es, diese Dynamiken zu verstehen, um effektive Angebote entwickeln zu können. Dies erfordert einen intensiven Begleitprozess, in dem Selbstverstehensprozesse bei den Mädchen/jungen Frauen angeregt werden. Dies bedeutet, dass ihnen die Hintergründe für die Hinwendung zur und Verortung in der rechtsextremen Szene nach und nach bewusst werden müssen. Diesen Prozess zu begleiten ist eine sehr verantwortungsvolle Aufgabe. Auf geeignete methodische Zugänge gehe ich im Folgenden ein.

Methodische Überlegungen

Wie in meinen bisherigen Ausführungen deutlich wurde, ist ein definitorisches und an schematisierten methodischen Abläufen orientiertes Vorgehen kaum angemessen, um die unterschiedlichen und sich immer verändernden rechtsextremen Ausdrucksformen wahrzunehmen und ihren Hintergründen auf die Spur zu kommen. Vielmehr müssen die methodischen Instrumente so

angelegt sein, dass sie eine genaue Wahrnehmung der Sozialen Kontexte, einzelner Jugendlicher und auch der Gruppe ermöglichen.

Damit verbunden ist die Reduzierung des Handlungsdrucks bezüglich der Bereitstellung von Angeboten, um zunächst herausfinden zu können, welche politischen Handlungs- und Orientierungsmuster in der Gruppe/von der einzelnen Person vertreten werden und wie es zu diesen Erscheinungsformen kommt. Erst danach kann gefragt werden, welche Angebote bei dieser Gruppenkonstellation oder für diese_n Jugendliche_n sinnvoll sind. Ich plädiere daher dafür, nicht alles abdecken zu wollen, sondern stattdessen für die Konzentration einer qualitativ hochwertigen Arbeit im abgesteckten Bereich, deren positive Effekte dann auch schnell sichtbar werden.

Im Folgenden möchte ich Techniken skizzieren, mit deren Hilfe genaues Wahrnehmen und Verstehen umgesetzt werden kann (ausführlich in Köttig 2014). Ich arbeite hier vor allem mit Gesprächs- und Beobachtungstechniken, die in abgewandelter Form auch in Forschungsprozessen eingesetzt werden, um zu neuen Erkenntnissen zu gelangen (ausführlich in Köttig 2007). Im Umgang mit den Jugendlichen/der Gruppe sehe ich zwei generelle Haltungen als weiterbringend an: Erstens das Verstehenwollen im Gegensatz zum Zuordnen, Interpretieren und Erklären sowie zweitens die methodische Befremdung im Gegensatz zu einer vermeintlichen Vertrautheit. Als Techniken zur Umsetzung schlage ich die narrative Gesprächsführung und die teilnehmende Beobachtung vor. Diese Techniken müssen sehr intensiv trainiert werden, um sie erfolgversprechend einzusetzen.

Verstehenwollen versus Zuordnen, Interpretieren und Erklären

Es ist anzunehmen, dass Betreuende in der Offenen Jugendarbeit davon ausgehen, ihre Gruppe gut zu kennen. Aus dieser vermeintlichen Vertrautheit des Feldes folgt in der Regel, dass die Ereignisse oft vorschnell in bisherige Zuordnungsschemata eingeordnet und deren Bedeutung damit erklärt wird. Veränderungen werden zu spät wahrgenommen oder ihnen wird zu wenig Bedeutung beigemessen. Das systematische Einnehmen der Haltung des Verstehenwollens soll der vorschnellen Interpretation entgegenwirken, um Fragen aufzuwerfen wie: ‚Welche unterschiedlichen Erklärungen könnte es dafür geben?', und daran anschließend: ‚Wenn diese Erklärung stimmt, wie könnten wir darauf reagieren, was bedeutet es für die Gruppe und für unsere weitere Arbeit?'.

Methodische Befremdung versus vermeintliche Vertrautheit

Eine methodische Hilfestellung bei diesem verstehenden Zugang ist eine systematische Fremdheitshaltung, d. h. sich das Arbeitsfeld bewusst fremd zu machen (Schütze 1994). Als geeignete Praxisdevise bietet Fritz Schütze den Sozialpädagog_innen an, sich als „Lernender zu begreifen, der in einen für ihn fremden Gesellschaftsausschnitt auf abgekürzte Weise partiell sozialisiert wird – dies im Sinne des Einwanderers, der sich in einer fremden Gesellschaft zurecht finden muss" (ebd.: 223). Diese Haltung dient dazu, das (vermeintliche) Expert_innenwissen und generell das eigene Vorwissen zunächst in der Begegnung zurückzustellen, nicht zu schnell zu erklären, zu bewerten und bestimmte ‚Diagnosen' festzuschreiben, sondern dem Arbeitsfeld offen und mit Neugier zu begegnen. Sozialarbeiter_innen werden durch eine solche Haltung sensibilisiert, Veränderungen einzelner Jugendlicher oder auch in der Atmosphäre der Gruppe wahrzunehmen. Die Neugier gegenüber dem ‚Fremden' und das ‚Verstehenwollen' geben den Weg frei zu einer systematischen Beobachtung der Lebenswelt der_des Jugendlichen respektive der Gruppe.

Als geeignete ‚Werkzeuge' des ‚Verstehenwollens' bieten sich das Beobachten, Zuhören und Nachfragen an. Durch die genaue Beobachtung der Handlungsabläufe in der Gruppe, aber auch der Aktivitäten einzelner Jugendlicher im Gruppenkontext, kann die oben erwähnte ‚methodische Fremdheitshaltung' am konsequentesten umgesetzt werden. Das genaue und gezielte Hinsehen und Hinhören ermöglicht, Aspekte der Wirklichkeit, die als selbstverständlich vorausgesetzt werden, neu wahrzunehmen und nach den Praktiken ihrer Erzeugung zu fragen. Beobachten bedeutet, genau hinzusehen, sich zu merken, was in welchem chronologischen Verlauf in der Gruppeninteraktion passiert, was von einzelnen Jugendlichen thematisiert oder in den Gruppenkontext eingebracht wird (wie Flugblätter, Musik etc.).

Neben dem gezielten Beobachten ist auch die Art, wie Gespräche angelegt werden, um mehr über die Jugendlichen zu erfahren, aber auch um Selbstverstehensprozesse bei ihnen auszulösen, von besonderer Bedeutung (Rosenthal u. a. 2006). Die hierzu notwendigen Nachfragetechniken müssen gezielt trainiert werden, da in unserem alltäglichen Kommunikationsverhalten die gezielte Aufforderung zum Erzählen kaum verankert ist. Sozialarbeiter_innen werden so als Gegenüber wahrnehmbar, das an den subjektiven Erlebnissen interessiert ist und das in erster Linie zuhört. Den zuhörenden Sozialarbeiter_innen eröffnet eine solche narrative Gesprächstechnik eine nicht durch institutionelle Vorgaben fokussierte Wahrnehmung auf die Jugendlichen und macht den Weg frei für eine umfassende Wahrnehmung der Lebenssituation und der Geschichte des Lebens des_der Jugendlichen. Darüber hinaus wird auch dezidierter erkennbar, welche Ideologiefragmente der_die Jugendliche

einführt, auf welche Gruppierungen und Kontexte verwiesen wird sowie in welchen Bereichen er_sie in der rechtsextremen Szene engagiert ist.

Denkbar ist in der Offenen Jugendarbeit auch, in Gruppengesprächen erzählgenerierende Nachfragen einfließen zu lassen, um so auch das Erzählen und voneinander Erfahren unter den Jugendlichen als Gesprächsmodi zu etablieren. Die erzählgenerierende Haltung in Gesprächen führt dazu, dass die Jugendlichen auch die Gruppenkommunikation als einen Raum erleben, der weniger durch einen bewertenden als vielmehr durch einen respektvollen und von Interesse gekennzeichnet Umgang getragen wird. Die Jugendlichen können so nicht nur die Betreuenden, sondern auch andere Gruppenangehörige als interessierte Gegenüber kennenlernen, sie erfahren voneinander und lernen, sich auf die anderen einzulassen. Solche Erfahrungen setzen in der Regel die Motivation zur Fortführung von Gesprächen frei, eröffnen einen intensiven Gruppendialog und ermöglichen die Wahrnehmung kreativer Handlungsspielräume.

Verstehenwollen umfasst jedoch nicht allein das Beobachten und die Kommunikation innerhalb der sozialen Wirklichkeit, sondern auch deren Reflexion. Dazu ist es notwendig, aus dem konkreten Interaktionsgeschehen herauszutreten, um die Möglichkeit zu haben, ohne Handlungsdruck über das Beobachtete und Gehörte nachdenken zu können. Denn Reflexionen über das Wahrgenommene unterliegen anderen Anforderungskriterien als genaues Beobachten und Zuhören. Wahrnehmen und Interpretieren sind Prozesse, die sich genau genommen gegenseitig ausschließen. Beginne ich z. B. während des Zuhörens über die Bedeutung des Gesagten nachzudenken, werde ich nicht mehr aufmerksam zuhören können. Daher ist es in der konkreten Interaktionssituation sinnvoll, sich auf die genaue Wahrnehmung des Handlungsablaufs zu konzentrieren und Überlegungen beziehungsweise Interpretationen zum Erlebten auf die Zeit nach der Begegnung zu verschieben.

Es bietet sich dabei an, beispielsweise mit Memos zu arbeiten, ähnlich wie es in qualitativen Forschungsprozessen gemacht wird (exemplarisch Friebertshäuser 1997). Memos dienen der möglichst genauen Aufzeichnung des Verlaufs von Handlungsabläufen oder Gesprächen in der Gruppe oder mit einzelnen Jugendlichen. Diese Notizen helfen einerseits, in weiteren Gesprächen den Erzählfaden aufzugreifen, um gezielter Nachfragen stellen zu können. Das Wissen über einzelne Jugendliche oder die Hinweise, die sich aus diesen Begegnungen mit der Gruppe ergeben, sollten andererseits durch gezielte Recherchen über den sozialen Raum, bezogen auf Spezifika der rechtsextremen Szene im sozialen Umfeld, ergänzt werden. Hier können Musikgruppen, Organisationen und/oder einzelne Personen, die erwähnt wurden, recherchiert werden.

Eine weitere Phase der Reflexion des Festgehaltenen könnte in der Weise erfolgen, dass verschiedene Möglichkeiten des Verstehens und der Erklärung von Verhaltensweisen und Aussagen entworfen werden, d. h. anhand eines Ereignisses oder eines Verhaltens im Gruppenkontext können verschiedene Hypothesen zu dessen Bedeutung aufgestellt werden. Ein solches Vorgehen eröffnet die Möglichkeit, ein Phänomen aus ganz unterschiedlichen Perspektiven zu betrachten und eben nicht eine Version zu schnell als die einzig mögliche anzusehen. So wird auch sichtbar, welche Bereiche des professionellen Alltags bisher zu wenig betrachtet wurden; beispielsweise könnten dies die Aktivitäten der weiblichen Jugendlichen im Hintergrund sein. Reflexion wird in diesem Sinne als eine systematische Zuwendung und ein ‚verstehendes Nachvollziehen' der erlebten Interaktionsverläufe im Arbeitsalltag der Offenen Jugendarbeit angesehen.

Mit dem Wissen, das durch eine solche systematische Reflexion generiert wird, kann dann wieder in die konkrete Arbeit mit den Jugendlichen zurückgegangen werden. Es können erneut Gesprächssituationen gesucht werden, aber auch gezielt Beobachtungen auf die Bereiche fokussiert werden, die bisher zu wenig im Blickfeld lagen. Hierbei geht es darum, die bisher entwickelten Hypothesen zu testen, bisher Unbeachtetes zu erkennen und auch darum, die Jugendlichen zu weiteren Gesprächen zu motivieren. Daneben können die Jugendlichen auch dazu angeregt werden, über Gedanken und Ideen zu sprechen, die ihnen seit dem letzten Gespräch durch den Kopf gegangen sind. In diesen Prozess können auch Sozialarbeiter_innen ihre Vorschläge einbringen. Als wichtig erscheint es mir dabei, dass sich diese Ideen oder Deutungen nur auf von den Jugendlichen erwähnte Ereignisse beziehen, als *mögliche* Deutungen angeboten werden und in einen gemeinsamen Austausch über mögliche Angebote einmünden sollten, aus welchen die_der Jugendliche für sich das Geeignete auswählen kann. Die nachfolgenden Begegnungen mit dieser_diesem Jugendlichen orientieren sich dann anm Vorangegangenen: An den bisherigen Gesprächen, den Alltagserlebnissen der_des Jugendlichen, den Reflexionsprozessen auf Seiten der Betreuungsperson, zu denen auch die_der Jugendliche angeregt wird. In diesem Dialog gelangen sowohl der_die Jugendliche selbst wie auch die Betreuungspersonen zunehmend zu Erkenntnissen darüber, welche Problemlagen und Ressourcen der_die Jugendliche entwickelt hat und welcher Art von Begleitung sie_er bedarf. Im Rahmen dieses Aushandlungsprozesses muss der_die Betreuende sehr deutlich markieren, wo die eigenen Grenzen des noch zu tolerierenden Verhaltens liegen, d. h., es geht nicht um das ‚Verstehen um jeden Preis', sondern – gerade bei rechtsextrem orientierten Jugendlichen – um klare und deutlich markierte Grenzziehungen, was bestimmte Entwicklungen angeht.

Einen ähnlichen Dialog im Kontext der Gruppe zu entwickeln ist schwieriger, da dies im Hinblick auf die verschiedenen Wahrnehmungsebenen sehr viel komplexer ist. Die Reflexion von Gruppengesprächen wird deshalb auch noch mehr Reflexionszeit in Anspruch nehmen. Mit der notwendigen Grundausstattung an Personal und Reflexionszeit sollte es jedoch auch möglich sein, in Gruppengesprächen Ergebnisse von Reflexionsprozessen einmünden zu lassen, Ideen zu den Interaktionsmustern der Gruppe oder zu ‚Gruppenthemen' zu formulieren und vor allem auch deutliche Grenzen zu setzen, wenn erkennbar wird, dass die Gruppe zu sehr hinter den Kulissen und an den Betreuenden vorbei agiert, so dass die Reflexion der Ereignisse nicht mehr möglich ist. Arbeit mit der Gruppe bedeutet hier auch, schwierige Themen, Handlungsweisen und Deutungen mit der Gruppe zu bearbeiten und in konkreten Gruppensituationen immer wieder als Thema einzubringen und zu diskutieren. Einen solchen Dialog in einer Gruppe aufrechtzuerhalten, kann für soziale Fachkräfte anstrengend sein und ist ein Balanceakt zwischen ‚Sich-der-Lächerlichkeit-preisgeben' und dem Einleiten von Veränderungsprozessen.

Resümee als Ausblick auf das Ressourcenproblem

Die Bekämpfung rechtsextremer Tendenzen stellt Pädagog_innen im Bereich der Offenen Jugendarbeit vor erhebliche Herausforderungen. Diese und Dilemmata, die sich aus der Arbeit ergeben können, habe ich versucht zu benennen. Ob bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus wirklich Erfolge erzielt werden können, liegt vor allem daran, welche Rahmenbedingungen für diese Arbeit vorzufinden sind und geschaffen werden. Auf diesen Aspekt möchte ich in meinem abschließenden Resümee Bezug nehmen.

Ein generelles Problem in diesem Bereich der Sozialen Arbeit sind die geringen Ressourcen, die von Seiten öffentlicher und privater Geldgebender für Soziale Arbeit zur Verfügung gestellt werden. Das besondere Problem, welches sich daraus ergibt, ist die Unbeständigkeit der Teams aufgrund zeitlich begrenzter Anstellungsverhältnisse sowie schwieriger Arbeitsbedingungen. Hinzu kommen häufig als ‚Umstrukturierungsmaßnahmen' bezeichnete faktische Einsparmaßnahmen oder gar die Auflösung ganzer Arbeitsbereiche, wie dies in den letzten Jahren gerade im Bereich der Offenen Jugendarbeit und der Jugendbildungsarbeit zu beobachten ist. Gelder werden für diese kaum noch bereitgestellt, stattdessen werden Stellen im Bereich der Schulsozialarbeit oder der Streetwork geschaffen. Diese Entwicklung hat weitreichende Folgen, die allerdings zu wenig öffentlich thematisiert und stattdessen in Konkurren-

zen innerhalb der Sozialen Arbeit ausgetragen werden, obwohl jedes dieser Arbeitsfelder ein jeweils eigenes wichtiges Aufgabengebiet Sozialer Arbeit abdeckt.

Im Hinblick auf die Ressourcenknappheit und die Auflösung ganzer Arbeitsfelder reicht es nicht aus, diese zu bedauern und dennoch zu versuchen, alles irgendwie zu schaffen, und dabei immer wieder mit den Unzulänglichkeiten in Konflikt zu geraten. Ein anschauliches Beispiel ist die Betreuung mehrerer Jugendräume in verschiedenen Orten/Landstrichen, die von den Sozialarbeiter_innen lediglich in großen Abständen kurz besucht werden können. Dies ist in ländlichen Räumen die Regel und läuft unter dem Label ‚selbstverwaltete Jugendräume'. Vor dem Hintergrund rechtsextremer Tendenzen ist diese (erzwungene) Praxis besonders problematisch, da es unmöglich ist, wirklich zu überblicken, was in den einzelnen Cliquen passiert, welche Rolle rechtsextreme Handlungs- und Orientierungsmuster hier spielen und welche Gefahr damit verbunden ist.

Gerade hier entsteht unter Sozialarbeiter_innen die ständige Unsicherheit, was die (potenziell) rechten Jugendlichen, die sich dort aufhalten, anrichten können, und ist mit der Angst verbunden, dass ihnen vorgeworfen wird, die Ausbreitung rechter Jugendlicher in den von ihnen betreuten Räumen zu dulden. Diese permanente Verunsicherung, das damit verbundene Dilemma und die Angst, selbst ins Schussfeld entweder der rechten Jugendlichen, des Trägers oder der kommunal Verantwortlichen zu geraten, kann nicht zur Arbeitszufriedenheit beitragen, sondern führt zu Überforderung und der Suche nach ‚besseren Möglichkeiten'. Dies wiederum führt zu wechselnden Teamzusammensetzungen, die sich dann negativ auf die Beständigkeit und das Knowhow im Arbeitsfeld auswirken – ein Zirkel, bei dem niemand profitiert, außer rechte Organisationen.

Elementar ist zudem ausreichend Reflexionszeit. Zur genauen Rekonstruktion der wahrgenommenen Interaktionsprozesse ist mindestens so viel Zeit nötig wie für den direkten Kontakt mit der Zielgruppe. Dies ist deshalb so wichtig, weil sonst die Gefahr besteht, die Gruppeninteraktionen und die Wirkungsweise des eigenen Handelns nicht in Gänze zu erfassen und so (gegebenenfalls unbewusst und vielleicht auch unwillentlich) rechte Tendenzen weiter zu stützen (Köttig 2004: 89ff.).

Um diesen Kreislauf zu durchbrechen, ist es sinnvoll, die Arbeit nicht einfach ‚irgendwie' zu bewältigen, sondern auf der Basis der oben angesprochenen kommunalen, historischen und gegenwartsbezogenen Analysen grundlegend die Bedarfe für Soziale Arbeit im Zuständigkeitsbereich aufzuzeigen, also Arbeitsfelder, Aufgaben etc. mit der dazu notwendigen Ausstattung an Personal, Kontakt- und Reflexionszeit zu definieren. Insbesondere im Hinblick auf die Arbeit gegen rechtsextreme Tendenzen ist es außerordentlich

wichtig, gezielt für das Arbeitsfeld geschult und permanent weitergebildet zu werden.

Eine adäquate Ausstattung mit Personal und Zeit sowie gezielte Ausbildung und Reflexion sind aus meiner Sicht die zentralen Voraussetzungen dafür, dass Soziale Arbeit langfristig rechtsextremen Tendenzen wirkungsvoll entgegenwirken kann.

Literatur

Büttner, Frauke/Lang, Juliane/Sigl, Johanna (2012): Mediale Klischeereproduktion: Zur Berichterstattung über die Neonazistin Zschäpe. In: Femina Politica, Nr. 1, 21. Jg., S. 123–127.

Eckert, Roland/Reiss, Christa/Wetzstein, Thomas A. Wetzstein (2000): ‚Ich will anders sein wie die anderen!': Abgrenzungen, Gewalt und Kreativität bei Gruppen Jugendlicher. Opladen: Verlag Leske und Budrich.

Elias, Norbert/Scotson, John L. (2002): Etablierte und Außenseiter. Gesammelte Schriften, Band 4. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag (1965).

Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus (2014): Mädchen und Frauen in der extremen Rechten. Handreichung, Berlin: Eigendruck (2. aktualisierte Auflage).

Friebertshäuser, Barbara (1997): Feldforschung und teilnehmende Beobachtung. In: Dies./Annedore Prengel (Hrsg.): Handbuch Qualitative Forschungsmethoden in der Erziehungswissenschaft. Weinheim/München: Juventa Verlag, S. 371–395.

Hafeneger, Benno/Jansen, Mechthild M. (2001): Rechte Cliquen. Alltag einer neuen Jugendkultur. Weinheim/München: Juventa Verlag.

Köttig, Michaela (2004): Lebensgeschichten rechtsextrem orientierter Mädchen und junger Frauen – Biographische Verläufe im Kontext der Familien- und Gruppendynamik. Gießen: Psychosozial-Verlag.

Köttig, Michaela (2007): Zwischen Handlungsdruck im Interaktionsgeschehen und Fallverstehen. Zur Übersetzung rekonstruktiven Vorgehens aus dem Forschungsprozess in die Offene Jugendarbeit. In: Giebeler, Cornelia/Fischer, Wolfram/Goblirsch, Martina/Miethe, Ingrid/Riemann, Gerhard (Hrsg.): Fallverstehen und Fallstudien. Interdisziplinäre Beiträge zur rekonstruktiven Sozialarbeitsforschung. Rekonstruktive Forschung in der Sozialen Arbeit, Band 1. Opladen: Verlag Barbara Budrich, S. 79–92.

Köttig, Michaela (2008a): Gegenstrategien Jugendarbeit: Umgang mit rechtsextremen Jugendlichen in der Offenen Jugendarbeit. In: Molthagen, Dietmar/Klärner, Andreas/Korgel, Lorenz/Pauli, Bettina/Ziegenhaben, Martin (Hrsg.): Lern- und Arbeitsbuch. Gegen Rechtsextremismus. Handeln für Demokratie. Bonn: Verlag J. H. W. Dietz, S. 258–267.

Köttig, Michaela (2008b): Der biographische Ansatz in der Einzelfallhilfe mit rechtsextrem orientierten Mädchen und jungen Frauen. In: Forum Qualitative

Sozialforschung, Nr. 1, 9. Jg. http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/319/699 [Zugriff: 27.2.2015].
Köttig, Michaela (2014): (Biographisch-)Narratives Arbeiten in der Einzel- und Gruppenarbeit. In: Baer, Silke/Möller, Kurt/Wiechmann, Peer (Hrsg.): Verantwortlich Handeln: Praxis der Sozialen Arbeit mit rechtsextrem orientierten und gefährdeten Jugendlichen. Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich, S. 117–128.
Rommelspacher, Birgit (1995): Schuldlos – Schuldig? Wie sich junge Frauen mit Antisemitismus auseinandersetzen. Hamburg: Konkret Literatur Verlag.
Rosenthal, Gabriele/Köttig, Michaela/Witte, Nicole/Blezinger, Anne (2006): Biographisch-narrative Gespräche mit Jugendlichen. Chancen für das Selbst- und Fremdverstehen. Opladen: Verlag Barbara Budrich.
Schütze, Fritz (1994): Ethnographie und sozialwissenschaftliche Methoden der Feldforschung. Eine mögliche methodische Orientierung in der Ausbildung und Praxis der Sozialen Arbeit. In: Groddeck, Norbert/Schumann, Michael (Hrsg.): Modernisierung Sozialer Arbeit durch Methodenentwicklung und -reflexion. Freiburg im Breisgau: Lambertus-Verlag, S. 189–297.
Welzer, Harald/Moller, Sabine/Tschuggnall, Karoline (2002): „Opa war kein Nazi". Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis. Frankfurt am Main: Fischer Verlag.

2.4 „Dann bin ich ja gar nicht mehr authentisch“

Die Gefahr von Verkürzungen in der pädagogischen Rechtsextremismusprävention

Vivien Laumann und Kevin Stützel[1]

Unserer Beobachtung nach haben die Begriffe ‚Authentizität‘ und ‚Neutralität‘ Konjunktur in der pädagogischen Praxis. In Diskussionen um pädagogische Rollenverständnisse scheinen sie für die individuelle Autonomie der Pädagog_innen und Adressat_innen zu stehen. In den Fortbildungen des Modellprojektes ‚Männlichkeit(en) und Rechtsextremismus‘ (Dissens 2011)[2] haben wir die Erfahrung gemacht, dass diese Begriffe allerdings nur eine scheinbare Sicherheit geben. Deutlich wurde, dass die Begriffe für die Pädagog_innen, die an den Fortbildungen teilgenommen haben, einen hohen Erklärungsgehalt aufwiesen, inhaltlich aber von ihnen nicht gefüllt werden konnten. Eine Folge war häufig der Abbruch einer kritischen Reflexion der eigenen pädagogischen Praxis.

Im folgenden Text werden wir zunächst auf die Fortbildungsreihen eingehen, um den Kontext unserer Beobachtungen transparent zu machen. Wir geben dann einen kurzen Einblick in die pädagogische Fachdebatte zu professionellem Handeln. Anschließend setzen wir uns mit den Konzepten ‚Authentizität‘ und ‚Neutralität‘ sowie ihrer Bedeutung in der pädagogischen Praxis auseinander, analysieren, welche Implikationen die Begriffe für das pädagogische Handeln im Bereich der geschlechterreflektierten Rechtsextremismusprävention haben, und zeigen, welche Probleme sie mit sich bringen.

1 Für die Diskussionen und inhaltlichen Anregungen zu diesem Text danken wir Christian Beeck, Andreas Hechler, Thomas Viola Rieske, Sebastian Schädler und Olaf Stuve.

2 Die Fortbildungen zum Thema geschlechterreflektierte Rechtsextremismusprävention wurden 2013/14 in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern durchgeführt.

Zum Kontext: Die Fortbildungsreihe Vielfalt_Macht_Schule

Die Fortbildungsreihe, auf deren Erfahrungen wir zurückgreifen, setzte sich mit geschlechterreflektierter Arbeit an Schulen und der Prävention von Rechtsextremismus auseinander. Die Konzeption und Durchführung war zentraler Bestandteil des Modellprojekts ‚Männlichkeit(en) und Rechtsextremismus', das von 2011 bis 2014 bei *Dissens – Institut für Bildung und Forschung e. V.* realisiert wurde. Die Fortbildungen bestanden aus vier Modulen à zwei Tagen und erstreckten sich über ein halbes Jahr. Als programmatische Klammer lag das Dissens-Konzept zu geschlechterreflektierter Pädagogik zu Grunde, das aus den Bausteinen *Wissen – Haltung – Methodik/Didaktik* und *Arbeitsbedingungen* besteht (Debus u. a. 2012). Die Bausteine sind als verschiedene Ebenen zu verstehen, die miteinander verknüpft sind. Der Baustein *Wissen* besteht aus der Vermittlung von Hintergrundinformationen zu rechtsextremer Ideologie, Erscheinungsformen und Erlebniswelten (Musik, Kleidung, Symbole) und setzte sich mit verschiedenen pädagogischen Ansätzen in der Präventionsarbeit auseinander. Außerdem wird auf vergeschlechtlichte Aspekte in den Ideologieelementen des modernen Rechtsextremismus eingegangen. Mit Bezügen auf Geschlechtertheorien und die Geschichte geschlechterreflektierter Pädagogik fand zudem eine Auseinandersetzung mit den (geschlechtsbezogenen) Funktionen der Hinwendungs- und Distanzierungsprozesse von Jugendlichen zu/von rechten Szenen statt. Der Baustein *Haltung* beabsichtigt dagegen, die Pädagog_innen für geschlechtsbezogene Bilder und Zuschreibungen zu sensibilisieren und diese in Bezug auf die eigene Praxis zu reflektieren. Außerdem wurde eine Auseinandersetzung mit den Implikationen der eigenen Sprache, Inhalten und Methoden hinsichtlich Männlichkeits- und Weiblichkeitsanforderungen angeregt. Unserer Erfahrung nach wünschen sich Fortbildungsteilnehmer_innen häufig eine Art ‚Werkzeugkoffer gegen Rechts' mit eindeutigen Anleitungen und Methoden für die eigene Praxis, die möglichst schnell und nachhaltig wirken sollen. Im Unterschied dazu war uns wichtig zu betonen, dass es zwar darum geht, neue Methoden für die Praxis kennenzulernen, aber eine ausschließlich pädagogische Bearbeitung einem gesellschaftlichen Problem wie Rechtsextremismus nicht gerecht werden kann. Zudem war uns ein Anliegen, im Baustein *Methodik/Didaktik* neben dem Erlernen neuer Methoden, diese auch hinsichtlich ihrer Grenzen und Fallstricke zu analysieren. Unser Ziel war es, einen reflektierten Umgang mit Methoden zu vermitteln. Zusätzlich zu den inhaltlichen Schwerpunkten der Fortbildungsreihe bekamen die Teilnehmer_innen zwischen den einzelnen Modulen ‚Beobachtungshausaufgaben'. Die Praxisbeobachtungen aus dem Arbeitsalltag der Teilnehmer_innen wurden in der Fortbildung dann

aufgegriffen und gemeinsam reflektiert. Einige Teilnehmer_innen nutzten die Fortbildungsreihe zudem, um eigene Praxisprojekte zu realisieren und diese in der Seminargruppe auszuprobieren und zu diskutieren.

‚Authentizität' und ‚Neutralität' im Lichte der pädagogischen Fachdebatte

Betrachtet man die pädagogische Fachdebatte, so fällt auf, dass die Begriffe ‚Authentizität' und ‚Neutralität' darin keinen zentralen Stellenwert haben. Während sich in sozialpädagogischen Wörterbüchern beide Begriffe nicht finden (z. B. Kreft/Mielenz 2013; Thole/Höblich/Ahmed 2012), ist im Bereich der Lehrer_innenbildung durchaus eine Diskussion um den Begriff der ‚Lehrerpersönlichkeit' feststellbar.[3] Der Begriff wird allerdings nicht synonym mit Authentizität verwendet. Er ist darüber hinaus als stark normativ aufgeladener Begriff in der pädagogischen Fachdebatte umstritten. Dort wird durchaus über die Anforderungen und die Spezifik pädagogischen Handelns diskutiert, was sich beispielsweise in der Debatte um die Professionalität und die Professionalisierung pädagogischen Handelns zeigt. Im Zuge der Debatte wird versucht, die Frage zu beantworten, „welches Element pädagogischen Handelns angesichts der Vielfalt pädagogischer Berufe überhaupt dessen gemeinsame Eigenart verkörpert" (Combe/Helsper 2002: 30). Die in diesem Zusammenhang diskutierten Professionalisierungstheorien eignen sich als Ausgangspunkt, um unsere Erfahrungen aus den Fortbildungsreihen mit den Begriffen ‚Authentizität' und ‚Neutralität' in einem breiteren Zusammenhang zu analysieren.

Professionalisierungstheorien in der Pädagogik versuchen neben anderen Aspekten den Kern pädagogischen Handelns zu bestimmen.[4] Professionen werden als Handlungssysteme verstanden, in denen es um die „methodische Konkretisierung des Einzelfalls" und im Handlungsvollzug um „Angemessenheit" und „Wirksamkeit" geht (Merten 2008: 670). Für die Auseinandersetzung mit den Begriffen ‚Authentizität' und ‚Neutralität' sind vor allem soziologisch inspirierte Professionalisierungstheorien relevant, die die Binnenlogik pädagogischen Handelns fokussieren. Das strukturtheoretische Professionsmodell

3 Ausgehend von einer Meta-Analyse bereits vorhandener quantitativer Erhebungen des Erziehungswissenschaftlers John Hattie wurde der Begriff der ‚Lehrerpersönlichkeit' kontrovers diskutiert (exemplarisch Terhart 2014).

4 Zum Überblick über die Professionalisierungsdebatte in der (Sozial-)Pädagogik siehe u. a. Combe/Helsper (2000) und Merten (2013).

von Ulrich Oevermann knüpft in seinen Überlegungen an die Rekonstruktion therapeutischer Praxis an und fasst pädagogisches Handeln als spannungsreich. In seiner sozialisatorischen Sichtweise kommt es im pädagogischen Handeln u. a. auf die Bewältigung des Spannungsverhältnisses von sogenannten „diffusen" und „spezifischen" Beziehungskomponenten an (Combe/Helsper 2002: 33). Oevermann greift hiermit eine begriffliche Unterscheidung des Soziologen Talcott Parsons auf (Oevermann 1996: 82) und beschreibt das sich aus seiner Sicht in jeder Sozialisation zeigende Spannungsverhältnis zwischen einer auf die gesamte Person ausgerichteten Sozialbeziehung („diffus") und einer funktionalen, rollenförmigen („spezifischen") Sozialbeziehung. Die Spannungszone zwischen „diffusen" und „spezifischen" Beziehungskomponenten kann sich beispielsweise darin ausdrücken, dass eine Sozialbeziehung zwischen Pädagog_in und Adressat_in einerseits spezifische Komponenten enthält, die sich auf die institutionalisierte Rolle als Pädagog_in beziehen. Andererseits enthält die Sozialbeziehung „diffuse" Komponenten, die über das „Pädagog_in sein" hinausgehen und gewissermaßen private oder weniger stark institutionalisierte Aspekte beinhalten. Für Oevermann stellt die Aufrechterhaltung der Gleichzeitigkeit zwischen beiden Beziehungsformen die elementare Struktur und Anforderung professionalisierten Handelns dar (Oevermann 2000: 109ff.).[5] Angedeutet wird hiermit auch, dass pädagogisches Handeln nicht vollständig routinisierbar ist. Die dargestellte Ambivalenz verweist auf ein Dilemma, das quer zu einzelnen Handlungsfeldern pädagogisches Handeln zum anspruchsvollen Balanceakt werden lässt (Combe/Helsper 2002: 38). ‚Authentizität' scheint eine mögliche Antwort der pädagogischen Praxis auf diesen Balanceakt zu sein, was wir im Weiteren anhand von Erfahrungen aus der Fortbildungsreihe darstellen wollen.

5 Die Unterscheidung von Oevermann in „diffuse" und „spezifische" Sozialbeziehung wird im Artikel lediglich als eine analytische und nicht als eine empirische Tatsachenbeschreibung verwendet. Diese Eingrenzung geht auf die Kritik am von Ulrich Oevermann maßgeblich entwickelten Interpretationsverfahren der Objektiven Hermeneutik zurück, deren Interpretationen dem strukturtheoretischen Professionsmodell zu Grunde liegen. Ein zentrales Strukturmerkmal des Interpretationsverfahrens ist, dass es seinen Ausgangspunkt dort nimmt, wo der zu untersuchende Fall von der Normalitätsschablone des_r Interpret_in abweicht. Die Normalitätsschablone des_r Interpret_in geht hierbei von verallgemeinerbaren Wissensbeständen und Normen aus (Bohnsack 2003: 554–556). Im Unterschied dazu orientieren sich die Betrachtungen im vorliegenden Artikel an einem sozialkonstruktivistischen Ansatz, wie er in der Genderforschung rezipiert wird, der nicht danach fragt, was kulturelle oder gesellschaftliche Phänomene sind, sondern wie diese hergestellt werden.

‚Authentizität‘ im Lichte der pädagogischen Praxis

Im Zuge der von uns durchgeführten Fortbildungsreihe wurde an verschiedenen Stellen von Pädagog_innen die Anforderung an sich selbst formuliert, ‚authentisch‘ sein zu müssen. Hierzu ein Beispiel: Wie eingangs beschrieben, bestand ein Teil der Fortbildungsreihen darin, sich mit dem Zusammenhang der eigenen pädagogischen Haltung und Geschlecht auseinanderzusetzen. Durch theaterpädagogische Methoden wie das Statuentheater oder die Biografiearbeit und Beispiele aus dem pädagogischen Arbeitsalltag kamen wir mit den Teilnehmer_innen ins Gespräch. Am Ende eines Inputs zu geschlechterreflektierter Pädagogik brachten wir ein Fallbeispiel zu praktischen Konsequenzen einer geschlechterreflektierten Haltung von Pädagog_innen ein. Hieran wollten wir die Verwendung geschlechtergerechter Sprache als eine Konsequenz aus der Reflexion von geschlechtsbezogenen Zuschreibungen verdeutlichen: „Am Tag des Schulfests kommt ein_e Kolleg_in in den Klassenraum und sagt: ‚Ich brauch’ mal vier starke Jungs!‘“ (siehe Methodenbeschreibung *Praxissituationen entgeschlechtlichen* in diesem Band).[6]

In der anschließenden Diskussion wollten wir darauf hinweisen, dass in der Äußerung geschlechtsbezogene Platzanweiser enthalten sind: Die Mädchen wissen, dass sie nicht gemeint sind, denn sie werden nicht als stark angesehen. Einige Jungen fühlen sich angesprochen und bekommen für ihr Starksein eine Männlichkeitsbestätigung. Andere Jungen fragen sich, ob sie als stark gelten oder ob sie abwertende Sprüche bekommen, wenn sie sich melden. Ihnen wird ihre Männlichkeit abgesprochen. Bei diesem vermeintlich alltäglichen Satz wird deutlich, dass sich alle anwesenden Kinder und Jugendlichen zu den geschlechtsbezogenen Implikationen verhalten müssen. Zu der von uns angestrebten Diskussion kam es allerdings nicht. Die Teilnehmer_innen der Fortbildung insistierten auf der ‚Normalität‘ der Äußerung. Die Pädagog_innen machten deutlich, dass sie sich ‚verbiegen‘ müssten, wenn sie anders fragten, und dass sie „dann nicht mehr authentisch“ seien. In dem Begriff des ‚Authentischen‘ steckte hierbei das Bild, dass es ein quasi naturhaftes eigenes Wesen oder einen naturhaft eigenen Charakter gibt, der keiner Veränderung unterliegt bzw. unterliegen kann. Würde man anders handeln, würde man sich etwas auferlegen, was man selbst nicht ‚ist‘. Der Bezug auf ‚Authentizität’ führte in der Diskussion in eine Einbahnstraße. Reflexions- und Veränderungsprozesse wurden abgeblockt bzw. abgebrochen.

6 Ein weiteres Praxisbeispiel, an dem wir heteronormative Zuschreibungen thematisieren wollten, ist die folgende Szene: „Ein Mädchen kommt auf Dich zu und erzählt Dir, sie sei gerade sehr glücklich, da sie sich verliebt habe. Du fragst: ‚Das ist ja toll! Wie heißt er denn?‘.

Die Verweigerung der kritischen Reflexion der eigenen Praxis unter dem Rückgriff auf ‚Authentizität' deutet darauf hin, dass eine sehr weitreichende Verunsicherung stattgefunden hat. Die Reflexion von Zweigeschlechtlichkeit und Heteronormativität scheint mehr als nur die funktionale und spezifische Rollenbeziehung zu irritieren. Beim Thema Geschlecht scheint eine professionelle Verunsicherung zugleich mit einer auf die gesamte Person gerichteten Verunsicherung einherzugehen. ‚Authentizität' bezeichnete für die Pädagog_innen demgegenüber anscheinend eine eigene ‚fertige Identität'. Die Teilnehmer_innen der Fortbildungsreihe zeichneten damit nicht nur ein Bild von sich selbst, das sie im Gegensatz zu den Jugendlichen mit ihrer Geschlechtssozialisation als ‚fertig' erscheinen ließ. Die Attraktivität des Begriffes ‚Authentizität' schien auch in seiner Unbestimmtheit zu liegen, denn der Begriff konnte von den Pädagog_innen nicht inhaltlich gefüllt werden. Er schien nur Hinweise auf Bedeutungsgehalte zu geben, die bei den Pädagog_innen, die tendenziell einen ähnlichen Erfahrungshintergrund hatten, zu einer ähnlichen Interpretation führten. Betont wurde letztlich die individuelle Autonomie des pädagogischen Handelns, die die Pädagog_innen mit dem Verweis auf ‚Authentizität' unterschiedlich ausgestalten konnten.

Zur Kritik der pädagogischen ‚Authentizität'

Die Forderung nach ‚Authentizität' begegnet Pädagog_innen nicht nur auf der Ebene einer wechselseitigen Selbstanforderung. Vielmehr sehen sich Pädagog_innen oftmals auch von außen mit der Fremdanforderung konfrontiert, sich im Sinne von ‚Authentizität' mit ‚Haut und Haaren' in den pädagogischen Prozess zu begeben. In so einer Sichtweise wird pädagogisches Scheitern schnell zum persönlichen Scheitern und nicht zum Scheitern einer pädagogischen Herangehensweise oder eines pädagogischen Ansatzes.

Der Rückgriff auf die Erklärungsfigur der ‚Authentizität' kann in diesem Zusammenhang auch in einem über pädagogische Verhältnisse hinausgehenden Sinne subjektiv funktional sein, um das je individuelle Handeln zu rechtfertigen. Politische Analysen stellen heraus, dass in den derzeitigen gesellschaftlichen Verhältnissen Subjekte in ihrer Ganzheit inklusive ihrer Emotionen mobilisiert werden (Kaindl 2008).

Aber auch die Selbstanforderung der ‚Authentizität', wie sie von den Teilnehmer_innen der Fortbildung formuliert wurde, kann schnell zu „pädagogischen Kurzschlüssen" (Debus/Stuve 2012: 29) führen. Zum einen besteht die Gefahr, dass Naturalisierungen von Geschlecht und damit geschlechterstereotype Annahmen zur Grundlage pädagogischen Handelns gemacht

werden. Zum anderen werden, um auf die Ausführungen zur pädagogischen Fachdebatte am Anfang des Artikels zurückzukommen, die an der gesamten Person ausgerichteten („diffusen") Sozialbeziehungen gegenüber rollenförmigen („spezifischen") Sozialbeziehungen herausgehoben. Die Gefahr besteht, das Spannungsverhältnis der Gleichzeitigkeit beider Beziehungsformen, das eine elementare Struktur pädagogischen Handelns darstellt, nach einer Seite aufzulösen und pädagogisches Handeln damit zu vereinseitigen. Dadurch wird das Dilemma pädagogischen Handelns verdrängt, aufgrund dieses Spannungsverhältnisses nicht vollständig routinisierbar zu sein.

Auf das Thema Geschlecht und Geschlechtlichkeit zugespitzt, legt ‚Authentizität' hierbei problematische Aspekte nahe, die mit der Vorstellung eines natürlichen, unveränderlichen Geschlechts zusammenhängen und ganz konkrete Effekte auf pädagogisches Handeln haben können. In einem gesellschaftlichen Kontext zunehmender Pluralisierung, Flexibilisierung und steigender Leistungsanforderungen erscheint der Ruf nach der Natürlichkeit (auch von Geschlecht) funktional: So suggeriert Natur doch eine letzte Gewissheit, eine stabile Säule, die eine scheinbare Orientierung in einem immer instabileren Alltag bietet. ‚Authentizität' scheint daran anschließend darüber Auskunft zu geben, wie wir zu denen geworden sind, als die wir erscheinen. Geschlechtsbezogene Sozialisation bleibt Subjekten ebenso wie andere Aspekte von Race, Klasse und Gender nicht äußerlich; sie prägt unsere Persönlichkeit und reicht weit über bewusste Entscheidungen hinaus (Debus/Laumann 2014: 165f.). Bis in die kleinen Gesten hinein und mit einer normativen Asymmetrie versehen, gibt ‚Authentizität' in diesem Sinne darüber Auskunft, was einem anscheinend selbst entspricht und was letztlich auch als legitimes vergeschlechtlichtes Handeln angesehen werden kann. Diese Herstellung von Natürlichkeit ist es, was das ‚Authentische' darstellt: Ich handele so, dass es als natürlich erscheint, und mache dieses Handeln damit unhinterfragbar. Die eigene Positionierung als Pädagog_in, die eigene Perspektivität wird nicht als solche gesehen.

Dies führt uns zum nächsten Begriff aus unseren Fortbildungen, mit dem wir uns in diesem Artikel auseinandersetzen wollen: dem Begriff der ‚Neutralität'.

‚Neutralität' im Lichte der pädagogischen Praxis

Der Begriff der ‚Neutralität' wurde in der Fortbildung häufig im Zusammenhang mit Beziehungsarbeit genannt. Mit Beziehungsarbeit ist gemeint, dass vor der Umsetzung pädagogischer Ziele der Aufbau einer tragfähigen und

wertschätzenden Beziehung zwischen Pädagog_in und Adressat_innen stehen muss. Die Teilnehmer_innen der Fortbildung machten hierbei vor allem deutlich, ‚offen für alle' sein zu wollen. Offen zu sein für Kinder und Jugendliche, die rechte Einstellungen, Äußerungen, Kleidung o. ä. in Orte der Kinder- und Jugendarbeit einbringen, bedeutet allerdings zugleich, dass sich der Raum für jene Kinder und Jugendlichen verengt, die Angst vor rechtem Dominanzverhalten haben oder zu den Feindbildern rechter Jugendlicher gehören. Hinzu kommt, dass die Arbeit mit rechten Jugendlichen einerseits den Spagat umfasst, „mit den Jugendlichen vertraut zu sein und ihnen nahe zu kommen und andererseits erfordert, gegen ihre politischen Ansichten zu arbeiten" (Köttig 2014: 117). Häufig nehmen Pädagog_innen in diesem Zusammenhang eine Entlastung vor, um die Beziehung zu Jugendlichen, die rechte Einstellungen zeigen, nicht abbrechen oder umgestalten zu müssen. Jugendliche werden dann als ‚nicht richtig rechts' oder als ‚Mitläufer_innen' oder als ‚unsere Jugendlichen' charakterisiert (ebd.: 117). Das deckt sich mit unseren Erfahrungen aus den Fortbildungsreihen.

In einer ersten Kennenlernrunde haben wir zu Beginn der Fortbildungsreihen nach Erfahrungen mit rechtsorientierten Jugendlichen in der eigenen Praxis gefragt. In den wenigsten Fällen gab es hierzu Berichte von Seiten der Pädagog_innen. Häufig kamen aber im Laufe der Fortbildungen Beispiele zur Sprache, bei denen durchaus von rechten Orientierungen oder sogar Organisierungen gesprochen werden kann. Hier stellt sich die Frage, ob es sich bei diesem Widerspruch zwischen fehlenden Berichten und Beispielen rechter Orientierungen um ein Wahrnehmungs- und Analysedefizit hinsichtlich der politischen Orientierungen und Eingebundenheit der Jugendlichen handelt oder um eine Strategie, um sich nicht in Konflikte um als anstrengend empfundene Grenzsetzungen begeben zu müssen. Schwierig wird es zudem, wenn Konflikte nicht geführt werden oder Grenzsetzungen nicht erfolgen, weil die Anerkennung der eigenen pädagogischen Arbeit durch die Adressat_innen zur entscheidenden Maßeinheit für das eigene pädagogische Handeln wird oder die einzige Quelle von Anerkennung der eigenen Arbeit ist. Dies ist insofern problematisch, als dass die Abhängigkeit von Anerkennung durch die Adressat_innen einer professionell-reflexiven Beziehungsarbeit im Wege stehen kann (siehe auch Köttig in diesem Band).



Zur Kritik der pädagogischen ‚Neutralität'

Der Anspruch, ‚neutral' zu sein, beinhaltet wie der Begriff der ‚Authentizität' die Gefahr pädagogischer Verkürzungen. So sind Pädagog_innen häufig verunsichert, ob und wie sie ihre eigene politische Meinung in die Arbeit einbringen dürfen. Pädagog_innen scheuen eindeutige Positionierungen oder Konfrontationen mit Jugendlichen hinsichtlich ihrer politischen Einstellungen aus Angst, der oder die Jugendliche würde die Beziehung abbrechen und sei dann gänzlich von pädagogischen Angeboten abgeschnitten. Für die Arbeit mit Jugendlichen mit rechten Orientierungen liegen allerdings verschiedene Erfahrungen vor, die auch zeigen, dass Jugendliche durchaus mit Konflikten und Konfrontationen umgehen können und sie zum Teil sogar suchen. Dies betrifft vor allem die pädagogisch wichtige Gruppe der Sympathisant_innen und Mitläufer_innen, mit denen pädagogische Arbeit in der Regel noch möglich ist.[7] Konflikte sind notwendiger Bestandteil pädagogischer Arbeit. Die Herausforderung besteht darin, diese nicht moralisierend zu führen, sondern sich inhaltlich klar zu positionieren (Milke 2014). Retrospektive Betrachtungen von Ausstiegs- und Distanzierungsverläufen rechter Jugendlicher zeigen, dass sie sich während der Distanzierungsprozesse oftmals an eben jene Pädagog_innen wenden, die ihren Einstellungen vormals kritisch gegenüberstanden und zu einer kritisch-wertschätzenden Haltung den Jugendlichen gegenüber in der Lage waren (Hechler 2012: 85).

Das Kinder- und Jugendhilfegesetz, das die rechtliche Grundlage der Jugendarbeit darstellt, enthält einen demokratischen Auftrag für pädagogische Fachkräfte. Pädagog_innen sollen Kinder und Jugendliche darin unterstützen, eine eigene politische Meinung zu entwickeln und eine eigenverantwortliche und gemeinschaftsfähige Persönlichkeit auszubilden (Kinder- und Jugendhilfegesetz, SGB XIII, § 1). Damit verpflichtet sich Pädagogik, demokratische Werte nicht nur zu leben, sondern hat ganz konkret zum Ziel, diese auch zu vermitteln. In diesem Sinne kann Kinder- und Jugendarbeit nicht neutral sein und sollte es auch nicht, sie darf und sollte sich eindeutig gegen rassistische, antisemitische, sexistische, homo- und transfeindliche sowie andere menschenverachtende Einstellungen positionieren und diesbezüglich klare Grenzen setzen.

Wichtig ist hier, Grenzen oder Verbote inhaltlich zu begründen und sie nicht ausschließlich über Autorität und Hierarchie auszutragen, da ansonsten einerseits die inhaltliche Auseinandersetzung umgangen und anderer-

7 Zur Unterscheidung von verschiedenen Ausdrucksweisen, Organisierungsgraden und Ideologiedichten bezogen auf Hinwendungsprozesse zum Rechtsextremismus siehe VDK/MBR Berlin 2006: 78–85.

seits autoritäre Verhaltensweisen nahegelegt würden, denen im Kontext von Rechtsextremismusprävention an anderer Stelle begegnet werden soll.

Beziehungsarbeit in der pädagogischen Praxis sollte also kritisch-solidarisch gestaltet sein, so dass Konflikte geführt und ausgetragen werden können. Eine solche Beziehungsarbeit ist zudem lediglich als Basis für die pädagogische Arbeit zu sehen und darf nicht zum Selbstzweck werden. Im Kontext von Rechtsextremismusprävention heißt das z. B., dass Einstellungsänderungen und Distanzierung von rechten Deutungsmustern und Erklärungsansätzen auf Seiten der Jugendlichen ein klares Ziel der pädagogischen Beziehung sein sollte. Dies erfordert Parteilichkeit (für Demokratie) und ist mit einer imaginierten ‚Neutralität‘ nicht zu bewerkstelligen.

Impulse für die geschlechterreflektierte Rechtsextremismusprävention

Für den Bereich der pädagogischen Prävention von rechten Orientierungen liegen einige wenige Forschungsarbeiten vor, die die Anfälligkeit des professionellen pädagogischen Handelns für pädagogische Verkürzungen verdeutlichen (Köttig 2004; Radvan 2010). Obwohl eine leichte Zunahme an pädagogischen Projekten zu verzeichnen ist, die mit einem geschlechterreflektierten Ansatz arbeiten[8], gibt es weiterhin Leerstellen, die sich vor allem auf empirische Erkenntnisse über die Handlungspraxis von Pädagog_innen beziehen, die mit Jugendlichen mit rechten Orientierungen arbeiten.[9] Festgehalten werden kann allerdings, dass es zunächst einmal einer Analyse bedarf, warum Jugendliche sich rechten Szenen zuwenden. Michaela Köttig schlägt hierfür einen „verstehenden Zugang“[10] im Kontext (biographisch-)narrativen Arbeitens in der pädagogischen Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen vor (Köttig in diesem Band). Dieser Zugang impliziert, dass die Handlungen und Orientierungen zunächst einmal als Phänomene wahrgenommen und genau beobachtet werden müssen. Es gilt erst einmal herauszufinden, welche politischen Handlungs- und Orientierungsmuster in einer Gruppe bzw.

8 Neben dem hier beschriebenen Projekt sei exemplarisch auf die Projekte ‚Mut vor Ort‘ der AGJF Sachsen, ‚RollenWechsel‘ von Miteinander e. V. und Lola für Lu(dwigs)lu(st) verwiesen.

9 An dieser Stelle sei auf das Dissertationsprojekt zu *Jugendarbeit mit Jugendlichen mit rechten Orientierungen* von Kevin Stützel verwiesen. Im Zuge der Untersuchung werden die handlungsleitenden Orientierungen von Pädagog_innen rekonstruiert, die mit rechtsorientierten Jugendlichen arbeiten (Stützel in Vorbereitung).

10 Um einem gängigen Missverständnis vorzubeugen: Es geht um Verstehen und nicht um Verständnis.

von einer einzelnen Person vertreten werden und wie es zu diesen Erscheinungsformen kommt. Erst auf dieser Grundlage kann eruiert werden, welche Angebote sinnvoll erscheinen. Es geht um die Einklammerung des eigenen vermeintlichen Expert_innenwissens, was Köttig auch als „systematische Fremdheitshaltung" (ebd.) beschreibt.

Eine weitere Perspektive, die einerseits die Gründe der Jugendlichen in den Mittelpunkt stellt, diese als je ‚subjektiv funktional' fasst und anschließend die Frage stellt, inwiefern diese mit gesellschaftlichen Geschlechteranforderungen zusammenhängen, wurde u. a. im Kontext der Fortbildungsreihen *Vielfalt_Macht_Schule* entwickelt (Debus in diesem Band; Debus/Laumann 2014). Diese Analyseperspektive macht in Anlehnung an die Kritische Psychologie deutlich, dass alles Handeln begründet und funktional für das handelnde Subjekt ist. Jugendliche werden als kompetente Subjekte begriffen, deren problematische Verhaltensweisen nicht einfach bloß aus Sturheit, Inkompetenz, Boshaftigkeit oder falscher Erziehung auftreten.[11]

Die Hinwendung von Jugendlichen zu rechtsextremen Szenen wird in diesem Zusammenhang als Suche nach Handlungsfähigkeit interpretiert (Debus 2014: 59).[12] Um Ansätze geschlechterreflektierter Pädagogik für die Prävention von Rechtsextremismus fruchtbar zu machen, erscheint diese Analyseperspektive sehr gewinnbringend. Hierbei gehen wir von geschlechtsbezogenen Anforderungen aus, die an alle gestellt werden, die als Mädchen/Frauen oder Jungen/Männer anerkannt werden wollen. Anforderungen sind hier als soziale und kulturelle Muster zu verstehen. Eine Veränderungsmöglichkeit ist diesem Verständnis von Geschlecht inhärent. Nicht nur sind Männlichkeiten und Weiblichkeiten im Wandel bzw. in einem Wechselspiel von Veränderung und Verharrung[13], sondern von geschlechtsbezogenen Anforderungen auszugehen impliziert zugleich, dass sowohl die Anforderungen selbst wie auch der Umgang mit ihnen reflektier- und veränderbar sind. Hiermit eröffnet sich die Chance, Vorstellungen von Natürlichkeit und Echtheit zu reflektieren und zurückzuweisen und Forderungen nach einem ‚echten' oder ‚richtigen' Geschlecht, nach ‚authentischer' Männlichkeit oder Weiblichkeit insofern zu analysieren, als dass darin Verkürzungen liegen, die pädagogisches Handeln

11 Die Perspektive subjektiver Funktionalität eigenen Handelns gilt, wie zuvor ausgeführt, ebenfalls auf Seiten der Pädagog_innen, z. B. wenn der Rückgriff auf ‚Authentizität' als subjektiv funktionale Entlastungsstrategie interpretiert wird.

12 Eine solche Perspektive steht den Ansätzen und Erklärungsmodellen, die z. B. in den 1990er-Jahren entwickelt wurden, diametral entgegen. Hier wurden rechte Jugendliche hauptsächlich als „männlich, gewaltbereit und desintegriert" (Stützel 2013) beschrieben, was schon damals eine Verkürzung war.

13 Hiermit ist gemeint, dass wir es heutzutage mit einer Gleichzeitigkeit von traditionellen und modernisierten Geschlechterbildern zu tun haben, die zu widersprüchlichen Anforderungen, Druck und Überforderung führen können (Debus 2012).

in eine Einbahnstraße führen. Durch das Arbeiten an der Entlastung von Geschlechteranforderungen, die ansonsten eventuell in rechten Kontexten gesucht wird, bringt die geschlechterreflektierte Pädagogik wertvolle Beiträge in die Debatte um die pädagogische Prävention von Rechtsextremismus ein.[14] Hier wie bei allen anderen Ansätzen gilt es, die eigenen Ziele und Grenzen realistisch im Blick zu behalten und sie den vorhandenen Ressourcen entsprechend anzupassen. Dies bedeutet auch, überhöhte Ansprüche, die nur zu gern an die Pädagogik gestellt werden, zurückzuweisen und andere Akteur_innen in die Verantwortung für die Lösung gesellschaftspolitischer Probleme miteinzubeziehen.

Um den Bogen in Richtung der Pädagog_innen wieder zu schließen, plädieren wir für einen offensiven Umgang mit der eigenen Rolle und Arbeit als Pädagog_in. Dies bedeutet, Konflikte zu führen, wo sie zu führen sind, Grenzen zu setzen und sich inhaltlich zu positionieren, aber auch die eigene Rolle als Pädagog_in im Blick zu haben und zu reflektieren. Persönliche Erfahrungen im Sinne einer professionell-reflexiven Haltung in die pädagogische Praxis einzubringen, kann eine wichtige Ressource pädagogischer Praxis sein. Professionell-reflexive Haltung bedeutet an dieser Stelle, dass Gründe und Ziele des Einbringens eigener Erfahrungen reflektiert werden. Ziel pädagogischen Handelns sollte sein, Verkürzungen, wie sie mit den Begriffen ‚Authentizität' und ‚Neutralität' einhergehen, in Richtung differenzierter Analysen aufzulösen. ‚Authentizität' hinsichtlich geschlechtsbezogener Vereindeutigungen und Verengungen zu reflektieren heißt hierbei insbesondere, sich das eigene Gewordensein bewusst zu machen; ‚Neutralität' zu reflektieren bedeutet, sich das Gewordensein der Adressat_innen zu vergegenwärtigen. Die Begriffe ‚Authentizität' und ‚Neutralität' sollten am Anfang und nicht am Ende einer Debatte stehen. Sie sollten Fragen nach Ambivalenzen und Dilemmata pädagogischen Handelns aufwerfen und nicht deren Antwort darstellen. Hierbei sollte auch berücksichtigt werden, dass Kinder- und Jugendarbeit allein schon aufgrund der begrenzten Ressourcen niemals ‚für alle da' sein kann, da sie mit ihren Angeboten keinen Querschnitt, sondern lediglich einen Ausschnitt der jugendlichen Bevölkerung erreicht. Ein solches Verständnis pädagogischen Handelns bedeutet letztendlich, geschlechterreflektierte Neonazismusprävention in einem doppelten Sinne zu verstehen: Es geht einerseits darum, sich selbst in die Bildungsprozesse einzuschließen und Teil jenes offenen Diskurses zu sein, der gegenüber Jugendlichen eingefordert wird, sowie andererseits

14 Auf die Inhalte und Standards geschlechterreflektierter Rechtsextremismusprävention können wir an dieser Stelle nicht vertiefend eingehen. Siehe dazu die Beiträge von Köttig, Dietrich/Glaser, Radvan/Lehnert und Stuve/Hechler in diesem Band und die Veröffentlichung des Projekts Vielfalt_Macht_Schule 2013.

darum, gemeinsame Anknüpfungspunkte entlang der gesellschaftlichen Anforderungen und Diskurse um Geschlechterverhältnisse mit den Jugendlichen zu finden, ohne hierbei die eigene herausgehobene Position als Pädagog_in zu vergessen.

Literatur

Mehrfach zitierte Sammelbände:

Debus, Katharina/Laumann, Vivien (Hrsg.) (2014): Rechtsextremismus, Prävention und Geschlecht. Vielfalt_Macht_Pädagogik. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung. http://www.boeckler.de/pdf/p_arbp_302.pdf [Zugriff: 31.03.2015].

— Debus, Katharina: Rechtsextremismus als Suche nach Handlungsfähigkeit? Subjektive Funktionalität von Verhalten als Ausgangspunkt von Rechtsextremismusprävention, S. 61–99.

— Debus, Katharina/Laumann, Vivien: Von der Suche nach männlicher Souveränität und natürlicher Weiblichkeit. Geschlechterreflektierte Rechtsextremismusprävention unter den Vorzeichen von Geschlechteranforderungen und subjektiver Funktionalität, S. 153–177.

Dissens e. V./Debus, Katharina/Könnecke, Bernard/Schwerma, Klaus/Stuve, Olaf (2012) (Hrsg.): Geschlechterreflektierte Arbeit mit Jungen an der Schule. Texte zu Pädagogik und Fortbildung rund um Jungen, Geschlecht und Bildung. Berlin: Eigendruck. http://www.dissens.de/de/publikationen/jus.php [Zugriff: 09.04.2015].

— Debus, Katharina: Und die Mädchen? Modernisierungen von Weiblichkeitsanforderungen, S. 104–124.

— Debus, Katharina/Könnecke, Bernard/Schwerma, Klaus/Stuve, Olaf: Geschlechterreflektierte Arbeit mit Jungen an der Schule. Konzeptionelle Grundlagen und Schlussfolgerungen aus einer Fortbildungsreihe, S. 10–16.

— Debus, Katharina/Stuve, Olaf: Geschlechtertheoretische Anregungen für eine geschlechterreflektierte Pädagogik mit Jungen, S. 28–42.

— Hechler, Andreas: Männlichkeitskonstruktionen, Jungenarbeit und Neonazismus-Prävention, S. 74–91.

Bohnsack, Ralf (2003): Dokumentarische Methode und sozialwissenschaftliche Hermeneutik. In: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, Nr. 4, 6. Jg., S. 550–570.

Combe, Arno/Helsper, Werner (2000): Pädagogische Professionalität. Historische Hypotheken und aktuelle Entwicklungstendenzen. In: Dies. (Hrsg.): Pädagogische Professionalität. Zum Typus pädagogischen Handelns. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, S. 9–48.

Combe, Arno/Helsper, Werner (2002): Professionalität. In: Otto, Hans Uwe/Rauschenbach, Thomas/Vogel, Peter (Hrsg.): Erziehungswissenschaft: Professionalität und Kompetenz. Band 3. Opladen: Verlag Leske und Budrich, S. 29–47.

Dissens – Institut für Bildung und Forschung (2011): Projekt Rechtsextremismus und Männlichkeit(en). http://dissens.de/de/forschung/maennlichkeit-und-rechtsextremismus.php [Zugriff: 11.11.2014].

Kaindl, Christina (2008): Kritische Psychologie im Neoliberalismus. In: Journal für Psychologie, Nr. 2, 16. Jg. http://www.journal-fuer-psychologie.de/index.php/jfp/article/view/179/138 [Zugriff: 16.03.2015].

Köttig, Michaela (2004): Lebensgeschichten rechtsextrem orientierter Mädchen und junger Frauen – Biographische Verläufe im Kontext der Familien- und Gruppendynamik. Gießen: Psychosozial-Verlag.

Köttig, Michaela (2014): (Biografisch-)Narratives Arbeiten in der Einzel- und Gruppenarbeit. In: Baer, Silke/Möller, Kurt/Wiechmann, Peer (Hrsg.): Verantwortlich Handeln: Praxis der Sozialen Arbeit mit rechtsextrem orientierten und gefährdeten Jugendlichen. Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich, S. 117–128.

Kreft, Dieter/Mielenz, Ingrid (2013) (Hrsg.): Wörterbuch Soziale Arbeit. Aufgaben, Praxisfelder, Begriffe und Methoden der Sozialarbeit und Sozialpädagogik. Weinheim/Basel: Beltz Juventa Verlag.

Merten, Roland (2013): Professionalisierung. In: Kreft, Dieter/Mielenz, Ingrid (Hrsg.): Wörterbuch Soziale Arbeit. Weinheim/Basel: Beltz Juventa Verlag, S. 669–672.

Milke, Ricarda (2014): Es gibt nichts Gutes, außer – man tut es! Anregungen zum Handeln im Umgang mit rechtsaffinen Jugendlichen. In: Miteinander e. V. (Hrsg.): RollenWechsel – Geschlechterreflektierende Bildung in der Rechtsextremismusprävention. Halle: Eigendruck, S. 46–49.

Oevermann, Ulrich (1986): Kontroversen über sinnverstehende Soziologie. In: Aufenanger, Stefan/Lenssen, Margrit (Hrsg.): Handlung & Sinnstruktur. Bedeutung und Anwendung der objektiven Hermeneutik. München: Kindt Verlag, S. 19–83.

Oevermann, Ulrich (2000): Theoretische Skizze einer revidierten Theorie professionalisierten Handelns. In: Combe, Arno/Helsper, Werner (Hrsg.): Pädagogische Professionalität. Zum Typus pädagogischen Handelns. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, S. 70–182.

Radvan, Heike (2010): Pädagogisches Handeln und Antisemitismus. Eine empirische Studie zu Beobachtungs- und Interventionsformen in der offenen Jugendarbeit. Bad Heilbrunn: Verlag Julius Klinkhardt.

Stützel, Kevin (2013): Männlich, gewaltbereit und desintegriert. Eine geschlechterreflektierende Analyse der akzeptierenden Jugendarbeit in den neuen Bundesländern. In: Amadeu Antonio Stiftung/Radvan, Heike (Hrsg.): Gender und Rechtsextremismusprävention. Berlin: Metropol Verlag, S. 211–230.

Stützel, Kevin (in Vorbereitung): Jugendarbeit mit Jugendlichen mit rechten Orientierungen. Dissertation Berlin: Freie Universität /Fachbereich Erziehungswissenschaft und Psychologie.

Terhart, Ewald (2014) (Hrsg.): Die Hattie-Studie in der Diskussion. Probleme sichtbar machen. Seelze: Friedrich Verlag (2. Auflage).

Thole, Werner/Höblich, Davina/Ahmed, Sarina (2012) (Hrsg.): Taschenwörterbuch Soziale Arbeit. Stuttgart: UTB.

Verein für demokratische Kultur in Berlin e. V. (VDK)/Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR) (2006): Integrierte Handlungsstrategien zur Rechtsextremismusprävention und -intervention bei Jugendlichen. Hintergrundwissen und Empfehlungen für Jugendarbeit, Kommunalpolitik und Verwaltung. Berlin: Eigendruck. http://www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2012/08/MBR_HR_Jugendarbeit_Web.pdf [Zugriff: 23.02.2015].

Vielfalt_Macht_Schule (2013): Vielfalt_Macht_Schule. Geschlechterreflektierende Arbeit an Schulen und die Prävention von Rechtsextremismus. http://www.vielfaltmachtschule.de [Zugriff: 13.11.2014].

Methode: Begriffe diskutieren[1]

Chiara Bothe, Katharina Debus und Olaf Stuve

Erfahrungen aus der Praxis

Am Ende des Tages im Rahmen einer längeren Fortbildungsreihe fragt ein Teilnehmer, wie wir uns eigentlich den Umgang mit Kritik wünschen. Wir (K. D. und O. S.) sagen, dass wir gemeinsames Lernen gut und wichtig finden und dass dazu auch Kritik gehört. Einige Tage später bekomme ich (K. D.) eine Mail mit sprachbezogenen Nachdenklichkeiten und einer direkten sehr solidarischen Kritik an einem häufig von mir verwendeten Wort (‚Mauscheln') mit der Info, das stünde in einem antisemitischen Kontext (Arndt/Ofuatey-Alazard 2011). Daraus entspinnt sich ein interessanter Mailwechsel mit viel gegenseitigem Lernen, den wir im Online-Lernmodul der ganzen Gruppe zugänglich machten.

Einige Jahre später leiten wir eine Fortbildungsreihe mit einer Gruppe mit sehr unterschiedlichen Erfahrungs- und Wissensständen in der Auseinandersetzung um diskriminierungssensible Sprache. Es fallen gleich zu Beginn mehrere in einem rassismuskritischen Kontext problematische Begriffe, wobei auch klar wird, dass diese auf mangelndes Wissen und nicht auf einen Diskriminierungswunsch zurückgehen. Wir als Leitung wie auch Teile der Gruppe werden unruhig und fragen uns, wie damit am besten umzugehen sei, da wir uns in der Kennenlernphase befinden und bei Teilnehmenden keinen Gesichtsverlust und Gefühle des Belehrtwerdens produzieren wollen. Aus dieser Erfahrung sind die folgenden Methoden entstanden, die eine sehr wertschätzend-solidarisch-kritische Lernatmosphäre ermöglicht haben, aus der alle viel mitnehmen konnten. Mittlerweile integrieren wir in jede Seminaranfangsphase das folgende Statement, das gleichzeitig als inhaltliche Einführung in diese Methodenbeschreibung dienen soll:

1 Die Methode wurde in den Fortbildungsreihen der Projekte *Männlichkeit(en) und Rechtsextremismus/Vielfalt_Macht_Schule* sowie *Geschlechterreflektierende Neonazismusprävention* von Olaf Stuve, Katharina Debus und Andreas Hechler entwickelt und kann unter http://dissens.de/gerenep/ heruntergeladen werden. Die dort zugängliche Fassung enthält illustrierende Fotos zu den einzelnen methodischen Vorschlägen aus den Fortbildungen.

„Wir leben in einer herrschaftsförmigen Gesellschaft, die unter anderem unser Denken und unsere Sprache prägt. Nicht-diskriminierendes Handeln bedarf daher gemeinsamen Lernens und Weiterentwickelns. Ein wichtiges Instrument dafür ist solidarische Kritik als gemeinsames Lernangebot. Wichtig ist uns dabei, dass diese Kritik solidarisch ist, also erst einmal von wohlmeinenden Intentionen der hier gemeinsam Lernenden ausgeht, aber sich kritisch mit den Effekten des Handelns beschäftigt. Wir wünschen uns eine wertschätzende Atmosphäre, in der Ihr uns kritisieren könnt, denn wir verstehen uns auch als Lernende im Bemühen um diskriminierungsfreies Handeln, und in der auch Kritiken von uns und von Euch aneinander möglich sind. Dafür haben wir unter anderem eine Wandzeitung vorbereitet, um dort Begriffe diskutieren zu können, und werden bei Bedarf den einen oder anderen Begriff daraus auch mündlich diskutieren."

Los geht's – Ziele und Wirkungen der Methoden

Zentral für die folgenden Methoden ist die Überlegung, dass wir Sprache und den kommunikativen Akt des Miteinander-Sprechens als wichtige Aspekte der Konstruktion gesellschaftlicher Wirklichkeit verstehen. Sprechen wie auch Schweigen sind Formen des Handelns, durch die Wirklichkeit gestaltet wird. Dabei beschäftigen uns verschiedene Aspekte und Ziele diskriminierungskritischen Sprechens bzw. Lernens über Sprache:

- Austausch über nicht-diskriminierende Sprachformen und gemeinsames Lernen – dabei auch Beschäftigung mit Entstehungs- und Gebrauchskontexten verschiedener Begriffe.
- Problematisierung diskriminierender Begriffe und Ausloten von Alternativen (s. u. zum Begriff *‚Asylanten'*).
- (Vertiefte) Besprechung (für zumindest einige Teilnehmende) unbekannter bzw. interessanter Begriffe (z. B. *Cis-Männer* oder *-Frauen*).
- Zugänglichmachen von Fachsprache.
- Abgrenzung und Untersuchung von (Fach-)Begriffen auf ihre Eignung für spezifische Kontexte und Bedeutungsebenen (z. B. *geschlechterreflektiert*, *geschlechterreflektierend*, *geschlechtsbezogen*, *geschlechterstereotyp*, *geschlechtertypisch* etc.).

Die Methoden machen Begriffe und sprachliche Fragen thematisierbar und besprechbar. Sie sollen Teilnehmenden wie Seminarleitung den Raum öffnen, um Fragen stellen zu können, Unsicherheiten, aber auch bereits vorhandenes Wissen mit der Gruppe teilen zu können. Sie versuchen, der Angst entgegenzuwirken etwas ‚Falsches' zu sagen oder den ‚richtigen' Begriff nicht zu wissen. Dabei soll es zum einen um einen sensiblen Umgang mit Sprache

bezüglich des Haupt-Seminarthemas gehen (bei uns häufig Geschlecht), zum anderen auch um intersektionale Ergänzungen (z. B. zu rassismuskritischem Sprachgebrauch).

Die Methoden machen den sensiblen Umgang mit Sprache zu einer kollektiven Verantwortung der Gruppe. Für die Gruppendynamik kann es entlastend wirken, wenn klar ist, dass diskriminierende Sprachhandlungen (hornscheidt 2014), die während der gemeinsamen Arbeit reproduziert werden, nicht unbearbeitet bleiben, sondern ein gemeinsamer Umgang gesucht wird. So wird z. B. der Situation vorgebeugt, dass sich Seminar-Teilnehmer_innen, die diskriminierende Sprachhandlungen ansprechen, in die Rolle von ‚Stimmungsverderber_innen' gedrängt fühlen. Ebenso wird dadurch ernstgenommen und anerkannt, dass Sprache machtvoll ist und verletzen kann. Gleichzeitig wird für Teilnehmer_innen mit Unsicherheiten und offenen Fragen bezüglich ihrer eigenen Sprachhandlungen die Hürde diese anzusprechen kleiner, weil sie den Raum dafür nicht erst herstellen müssen.

Als Seminarleitung wollen wir dabei auch deutlich machen, welche Sprachform(en) wir unter den Aspekten der Gleichstellungspädagogik, Inklusion und Antidiskriminierung bevorzugen, aber auch, dass es häufig nicht die eine ‚richtige' Lösung gibt. Dazu gehört, Spannungsverhältnisse zu problematisieren, z. B. dass es nicht immer eine gleichzeitig kritische und diskriminierungsfreie Lösung gibt, eben weil Sprache in dem Zwiespalt steht, nicht nur Wirklichkeit zu gestalten, sondern sie auch abzubilden und diese abgebildete Wirklichkeit häufig diskriminierend ist.

Es ist bei den folgenden methodischen Herangehensweisen wichtig, diese jeweils in wertschätzender Form einzuleiten und sich als Seminarleitung selbst als Lernende und Fehlermachende ins Geschehen einzubeziehen. Dem Risiko von Moralisierung und Gesichtsverlust einzelner Teilnehmender kann durch das eingangs beschriebene Statement entgegengewirkt werden, das individuelle Sprachhandlungen in einen gesellschaftlichen Kontext einbettet. Hilfreich ist es, als Leitung selbst von Lernprozessen zu berichten, in denen wir auf diskriminierende Sprachformen hingewiesen wurden und daraus lernen konnten.

Anleitung: Stille Diskussion

Die Teamer_innen stellen zu Beginn des Seminars eine Wandzeitung zur Verfügung, auf der die Stille Diskussion geführt werden kann. Alle Teilnehmer_innen können in Pausen und anderen frei gestaltbaren Zeiten Begriffe, die sie nicht verstehen, Begriffe oder Aussagen, die sie als problematisch empfinden oder schlicht themenbezogene Begriffe und Konzepte, über die sie sich austauschen wollen, an die Wandzeitung schreiben. Gleichzeitig sind

alle Teilnehmer_innen dazu aufgefordert, ihr Wissen wie auch ihre eventuellen ergänzenden Fragen zu den Beiträgen der Anderen hinzuzufügen und sich damit aktiv an der Diskussion zu beteiligen und diese fortzuführen. Auch die Bildner_innen können die Diskussionswand nutzen und sich in der genannten Weise beteiligen.

In einem weiteren Schritt können einzelne Begriffe nach Interessenlage der Gruppe und/oder Teamer_innen ausgesucht und mittels der folgenden Methoden diskutiert werden. Unter Umständen kann dafür die Gruppe durch Punkte markieren, an welcher Vertiefung sie am meisten interessiert ist.

Die Diskussion kann über den gesamten Seminarverlauf fortgeführt werden.

Anleitung: Gemeinsame Diskussion auf Flipchart

Ein bereits in der Stillen Diskussion (s. o.) oder einer mündlichen Debatte aufgekommener umstrittener Begriff im Fortbildungsverlauf wird von den Teamer_innen auf eine Flipchart geschrieben. Anschließend wird mit der Gruppe diskutiert und gesammelt, was an dem Begriff schwierig/problematisch ist bzw. sein könnte. Die zusammengetragenen Punkte werden auf einer Hälfte der Stellwand festgehalten und im Austausch mit der Gruppe von den Teamer_innen ergänzt.

Daran anschließend werden auf der anderen Hälfte der Flipchart mögliche begriffliche Alternativen gesammelt. Von den Vorschlagenden wird erläutert, welche Vorteile der alternative Begriff mitbringt (z. B. Selbstbezeichnungen, welche aus einem diskriminierenden Diskurskontext herausgelöst und positiv besetzt/angeeignet werden etc.).

Dabei werden die alternativen Begriffe danach befragt, welche der vorher gesammelten oder neuen Schwierigkeiten möglicherweise (auch) bei den Alternativen auftauchen. Häufig werden dabei Verwobenheiten materieller bzw. rechtlicher Ungerechtigkeiten mit problematischen Sprachformen deutlich, die nicht alleine auf sprachlicher Ebene aufzulösen sind (z. B. beim Begriff ‚Asylbewerber_in', dass es eigentlich nicht um ein Bewerbungsverfahren, sondern um ein Menschenrecht geht, der ‚Bewerbungs'-Begriff das derzeitige Verfahren aber treffend beschreibt).

Wesentlicher Teil der Methode ist die gemeinsame Diskussion und Suchbewegung in der Gruppe, welche mit den Ergänzungen der Teamer_innen unterstützend moderiert wird. Als Ergebnis wird deutlich, dass es oft keine per se unproblematischen Begriffe gibt. Oft besteht ein Dilemma bezüglich der Beschreibung einer problematischen Wirklichkeit einerseits und deren Reproduktion andererseits. Dabei kann auch deutlich werden, dass sprachliche Interventionen wichtig sind, allerdings nicht ausreichen, um Wirklichkeit zu

verändern. Eine Fixierung ‚richtiger' Sprache und ‚richtiger' Begriffe ist damit aus kritischer Sicht nicht möglich, vielmehr geht es immer wieder um eine kritische Reflexion eigener Begriffsverwendungen und deren Verknüpfung mit anderen Interventionen in gesellschaftliche Dominanzverhältnisse.

Zeitpunkt der Methode

Je nach Zweck kann die Methode an unterschiedlichen Punkten im Workshop bzw. Seminarverlauf angewendet werden. Bei mehrtägigen Seminaren können Begriffe aus der Stillen Diskussion aufgegriffen und am nächsten Tag beispielsweise als inhaltlicher Einstieg diskutiert werden. Die Methode kann jedoch auch als spontane Intervention verwendet werden, wenn von einer_m Teilnehmer_in ein stark diskriminierender Begriff benutzt wurde, der einer zeitnahen Aufarbeitung/Ansprache bedarf.

Anleitung: Begriffe voneinander Abgrenzen

Diese Methode dient ebenfalls der inhaltlichen und didaktischen Strukturierung einer Begriffsdiskussion im Plenum. Sie kann helfen, konkurrierende Begriffe und Konzepte voneinander abzugrenzen und jeweilige Stärken und Schwächen herauszuarbeiten. An einer Tafel oder Stellwand werden in einer Tabelle verschiedene Begriffe bzw. Konzepte festgehalten, die inhaltlich auf ihre Gemeinsamkeiten und Differenzen sowie auf ihre Brauchbarkeit in verschiedenen Settings und für verschiedene Ziele untersucht werden sollen, beispielsweise *Neonazismus*, *Rechtsextremismus*, *Rechtsradikalismus* und *Faschismus* oder auch *Ausländerfeindlichkeit, Fremdenfeindlichkeit* und *Rassismus.*

In einem zweiten Schritt werden inhaltliche Kriterien oder Fragen formuliert, an denen die Begriffe gemessen werden sollen, z. B. die Frage danach, welche Bilder Begriffe wie ‚Ausländer(feindlichkeit)' und ‚Fremde(nfeindlichkeit)' über die jeweils Diskriminierten hervorrufen, die durch diese Begriffe erst zu ‚Ausländern' oder ‚Fremden' gemacht werden. Oder, um ein anderes Beispiel für das Messen der Begriffe an gemeinsam aufgestellten Kriterien zu nennen, die Vermeidung einer Rechts-Links-Gleichsetzung, das Aufzeigen von Kontinuitäten und Brüchen zwischen gemäßigt Konservativen und extrem Rechten etc. (‚Neonazismus' vs. ‚Rechtsextremismus').

Anschließend werden die Begriffe entlang der Fragestellung überprüft und verglichen (z. B. ob die tabellarisch festgehaltenen Bedingungen erfüllt werden bzw. welche Assoziationen sie beinhalten). Es geht darum zu diskutieren, was die verschiedenen Begriffe leisten können, also welche Bedeutungsebenen sie in sich vereinen, welche Bilder sie aufrufen und welche Risiken

sie bergen, und dies tabellarisch oder textlich festzuhalten. Hierbei ist die gemeinsame Erarbeitung möglichst genauer Definitionen von Begriffen von besonderer Bedeutung.

Zeitpunkt der Methode

Der Zeitpunkt hängt davon ab, ob die Gegenüberstellung der Begriffe assoziativ funktionieren kann oder fundiertes Fachwissen voraussetzt, das gegebenenfalls vorher erarbeitet werden muss.

Literatur

Arndt, Susan/Ofuatey-Alazard, Nadja (Hrsg.) (2011): Wie Rassismus aus Wörtern spricht. Münster: Unrast Verlag.

hornscheidt, lann (2014): entkomplexisierung von diskriminierungsstrukturen durch intersektionalität. In: Portal Intersektionalität. http://portal-intersektionalitaet.de/theoriebildung/schluesseltexte/hornscheidt/ [Zugriff: 22.06.2015].

2.5 „Von richtigen Freundinnen und falschen Freunden“

Ansatz, Erfahrungen und Ableitungen aus der geschlechterreflektierenden Präventionspraxis in der Jugendarbeit

Kai Dietrich und Enrico Glaser

Einleitung

Das Modellprojekt *Mut vor Ort – Geschlechterreflektierende Präventionsarbeit gegen Neonazismus* hatte laut Konzept das Ziel, eine geschlechterreflektierende Jugendarbeit in der Jugendhilfe Sachsens als professionelles Angebot zur Auseinandersetzung mit neonazistisch orientierten bzw. subkulturell neonazistisch beeinflussten Jugendlichen zu entwickeln und zu etablieren. Im Rahmen des Bundesprogramms *Toleranz Fördern – Kompetenz Stärken* wurden über zwei Jahre Teams der offenen und aufsuchenden Jugendarbeit in Sachsen beraten, Fachtage und Seminare durchgeführt, Aktionen mit Jugendlichen umgesetzt und Konzeptionen von Einrichtungen und Projekten überarbeitet.

Ausgangspunkt war ein Bedarf an geschlechterreflektierender Praxis in der Auseinandersetzung mit neonazistischen Orientierungen sowie mit rassistischen und sexistischen oder anderen gruppenbezogenen Diskriminierungen, welcher in vorangegangenen Projekten der Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten (AGJF) Sachsen e. V. zur politischen Verantwortung in der Jugendarbeit und der Jungenarbeit deutlich wurde. Vor allem zeigten sich das auch in der Literatur beschriebene Ineinandergreifen von neonazistischer Ideologie und Geschlechterkonstruktionen sowie eine Verharmlosung der politischen Orientierung und mangelnde Wahrnehmung von Mädchen und Frauen in Angeboten der Jugendarbeit.

In Fortbildungs- und Beratungstätigkeiten des Trägers zeigte sich, dass ein professioneller Umgang mit neonazistischen Orientierungen von Jugendlichen zwar in seinen verschiedenen Facetten diskutiert wurde, dies aber keinen Niederschlag in der pädagogischen Praxis fand, insbesondere nicht in der offenen und aufsuchenden Jugendarbeit. Zudem fehlen in der Regelpraxis ge-

schlechterreflektierende Ansätze als fest verankertes Querschnittsthema fast vollständig.

Anders als übliche Fort- und Weiterbildungsformate wurde das Projekt als längerfristiges Beratungsprojekt konzipiert, welches Fachkräfte für ihre Arbeit mit Kindern und Jugendlichen qualifizieren sollte. Nachfolgend werden der Ansatz des Projekts, dessen Rahmenbedingungen sowie wesentliche Erfahrungen und weiterführende Überlegungen für eine gelingende Einbindung in die Präventionspraxis umrissen.

Ausgangspunkt und Rahmen unserer Auseinandersetzung mit Neonazismus

Theoretischer Ausgangspunkt

Neonazismus speist sich u. a. aus Bildern heteronormativer Zweigeschlechtlichkeit – einer hegemonialen Ordnung, die gemeinhin nicht problematisiert wird. Vorstellungen von Ungleichheit sind auch eine Folge der entsprechenden kategorialen – d. h. klar abgrenz-, abtrenn- und einteilbaren – Setzungen, aus welchen sich Vorstellungen von ‚natürlicher Ungleichartigkeit' herleiten. Unseres Erachtens begegnet vielen Menschen die Kategorie Geschlecht in ihrem Alltag noch vor den Kategorien ‚Volk', ‚Rasse' usw. und wird dabei als natürlich erfahren.

Auch die historische und soziale Konstruktion von Geschlecht basiert auf Annahmen von klar unterscheidbaren, scheinbar natürlichen, binären Charakteren von Mann und Frau, die unterschiedliche Aufgabenbereiche und Zuständigkeiten zuweisen und hierarchisieren. Die Reproduktion von Männlichkeitsidealen geht damit einher, die eigene gesellschaftliche Stellung als höherwertig gegenüber ‚unmännlichen' bzw. nicht männlichen ‚Anderen' zu inszenieren und diese damit abzuwerten. Weiblichkeitskonstruktionen können trotz vielfacher Abwertungserfahrungen von Mädchen und Frauen in der heteronormativen Matrix einerseits als naturgemäßer Ausgleichspart zur Männlichkeit oder unter Beanspruchung anderer Kategorien beispielsweise als weiße, deutsche Mutter gegenüber Schwarzen, Nicht-Deutschen, Homosexuellen ideologisch aufgewertet werden. Dabei werden nicht nur die als komplementäre Pole vorgestellten Identitäten von männlich und weiblich, sondern auch ihre scheinbare Bezogenheit aufeinander und auf andere Kategorien als ‚kämpfende Völker', ‚konkurrierende Rassen' und ‚zersetzende Sexualitäten' übersetzt und in den Dienst der ‚Volksgemeinschaft' gestellt.

Jugendarbeit und Common Sense

An Fachkräfte der Jugendarbeit wird häufig, vor allem in Debatten um Präventionsarbeit, von verschiedenen Seiten appelliert, Jugendliche per se als Adressat_innen zu verstehen, im Rahmen von Angeboten ‚unpolitisch' aufzutreten und dabei dem vermeintlich eigenen Anspruch der ‚Offenheit für alle' nachzukommen (aktuelle Debatte in Auszügen z. B. in Kontaktstelle BIKnetz 2014). In der Folge nehmen Jugendarbeiter_innen einen starken Druck wahr, selbst mit neonazistisch agitierenden und organisierten Jugendlichen arbeiten zu müssen.

Jugendarbeit, die ohne kritische Haltung mit neonazistisch orientierten Jugendlichen in Beziehung tritt, arbeitet und ihnen bedingungslos Räume zur Verfügung stellt, leistet bei der Konstruktion und Abwehr der ‚Anderen' im oben genannten Sinn unfreiwillige Unterstützung. Ein Großteil der Jugendlichen in Sachsen teilt u. a. rassistische und sexistische Einstellungen (Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz 2014, im Folgenden SMS).[1] Stellen Jugendarbeiter_innen diesen Jugendlichen Räume zur Verfügung, schließen sie potenziell all jene aus, die auch andernorts in den Kommunen, auf öffentlichen Plätzen und Einrichtungen aufgrund ihres Auftretens und der ihnen zugeschriebenen Eigenschaften nicht gern gesehen sind. Als ‚anders' werden jene gelabelt, die individuell auffallen: ‚Zecken', ‚Punks', ‚Alternative', ‚Bunte', aber auch Migrant_innen, Queers und mehr oder weniger offen nicht-rechte Jugendliche mit oder ohne jugendkulturelle Inszenierung.

Im Vergleich zu den eben genannten Gruppen fallen Jugendliche aus einem rassistischen, sexistischen und neonazistischen Mainstream im Gemeinwesen seltener auf und können sich selbst in der Ausgrenzung der ‚Anderen' als Träger_innen von Deutungsmacht und Vollstrecker_innen des ‚Gemeinwillens' inszenieren. Sie werden damit befähigt und unterstützt, alltägliche Diskriminierung zu leben und ‚Andere' gleichermaßen zu definieren und auszuschließen. Gewähren Fachkräfte diesen Überzeugungen Raum, wandeln sich vermeintlich offene Jugendräume in Manifestationsräume von Hierarchie und Unterwerfung.

In Sachsen findet sich eine spezifische Zuspitzung dieser Problemlage. Gruppen rechtsorientierter Jugendlicher sind häufig gut in ihr Gemeinwesen integrierte Jugendliche, die autoritäre, völkisch-nationalistische und rassistische Überzeugungen breiter Teile der Bevölkerung übernehmen. „Die Situation 2013 zeigt insgesamt eine nach wie vor weit verbreitete ausländer-

1 Mit diesen Einstellungen sind Jugendliche aber nicht unter sich. Sie sind laut Kinder- und Jugendbericht heute wie keine Generation vor ihnen in gutem Kontakt zu ihrer Elterngeneration und teilen mithin auch deren Ansichten und Werte (BMFSFJ 2013: 214f.).

ablehnende Haltung der sächsischen Jugend […] auch unter denjenigen, die sich selbst der politischen Mitte zuordnen" (SMS 2014: 183). Jugendliche stoßen dabei auf wenig Kritik an ihren Einstellungen, denn „(a)uch 2013 kann die Untersuchung feststellen, dass sich die Jugendlichen überwiegend in einstellungskongruenten Freundeskreisen bewegen" (ebd.: 162).

Solche Einstellungspotenziale werden in Sachsen maßgeblich im Rahmen von Kampagnen gegen Geflüchtete und Migrant_innen mobilisiert, in denen auch rassistische Ungleichwertigkeitsvorstellungen öffentlich artikuliert werden; an ihnen nehmen organisierte Neonazis und sogenannte ‚besorgte' Bürger_innen gemeinsam teil. Solche Ereignisse üben neben einer kommunal verankerten bewegungsförmigen Neonaziszene mit subkulturellen Angeboten eine Strahlkraft auf Jugendliche aus und bieten alltagsnahe Gelegenheiten, mit der neonazistischen Szene in Kontakt zu kommen und sich enger zu binden.

Arbeitsfeld offene und aufsuchende Jugendarbeit

Die selbst häufig als ‚Frauenarbeit' und/oder ‚Non-Profession' ohne abrechenbare, wertschöpfende Ergebnisse abgewertete Jugendarbeit stellt sich in der Praxis als prekäres Arbeitsfeld dar. Strukturelle Unterfinanzierung verschärft die Notwendigkeit zur Mitteleinwerbung über unterschiedliche Projekte und Übernahme zusätzlicher Aufgaben. Die personelle Ausstattung erlaubt oftmals keine Teamarbeit und verhindert den Aufbau tragfähiger pädagogischer Beziehungen zu den Jugendlichen. Das Arbeitsfeld ist durch einen hohen Anteil von Berufseinsteiger_innen, personelle Wechsel und fachlich nicht reflektierte Crosswork-Situationen gekennzeichnet. Das Selbstbild der Profession spiegelt diese prekären Verhältnisse wider. Für die Auseinandersetzung mit Neonazismus ergeben sich neben dem systematischen Unterlaufen von Qualitätsstandards zusätzliche Probleme:

Der Blick auf Neonazis als Gruppe mit nur äußerlich abweichender ‚jugendgemäßer' Inszenierung wird innerhalb der Fachlichkeit sowie nach außen gegenüber Eltern, angrenzenden Institutionen und im Gemeinwesen bestärkt, um die eigene Bedeutung von Jugendarbeiter_innen als relevante Akteur_innen vor Ort zu unterstreichen. Der Blick auf Jugendliche wird dabei auf ihr jeweiliges deviantes Verhalten verengt, wobei sie durch ihre Lautstärke, die Anwesenheit an bestimmten, nicht hierfür vorgesehenen Plätzen wie Tankstellen, Bushaltestellen u. ä., teilweise durch den Konsum von Betäubungsmitteln oder konflikthaftes Verhalten allgemein als jugendliche Störer_innen wahrgenommen werden. Dazu kommt die Überzeugung, es zwar nicht mit politisch problematischen, gleichwohl aber mit ‚richtig harten Fällen' zu tun zu haben, was die eigene Arbeit aufwerten soll. In diesen Auseinander-



setzungen um Aufträge und Adressat_innen droht Jugendarbeit aber letztlich zu scheitern und bleibt in der allgemeinen Abwertung der Profession und ihrer Fachkräfte gefangen. Lässt sie sich von außen ihre Aufträge diktieren, beispielsweise ‚pöbelnde' Jugendliche im Sinne des Gemeindefriedens aus dem öffentlichen Raum zu sortieren, und arbeitet in der Konsequenz mit jugendlichen Neonazis, bei denen sie keine Änderung ihrer Sicht auf demokratische Einstellungen, also keine positiven Ergebnisse, erzielen kann, wird dies weiter als allgemeines Scheitern der Profession an selbst gesteckten Zielen wahrgenommen. Darüber hinaus vertreibt man weiter jene aus den Kommunen, die gerade für die politische Diskussionen, ein gleichheitsbasierts Zusammengehen verschiedener Lebensweisen und die Sichtbarmachung von Heterogenität im Gemeinwesen eine wichtige Rolle spielen könnten und mit denen man sich gegebenenfalls im Geiste demokratisch verbunden fühlt.

Ansatz des Modellprojekts

Um der Realität der Adressat_innen in der sächsischen Jugendarbeit zu entsprechen, haben wir uns dafür entschieden, den Begriff ‚Neonazismus' zu verwenden. Mit dem Begriff ‚Extremismus' werden u. E. einige Fehlschlüsse nahegelegt: Erstens werden die ‚eigenen' Jugendlichen gerade nicht als ‚extrem' sondern als dazugehörend angesehen. Neonazistisch motivierte Auseinandersetzungen besonders im ländlichen Gemeinwesen werden dementsprechend weniger politisch eingeordnet und analysiert, sondern nach wie vor als Streitereien unter Jugendlichen bagatellisiert. Die rassistischen Anfeindungen gegenüber People of Color, Geflüchteten oder Migrant_innen werden auf von der ‚Normalbevölkerung' artikulierte, allgemeine Ängste vor Fremden bzw. Kriminalität oder ähnliches reduziert. Fachkräfte sind in ihrer Arbeit häufig mit dieser Perspektive konfrontiert und neigen teilweise dazu, diese in ihre Praxis zu übernehmen. Mit dem Begriff Neonazismus werden Verzerrungen und Dekontextualisierungen vermieden, wie sie mit dem Rechtsextremismusbegriff einhergehen. Vor allem dessen Bezug auf die Ideologie der ‚Volksgemeinschaft' macht einen systematischen Zusammenhang der verschiedenen Einstellungs- und Verhaltenspotenziale sowie deren Genderaspekte deutlich.[2]

2 Die politische Idee der ‚Volksgemeinschaft' als zentrales Ziel der neonazistischen Szene lebt von biologistischen Rollenzuschreibungen und naturalisierten gesellschaftlichen Positionen der Subjekte. Der gemeinsame völkisch-nationale Mythos, die rassistische Abwertung und antisemitische Abwehr der nicht dem vorgestellten Volk Zugehörigen (Barthel/Jung 2013: 12), die antisemitische Ausdeutung kapitalistischer Verkehrsformen (Postone 1982) sowie die biologistische Reduktion von Individuen auf gebärfähige Mütter und kampfbereite Männer (Lehnert 2013: 16) schafft die funktionale, verhaltensde-

Hiermit sollen beispielsweise Abwehrreaktionen gegenüber Themen wie geschlechtliche Vielfalt und Gleichstellung, Trans- und Intergeschlechtlichkeit, plurale sexuelle Lebensweisen u. ä. einerseits als integrale Bestandteile neonazistischen politischen Handelns angesehen werden, die aber andererseits weit über das eigentliche Spektrum hinaus zu finden sind.[3]

Das Ausklammern heterosexistischer sowie homo- und transphober Ablehnungen in der pädagogischen Auseinandersetzung mit Neonazismus bringt Probleme in der Analyse und für die Praxis mit sich. Schwulen- und lesbenfeindliche Sprüche, frauenfeindliche Äußerungen oder sexuell übergriffige Handlungen werden oft als Alltagssprache oder -verhalten sowie jugendliches Reiben an und Einüben von Konventionen der Erwachsenenwelt wahrgenommen und nach unseren Erfahrungen seltener beispielsweise als rassistische Abwertungen thematisiert und sanktioniert. Als Folge dieser eingeschränkten und verharmlosenden Wahrnehmung werden Betroffene alleingelassen. Die Zonen des im Sinne von Diskriminierung Sagbaren und eines als allgemein akzeptiert wahrgenommenen Verhaltens werden ausgeweitet. Gleichzeitig beschneiden sich die Diskriminierenden mit diesen einengenden Vorstellungen selbst. ‚Untypisches Verhalten' wird abgewehrt und verlernt.

Dem ist durch eine klare geschlechterdemokratische Positionierung entgegenzutreten.[4] Voraussetzung, um dies konkret umzusetzen, ist eine geschlechterorientierte Reflexion als Grundlage professioneller sozialer Arbeit (hierzu auch Stuve/Hechler in diesem Band). Aus Sicht von *Mut vor Ort* muss sich eine solche Positionierung in der Jugendarbeit nicht allein in Regelangeboten durchsetzen, sondern ebenfalls Einzug in Querschnitts-Arbeitsfelder der Jugendarbeit wie Neonazismusprävention bzw. spezialisierte Konzep-

terminierende Gesellschaft, die als ‚Volkskörper' vorgestellt wurde und wird. Hinzu kommt das dem Neonazismusbegriff innewohnende Bewegungsverständnis der Träger_innen der Ideologie (Klärner 2008: 39ff.), das auf die oben abgebildeten Verhältnisse in Sachsen passt.

3 Die Initiative *Raus aus den Köpfen – Genderterror abschaffen!* wollte „Gender Mainstreaming den Kampf ansagen" (Sanders 2010). Im konservativen, männerrechtlerischen Lager wird in dem Zusammenhang vor „Umerziehungsprogrammen" und dem Kollaps von als naturgegeben wahrgenommenen Familien- und Gesellschaftsmodellen gewarnt (Kemper 2011; Rosenbrock 2012).

4 Gesetzliche Regelungen zur Gleichstellung scheinen für einen stringenteren Umgang in der Praxis wenig zu nutzen. Zwar nennt das SGB VIII in § 9(3) als Aufgabe der Jugendhilfe, „die Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen zu fördern" und konkretisiert in Absatz 1, dass: „Jungen Menschen […] die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen (sind). Sie sollen an den Interessen junger Menschen anknüpfen und von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet werden, sie zur Selbstbestimmung befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement anregen und hinführen" (BMFSFJ 2014). Die konkrete Umsetzung müsste bedeuten, Jugendliche verstärkt in ihrer Einbindung in gesellschaftliche Geschlechterverhältnisse und damit unter geschlechterreflektierenden Gesichtspunkten wahrzunehmen und dahingehend mit ihnen zu arbeiten.

tionen in der Arbeit mit neonazistisch orientierten Jugendlichen halten. Mit dem Projekt *Mut vor Ort* wurde diese integrierte Strategie einer konsequent geschlechterreflektierten Arbeit als Teil der Neonazismusprävention verfolgt.

Folgende Ansatzpunkte wurden dabei entwickelt: Gemeinsam mit den Fachkräften der Jugendarbeit wurde das Phänomen Neonazismus in seiner Gesamtheit und damit unter Berücksichtigung von weiblichen wie männlichen Neonazis erörtert. Die Adressat_innen der Prävention werden damit nicht mehr wahllos als Jugendliche bestimmt und unbewusst als Jungen interpretiert, sondern geraten mit ihren spezifischen Zugehörigkeiten, Orientierungen und Motiven in den Fokus.

Diese Sichtweise ist nicht allein relevant, um zu erkennen, dass nicht nur Jungen oder Männer Anhänger neonazistischer Ideologien sowie Akteur_innen einer entsprechenden Politik sind (Lehnert 2013: 17) und es sich dabei nicht um eine besondere Gruppe randständiger ‚Problemjungen' handelt. Vielmehr wird mit Hilfe einer geschlechterreflektierenden Sichtweise deutlich, dass die bewegungsförmige Konstruktion von Aktivist_innen und sympathisierendem bis kooperierendem Umfeld sich keineswegs ohne Mädchen und Frauen denken lässt. Deren Aktivismus in neonazistischen Lebenswelten und Strukturen wird augenfällig und macht die Vielseitigkeit, Interventionsfähigkeit und Anziehungskraft rechter Strukturen aus. Diese haben auch direkte Auswirkungen in den Angeboten der offenen und aufsuchenden Jugendarbeit, wenn etwa Debatten und Verkehrsformen der Szene in den Projekten der Jugendarbeit auftauchen und versucht wird, Einfluss auf deren Inhalte zu nehmen, oder wenn Alltagsthemen von Jugendlichen wie auch die Weiterentwicklung einer eigenen Geschlechtsidentität im Sinne neonazistischer Ideologie beantwortet werden sollen.

Beratung von Fachkräften

Die während des Projekts langfristig begleiteten Fachkräfteteams hatten die Möglichkeit, in den regelmäßigen Beratungen eine gemeinsame Position bezüglich ihrer pädagogischen Ziele und fachlichen Grenzen in der Arbeit mit der neonazistisch orientierten Zielgruppe zu erarbeiten. Dabei fiel zunächst auf, dass bisherige Konzeptionen häufig Verweise auf einen akzeptierenden Ansatz als Basis der Strukturierung und Beschreibung der eigenen Arbeit enthielten.[5] In der Praxis hat dies eine starke Fokussierung der Beziehung

5 Die Auslegungen hierzu sind unterschiedlich: Zum Teil handelt es sich um implizite oder explizite Bezugnahmen auf Konzepte von Krafeld (1992) oder VAJA e. V. Bremen, welche

zwischen Pädagog_in und Adressat_innen zur Folge, die nicht unproblematisch ist. Wenn das Kontakthalten mit den jugendlichen Adressat_innen zum Ziel an sich wird, welches nicht gefährdet werden darf, werden konsequente demokratische Positionierungen und die damit verbundenen inhaltlichen Auseinandersetzungen mit neonazistischen Einstellungen häufig vermieden (siehe auch Köttig und Laumann/Stützel in diesem Band). Es ist zu vermuten, dass die geringen zeitlichen und finanziellen Ressourcen sowie quantitative Evaluationen der Jugendhilfe, die nur auf die Anzahl von teilnehmenden oder erreichten Jugendlichen abzielen, die Haltung von Fachkräften befördern, die Beziehungen zu ihrem Klientel um jeden Preis aufrechterhalten zu wollen.[6]

Der Ansatz akzeptierender Arbeit im Bereich der Neonazismusprävention stellt spezifische Anforderungen an Fachlichkeit und Ressourcen der Jugendarbeit, die im ländlichen Raum in Sachsen nicht gegeben sind. Das Fehlen neonazismuspräventiver Konzepte und der Fokus auf Beziehung führen in der Praxis dazu, dass organisierte Neonazis zum Teil geduldet oder gar explizit als Zielgruppe verstanden werden. Damit aber werden die eigenen pädagogischen Möglichkeiten gefährlich überschätzt, steht doch die vielfach widerlegte Annahme dahinter, überzeugte Neonazis mit den pädagogischen Mitteln offener und aufsuchender Angebote aus der Szene herauslösen zu können (VDK/MBR Berlin 2006: 76ff.). Der Leitgedanke von Akzeptanz als erfahrbarem Wert und Arbeitsstrategie manövriert die unter permanentem Legitimationsdruck stehenden Fachkräfte in eine Rolle, welche die Gefahr birgt, demokratische Ziele zu vernachlässigen und die eigene Arbeitsmotivation verstärkt aus der Anerkennung durch die Akzeptierten zu schöpfen. Die Beratung der Fachkräfte steht somit vor der Herausforderung, die spezifische Situation anzuerkennen, die Verstrickung der Fachkräfte und auch der Jugendlichen in bestimmte gesellschaftspolitische und hegemoniale Strukturen zu sehen und ernst zu nehmen und zugleich Handlungsoptionen für eine geschlechterreflektierende Neonazismusprävention herauszuarbeiten.

Ein zentrales Anliegen in den Beratungen war es, den präventiv-pädagogischen Fokus auf jene Jugendlichen zu erweitern, die von neonazistischer Gewalt und Ausgrenzung betroffen sind und aufgrund der Präsenz neonazistischer Personen(-gruppen) und Codes Einrichtungen der Jugendhilfe zu Recht als bedrohlich erleben. Vor diesem Hintergrund gelang ein Perspektivenwechsel bezüglich des fachlichen Auftrags, Räume und ohnehin stark begrenzte

den Ansatz der akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Cliquen in den 1990er-Jahren entwickelt und seitdem weiterentwickelt haben (Krafeld 2001; Bleiß u. a. 2004; VAJA 2004).

6 Überwiegend geringe Kontaktzeiten mit den Adressat_innen insbesondere in der aufsuchenden Jugendarbeit erschweren pädagogisches Arbeiten und die Anbahnung gemeinsamer Prozesse. So erklärt sich auch, dass selbstverwaltete Jugendeinrichtungen unbemerkt von neonazistischen Strukturen genutzt werden.

Ressourcen von Fachkräften der Jugendhilfe für nicht-rechte bzw. bedrohte Jugendliche zu öffnen oder offen zu halten. Pädagog_innen lernten die Möglichkeiten und Grenzen ihrer Interventionen einschätzen. Die Umsetzung der erarbeiteten, demokratiepädagogischen Haltung erfolgte durch Reflexion, Sichtbarmachung und Einübung eines eigenen demokratischen Standpunktes als Fachkräfte und Teams sowie durch konkrete Regelungen mit begründeten Verboten von Marken mit neonazistischem Hintergrund bzw. der neonazistischen Szene zuzuordnenden Personen.

Ein weiterer Schwerpunkt war der Umgang mit diskriminierenden Äußerungen und schwierigen Situationen im pädagogischen Alltag. Fachkräfte äußerten den Bedarf nach größerer Handlungssicherheit bei rassistischen, antisemitischen, sexistischen oder homophoben Äußerungen und in Situationen, in denen Jugendliche sich ihnen oder Kolleg_innen gegenüber abwertend verhielten. Dabei ging es darum anzuerkennen, dass Diskriminierungen immer Ausdruck gesellschaftlicher Machtverhältnisse sind und damit gesellschaftliche Hierarchien reproduzieren. Auch in der Auseinandersetzung mit diesem Thema war es wichtig, die Perspektive von Betroffenen deutlich zu machen und zu stärken. Eine klare Positionierung von Fachkräften signalisiert aus unserer Sicht denjenigen, die von Diskriminierung betroffen sind, dass sie Schutz erwarten können, und vermittelt gleichzeitig allen Anwesenden die Botschaft, dass solche Äußerungen in den Räumen und gemeinsamen pädagogischen Kontexten nicht geduldet werden.

Ein wichtiges Thema war darüber hinaus der Umgang mit sexistischen Abwertungen gegenüber Kolleginnen durch männliche Jugendliche. Sexistische Erfahrungen der Fachkräfte wurden vor diesem Hintergrund besprochen und ein gemeinsamer Umgang damit entwickelt, der einzelne Kolleginnen vor permanenten Grenzverletzungen schützt. In diesem Zusammenhang wurde deutlich, wie wichtig eine geschlechterreflektierende Haltung im gesamten Team ist, welche sich bewusst macht, dass gesellschaftliche Geschlechterverhältnisse und -hierarchien auch im Arbeitsfeld wirken. Hierbei gilt es, neben den Kolleginnen auch die weiblichen Besucherinnen von Jugendeinrichtungen und Adressatinnen von Angeboten der Jugendhilfe im Blick zu behalten. Jede in den Raum gestellte sexistische Ansprache ‚als Frau' gilt vermittelt immer auch ihnen und wirkt auf sie.

Wesentlicher Ansatz einer geschlechterreflektierenden Haltung ist die Auseinandersetzung der Pädagog_innen mit den eigenen Geschlechterbildern und Rollenzuschreibungen sowie den damit verbundenen Erwartungen an Jungen und Mädchen. Die Selbstreflexion bildet eine Grundlage, um stereotype Zuschreibungen wahrzunehmen und diesbezügliches Handeln anders und damit demokratiefördernd und neonazismuspräventiv gestalten zu können. Die aufgegriffenen Stereotype erschöpften sich dabei nicht nur in

Geschlechterklischees, aufgrund derer Jungen und Mädchen bestimmte ‚passende' Angebote offeriert wurden. Sie betrafen zum großen Teil auch fachlich nicht haltbare Begründungen für Attraktivitäten, Hinwendungs- und Distanzierungsprozesse in der Neonaziszene. So stellten heteronormative Zuschreibungen an neonazistisch orientierte Jugendliche eine häufige Begründung dar, Eingang in die Szene zu finden oder sich entsprechend – ohne Wahrnehmung der eigenständigen Politisierung – von ‚falschen' Freunden abzuwenden. Jugendliche werden dabei generell als heterosexuell aufgefasst. Jungen wird als Ausstiegsperspektive eine zukünftige Freundin sowie die Gründung einer eigenen Normfamilie mit ihnen als Vater und Ernährer zugedacht. Mädchen werden vorwiegend als sozial wirkende Partnerinnen in existierenden oder zukünftigen Beziehungen verortet. Eine wirksame Intervention orientiert an den spezifischen Gruppenstrukturen und Themen neonazistisch orientierter Mädchen und Jungen kann damit nicht geleistet werden.

Als ein wirksamer Zugang zu selbstreflexiver Praxis hat sich in Fortbildungen und Beratungen die Methode der Biografiearbeit herausgestellt, mit der die eigene geschlechtliche Gewordenheit reflektiert und dabei Bilder vom ‚richtigen' Mädchen oder Jungen, die jeweils prägend waren, hinterfragt werden können. In den Beratungen wurde versucht zu vermitteln, dass es sich bei diesen Bildern um vergeschlechtlichte Anforderungen handelt, mit denen sich Jugendliche permanent auseinandersetzen müssen. Aber auch pädagogische Fachkräfte werden mit Geschlechteranforderungen konfrontiert, beispielsweise wenn im Team die Pädagogin für ‚das Kreative' angesprochen, der Kollege hingegen bei technischen Fragen von Jugendlichen um Hilfe gebeten wird. In den Teams wurde diskutiert, wie eine Entlastung von geschlechtlichen Anforderungen für die Jugendlichen aussehen kann, wie diejenigen im Blick der pädagogischen Arbeit behalten werden können, die nicht dem Bild des ‚richtigen Mädchens/Jungen' entsprechen, und wie geschlechtliche Vielfalt umgesetzt werden kann. Ein wichtiger Aspekt ist hierbei, eine Vielfalt von Rollenbildern auch in der Arbeitsteilung durch das Team vorzuleben. Überschneidungen von Team- und Geschlechterhierarchien, die stereotyp ausagiert werden, sind daher hinderlich für die fachliche Auseinandersetzung mit den Themen.

Als positive Ergebnisse der Beratungsprozesse können die Rückmeldungen der Fachkräfte gewertet werden, die bemerkten, dass sie die Kategorie Geschlecht in ihrer Praxis häufiger als Analysehintergrund mitdenken, ihnen ihre eigene stereotypen Bilder und Ansprachen stärker auffallen und sie versuchen, diese entsprechend zu verändern. Darüber hinaus wurden Irritationen von Rollenbildern bewusst wahrgenommen und auch eingesetzt.[7] Es

7 Das kann im konkreten Fall im Kontakt mit ‚Autoschraubern' auch die Pädagogin sein, die den Teambus fährt.

wurde ein Konzept mit konkreten Zielen für die Arbeit in geschlechtshomogenen Räumen entwickelt,[8] wobei die Interessen der Mädchen und Jungen aufgegriffen und in den geschützten Räumen besprechbar gemacht statt einfach nur reinszeniert wurden.

Insbesondere bezogen auf die aufsuchende Jugendarbeit erörterten wir, wie Mädchen und jungen Frauen der Zugang zu vorgefundenen, männlich dominierten Räumen erleichtert werden kann und sie generell als Zielgruppe besser erreicht werden können. Wichtig erscheint in diesem Zusammenhang, sie frühzeitig und gezielter in die Gestaltung offener Treffpunkte einzubeziehen und ihre individuellen Interessen in Angeboten unter gleichzeitigem Abbau sexistisch strukturierter Räume und Interaktionen mehr zu berücksichtigen. Mädchen wurden bestärkt, einflussreichere Club- oder Vereinvorstands- statt Schreibtätigkeiten wahrzunehmen. Mit den betreffenden Nutzer_innen wurde die häufig sexistisch aufgeladene Gestaltung der Treffs, beispielsweise durch an den Wänden präsentierte Sprüche, Plakate und Pin-up-Kalender, besprochen.

Resümierend kann festgehalten werden, dass Selbstreflexion sowie Veränderungen in Haltung und Praxis leichter angestoßen werden konnten, wenn Fachkräfte Neonazismusprävention und die Auseinandersetzung mit der Kategorie Geschlecht als persönliche Anliegen verstanden und als wichtige Prioritäten der eigenen Arbeit setzten. Grenzen einer konsequenten Auseinandersetzung mit Neonazismus werden durch fehlende inhaltliche Positionierungen übergeordneter Strukturen sowie durch regionale politische Kulturen im Sinne von Verharmlosung oder eines ausgeprägten Lokalismus (Held u. a. 2008: 165–171) gesetzt, welche keine nachvollziehbare politisch-inhaltliche Auseinandersetzung anstreben. In den Teams sind es v. a. unbesprochene oder nicht besprechbare inhaltliche, aber auch persönliche Konflikte zwischen Fachkräften, nicht reflektierte Hierarchien im Team und undemokratische Strukturen bei Trägern, in Projekten und angrenzenden Netzwerken, welche eine fachliche Arbeit erschweren oder verhindern.

Fachkräfte im Arbeitsfeld der Neonazismusprävention benötigen fest verankerte Beratungssettings als Reflexionszeiten, in denen präventionsrelevante Arbeitssituationen besprochen werden können, und als Gelegenheiten, sich ausführlich über pädagogische Positionen auszutauschen (hierzu auch Köttig in diesem Band). Gerade in Teams mit häufigem Wechsel von Mitarbeitenden war die Kontinuität der Begleitung eine wichtige Basis der teaminternen fachlichen Weiterentwicklung. Von den Fachkräften wurde zurückgespiegelt,

8 Bis dahin wurde geschlechtsbezogene Arbeit häufig ausschließlich mit dem Setting geschlechtshomogener Gruppen gleichgesetzt, ohne weiter konzeptionell ausgestaltet zu sein. Dies kann zu einer Reproduktion stereotyper Muster führen (Debus 2012).

dass durch die Beratungsprozesse Mädchen deutlicher in den Fokus der Aufmerksamkeit rückten. Die Bedeutung der Kategorie Geschlecht wurde beim Blick auf Jugendliche, die pädagogische Praxis und auf die Zusammenarbeit im Team stärker einbezogen. Im Ergebnis führte das zu einem sichereren Umgang mit herausfordernden Situationen.

Die oben aufgeführten zentralen Beratungsaspekte – Arbeit mit neonazistisch orientierten Jugendlichen / Wahrnehmung ‚anderer‘ Jugendlicher, Umgang im Team mit Sexismus, Selbstreflexion, Angebotsstruktur und Räume für geschlechtliche Vielfalt – lassen sich, so zeigen unsere Erfahrungen, nicht einfach in konkrete Methoden überführen oder als Konzepte pädagogischer Techniken übertragen. Vielmehr benötigen Jugendarbeiter_innen ein Verständnis von sowie eine Haltung zu methodischem Handeln in ihrem Arbeitsfeld.

Methodisches Handeln als Grundlage professioneller Präventionsarbeit

In den Rückmeldungen der Fachkräfte wurde deutlich, dass es neben der Selbstreflexion der eigenen Tätigkeit und der eigenen Verwobenheit in Herrschaftsverhältnisse vor allem einer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit methodischem Handeln im Sinne einer professionellen Praxis bedarf. Wir halten das insbesondere im Arbeitsfeld der offenen und Jugendtreffs aufsuchenden Jugendarbeit (zur Spezifik siehe u. a. Scherr/Sturzenhecker 2014 und Thimmel/Wenzler 2014) für grundlegend. Dies entspricht aber nicht dem in der Beratungs- und Fortbildungspraxis häufig an uns herangetragenen Wunsch, doch einmal ‚Methoden zu liefern‘. Von Spiegel formuliert zum Verständnis:

> „Methodisches Handeln bedeutet, die spezifischen Aufgaben und Probleme der Sozialen Arbeit situativ, eklektisch und strukturiert, kriteriengeleitet und reflexiv zu bearbeiten, wobei man sich an Charakteristika des beruflichen Handlungsfeldes sowie am wissenschaftlichen Vorgehen orientieren sollte. […] Fachkräfte sollten ihre Handlungen berufsethisch rechtfertigen, bezüglich ihrer fachlichen Plausibilität und Zuhilfenahme wissenschaftlicher und erfahrungsbezogener Wissensbestände begründen und hinsichtlich ihrer Wirksamkeit bilanzieren“ (von Spiegel 2011: 118).

Diese Definition methodischen Handelns verweist auf mehrere Probleme, die auch in der Umsetzung einer geschlechterreflektierenden Neonazismusprävention auftreten und deren erfolgreiche Umsetzung beinträchtigen. Dabei handelt es sich aber weniger um individuell-fachliche Defizite, die nur an den

von uns beratenen Standorten auftauchten. Vielmehr werden damit allgemeine methodische Leerstellen beschrieben. Sie zeigen, dass in den Arbeitsfeldern der Jugendarbeit der Stellenwert wissenschaftlicher Wissensbestände immer noch zu gering geschätzt wird. Von Spiegel verweist auf eine Situation, mit welcher auch wir häufig konfrontiert waren: „(A)lle Untersuchungen zeigen, dass die von der Hochschulseite immer wieder angestrebte wissenschaftlich untermauerte Professionalität äußerst gering geachtet wird. Die Fachkräfte entwickeln ihre Muster von Fachlichkeit und Professionalität mit Rückgriff auf ihre in der Kindheit und Jugend gesammelten Erfahrungen und verbinden diese mit Idealvorstellungen vom Beruf sowie aktuellen Erfahrungen und Deutungsmustern“ (ebd.: 116).

Fachkräfte können zwar unter Zuhilfenahme ihrer Konzeption oder auch aktueller Bezüge häufig noch ihr pädagogisches Vorgehen rechtfertigen, ihre Begründungen weisen hingegen allzu häufig ausschließlich erfahrungsbasiertes und vermutetes Wissen auf. Haltung gegenüber den Adressat_innen und Vorgehen beim Umgang mit Neonazismus bezogen auf Hinwendungsmuster und Interventionserfolge entsprechen in der Praxis nicht dem aktuellen Stand in Profession und Forschung, sondern beziehen sich auf ‚Allgemeinwissen‘, tradierte Praxisgewohnheiten und gelegentliche Informationen aus fachfernen Medien. Neonazistisch orientierte Jugendliche werden aufgrund konstatierter Exklusionserfahrungen häufig als unpolitisch und ziellos in ‚falsche Freundeskreise‘ abgerutscht analysiert. Distanzierungsprozesse werden v. a. bei Jungen und jungen Männern durch mögliche heterosexuelle Beziehungen, Familiengründung und ‚Herausaltern‘ erwartet. Für Mädchen und junge Frauen und deren eigene Motive können dementsprechend nur noch die (potenzielle) Partnerschaft in einer Heterobeziehung gesehen werden. Der Erfüllung bürgerlicher bzw. ‚richtiger‘ Beziehungs- und Familienmodelle wird damit eine höhere präventive Wirkung zugesprochen als der eigenen Profession. Hierin liegt ein großes Manko in der neonazismuspräventiven Sozialpädagogik, vor allem hinsichtlich der Kategorie Geschlecht.

Allem voran erscheint es wichtig, dass Fachkräfte sich ihrer Ziele in der alltäglichen Arbeit vergewissern, denn „(n)ur auf diesem Wege werden Reflexionen über die fachliche und moralische Angemessenheit eines geplanten Wirkungszusammenhangs von Ausgangslage, gewünschtem Zustand und Interventionen möglich“ (von Spiegel 2011: 134). Sind Fachkräfte mit Neonazismus und entsprechenden Einstellungen konfrontiert, so muss eine auf deren Prävention bzw. Intervention gerichtete Zielstellung erfolgen. Neonazismuspräventive Ziele gegen andere vermeintlich ‚am Alltag‘ der Jugendlichen oder Jugendgruppe orientierte Ziele aufzuwiegen, wie zum Beispiel eine subjektive Sinnstiftung, Integration oder Verbesserung von Anerkennung, muss aus unserer Erfahrung als höchst problematisch eingestuft werden.

Methodisches und damit planvolles Handeln sollte nicht nur den bestehenden ‚Angeboten' der verschiedenen Projekte zugrunde liegen, sondern muss konzeptionell Einzug in die alltägliche pädagogische und geschlechterreflektierende Präventionspraxis und Situationen finden. Damit ist auch ein Weg angedeutet, der es Pädagog_innen ermöglicht, gelingende Praxis nicht als bloße Frage technischen Umsetzens von Methoden und thematischer Intervention zu deuten. Dies gilt v. a. in Arbeitsfeldern mit niedriger Intensität des strukturierten pädagogischen Einwirkens wie der offenen und mobilen Jugendarbeit, in welchen Bildungsgelegenheiten nicht im Setting eines schulmäßig organisierten Inputs möglich sind. Treten Jugendliche in Erscheinung, die neonazismusaffin agieren, so besteht hier ein Auftrag, geplant präventiv wirksam zu werden und diese Wirksamkeit auch regelmäßig zu überprüfen. Gleichzeitig muss eine methodische Vorgehensweise auch sogenannte Querschnittsthemen wie eine geschlechterreflektierende Arbeitsweise in der alltäglichen Arbeit mit einplanen. Es muss darum gehen, Genderthemen hör- und besprechbar zu machen. Ein Set besonderer Techniken (Methoden) wird hier nicht benötigt. Vielmehr sind es Kompetenzen, den pädagogischen Alltag professionell zu strukturieren (ebd.: 123, dazu auch Becker u. a. 2014: 279ff.).

Ein koproduktives Erstellen von Zielen (von Spiegel 2011: 135) zusammen mit den adressierten Jugendlichen lässt auch einen Schluss darauf zu, inwiefern mit ihnen überhaupt gearbeitet werden kann. Es kann hier gelingen, die Sicht der Jugendlichen zu irritieren und damit Neugier und Interesse für eine Auseinandersetzung mit der Welt und alternativen Sicht- und Handlungsweisen zu wecken (Weber 2012: 47). Beteiligt sich der_die Jugendliche oder die Gruppe realistisch daran, am Status Quo in demokratischer Absicht und in einem nachvollziehbaren Verlauf (von Spiegel 2011: 136) etwas zu verändern, kann ein gemeinsamer Prozess angestoßen werden. Ein so geführter Dialog kann zusätzlich und ganz praktisch dazu beitragen, dass Adressat_innen sich gegenüber einer pädagogischen Umklammerung nicht hilflos als Delinquent_innen ausgeliefert sehen (Weber 2012: 35) und diese Erfahrung von Einflussmächtigkeit auch in ihre Lebenswelt übersetzen. Wird eine Auseinandersetzung mit dem Thema abgelehnt, muss über einen Abbruch der im Sinne des Präventionsprozesses eingegangenen pädagogischen Beziehung nachgedacht werden. Gleichzeitig verweist die gebotene koproduktive Aushandlung von Zielen auch darauf, dass Neonazismus als Problem und dessen Prävention als Auftrag im Team, beim Träger sowie im Gemeinwesen anerkannt sein müssen, um erfolgreich daran arbeiten zu können.[9]

9 „Zielentwicklung bezieht sich selten auf eine einzige Adressatin und ihre individuelle Lebensplanung. Die angestrebten Verhältnisse betreffen zumeist mehrere Personen (z. B. Familie, Gruppe, Gemeinwesen oder Einrichtungen)" (von Spiegel 2011: 135).

Fachkräfte müssen noch verstärkt Sicherheit im Umgang mit nicht erfolgreichen Prozessen und deren fachkritischer Würdigung gewinnen. Die hierbei gewonnenen Erfahrungen sollten als Ressourcen und Entwicklungspotenziale der Profession und im Speziellen der Neonazismusprävention anerkannt werden (Utz 2012: 63). Neonazismusprävention darf nicht als zusätzliche pädagogische Belastung erscheinen, derer sich Fachkräfte mit dauernden Erfolgsmeldungen zu entziehen versuchen müssen. Hierfür können themenbezogene Beratungsleistungen und ausreichende zeitliche und finanzielle Ressourcen innerhalb der Projekte sorgen. Auch ist allen Beteiligten – Kolleg_innen, Kooperationspartner_innen, Netzwerkpartner_innen und Fördernden – deutlich zu machen, dass es nicht um ein angeeignetes Kontingent an Techniken zur Neonazimusimmunisierung gehen kann, welches einfach nur erlernt werden muss und anschließend erfolgreich einsetzbar ist, denn „(s)pezifische Interventionen machen nur 15 % der ‚Wirkung' aus, der Rest ist auf die Qualität der Beziehungsgestaltung und der Kontextbedingungen zurückzuführen" (von Spiegel 2012: 28). Die pädagogischen Beziehungen und Kontexte hierbei in den Blick zu nehmen heißt, die Belastbarkeit und das Ziel von Beziehungen in neonazismuspräventiven Prozessen zu thematisieren sowie die die pädagogische Arbeit rahmenden Faktoren auf ihre demokratiefördernde Präventionstauglichkeit hin zu untersuchen und damit die Reichweite präventiver Maßnahmen einschätzen zu lernen. Fragil erscheinende Beziehungen zu Jugendlichen, bei denen diese sich aus ihrer neonazistischen Orientierung heraus der Thematik und den Fachkräften entziehen sowie ein den Prozess gefährdender Kontext (siehe Kapitel 2) stellen die weitere Zusammenarbeit maßgeblich in Frage. Hier gilt es auch, den gesellschaftlichen Kontext dahingehend zu untersuchen, inwiefern an die Jugendarbeit herangetragene Ziele überhaupt realistisch umsetzbar erscheinen (von Spiegel 2012: 29), um Ursache und Wirkung nicht zu verkehren und Neonazismus und Neonazismusprävention allein als Thema der Jugendarbeit erscheinen zu lassen und damit aus einer gesamtgesellschaftlich notwendigen Debatte herauszulösen.

Fazit und Ausblick

Unser Ansatz der geschlechterreflektierenden Präventionsarbeit lässt sich rückblickend in den folgenden drei Punkten zusammenfassen: Erstens geht es um das das Hinterfragen von Natürlichkeitsannahmen insbesondere, aber nicht nur, hinsichtlich der Kategorie Geschlecht. Was für ‚natürlich' erklärt wird, wird der Auseinandersetzung entzogen; Abweichungen erscheinen dann als ‚unnatürlich' und werden ausgegrenzt. Zweitens ist die Themati-

sierung von Ungleichwertigkeitsannahmen und damit verbundenen Ablehnungen sowie drittens die Wahrnehmung und Ermöglichung individueller geschlechtlicher und sexueller Vielfalt wichtig.

In den Beratungen regten wir an, in der Auseinandersetzung mit Neonazismus die Rolle von Geschlecht in konkreten Situationen aus dem Arbeitsalltag im Team zu reflektieren. Im Kontext von Neonazismusprävention heißt das, anstelle einer Festschreibung von Geschlechterrollen demokratische Offenheit der Räume und demokratiebildende Settings geschlechtlicher Vielfalt in der pädagogischen Arbeit möglich und sichtbar zu machen. Eingebunden sind diese Punkte in grundsätzliche pädagogische Präventions- und Interventionsstrategien gegen Neonazismus (siehe z. B. VDK/MBR Berlin 2006: 72ff.).

Als gewinnbringend erwies sich der langfristige Beratungsprozess, der Fachreflexionen im Arbeitsalltag strukturierte, Themen präsent hielt und die Arbeit an Haltungen und politischen Positionen ermöglichte. Zur professionellen Haltung gehört eine Rollenklärung und (Selbst-)Reflexionsbereitschaft der Pädagog_innen im Arbeitsfeld, im Team und in der Beziehungsarbeit mit den Jugendlichen. Dazu zählen die Auseinandersetzung mit eigenen Geschlechterbildern und Zuschreibungen der Fachkräfte, d. h. mit der Frage, welche Anforderungen an Jugendliche gestellt und welche Bilder vermittelt werden. Durch die Einbeziehung einer Opferperspektive kann deutlich gemacht werden, dass Gefahren der Entpolitisierung und Verdrängungen drohen, wenn der Anspruch ‚offen zu sein' nur mit Blick auf neonazistisch orientierte Jungen und Mädchen erhoben wird. Angeregt wurde ein bewusster, begründete Grenzen setzender und konzeptioneller Umgang mit dieser Zielgruppe. Jugendarbeit ist in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Grundlagen als temporäre demokratische Lebenswelt bzw. Raum in Abgrenzung zu neonazistischen Lebenswelten zu gestalten. Dies erfordert nicht ausschließliche Erholungsräume, sondern Konfrontation und politische Auseinandersetzung als unverzichtbare Bestandteile der pädagogischen Beziehungsarbeit. Basis der Arbeit an Einstellungen und Diskriminierungen sind ein Bewusstwerden der eigenen Werte und die demokratische Positionierung der Fachkräfte.

Eine gelingende Praxis benötigt schließlich förderliche Rahmenbedingungen (Glaser/Jaruczewski 2014), in erster Linie eine bessere Strukturförderung und personelle bzw. finanzielle Ausstattung der Projekte. Erst eine weitgehende Entlastung von Eigenmittelerwirtschaftung, eine Teamarbeit als Grundlage für fachlichen Austausch sowie zeitliche Ressourcen für Reflexion und Beziehungsarbeit ermöglichen Fachkräften überhaupt eine fachliche Einschätzung individueller und lokaler Entwicklungen und eine daran anknüpfende konzeptionelle Herangehensweise. Die fachliche Praxis muss trägerseitig über gemeinsam formulierte Leitbilder, Werte und Grenzen getragen werden, Fort- und Weiterbildungen sind zu ermöglichen und es muss

Anschluss an fachliche Beratungs- und Unterstützungsnetzwerke gesucht werden. Zur Trägerverantwortung zählt auch, prekäre Aufträge abzulehnen, wenn keine Fachlichkeit sichergestellt werden kann.

Literatur

Barthel, Michael/Jung, Benjamin (2013): Völkischer Antikapitalismus? Eine Einführung in die Kapitalismuskritik von rechts. Münster: Unrast Verlag.

Becker, Reiner/Palloks, Kerstin/Hafenegger, Benno/Krafeld, Franz Josef/Steil, Armin/Möller, Kurt (2013): Die Pädagogenpersönlichkeit oder: Wie spricht man mit denen, mit denen man eigentlich nicht sprechen möchte? In: Becker, Reiner/Palloks, Kerstin (Hrsg.): Jugend an der roten Linie. Analysen von und Erfahrungen mit Interventionsansätzen zur Rechtsextremismusprävention. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, S. 279–289.

Bleiß, Karin/Möller, Kurt/Peltz, Cornelius/Rosenbaum, Dennis/Sonnenberg, Imke (2004): Distanz(ierung) durch Integration. Das Bremer Konzept zur Bearbeitung rechtsextremer und menschenfeindlicher Orientierungen bei Jugendlichen durch aufsuchende Jugendarbeit. Bremen: VAJA e. V.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2013): 14. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Berlin. http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/14-Kinder-und-Jugendbericht,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf [Zugriff: 23.06.2015].

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2014): Kinder- und Jugendhilfe. Achtes Buch Sozialgesetzbuch. Berlin.

Debus, Katharina (2012): Dramatisierung, Entdramatisierung und Nicht-Dramatisierung in der geschlechterreflektierten Bildung. Oder: (Wie) Kann ich geschlechterreflektiert arbeiten, ohne geschlechtsbezogene Stereotype zu verstärken? In: Dissens e. V./Debus, Katharina/Könnecke, Bernard/Schwerma, Klaus/Stuve, Olaf (Hrsg.): Geschlechterreflektierte Arbeit mit Jungen an der Schule. Texte zu Pädagogik und Fortbildung rund um Jungen, Geschlecht und Bildung. Berlin: Eigendruck, S. 149-158. http://www.dissens.de/de/publikationen/jus.php [Zugriff: 09.04.2015].

Glaser, Enrico/Jaruczewski, Karola (2014): Möglichkeiten und Grenzen aufsuchender Jugendarbeit mit neonazistisch orientierten Jugendlichen im ländlichen Raum in Sachsen. In: Baer, Silke/Möller, Kurt/Wiechmann, Peer (Hrsg.): Verantwortlich Handeln: Praxis der Sozialen Arbeit mit rechtsextrem orientierten und gefährdeten Jugendlichen. Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich, S. 229–236.

Held, Josef/Bibouche, Seddik/Dinger, Gerhard/Merkle, Gudrun/Schork, Carolin/Wilms, Laura (2008): Rechtsextremismus und sein Umfeld. Eine Regionalstudie. Hamburg: VSA Verlag.

Kemper, Andreas (2011): [r]echte Kerle. Zur Kumpanei der MännerRechtsbewegung. Münster: Unrast Verlag.
Klärner, Andreas (2008): Zwischen Militanz und Bürgerlichkeit. Selbstverständnis und Praxis der extremen Rechten. Hamburg: Hamburger Edition.
Kontaktstelle BIKnetz – Präventionsnetz gegen Rechtsextremismus (Hrsg.) (2014): „Du bist mir nicht egal!". Praxishilfen für die sozialpädagogische Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen. Berlin: Eigendruck.
Krafeld, Franz Josef (1992): Cliquenorientierte Jugendarbeit. Grundlagen und Handlungsansätze. Weinheim/München: Juventa Verlag.
Krafeld, Franz Josef (2001): Zur Praxis der pädagogischen Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen. In: Schubarth, Wilfried/Stöss, Richard (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Opladen: Verlag Leske und Budrich, S. 271–291.
Lehnert, Esther (2013): Die Ideologie der „Volksgemeinschaft" und ihre Anschlussfähigkeiten. In: Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.): Instrumentalisierung des Themas sexueller Missbrauch durch Neonazis. Berlin: Eigendruck, S. 15–18.
Postone, Moishe (1982): Nationalsozialismus und Antisemitismus. Ein theoretischer Versuch. Merkur, Nr. 1, S. 13–25.
Rosenbrock, Hinrich (2012): Die antifeministische Männerrechtsbewegung. Denkweisen, Netzwerke und Online-Mobilisierung. Schriften des Gunda-Werner-Instituts, Band 8. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.
Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz (2014): Jugend 2013 in Sachsen. Eine vergleichende Untersuchung zu Orientierungsproblemen junger Menschen. Dresden.
Sanders, Eike (2010): „free gender". In: Antifaschistisches Infoblatt, Nr. 88, S. 28–29.
Scherr, Albert/Sturzenhecker, Benedikt (2014): Jugendarbeit verkehrt: Thesen gegen die Abwicklung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit durch ihre Fachkräfte. In: deutsche jugend, Nr. 9, 62. Jg., S. 369–376.
von Spiegel, Hiltrud (2011): Methodisches Handeln in der Sozialen Arbeit: Grundlagen und Arbeitshilfen für die Praxis. München: UTB Ernst Reinhardt Verlag (4. Auflage).
von Spiegel, Hiltrud (2012): Die Last der großen „Ansprüche" und die Mühen der Ebene. Reflexion über eine 40 Jahre währende Auseinandersetzung mit dem methodischen Handeln. In: Widersprüche, Nr. 125, 32. Jg., S. 13–32.
Utz, Richard (2012): Dummheiten machen. In: Widersprüche, Nr. 125., 32. Jg., S. 53–70.
Thimmel, Andreas/Wenzler, Nils (2014): Offene Jugendarbeit als Ort Nonformaler (politischer) Bildung. In: Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg): „Läuft bei Dir!" Konzepte, Instrumente und Ansätze der antisemitismus- und rassismuskritischen Jugendarbeit. Berlin: Eigendruck, S. 9–12.
VAJA – Verein zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit e. V. (2004): Distanz (ierung) durch Integration. Das Bremer Konzept zur Bearbeitung rechtsextremer und menschenfeindlicher Orientierungen bei Jugendlichen durch aufsuchende Jugendarbeit. http://www.vaja-bremen.de/_pdf/Distanz-Konzept-2004.pdf [Zugriff: 02.04.2015].

Verein für demokratische Kultur in Berlin e. V. (VDK)/Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR) (2006): Integrierte Handlungsstrategien zur Rechtsextremismus-Prävention und -Intervention in der Jugendarbeit. Hintergrundwissen und Empfehlungen für Jugendarbeit, Kommunalpolitik und Verwaltung. Berlin: Eigendruck.

Weber, Joachim (2012): Sich auf Praxis einlassen. Grundzüge einer Grammatik des klugen Taktes jenseits professioneller Methodenkompetenz. In: Widersprüche, Nr. 125, 32. Jg., S. 33–52.

2.6 Rechtsextremismus als Herausforderung für frühkindliche Pädagogik – Analysen und Handlungsempfehlungen

Heike Radvan und Esther Lehnert

Seit mehreren Jahren ist in verschiedenen Regionen der alten und neuen Bundesländer zu beobachten, dass rechtsextreme Erscheinungsformen im Alltag von Kindertagesstätten und anderen Einrichtungen frühkindlicher Pädagogik vermehrt auftreten. Unserer Analyse zufolge zeigt sich die Herausforderung aus pädagogischer Sicht auf den vier Ebenen der Elternarbeit, der pädagogischen Arbeit mit Kindern, des Umgangs mit rechtsextrem orientierten oder engagierten Erzieher_innen sowie der Betreuungsangebote aus der rechten Szene. Es handelt sich hierbei auf den ersten Blick um ein relativ neues Problem, das pädagogische Fachkräfte vor Herausforderungen stellt. Im Artikel geht es daher um eine erste Annäherung an die Frage, welche Probleme auftreten (können) und welche Handlungsoptionen es in der Praxis gibt.

Im Folgenden werden wir das Phänomen aus einer geschlechterreflektierenden Perspektive beleuchten. Dies hat zwei Gründe: Zum einen handelt es sich in der frühkindlichen Pädagogik nach wie vor um einen weiblich konnotierten Bereich. Rechtsextrem orientierten Frauen gelingt es hier, vom Phänomen der ‚doppelten Unsichtbarkeit' (s. u.) zu profitieren und in diesem Sinne ihre Ideologie oft subtil und unerkannt im pädagogischen Alltag zu ‚normalisieren'. Zum anderen verstehen wir die Aufgabe pädagogischen Handelns im Sinne von Demokratieförderung immer auch als Förderung von Geschlechterdemokratie. Nach wie vor stellt das Geschlechterverhältnis in unserer Gesellschaft eines der am stärksten naturalisierten (Bourdieu 2005) und daher wenig sichtbaren Herrschaftsverhältnisse dar.

Rechtsextremismus in der frühkindlichen Pädagogik – ein neues Phänomen?

Dass rechtsextreme Erscheinungsformen, Teile der Ideologie oder Erziehungsstile rechter Gruppierungen in Einrichtungen frühkindlicher Pädagogik auftauchen, ist nicht neu. In der alten Bundesrepublik gab es nach 1945 immer auch völkische Familien (Röpke 2010: 59–100; Amadeu Antonio Stiftung 2014). Zudem waren die Alltagskultur und weite Teile der Eliten auch von alltagsrassistischen, antisemitischen und geschichtsrevisionistischen Äußerungen und Einstellungen geprägt (Klee 2003; Amadeu Antonio Stiftung 2012). Auch wenn diese Entwicklung für den sich als antifaschistisch verstehenden Staat DDR differenzierter beschrieben werden muss, waren Rassismus und Antisemitismus in der Gesellschaft virulent und prägten die Alltagskultur sowie öffentliche Einrichtungen (Amadeu Antonio Stiftung 2010, 2012). In beiden Gesellschaften lassen sich autoritäre, repressive und strafende Erziehungsstile ausmachen, deren Ursprünge bis weit vor den Nationalsozialismus zurückreichen. Im Zuge der sogenannten 68er-Bewegung werden in Westdeutschland solcherart repressive Ansätze erstmalig breiter hinterfragt und zur Disposition gestellt (Baader 2008). Dass Demokratiepädagogik und Kinderrechte im Sinne einer Anspruchshaltung im Alltag frühkindlicher Pädagogik der Gegenwart weitgehend angekommen sind, lässt sich zum Teil auch als Ergebnis dieser sozialen Bewegung beschreiben. Jenseits dessen zeigen sich Versatzstücke von Autoritarismus, Repression und damit verbundenen Normierungen auch in heutigen Erziehungseinrichtungen in den neuen und alten Bundesländern. Als Beispiel können aktuelle Debatten um geschlossene Einrichtungen herangezogen werden, so beispielsweise die Diskussionen um die umstrittene ‚Hasenburg'-Einrichtung in Brandenburg (taz.de 2015).

Eine qualitative Veränderung lässt sich unserer Analyse zufolge seit den ausgehenden 2000er-Jahren beobachten. In diesem Zeitraum werden erste Fälle bekannt, in denen Einrichtungen der Familien-, Kinder- und Jugendarbeit mit dem Wirken rechtsextremer Fachkräfte und Ehrenamtlicher konfrontiert sind (Litschko 2007). In den Folgejahren haben wir es in der Beratungsarbeit von Kindertageseinrichtungen zunehmend damit zu tun, dass sich rechtsextrem orientierte oder organisierte Mütter gezielt und strategisch in die Elternarbeit einbringen. Das aus unserer Sicht qualitativ Neue besteht einerseits in der Wahrnehmung des Phänomens: Pädagog_innen und Eltern reagieren besorgt auf rechtsextreme Schmierereien, Äußerungen, Kleidungsstile und die damit einhergehende Präsenz von Personen, die sich in rechte Gruppierungen hinein orientieren oder bereits Teil solcher Gruppierungen sind. Außerdem lässt sich ein strategisches Vorgehen seitens der rechten Akteur_innen beobachten: Junge Eltern, insbesondere Mütter, versuchen ihre



menschenverachtende Ideologie unerkannt in ihren Alltag und damit auch in die Kindertagesstätten einzubringen. Dies ist Teil der sogenannten ‚Normalisierungsstrategie' von NPD und anderen rechten Gruppierungen. Seit Ende der 1990er-Jahre wird in diesem Sinne versucht, an antisemitische, alltagsrassistische, sozialdarwinistische und auch antifeministische Diskurse der sogenannten Mitte der Gesellschaft anzuknüpfen – diese somit zu ‚normalisieren' – sowie vorhandene gesellschaftliche Probleme umzudeuten und zum Beispiel rassistisch aufzuladen. Zum anderen soll durch aktive Teilnahme an öffentlichen Diskussionen und durch soziales Engagement die Präsenz extrem rechter Parteien und Gruppierungen zur Gewohnheit werden.

Die hier beschriebenen Entwicklungen stehen im Kontext einer Veränderung innerhalb rechtsextremer Gruppierungen. Seit den 1980er-Jahren lässt sich in ihnen eine sukzessive Zunahme der Präsenz von Frauen verzeichnen (Antifaschistisches Frauennetzwerk, Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus 2005). Diese geht einher mit einer Ausdifferenzierung von Positionen und Rollenbildern, die Frauen in diesen Gruppierungen einnehmen und leben. Neben traditionellen Orientierungen an Mutterrolle und Familie finden sich ‚modernisierte' Lebensentwürfe, in denen sich rechtsextreme Frauen neben der häuslichen Sphäre selbstverständlich in den öffentlichen Bereich der Politik, in aktionistische und gewalttätige Bereiche neonazistischer Kameradschaften einbringen und dort eigene Ziele vertreten. Im Zuge dieser Entwicklung entstehen vermehrt Familien, die sich als rechtsextrem oder völkisch verstehen. Entsprechend der Idee, die ‚deutsche Volksgemeinschaft' zu sichern, orientieren sich viele dieser Paare stark an Elternschaft und leben mit mehreren Kindern. Kinder aus diesen Familien besuchen Einrichtungen der frühkindlichen Pädagogik, Krippen, Kitas, Vor- und Grundschulen, Horte. Angesichts dieser Entwicklung stehen Pädagog_innen vor verschiedenen Herausforderungen. Im Folgenden werden wir diese auf die eingangs genannten vier Bereiche beziehen, analysieren und Handlungsempfehlungen entwerfen.

Herausforderungen für die Elternarbeit

Stella Hähnel ist eine Multifunktionärin der rechten Szene. In jungen Jahren engagierte sie sich im mittlerweile aufgelösten Skingirl Freundeskreis Deutschland, war Mitgründerin der Gemeinschaft Deutscher Frauen und des Rings Nationaler Frauen (Frauenorganisation der NPD). Aktuell ist sie NPD-Abgeordnete im Kreistag Teltow Fläming. Ein Jahr lang engagierte sich Stella Hähnel ehrenamtlich im Familienzentrum von Hohen Neuendorf und betreute hier u. a. Kinder. Sie war gut integriert und galt als „nett und freundlich, liebevoll zu den

Kindern" (Litschko 2007). Eltern und Hauptamtliche reagierten schockiert, als sie erkennen mussten, dass sie mit einer rechten Kaderfrau zusammenarbeiteten. Nachdem Frau Hähnel aus dem Familienzentrum ausgeschlossen war, stellte sie sich im Nachbarort bei einer Kindertagesstätte mit einem Blumenstrauß vor und verwies offensiv auf ihre NPD-Mitgliedschaft.

Frau R. engagierte sich als zehnfache Mutter im mittlerweile verbotenen rechtsextremen Internetforum ‚Thiazi'. Als Moderatorin mit dem Pseudonym Enibas äußerte sie sich wiederholt offen antisemitisch und rassistisch. Im Internet verbreitete sie Rezepte und Bilder von Torten mit Hakenkreuz und Schwarzer Sonne und rief andere rechtsextreme Eltern dazu auf, sich in Sport- und Tierschutzvereinen zu engagieren (Röpke, 2010: 107). Zeitgleich pflegte sie in der Öffentlichkeit das Bild der liebevollen Familienmanagerin. Sie war im Elternbeirat der Schule eines ihrer Kinder tätig und achtete hier besonders darauf, unerkannt zu bleiben: „Ich glaube, niemand würde mich mehr in den Elternbeirat wählen, [...] wenn ich in der NPD wäre. Dann täte man mich als ‚bösen Nazi' abstempeln und niemand würde mir zuhören." Sie schreibt: „Wir müssen nun schmiegsam und anpassungsfähig sein – wie es unser Führer so ergreifend sagte" (Speit 2010). Die rechtsextremen Aktivitäten von Frau R. wurden erst 2010 durch umfangreiche Recherchen der Antifa Freiburg öffentlich.

In diesen Fällen zeigt sich, dass rechtsextreme Frauen mit ihren politischen Einstellungen oft übersehen und nicht als solche erkannt werden. Hier wird das Prinzip der doppelten Unsichtbarkeit wirksam: Nach wie vor wird Mädchen und Frauen grundsätzlich weniger eine eigene politische Meinung zugetraut. Zudem gelten sie als friedfertig. Wenn Frauen sich rechtsextrem engagieren, verstärkt sich diese eingeschränkte Wahrnehmung, da Rechtsextremismus ungeachtet wissenschaftlicher Erkenntnisse immer noch sehr häufig als ein ‚männliches Phänomen' gesehen wird. Zudem zeigen die Fallgeschichten, dass es für viele Personen schwierig zu sein scheint, rechtsextreme Orientierungen und Zugehörigkeiten von Frauen zu erkennen und sich mit ihnen kritisch auseinanderzusetzen, wenn eine persönliche Beziehung aufgebaut wurde und besteht. Verstärkt wird dies dadurch, dass rechte Frauen sehr strategisch vorgehen und sich bestehende Geschlechterstereotype zu Nutze machen, um unerkannt zu bleiben und gleichzeitig ihre Ideologie zu verbreiten.

In unserer mehrjährigen Beratungsarbeit in Einrichtungen frühkindlicher Pädagogik sind uns wiederholt Fälle begegnet, in denen sich Frauen aus rechtsextremen Familien gezielt in Elternvertretungen von Kindergärten und Schulen einbringen. Sie verfolgen das Ziel, Wahlämter zu übernehmen und somit in einflussreiche Positionen zu gelangen. Oft versuchen sie in einem ersten Schritt, Vertrauen bei den anderen Eltern aufzubauen, z. B. durch das Engagement für den Wiederaufbau des Spielplatzes, Kuchenbacken zum Kin-

derfest etc. In einem zweiten Schritt – wenn sie gute Kontakte und belastbare Beziehungen aufgebaut haben – bringen sie ihre Ideologie sehr gezielt ein und plädieren z. B. dafür, Bilder von der Wand zu entfernen, auf denen Kinder zu sehen sind, die vermeintlich nicht ‚deutsch' aussehen. Oder sie bringen Kinderbücher in die Einrichtung, deren Inhalte antisemitisch und rassistisch sind. Auch diese Fallbeispiele aus der Praxis zeigen, dass es für Fachkräfte oft schwierig ist, rechtsextreme Frauen – gerade, wenn diese strategisch vorgehen – mit ihrer rechtsextremen Ideologie und ihrem Engagement zu erkennen.

Welche notwendigen Antworten müssen auf die hier beschriebenen Probleme gegeben werden? Schwierig wird es in der Praxis nicht erst, wenn eine oder auch mehrere Mütter – in rechtsextremen Familien sind es traditionell meist Mütter, die für die Kindererziehung verantwortlich sind – als Elternvertreterinnen gewählt wurden. Es geht vielmehr darum, das Problem frühzeitig zu erkennen, um reagieren zu können, *bevor* rechte Frauen Einfluss gewinnen konnten. Gleichzeitig geht es darum, eine demokratische Alltagskultur in den Einrichtungen zu etablieren sowie Kinderrechte in den Fokus pädagogischer Konzepte zu stellen. Wie jedoch ist eine erhöhte Sensibilisierung für aktuellen Rechtsextremismus zu erreichen?

Der modernisierte Rechtsextremismus ist in seinen Erscheinungsformen nicht mehr so ohne Weiteres erkennbar, neonazistische Frauen und Männer kleiden sich nicht unbedingt szenetypisch und sind vom äußeren Erscheinungsbild in vielen Fällen nicht mehr mit ihrer rassistischen und antisemitischen Weltanschauung zu erkennen. Nicht selten ist hiermit die Strategie verbunden, Anschluss an die Mitte der Gesellschaft zu finden, d. h. sich in der Nachbar_innenschaft beliebt zu machen und hierüber Personen für rechtsextreme Themen anzusprechen, die sich bislang nicht hierfür interessiert haben. Gleichzeitig gibt es Personen, die ihre Ideologie sehr offensiv vertreten. In der Praxis ist es daher notwendig, Wissen über rechtsextreme Symbole, Kleidungsmarken und -stile zu haben, um Mitglieder oder Sympathisant_innen neonazistischer Ideologie und Gruppierungen zu erkennen. Rechtsextreme Versandhandel bieten Kleidung auch für Kinder. Pädagog_innen stehen vor der Aufgabe, aufmerksam für solche Signale zu sein, sie ernst zu nehmen und einen Umgang mit ihnen zu entwickeln. Es geht um eine sensibilisierte Wahrnehmung gerade auch von alltagsrassistischen Äußerungen und anderen Diskriminierungen. Auch hierüber versuchen Neonazis gezielt, Anschluss an die Mehrheit zu gewinnen und neue Sympathisant_innen zu rekrutieren. Neben der Wahrnehmung solcherart Äußerungen geht es um das Etablieren einer demokratischen Konfliktkultur: Ausgrenzung und Diskriminierung sollten im Team, aber auch mit den anderen Eltern so thematisiert werden, dass rechtsextreme Ideologie als solche kenntlich gemacht und ihr entgegnet wird. Diejenigen Eltern, die sich rechtsextrem orientieren oder engagieren, sollten

keine Chance bekommen, über Alltagsrassismen und andere Ideologien der Ungleichwertigkeit Zustimmung oder gar Mehrheiten zu erreichen. Um eine demokratische Alltagskultur abzusichern und zu stärken, ist eine demokratische Leitbildentwicklung ein sinnvoller Schritt. Wir werden im Folgenden konkretisierend hierauf eingehen.

Pädagogische Arbeit mit den Kindern

In einer Kindertagesstätte fällt ein Junge dadurch auf, dass er Hakenkreuze und Runen zeichnet und dies auf Nachfrage argumentativ rechtfertigt. Gleichzeitig verweigert er, mit Kindern zu spielen, die eine dunklere Hautfarbe oder eine Beeinträchtigung haben. Zudem spielt er sehr gern Krieg und ist gegenüber anderen Kindern aggressiv und gewalttätig.

In einer anderen Einrichtung fällt ein Geschwisterpaar dadurch auf, dass sie besonders zurückhaltend sind und wenig von zu Hause, z. B. vom Wochenende, erzählen. Deshalb verweigern sie ihre Teilnahme am Morgenkreis zum Wochenbeginn. Gleichzeitig gibt es keine sogenannten Disziplinprobleme, diese Kinder scheinen besonders ‚gut zu spuren'. Außerdem zeigen sich traditionelle Geschlechterrollen in den Erziehungsstilen: Das Mädchen trägt Kleider und Zöpfe, es wird zu Hause zu Haus- und Handarbeiten angeleitet, der Junge wird stark körperlich gefordert und gedrillt. Beide kommen häufig am Morgen in die Einrichtung, nachdem sie bereits einen 5-km-Lauf absolviert haben.

Anna lädt ihre Freund_innen aus der Kita zum Kindergeburtstag ein. Einige Eltern, deren Kinder eingeladen sind, wissen um die NPD-Mitgliedschaft von Annas Eltern. Sie bitten die Erzieher_innen um Rat, wie mit der Einladung umzugehen sei.

In diesen Fällen zeigt sich, dass die betroffenen Kinder mit Erziehungsstilen konfrontiert sind, die ihre Entwicklung zu einer ganzheitlichen Persönlichkeit mit eigenen Wahlmöglichkeiten stark begrenzen. Gleichzeitig wird deutlich, dass diese Kinder in eine Alltagskultur der Diskriminierung, Ungleichwertigkeit und Gewalt hin einsozialisiert werden, die sie in das eigene Handlungsrepertoire aufnehmen. Hiermit geraten sie wiederholt in dilemmatische Situationen, da sie den Anforderungen eines demokratischen und gewaltfreien Miteinanders aufgrund der zu Hause vermittelten Ideologie nicht gerecht werden können. Diese Kinder geraten unter Entscheidungsdruck, der nicht altersgerecht ist und sie überfordert. Was in diesen Fällen unbenannt bleibt, aber eine grundsätzliche Herausforderung für Pädagog_innen darstellt, ist die Frage, wie mit der gesamten Gruppe umzugehen ist. Das beinhaltet auch

den Umgang mit Diskriminierung oder Gewalt, die von Kindern ausgeht, die in neonazistisch orientierten oder engagierten Familien aufwachsen. Zum einen geht es hier um die Wahrung eines Schutzraums vor Diskriminierung und Ausgrenzung. Gleichzeitig ist es unabdingbar, ein Miteinander zu etablieren, das ein Erlernen und Erleben demokratischen Handelns ermöglicht. Hierzu zählt auch das Erfahrbarmachen der Prämisse, dass alle Menschen unabhängig von verschiedenen Zugehörigkeiten oder körperlichen und geistigen Ausstattungen gleichwertig sind.

Pädagog_innen stehen vor der Aufgabe zu erkennen, in welchen familiären Situationen Kinder aufwachsen, und sie bei der Entwicklung einer eigenständigen Persönlichkeit zu unterstützen. Wie jedoch lässt sich feststellen, ob ein Kind bei Eltern aufwächst, die sich rechtsextrem orientieren, und was folgt daraus für das pädagogische Handeln?

Zunächst lässt sich sagen, dass man nicht von einem einheitlichen Erziehungsstil im aktuellen Rechtsextremismus sprechen kann. So sind Erziehungsmethoden, die auf Härte, Durchhaltevermögen und Folgsamkeit ausgerichtet sind, nicht in der gesamten Szene verbreitet. Es ist davon auszugehen, dass es nicht ‚den dominanten', sondern verschiedene Erziehungsstile gibt. Unabhängig davon verfolgen Eltern, die Teil der rechten Szene sind und von deren weltanschaulichen Ideen überzeugt, das Ziel, ihren Nachwuchs ideologisch zu prägen. Man muss davon ausgehen, dass diese Kinder mit einem rechtsextremen Weltbild aufwachsen und dass sie lernen, dass Menschen aufgrund von Herkunft und/oder Lebensweise unterschiedlich viel wert seien. Solcherart Positionen denken sich Kinder nicht selbst aus, sie lernen – in diesem Falle sehr wahrscheinlich im Elternhaus und dessen Umfeld – zu diskriminieren. In rechtsextremen Online-Foren diskutieren Neonazi-Eltern über Erziehung. Auffällig ist hier die Ablehnung von Anglizismen, das Internet heißt ‚Weltnetz', T-Shirts werden als ‚T-Hemden' bezeichnet und auch die aus Italien stammende ‚Pizza' wird lieber ‚Gemüsetorte' genannt. Einigkeit herrscht weitgehend darüber, dass Kinder frühzeitig Gehorsam und Pflichtbewusstsein lernen sollen; ebenso, dass Jungen und Mädchen verschiedene Rollen und gesellschaftliche Positionen und damit verbundene Aufgaben und Pflichten haben. In diesen Foren wird auf antisemitische Brettspiele hingewiesen und es werden Erziehungsratgeber empfohlen. Das sind zumeist Bücher aus der Zeit des Nationalsozialismus, die zum Teil aber auch nach 1945 partiell überarbeitet in der Bundesrepublik aufgelegt wurden, z. B. das Buch von Johanna Haarer *Die deutsche Mutter und ihr erstes Kind*. Hier wird eine strenge, autoritäre Erziehung empfohlen und dazu geraten, Kinder nicht zu „verzärteln". Die Mutter solle „hart werde(n)" (Haarer 1936: 173) und auf das Weinen des Kindes gerade nicht mit emotionaler Zuwendung reagieren. Haarer vermittelte in ihren Büchern nationalsozialistische Ideologie. Die in der Bundesrepublik erschie-

nene Neuauflage des Buches war dahingehend bereinigt; weiterhin empfohlen wurden jedoch Erziehungsmaßnahmen im Sinne von Härte, Gehorsam und Unterwerfung.

In der Praxis sollten mehrere Bereiche beachtet werden. Im Umgang mit Kindern, die sich diskriminierend oder gewalttätig verhalten, geht es darum, angemessen pädagogisch zu intervenieren und verständliche Grenzen gegenüber Gewalt und Diskriminierung zu setzen. Neben einer eindeutigen Grenzsetzung ist es notwendig, eine altersangemessene Auseinandersetzung in der Gruppe zu ermöglichen. Es kann sinnvoll sein, gemeinsame Regeln auszuhandeln oder auch ‚Kummerkästen' aufzustellen. Im Sinne von Primärprävention sind die Einbeziehung von pädagogischen Ansätzen der Vielfalt- und Demokratiepädagogik sowie Projekte zu Kinderrechten sinnvoll. Ganz grundsätzlich geht es hier auch um konzeptionelle Überlegungen für die Umsetzung der pädagogischen Arbeit in der Einrichtung. So ist es wichtig, auf eine Vielfalt der Zugehörigkeiten sowohl auf Seiten der pädagogischen Fachkräfte als auch der Kinder zu achten. Stereotype jeglicher Art können unterlaufen werden, wenn z. B. Toberäume nicht nur für Jungen und Kuschelecken nicht nur für Mädchen gedacht werden, das Speiseangebot in der Einrichtung unterschiedlichen religiösen und kulturellen Ansprüchen gerecht wird und unterschiedliche ethnische Herkünfte sich auch im pädagogischen Material spiegeln. Vielfalt positiv zu begegnen kann auch heißen, gezielt Eltern anzusprechen, die einer anderen Einkommensgruppe oder Bildungsschicht als die Mehrheit angehören oder die eine Migrationsgeschichte mitbringen sowie Kinder einzubeziehen, die aus Regenbogenfamilien kommen.

Eine Alltagskultur, die Verschiedenheiten selbstverständlich für alle als gleichwertig erfahrbar macht, ist bereits ein wirksamer Ansatz der Primärprävention gegen Rechtsextremismus. Es gilt, eine Kultur der Verschiedenheit und Gleichwertigkeit aller im Alltag der Kinder erfahrbar zu machen. Damit wird der Vorstellung einer homogenen ‚Volksgemeinschaft' und der Ungleichheit verschiedener Gruppen – zentrale Ideologeme von Neonazis – praktisch etwas entgegengesetzt. Zudem zeigt die Praxis, dass eine offensive Auseinandersetzung mit zunächst einmal allen Eltern unabdingbar ist. Davon ausgehend, dass es Eltern generell um das Wohlergehen ihrer Kinder geht, ist es sinnvoll, Arbeitsbeziehungen auch mit rechtsextrem orientierten oder engagierten Eltern einzugehen. Fachkräfte, die möglicherweise von Neonazis als Feind_innen wahrgenommen werden, sollten von ihren Kolleg_innen solidarisch unterstützt und geschützt werden; sinnvoll kann hier die Entwicklung eines Schutzkonzepts sein. Arbeitsbeziehungen mit rechtsextrem orientierten oder engagierten Eltern einzugehen, beinhaltet nicht das Tolerieren von Diskriminierung – vielmehr ist es notwendig, dass sich Pädagog_innen eindeutig positionieren. Jedoch zeigt sich, dass rechtsextreme (und rechtsextrem orien-

tierte) Eltern, denen Grenzen der Zusammenarbeit aufgezeigt werden, durchaus positiven Einfluss auf ihre Kinder, z. B. auf deren gewalttätiges Verhalten nehmen, was letztlich deren Entwicklung und dem Klima der Einrichtung zugutekommt.

Über den unmittelbaren Umgang mit rechtsextrem orientierten und organisierten Eltern hinaus sollten Erscheinungsformen von Rechtsextremismus grundsätzlich mit allen Eltern in der Einrichtung thematisiert werden. Das kann zum Beispiel in Form eines Elternabends oder eines Infotages mit externen Expert_innen geschehen. Gleichzeitig geht es um die direkte Auseinandersetzung darüber, wie mit alltagsrassistischen und/oder anderen Diskriminierungen umzugehen ist. Auch für die Frage des Umgangs mit der beschriebenen Geburtstagseinladung ist es sinnvoll, sich abzusprechen. Alternativen können z. B. darin bestehen, die Feier in die Kita zu verlegen, oder Eltern zu empfehlen, ihre Kinder auf den Geburtstag zu begleiten. Grundsätzlich geht es darum, Eltern zu ermutigen, sich mit ‚ungeliebten Themen' wie Rassismus und Diskriminierung an die Kita zu wenden.

Die Frage von Kindeswohlgefährdung

Im Kontext der pädagogischen Arbeit mit Kindern, die in rechtsextrem engagierten Familien aufwachsen, geht es auch um die Diskussion einer möglichen Kindeswohlgefährdung. Oft geraten Kinder in eine Art Loyalitätskonflikt zwischen den Ansprüchen der Herkunftsfamilie und den dazu diskrepanten Anforderungen im Außen. Viele werden in Freund-Feind-Bilder hin einsozialisiert, was letztlich den Erfahrungsraum Heranwachsender einschränkt. Beide Themen betreffen grundsätzlich den Straftatbestand der Kindeswohlgefährdung.

Grundsätzlich ist hierbei wichtig zu beachten, dass das Elternrecht ein hohes Gut in unserem Grundgesetz ist. Es kann, gerade auch aus demokratischer und historischer Perspektive, nicht darum gehen, Kinder ohne Weiteres aus ihren Elternhäusern herauszunehmen. Nicht zuletzt ist dies auch eine pädagogische Frage, die sich angesichts der Loyalität von Kindern gegenüber ihren Eltern stellt. Man weiß, unter anderem aus der Arbeit mit Kindern, die in Familien aufwachsen, die sich in christlich-fundamentalistischen Gruppierungen bewegen, um die kontraproduktive Wirkung, die eine gegen den Willen von Kindern durchgesetzte Herausnahme haben kann. Kinder versuchen, die ihnen zugewiesenen Pflegefamilien zu verlassen, ihnen zu ‚entfliehen' und zu ihren Eltern zurückzukehren, auch wenn es sich dort um nachweisbare Zwangs- und Gewaltsituationen handelt.

Aufgabe demokratischer pädagogischer Institutionen sollte es sein, Kinder zu stärken und ihnen in diesem Fall einen alternativen Erfahrungsraum zu ihrem Elternhaus zu eröffnen. Kita und Schule sind diejenigen Institutionen, die es ermöglichen können, den Kindern einen demokratischen Alltag erlebbar zu machen. Insofern sehen wir die Aufgabe von Pädagog_innen zuallererst darin, hier anzusetzen und letztlich ein Fenster offen zu halten, damit diese Kinder eines Tages selbstständig entscheiden können, ob sie einen anderen Weg gehen wollen oder erwachsener Teil der rechtsextremen Szene werden/bleiben. Grundsätzlich ist es sinnvoll, den Kontakt zu diesen Kindern nicht zu verlieren. Von Aussteiger_innen wissen wir, dass oft ein Mensch für sie entscheidend war, der sie als Person akzeptiert, aber in ideologische Widersprüche verwickelt hat. Ausgrenzung ist in der Arbeit mit Kindern keine Lösung, bei anderen Zielgruppen ist dies anders zu diskutieren. Ein Problem besteht darin, dass die Kinderbetreuung zunehmend stärker in der rechten Szene selbst organisiert wird. Es gibt rechtsextreme Hebammen und Tagesmütter. Manche Kinder kommen erst mit der Einschulung in Kontakt mit demokratischen Strukturen. Hier liegt die Aufgabe von Pädagog_innen: Diese Kinder wahrzunehmen, zu beobachten, welche Unterstützung sie brauchen, und im Blick zu haben, dass es perspektivisch für diese Kinder möglich sein kann und sollte, das Milieu, in dem sie aufgewachsen sind, zu verlassen.

Umgang mit rechtsextrem orientierten oder engagierten Erzieher_innen

Birkhild T. ist seit vielen Jahren in der rechtsextremen Szene aktiv, z. B. bei Festen der NPD. Die fünffache Mutter organisierte jahrelang eine kleine „nationale Frauengruppe" und unterstützte diese u. a. in Erziehungsfragen. Bis zum Verbot schickte Birkhild T. die eigenen Kinder zur ‚Heimattreuen Deutschen Jugend'. Als Erzieherin war sie langjährig in einer kommunalen Einrichtung in Niedersachsen angestellt. Nach dem Ende einer langjährigen Erziehungszeit kehrt sie in ihren Beruf zurück. Die Recherchen einer Journalistin machen ihre Tätigkeit öffentlich. Einige Kolleg_innen sehen keinen Bedarf, die Zusammenarbeit zu beenden. Birkhild T. habe gut mit den Kindern gearbeitet und die Ideologie außen vor gelassen. Eine Elterngruppe engagiert sich für eine Beendigung des Arbeitsverhältnisses. Dies erweist sich für den kommunalen Träger als äußerst schwierig. Erst nach drei Jahren und verschiedenen Verfahrensschritten gelingt es, den Vertrag zu beenden (Rietzschel 2013; Röpke/Speit: 2010; Speit 2013).

Eine christliche Kita beendet das Arbeitsverhältnis mit der Erzieherin Nicola B. Unerkannt war sie mehrere Jahre als Moderatorin für das rechtsextreme In-

ternetportal Thiazi tätig (Radtke 2014). Dort hetzte sie antisemitisch und gegen Sinti und Roma. Noch vor ihrem Rauswurf aus der Kita distanziert sich Nicola B. von „rechtsradikalem und nationalsozialistischem Gedankengut". Dies passe nicht „zu meinen streng katholischen Grundwerten", sagt sie. Nicola B. hatte sich jedoch bereits früher offen rassistisch geäußert. Als Erzieherin in Rheinland-Pfalz schrieb sie, dass es in ihrem Ort „keinen einzigen Schwarzen (gibt). Wenn ich in die nächste größere Stadt fahre, ist das Bild aber schon wieder ein völlig anderes, und dort würde ich mein Kind auch um keinen Preis in die Kita schicken wollen" (Fröhlich 2014). Nach der Veröffentlichung der rechtsextremen Tätigkeit von Nicola B. durch die Antifa Freiburg zeigt sich die Vereinsvorsitzende der Kindertagesstätte in einer ersten Äußerung sehr erstaunt. Auch nach Rücksprache mit Eltern und Kolleg_innen vermittelt sie, dass sie keinen Anlass für eine Beendigung der Zusammenarbeit sehe, solange Frau B. sich auch weiter an die Grundsätze des Vereins halte: „So lange sich alle Mitarbeiter dienstlich wie privat an unsere Grundsätze zur Nächstenliebe halten, sehen wir keinen Anlass, etwas zu unternehmen" (Wachs 2014). Wenige Tage später beendet der Verein die Zusammenarbeit mit Nicola B. (Märkische Allgemeine 2014).

Auch in der Auseinandersetzung mit rechtsextrem orientierten oder organisierten weiblichen Fachkräften sind wir mit dem Prinzip der ‚doppelten Unsichtbarkeit' konfrontiert: Den Kolleg_innen fällt es oft schwer, sich mit der Tatsache, dass die ‚nette Kollegin' über ein rechtsextremes Weltbild verfügt, auseinanderzusetzen oder sich von dieser inhaltlich abzugrenzen. Konzentriert wird sich – und diese Erfahrung entspricht auch unserer Beratungspraxis – auf den ‚liebevollen' und auf den ersten Blick unideologischen Umgang der Fachkraft mit den Kindern. Ein netter, liebevoller, als ‚mütterlich' wahrgenommener Umgang mit Kindern reicht aus, damit die mögliche rechtsextreme Weltanschauung aus dem Blick gerät oder gar nicht als Problem wahrgenommen wird. So scheinen in den von uns gegebenen Beispielen eine oder mehrere Kolleg_innen, im zweiten Beispiel auch die Leitung, davon auszugehen, dass es möglich ist, die rechtsextreme politische Weltanschauung ‚draußen zu lassen'. Jedoch wird bei dieser Annahme unterschätzt und verkannt, dass das Auftreten und pädagogische Handeln der rechtsextremen Kollegin einen wichtigen Teil ihrer Strategie darstellen kann. Zusätzlich wird die Gefährlichkeit der Ideologie der Ungleichwertigkeit unterschätzt. Nett und ‚mütterlich' zu sein, bedeutet mitnichten, allen Kindern ungeachtet ihrer jeweiligen Hintergründe gleichermaßen gerecht zu werden oder sie gleichwertig zu behandeln. Eine rechtsextreme Weltanschauung kann nicht wie ein Kleidungsstück für die Dauer eines Arbeitstages an der Garderobe abgegeben werden. Freundlich und fürsorglich aufzutreten und die menschenverachtende rechtsextreme Ideologie zu leben, muss nicht im Widerspruch zueinander stehen.

In der Auseinandersetzung mit einer rechtsextrem orientierten oder organisierten Fachkraft ist die gesamte Einrichtung gefordert. Erhärtet sich ein möglicher Verdacht oder stellt sich als richtig heraus und wird die Entscheidung getroffen, sich von der jeweiligen Kollegin zu trennen, müssen – wie bereits eingangs beschrieben – alle vier Ebenen systematisch in den Blick genommen werden: Einerseits muss gezielt, wie ja auch unsere Beispiele illustrieren, mit den Kolleg_innen gearbeitet werden. Hier gilt es, für rechtsextreme Erscheinungsformen und rechtsextreme Ideologien zu sensibilisieren und deutlich zu machen, warum diese mit einer demokratischen Weltanschauung und einer an den Menschenrechten orientierten Pädagogik nicht zu vereinbaren sind.

Ebenso unumgänglich ist es, dass die Leitung sich hier ihrer Vorbildfunktion bewusst wird und sich klar und deutlich gegen rechtsextremes und rassistisches Gedankengut in der Einrichtung und damit auch bei den Kolleg_innen positioniert und in der Lage ist, die Trennung von der jeweiligen Fachkraft auch inhaltlich begründen zu können. Zudem ist es ihre Aufgabe, die Eltern über den Schritt zu informieren. Hier kann ein Infoabend zum Thema Rechtsextremismus und Rassismus unter Einbeziehung von (lokalen) Expert_innen ein geeignetes Mittel sein, sowohl auf die gesamte Problematik hinzuweisen als auch das Handeln von Leitung und Team zu erklären. Mit den Expert_innen können konkrete Fragen und Unsicherheiten der Eltern besprochen werden. Außerdem sind diese in der Lage, eine Einschätzung der regionalen rechtsextremen Strukturen und Strategien zu geben. Auf die meisten Fragen gibt es keine einfachen Antworten; es ist notwendig, dass Fachkräfte und demokratisch orientierte Eltern hierzu eine Position erarbeiten. Notwendig sind eine vertrauensvolle Kommunikation, aber auch das Wissen darum, wie rechtsextreme Erziehung zu erkennen ist und was sie ausmacht.

Nicht zuletzt ist es gleichermaßen wichtig, die Trennung von der Kolleg_in auch gegenüber den Kindern zu erklären und altersgerecht aufzubereiten, dass in der Einrichtung kein Platz für eine derartige Weltanschauung ist. Den Kindern muss ausreichend Raum dafür gegeben werden, Fragen zu stellen und Gefühle wie Traurigkeit und Verlust äußern zu können.

Grundsätzlich förderlich ist die Entwicklung eines demokratischen Leitbildes, das dem Alltag in der Einrichtung zugrunde liegt. Es handelt sich hierbei um einen längerfristigen Prozess, in dessen Verlauf Kolleg_innen miteinander aushandeln und möglichst konkret formulieren, was ein demokratisches Miteinander in der Kita heißt. Dabei wird geklärt, was unter Diskriminierung, z. B. unter rassistischen Äußerungen, zu verstehen ist, dass solche Äußerungen und Handlungen nicht toleriert werden und wie mit ihnen umgegangen bzw. ihnen entgegengetreten wird. Ein demokratisches Leitbild kann

und sollte Grundlage von Arbeitsverträgen sein. Dementsprechend kann es auch für eine Kündigung herangezogen werden.

Kinderbetreuung innerhalb der rechten Szene

Eine Kindertagesstätte in der Gemeinde Bartow im Osten von Mecklenburg-Vorpommern sollte geschlossen werden. Ein Nachfolger für die Kita wurde gesucht. Ein Mann meldete sich, selbst siebenfacher Vater, und bot an, die Kita ehrenamtlich zu führen. Das Problem für die knapp über 500 Einwohner_innen der Gemeinde schien gelöst. Doch die anfängliche Freude wich bald einer ernüchternden Erkenntnis: Der Mann, der die Kita weiterführen wollte, war Mitglied der NPD. Der Gemeinderat verhinderte, dass die Kita in seine Hände fiel (Wenzel 2010).

Im Zuge der Auseinandersetzung mit diesem Versuch des Erwerbs der Trägerschaft einer Kita wurde deutlich, dass es sowohl in Schleswig-Holstein als auch in Mecklenburg-Vorpommern zu verschiedenen Versuchen rechtsextremer Eltern gekommen war, Einrichtungen frühkindlicher Pädagogik zu eröffnen. Die damalige Sozialministerin in Mecklenburg-Vorpommern, Manuela Schwesig, reagierte auf die wiederholten Versuche mit dem *Kita-Erlass zur Gewährung der grundgesetzlichen Wertordnung*, der am 1. August 2010 in Kraft trat. Im Kern besagt dieser, dass potenzielle Träger der Jugendhilfe sich schriftlich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekennen müssen.

Dass rechtsextreme Eltern häufig ein großes Interesse daran haben, ihre Kinder fernab von demokratischen Einflüssen gemäß der Ideologie der ‚Volksgemeinschaft' zu erziehen oder erziehen zu lassen, haben wir bereits weiter oben im Text ausgeführt. Insbesondere in Gebieten, in denen Staat und Kommunen wenig präsent sind, ist das Risiko höher, dass hier in ‚Eigeninitiative' – angelehnt an die Eigeninitiativkitas der Kinderladenbewegung – rechtsextreme Erziehung auch außerhalb der eigenen Familie etabliert wird (Amadeu Antonio Stiftung 2014). Auch wenn wir uns in den bisherigen Ausführungen sehr auf den Bereich Kita konzentriert haben, stellt sich die Herausforderung sich mit dem Thema auseinanderzusetzen ebenso für andere Angebote frühkindlicher Pädagogik wie z. B. Krabbelgruppen oder Tagesmütter. So kennen wir aus unserer Beratungsarbeit Beispiele dafür, dass rechtsextrem engagierte Mütter Krabbelgruppen anleiten, und es ist davon auszugehen, dass auch andere rechtsextreme Mütter an diesen teilnehmen. Über die Vorgehensweisen rechtsextremer oder rechtsextrem orientierter Tagesmütter haben wir derzeit noch keine detaillierte Kenntnis. Das erklä-

ren wir uns damit, dass insbesondere bei der Betreuung von Babys und ganz kleinen Kindern die Weltanschauung der Fachkraft eine noch geringere Aufmerksamkeit erfährt.

Fazit

In dem vorliegenden Artikel nähern wir uns dem Bereich der frühkindlichen Pädagogik unter der Fragestellung an, welche Relevanz rechtsextreme Erscheinungsformen hier haben, wie diese einzuordnen sind und welche Umgangsweisen aus demokratiepädagogischer Sicht sinnvoll und notwendig sind. Angesichts der vergleichsweise geringen empirischen Datenlage ist es aus unserer Sicht unabdingbar, in diesem Bereich zu forschen und zu den im Artikel benannten vier Bereichen Fragestellungen und Antworten zu entwickeln. Parallel dazu ist es notwendig, das Thema in die Aus- und Weiterbildung der Fachkräfte frühkindlicher Pädagogik einzubringen und methodisch zu bearbeiten. In der Praxis haben wir gute Erfahrung mit der Methode der kollegialen Fallberatung gesammelt, ebenso wie mit der Beratung von Einrichtungen bei der Entwicklung und Etablierung eines demokratischen Leitbildes.

Literatur

Amadeu Antonio Stiftung (2010): „Das hat's bei uns nicht gegeben!" Antisemitismus in der DDR. Das Buch zur Ausstellung der Amadeu Antonio Stiftung. Berlin: Eigendruck.

Amadeu Antonio Stiftung (2012): Germany after 1945: A society confronts Antisemitism, Racism and Neo-Nazism. An exhibition by Amadeu Antonio Foundation (Catalog). Berlin: Eigendruck.

Amadeu Antonio Stiftung (2014): Völkische Siedler/innen im ländlichen Raum. Basiswissen und Handlungsstrategien. Berlin: Eigendruck.

Antifaschistisches Frauennetzwerk, Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus (2005): Braune Schwestern? Feministische Analysen zu Frauen in der extremen Rechten. Münster: Unrast Verlag.

Baader, Meike Sophie (2008): Seid realistisch, verlangt das Unmögliche – Wie 1968 die Pädagogik bewegte. Weinheim/Basel: Beltz Verlag.

Bourdieu, Pierre (2005): Die männliche Herrschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Fröhlich, Alexander (2014): Kita feuert Neonazi-Erzieherin. In: Zeit online vom 29.07.2014. http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2014/07/29/kita-feuert-neonazi-erzieherin_16821 [Zugriff: 10.01.2015].
Haarer, Johanna (1936): Die deutsche Mutter und ihr erstes Kind. München: J. F. Lehmanns Verlag.
Klee, Ernst (2003): Personenlexikon zum Dritten Reich. Frankfurt am Main: Fischer Verlag.
Litschko, Konrad (2007): Braune Heimat Speckgürtel. In: die tageszeitung vom 03.04.2007. http://www.taz.de/1/archiv/?id=archiv&dig=2007/04/03/a0173 [Zugriff: 16.01.2015].
Märkische Allgemeine (2014): Tagesstätte wirft Ex-Neonazi-Autorin raus. Artikel vom 23.07.2014. http://www.maz-online.de/Lokales/Potsdam-Mittelmark/Kita-Brueck-wirft-Ex-Neonazi-Autorin-Nicola-Brandstetter-raus [Zugriff: 16.01.2015].
Radtke, Johannes (2014): Großrazzia gegen Neonazi-Szene. In: Zeit online vom 04.06.2014. http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2014/06/04/grossrazzia-gegen-neonazi-szene_16487 [Zugriff: 10.01.2015].
Rietzschel, Antonie (2013): Eltern wollen rechter Erzieherin ihre Kinder nicht anvertrauen. In: Süddeutsche Zeitung vom 12.04.2013. http://www.sueddeutsche.de/panorama/streit-in-staedtischer-kita-in-lueneburg-eltern-wollen-rechter-erzieherin-ihre-kinder-nicht-anvertrauen-1.1647758 [Zugriff: 16.01.2015].
Röpke, Andrea (2010): Die geführte Jugend – Kindererziehung von rechts. Braunschweig: Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt.
Röpke, Andrea/Speit, Andreas (2010): Braune Erzieherin freigestellt. In: die tageszeitung vom 10.08.2010. http://taz.de/!56821/ [Zugriff: 10.01.2015].
Speit, Andreas (2010): Neonaziforen-Macher geoutet. In: die tageszeitung vom 09.06.2010. http://www.taz.de/!53686 [Zugriff: 10.01.2015].
Speit, Andreas (2013): Kinder sind rechte Erzieherin los. In: die tageszeitung vom 04.07.2013. http://taz.de/!119263/ [Zugriff: 10.01.2015].
taz.de (2015): Artikelsammlung zur ‚Hasenburg'. www.taz.de/!t13838 [Zugriff: 16.01.2015].
Wachs, Thomas (2014): CDU trennt sich von Ex-Neonazi-Autorin. In: Märkische Allgemeine Zeitung vom 09.07.2014. http://www.maz-online.de/Lokales/Potsdam-Mittelmark/Treuenbrietzener-Christdemokratin-auf-rechtsradikaler-Internet-Seite-unterwegs-Nicola-Brandstaetter [Zugriff: 10.01.2015].
Wenzel, Christoph (2010): Rechtsextreme wollen Kita-Kinder indoktrinieren. In: Die Welt vom 28.07.2014. http://www.welt.de/politik/deutschland/article8695272/Rechtsextreme-wollen-Kita-Kinder-indoktrinieren.html [Zugriff: 10.01.2015].

2.7 Sexualisierte Gewalt und Neonazismus am Beispiel der Kampagne ‚Todesstrafe für Kinderschänder'

Patrick Wielowiejski und Lena Rahn[1]

Einleitung

Im Juli 2014 wird in einem Bach in Freiburg die Leiche des achtjährigen Armani gefunden, der einem Gewaltverbrechen zum Opfer fiel. Konkrete Hinweise auf eine Sexualstraftat ergeben sich zunächst keine. Wenige Tage später kursieren jedoch im Internet Aufrufe zur Selbstjustiz mit gefälschten Phantombildern und der Forderung ‚Todesstrafe für Kinderschänder'; die ebenfalls wenige Tage später ins Leben gerufene Petition „Lebenslange Sicherungsverwahrung für Kinderschänder und Kindermörder" erreicht innerhalb von einer Woche 6.500 Unterzeichner_innen (Reinhardt 2014). Über 2000 Menschen nehmen an einem Trauermarsch nach Armanis Beerdigung teil (SIR/dpa 2014). Gewaltverbrechen an Kindern – insbesondere sexualisierte Gewalt – rufen in der Bevölkerung starke Betroffenheit und Anteilnahme hervor. Ein diffuser gesellschaftlicher Konsens ‚gegen sexuellen Missbrauch' lässt sich äußerst schnell herstellen.

Seit einigen Jahren greifen Neonazis das Thema sexualisierte Gewalt in der Kampagne ‚Todesstrafe für Kinderschänder' auf.[2] Sie solidarisieren sich öffentlich mit Kampagnen gegen sexualisierte Gewalt und einschlägige Bands der Szene spielen Lieder wie *Kindermörderland* und *Wir hassen Kinderschänder*. Der vorliegende Artikel analysiert dieses Phänomen als Teil der Normalisierungsstrategie von Neonazis, mithilfe derer sie versuchen anschluss- und mehrheitsfähiger zu werden. Dabei widmen wir insbesondere der Parole ‚Todesstrafe für Kinderschänder' Aufmerksamkeit. Wir legen dar, dass diese Forderung nichts mit Kinderschutz zu tun hat, sondern im Gegen-

1 Wir danken Olaf Stuve, Christian Beeck, Thomas Viola Rieske und Andreas Hechler für die hilfreichen Diskussionen, Anmerkungen und Rückmeldungen zu diesem Artikel.

2 Für eine detaillierte Darstellung der Neonazi-Kampagne mit zahlreichen Fallbeispielen möchten wir auf die Broschüre *Instrumentalisierung des Themas sexueller Missbrauch durch Neonazis* der Amadeu Antonio Stiftung (2013) verweisen.

teil demokratiefeindlich ist und die Prävention gegen sexualisierte Gewalt effektiv behindert. Unsere These lautet, dass diese Parole der Stabilisierung einer neonazistisch imaginierten ‚Volksgemeinschaft' durch Schaffung eines äußeren Feindbildes dienen soll, während sie von der Realität sexualisierter Gewalt ablenkt. So erzeugt der Diskurs über ‚Kinderschänder' ein Bild von psychopathischen, ‚gemeinschaftsfremden Monstern', die mit ‚den normalen Bürger_innen' nichts zu tun haben; tatsächlich sind die Täter_innen den Betroffenen (und ihren Angehörigen) häufig aber bekannt – Betroffene von sexualisierter Gewalt mit Körperkontakt geben nur zu etwa 20 % Unbekannte als Täter_innen an (Stadler u. a. 2012: 36) – und die Ursachen von sexualisierter Gewalt andere.

Der Artikel gliedert sich in zwei Teile: Im ersten Teil nähern wir uns dem Gegenstand der Todesstrafe und dem Begriff des ‚Kinderschänders' zunächst getrennt und insbesondere aus historischer Perspektive. Dabei gehen wir auf die Funktion der Todesstrafe im Allgemeinen und im Nationalsozialismus im Besonderen ein. Auf dieser Grundlage denken wir anschließend die ‚Todesstrafe' und den ‚Kinderschänder' zusammen. Folgende Leitfragen stehen dabei im Zentrum der Analyse: Wieso fordern Neonazis die Todesstrafe für ‚Kinderschänder' und welche Strategien verfolgen sie dabei? Wieso lassen sich für die Forderung nach drakonischen Strafmaßnahmen für Sexualstraftäter_innen schnell Mehrheiten generieren? Insbesondere sollen Kontinuitäten und Ähnlichkeiten zwischen den Diskurslinien des historischen Nationalsozialismus und heutiger Neonazis aufgezeigt werden.

Im zweiten Teil dieses Artikels präsentieren wir erste Erfahrungen mit einem Planspiel zum Thema, das wir im Rahmen des Projekts *Mädchen- und Jungenbilder im Neonazismus – Fortbildung, Praxisprojekte und Beratung für eine Präventionsarbeit* von *Dissens – Institut für Bildung und Forschung e. V.* entwickelt haben.

Todesstrafe

Am 24. Mai 1949 tritt das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft. Einer seiner kürzesten Artikel – Art. 102 – lautet schlicht: „Die Todesstrafe ist abgeschafft". Auch wenn die Debatten um die Abschaffung der Todesstrafe im Parlamentarischen Rat kontrovers geführt wurden, wird der Artikel 102 schließlich in dritter Lesung mit großer Mehrheit angenommen. Dabei argumentieren seine Befürworter_innen vor allem damit, dass die Todesstrafe im Nationalsozialismus als Terrorinstrument gedient hatte (Hohmann 2002: 257f.). Dennoch kann wohl davon ausgegangen werden, dass die Abschaffung

der Todesstrafe nur deshalb eine endgültige Mehrheit im Parlamentarischen Rat erlangen konnte, weil viele Unions-Abgeordnete und Abgeordnete der Deutschen Partei NS-Kriegsverbrecher und deutsche Kriegsgefangene vor ihr bewahren wollten (Evans 2001: 936ff.; Hötzel 2010: 324f.).

Die Debatten um die Todesstrafe sind damit jedoch nicht beendet. Immer wieder wird die Wiedereinführung der Todesstrafe von Teilen der Bevölkerung in der Bundesrepublik oder von Politiker_innen (v. a. aus den CDU/CSU-Fraktionen) gefordert. Zustimmungs- und Ablehnungsgrade in der Bevölkerung unterliegen dabei Konjunkturen, die nicht zuletzt mit medial vermittelter Kriminalitätsfurcht zusammenhängen (Hohmann 2002; Hötzel 2010). Während die Zustimmungswerte nach Jahren des Rückgangs in den 90er-Jahren vor allem in Ostdeutschland wieder zunahmen, sind sie in den letzten Jahren auf ein historisches Tief gesunken. Dennoch befürwortete im Jahr 2006 etwa ein Drittel der Bevölkerung die Todesstrafe für besonders schwere Verbrechen (Köcher 2009: 179, 182). Mediale Aufmerksamkeit erfuhr im Oktober 2014 außerdem eine Studie des Juristen und Kriminologen Franz Streng, nach der sich der Anteil der Jurastudierenden, die die Todesstrafe und Folter unter bestimmten Bedingungen befürworten, zwischen den 1970er-Jahren und heute drastisch erhöht hat (Keilani 2014; Klingst 2014).

Die Forderung der Todesstrafe als solche ist also keinesfalls eine spezifisch neonazistische. Dennoch muss betont werden, dass sie ein wichtiges Element des neonazistischen Weltbildes ausmacht. Georg Lohmann beschreibt die symbolische Funktion der Todesstrafe mit folgenden Worten: „Der Staat straft mit der ganzen, totalen Macht seines Apparates eine zur totalen Passivität gezwungene Person, weil darin die äußerste Unterwerfung von Leib und Leben unter den Staat symbolisch zum Ausdruck kommt“ (Lohmann 2002: 35). Die Todesstrafe ist, mehr noch als alle anderen Strafen, ein Zeichen der Stärke von Staat und Rechtssystem. In seinem erstmals 1921 erschienenen Essay *Zur Kritik der Gewalt* schreibt Walter Benjamin über die Todesstrafe: „Ihr Sinn ist […] nicht, den Rechtsbruch zu strafen, sondern das neue Recht zu statuieren. Denn in der Ausübung der Gewalt über Leben und Tod bekräftigt mehr als in irgendeinem andern Rechtsvollzug das Recht sich selbst“ (Benjamin 1977: 188). Insofern kann die Befürwortung der Todesstrafe als autoritäre Ordnungsvorstellung, als Teil einer Law-and-Order-Mentalität gelesen werden. In der neonazistischen Ideologie kommt der absoluten Staatsautorität eine wichtige Bedeutung zu: Der Staat hat deckungsgleich mit dem Volk zu sein und soll das ‚Volkstum‘ bewahren, er soll für die Homogenität des Volkes sorgen. Daneben soll er sowohl nach innen als auch nach außen schützen. Um diese Aufgaben zu erfüllen, muss der Staat stark sein. Absoluter Gehorsam ist dabei die Voraussetzung für Ruhe, Sicherheit und Ordnung, die durch eine

starke Justiz und Polizei – bis hin zur Durchsetzung der Todesstrafe – gewährleistet werden (Fröchling 1996: 95f.).

Wir haben es also bei der Forderung nach Wiedereinführung der Todesstrafe mit einer autoritären Ordnungsvorstellung zu tun, die Neonazis mit breiten Teilen der Bevölkerung ohne geschlossenes neonazistisches Weltbild teilen. Bei diesen Teilen der Bevölkerung sind neonazistische Forderungen nach Todesstrafe anschlussfähig. Um zu beleuchten, inwiefern sich dabei die Rhetoriken von Neonazis mit denen im historischen Nationalsozialismus überschneiden, soll im Folgenden die Entwicklung und Funktion der Todesstrafe im Nationalsozialismus betrachtet werden.

Todesstrafe im Nationalsozialismus

Während der zwölfjährigen nationalsozialistischen Herrschaft entwickelte sich die Todesstrafe, die auch in der Weimarer Zeit galt, zu einem Terrorinstrument. Verlässliche Zahlen liegen zwar nur für den Zeitraum 1933–1939 vor; dennoch deuten die Zahlen, die von einzelnen Gerichten bzw. Richter_innen vorliegen, auf einen enormen Anstieg in den folgenden Jahren hin. Während im Jahre 1939 im gesamten Deutschen Reich noch insgesamt 139 Todesurteile verhängt werden (Düsing 1952: 209), verhängte allein der Volksgerichtshof zwischen 1940 und 1945 fast 5.200 Todesurteile (Schlüter 1995: 38).

Was war der ideologische Hintergrund der Todesstrafe im Nationalsozialismus und wie ist ihre Entwicklung ab 1933 zu charakterisieren?[3] Für die Nationalsozialist_innen – insbesondere auch vor 1933 – war Strafrechtspolitik keine Frage von rationalen Erwägungen oder moralischen Prinzipien, sondern Ausdruck der ‚Natur des Volkes'. Das ‚gesunde Volksempfinden' als biologistisch umdefinierte öffentliche Meinung galt als *die* moralische Instanz. Zweck des Rechts sollte der Schutz der ‚Volksgemeinschaft', des Kollektivs sein. In dieser sozialdarwinistisch-rassistischen Vorstellung von Recht hatte die Todesstrafe ihren festen Platz als „biologische […] Notwehr im Kampf der Rassen um das Überleben des Tüchtigsten" (Evans 2001: 753). Gleichzeitig konnten politische Gewalttaten von Nationalsozialist_innen somit als ‚Notwehr des Volkes' dargestellt werden, denn die Todesstrafe sollte nicht nur für Mörder_innen Anwendung finden, sondern insbesondere auch für ‚Volksmörder' und ‚Rassevernichter'. Die Bewegung zu ihrer Abschaffung wurde als üble Verschwörung unter der Führung einer Clique jüdischer Rechtsanwälte angesehen, ein Trick des jüdischen Volkes ‚zu seiner Sicherung'.

3 Die nachfolgenden Ausführungen folgen, sofern nicht anders angegeben, Evans 2001.



Die Todesstrafe als Ausdruck des ‚gesunden Volksempfindens' wandte sich nicht nur gegen die ‚Humanitätsduselei' von Linken und Intellektuellen, sondern auch gegen religiöse Konnotationen von ‚Sühne' und ‚Strafe' bei Konservativen: In den Augen der Nationalsozialist_innen konnte es keine Bestrafung von Rechtsbrecher_innen geben, sondern nur ihre ‚Unschädlichmachung'. Tatsächlich argumentierten die Nationalsozialist_innen ähnlich wie führende ‚Rassehygieniker_innen' um die Jahrhundertwende, die den gezielten Ausschluss von ‚minderwertigen Elementen' als humanen Eingriff in die natürliche Selektion verstanden, nämlich weil durch Eugenik ein brutaler ‚Kampf ums Dasein' verhindert würde (Kühl 1997: 22). So schreibt der Völkische Beobachter 1932: „Es gibt nichts Heuchlerischeres als die billige Selbstzufriedenheit, die der Spießbürger über die Hinrichtung eines Mörders zum Ausdruck bringt. […] Für uns ist der Mörder *ein trauriges Schicksalskind*, oft das Produkt blutmäßiger Verkommenheit ganzer Generationen, deren eugenische Verhütung von verantwortungslosen Regierungen versäumt wird" (zitiert nach Evans 2001: 759, Hervorhebung i. O.).

Insbesondere seit Kriegsbeginn im September 1939 wurde die Todesstrafe auf immer mehr Delikte ausgeweitet. Am 4. September 1941 tritt eine Änderung des Reichsstrafgesetzbuchs in Kraft, nach der der „gefährliche Gewohnheitsverbrecher" und der „Sittlichkeitsverbrecher" mit dem Tode zu bestrafen seien, „wenn der Schutz der Volksgemeinschaft oder das Bedürfnis nach gerechter Sühne es erfordern" (Gesetz zur Änderung des Reichsstrafgesetzbuchs vom 4. September 1941 [RGBl. I S. 549]). Ein genauer Blick auf diese Formulierungen verdeutlicht eine wichtige Komponente der nationalsozialistischen Strafrechtspolitik: ihre Ausrichtung an dem_der Täter_in, nicht an der Tat. Der von den Nationalsozialist_innen geänderte (und, von der Todesstrafe abgesehen, bis heute gültige[4]) Mordparagraf 211 des Reichsstrafgesetzbuchs lautete:

> „Der Mörder wird mit dem Tode bestraft. Mörder ist, wer aus Mordlust, zur Befriedigung des Geschlechtstriebs, aus Habgier oder sonst aus niedrigen Beweggründen, heimtückisch oder grausam oder mit gemeingefährlichen Mitteln oder um eine andere Straftat zu ermöglichen oder zu verdecken, einen Menschen tötet."

Dieser Fokus auf ‚den Mörder' und nicht etwa ‚den Mord', auf den ‚Gewohnheitsverbrecher' oder ‚Sittlichkeitsverbrecher' und nicht auf die Rückfalltat oder das Sexualdelikt, ist nicht zufällig. In ihm drückt sich der Zweck von Strafe im Nationalsozialismus aus: die „fortgesetzte […] Reinigung des Volkskörpers durch rücksichtslose Ausscheidung lebensunwerter Verbrecher", so die Formulierung des Reichsjustizministers Otto Georg Thierack in einem Brief

4 Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) plant aktuell eine Reform der §§ 211, 212 StGB.

an die deutsche Richterschaft vom 1. Juni 1943. Thierack fährt fort: „Nicht die Rechtsgüter des einzelnen stehen dabei bestimmend im Vordergrund, sondern das Leben unseres aufwärts strebenden Volkes, denn dieses ist das höchste Rechtsgut der Nation. Darauf ist auch die Strafe als eines der Mittel, dessen sich die Gemeinschaft zum Schutze ihres Lebenswillens bedient, abzustimmen" (Boberach 1975: 132). Ein so verstandenes Strafrecht war nichts weiter als ein Deckmantel der Willkür auf dem Weg von der individuellen Hinrichtung zur Massenvernichtung. Der Sinn der Todesstrafe war bis 1945 von dem der rassistischen und eugenischen Vernichtung ununterscheidbar geworden.

Die Diskursfigur des ‚Kinderschänders'

Laut Duden ist Schande erstens „etwas, was jemandes Ansehen in hohem Maße schadet" und zweitens ein „in höchstem Maße beklagenswerter, empörender, skandalöser Vorgang, Zustand, Sachverhalt" (Bibliographisches Institut 2013a). Meyers Großes Konversations-Lexikon von 1909 definierte Schande „im Gegensatz zur Ehre" als „die Mißachtung, die denjenigen trifft, der durch sein Verhalten die Sittlichkeit, die gute Sitte oder die Forderungen der Standes-, Berufs- etc. Ehre verletzt" (Bibliographisches Institut 1909: 691; Stichwort „Schande"). Das Wort *schänden* bedeutet dementsprechend „jemandem, jemandes Ehre, Ansehen o. Ä. Schande zufügen" (Bibliographisches Institut 2013b). Was dieser Blick in ein aktuelles und ein historisches Nachschlagewerk verdeutlicht, ist zum einen, dass Schande als ein Makel verstanden wird, der dem_der Geschändeten anhaftet, seine_ihre Ehre verletzt und seinem_ihrem Ansehen schadet. Dabei kann – zumindest implizit – die daraus folgende Missachtung durch andere als Folge des eigenen Verhaltens betrachtet werden. Zum anderen bringt das Wort *Schande* in sehr starker Form zum Ausdruck, dass das Geschehene ein „in höchstem Maße beklagenswerter, empörender, skandalöser Vorgang" (Bibliographisches Institut 2013a) ist – es gibt also kaum eine schlimmere Tat als die ‚Schändung'.

Allein der Blick auf gängige Definitionen macht deutlich, dass es nicht im Sinne von Betroffenen sexualisierter Gewalt sein kann, das Wort ‚Kinderschänder' zu verwenden. Wer ‚geschändet' ist, hat keine Ehre mehr und ist mit einem schlimmen Makel behaftet. „Eine Verarbeitung des Geschehenen erscheint damit unmöglich", schließt Heike Radvan. Sie fährt fort: „Vielmehr wird das Tabu verstärkt, über die erlittenen Taten zu sprechen, wodurch der Aufarbeitungs- und Heilungsprozess behindert wird. […] Rechtsextreme haben nicht die Betroffenen oder die Verarbeitung der Taten im Blick" (Radvan

2013: 13). Stattdessen scheint es vor allem darum zu gehen, eine bestimmte Gruppe von Menschen, nämlich Täter_innen sexualisierter Gewalt, als ‚gemeinschaftsfremd' aus der ‚Volksgemeinschaft' auszuschließen, die dadurch ‚rein' bleiben soll.

‚Schande' ist im nationalsozialistischen Sprachgebrauch mit dem Begriff der ‚Rassenschande' verknüpft. Dieser transportiert rassistische Reinheitsvorstellungen und wurde insbesondere verwendet, um partnerschaftliche und/oder sexuelle Beziehungen zwischen männlichen Juden und weiblichen ‚Arierinnen' zu bezeichnen (Przyrembel 2003: 12). Alexandra Przyrembel legt überzeugend dar, dass der Begriff eine „zersetzende Wirkung" (ebd.: 20) hatte und „zum Instrument der gesellschaftlichen Ächtung und Marginalisierung der jüdischen Bevölkerung" (ebd.: 81) wurde. Interessant ist dabei in unserem Zusammenhang auch das Synonym des ‚Mädchenschänders' sowie sein weibliches Pendant ‚Judenliebchen'; so gibt es beispielsweise zahlreiche Fälle, in denen regelrechte ‚Prangerzüge' veranstaltet wurden, in denen die Beschuldigten Schilder mit Aufschriften wie „Ich bin Jude und habe ein deutsches Mädchen geschändet" oder „Ich habe mit einer deutschen Frau im Konkubinat gelebt" tragen mussten. Obwohl der Begriff ‚*Mädchen*schänder' eine gewisse Schwäche und Schutzlosigkeit, ja Unfreiwilligkeit der betreffenden (nicht-jüdischen) Partnerinnen suggeriert, wurden auch sie Opfer dieser Bloßstellungen (ebd.: 81ff.). Diese Beispiele verdeutlichen zum einen die primären Funktionen solcher Begriffe, nämlich die Ächtung, Marginalisierung und Skandalisierung. Zum anderen wird deutlich, dass die als ‚geschändet' verstandenen Partnerinnen nun als ‚unrein' galten und ebenso mit Ausschluss aus der Gemeinschaft rechnen mussten. Die Vorstellung vom Täter als Mann und vom Opfer als Frau geht darüber hinaus mit der Ausblendung weiblicher Täterinnenschaft und männlicher Opferschaft einher.

Der Begriff des ‚Kinderschänders' setzt sich zunächst Anfang der 1930er-Jahre von einer langen Rechtstradition ab, nach der die ‚Knabenschändung' als besonders bestialischer Sonderfall der ‚Sodomie' und die ‚Mädchenschändung' als Sonderfall der ‚Notzucht' (Vergewaltigung) galt.[5] Die Etablierung eines eigenen Straftatbestands, der Kinder unabhängig vom Geschlecht vor sexualisierten Übergriffen schützen sollte, hängt mit der sich im 19. Jahrhundert durchsetzenden pädagogischen Auffassung von Kindheit als schützenswerter Phase zusammen. Tatsächlich diente der Begriff der ‚Schändung' innerhalb dieses Diskurses der Aktualisierung vormoderner Rechtstraditionen und entsprach der Auffassung von Ehre und Schande „als zentrale Medien der Standeszuweisung und Vergesellschaftung" (Kerchner 2005: 248). Da „‚Schändung' mit Entehrung, Ausgrenzung und Stigmatisierung gleichgesetzt" wurde, lenkte der Begriff die Aufmerksamkeit auf „besonders verach-

5 Vgl. für den Rest dieses Unterkapitels, sofern nicht anders angegeben, Kerchner 2005.

tungswürdige Sittlichkeitsverbrechen, die für das Opfer, seine Familie und partiell auch für den Täter eine Minderung des öffentlichen Ansehens bewirkten" (ebd.). Brigitte Kerchner betont die Ambivalenz, die daraus folgte: Auf der einen Seite stieg die Sensibilität für die Folgen von sexualisierter Gewalt an Kindern, auf der anderen Seite wurde sie dramatisiert und so „in wirkungsvolle Narrationsschemata eingefügt, mit denen […] weit über das konkrete Problem hinaus gesellschaftliche Konflikte und Modernisierungsängste" (ebd.: 255) bearbeitet werden konnten: Der ‚Kinderschänder' wurde zur „gemeinverständlichen, stereotypen Figur", die als „strategisch einsetzbares ‚Kollektivsymbol'" (ebd.) diente. Die Analyse dieser Konstruktionstechniken soll gerade nicht die historische Erfahrung sexualisierter Gewalt anzweifeln, sondern vielmehr die Interessen aufzeigen, die „dazu beigetragen haben, die Erfahrungsperspektive von Kindern zu dethematisieren" (ebd.: 256).

Der oben bereits erwähnte Fokus auf den Täter und nicht die Tat im nationalsozialistischen Strafrecht war eingebettet in eine schon früher einsetzende antiaufklärerische kriminologische Wende in Richtung Naturalisierung, mit der eine Umdeutung von ‚Unsittlichkeit' in ‚Minderwertigkeit' einherging. Umfangreiche Tätertypologien, differenziert nach Klasse, Geschlecht und Alter wurden erstellt, die den ‚Kinderschänder' zu einem ‚pathologischen Täter' werden ließen. So schreibt beispielsweise der Jurist Albert Günter Hess 1934: „Normalerweise pflegt der Mensch sexuellen Verkehr mit einem erwachsenen Menschen des anderen Geschlechtes zu haben. Geschlechtliche Handlungen mit Kindern sind etwas Anormales. Zwar muß deshalb nicht immer eine abnorme Konstitution des Täters vorhanden sein, doch sind pathologische Typen unter den Sittlichkeitsverbrechern häufig zu finden" (Hess 1934: 15). Solche Auffassungen hatten zunächst insbesondere eine Radikalisierung bei der Prävention zur Folge, wie Kastration und Sicherungsverwahrung. Sinn und Zweck dieser Maßnahmen wurden jedoch von Medizin und ‚Rassenhygiene' je unterschiedlich bewertet:

> „(D)ie Kastration verklärte sich zu einer ‚prompt wirkenden' ‚Heilmaßnahme' und ärztlichen Befreiungstat. Die Ausschaltung der Fortpflanzungsfähigkeit der vermeintlich erblich Belasteten war in dieser Logik nur ein willkommener Nebeneffekt. Dagegen las die Rassenhygiene die ‚steigende Flut der Sexualverbrechen' primär als Zeichen einer fortschreitenden Entartung des Volkskörpers; entsprechend firmierte hier die Kastration bzw. Sterilisation als ‚Kulturtat ersten Ranges', weil sie die Fortpflanzung des erblich veranlagten Verbrechens und damit den Prozeß der gesellschaftlichen Degeneration zu unterbinden versprach" (Kerchner 2005: 254).

Zugleich wuchs der populäre Verdacht, ‚Kinderschändung' sei besonders unter Juden verbreitet – eine Aktualisierung der antijüdischen Vorstellung des

‚Verführers christlicher Mädchen'.[6] Doch auch in Bezug auf Klassenhierarchien diente der ‚Kinderschänder' als konstitutives Anderes dazu, die weiße deutsche bürgerliche Identität zu stärken: Die vieldiskutierte Wohnungsnot wurde zu einer ‚Sexualnot' umgedeutet, sexualisierte Gewalt als Folge der extrem beengten Wohnverhältnisse verstanden. Der ‚Kinderschänder' wurde so vor allem in Arbeiter_innenmilieus ausgemacht. Anfang der 1930er-Jahre nutzte eine militante rechtspopulistische Kinderschutzbewegung die Kriminalitätsängste und die allgemeine Enttäuschung über das System der Weimarer Republik, um mit ihrer Forderung ‚Schützt unsere Kinder vor den Sexualverbrechern!' Front gegen Republikanismus und Liberalismus zu machen. Der ‚Kinderschänder' galt dieser Bewegung als ‚grauenhaft entarteter', ‚minderwertiger' Mensch mit einem ‚übermäßigen Geschlechtstrieb' sowie einer erblich und ‚körperlich bedingten' Konstitution zur ‚tierischen Handlungsweise'. Der bürgerliche Kinderschützer wurde somit gleichsam zum ‚natürlichen' Gegenbild dieses ‚entarteten Kinderschänders', zum ‚gesunden Volksgenossen', „der die ungesunden Weimarer Zustände durch Operation der medizinisch Kranken und Ausschluß der biologisch ‚Minderwertigen' zu heilen bestrebt war" (ebd.: 262). Der ‚Kinderschänder' wurde zur Projektion all dessen, was als unerwünscht, ‚gemeinschaftsfremd' und der ‚Volksgemeinschaft' schadend betrachtet wurde.

Forderung von drakonischen Strafmaßnahmen für Sexualstraftäter – ein populäres Thema

Die biopolitischen Implikationen von Punitivität – dem Bedürfnis nach harter Sanktionierung von Straftaten – in Bezug auf Sexualdelikte nimmt Daniela Klimke (2008) in den Blick. Dabei kommt der Instrumentalisierung von Kriminalität eine doppelte Funktion zu: Zum einen soll von der ‚Krise der Regierung', ausgelöst durch die globale Machtübernahme des Marktes, abgelenkt werden und zum anderen die Handlungsfähigkeit des Staates demonstriert werden. Im Sinne der neoliberalen Freiheitsdoktrin hat das Subjekt immer mehr Verantwortungen selbst zu übernehmen: „Arbeit sichern, für die Ren-

6 Parallelen zu dieser Vorstellung zeigen sich auch – bis heute – im antimuslimischen Rassismus. Wie Farid Hafez (2010: 58) bemerkt, ist die Vorstellung von Muhammad als ‚Kinderschänder' ein im Mittelalter entstandenes Element christlich motivierten antimuslimischen Rassismus. Er führt das Beispiel der FPÖ-Abgeordneten Susanne Winter an, die 2008 in Österreich viel Aufsehen erregte, als sie vom Propheten als „Kinderschänder" und von einem „weit verbreiteten Kindesmissbrauch durch islamische Männer" sprach (ebd.: 58, 69; Schwabe 2008).

te sorgen, die Gesundheit erhalten, für die Pflege aufkommen usw. und nicht zuletzt: sich vor Kriminalität schützen – das sind riskante Unternehmungen geworden" (ebd.: 9). Sexualstraftaten komme dabei vor allem ein symbolischer Wert als *signal crimes* zu: „Wird eine Sexualtat öffentlich, erhitzt es regelmäßig die Gemüter. *Signal crimes* lassen aufhorchen, man erahnt an ihnen die Konturen des wahren Ausmaßes an Gefährdungen der Sicherheit wie auch des Verfalls moralischer Ordnung" (ebd.: 35, Hervorh. i. O.). Klimke stellt die These auf, dass Punitivität in Bezug auf Sexualdelikte deswegen zunimmt, „weil sich hiermit *sowohl* Regierungsstrategien *wie auch* die Probleme der privaten Lebensgestaltung auf einen gemeinsamen Sündenbock bündeln lassen" (ebd.). Folglich hängt das Bedürfnis nach harter Bestrafung mit den ökonomischen Verhältnissen in der Spätmoderne zusammen. Die Regierung der Individuen geht immer weniger vom Staat aus, sondern vom Markt. Das Subjekt als Unternehmer seiner Selbst (Foucault 2006) sieht sich so persönlichen Risikozumutungen ausgesetzt, aber auch strengen Vorgaben für die eigene Rationalität und Selbstführung. Der_die Sexualstraftäter_in stellt das Funktionieren dieser Ordnung infrage; die harte Bestrafung ist somit nicht nur der Versuch des Staates, in neoliberalen Zeiten Macht zu demonstrieren sowie die vermeintlich gefährdete Sicherheit und moralische Ordnung aufrechtzuerhalten, sondern auch der Versuch des Subjekts, sich über Ausschluss und Abgrenzung des essenziell *Anderen* des Funktionierens seiner *eigenen* Autonomie zu vergewissern.

Dieser Fokus auf die *ökonomischen* Hintergründe von Punitivität im Neoliberalismus ermöglicht einen neuen Blick auf die Frage, wieso Neonazis die ‚Todesstrafe für Kinderschänder' fordern. Wie oben bereits geschildert, kommen dem starken Staat und autoritärer Konfliktbewältigung wichtige Rollen im nationalsozialistischen Weltbild zu. Die neoliberale globale Wirtschaftsordnung stellt jedoch die Stärke des Staates infrage; diese nimmt de facto durch Maßnahmen wie Deregulierung des Marktes, Privatisierungen und Freihandelsabkommen ab. In diesem Moment stellt der Sexualstraftäter eine Figur dar, anhand derer zum einen die Möglichkeit des starken Staates nach wie vor demonstriert werden kann und zum anderen das neoliberale Subjekt die ihm abverlangte Rationalität und Selbstführung für einen Moment vergessen kann, indem es die Kontrolle wieder an die starke Führung delegiert.

Durch diesen Zusammenhang wird erklärbar, warum und wie es sich bei Punitivität in Bezug auf Sexualstraftaten nicht um ein ausschließlich neonazistisches Phänomen handelt und warum es Neonazis immer wieder gelingt, mit ihrer Kampagne ‚Todesstrafe für Kinderschänder' lokal anschluss- und mehrheitsfähig zu werden. Darauf werden wir im folgenden Abschnitt detaillierter eingehen.

Die Normalisierungsstrategie der Neonazis

In der Analyse neonazistischer Strategien bezeichnet der Begriff Normalisierung eine bewusste Selbstinszenierung neonazistischer Akteur_innen als ‚normal' oder ‚bürgernah', um Konnotationen wie ‚extremistisch' oder ‚terroristisch' zu entkräften und so Zustimmung in der Bevölkerung zu erhalten. So werden Themenfelder besetzt, mit denen sich leicht bürgerliche Mehrheiten erzeugen lassen. Der Begriff der Anschlussfähigkeit hängt eng damit zusammen: Das neonazistische Weltbild ist eben nicht ein ‚Extrem', weit entfernt von der bürgerlichen ‚Mitte', sondern es besteht zu großen Teilen aus Elementen, die auch in eben dieser Mitte vorzufinden sind – wie etwa (Hetero-)Sexismus, Rassismus, Sozialdarwinismus, Antisemitismus und Autoritarismus.[7] Wie wir gezeigt haben, eignet sich das Thema sexualisierte Gewalt für diesen Zweck sehr gut. Es bedient autoritäre Bedürfnisse nach harter Bestrafung von Sexualstraftäter_innen und somit nach einem starken Staat und Stabilisierung der eigenen bürgerlichen Identität in ökonomisch instabilen Zeiten durch Schaffung des äußeren Feindbildes ‚Kinderschänder', das zudem von der Realität sexualisierter Gewalt ablenkt. Denn tatsächlich findet diese in sämtlichen gesellschaftlichen Schichten statt, häufig stammen die Täter_innen aus dem näheren Umfeld der Betroffenen. Auch in diesem Sinne sind Neonazis kein Phänomen des gesellschaftlichen ‚Randes' oder ein Gegenpol zur ‚Mitte', denn auch bei ihnen findet sexualisierte Gewalt in besonders hohem Maße statt (Kleffner 2014). Zuletzt wurden insbesondere die Fälle der NPD-Politiker Holger Apfel und Patrick Wieschke sowie des mutmaßlichen NSU-Helfers Tino Brandt bekannt. Apfel war im Dezember 2013 nach mehreren Vorwürfen sexueller Belästigung von ‚Kameraden' aus der Partei ausgetreten (Jansen 2013). Mitte 2014 waren verschiedene Ermittlungsakten gegen Wieschke bekannt geworden, nach denen er ein 12-jähriges Mädchen sexuell belästigt haben sowie gewalttätig gegen seine Mutter und seine Schwester gewesen sein soll (Hartl 2014). Brandt, früherer stellvertretender Landesvorsitzender der Thüringer NPD sowie ehemaliger V-Mann des Verfassungsschutzes, wurde im November 2014 wegen schweren sexuellen Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen in 157 Fällen angeklagt (MDR 2014).

Es dürfte deutlich geworden sein, dass die Kampagne ‚Todesstrafe für Kinderschänder' eine Prävention sexualisierter Gewalt faktisch behindert: Das Feindbild des gemeinschaftsfremden, pathologischen ‚Kinderschänders' dient lediglich der Anrufung einer ‚gesunden Volksgemeinschaft' und somit

7 Für empirische Daten, die diesen Schluss nahelegen, vgl. die Ergebnisse des Forschungsprojekts „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit", die von 2002 bis 2012 jährlich unter dem Titel *Deutsche Zustände* veröffentlicht wurden (Heitmeyer 2012), sowie Zick u. a. 2011.

der Konstruktion eines intakten und widerspruchsfreien *Selbst* gegenüber dem ‚kranken', ‚minderwertigen', ‚gestörten' *Anderen*. In diesem Weltbild ist eine Auseinandersetzung mit den tatsächlichen Ursachen und Präventionsmöglichkeiten von sexualisierter Gewalt unnötig, da sie ausschließlich in ein imaginäres Außen projiziert wird und die ‚Volksgemeinschaft' vor ihrem Eindringen geschützt werden soll.

Die Kontinuitäten zwischen historischem Nationalsozialismus und Neonazismus zeigen, dass es der Kampagne ‚Todesstrafe für Kinderschänder' nicht in erster Linie um die Perspektive der Betroffenen geht, sondern dass diese vielmehr dethematisiert wird. Wichtig ist uns darüber hinaus zu betonen, dass wir nicht davon ausgehen, dass es sich um eine bloße Instrumentalisierung des Themas sexualisierte Gewalt durch Neonazis handelt. Wenn Neonazis und ‚verängstigte Bürger_innen' Seite an Seite gegen ‚Kinderschänder' demonstrieren, dann werden diese Ängste nicht nur instrumentalisiert, dann wollen die Neonazis nicht ‚eigentlich' etwas ganz anderes als die restlichen Bürger_innen (nämlich vermeintlich Kinder schützen). Wir halten es stattdessen für eine sinnvollere Betrachtungsweise, die generelle Offenheit der ‚bürgerlichen Mitte' gegenüber neonazistischen Denkmustern zu betonen, denn genau hier liegt die Gefahr solcher Kampagnen. Es reicht (leider) nicht darauf hinzuweisen, dass Neonazis dahinterstecken. In diesem Sinne ist mit dem Begriff der Normalisierung nicht nur gemeint, dass Neonazis sich einen bürgerlichen Anstrich geben, um ‚normal' und ‚wählbar' zu wirken; er bezeichnet auch die Normalisierung neonazistischen Gedankenguts in Gesellschaftsschichten ohne geschlossenes neonazistisches Weltbild.

Entwicklung eines Kurzplanspiels für Multiplikator_innen: Herangehensweise und Ziele

Im Sinne eines Theorie-Praxis-Transfers, der die Grundlage der Arbeit von *Dissens – Institut für Bildung und Forschung e. V.* darstellt, wurde die Recherche zur Neonazi-Kampagne ‚Todesstrafe für Kinderschänder' methodisch ausgearbeitet, um eine Vermittlung der Problematik an Multiplikator_innen in sozialen Arbeitsfeldern zu ermöglichen. Im Folgenden wird das von uns entwickelte Kurzplanspiel „Diskussion über die neonazistische Kampagne ‚Todesstrafe für Kinderschänder' in einem Familienzentrum" vorgestellt. Erfahrungen aus einem ersten Durchlauf im Rahmen des Projekts werden besprochen, um die Potenziale und Grenzen der Methode zu diskutieren.

Das entwickelte Planspiel zielt darauf ab, die Teilnehmenden in die Lage zu versetzen, sich kritisch gegenüber der Kampagne ‚Todesstrafe für Kinder-

Situationsbeschreibung

Ort: Familienzentrum *Kiez-Punkt* mit einer Kita sowie einem Kinderfreizeithaus

Das Familienzentrum wird von vielen unterschiedlichen Bewohner_innen des Stadtteils genutzt. Zweimal im Jahr finden bereichsübergreifende Treffen statt, um aktuelle Themen wie Problemlagen zu diskutieren. Das Treffen ist für alle Personen offen, die sich in dem Familienzentrum einbringen und/oder arbeiten.

Seit einiger Zeit werden vermehrt Aufkleber mit dem Slogan ‚Todesstrafe für Kinderschänder' im Stadtteil sowie am öffentlich zugänglichen Informationsbrett des Familienzentrums von aufmerksamen Mitarbeiter_innen gesehen. Des Weiteren hat eine Administratorin der Facebook-Seite der Eltern-Kind-Gruppe die Seite „Deutschland gegen Kindesmissbrauch" mit ‚Gefällt mir' markiert.

Die Mitarbeiter_innen nehmen dies zum Anlass, die Vorkommnisse auf dem nächsten bereichsübergreifenden Treffen gemeinsam zu diskutieren sowie das weitere Vorgehen zu der Thematik zu besprechen. Alle teilnehmenden Personen wurden vorher über die Vorfälle informiert.

Rollenbeschreibungen

Die Rollenbeschreibungen für das Planspiel stellen keine abgeschlossenen Positionen dar, sondern bieten Anhaltspunkte, die von den Teilnehmer_innen aktiv weiterentwickelt und ausgestaltet werden sollen. Folgende Personen(gruppen)-Profile haben wir für das Planspiel entwickelt (gekürzte Fassung):

1.) Besorgte weiße deutsche Mutter (Eltern) aus der Eltern-Kind-Gruppe

Sie ist um die Sicherheit ihrer Kinder besorgt und betont, dass ein geschütztes Aufwachsen von Kindern an erster Stelle stehen sollte. Die Forderung nach Todesstrafe hat sie überrascht, anderseits war sie froh, dass das Thema endlich einmal angesprochen wird und jemand Position für die Betroffenen bezieht.

2.) Neonazistisch eingestellte Mutter (Eltern) aus der Eltern-Kind-Gruppe

Als eine der Administrator_innen der Facebook-Seite der Eltern-Kind-Gruppe hat sie die Seite „Deutschland gegen Kindesmissbrauch" als ‚gefällt mir' angeklickt. Sie ist mit ihren Positionen dem neonazistischen Spektrum zuzuordnen, argumentiert geschult und stellt sich als ‚Kümmerin' dar.

3.) Elternvertretung der Kita-Gruppen

Die Elternvertretung der Kita-Gruppen ist erschrocken über die Forderungen nach Todesstrafe und thematisiert, dass eine pädagogische Einrichtung sich den demokratischen Grundsätzen verpflichtet fühlen muss und lehnt die Forderung vehement ab.

4.) Sozialarbeiter_innen aus dem Kinderfreizeithaus

Ihr Ziel für die Diskussion ist es, darüber aufzuklären, welche Strategie der Neonazis hinter der Kampagne steckt, damit sich im Kinderzentrum eine kritische Sensibilität dafür entwickelt. Sie treten für einen eindeutigen Kinderschutz jenseits von bzw. in Opposition zur neonazistischen Ideologie ein und wollen ein demokratisches Grundverständnis stärken.

5.) Sozialpädagog_innen aus der Kita

Die Sozialpädagog_innen wollen niemanden ausschließen. Sie verstehen sich als Demokrat_innen und sind der Ansicht, dass in einer Demokratie verschiedene Positionen nebeneinanderstehen können. Sie sind in ihrer Argumentation uneindeutig und zum Teil widersprüchlich.

6.) Bündnis gegen Rechts

Die Initiative legt den Schwerpunkt in der Diskussion auf die Neonazistrategien, indem sie aufzeigt, wie Neonazis an Einstellungsmuster aus der ‚Mitte der Gesellschaft' sowie an Positionen von Betroffenengruppen anzuknüpfen versuchen.

7.) Betroffene Person aus einer Selbsthilfegruppe

Die Gruppe fordert, dass die Perspektive der von sexualisierter Gewalt Betroffener im Mittelpunkt der Auseinandersetzung stehen muss. Sie betont, dass diese die Kampagne ‚Todesstrafe für Kinderschänder' nicht als Unterstützung für Betroffene sehen, sondern als Verbreitung rechter Ideologien. Sie problematisieren, dass es in der Diskussion über die Kampagne zu einer Verschiebung der Problemlage kommt. So steht in der Debatte erneut nicht sexualisierte Gewalt im Mittelpunkt, sondern es wird vielmehr das Neonazi-Problem wahrgenommen und thematisiert.

8.) Zuschauer_innengruppe

Dieses Profil ermöglicht Personen, die keine andere Rolle möchten, am Planspiel beobachtend teilzunehmen.

schänder' zu positionieren und zugleich eine Sensibilität für Grundstandards in der präventiven Arbeit gegen sexualisierte Gewalt in pädagogischen Einrichtungen zu entwickeln. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sexualisierte Gewalt an Kindern und Jugendlichen ein emotional sehr aufgeladenes Thema ist. Mit dem Planspiel ist der Versuch verbunden, die Komplexität des Themas in seiner Vielschichtigkeit zu behandeln und vorhandene Gefühle nicht wegzureden oder zu negieren, sondern diese vielmehr deutlich anzuerkennen und ernst zu nehmen. Zugleich soll ermöglicht werden, sich mit den Funktionen sowie Wirkungsweisen der Emotionalisierungsstrategien durch die Kampagne kritisch zu befassen und ihnen mit demokratischen Ansätzen, empathisch, aber ohne unnötige Emotionalisierungen entgegenzutreten, indem sich über

effiziente Präventionskonzepte gegen sexualisierte Gewalt in pädagogischen Einrichtungen als Grundstandard verständigt wird.

Methodik, Didaktik und Ablauf des Planspiels

Planspiele ermöglichen durch die Simulation möglichst realer Situationen handlungsorientiertes Lernen. Teilnehmende eines Planspiels beschäftigen sich mit einer Rolle und einer Situation, um dann eine Position für den Spielprozess anzunehmen und zu entwickeln. Das zur Verfügung gestellte Material ermöglicht eine intensive und erfahrungsorientierte Beschäftigung mit der Thematik in Verknüpfung mit kognitiver Wissensaneignung. Planspiele und ihre anschließende Auswertung sind ein Lern-, Ausprobier- und Experimentierraum, in dem Lernen auf unterschiedlichen Ebenen stattfindet (zu weiteren Informationen zur Methode des Planspiels siehe Rappenglück 2010).

Das hier entwickelte Kurzplanspiel ist auf eine Dauer von ein bis maximal zwei Tagen angelegt. Der thematische Einstieg wird über zwei Vorträge zu den Themenfeldern „Argumentieren gegen Rechts" und „Sexualisierte Gewalt und Neonazismus" gestaltet. Die dort vermittelten Inhalte stellen Grundlagen für die Beschäftigung mit der Thematik wie auch für die Umsetzung des Planspiels dar. Anschließend werden den Teilnehmenden die Methode des Planspiels erklärt sowie die Ausgangssituation (siehe Kasten 1) und die verschiedenen Gruppenprofile (siehe Kasten 2) vorgestellt. Der Handlungsort des Planspiels ist ein Familienzentrum. Diese Einrichtung bietet die Möglichkeit, viele verschiedene Akteur_innen aus pädagogischen und zivilgesellschaftlichen Kontexten in das Planspiel zu integrieren.

Uns war bei der Konzeption der Methode einerseits wichtig, dass mit Quellen gearbeitet wird, die sich aus einer kritischen Perspektive der Thematik nähern, um dadurch Wissen bezüglich der Neonazi-Kampagne zu vermitteln und rechte Mythen aufzubrechen. Andererseits sollte eine Beschäftigung mit Originalmaterial von Neonazis stattfinden, um deren Logik und Wirkungsweise zu erfassen und Interventionen und Argumentationsstrategien dagegen erarbeiten zu können.

Die Teilnehmenden werden gebeten, sich einer Profil-Gruppe zuzuordnen. Das Planspiel ist so konzipiert, dass eine bis drei Personen in einer Gruppe sein können. Die Teilnehmenden haben eine Stunde Zeit, sich mit ihrem Profil und dem zugehörigem Material zu beschäftigen und ihre Argumentationsstrategien zu erarbeiten. Dann findet eine etwa ein bis zwei Stunden dauernde Diskussion statt, die mit einer Rollenfindung beim Betreten eines extra

dafür gestalteten Raums beginnt. Am Ende der Planspieldiskussion leiten die Teamenden eine Rollenentlastung an.

Erste Erfahrungen

Der erste Probelauf des Planspiels fand im Rahmen einer Fortbildungsreihe für Studierende der Sozialen Arbeit statt. Die Teilnehmer_innen hatten überwiegend umfangreiches Vorwissen zu dem Themenfeld und engagierten sich gegen Rechts. Mit dem Betreten des Diskussionsraums nahmen die Teilnehmer_innen ihre Rollen an. Da die Moderationsrollen – die Kita- sowie die Familienzentrumsleitung – voraussetzen, alle Profile gut zu kennen und die Einarbeitung in das dazugehörige Material eine entsprechende Vorbereitungszeit benötigt, wurden diese von zwei Teamenden übernommen.

Nachdem die Moderation alle Teilnehmer_innen begrüßt und gebeten hatte, sich kurz vorzustellen und etwas zur eigenen Position zum Thema des Tages – dem Auftauchen von Aufklebern mit dem Slogan ‚Todesstrafe für Kinderschänder' – zu sagen, intervenierten Mitglieder des *Bündnisses gegen Rechts* mit der Forderung, nicht mit anwesenden Neonazis zu reden. Die Diskussionsteilnehmer_innen reagierten mit Unverständnis bis Ablehnung auf diese Forderung und das *Bündnis* wurde von verschiedenen Seiten für deren Protest scharf kritisiert. Diese erste Intervention führte dazu, dass von Anfang an Vertreter_innen des *Bündnisses gegen Rechts* nicht als gleichberechtigte Diskussionsteilnehmer_innen wahrgenommen wurden und sich eine angespannte Stimmung ihnen gegenüber aufbaute.

Nach der Vorstellungsrunde entstand eine hitzige Diskussion, in der verschiedene Positionen zu dem Thema zu Wort kamen: Die *neonazistisch eingestellten Eltern* verneinten jegliches politische Interesse und inszenierten sich als besorgte Eltern. Insbesondere die neonazistische Mutter beanspruchte für sich die Rolle als besorgte und sich kümmernde Mutter. Die *besorgten deutschen Eltern* solidarisierten sich mit den Neonazi-Eltern. Für sie war zentral, dass sich überhaupt einmal jemand dieses Themas annahm; sie konnten deswegen über ihre eigene Skepsis gegenüber der Forderung nach Todesstrafe hinwegsehen. Durch diese ‚Allianz' waren die beiden Elternpaare sehr präsent und brachten verschiedenste Vorschläge ein, die mit demokratischen Grundsätzen nicht vereinbar sind, wie z. B. eine Internetplattform einzurichten, auf der Daten und Namen von Sexualstraftätern veröffentlicht werden sollten oder die Gründung einer Bürgerwehr.

Auf der Seite der Kritiker_innen der Kampagne gab es deutlich weniger Solidarisierungsprozesse. Das *Bündnis gegen Rechts* nahm zwar noch an der

Diskussion teil, zog sich jedoch nach und nach zurück. Die Person aus der Selbsthilfegruppe hatte einen hohen Redeanteil und sprach sich immer wieder vehement gegen die Kampagne aus. Allerdings bezogen sich die anderen Diskussionsteilnehmer_innen kaum auf deren Aussagen. Auch die Elternvertretung argumentierte sehr deutlich gegen die Kampagne und brachte den Aspekt einer sinnvollen und effektiven Präventionsarbeit gegen sexualisierte Gewalt immer wieder mit ein. In der Summe kritisierten also die *Elternvertretung*, das *Bündnis gegen Rechts* und die *Person aus der Selbsthilfegruppe* die Neonazi-Kampagne, doch schnitten sie in der Diskussion deutlich schlechter ab als die beiden Elternpaare, die sich für die Kampagne aussprachen.

Die im Profil als vermeintlich neutral beschriebene Position der Kita-Sozialpädagog_innen spielte eine wichtige und besonders problematische Rolle in der Debatte. Sie begriffen sich als demokratisch und wollten mit dieser Grundhaltung alle mit ihren Meinungen an Bord behalten und niemanden wegen einer politischen Haltung ausschließen. Auf diese Weise trugen sie mit dazu bei, dass die neonazistischen Forderungen immer wieder Raum bekamen. Die beiden Elternpaare, die sich für die neonazistische Kampagne aussprachen, erhielten auf der Ebene ihres Engagements positives Feedback von den KiTa-Sozialpädagog_innen, wodurch eine Situation entstand, in der sich die neonazistisch eingestellten Eltern als Kümmer_innen darstellen konnten. Auf dieses Weise wurde die Dominanz antidemokratischer und neonazistischer Positionen in der Diskussionsrunde unterstützt.

Die Diskussionsrunde endete mit dem Sammeln von Vorschlägen zum Umgang mit dem Thema sexualisierte Gewalt. Danach wurden die Teilnehmer_innen aus ihren Rollen entlassen und wieder in die Situation im Hier und Jetzt jenseits des Planspiels geführt, indem nach einer Pause eine Reflexion des Prozesses begann.

Auswertung der Spielsequenz

In der anschließenden Auswertung anhand von Leitfragen wurden die Strategien der einzelnen Gruppen analysiert. Es wurde besprochen, welche Argumente genannt und entkräftet wurden und was eventuell hätte anders laufen können.

Diejenigen, die die Rolle der Neonazi-Eltern gespielt hatten, hoben deutlich hervor, dass sie große Zustimmung in der Gruppe gefühlt hätten und dass es ihnen durch schlagwortartiges und strategisches Diskutieren leicht gefallen sei, ihre Position in der Diskussion zu vermitteln. Die Teilnehmerin, die eine besorgte deutsche Mutter gespielt hatte, beschrieb die Dynamik so: *„Wir*

mussten nur noch den Ball laufen lassen, nachdem die beiden Elternpaare sich verbündet hatten."

Im Gegensatz dazu rekonstruierten diejenigen, die die Rollen der ‚Kritiker_innen' der Kampagne hatten, dass sie die Situation als sehr schwierig und herausfordernd erlebt hätten. Sie fühlten sich damit überfordert, gegen die Neonazi-Schlagwörter überzeugend zu argumentieren; es bereitete Schwierigkeiten, gegen die Kampagnenstrategie (sich als Kümmer_innen und nicht politisch motiviert darzustellen und dabei neonazistische Positionen einzubringen und zu normalisieren) effektiv zu intervenieren. Besonders fiel den Teilnehmenden auf, welche Rolle die Bündnisangebote gespielt haben, zu denen die Kritiker_innen nicht in der Lage waren.

Der beispielhafte Verlauf des Planspiels bot eine Vielzahl an Möglichkeiten, die Diskussion sowie die Gruppendynamiken zu analysieren. Folgende Fragestellungen wurden betrachtet: Warum konnten die Neonazi-Positionen so stark und dominant auftreten? Wann und wie hätte eine mögliche erfolgreiche Intervention gegen diese stattfinden können? Welche Faktoren haben es den Kritiker_innen so schwer gemacht, eine gemeinsame Strategie zu entwickeln?

Das Auftreten des neonazistisch eingestellten Paares als sich kümmernde Eltern und als vermeintlich unpolitisch, erschwerte es den Kritiker_innen, deren Aussagen als antidemokratisch und neonazistisch darzustellen. Der Solidarisierungsprozess der beiden Elternpaare, die die Kampagne unterstützten, wurde als weiterer wichtiger Aspekt für das dominierende Auftreten der Kampagnen-Unterstützer_innen genannt. In der Auswertung dieser Fragen wurde deutlich, dass die Art und Weise der Intervention des *Bündnisses gegen Rechts* gleich zu Beginn der Diskussion von vielen potenziell Verbündeten als hinderlich empfunden wurde und so eine Solidarisierung erschwert wurde. Wichtig wären positive Bezugnahmen aufeinander und strategische und inhaltliche Abstimmungen während der Diskussion gewesen. Auf diese Weise hätte der hohe Redeanteil der neonazistischen Eltern sowie ihrer Bündnispartner_innen beschränkt werden können. Auf inhaltlicher Ebene hätte ein Fokus auf Präventionsarbeit gegen sexualisierte Gewalt verdeutlichen können, dass die neonazistische Kampagne diesbezüglich nichts zu bieten hat, sondern mit ihrem Täterfokus Kinderrechte vollkommen außer Acht lässt und sich nicht an den Bedürfnissen und Wünschen von Betroffenen orientiert. Wenn dies gekoppelt gewesen wäre mit einer Aufklärung über neonazistische Strategien und der Vermittlung von Fakten, beispielsweise dass sexualisierte Gewalt vorwiegend im sozialen Nahraum stattfindet und eine etwaige Todesstrafen-Umsetzung Aufdeckungsprozesse erschwert und damit die Problematik verschärft, hätten auf diese Weise auch die besorgten Eltern

eine inhaltliche Alternative gehabt, zu der sie sich mit ihren Anliegen hätten hinwenden können.

Abschließend beschrieben die Teilnehmenden das Planspiel als geeigneten Raum, um Formen von Interventionen zu der Thematik ‚Todesstrafe für Kinderschänder' zu üben. Sie reflektierten, dass sie trotz oder vielleicht gerade aufgrund des schwierigen Verlaufs der Planspieldiskussion anschließend besser verstanden, was in so einer komplexen Situation geschieht. Gruppendynamiken und Diskussionsverlauf werden durch das eigene Auftreten, inhaltliche wie soziale Solidarisierungsprozesse und strategisches Argumentieren beeinflusst. Durch das praktische Erproben von Argumenten und die Reaktionen auf diese konnten neue Erkenntnisse gewonnen und die Bedeutung sozialer Faktoren im Verhältnis zur thematischen Argumentation neu bewertet werden.

Fazit

Für eine geschlechterreflektierende Neonazismusprävention ist eine Beschäftigung mit der Kampagne ‚Todesstrafe für Kinderschänder' ein herausforderndes Thema. Was im ersten Teil dieses Artikels bereits aus einer historischen Perspektive deutlich wurde und sich in den aktuellen neonazistischen Kampagnen immer wieder zeigt, ist, dass die Todesstrafen-Forderung mit der Imagination eines (familiären) Schutzraums einhergeht. Dieser ist wiederum in eine Vorstellung eines *schützenden* wie *zu schützenden* ‚Volkes' eingebettet. Dem aus dieser Ideologie resultierenden ‚gesunden Volksempfinden' wird ein als ‚Monster' konstruierter Sexualstraftäter gegenübergestellt. Dem Staat wird sowohl historisch als auch aktuell in der Forderung nach Todesstrafe die Rolle des ‚starken Beschützers' zuteil, der die ‚Bedrohung' durch Anwendung der Todesstrafe eliminieren soll. In dieser ‚Starker-Staat'-Lösung liegt einer der Anknüpfungspunkte der neonazistischen Kampagne an breite Gesellschaftskreise. Mit der Forderung nach Todesstrafe kann Handlungsfähigkeit in einer zunehmend als zu komplex wahrgenommenen Welt demonstriert werden, um wenigstens Nahraumbedrohungen als von außen kommend imaginiert abzuwehren.

Das von uns entwickelte Planspiel ist ein Vorschlag, wie Präventionsstrategien bezüglich sexualisierter Gewalt in pädagogischen Settings auf demokratischen Grundlagen entwickelt werden können. Es soll einen Raum bieten, in dem ein Erproben und Lernen des Umgangs mit den Herausforderungen der neonazistischen Kampagne in pädagogischen Kontexten stattfinden kann. Denn jede pädagogische Institution und deren Mitarbeiter_innen haben die

Aufgabe, sich mit dem Thema sexualisierte Gewalt kompetent zu befassen und Präventionsstrategien dagegen zu entwickeln sowie Schutzkonzepte in ihren Einrichtungen zu implementieren. Vielen pädagogischen Einrichtungen fehlen entsprechende Ansätze – genau dort setzen Neonazis an. Daher wirken ernsthafte Präventionskonzepte gegen sexualisierte Gewalt an Kindern jenseits von Dramatisierung und Funktionalisierung auch präventiv gegen neonazistische Ideologien.

Das Planspiel

Wenn der Wunsch besteht, das Planspiel im Rahmen einer Fortbildung durchzuführen, können sich Interessierte direkt an *Dissens – Institut für Bildung und Forschung e. V.* wenden. Für das Planspiel müssen mindestens ein voller Tag sowie zwei Teamer_innen eingeplant werden.

Hintergrundmaterial sowie Hinweise zu Unterstützungs- und Präventionsangeboten

AWO Kinder- und Jugendhilfe (Hrsg.) (2013): Was Sie über sexuellen Missbrauch wissen sollten. Dresden: Eigendruck.

Deutsche Gesellschaft für Prävention und Intervention bei Kindesmisshandlung und -vernachlässigung e. V.: www.dgfpi.de/hilfe-finden.html

Hilfeportal sexueller Missbrauch: www.hilfeportal-missbrauch.de

Wildwasser e. V., Verein gegen sexuellen Missbrauch: www.wildwasser.de

Zartbitter e. V., Kontakt- und Informationsstelle gegen sexuellen Missbrauch an Mädchen und Jungen: www.zartbitter.de

Literatur

Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.) (2013): Instrumentalisierung des Themas sexueller Missbrauch durch Neonazis. Analysen und Handlungsempfehlungen. Berlin: Eigendruck.

Benjamin, Walter (1977): Zur Kritik der Gewalt. In: Ders.: Gesammelte Schriften, Band II/1. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, S. 179–203.

Bibliographisches Institut (Hrsg.) (1909): Meyers Großes Konversations-Lexikon. Ein Nachschlagewerk des allgemeinen Wissens. Leipzig/Wien: Eigendruck.

Bibliographisches Institut (Hrsg.) (2013a): Duden online. Stichwort: „Schande, die“. http://www.duden.de/node/643709/revisions/1370475/view [Zugriff: 16.2.2015].
Bibliographisches Institut (Hrsg.) (2013b): Duden online. Stichwort: „schänden“. http://www.duden.de/node/730398/revisions/1366208/view [Zugriff: 16.2.2015].
Rappenglück, Stefan (2010): Planspiele. In: Bundeszentrale für politische Bildung vom 01.04.2010. http://www.bpb.de/lernen/formate/planspiele/70256/einfuehrung [Zugriff: 26.02.2015].
Boberach, Heinz (Hrsg.) (1975): Richterbriefe. Dokumente zur Beeinflussung der deutschen Rechtsprechung 1942–1944. Boppard am Rhein: Harald Boldt Verlag.
Düsing, Bernhard (1952): Die Geschichte der Abschaffung der Todesstrafe in der Bundesrepublik Deutschland. Offenbach: Bollwerk-Verlag.
Evans, Richard J. (2001): Rituale der Vergeltung. Die Todesstrafe in der deutschen Geschichte 1532–1987. Berlin: Kindler Verlag.
Foucault, Michel (2006): Die Geburt der Biopolitik. Geschichte der Gouvernementalität II. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
Fröchling, Helmut (1996): Die ideologischen Grundlagen des Rechtsextremismus. Grundstrukturen rechtsextremistischer Weltanschauung. Politischer Stil, Strategien und Methoden rechtsextremer Propaganda. In: Mecklenburg, Jens (Hrsg.): Handbuch deutscher Rechtsextremismus. Berlin: Elefanten Press Verlag, S. 84–123.
Hafez, Farid (2010): Islamophober Populismus. Moschee- und Minarettbauverbote österreichischer Parlamentsparteien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
Hartl, Johannes (2014): Patrick Wieschke soll Mutter verprügelt haben. In: Zeit online vom 13.09.2014. http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2014/09/13/patrick-wieschke-soll-mutter-verpruegelt-haben_16996 [Zugriff: 30.11.2014].
Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2012): Deutsche Zustände, Folge 10. Berlin: Suhrkamp Verlag.
Hess, Albert Günter (1934): Die Kinderschändung. Unter besonderer Berücksichtigung der Tatsituation. Kriminalistische Abhandlungen, Band 20. Leipzig: Ernst Wiegandt Verlagsbuchhandlung.
Hohmann, Olaf (2002): Die Geschichte der Todesstrafe in Deutschland. In: Boulanger, Christian/Heyes, Vera/Hanfling, Philip (Hrsg.): Zur Aktualität der Todesstrafe. Interdisziplinäre und globale Perspektiven. Berlin: Berlin Verlag Arno Spitz, S. 247–268.
Hötzel, Yvonne (2010): Debatten um die Todesstrafe in der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis 1990. Juristische Zeitgeschichte, Band 41. Berlin/New York: Walter de Gruyter.
Jansen, Frank (2013): Holger Apfel im Kreuzfeuer. In: Der Tagesspielgel vom 26.12.2013. http://www.tagesspiegel.de/politik/nach-npd-austritt-holger-apfel-im-kreuzfeuer/9261826.html [Zugriff: 30.11.2014].
Keilani, Fatina (2014): Deutschlands Jurastudenten sind für die harte Linie. In: Der Tagesspiegel vom 22.10.2014. http://www.tagesspiegel.de/weltspiegel/to

desstrafe-deutschlands-jurastudenten-sind-fuer-die-harte-linie/10876098.html [Zugriff: 30.11.2014].
Kerchner, Brigitte (2005): Körperpolitik. Die Konstruktion des „Kinderschänders" in der Zwischenkriegszeit. In: Hardtwig, Wolfgang (Hrsg.): Politische Kulturgeschichte der Zwischenkriegszeit 1918–1939. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 241–278.
Kleffner, Heike (2014): Eine potenziell tödliche Mischung: Extrem rechter Frauenhass und neonazistische Gewalt. In: Debus, Katharina/Laumann, Vivien (Hrsg.): Rechtsextremismus, Prävention und Geschlecht. Vielfalt_Macht_Pädagogik. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung, S. 49–58.
Klimke, Daniela (2008): Wach- & Schließgesellschaft Deutschland. Sicherheitsmentalitäten in der Spätmoderne. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
Klingst, Martin (2014): Gnadenlose Jurastudenten. In: Die Zeit vom 27.10.2014. http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2014-10/todesstrafe-juristen-studie-deutschland [Zugriff: 30.11.2014].
Köcher, Renate (Hrsg.) (2009): Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 2003–2009, Band 12. Berlin/New York: Walter de Gruyter.
Kühl, Stefan (1997): Die Internationale der Rassisten. Aufstieg und Niedergang der internationalen Bewegung für Eugenik und Rassenhygiene im 20. Jahrhundert. Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag.
Lohmann, Georg (2002): Überlegungen zur Todesstrafe aus philosophischer Sicht. In: Boulanger, Christian/Heyes, Vera/Hanfling, Philip (Hrsg.): Zur Aktualität der Todesstrafe. Interdisziplinäre und globale Perspektiven. Berlin: Berlin Verlag Arno Spitz, S. 25–44.
MDR (2014): Missbrauchsvorwürfe: Neonazi Tino Brandt angeklagt. In: Mitteldeutscher Rundfunk Thüringen vom 13.11.2014. http://www.mdr.de/thueringen/anklage-tino-brandt100.html [Zugriff: 30.11.2014].
Radvan, Heike (2013): Historische Perspektiven. In: Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.): Instrumentalisierung des Themas sexueller Missbrauch durch Neonazis. Analysen und Handlungsempfehlungen. Berlin: Eigendruck, S. 9–14.
Przyrembel, Alexandra (2003): „Rassenschande". Reinheitsmythos und Vernichtungslegitimation im Nationalsozialismus. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
Reinhardt, Gina (2014): Lebenslange Sicherungsverwahrung für Kinderschänder und Kindermörder – STOPPT DIE TÄTER! Petition an den Deutschen Bundestag vom 23.07.2014. https://www.openpetition.de/petition/statistik/lebenslange-sicherungsverwahrung-fuer-kinderschaender-und-kindermoerder-stoppt-die-taeter [Zugriff: 05.03.2015].
Schlüter, Holger (1995): Die Urteilspraxis des nationalsozialistischen Volksgerichtshofs. Münsterische Beiträge zur Rechtswissenschaft, Band 86. Berlin: Duncker & Humblot.
Schwabe, Alexander (2008): Österreich: Rechtspopulistin nennt Mohammed einen Kinderschänder. In: Spiegel Online vom 14.01.2008. http://www.spiegel.de/politik/ausland/oesterreich-rechtspopulistin-nennt-mohammed-einen-kinderschaender-a-528504.html [Zugriff: 24.09.2014].

Stadler, Lena/Bieneck, Steffen/Pfeiffer, Christian (2012): Repräsentativbefragung Sexueller Missbrauch 2011. Forschungsbericht Nr. 118. Hannover: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e. V.

SIR/dpa (2014): Die Stadt nimmt Abschied von Armani. In: Stuttgarter Zeitung vom 26.07.2014. http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.trauermarsch-in-freiburg-die-stadt-nimmt-abschied-von-armani.e5745b3d-50f4-47af-b882-3b962bf3b811.html [Zugriff: 05.03.2015].

Zick, Andreas/Küpper, Beate/Hövermann, Andreas (2011): Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

2.8 „Die Kritik hatten wir schon“

Entgegnungen auf beliebte Verbalstrategien gegen das Eintreten für Geschlechteremanzipation

Sebastian Bubner

Ob am Arbeitsplatz, unter Freund_innen, in der Familie oder in sozialen Netzwerken – konsequentes, radikales Eintreten für Geschlechtergerechtigkeit führt scheinbar zwangsläufig zu Erwiderungen aus dem Umfeld, die sich irgendwann, nur hin und wieder neu gruppiert, zu wiederholen scheinen und auch mit recht großer Vorhersagbarkeit formuliert werden. Trotz ihrer Durchsichtigkeit, die ihre Diskurs-Abwehrfunktion erkennbar macht, ist es manchmal nicht so einfach, nicht so angenehm und wirkt auch nicht so ermutigend, etwas auf sie zu erwidern.

Hier sind einige der Argumente gegen das konsequente, radikale Eintreten für Geschlechtergerechtigkeit, die in meinem Umfeld beliebt zu sein scheinen: Abwehrstrategien zur Verteidigung und Wiederherstellung des Status quo, entnommen realen Dialogen und Debatten auf Facebook, unter Freund_innen, im wirklichen (Berufs-)Leben. Jede_r kann sicherlich aus der eigenen Erfahrung weitere unfreundliche ‚Abwürg‘-Methoden hinzufügen. Und vielleicht entdeckt der_die Leser_in ja auch eigene Stilblüten, die in willkürlich-unwillkürlicher Abwehr bei der Thematisierung von Diskriminierungsverhältnissen entstanden sind?

Wie darauf reagieren? Die Diskussion verlassen? Darauf dringen, aufs Thema zurückzukommen? Das sind wichtige Reaktionen. Manchmal lohnen sich aber vielleicht auch Interventionen, die die Geschlechterreflektiertheit abwehrende Person auch gleich auf die Problematik seines_ihres Sprachhandelns zurückführen. Deshalb finden sich hinter jeder Abwehrstrategie mögliche knappe Erwiderungen. Diese ersetzen keine gründliche Analyse, haben aber den Vorteil, im situativen Ernstfall eine vielleicht passende Replik zu sein, die einer_m selbst nicht ein Ohnmachtsgefühl beschert, sondern ein Lächeln und beim Gegenüber vielleicht sogar nachwirkt.

„Die Kritik hatten wir schon."

„Es ist nichts auf die Kritik gefolgt, die kritisierten Umstände bestehen weiter."
„Die Abwehr hatten wir schon."

„So kommen wir nicht weiter."

„Hast du auch neulich die Liste der ‚peinlichen Sätze' gelesen? Das war gerade der peinliche Satz Nr. 3."

„Warum ist das Weiterkommen im Kritisieren der Umstände in deinen Augen *kein* Weiterkommen?"

„Das auszudiskutieren würde zu weit führen."

„Zu weit für wen? Vielleicht liegt dort im Weiten ja die Lösung?"

„Das auszudiskutieren interessiert jetzt sicher niemanden."

„Diskriminierende und gewalttätige Menschen sind sicherlich an einem Verschweigen der Thematik interessiert, aber mich interessiert das."

„Mich schon."

„Das gehört nicht zum Thema."

„Ist das Thema kurz und klein, herrscht es sich gleich doppelt fein."

„Sagt wer? Das ist vielleicht aus der Themenstellung herausdefiniert worden."

„Wer bestimmt denn, was zum Thema gehört? Für mich gehört es dazu."

„Die ewigen Diskussionen nerven."

„Unterdrückung auch. Und was ist ein bisschen Genervtsein gegen die Verletzungen durch alltägliche strukturelle, verbale und körperliche Gewalt?"

„Kannst du nicht mal 'ne andere Schallplatte auflegen?!"

„Ich habe aus solchen Diskussionen viel gelernt. Hängt von der eigenen Offenheit ab, würde ich sagen."

„Du bist immer so negativ."

„Negativ sind die Umstände, die schlagen auf mein Gemüt. Ich bin nur der_die Überbringer_in der schlechten Nachricht(en)."

„Nö, Gleichstellung find ich voll gut!"

„Über der Scheiße herum zu schweben, als wären's Blümchen, ist vielleicht auch nicht immer die richtige Strategie."

„Querulant_in!“

„Und was ist dein Argument – jenseits der Phrasen?“

„Mitläufer_in!“

„Provokateur_in!“

„Untersuch doch mal, warum dich das jetzt provoziert.“

„Diskussionsfeind_in!“

„Da kann man nix machen!“

„Oder will nicht?“

„Ich kann mich da nicht reindenken, ich bin ja leider ein weißer heterosexueller Mann.“

„Leider? Klingt wie der Wilhelm-Busch-Vers: ‚Das ist freilich ärgerlich, Hehe! Aber nicht für mich!‘“

„Aus meiner Erfahrung ist das eher eine Frage des Wollens und immer wieder Versuchens.“

„Auch weiße heterosexuelle Männer können sich in Lebensrealitäten reindenken, die nicht ihre eigenen sind.“

„Ich versteh gar nicht, warum du dich darüber so aufregst. Ich steh über solchen Sachen.“

„Ist gemütlich, da oben, stimmt’s? Vielleicht schwebst du ganz gern oben drüber, weil du zu Lasten anderer davon profitierst?“

„Wer ‚über‘ den Sachen steht, ist – schon alleine hebelpunkttechnisch gesehen – in einer denkbar schlechten Position, wenn es darum geht, die Sachen zu ändern.“

„Auf dem Gipfel ist es oft einsam.“

„Das versteh ich nicht.“

„Willst du es verstehen?“

„Mit ‚Nicht-Verstehen‘ kann mensch auch versuchen, Kritik zum Verstummen zu bringen.“

„Kannst du genauer sagen, was du verstehst und was nicht?“

„Sei *ja* vorsichtig damit, in *deinem* Job, in *deiner* Situation würde ich nicht so auffällig anecken."

„Ist das als Warnung gemeint oder als Drohung? Oder ein geheimer Wunsch, dass das Machtgefüge mir früher oder später eins drauf gibt, damit du dich mit deiner Lethargie nicht mehr so schlecht zu fühlen brauchst?"

„Mit *deiner* Strategie würde ich unglücklich."

„Du Revoluzzer, demnächst steckst du noch etwas in Brand! Haha. Spaaaß. Ich find's ja ganz toll, dass du dich engagierst. Aber wenn man dir mit Sexismus kommt, muss mensch ja fast schon vor deinem Faustschlag in Deckung gehen!"

„Ich finde Humor super und danke für die Anerkennung meines Engagements, aber verwechselst du da nicht gewollt die Gewalt-Ausübenden mit den Gewalt-Thematisierenden?"

„… oder einfach offen für Kritik sein."

„Ihr Schwulen habt doch schon so viel erreicht. Du lebst doch ganz schön! Sag mir mal, wann du das letzte Mal Gewalt erlebt hast."

„Eben gerade. (Danke für die clever modernisierte Schwulenfeindlichkeit.)"

„Naja, Gewalt muss differenziert werden. Es gibt solche und solche Gewalt. Wir haben hier vielleicht mal ein paar Sprüche, aber keine wirklichen Schläge."

„Also, sobald Blut fließt, greifst du ein? Das ist großzügig von dir. Würdest du das vielleicht anders sehen, wenn's um dich ginge?"

„Über die Phase bin ich längst weg, Dinge so radikal zu kritisieren."

„So klingt sie also, die Phase der Akzeptanz von Ungerechtigkeit."

„Das als ‚Reife' zu psychologisieren ist peinlich."

„Das wäre jetzt *die* Chance, wieder einzusteigen!"

„Bei so viel Kritik kriegt ihr sicher gar keine Arbeit geschafft."

„Arbeiten = Maul halten?!"

„Kritik *ist* Arbeit. Leider oft unbezahlt."

„Klar ist das sexistisch (rassistisch, klassistisch, …). Aber so ist es praktischer.“

„Praktisch ist es nur für dich, für die anderen nicht.“

„Der Ausschluss von Frauen vom Wahlrecht war auch praktisch, da brauchte mann sich auch nicht um ihre Interessen zu kümmern. Sollen wir das wieder einrichten?“

„Ich bin nicht so ‚politisch korrekt‘.“

„Aber diskriminierend?!“

„Niemand ist ‚politisch korrekt‘, darum geht es auch gar nicht. Es geht darum, wie wir eine schöne Welt für alle Menschen schaffen, und da sind diskriminierende und ausschließende Verhältnisse wenig hilfreich.“

„Jetzt sei doch nicht immer so bierernst – lach doch mal und mach dich locker!“

„Herzlichen Glückwunsch! Das war Ablenkungsmanöver Nummer 25. Damit bist du alle Abwehrargumente durch und darfst dich ab sofort ‚Diskriminierungs-König_in‘ nennen.“

„Es gibt Menschen, die sehr unschöne Erfahrungen machen und die nicht über beide Ohren grinsen, wenn sie damit erneut konfrontiert werden.“

„Wer gegen herrschende Strukturen ankämpft, kann das nicht als Pausenclown tun.“

„Ich lache gerne und viel, wenn etwas tatsächlich lustig ist.“

„Die sind ja auch selber schuld an ihrer Verfolgung, die Schwulen. Die grenzen sich immer so ab.“

„Ich höre da so eine Sehnsucht heraus, Teil der abgegrenzten Gruppe zu sein. Ich nehm dich gern auf die nächste schwulenpolitische Veranstaltung mit!“

„Jetzt grenzt du dich aber ab!“

„Schon mal darüber nachgedacht, warum jemand, der von seinen Eltern, von vermeintlichen Freund_innen und aus der Politik hört, dass er zweitrangig ist, auf die wahnwitzige Idee kommt, sich mit Menschen zu umgeben, die dieselbe Erfahrung gemacht haben? Um das dann auch noch genüsslich aufs Butterbrot geschmiert zu bekommen?!“

„Also, ich diskutier darüber nicht mehr, ich bin raus!“

„Die, die diskriminiert werden, würden auch gerne ‚raus‘ sein, denen steht das aber nicht zur Wahl. Es wäre schön, wenn du dich solidarisch zeigst.“

„Schade.“

„Das ist Haarspalterei.“

„*Dieses* Haar ist dick wie ein Baumstamm – das kannst sogar du spalten!“

„Verfall doch nicht immer in die Opferrolle!“

„Stimmt. Immer schön in die *Täter*-Rolle verfallen …“

Usw., usw., usw. Wer was nicht wahrhaben will, findet immer einen mehr oder weniger originellen Haken, den er_sie schlagen kann. Aber: mensch kann ihm_ihr auch immer wieder den Weg abschneiden.

2.9 Beharrliche Bilder

Bildsprache und geschlechterreflektierte Neonazismusprävention

Andreas Hechler[1]

Wie kann, wie soll geschlechterreflektierte Neonazismusprävention bebildert oder grafisch gestaltet werden? Diese Frage habe ich mir immer wieder gestellt, wenn es um die Gestaltung von Flyern, pädagogischen Materialien oder Webseiten ging.

Die Frage nach Bildern ist von zentraler Bedeutung aufgrund ihrer Wirkmächtigkeit (Günther in diesem Band) und ihrer Möglichkeit, Menschen Wirklichkeitsausschnitte näherzubringen, die vielen aus eigener Erfahrung nur schwer zugänglich sind. Dabei gehe ich davon aus, dass die Ikonografie des männlichen, deklassierten, gewalttätigen, jungen Skinheads im Osten (Glatze, Bomberjacke, Springerstiefel, Tätowierung und dergleichen mehr) nach wie vor sehr einflussreich ist. Zugleich liegt viel zu häufig der Fokus auf Täter_innen[2], wenn Bilder zum Thema Neonazismus gezeigt werden. Der Artikel plädiert dafür, den Blick zu weiten und Opfer/Diskriminierte[3] und ihre

1 Ich danke Olaf Stuve, Christian Beeck, Vivien Laumann, Sabrina Zinke, Christiane Hechler, Kevin Stützel und Sabine Hammer für ihre Anregungen und Anmerkungen zu diesem Beitrag.

2 Es geht mir mit der moralisch-juridischen Kategorie des_r Täter_in nicht darum, einen individuellen Charakterzug zu beschreiben. In der Auseinandersetzung mit Privilegien, Dominanz, Herrschaft und Strukturen gesellschaftlicher Ungleichheit kann diese Begrifflichkeit dazu beitragen, gesellschaftliche Verhältnisse qua Fokus auf individuelle Verhaltens- und Denkweisen zu dethematisieren. Dabei sind es genau diese Verhältnisse, die im Effekt Täter_innen hervorbringen, auch wenn letztere wiederum mit brachialer Gewalt und ideologischer Überzeugung zur Aufrechterhaltung gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse beitragen. Mit dem Täter_innenbegriff geht es mir also keinesfalls um eine Ausblendung von Herrschaftsverhältnissen, sondern um die individuelle Verantwortung jedes_r Einzelnen für sein_ihr Handeln. In Ermangelung eines Alternativbegriffs benutze ich ‚Täter_in'.

3 Opfer sind nicht ausschließlich Opfer. Der Opferbegriff verschleiert Widerstand gegen konkrete Täter_innen beziehungsweise eine herrschaftsförmige Gesellschaft. Angemessener ist der Begriff der ‚Diskriminierten'. Diskriminiert sind sie aufgrund gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse und agieren in diesen individuell.
Aber, so muss eingewendet werden: Es gab und gibt ganz konkrete Opfer. Es wurden/werden Menschen unterdrückt, ausgebeutet, erniedrigt und vernichtet. Sie wurden zu

Bedürfnisse wie auch Alternativen zum Neonazismus an zentrale Stelle zu rücken.

Im ersten Teil des Artikels problematisiere ich den Täter_innenfokus sowie eingeschränkte und einschränkende Bilderwelten über Neonazis. Daran anschließend wende ich mich in einem zweiten Teil der Genese von Bilderwelten zu und frage, welche gesellschaftlichen und individuellen Funktionen diese erfüllen. Ich stelle dabei die These auf, dass die zentrale Funktion sowohl des Täter_innenfokus als auch eingeschränkter neonazistischer Bilderwelten die Affirmation bestehender Verhältnisse ist. An diese Kritik angelehnt, überlege ich in einem dritten Teil Alternativen und unterbreite einen konkreten Vorschlag für Bilder, die sich in der Gestaltung dieses Buchs wiederfinden.

Was sind die Probleme?

In der medialen Mainstream-Öffentlichkeit findet sich zum Themenkomplex ‚Neonazismus' beziehungsweise ‚Rechtsextremismus' wenig. Das Thema wird jenseits einer Berichterstattung über exzessive Gewalttaten eher ignoriert. Wird hingegen über das Thema berichtet, sind die aufgerufenen Bilderwelten oft problematisch, da sie nur sehr eingeschränkt Neonazis(mus) repräsentieren.

Täter_innenfokus

Bei der Betrachtung von Bilderwelten, die im Kontext von Neonazismus produziert und reproduziert werden, fällt auf, dass sich fast durchweg ein Täter_innenfokus findet. Es ist ja auch naheliegend, sich ‚den Neonazis' – ihren Taten, Strukturen und Ideologien – zuzuwenden, wenn es um ‚Neonazismus' geht. Verloren gehen hingegen zwei andere Ebenen, die für eine Präventionsarbeit von großer Bedeutung sind:

Einerseits der Blick auf und das Interesse an Menschen, die von Neonazis angegriffen werden, in täglicher Angst vor Bedrohungen leben und in ihrem Aktions- und Handlungsradius stark eingeschränkt sind. Wird ihre Perspek-

Opfern gemacht, egal, wie viel Widerstand sie individuell oder auch kollektiv geleistet haben mögen. Um dem Dilemma zu entgehen, einerseits konkrete Opfer anerkennen, andererseits den Opferstatus nicht festschreiben und Widerstände unsichtbar machen zu wollen, verwende ich das Begriffspaar ‚Opfer/Diskriminierte'.
Der Begriff ‚Betroffene' spezifiziert nicht, wer wie in welcher Weise ‚betroffen' ist. Von Herrschaftsverhältnissen ‚betroffen' sind alle Menschen; ich verwende den Begriff aufgrund seiner Ungenauigkeit daher nicht.

tive nicht wahrgenommen, so werden ihre Verletzungen unsichtbar gemacht mit der Folge, dass Diskriminierungen reproduziert und Gewöhnungseffekte in Kauf genommen werden (Ensinger/Kaletsch 2013: 31).

Andererseits fehlt der Blick auf Alternativen zum Neonazismus. Diese sind notwendig, ganz real wie auch gedanklich, denn ohne Alternative(n) gibt es keine Alternative(n) zum Neonazismus. Die Alternativen sind das, was von vornherein Kinder, Jugendliche und Erwachsene auf andere Wege, Gedanken und Verhaltensweisen bringt, auch wenn sie sich bereits in rechten Kontexten bewegen. Alternativen sichtbar zu machen ist wichtig, und dazu gehören auch entsprechende Bilder. Es gibt eine aufeinander bezogene Dynamik: Je mehr sich die Aufmerksamkeit auf die Täter_innen konzentriert, umso mehr werden die Opfer/Diskriminierten und Alternativen an den Rand gedrängt.

Aus der pädagogischen Arbeit mit Filmen gegen Neonazismus ist bekannt, dass der vorherrschende Täter_innenfokus bei vielen Filmen, die in pädagogischen Settings gegen Rechts eingesetzt werden, auch eine andere als die gewollte abschreckende Wirkung hervorrufen kann. Aus der „Fokussierung auf die Täter ergeben sich für die pädagogische Arbeit verschiedene Probleme, die sich mit den Worten ‚Identifikationsfalle' und ‚mangelnder Perspektivwechsel' zusammenfassend beschreiben lassen" (Radvan/Stegmann 2013: 9). Bilder sprechen Zuschauende nicht nur kognitiv an, sondern erreichen sie auch auf emotionaler Ebene. Wenn es zum Gezeigten keine Alternative(n) gibt, kann die Wirkung von Bildern statt zu einer kritischen Auseinandersetzung mit Neonazismus auch qua Ästhetisierung zu Identifikation und Sympathie führen. Wenn es nur die positive oder negative Identifikationsmöglichkeit mit Neonazis gibt, heißt das zusätzlich für all diejenigen, die sich niemals Neonazi-Kontexten anschließen können oder wollen, dass sie nicht vorkommen und ihnen keine positiven Identifikationsmöglichkeiten geboten werden.

Einseitige Darstellungen von Neonazis, ihrer Perspektiven, Positionen und Geschichten führen oft auch dazu, dass ihre Motivationen individualisierend und psychologisierend erklärt werden, zugleich werden rechte Einstellungsmuster in der Gesamtgesellschaft dethematisiert (ebd.).

Diese grundsätzliche Kritik am Täter_innenfokus wird durch eine zweite Kritik ergänzt, die die konkrete Bebilderung neonazistischer Lebenswelten, Szenen und Ideologien direkt betrifft.

Eingeschränkte Bilderwelten

Die mediale Berichterstattung über Neonazis orientiert sich seit mehreren Jahrzehnten am klassischen Skinhead, dem ‚Hool', dem Demogänger, dem

Black-Block-Autonomen Nationalisten. Glatze, Bomberjacke, Springerstiefel, Tätowierungen, Baseballschläger, Hitlergruß, Hakenkreuz und dergleichen mehr gehören zu den Bildelementen einer Ikonografie, die schon viel zu oft produziert, reproduziert, gesehen und konsumiert wurden.

Tatsächlich gibt es solche Neonazis. Die Mehrheit ist aber anders. Es gibt die am Nationalsozialismus orientierte soldatische Männlichkeit, die neonazistische Liedermacherin, den traditionell-elitären Verbindungsstudenten, die bürgerliche AfD-Parteifunktionärin, den trendbewussten autonomen Nationalisten, den christlichen Fundamentalisten, die völkische Mehrfach-Mutter und Hausfrau, den rechten Internet-Blogger, die erlebnisorientierte Demogängerin, die Vertriebenenfunktionärin, den NPD-Abgeordneten, den neurechten Schreiber, die Aktivistin der Braunen Hilfe, neonazistische Renees, die Szene-Anwältin, die Hakenkreuz-Kuchenbäckerin im Elternrat, den rechten Kneipenwirt, die Anti-Antifa-Fotografin, den schwulen national-sozialistischen Skinhead, den völkisch-esoterischen Ökobauern und viele mehr. Neonazis sind auch alt, weiblich, reich, akademisch, intelligent, in und aus Westdeutschland, nicht selbst gewalttätig, nicht organisiert, leben in liebevollen Familienbezügen, sind sicher gebunden und wählen nicht-neonazistische Parteien. In den Bildern über sie kommt diese Ausfächerung von Artikulationen, Lebensweisen und Positionierungen hingegen kaum vor; es sind Bilder, die nur sehr eingeschränkt wiedergeben, was sie vorgeblich abbilden.

Dazu kommt, dass auch Neonazis viele ‚normale' Dinge tun: Sie atmen, kochen, essen, schlafen, treffen Freund_innen, betreuen Kinder, machen Ausflüge, hören Musik und dergleichen mehr. Das ist banal und vergleichsweise langweilig und für Medien daher uninteressant. Dies dürfte einer der Gründe dafür sein, dass oft über Neonazis erst dann berichtet wird, wenn es um martialische Gewalttaten geht und hierfür entsprechender Bilder gesucht werden. Zusätzlich ist vieles oben Aufgezählte schwer abbildbar, da es im privaten Rahmen stattfindet. Das wiederum dürfte neben vergeschlechtlichten Wahrnehmungsmustern, die weibliche Neonazis ausblenden, einer der Gründe sein, warum es zu einer Schieflage der Darstellung neonazistischer Männer und Frauen kommt, da Frauen qua neonazistischer Ideologie und Praxis erheblich stärker als Männer an weniger sichtbare ‚private' Sphären und Tätigkeiten gebunden sind (Amadeu Antonio Stiftung 2014).

Aus pädagogischer Sicht ist zusätzlich anzumerken, dass in Publikationen, die sich mit Neonazismusprävention beschäftigen, reproduzierte Bilder von organisierten und ideologisch gefestigten Neonazis nicht das wiedergeben, was tatsächlich stattfindet beziehungsweise worum es in der Prävention geht, und in dieser Hinsicht kontraproduktiv sind. Adäquater für derartige Publikationen wären Bilderwelten von nicht-rechten oder anpolitisierten rechten

Jugendlichen und Erwachsenen und/oder empowernde Bilder von Opfern/Diskriminierten.

Funktionen des Täter_innenfokus und eingeschränkter Bilderwelten

An die Problembeschreibung anknüpfend stellt sich die Frage, wieso das so ist: Wieso setzen sich bestimmte Bilder durch und andere nicht? Bevor ich möglichen Antworten auf diese Frage nachgehe, möchte ich zunächst auf das Verhältnis von Wirklichkeit und der Repräsentation dieser Wirklichkeit eingehen und das Verhältnis zwischen Bild und Betrachter_in beleuchten. Dazu führe ich in den Begriff der ‚Visiotype' ein und verdeutliche die gesellschaftliche Einbettung von Bildern. Auf dieser Grundlage frage ich anschließend, welche Funktionen der Täter_innenfokus und eingeschränkte Bilderwelten erfüllen.

Wirklichkeit und ihre (visiotype) Repräsentation

Was Medien abbilden ist aufgrund der oft unbewussten Wirkung von Bildern für meine Überlegungen von Bedeutung: „Wir erinnern uns in Bildern, oft genug ohne zu wissen, woher wir sie beziehen, wer sie gemacht hat oder was sie ausblenden" (Paul 2009: 27).

Wenn man* davon ausgeht, dass die meisten Menschen in der Bundesrepublik der Ansicht sind, ‚echte' Neonazis nicht zu kennen, können Bilder von Neonazis einen Eindruck direkter Anschaulichkeit vermitteln: ‚So sind sie, so sehen Neonazis aus!' Aufgabe der Bilder wäre es demnach, etwas sichtbar zu machen, was sich dem ‚normalsterblichen' Auge entzieht. Historisch betrachtet, werden Fotografien, die Zeichnung und Malerei als Darstellungsmedien ablösen, als authentisch empfunden: Fotos versprechen „die reine Abbildung (…) und [scheinen] Objektivität zu garantieren" (Hüppauf 2008: 558). Diesem konventionellen Bildverständnis zufolge gibt es eine Übereinstimmung von Bild und Realität.

Bilder sind aber keine einfachen Spiegelungen von Realität, sondern Abbildungen einer ganz bestimmten Realität. Es gibt einen Unterschied zwischen dem repräsentativen Charakter von Bildern und der Sache, auf die sie verweisen (sollen). Bilder sind „kulturelle Kodierungen und mediale Transformationen, deren wichtigste Merkmale der Ausschnitt und die Perspektive sind" (Paul 2009: 27). Es ist ‚nur' ein Bild von Neonazis, und zwar ein ganz bestimmtes, es sind nicht die Neonazis selbst, geschweige denn der Neonazismus als gesellschaftspolitisches Phänomen. Soziale Wirklichkeit kann sich

so in eine „Medienwirklichkeit, d. h. in eine medial vermittelte (…) Dimension von Welterfahrung“ (Kreimeier, zitiert nach Paul 2009: 25) verwandeln.

Visiotype

Um nachvollziehen zu können, wie kulturelle und individuelle Bildgedächtnisse (mit-)konstruiert werden, ist es relevant, sich mediale Kanonisierungsprozesse zu vergegenwärtigen. Diese geben zumeist unbewusst „dem Bilderkorpus unseres Gedächtnisses ordnende, grammatikalische Strukturen“ (Paul 2009: 28). Uwe Pörksen spricht bei derartigen standardisierten visuellen Zugriffen auf die Welt von „Visiotypen“, die durch eine ganz bestimmte Lesart in ihrer Bedeutung festgelegt sind: „Ich gebrauche das Wort ‚Visiotyp‘ parallel zu ‚Stereotyp‘ und meine zunächst diesen allgemein zu beobachtenden, durch die Entwicklung der Informationstechnik begünstigten Typus sich rasch standardisierender Visualisierung. Es ist eine durchgesetzte Form der Wahrnehmung und Darstellung, des Zugriffs auf ‚die Wirklichkeit‘“ (Pörksen 1997: 27). Visiotype sind Resultate einer bestimmten Perspektive, sie vereinheitlichen Vielfalt, reduzieren Komplexität, folgen einem homogenisierendem Blick und haben eine einfache und klare Botschaft. Ihre Bedeutung ist eine durch konstanten Gebrauch sich einspielende Übereinkunft, die, einmal durchgesetzt und kanonisiert, ein gewisses Eigenleben führt und eine andere Lesart weitestgehend unmöglich macht (ebd.: 164–168, 2000: 14).

Visiotype transportieren Deutungsweisen, vermitteln Weltbilder, generieren Sinn und sind in der Lage, eigene visuelle und virtuelle Realitäten zu generieren und Fakten zu schaffen. Sie konstruieren Gegenwart und haben eine starke Normen bestätigende und setzende Wirkung. Ihr Gebrauch verankert Denknormen in den Köpfen, konditioniert Sehweisen, standardisiert Wahrnehmungsmuster, prägt Gefühle und löst Handlungen aus. Visiotype verändern ihre Betrachter_innen und sind in dieser Hinsicht weit mehr als passive Repräsentationen: Sie bilden nicht etwas Vorgängiges ab, sondern sind an der Erzeugung dessen, was sie zeigen, mitbeteiligt (Paul 2009: 9–28, 2010; Pörksen 2000: 16, 168).

Der neonazistische Skinhead kann meines Erachtens als ein solches Visiotyp bezeichnet werden. Es ist ein Visiotyp, das das Realitätsbild vieler Menschen darin beeinflusst, wie sie ‚Neonazis‘ und ‚Neonazismus‘ wahrnehmen: als jung, arm, dumm, hypermaskulin, über alle Maßen gewalttätig, aus einer sozial zerrütteten Familie und ganz überwiegend aus dem Osten der Republik kommend. Wer das alles nicht ist, fällt tendenziell durch das Raster ‚Neonazi‘. Das kann dazu führen, dass jugendliche Skinheads, die einem_r auf der Straße entgegenkommen, automatisch mit Neonazis in Verbindung gebracht werden, während Neonazis, die beim Familientreffen am gleichen Tisch sitzen, nicht als Neonazis wahrgenommen werden. Es kann auch dazu führen, dass sich

Jugendliche und Erwachsene mit extrem rechten Einstellungsmustern selbst überhaupt nicht mit Neonazismus in Verbindung bringen.

Das Visiotyp des neonazistischen Skinheads beeinflusst auch politisches Handeln, was u. a. an den Bundesprogrammen gegen Rechts mit ihrem starken Fokus auf Gewalthandeln und Jugendlichkeit, ihrer Delegation an die Pädagogik und einer Unterbelichtung von Einstellungen einerseits und alltäglichen Mikroprozessen der Ausgrenzung andererseits abzulesen ist (Blome/Manthe 2014; Burschel/Schubert/Wiegel 2013; Stützel 2013).

Funktionale Bilder

Pörksen (1997: 167) führt aus, dass sich die Norm auf der Ebene des Gebrauchs durchsetzt und die Vorherrschaft über andere Varianten erlangt. Dies erklärt aber noch nicht, warum es gerade diese und nicht jene Norm ist, die sich durchsetzt. Wieso gab und gibt es nach wie vor das Skinheadbild von Neonazis und wieso kommen in der Beschäftigung mit dem Thema Opfer/Diskriminierte und Alternativen so wenig vor? Welche Funktionen erfüllt dieses eingeschränkte Bild? (hierzu auch Debus in diesem Band)

Die Rezipient_innen

Menschen, die Medien konsumieren – das dürften fast alle sein – werden in der beschriebenen visuellen Praxis nicht einfach nur manipuliert, sondern sie sind aktiver Teil eines komplexen visuellen Kommunikationsprozesses. Visuelle Angebote und ihre Bedeutungen werden zwischen Produzent_innen und Rezipient_innen wechselseitig ausgehandelt (Paul 2009: 19); bestimmte Bilder werden angenommen und andere nicht.

Die Analyse von Ikonisierungsprozessen fragt nach dem Wahrnehmungs- und Handlungsgeschehen zwischen Bild und Betrachter_in, in dem bestimmte Bilder zu Ikonen des kulturellen Gedächtnisses avancieren, und untersucht, wie Sehgewohnheiten eingeübt werden. Die Herausbildung von Sehnormen und kanonischer Bilder ist kontextgebunden und lässt sich dabei nicht von ihren Funktionen entkoppeln: „Es ist nicht sinnvoll, Bilder unabhängig und isoliert von ihren Funktionen, ihrem jeweiligen materiellen Träger sowie ihrem Gebrauch, also von der medialen Bildpraxis (…) zu untersuchen. Als Medien von Politik, Kultur und Kommerz entfalten sie ihre Funktionen innerhalb von Kommunikationsprozessen (…). Zum Teil haben sich diese Funktionen konstitutiv in die Bilder eingeschrieben“ (ebd.: 9, Günther in diesem Band). Bilder können den Glauben an eine bestimmte Realität bedienen, zur Identifikation einladen oder Empathie stimulieren. Einer Rezeption liegt immer eine Interpretationsleistung zugrunde, die für die jeweiligen Subjekte bestimmte Bedürfnisse befriedigt und Funktionen erfüllt.

Ich denke, dass die zentrale Funktion sowohl des Täter_innenfokus als auch eingeschränkter neonazistischer Bilderwelten die Bestätigung des Status quo und die Abwehr einer tiefgreifenden und ernsthaften Auseinandersetzung mit Neonazismus und Ideologien der Ungleichheit ist. Auf mögliche daran geknüpfte Funktionen gehe ich im Folgenden ein.

Mögliche Funktionen des Täter_innenfokus

Wenn Opfer/Diskriminierte von Neonazis angegriffen werden, brauchen sie über einen langen Zeitraum jede nur denkbare Unterstützung. Sie leiden und das scheint oft langweilig und unattraktiv zu sein. Die Faszination des Bösen/der Neonazis und ihrer Macht ist oft größer. Die Verweigerung von Empathie und Unterstützung kann Ausdruck eines simplen Bedürfnisses nach Ruhe sein. Es kann auch die Abwehr einer Angst sein, selbst in eine Position großer Ohnmacht und einen Opferstatus zu geraten.

Die Wahrnehmung von Opfern/Diskriminierten und ihrer Bedürfnisse erfordert die Anerkennung staatlich und gesellschaftlich produzierter Ungleichheitsverhältnisse. Das fängt bereits mit dem Umstand an, dass man* sich mit Neonazismus nicht beschäftigen muss, wenn man* nicht unmittelbar bedroht ist; Angsträume bleiben für Privilegierte oft unsichtbar (Ensinger/Kaletsch 2013: 30). Ebenso gelangt man* beim Nachdenken über Alternativen zum Neonazismus schnell an die Grenzen des Bestehenden. In beiden Fällen müsste über Kapitalismus nachgedacht, über staatlichen Rassismus gesprochen, institutionalisierter Sozialdarwinismus hinterfragt, die kulturelle Tradierung des Antisemitismus unterbrochen und heteronormative Zweigeschlechtlichkeit kritisiert werden – und das ist nur eine sehr unvollständige Aufzählung.

Bezogen auf die Neonazismusprävention lässt sich feststellen, dass mit Beginn der Großen Koalition 2005 wieder vermehrt die Arbeit mit ‚rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen' gefördert wurde[4], was zu Lasten zivilgesellschaftlicher Strukturen gegen Rechts ging (Laumann 2014). Flankierende Mainstreamdiskurse waren und sind u. a. Jungen als Bildungsverlierer, ‚Deutschenfeindlichkeit' und nicht zuletzt die Diskussion um die ‚Extremismusklausel', die Antifaschismus per se unter Verdacht stellt.[5] Mit diesen Diskussionen werden neonazistische Ideologieelemente bestärkt sowie Opfer/Diskriminierte und Alternativen verdrängt.

Die Begünstigung individueller, struktureller und diskursiv-kultureller Herrschaft ist immer ein Plus für den Neonazismus und ein Minus für die

4 Paradoxerweise geschieht dies auch im Rahmen geschlechterreflektierter Pädagogik – ein ambivalentes Spannungsfeld, in dem sich auch *Dissens – Institut für Bildung und Forschung* bewegt.

5 Alle diese Diskurse wurden aus dem BMFSFJ unter Ministerin Kristina Schröder vorangetrieben.

Opfer/Diskriminierten und die Alternativen. Wenn zusätzlich diejenigen, die den Neonazismus bekämpfen, als ‚linksextrem' diffamiert werden und Opfern/Diskriminierten vorgehalten werden kann, zur ‚falschen Zeit' am ‚falschen Ort' mit dem ‚falschen Verhalten' gewesen zu sein, muss sich mit einer Kritik am Täter_innenfokus nicht weiter beschäftigt werden.

Mögliche Funktionen eingeschränkter Bilderwelten

Das Bild des hässlichen, brutalen Neonazis kann dazu dienen, die Gefahr zu zeigen, die von Neonazis ausgeht. Ohne Frage: Gewalt ist dem Neonazismus inhärent, ohne Gewalt kein Neonazismus. Gewalt hat jedoch viele Ebenen und lässt sich nicht auf die unmittelbare interpersonale physische Gewalt reduzieren. Auch die smarten Neonazis können diese Art von Gewalt ausüben, decken oder unterstützen, öfter gehen sie aber den Weg über eine autoritär agierende Staatsgewalt, um ihre politischen Ziele zu verwirklichen.

Häufig dürfte die Funktion dieser eingeschränkten Bilderwelt aber eine andere als die der differenzierten Wahrnehmung und Sensibilisierung sowie der Warnung sein. Als Inbegriff des Bösen haftet Neonazis eine Aura des Teuflischen an. Hier geht es um die Konstruktion als ‚das Andere' und die Schaffung maximaler Distanz durch Abscheu. Neonazis werden als klar zu umreißende Gruppe von ‚Extremist_innen' gezeichnet, die von ‚den Demokraten' und ‚unserer Gesellschaft' abgegrenzt werden. Es geht um Gruppendistinktion und eine eindeutige Scheidung: Der Mainstream der deutschen Gesellschaft hat damit nichts zu tun. Je marginalisierter und gescheiterter Neonazis gezeigt werden, umso mehr kann sich diese Gesellschaft ihrer Werte versichern und sich ‚von denen' abgrenzen.

Würde ein realistischeres Bild von Neonazis abgebildet, würde diese scheinbar klare Trennung in fließende Übergänge diffundieren. ‚Die Mitte' oder ‚die Demokraten' oder ‚die Deutschen' wären als Gegensatz zu ‚den Neonazis' nicht haltbar, es gibt Überschneidungen, Parallelen, wechselseitige Bezugnahmen und Dynamiken. Die Träger_innen des Neonazismus sind Menschen, aber der Neonazismus ist nicht nur eine personalisierte Angelegenheit, sondern er ist komplexer: Er verweist auf eine bestimmte Gesellschaftsstruktur, individuelle wie kollektive Denktraditionen, den Stand der Produktivkraftentwicklung, gesellschaftliche Krisenlösungsprozesse, institutionalisierte Herrschaft und dergleichen mehr. Das lässt sich schwer bebildern und geht im bomberjackentragenden Skinhead nicht auf. In dessen Figur werden alle sozialen und politischen Zusammenhänge ausgeklammert, sie ist ein mythisches Bild.[6]

6 Es ist generell schwer, Herrschaft bildlich darzustellen. Je abstrakter Gesellschaftsphänomene, Gedanken und entsprechende Texte sind, desto indirekter müssen sich Bilder darauf beziehen.

Die bisherigen Ausführungen verdeutlichen, warum sich zum einen nicht wirklich mit den Opfern/Diskriminierten von Neonazismus beschäftigt wird, zum zweiten auch nicht mit den Alternativen zum Neonazismus und zum dritten mit den Neonazis ebenfalls nicht ernsthaft, weil diese Mainstream-Logiken folgend nur eine kleine Minderheit sind, mit denen man* nicht wirklich etwas zu tun hat. Dies erklärt sowohl den Täter_innenfokus als auch die eingeschränkten Bilderwelten.

Was folgt daraus?

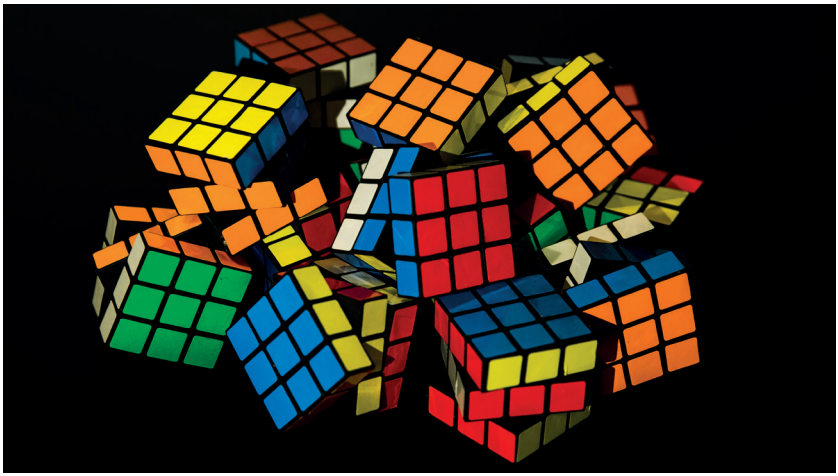
Ich habe bis hierher eine Kritik am Täter_innenfokus, eingeschränkten Bilderwelten und der Darstellung von prototypischen Neonazis in einflussreichen Medien formuliert. Ich bin auf die Wirkmächtigkeit von Bildern eingegangen und habe aufgezeigt, welchen Mechanismen Massenmedien folgen, welche Bedeutung Fotos in ihnen haben und wie bestimmte Bilderwelten kanonisiert werden. Problematisiert habe ich die Schwierigkeit, Ideologien abzubilden, und ich habe gefragt, welche Bedürfnisse und Funktionen dem Täter_innenfokus und einschränkenden Bilderwelten zugrunde liegen könnten. Meine Kernthese ist, dass die Dethematisierung der Perspektiven von Opfern/Diskriminierten einerseits und Alternativen zum Neonazismus andererseits den Status quo stabilisiert und dass sich dies auch in Bildern niederschlägt. Da Bilder Gesellschaft beeinflussen, folgt für mich daraus, dass wir (auch) andere Bilder benötigen.

Was wären Alternativen?

Eine gute Alternative ist ein Perspektivwechsel, um einen einseitigen Täter_innenfokus nicht immer und immer wieder zu reproduzieren. Ensinger und Kaletsch plädieren dafür, „die Täterfixierung zu überwinden und die Analyse aus einem konsequent die Opferperspektive beachtenden Fokus zu betreiben" (Ensinger/Kaletsch 2013: 31).

Auf der Ebene von Bildern ist wichtig, bei der Sichtbarmachung von Verletzungen und Bedrohungen darauf zu achten, dass Opfer/Diskriminierte nicht einfach nur als Opfer gezeigt werden, da diese Form der Reviktimisierung den Opferstatus festschreibt und andere Umgangsweisen unsichtbar bleiben, beispielsweise wenn Opfer/Diskriminierte sich gegen Diskriminierung und Ausgrenzung wehren. Es sollten also starke Bilder von Menschen produziert und gezeigt werden, die von Neonazis potenziell angegriffen werden.





Die Perspektive der Opfer/Diskriminierten dokumentiert die Taten der Täter_innen und mit dieser Perspektive lässt sich sehen und nachempfinden, was Neonazismus bedeuten kann, ohne dass Neonazis und neonazistischer Ideologie zu viel Raum gegeben wird. Aus einer solchen Perspektive kann deutlich werden, dass eine kleine Sache viel auslösen kann, die von Menschen, die nicht zum neonazistischen Feindbild gehören, in den meisten Fällen gar nicht erst wahrgenommen wird. Ein neonazistischer Aufkleber an der Straßenlaterne beispielsweise kann für jemanden, der Rassismus erlebt, ein Bedrohungsgefühl und Unwohlsein hervorrufen, eine Einschränkung im Alltag bedeuten und den Bewegungsradius einschränken.

Ein ausschließlicher Fokus auf die Opfer/Diskriminierten kann allerdings auch Gefahr laufen, die Täter_innen und Zusammenhänge, die zum Opfer machen, auszublenden. Historisch betrachtet ist das in der bundesdeutschen Post-NS-Gesellschaft mit ihrem Philosemitismus lange Zeit der Fall gewesen und ist es teilweise bis heute. Für die Post-NS-Täter_innengesellschaft war es leichter, sich mit Jüd_innen zu beschäftigen, den eigenen Kindern jüdische Vornamen zu geben und Klezmer zu goutieren als eine kritische Täter_innenperspektive einzunehmen, die wesentlich unangenehmer für das eigene Dasein gewesen wäre (Rommelspacher 1994: 42–45; Bodemann 1996; Schoeps 2006; Geisel 1988, 1991, 1992). Eine Kritik am Täter_innenfokus meint nicht, dass man sich mit den Täter_innen gar nicht mehr beschäftigt. Es heißt lediglich, dass man sich *nicht nur* mit den Täter_innen beschäftigt, sondern *auch*.

Die Kritik an eingeschränkten Bilderwelten impliziert, dass realitätsgetreuere Bilder von Neonazis und ihren Lebenswelten gezeigt werden könnten. Zum einen sollten Neonazis in ihrer Vielfalt und auch Widersprüchlichkeit dargestellt werden, zum anderen sollte erheblich stärker als bisher auf Inhalte eingegangen werden. Weibliche, intellektuelle, gebildete, erfolgreiche, wohlhabende, gewaltdelegierende, nicht organisierte, in Westdeutschland lebende und/oder ältere Neonazis gilt es hierbei verstärkt abzubilden.

Zum multiperspektivischen Blick gehören als dritte Perspektive auch die Alternativen zum Neonazismus. Ohne diese ist jedes Bemühen vergebens. Alternativen bedeutet im Kontext von Neonazismus(-prävention), die Macht der Täter_innen und des Neonazismus zu hinterfragen, Auswege aufzuzeigen und gegen die Ohnmacht anzugehen – es geht auch anders! Alternativen sind insbesondere linke, emanzipatorische, demokratische, queere und antifaschistische Zusammenschlüsse, Orte und Aktivitäten. Diese ins Bewusstsein zu rufen und bildlich darzustellen, ist ein wichtiger Aspekt von Neonazismusprävention.

Für eine gelungene Bilderwelt gegen Neonazismus sind demzufolge erstens empowernde Bilder von Opfern/Diskriminierten, zweitens Bilder von und über Alternativen und drittens ein kritisch-realistischer Blick auf Täter_innen nötig. Die Reihenfolge gibt auch die Priorisierung an, insbesondere wenn Ressourcen begrenzt sind. Diese Bilderwelt steht im Kontext einer allgemeineren Prävention, die dann gelungen ist, wenn sich für die Opfer/Diskriminierten von Neonazismus nachhaltig etwas zum Positiven ändert (Ensinger/Kaletsch 2013: 31f.).

Die Zauberwürfelbilder

Bei der Frage, wie ‚geschlechterreflektierte Neonazismusprävention' bebildert oder grafisch gestaltet werden kann, kam mir die Idee mit den Zauberwürfeln. Die Zauberwürfelbilder in dieser Publikation stehen symbolisch für einige der Themen, mit denen wir uns bei *Dissens – Institut für Bildung und Forschung* in den Fortbildungen und auch in diesem Beitrag beschäftigen. Sie sind interpretationsoffen. Was könnte man* entdecken, was sehe ich darin?

Auch wenn neonazistische Zusammenschlüsse heute teilweise anders aussehen und funktionieren, drängt die faschistische Gewalt früher oder später zu Einheit und Ordnung. Alles wird passend gemacht. Was nicht passt oder nicht passen will, wird entfernt, ausgegrenzt, vertrieben, getötet. Die faschistische Formation ist gerade und geordnet. Synchron ausgeführte Gesten, aufeinander abgestimmte Gestaltungselemente und streng durchchoreografierte Kundgebungen und Aufmärsche bestimmen den hohen Grad an Ästhetisierung und Emotionalisierung. Fahnen, Fackeln, Uniformen, Sprechchöre – aus der Masse wird eine geordnete Gemeinschaft, eine ‚Volksgemeinschaft', geführt von einer Elite und ganz an der Spitze steht ein Führer. Moral, Sittlichkeit, Autorität, Disziplin, Hierarchie, Elite und Tradition haben hier ebenso ihren festen Platz wie Heimat, Nation, ‚Rasse' und ‚Volk'.

Aus der Reihe zu tanzen stört daher die faschistische Formation. Die Auflösung von Grenzen und planbaren Abläufen ist für N(eon)azis überaus bedrohlich. Ein buntes Durcheinander, eine ungeordnete Masse, Chaos und Unruhe stören nicht nur rechte Ideenwelten und Praxen, sie zeigen auch auf, dass es mit der vielbeschworenen ‚Natürlichkeit' der ‚Volksgemeinschaft' nicht weit her ist.

Dem ‚Doing Volksgemeinschaft' stehen Wünsche nach Individualität, Sosein-wie-mensch-ist, Spontanität, Improvisation, Interesse, Lust und Neugier auf Andere(s) gegenüber. Gesellschaftliche Ideale von Vielfalt, Gleichberechti-

gung, Beziehungen ohne Herrschaft, freien Wahlverwandtschaften und freien Menschen in freien Vereinbarungen haben hier ihr Zuhause.

Bezogen auf die Geschlechterordnung heißt das: Wird der Zweigeschlechtlichkeit und der Heteronormativität die Grundlage entzogen, zerbröselt die ‚Volksgemeinschaft'. Und ist die ‚Volksgemeinschaft' weg, ist auch eine der elementarsten Grundlagen für rechte Politiken passé. In dieser Hinsicht kann man Vielfalt auch auf die Vielfalt von Geschlechtern und Sexualitäten übertragen. Genderbender, Inbetweens, Crossdresser, Queers, Aromantische, Inter*, Tunten, Kingz & Queenz, Femmes, Bitches, Butches, Dykes, Divas, Schwule, Lesben, Bisexuelle, BDSMler_innen, polymorphe Perverse, Fetischist_innen, Trans*, Guydykes, Girlfags, Androgyne, Agenders, Genderfluide, Neutrois, Weder-Nochs, Sowohl-als-Auchs, Asexuelle (*to be continued*) dieser Welt sind lebender Beweis für das Scheitern der biologistischen Annahme einer ‚natürlichen' heterosexuellen Zweigeschlechtlichkeit und zugleich eine Alternative zu (und potenzielle Opfergruppe von) neonazistischer Ideologie.

Das, was die Phantasie anregt, hat in gewisser Hinsicht auch einen Nachteil. Die Bilder sind abstrakt, nicht so gut greifbar und können für alles Mögliche stehen. Die Würfel sind begrenzt, kantig, entfalten nur wenig Dynamik und in ihnen fehlen die Menschen – dabei geht es im Endeffekt um diese.

Dazu kommt, dass die Begriffe ‚bunt' und ‚Vielfalt' in allen möglichen, durchaus auch fragwürdigen Kontexten Verwendung finden. Dennoch ist Vielfalt etwas, das dem Neonazismus im Wege steht und auch eine Alternative darstellt. Vorausgesetzt, Vielfalt geht mit Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung einher. Es geht nicht nur um Vielfalt und Verschiedenheit im Sinne einer ‚Diversity', die Differenz profitabel macht und vermarktet, sondern darum, individuelle Unterschiedlichkeit gesellschaftlich an einem Ort ohne Hierarchisierungen und Herrschaft (er)leben zu können. Dafür muss der Zugang zu materiellen wie immateriellen Ressourcen für alle Menschen gleich sein.

Die Zauberwürfelbilder sind in dieser Hinsicht ein ergänzender Versuch, einen Raum für die angerissenen Themen zu öffnen. Sie thematisieren auf abstraktere Weise neonazistische Ideologie und Praxis, das Verhältnis von Täter_innen und Opfern/Diskriminierten, Alternativen zum Neonazismus, Veränderung und Widerstand.

Literatur

Amadeu Antonio Stiftung (2014): Rechtsextreme Frauen – übersehen und unterschätzt. Berlin: Eigendruck.

Blome, Mathis/Manthe, Barbara (Hrsg.) (2014): Zum Erfolg verdammt. Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus. Düsseldorf: Eigendruck.

Bodemann, Y. Michal (1996): Gedächtnistheater. Die jüdische Gemeinschaft und ihre deutsche Erfindung. Hamburg: Rotbuch Verlag.

Burschel, Friedrich/Schubert, Uwe/Wiegel, Gerd (Hrsg.) (2013): Der Sommer ist vorbei … Vom „Aufstand der Anständigen" zur „Extremismus-Klausel": Beiträge zu 13 Jahren „Bundesprogramme gegen Rechts". Münster: Edition Assemblage.

Ensinger, Tami/Kaletsch, Christa (2013): Die Bedeutung der Opferperspektive für die Beratungsarbeit. In: beratungsNetzwerk Hessen – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus: Einblicke in die Praxis. Wiesbaden: Eigendruck, S. 29–32.

Geisel, Eike (1988): No Business like Shoahbusiness. In: konkret, Nr. 10, S. 52–56.

Geisel, Eike (1991): Deutsche Seelenwanderung. In: konkret, Nr. 1, S. 16–24.

Geisel, Eike (1992): Biotop mit toten Juden. In: konkret, Nr. 3, S. 50–54.

Hüppauf, Bernd (2008): Unschärfe. Unscharfe Bilder in Geschichte und Erinnerung. In: Paul, Gerhard (Hrsg.): Das Jahrhundert der Bilder. 1949 bis heute, Band 2. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 558–565.

Laumann, Vivien (2014): Die Bedeutung von Geschlecht in den Bundesprogrammen gegen Rechtsextremismus. In: Blome/Manthe (Hrsg.): Zum Erfolg verdammt. Düsseldorf: Eigendruck, S. 57–60.

Paul, Gerhard (Hrsg.) (2009): Das Jahrhundert der Bilder. 1900–1949, Band 1. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (Vandenhoeck & Ruprecht 2009).

Pörksen, Uwe (1997): Weltmarkt der Bilder. Eine Philosophie der Visiotype. Stuttgart: Klett-Cotta Verlag.

Pörksen, Uwe (2000): Visiotype – Die Welt der Zweiten Anschauung. In: Rote Revue, Nr. 4, 78. Jg., S. 12–16. http://dx.doi.org/10.5169/seals-341548 [Zugriff: 03.09.2014].

Radvan, Heike/Stegmann, Julia (2013): Dokumentar- und Spielfilme zum Thema Rechtsextremismus. Pädagogische Überlegungen. In: Amadeu Antonio Stiftung (2013) (Hrsg.): „Film ab! – Gegen Nazis". Berlin: Eigendruck, S. 8–16.

Rommelspacher, Birgit (1994): Schuldlos – Schuldig? Wie sich junge Frauen mit Antisemitismus auseinandersetzen. Hamburg: Konkret Literatur Verlag.

Schoeps, Julius H. (2006): Auf einem schmalen Grat. Charlotte Knobloch, die Deutschen und die hier lebenden Juden. In: Dialog, Nr. 31, S. 4.

Stützel, Kevin (2013): Männlich, gewaltbereit und desintegriert. In: Amadeu Antonio Stiftung/Radvan, Heike (Hrsg.): Gender und Rechtsextremismusprävention. Berlin: Metropol Verlag, S. 211–229.

3. Theoretische Praxen

3.1 Stille Post. Reformulierungen radikalisierter Männlichkeit in rechten Diskursen

Gabriele Kämper

Propaganda der Ungleichheit als Antwort auf Gleichheitsversprechen

Als zu Beginn der 1990er-Jahre in Hoyerswerda und Lichtenhagen, in Solingen und Mölln mit brutaler Gewalt gegen Ausländer*innen agiert wurde, war das Entsetzen im vor Einheitsfreude taumelnden Land groß. Die aggressive Jugend auf den Straßen, die Beifall klatschenden Normalbürger*innen, hilflos agierende Sicherheitsorgane und eine seltsam reaktionslose Politik zeigten ein überaus hässliches deutsches Gesicht. So wollte die Gesellschaft sich nicht sehen, so im Ausland nicht dastehen. Hatte bei den Zwei+Vier-Verhandlungen über die deutsche Einheit nicht Margaret Thatcher noch den Advocatus Diaboli gespielt und an die Grausamkeiten erinnert, mit der dieser harmlos aussehende Koloss noch vor Kurzem Europa überzogen hatte? Welch ein Glück für das „glücklichste Volk der Welt" (Momper 1989), dass diese Rolle im Club der freundlichen, einander in Sauna und Strickjacke verbundenen Staatschefs[1] der biestigen Eisernen Lady zufiel. Die Frage nach den politischen und mentalen Spuren des Nationalsozialismus in einem wiedervereinigten Deutschland und Europa konnte so bildkommunikativ sehr schön zusammen mit deren Weiblichkeitsperformance demontiert werden. Solcherart entlastet, einigte man sich darauf, dass Demokratie, Wirtschaftskraft und Westbindung die Friedfertigkeit des neuen Deutschlands garantierten, und ließ den Adepten sein Glück genießen. Doch das Volk – erst das, dann ein, dann wieder das Volk – hatte seine eigenen Vorstellungen. Die neue Größe forderte ihr emotionales Äquivalent: Ein nationales Empfinden, das ebenfalls zu neuer Größe anschwellen sollte.

1 Die Strickjacke von Helmut Kohl im Deutschen Historischen Museum erzählt von der damals legendären Ebene vertraulicher und vertrauter Sauna- und Spaziergänge.

Parallel zum Wendegeschehen erlebte die alte Bundesrepublik einen Schub bei der Institutionalisierung der Frauenpolitik. Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Walter Momper, hatte ein halbes Jahr vor dem Fall der Mauer den damals aufsehenerregenden Berliner Frauensenat mit ebenso vielen Senatorinnen wie Senatoren ins Leben gerufen. Erstmalig wurde ein Ressort Frauenpolitik eingerichtet, dem eine Frauensenatorin vorstand. Die Institutionalisierung der Gleichstellung der Geschlechter nahm Fahrt auf. Das große Versprechen Gleichheit sollte in die Lebensrealität von Frauen Eingang finden, Ungleichheit, Benachteiligung, bevormundende Traditionen und die für privat gehaltene Gewalt ein Ende finden. Frauensenat und Mauerfall, Gleichheit und Einheit, das Politische des Privaten und die große Politik des Nationalen traten nebeneinander – und im Zuge der Neuformulierung der nationalen Idee auch aus- und gegeneinander.

Die für so gefestigt gehaltene deutsche Demokratie hatte nicht nur in den gewaltsam auf den Straßen agierenden vornehmlich als ostdeutsch-jugendlich-männlich-deklassiert perzipierten Rassist*innen eine lautstarke Gegner*innenschaft. Gleichzeitig meldete sich eine die verschiedenen politischen Lager überspannende, ebenfalls fast ausschließlich männliche intellektuelle Elite zu Wort, die mit Vehemenz das Gebot der Gleichheit und damit das Fundament des Demokratischen in Frage stellte. Unter dem Titel *Die selbstbewusste Nation* (Schwilk/Schacht 1994), leitmotivisch angeführt von dem vorab im Wochenmagazin *Der Spiegel* veröffentlichten Essay *Anschwellender Bocksgesang* des Theaterschriftstellers Botho Strauß und von seinen Herausgebern zum „konservativen Manifest" einer sich neu formierenden intellektuellen Rechten deklariert, versammelten sich unterschiedlich prominente Intellektuelle mit dem Ziel, das Menetekel eines schwächlichen, degenerierten und weitgehend wehrlosen Deutschlands an die Wand zu malen. Rettung aus der beschworenen Not verspräche die Rückbesinnung auf nationale Werte und das Erlangen nationalen Selbstbewusstseins. Hier stand nicht die formale Gleichheit oder die demokratische Verfasstheit der Republik zur Disposition, vielmehr ging es um die Behauptung einer als natürlich und rechtmäßig empfundenen sozialen und kulturellen Ordnung, die als Garant der Vormachtstellung bürgerlicher Männlichkeit konstruiert und verteidigt wurde. Die geschlechtliche Fundierung der Argumente und der rhetorischen Figuren erfolgte dabei weitgehend implizit (Kämper 2005).

Im Zentrum der Texte stehen das Selbstbehauptungsbegehren der Nation und damit einhergehende Ein- und Ausschlussverfahren. Im besorgten Gestus fragt Botho Strauß: „Dürfen von uns verwahrloste Kinder zu unseren Feinden werden?" (Strauß 1994: 25). Mit den Kindern sind die Gewalttäter*innen gemeint und die Fragestellung lässt keinen Zweifel daran, dass diese in der familial gedachten Nation ihren Platz haben. Gleichzeitig ist mit dem Begriff

der Verwahrlosung das neurechte Programm der inneren Rekonstruktion der Gesellschaft ins Spiel gebracht, die aus dem Geist von 1968 erfolgten Liberalisierungen zurückzudrängen.

Im Folgenden geht es darum, einen Blick auf Kontinuitäten, Entwicklungen und Brüche in rechten Rhetoriken zu werfen. Dabei interessiert insbesondere das Spannungsfeld zwischen der Implikation und der Explikation von Geschlechterentwürfen. Die rechten Rhetoriken der Nachwendezeit arbeiteten auf vielen Ebenen mit der Evokation gelingender oder scheiternder, krisenhafter oder triumphierender Männlichkeitsbilder. Dabei bedienen sie sich aus einem Fundus sprachlich verankerter und sozial wie kulturell verbürgter Vorstellungen von Geschlechterordnungen und -hierarchien. Die Adaption dieses Fundus erfolgt dabei in je geänderten politischen und gesellschaftlichen Kontexten. Auch wenn dieser Fundus nicht trennscharf von anderen politischen oder Alltagsrhetoriken zu unterscheiden ist, weist er spezifische Figuren und Tradierungen auf. Die Frage gilt den Reformulierungen rechter Sprache in aktuellen politischen Manifestationen und damit der Adaption eines tradierten rhetorischen Apparats an ein jetziges Publikum mit attraktiven Angeboten. Dabei werde ich mich vor allem auf den zwischen Gesellschaftsfähigkeit und der Grenze des noch Sagbaren changierenden Diskurs des rechten Spektrums beziehen, wie er sich aktuell in Form der zwischen rechtem Rand und rechter Mitte bewegenden *Alternative für Deutschland* zeigt und wie er Mitte der 1990er-Jahre im Kontext der *selbstbewussten Nation* als intellektuelles Programm formuliert wird. Wie funktioniert die *stille Post*, mit der die rhetorischen Einflüsterungen dieser Positionierung übermittelt werden?

Zunächst wird ein Überblick über die Befunde meiner Forschungen zum Diskurs der Neuen Rechten der Nachwendezeit mit Blick auf mögliche Kontinuitäten oder Brüche in Bezug auf die aktuellen Reformulierungen neurechter Politik gegeben. Anhand eines kursorischen Abgleichs mit den zentralen Begriffsfeldern der neurechten Diskurse befrage ich dann die aktuellen Diskurse und versuche zu beleuchten, wie die in den letzten Jahrzehnten erfolgten Entwicklungen in der Frauen- und Gleichstellungspolitik, in der Genderdebatte und der Pluralisierung der Geschlechterentwürfe aufgegriffen werden. Welchen Stellenwert hat dieses gesellschaftspolitische Feld in der Profilierung der rechtskonservativen Akteure*innen und welches Attraktivitätspotenzial lässt sich daraus ableiten? Abschließend werde ich kurze Überlegungen anstellen, inwieweit die erfolgte Analyse für die Konzeptionierung von Handlungsstrategien von Bedeutung sein kann.

Verborgene Seiten: Geschlecht in der Rhetorik der Neuen Rechten im Deutschland der Nachwendezeit[2]

Die folgende Analyse basiert auf der Überlegung, dass politische Sprache ihre Rezipient*innen nicht nur rational, sondern vor allem emotional zu erreichen sucht. Dazu begibt sie sich auf emotional bedeutsame Assoziationsfelder. Für diese ist – so mein Befund – die Ordnung der Geschlechter in ihrer sozialen, kulturellen und psychologischen Dimension konstitutiv. Die Analyse gilt argumentativen Figuren, traditionsgesättigten wie modernen Sprachbildern, Subtexten und Assoziationsketten. Im Fokus stehen die Inszenierung von Geschlechtlichkeit und die Inanspruchnahme kultureller Codierungen von Geschlecht. Beides verhilft der neurechten Rhetorik zu Plausibilität und Überzeugungskraft.

Zunächst wird kurz das Feld der Neuen Rechten und der von ihr verfolgten politischen Ideen skizziert, gefolgt von der Darlegung der Methodik zur Analyse der emotionalen Aufladung politischer Argumente. Dieses Instrumentarium wird bei der Betrachtung der aktuellen Reformulierungen neurechter Argumentationsmuster erneut zum Einsatz kommen.

Die Neuen Rechten

Das Erscheinen der *selbstbewussten Nation* stellte den Höhepunkt einer regen publizistischen Tätigkeit der Neuen intellektuellen Rechten der frühen 1990er-Jahre dar. Diese bildeten keine geschlossene, abgrenzbare politische Formation, ebenso wenig gab es ein erklärtes politisches Programm. Es sind publizistische Aktivitäten, informelle Kommunikationszirkel sowie spezifische ideologische und rhetorische Grundelemente bei gleichzeitiger Kontingenz der Anschlussmöglichkeiten, die ihre Gemeinsamkeiten ausmachen. Diese kontingente Struktur eröffnet eine Vielzahl an Korrespondenzen und Zugangsoptionen für Ideen, ohne programmatisch abschließend zu wirken.

In der *selbstbewussten Nation* versammelten sich vornehmlich geisteswissenschaftlich ausgebildete, mit einer Ausnahme ausschließlich männliche Personen. Prominente Namen wie Botho Strauß, Hans-Jürgen Syberberg oder Ernst Nolte gehörten ebenso dazu wie öffentlich unbekannte Personen. Die politische Herkunft umfasste erklärte Rechtskonservative und Nationalliberale wie Steffen Heitmann und Manfred Brunner, aber auch Personen aus

2 Dieser Abschnitt basiert auf meiner Analyse des Sammelbandes *Die selbstbewusste Nation* (Schwilk/Schacht 1994), die unter dem Titel *Die männliche Nation. Politische Rhetorik der neuen intellektuellen Rechten* 2005 publiziert wurde (Kämper 2005).

ehemals linken politischen Kontexten wie Klaus Rainer Röhl und Alfred Mechtersheimer.

Die Neuen Rechten präsentieren sich als angriffslustige Tabubrecher, die sich von vermeintlichen Denkverboten oder einer als übermächtig imaginierten linksliberalen Medienwelt nicht einschüchtern lassen. Die Selbstbezeichnung als Neue intellektuelle Rechte gehört in diesen Kontext: Man will sich nicht hinter dem Begriff des Konservatismus verstecken, sondern offensiv rechts sein. Strategisches Ziel ist es, eine kulturelle Hegemonie neurechten Denkens zu etablieren. Dazu gehört, sich nicht am rechten Rand zu bewegen, sondern in die Mitte der Gesellschaft hineinzuwirken. Diese Praxis lässt sich anhand personeller Netze, individueller Lebensläufe und publizistischem Radius der Akteure nachvollziehen.

Gemeinsam ist ihnen ein kulturkritischer Gestus, mit dem sie die Verwerfungen eines nationalvergessenen Deutschlands anprangern. Die Neuen Rechten (im Weiteren auch als ‚Neurechte' oder ‚neurechter Diskurs' genannt) verstanden und verstehen sich als legitime Erben deutscher Geschichte und deutschen Geistes. Nationalsozialismus, Sozialismus und Liberalismus hingegen seien gleichermaßen der deutschen Eigentümlichkeit fremd. Damit stellen sie eine Adaption der in Frankreich als Reaktion auf die Neue Linke entstandenen post-nazistischen Neuformierung dar. Sie konstruieren ein vermeintlich unbelastetes rechtes Erbe, insbesondere die Konservative Revolution der Weimarer Republik. Dort, in einer imaginären deutschen Eigentlichkeit, sehen sie die Wurzeln für nationale Gesundung.

Ideologische Grundfiguren

Unabhängig von den jeweils verhandelten Themen kristallisieren sich im neurechten Diskurs grundlegende ideologische Figuren heraus, die als kontinuierlicher Referenzraum fungieren.

An erster Stelle steht die Rehabilitierung der deutschen Nation nach den Verbrechen des Nationalsozialismus. Gemäß ihrer vorrangigen Bedeutung wird sie mit großem rhetorischen Aufwand betrieben. Dazu gehören die Usurpation von Opferpositionen, gewagte Gleichsetzungsmanöver von Nationalsozialismus, Sozialismus und Demokratie wie auch rhetorische Verdrehungen. Ulrich Schacht (1994: 63) etwa behauptet, der „totale Vernichtungswille" der Nazis gegenüber den Juden sei „identisch" mit dem „totalen rhetorisch-diskursiven Vernichtungswillen", den die Linksliberalen gegenüber der deutschen Nation hegten.

An zweiter Stelle und ähnlich bedeutsam wie dieser unverhohlene Revanchismus ist die radikale Infragestellung der Gleichheit der Menschen mit ent-

sprechenden Konsequenzen für Elitekonzeptionen, Geschlechterordnungen oder die universelle Geltung der Menschenrechte.

Als drittes dient die Political Correctness als zeitgemäße Negativfolie, vor der Gleichheits- und Gerechtigkeitsansprüche als lächerlich und anti-freiheitlich denunziert werden. Dazu gehört auch der durchgehende Antifeminismus.

Eine vierte ideologische Grundfigur ist die Abkehr von 1968 und den Folgen: Emanzipation, Konsumismus und Dekadenz werden im Namen von Autorität, Kirche, Tradition und Wehrhaftigkeit gegeißelt.

Rhetorik, Emotion und Geschlecht

Die Ergebnisse der politologischen Linguistik zeigen, dass die Wirkungskraft politischer Rhetorik vornehmlich von deren Attraktivität für die an der Debatte aktiv und passiv Beteiligten abhängt (Schumann 1991: 14ff.). Attraktivität beschreibt die emotionale Qualität eines Textes und damit seine Fähigkeit, eine positive Gestimmtheit hervorzurufen, in der sich Überzeugungen, Argumente, Projektionen und Wunschproduktionen möglichst bruchlos zusammenfinden.[3] Die Wirkungsmächtigkeit politischer Rede hängt also davon ab, inwieweit sie möglichst viele solcher emotionalen Anschlussmöglichkeiten bietet. Die Bildhaftigkeit von Sprache, ihre Metaphorik, trägt wesentlich zur Produktion einer solchen spezifischen Gestimmtheit bei, indem sie die entsprechenden emotionalen Anschlusspotenziale bereitstellt und abruft. Daraus ergeben sich für die Analyse folgende Grundsätze:

- Politische Rhetorik überzeugt, wenn sie emotionale Zustimmung produziert. Erst wenn politische Argumente an Selbstbilder, Wünsche, Ideale und Ängste anknüpfen, entfalten sie Wirkungskraft.
- Die emotionale Ansprache erfolgt über die Auswahl von Sprachbildern und Metaphern, mit denen tradierte Wertungen und Assoziationen verknüpft sind.
- Sprache *und* Emotionalität sind Voraussetzung und Effekt geschlechtlich codierter sozialer und symbolischer Ordnungen. Dazu gehören das Prinzip der Dualität in der Sprache, die sozialen Traditionen hierarchischer Geschlechterpolarität sowie der Zwang des Subjekts zur Errichtung und Aufrechterhaltung geschlechtlicher Identität.

3 Dieses Konzept wird von mir als „Gender Appeal" politscher Rhetorik bezeichnet (Kämper 2008).

Inszenierung von Geschlechtlichkeit: Feminismus als Feindbild

Die Inszenierung von Geschlechtlichkeit zeigt sich auf der Textebene der geschlechterpolitischen Aussagen, in deren Zentrum die Auseinandersetzung mit dem Feindbild Feminismus steht. Dieses Feindbild wird auf der einen Seite von mythischen und pseudohistorischen Vorstellungen von Ehe und Familie kontrastiert. Ein vormodernes Patriarchat erscheint als utopisches Glücksversprechen, dessen Reste hochgradig bedroht sind. Auf der anderen Seite steht das Ideal einer von feministischen Anfechtungen unbeeinträchtigten Mannhaftigkeit als Garant einer guten Gesellschaft. Die emotionale Essenz liegt in der Spannung zwischen einem verlockenden patriarchalen Utopia und dessen Bedrohung durch Auflösung und Destruktion im Namen feministischer Forderungen. Peter Meier-Bergfeld (1994: 209f.) illustriert dies anschaulich:

> „In Österreich [...] gilt der Name des Mannes als Familienname [...]. Das österreichische Verfassungsgericht erkannte: Die Eheschließung sei ein derart einschneidender Akt, daß der Staat das Recht habe, daran namensrechtliche Konsequenzen zu knüpfen. Wer dem nicht folgen wolle, solle eben nicht heiraten. Tue man es trotzdem, so lege der Staat fest, der Mannesname sei nun Familienname. Das sei keine Bevorzugung des Mannes [...] Basta! Erfahrung, Tatsachen, Hausverstand, Abweisung querulatorischen Individualismus, das ‚Normale', das noch nicht hinwegdiskutiert worden ist, das bestimmt in Österreich die Rechts- und Staatssphäre." (ebd.: 208).

Einen weitreichenden Einblick in die neurechte Lesart des Geschlechterverhältnisses geben Schwilk/Schacht (1994: 13) mit dem Angstbild der „anthropologischen Neutralisierungen", die der Feminismus anstrebe. Der Begriff ‚anthropologisch' rückt die Natur des Menschen in den Fokus. In dem langen und erbitterten Streit, ob die gesellschaftlichen Rollen von Frauen und Männern auf die Unveränderbarkeit der Natur oder das Menschengemachte der Kultur zurückzuführen seien, haben Schwilk/Schacht damit schon Position bezogen.

Der zweite Begriff der Kurzdefinition lautet ‚Neutralisierung', verweist politisch also auf Entmilitarisierung, Unparteilichkeit und Nichteingreifen. Umgangssprachlich bedeutet er, etwas unwirksam zu machen. Im Kontext der zitierten geschlechterpolitischen Aussage muss Neutralisierung als negativer Begriff gelesen werden, da er aus der Perspektive neurechter Ideologien Depotenzierung und ‚Gleichmacherei' impliziert. Damit steht er drei neurechten Ideologemen entgegen: dem Ideal kämpferischer Selbstbehauptung, dem Ideal polarisierender Freund-Feind-Bestimmung und schließlich dem Postulat von der natürlichen Ungleichheit der Menschen. Indem der Feminismus, aus der Perspektive von Schwilk/Schacht, die Geschlechterpolarität auflösen und damit unwirksam machen will, verstößt er gegen Kernbestände neurechter Überzeugungen.

Schwilk/Schacht erkennen damit im Feminismus das Anliegen, die naturgegebene Geschlechterpolarität aufzuheben. Sie halten also ein polares Geschlechterverhältnis für natürlich, während der Feminismus dieses gleichsam denaturiere und damit eine Zuwiderhandlung gegen die Natur darstelle. Implizit ist das Geschlechterverhältnis so aus der Sphäre des Politischen erneut in die der Natur verrückt worden.

Die wenigen, aber prägnanten Thematisierungen von Feminismus und Geschlechterpolitik tragen diesem Verständnis Rechnung. Ob geschlechtergerechte Sprache, Gleichstellungsgesetze oder die Thematisierung sexueller Belästigung: Sie werden aus der Perspektive der sicheren Position einer natürlichen Ordnung, deren Störung grundsätzlich delegitimiert ist, betrachtet. In dem Angriff auf die Grundfesten der natürlichen Ordnung liegt dann auch der Grund für die Beschwörung des Feminismus als bedrohlicher politischer Gegner. Der Feminismus habe gemeinsam mit dem Multikulturalismus, so Rainer Zitelmann (1994: 179f.), „die antikapitalistischen Theorien längst abgelöst" und stelle eine bedeutende totalitäre Gefahr dar. Er fordert daher, die Auseinandersetzung mit dem Feminismus ernster zu nehmen:

> „Die demokratische Rechte wird sich in Zukunft viel intensiver mit dem Phänomen des Feminismus auseinandersetzen müssen, als sie dies bislang getan hat. Es wäre verhängnisvoll, wenn sie sich auf die Kritik des Marxismus und Kommunismus konzentrieren würde, während die Linke dabei ist, neue ‚ismen', nämlich den Multikulturalismus und den Feminismus, herauszubilden und umfassend zu propagieren" (ebd.: 178).

Kulturelle Kodierungen von Geschlecht

Im Unterschied zu den vornehmlich ideologisch-politischen Inszenierungen von Geschlechtlichkeit findet die Inanspruchnahme kultureller Codierungen von Geschlecht vor allem auf der Ebene sprachbildlicher Begriffsfelder statt. Aus den neurechten Texten habe ich die Begriffsfelder *Elite und Masse*, *Autorität*, *Dekadenz*, *Wehrhaftigkeit*, *Werte*, *Familie* und *Vatermord* extrahiert und analysiert (Kämper 2005). Im Zusammenspiel eröffnen sie ein vielschichtiges Angebot zur Identifikation mit einer starken Nation, die rhetorisch als Rekuperation von Männlichkeit vorgestellt wird. Ein vorherrschendes Motiv ist die Verschmelzung von männlichem Subjekt und Nation in *einer* Textposition, die es erlaubt, subjektive Vorstellungen von Würde, Selbstbehauptung, Mut usw. einer als Subjekt konstruierten „Nation" abzufordern.

Das Begriffsfeld Elite und Masse aktualisiert die tradierte Binarität von männlich/weiblich in diesem Sinn: Heroische männliche Einzelgänger erheben sich aus einer als dumpf, träge und entindividualisiert gezeichneten verweiblich-

ten Masse. Die strikt geschlechtlich kodierte Dichotomisierung von Elite und Masse kann sich auf eine lange Tradition berufen. Elias Canetti (1995) hat die Gegenüberstellung individueller und massenhafter Machtformationen mit reichhaltigem Material unterfüttert und zugleich zahlreiche Illustrationen für das gegenüber der Masse genuin männlich vorgestellte Individuum beigesteuert. Nationale Renaissance, neurechtes Auserwähltsein und männliche Subjektkonstruktion verbinden sich zu einer attraktiven Figur souveräner Individuation. „Es gibt nur das Häuflein der versprengten Einzelnen. Ihr einziges Medium ist der Ausschluß der vielen", postuliert Botho Strauß (1994: 33) und träumt von „magischen Orten der Absonderung", an denen denjenigen Wissen und Kraft zuwächst, die der „ebenso lächerlichen wie widerwärtigen" Massengesellschaft etwas entgegensetzen wollen. Der herausragende Solitär muss sich einer alles überschwemmenden Masse erwehren.

Die Begriffsfelder *Dekadenz* und *Familie* dienen der Inszenierung ausschließlich *weiblich* codierter Wertungen: *Dekadenz* als weites Feld von Negativzuschreibungen, die zwischen Verweiblichung und Entmännlichung changieren, *Familie* als Beschwörung von Heimat und Geborgenheit, die als vollkommene Mutter-Sohn-Dyade imaginiert wird.

Die mütterlich-familiär imaginierten Verschmelzungswünsche stellen die Kehrseite zu den Phantasien radikaler männlicher Autonomie und Selbstsetzung dar, die in den Begriffsfeldern *Autorität*, *Wehrhaftigkeit* und *Werte* präsentiert werden. Dort findet man eine breite Palette positiver Wertungen, die mit kämpferischen und überlegenen Männlichkeitsbildern assoziiert sind. Sie stärken jenes Doppelwesen aus Subjekt und Nation, das als identifikatorisches Angebot fungiert. Das fiktive nationale Subjekt muss diese Charakterzüge zurückerobern, um nicht von Passivität, historischer Schuld und Fremdbestimmung überwältigt zu werden.

Anhand des Begriffsfeldes *Vatermord* zeigt sich, wie die heilsbringende Funktion einer mystisch aufgeladenen Väterlichkeit national definiert wird. Die Identifikation der Nation mit der Familie, die Vorstellung von der Nation als väterliches Erbe und das Motiv des Selbsthasses, zusammen mit der Bedrohung durch die selbstzerstörerische Potenz des Antinationalismus, prägen das Begriffsfeld *Vatermord.* Das politische Geschehen der Nachwendezeit wird rhetorisch in ein zeitloses ödipales Drama überführt. Botho Strauß (1994: 26) drückt das verklausuliert und unmissverständlich zugleich aus, wenn er eine „parricide antiparricide Aufwallung in der zweiten Generation" beklagt.[4] Der

4 *Parricida* (lat.): Vatermörder.

Vatermörder symbolisiert den negativen Helden in der familial imaginierten Nationalgeschichte.

Wie der antike Ödipus tötet er seinen Vater, in diesem Fall die Nation, um in der Folge blind durch Selbstzerstörung umherzuirren. Freud weist der Spannung zwischen der Rettung unter das väterliche Gesetz und der Rebellion dagegen im Namen des Begehrens zentrale Bedeutung zu. Als kultureller Code beschreibt sie das imaginäre Geschehen zwischen Söhnen und Vätern, zwischen Erbenden und Vererbenden, zwischen denen, die die Macht innehaben, und denen, die sie haben wollen.

Für den neurechten Protagonisten Uwe Wolff (1994: 409) ist die nationale Rettung identisch mit dem „Weg aus der vaterlosen Gesellschaft" und der „Wiederaneignung der vergessenen Überlieferung". Er malt sich die nationale Versöhnung im biblischen Bild des verlorenen Sohnes aus. Wenn diese Versöhnung jedoch fehlschlägt, wenn ein kritisches Verhältnis zur eigenen Nation deren Unangreifbarkeit in Frage stellt mit der Folge, dass Selbstzweifel und der Verlust väterlicher Autorität drohen – dann ist das Gesetz verletzt und die Ordnung auf den Kopf gestellt. Dann werden nicht die Söhne, sondern die Väter kastriert. So bei Peter Meier-Bergfeld (1994: 214ff.). Er plädiert dafür, nationale Verbrechen gezielt zu vergessen, und verteidigt das mit den Worten:

> „Das ist von der Nation aus gesehen richtig. Der Österreicher sieht das auch so, er hat daher keinen Vaterhaß und also keinen Selbsthaß. Der Aufstand verwöhnter Kinder gegen kastrierte Väter fand nicht statt, es ‚fehlt' in Österreich ‚das große schwarze Loch' mit der Aufschrift: ‚Wir mögen uns selber nicht'" (ebd.: 216).

Am Ende verliert Ödipus. Das „große schwarze Loch", Blendung und Kastration in einem, straft den Vatermord. Die Abkehr vom Gesetz des Vaters und damit von der Nation besetzt in diesen Texten symbolisch den Ort ödipaler Rebellion. Der Ausgang des ödipalen Dramas verläuft glimpflich im Falle der Rückkehr zum Vater, andernfalls drohen Selbstzerstörung, Kastration und Tod (von Matt: 1997). Die Anerkennung des väterlichen Gesetzes und der Bestand der Nation fallen in eins und werden zu Garanten physischer, psychischer und sozialer Gesundheit. Die Abkehr von der Nation hingegen wird als Akt des Vatermordes und in der Folge als Selbstvernichtung imaginiert.

Kulturelle Modernisierungsverlierer

Die sogenannten sozialen Modernisierungsverlierer sind zu einem feststehenden Begriff gesellschaftspolitischer Debatten geworden, der weitgehend die Praxen zur Bekämpfung rechtsextremer Akteure (seltener Akteurinnen), Szenen und Einstellungen geprägt hat. Ihnen lassen sich, mit einem Begriff des konservativen Publizisten Warnfried Dettling (2002), die kulturellen

Modernisierungsverlierer zur Seite stellen. Dettling versteht darunter die männlichen Leistungsträger der bürgerlichen Gesellschaft. Diese seien es seit Generationen gewohnt, ihr Wertesystem aus patriarchaler Familie, elitärer Bildung, beruflichem Erfolg, Wohlstand und gesellschaftlichem Ansehen als Leitsystem einer kulturellen Ordnung zu verstehen, in der sie nicht nur wie selbstverständlich an der Spitze stehen, sondern sich auch so fühlen. Diese Deutungshoheit über Lebensleistungen werde zunehmend von konkurrierenden Modellen erschüttert.

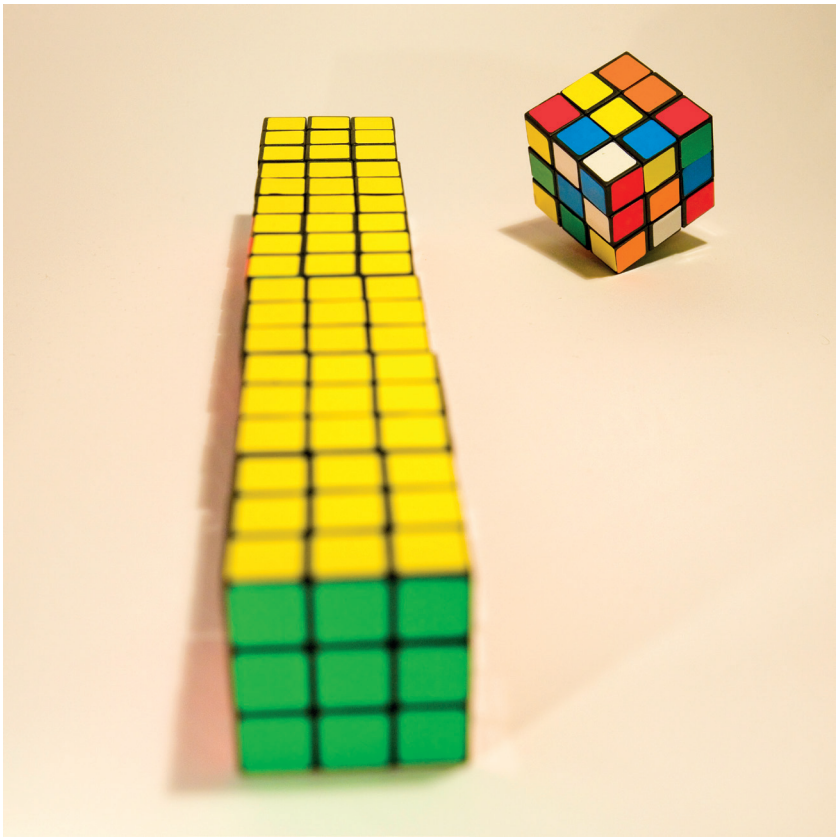
Die ‚sozialen Modernisierungsverlierer' sind vielfach hinsichtlich ihrer Anfälligkeit für rechte Populismen diagnostiziert worden. Die Rhetorik der Neuen Rechten, ihr Hass gegen das Postulat der Gleichheit der Menschen und dessen institutionelle Ausgestaltung, ihr elitäres und männerbündisches Selbstverständnis sowie das idyllisierende Ausmalen patriarchaler Strukturen, vor allem aber die polemische Inszenierung überlegener Bildung zielen hingegen passgenau auf die Verwerfungen erschütterter bürgerlicher Männlichkeit. Die neurechte Rhetorik bedient sich der Fülle geschlechtlich kodierter Bilder mit eindeutiger Intention und schafft so einen spezifischen, semantisch vermittelten Wohlfühlraum. Doch dieser Raum ist brüchig:

> „Bedrohlicher [...] werden kulturelle Modernisierungsverlierer der anderen Art: Männer im besten Alter und mit größtem Erfolg, die in einem modernen Ambiente leben und arbeiten, mehr der Welt- als der Kirchenfrömmigkeit huldigen, regelmäßig Leitartikel schreiben, dabei zu vielen Dingen ganz aufgeklärte Ansichten vertreten. [...] Sie beobachten von ihren Kanzeln herab die Gesellschaft und sehen, was sich alles verändert (hat). Sie haben das subjektive Gefühl, dass mit dem Wandel der Familienformen [...] ihr persönliches Lebensmodell im Nachhinein entwertet wird. Und sie sehen, wie sie in der Öffentlichkeit die Deutungshoheit verlieren über das, was eine bürgerliche Gesellschaft heißen und wie sie sein soll. So sind sie in einem sehr konkreten Sinne Verlierer des Wandels" (Dettling 2002).

Dettling wagt eine politische Prognose, deren Befragung sich im Licht der neuen rechtskonservativen Parteien und Bewegungen aufdrängt. Stellen AfD, Pegida und Co. die Einlösung solcher Prognosen dar?

Adaption und Fortschreibung. Rechtskonservative Diskurse im Vergleich

Zwei Dinge springen sofort ins Auge: Zum einen war der rechtskonservative Aufbruch der Nachwendezeit ein als Manifest inszeniertes vornehmlich publizistisches Unterfangen organisatorisch ungebundener Einzelner, in keinem



direkten Zusammenhang mit den Gewalttäter*innen auf der Straße und beseelt von dem Gedanken, die Idee des Nationalen im Sinne einer Strategie der kulturellen Hegemonie im politischen Vorfeld zu verankern. Mit der *Alternative für Deutschland* (AfD) steht hingegen eine Partei im Rampenlicht, der Chancen auf einen Platz im Parteienspektrum eingeräumt wird. Zum zweiten ist die Thematisierung – und nicht allein die Inszenierung – von Geschlechterpolitik deutlich stärker geworden. Stand diese vor rund 20 Jahren noch eher am Rande, bestehend aus einem durchgängigen, aber nicht prominenten Antifeminismus und ein paar Beschwörungsformeln, so zeigt ein Blick in die Programmatik der AfD, in zugehörige Blogs, auf innerparteiliche Auseinandersetzungen und auf die politische Vernetzung, wie zentral diese Thematik geworden ist (Kemper: 2014a + b; Häusler: 2013). Kemper (2014a: 45) beobachtet, dass in der kurzen Geschichte der Partei geschlechterpolitisch eher liberale Positionen bereits auf dem Rückzug sind. Die Positionen zur Geschlechterpolitik sind im Vergleich zur neurechten Argumentation der Nachwendenzeit nicht nur deutlich zentraler, sondern auch spezifischer: Homosexualität, Transgender oder spezifische Instrumente der Frauen- und Gleichstellungspolitik spielten programmatisch damals kaum eine Rolle, sind jetzt aber zentrale Anker der Argumentation, wobei der antifeministische Grundtenor sehr ähnlich geblieben ist (Nax/Schmitt im gleichen Band). Ein Blick auf die zumeist männlichen Akteur*innen zeigt, dass der Ruf der AfD als ‚Professorenpartei' in Bezug auf maßgebliche Teile des Führungspersonals stimmig ist. Dabei handelt es sich vor allem um Ökonom*innen (Häussler 2013: 41f.), wohingegen in der Neuen Rechten die Geisteswissenschaften stärker vertreten waren. Auch sind bei der AfD kaum ‚Prominente' aktiv, mit der Ausnahme von Olaf Henkel, MdEP und ehemaliger Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI). Die potenzielle Wähler*innenschaft der AfD wird auf etwa 27 % geschätzt, mit überdurchschnittlichen Werten bei bisherigen Wähler*innen der FDP, der CDU und der Linken sowie bei Männern (YouGov 2013).

Über dem Parteienstreit: der gesunde Menschenverstand

Waren für den neurechten Diskurs der 1990er-Jahre die Begriffsfelder *Elite und Masse*, *Autorität*, *Dekadenz*, *Wehrhaftigkeit*, *Werte*, *Familie* und *Vatermord* als tragend für die Attraktivität einer rhetorisch-emotional inszenierten Geschlechterordnung bestimmt worden, sollen nun aktuelle politische Aussagen aus dem Umfeld der AfD vor dieser Folie betrachtet werden. Ein zentrales Anliegen der AfD ist es, sich vom Ruch des rechten Randes zu befreien, hier formuliert von AfD-Bundessprecher Bernd Lucke:

> „ [...] die AfD ist keine Partei, die irgendwelche Berührungspunkte hat zum rechtsradikalen Rand. Sondern sie ist eine Partei des gesunden Menschen-

> verstandes, die pragmatisch an Probleme herangeht und unideologisch [...]" (zitiert nach Pollmeier u. a. 2014).

Lucke reinszeniert hier entsprechende Positionen des neurechten Diskurses, die das Feld der politischen Rechts-Links-Ordnung zu negieren suchen, um das Rechte als Garant einer übergeordneter Wahrheit verorten zu können: „Der Rechte – in der Richte", also das Richtige, wie es eigenwillig bei Strauß (1994: 25) formuliert ist. In dieser überpolitischen Rechten verortet Weißmann den „gesunden Menschenverstand" und bedauert, was „hier infolge der Kulturrevolution der sechziger Jahre an Beständen zerstört wurde" (Weißmann 1994: 321). Die Behauptung des neurechten Diskurses, sich einer zerstörerischen Aufklärung mittels gesunden Menschenverstands entgegenzusetzen – und damit das Feld des Politischen zu entpolitisieren – findet in der Selbstpositionierung der AfD eine geradezu zirkuläre Fortsetzung: „Eine Politik des gesunden Menschenverstandes, wo immer man den gesunden Menschenverstand einsetzen kann" (Lucke 2013). Damit aktualisiert die AfD zugleich einen Diskurs der Selbstsetzung, der in der Ableitung aus einer unhinterfragbaren Vernunft politische Relativierung und machtpolitische Analyse abwehrt. Diese Grundfigur findet sich durchgängig auch in der Selbstautorisierung gegenüber geschlechterpolitischen Anliegen. Haben wir das hausväterliche „Basta" von Meier-Bergfeld angesichts namensrechtlicher Gleichberechtigung für Ehefrauen noch im Ohr, so wirft sich die Patriotische Plattform der AfD in die gleiche Pose, wenn es um die Quote für Frauen in Führungspositionen geht:

> „Wie die Erfahrung lehrt, streben Frauen aus freien Stücken deutlich seltener Führungspositionen an als Männer. [...] Frauenquoten beruhen auf einem feministischen Verschwörungsdenken [...]. Wir meinen: Diese von den 68ern stammende krude Ideologie gehört endlich auf den Müllhaufen der Geschichte! Deshalb fordern wir: Schluß [sic!] mit dem Quotenirrsinn! Strikte Gleichberechtigung statt Überprivilegierung durch Quoten!" (Patriotische Plattform 2014b).

Hier wird nicht allein die politische Gegenposition in den Bereich des Irrationalen verwiesen und als kruder Irrsinn denunziert, sondern zugleich eine patriarchale Tradition als naturalisiert und als Erfahrungswissen in den Bereich des Richtigen erhoben. Die Sprecherposition beansprucht eine selbstverständliche Interpretationsgewalt und die Hoheit zur Abqualifizierung weiblicher Ansprüche.

Wertekanon: Mut und Autonomie

In der Gründungserklärung der Patriotischen Plattform (2014a) heißt es:

> „Nicht länger wollen wir uns einreden lassen, es sei anrüchig, für unsere Interessen, die Interessen unseres Landes, einzutreten. Wie im bürgerlichen Leben jeder zunächst sein Interesse verfolgt, so ist das auch unter Staaten der Normalzustand. Wir eifern keinen Idealen hinterher, sondern orientieren uns an dem, was als normal gilt: wie im Staat so auch im Volk und in der Familie."

Hier finden wir neben einer weiteren Berufung auf das Normale die Betonung der Eigen- und Widerständigkeit, mit der den Einflüsterungen, vermutlich seitens der Medien oder eines linksliberal imaginierten Mainstreams, begegnet wird. Diese Figur der Eigenständigkeit oder Autonomie führt in die Begriffswelt der Werte, die in den Texten der neuen Rechten die Text- und Lektüreposition eines metaphorisch errichteten Autonomie-Ideals verbürgt (Kämper 2005: 237ff.). Diese Position verbindet sich mit der denunzierenden Abwertung des Nicht-Autonomen. Mut und Stärke kennzeichnen den, der sich ins Außerhalb zu stellen wagt, während, dieser positiven Figur entgegengesetzt, andere das „konforme Vokabular der Empörungen und der Bedürfnisse" (Strauß 1995: 29) verwenden. Diese Position ist in hohem Maße mit tradierten Männlichkeitskonzepten verknüpft, die sowohl für ihre Attraktivität bürgen als auch die Entwertung des polarisierten Anderen zu einer Frage geschlechtlicher Selbstbehauptung machen.

Im gleichen Begriffsfeld bewegt sich der Begriff Mut. Den „Mut zur Sezession, zur Abkehr vom Mainstream" fordert Strauß (1994: 28). „Mut zu Deutschland", lautet der Slogan der AfD auf ihren Werbeträgern, „Mut zur Wahrheit" wird programmatisch behauptet (AfD 2013). Mut fungiert als leitmotivischer Begriff der Selbstdarstellung und Werbung der AfD und als organisierendes Prinzip für die rhetorisch-emotionale Strategie der Partei.

> „Da brauchen wir keine europäische Regierung, sondern da brauchen wir einfach Selbstvertrauen, da brauchen wir Mut zu Deutschland, [sic!] und mit diesem Mut wollen wir in den nächsten zwei Monaten kämpfen, wir alle miteinander, einig und stark, Glückauf!" (Lucke 2014)

Als klassische männliche Tugend umreißt der Mut – und sein weibliches Gegenstück, die Feigheit – ein Feld, auf dem immer wieder Selbst- und Fremdsortierungen vorgenommen werden. „Tapferkeit" beweist derjenige, der sich der „Gefahr" stellt, auch wenn er „schon so viele Male geächtet und verpönt wurde" (Schwilk/Schacht 1994: V). Die Frage nach politischer Positionierung und Handlungsfähigkeit wird als Nachweis individuellen Muts abgehandelt, wie etwa bei Wolff, der postuliert: „Auf den einzelnen kommt es an und seinen Mut zum Bekenntnis in der Öffentlichkeit" (Wolff 1994: 411). Umgekehrt stehen die „Timidität" (Bubik 1994: 188) der Deutschen und auch derjenigen

„Rechten", die sich von der Geschichte einschüchtern lassen, einem gelingenden nationalen Selbstbewusstsein entgegen. Bei Konrad Adam (2013), Vorstandsmitglied der AfD, klingt das so:

> „[...] und schon tritt die Alternative für Deutschland so selbstbewusst und so selbstverständlich auf, dass sie die etablierten Parteien das Fürchten lehrt. [...] Trotzdem gelingt es ihnen nicht, uns zu verteufeln oder totzuschweigen; wir sind der David, der diesem Goliath gegenübertritt."

Die Überblendung von männlich konnotiertem Subjekt, dem Wir der Auserwählten und dem Ganzen der Nation, die für den neurechten Diskurs so prägend ist, findet sich auch prominent in der Rhetorik der AfD.

Sehnsuchtsland: Familie und Heimat

Im Begriffsfeld Familie und Heimat lässt sich Familie als weiblich konnotierter bzw. imaginierter Sehnsuchtsbegriff fassen. Er verheißt – im Gegensatz zu den Autonomiesetzungen – Gemeinschaft und Heimat. Wenn auf der einen Seite imaginäre Selbstsetzungen, Unabhängigkeit und Abwehr von Fremdbestimmung die Behauptung eines männlich-solitären Subjekts insinuieren, findet sich auf der anderen Seite ein familiär-mütterliches Begriffsfeld, vermittels dessen Geborgenheit und Gemeinschaft inszeniert werden. Ganz in dieser Diktion schwärmt AfD-Mitglied Hickethier (2014a):

> „Ich bin ein Schwärmer, und zwar für die Familie in einer zunehmend kälter werdenden Welt gepflegter Einsamkeiten. Die größtmögliche Familie ist für mich die Nation. In ihr ist die familiäre Liebe so weit aufgespannt, wie das nur möglich ist."

Der in die Nation verlängerte mütterliche Sehnsuchtsort Familie deckt sich mit der Sprechposition des *Pater familias*[5], der ebenfalls in die Welt des Politischen überführt wird. Zunächst wird die Sorge des Vaters um das Eigene ausgemalt, wobei angedeutet wird, dass die Ausdehnung dieser Sorge auf andere eine Überforderung darstelle:

> „Aber es ist doch ganz natürlich und selbstverständlich, dass sich ein Vater im Falle der Not zuerst um seine eigene Familie, seine eigenen Kinder kümmert. Das ist kein Akt der Missachtung anderer. Im Gegenteil, es ist Menschennatur, denn der Vater kann nur dann wirklich freundlich und wohlwollend zu den anderen im Haus oder im Ort sein, wenn er sich zunächst seiner eigenen Familie zugewandt hatte und getan hat für sie, was er konnte" (ebd.).

5 Der *Pater familias* (lat. Familienvater) ist nach römischem Recht das männliche Familienoberhaupt mit uneingeschränkter Macht über Frauen, Kinder, Angehörige und Sklav*innen.

Daran schließt eine familiale Szenerie an, die die Situation der Schuldnerstaaten in der Eurozone, die Auflagen der EZB und die Reaktionen in betroffenen Ländern zum Gegenstand hat. Dieser ökonomisch und politisch komplexe Sachverhalt wird in Bildern von Regression und Ausnutzung emotional aufbereitet.

> „Das ist ein Witz der Geschichte: Deutschland wird so gehasst wie nie seit dem 2. Weltkrieg und das, obwohl es mit weitem Abstand am meisten Geld für die bezahlt, die es hassen. Es ist ein Witz,[sic!] und ich verstehe ihn: Wer lässt sich denn schon gern den Lebensstil seines reichen Onkels aufzwingen? Und wenn dieser Onkel sich dann jedes Mal austricksen lässt, würde ich ihn noch mehr verachten, aber sein Geld natürlich weiter nehmen, solange er so dumm ist, es zu bezahlen, weil er sich einbildet, dass seine Moralpredigt diesmal aber nun wirklich fruchten wird. Das funktioniert ja nicht einmal bei pubertierenden Söhnen und Töchtern, geschweige denn bei stolzen Nationen" (ebd.).

Die Ausdeutung des Politischen in Bildern des Familialen verspricht Anschaulichkeit und Plausibilität. Sie vermittelt darüber hinaus einen emotionalen Sprechort, der eine souveräne Position im familialen Gefüge *ex negativo* anbietet: Die des handelnden und seiner Eigeninteressen bewussten Souveräns, der auf den Tisch haut, statt sich über den Tisch ziehen zu lassen, der mittels Taten statt wirkungsloser Worte agiert und der sich als Autorität seinem Gegenüber zu präsentieren weiß. Auch hier lässt sich die attraktive Figur patriarchaler Autorität erkennen.

Im Begriff der Heimat fließen emotionale, Vertrautheit und Geborgenheit versprechende familiäre Motive mit ortsgebundenen, landsmannschaftlichen und im weiteren Sinn nationalen Größen zusammen. Gerade die Kindheit als Bürge von Heimatlichkeit verleiht der Heimat familiären Charakter. Bergfleth schwebt eine nationale Beheimatung vor, so, wie die Heimat auch „ein deutsches Urwort ist, das sich bis zum Gotischen zurückverfolgen" (Bergfleth 1994: 107) ließe. Meier-Bergfeld formuliert mit Günther Nenning: „Das Recht, bei sich daheim zu sein, in seinem eigenen Land, mit Wurzeln, die herunterreichen in alle Tiefen und Untiefen der eigenen Kultur – dieses Menschenrecht gibt es auch" (Meier-Bergfeld 1994: 221). Ins Konkrete weitergeführt, klingt das bei Björn Höcke, dem AfD-Sprecher in Thüringen, deutlich resoluter: „Heimat ist da, wo man sich nicht erklären muss. Und diese Identität wird durch einen zu großen Zustrom von Einwanderern eben gefährdet" (zitiert nach Pollmeier u. a. 2014). Bei der rechtsextremen „Identitären Bewegung", der Höcke nahe steht, heißt es pathetisch „Wir sind Bewegung, die auf unsere Identität, unsere Erde, unser Volk und unsere Heimat schaut. Und erhobenen Hauptes dem Sonnenaufgang entgegengeht" (ebd.).

Das Recht auf Heimat erlaubt in dieser als defensives Recht interpretierten Form, Fremde und Fremdes abzuweisen. Die Verschmelzung von familialen und nationalen Motiven von Geborgenheit in dem Begriff der Heimat erfährt so eine aggressive Wendung, die wir bei Botho Strauß bereits ausformuliert finden.

> „Wir werden herausgefordert, uns Heerscharen von Hungerleidern und heimatlos Gewordenen gegenüber mitleidvoll und hilfsbereit zu verhalten, wir sind per Gesetz zur Güte verpflichtet. [...] Da die Geschichte nicht aufgehört hat, ihre tragischen Dispositionen zu treffen, kann niemand voraussehen, ob unsere Gewaltlosigkeit den Krieg nicht bloß auf unsere Kinder verschleppt" (Strauß 1994: 22).

Mitleid, Güte und Gewaltlosigkeit versteht Strauß als Kriegsansage an die eigene Nachkommenschaft und ruft damit einen der impliziten Gegensätze männlich konnotierter Wehrhaftigkeit versus weiblich konnotierter Friedfertigkeit auf, die hier als unheilbringend denunziert wird. Dieser auf die Geschlechterpolarisierung des 19. Jahrhunderts zurückgehende (Hausen: 1976) und von dem neurechten Vordenker Arnold Gehlen (1969) virulent gehaltene Gegensatz zwischen männlicher und weiblicher Moral betont die Erfordernis, sich von der weiblichen Familienmoral ab- und der männlichen Staatsmoral zuzuwenden. Andernfalls drohe der Verlust der Heimat, wie die Identitäre Bewegung in einem polemischen Vers menetekelt: „Heimat, Freiheit, Tradition – Multikulti Endstation. Heute (sind) wir tolerant – morgen fremd im eigenen Land!" (zitiert nach Pollmeier u. a. 2014).

Antifeminismus: die Textur neurechter Emotionalität

Der Antifeminismus der Neuen Rechten ist ein Begriffsfeld, in dem sich Programmatik und Sprachbildlichkeit überschneiden. Auf die zunehmende Bedeutung des Politikfeldes für den neurechten Diskurs wurde bereits hingewiesen: die 1994 von Zitelmann geforderte Beachtung dieses Feldes ist also eingetreten. Die Ausdifferenzierung des Politikfeldes Geschlecht, Gender und Gleichstellung findet sich in der Argumentation der AfD und ihres Umfeldes wieder. Neben Klassiker wie dem Kampf gegen das Recht auf Abtreibung sind prominent die Themen gleichgeschlechtliche Lebensweisen und Gender Mainstreaming getreten. Letzteres wird konsequent im Sinne einer Nivellierung von natürlich gedachten Geschlechtsunterschieden verstanden und darin vehement attackiert.[6]

6 Ähnlich wie Schwilk/Schacht (s. o.) beschwört Tillschneider (2014a) das Gender Mainstreaming als zerstörerisches „Entstrukturierungsprogramm": „Hier wird das Geschlecht dekonstruiert, da die Herrschaft. Recht verstandene Demokratie aber zeichnet sich nicht

Die Diagnose von Björn Höcke „Diese Geisteskrankheit namens Gendermainstream ist doch ein Sonntagskind der Dekadenz. Das muss man doch mal sagen dürfen", und sein Appell, die AfD sei „die letzte evolutionäre Chance für unser Land, liebe Freunde" (zitiert nach Pollmeier u. a. 2014), schließen geschlechterpolitisch assoziationsreich an ein solches Verständnis von Gender Mainstreaming an, wenn allein der Widerstand der AfD den Fortbestand des Landes in evolutionärer, also gattungsgeschichtlicher Hinsicht ermöglicht. Interessant an diesem Bedrohungsszenario ist, dass das politische Instrument des Gender Mainstreaming der zweigeschlechtlichen Ordnung weitgehend verpflichtet ist und vor allem Vorschläge zur Wahrnehmung der Interessen beider Geschlechter in den Blick nimmt. Dazu gehören selbstverständlich auch die Erweiterung des Rollenspektrums und der Abbau von rechtlichen oder kulturellen Hindernissen wie etwa Berufseinschränkungen. Klassische Beispiele sind die Aufhebung des Nachtarbeitsverbots für Frauen oder die Kampagnen für mehr Männer in Kinderbetreuungsberufen. Diese Themen werfen immer auch die strittige Frage nach den natürlichen Befähigungen von Frauen und Männern auf, stellen die Geschlechter an sich jedoch nicht in Frage. Umso mehr erstaunt es, welche verheerende Wirkung auf die Geschlechterdifferenz dem Gender Mainstreaming zugeschrieben wird. Ob diese nun einer Vermengung mit der wissenschaftlichen Dekonstruktion von Geschlecht oder mit der Auffächerung des Spektrums an Geschlechteridentitäten geschuldet ist: Das Gender Mainstreaming entfaltet nach meinen Erfahrungen eher klassisch gerechtigkeitsorientierte Wirkungen. Dass es derartige Untergangsphantasien hervorruft, verweist auf die Unabdingbarkeit der Aufrechterhaltung binärhierarchischer Geschlechterordnungen für das neurechte Weltbild. Oder wird das Gender Mainstreaming als ein Popanz aufgebaut, der als Leerstelle fungiert, um jegliches Engagement für die Gleichheit der Geschlechter zu denunzieren?

In ihrem Programm vollzieht die AfD in dieser Hinsicht einen aufschlussreichen Spagat:

> „Die AfD strebt die Gleichberechtigung der Geschlechter an und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin. Die AfD lehnt aber geschlechtsbezogene Quoten im Berufsleben und eine Politik, die auf die Aufhebung der Geschlechteridentitäten zielt, ab. Allein Eignung, Befähigung und Leistung dürfen Entscheidungskriterien sein. Die AfD steht für Chancengleichheit, nicht für Ergebnisgleichheit" (AfD 2014).

Für Gleichberechtigung und Chancengleichheit, aber gegen Quoten und gegen die Aufhebung der Geschlechteridentitäten – das klingt zunächst moderat. Die

durch die Zerstörung von Herrschaft aus, sondern dadurch, daß sie Herrschaft wohl zu begründen weiß."

„Aufhebung der Geschlechteridentitäten" mobilisiert jedoch jenes emotionale Feld, auf dem ungebrochene Geschlechterrollen als *sine qua non* einer guten Gesellschaft verteidigt werden. Mag das Gender Mainstreaming in seinem behördlichen Radius noch so harmlos sein, als Fetisch dient es der vehementen Abwehr jener offensichtlich fundamentalsten Bedrohung: der Befragung unserer als natürlich behaupteten Geschlechterordnung.

Um dieses Szenario abzuschließen, möchte ich noch eine weitere Drehung des rhetorischen Potenzials gegen Gender Mainstreaming aufgreifen, das an das konservative Utopia einer patriarchalen Geschlechterordnung anknüpft. Der AfD-Programmatiker Hickethier (2014b) kann nämlich sogar dem Islam etwas Gutes abgewinnen, wenn er diesem „klarere Strukturen bezüglich der sozialen Plätze von Alten, Erwachsenen, Jugendlichen und Kindern" zubilligt und feststellt: „Auch das unsägliche Gender-mainstreaming [sic!] kann gut islamische Traditionen und Werte als Gegengewicht gebrauchen." Dass dem Hass auf den Islam auch der Neid auf dessen ebenso erstrebenswerte wie bedrohliche (vermeintlich ungebrochene) patriarchale Ordnung innewohnt, verweist auf eine bildlich-affektive Textur, die Anschlusspotenziale weit über benennbare politische Grenzen hinweg anbietet.

Schlussfolgerungen

Das *felix austria*[7] der Neuen Rechten gewendet in eine islamische Familienidylle der AfD – deutlicher kann sich die Erfordernis dieses Sehnsuchtsgefüges einschließlich seiner darin gebundenen misogynen Affekte kaum zeigen. Umgekehrt lässt sich daraus allerdings auch lesen, welche Attraktivität die unterschiedlichen patriarchalen und frauenfeindlichen Traditionen füreinander haben. Die Sprachbilder und die damit einhergehenden emotionalen Appelle und Angebote der Neuen Rechten werden in den Rhetoriken der aktuell sich formierenden Rechten im Umfeld der AfD adaptiert, eine *stille Post*, die unabhängig von direkten personellen Netzwerken und Traditionslinien funktioniert. Die politischen Inhalte werden modifiziert und aktualisiert, bei gleichbleibender antifeministischer Einschwörung. Die Behauptung männlicher Überlegenheit und männlichen Machtanspruchs in der Ausgestaltung von Redepositionen und geschlechterhierarchisierten Zuschreibungen lässt sich ebenfalls feststellen. Dieser Befund ist vor dem Hintergrund der *lon-*

7 *Felix austria* (lat. glückliches Österreich), jahrhundertealte Wendung zur Beschreibung besonders günstiger Lebensumstände in Österreich; im neurechten Diskurs implizit hergestellt durch die Evokation Österreichs als eines patriarchalen Utopia.

gue duree androzentrischer Macht- und Sprachverhältnisse nicht wirklich überraschend. Die *stille Post* kommuniziert auf den vielfältigen Kanälen der in die Sprache und Sprachbilder eingelagerten Herrschaftsverhältnisse, die Sprechorte, Bewertungszuschreibungen und Affekte entlang der Geschlechterlinien quasi naturalisieren.

Um diesen Befund fruchtbar zu machen, erscheint es mir von zentraler Bedeutung, eben diese Macht- und Sprachverhältnisse zu reflektieren und zu benennen. Sie finden sich in allen Sektoren der Gesellschaft und bieten sich gegenseitig immer wieder neue Anknüpfungspunkte. Die Geschlechterhierarchie mit all ihren Herausforderungen an das Individuum offeriert permanent die Option, in einen Wettbewerb um die Top-Werte der Männlichkeit einzutreten – ob mit den Mitteln der Popkultur, der Religion oder radikalisierter Politik. Das unter dem Leitmotiv *Vaterhaß* beschriebene Geschehen ist dafür ein beliebtes Skript: Die Rebellion gegen die Väter vollzieht sich so als gesteigerte Männlichkeit, extremerer Frauenhass, fanatischere Geschlechterhierarchie. Der Ausstieg, die Rebellion, erweist sich am Ende als eine weitere Schleife in der Zuspitzung der Geschlechterhierarchie, die vor allem, aber nicht nur, unter Frauen und Mädchen ihre Opfer sucht. Der radikale junge Mann, ob Neonazi, Islamist oder Gangsta-Rapper, hat durchaus ein Gespür für die *stille Post*, die ihm, bei allen Differenzen im hegemonialen Männlichkeitsgefüge, kulturelle und symbolische Vorrechte einflüstert. Er spürt, dass dieses Überlegenheitsversprechen brüchig ist. Er spürt auch, dass die Gleichheitsversprechen der Gesellschaft uneingelöst sind. Doch er wählt nicht deren Einlösung, machte er sich doch damit zum Komplizen von Frauen, zum Komplizen des Nicht-Männlichen, zum Komplizen seiner eigenen Befriedung. Vielmehr lauscht er der *stillen Post* und voller Zorn, dass die eingeflüsterten Vorrechte ihm nur unvollständig und gebrochen gewährt sind, wählt er deren radikalisierte Behauptung. Der Vaterhass wird zur blinden Affirmation des Männlichen – exekutiert an allen, die dem Gebot idealisierter Männlichkeit nicht genügen. Das Durchbrechen dieser Zyklen blinder Affirmation bedarf der präzisen Befragung und Benennung solcher Einflüsterungen der Überlegenheit sowie deren konsequenter Delegitimierung. Sprache und Praxis der Prävention könnten den Gewinn gelingender Komplizenschaft im oben genannten Sinne erlebbar machen. Vor allem aber bedarf es einer politischen und zivilgesellschaftlichen Kultur, die endlich eine Empathie für Frauen und damit eine auch emotionale Alternative zur Matrix der binären Geschlechterhierarchie entwickelt. Ein solches Ausstiegszenario im Zeichen des Feminismus wäre eine wahre Rebellion, eine lohnende Rebellion für alle Geschlechter.

Literatur

Quellen

Mehrfach zitierter Sammelband:

Schwilk, Heimo/Schacht, Ulrich (1994): Die selbstbewusste Nation. „Anschwellender Bocksgesang" und weitere Beiträge zu einer deutschen Debatte. Frankfurt am Main/Berlin: Ullstein Verlag (2. veränderte und erweiterte Auflage).

— Bubik, Roland: Herrschaft und Medien. Über den Kampf gegen die linke Meinungsdominanz, S. 182–194.
— Meier-Bergfeld, Peter: Deutschland und Österreich. Über das Hissen der schwarz-rot-goldenen Flagge in Wien, S. 195–226.
— Strauß, Botho: Anschwellender Bocksgesang, S. 19–40.
— Weißmann, Karlheinz: Herausforderung und Entscheidung. Über einen politischen Verismus für Deutschland, S. 309–326.
— Wolff, Uwe: Tradition und Transzendenz. Über religiöse Erziehung im Zeitalter der Zerstreuung, S. 404–415.
— Zitelmann, Rainer: Position und Begriff. Über eine neue demokratische Rechte, S. 163–181.

Adam, Konrad (2013): Wie wird man zu einem gefährlichen Bürger? Rede vom 27. Juni 2013. http://www.alternativefuer.de/konrad-adam-wie-wird-man-zu-einem-gefaehrlichen-buerger/ [Zugriff 03.02.2015].

Alternative für Deutschland (AfD) (2013): Programm und Hintergrund. http://www.alternativefuer.de/programm-hintergrund/mut-zur-wahrheit/ [Zugriff 03.02.2015].

Alternative für Deutschland (AfD) (2014): Politische Leitlinien der Alternative für Deutschland. https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/2014/07/AfD_Leitlinien_2014_DE.pdf [Zugriff 03.02.2015].

Hickethier, Ralf (2014a): Neu denken. In: Blog der Patriotischen Plattform der Alternative für Deutschland vom 04.02.2014. http://patriotische-plattform.de/blog/2014/02/04/neu-denken/ [Zugriff 31.01.2015].

Hickethier, Ralf (2014b): Pegida ist ein Glücksfall für Deutschland!. In: Blog der Patriotischen Plattform der Alternative für Deutschland vom 13.12.2014. http://patriotische-plattform.de/blog/2014/12/13/pegida-ist-ein-gluecksfall-fuer-deutschland-von-ralf-hickethier/ [Zugriff 31.01.2015].

Lucke, Bernd (2013): AfD Grundsatzrede vom 22.7.2013. http://www.alternativefuer.de/bernd-lucke-afd-grundsatzrede-2/ [Zugriff 31.01.2015].

Lucke, Bernd (2014): Parteitagsrede und Vorstandsbericht. AfD-Bundesparteitag in Erfurt vom 22.03.2014. http://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/2014/05/Parteitagsrede-Erfurt-Parteitag-2014.pdf [Zugriff 31.01.2015].

Patriotische Plattform der Alternative für Deutschland (2014a): Gründungserklärung. http://patriotische-plattform.de [Zugriff 31.01.2015].

Patriotische Plattform der Alternative für Deutschland (2014b): Quoten raus aus den Köpfen – keine Frauenquote in Aufsichtsräten! 26.11.14. http://patrioti

sche-plattform.de/blog/2014/11/26/quoten-raus-aus-den-koepfen-keine-frauenquote-in-aufsichtsraeten/ [Zugriff 31.01.2015].
Tillschneider, Hans-Thomas (2014a): Was ist Demokratie? In: Blog der Patriotischen Plattform der Alternative für Deutschland vom 16.09.2014. http://patriotische-plattform.de/blog/2014/09/16/was-ist-demokratie-von-hans-thomas-tillschneider/ [Zugriff 31.01.2015].
Tillschneider, Hans-Thomas (2014b): Das Eigene und das Fremde. In: Blog der Patriotischen Plattform der Alternative für Deutschland vom 04.12.2014. http://patriotische-plattform.de/blog/2014/12/04/das-eigene-und-das-fremde-von-hans-thomas-tillschneider/ [Zugriff 31.01.2015].

Sekundärliteratur

Canetti, Elias (1995): Masse und Macht. Frankfurt am Main: Fischer Verlag (1960).
Dettling, Warnfried (2002): Im 30-Prozent-Turm. In: die tageszeitung vom 09.11.2002. http://www.taz.de/1/archiv/?dig=2002/11/09/a0105 [Zugriff 30.03.2015].
Gehlen, Arnold (1969): Moral und Hypermoral. Eine pluralistische Ethik. Frankfurt am Main/Bonn: Athenäum Verlag.
Häusler, Alexander (2013): Die „Alternative für Deutschland" – eine neue rechtspopulistische Partei? Materialien und Deutungen zur vertiefenden Auseinandersetzung. Düsseldorf: Heinrich-Böll-Stiftung Nordrhein-Westfalen.
Hausen, Karin (1996): Die Polarisierung der „Geschlechtscharaktere". Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben. In: Conze, Werner (Hrsg.): Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas. Stuttgart: Klett Verlag, S. 363–393..
Kämper, Gabriele (2005): Die männliche Nation. Politische Rhetorik der neuen intellektuellen Rechten. Köln/Wien: Böhlau Verlag.
Kämper, Gabriele (2008): Der Gender Appeal – Rhetoriken kollektiver Selbstermächtigung in nationalen Diskursen. In: Fritz, Regina/Sachse, Carola/Wolfrum, Edgar (Hrsg): Nationen und ihre Selbstbilder. Postdiktatorische Gesellschaften in Europa. Göttingen: Wallstein Verlag, S. 342–362.
Kemper, Andreas (2014a): Keimzelle der Nation? Familien- und Geschlechterpolitische Positionen der AfD – eine Expertise. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
Kemper, Andreas (2014b): Keimzelle der Nation – Teil 2. Wie sich in Europa Parteien und Bewegungen für konservative Familienwerte, gegen Toleranz und Vielfalt und gegen eine progressive Geschlechterpolitik radikalisieren. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
Landeszentrale für Politische Bildung Baden-Württemberg (2000): Deutschland und Europa. Heft 40. http://www.deutschlandundeuropa.de/40_00/Dtineu.pdf [Zugriff 31.01.2015].
Matt, Peter von (1997): Verkommene Söhne, mißratene Töchter. Familiendesaster in der Literatur. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
Momper, Walter, Regierender Bürgermeister von Berlin: Kundgebung Rathaus Schöneberg am 10.11.1989.
Pollmeier, Achim/Otto, Kim/Onneken, Peter (2014): Alternative für Deutschland – Wie eine Partei immer stärker nach rechts kippt. WDR Fernsehen, Monitor

Nr. 666 vom 11.09.2014. http://www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/afd212.html [Zugriff 01.02.2015].

Schumann, Hans-Gerd (1991): Politikwissenschaftliche Semantik- und Rhetorikforschung – Anmerkungen zu einer defizitären Bilanz. In: Opp de Hipt, Manfred/Latniak, Erich (Hrsg.): Sprache statt Politik? Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 14–22.

Yougov (2013): Umfrage: Die meisten AfD-Anhänger kommen von Linken und FDP. http://yougov.de/news/2013/04/17/umfrage-die-meisten-afd-anhanger-kommen-von-linken/ [Zugriff 02.02.2015].

3.2 Wie ein neo-homophober Diskurs funktioniert: Neue rechtskonservative Kämpfe gegen die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt

David Nax und Florian Schmitt

Einleitung

Mit den Wahlerfolgen der Alternative für Deutschland (AfD) formiert sich parteipolitisch ein neuer Konservatismus mit Tendenzen zum Rechtspopulismus. Im Zuge dieser Entwicklung erstarken auch die außerparlamentarischen rechtspopulistischen Bewegungen. Neben besorgten Spaziergänger*innen gegen den Untergang des christlichen Abendlandes gingen bundesweit verschiedene Initiativen gegen eine Reform von Bildungsplänen, welche die Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt als Leitprinzip berücksichtigen, auf die Straße. Dabei fällt eine Gemeinsamkeit auf: Alle Neuformierungen des rechtspopulistischen Konservatismus kämpfen gegen ‚die Gender-Ideologie' und gegen eine vermeintliche staatliche Umerziehung von Kindern gemäß den Interessen gesellschaftlicher Minderheiten. Besonders fielen dabei die medialen Angriffe gegen ein Methodenbuch zur *Sexualpädagogik der Vielfalt* auf, durch die das traditionelle christliche Menschen- und Familienbild sowie evangelikale christliche Werte und Normen verteidigt werden sollten.

Die aktuellen Mobilisierungen sind Teil einer sich formierenden Bewegung, welche zum Ziel hat, die bröckelnden Privilegien traditioneller Geschlechtermodelle und der heteronormativen Familie wiederherzustellen. Dabei wird mit selektiven Verzerrungen gearbeitet, die sich in wirksamen Diskursstrategien auf der Basis rechtskonservativer Deutungen emanzipatorischer Politiken manifestieren. Diese wollen wir im ersten Abschnitt dieses Artikels genauer darstellen, um sie im zweiten Abschnitt unter Rückgriff auf Étienne Balibar als modernisierte neo-homophobe[1] Versuche einer Rück-

1 Wir verdanken den Diskussionen mit Olaf Stuve und Bernard Könnecke den Hinweis auf Balibar und die Idee der begrifflichen Bestimmung der Diskurse als neo-homophob. Weiterhin danken wir Christian Beeck, Andreas Hechler, Jens Kraushaar, Kerrin Bosholm und

eroberung kultureller Hegemonie zu diskutieren. Im dritten Teil werden diejenigen Mechanismen erläutert, welche die kulturellen Konstruktionen von Geschlecht als natürlich erscheinen lassen. Schließlich zeigen wir auf, inwieweit androzentrische[2] und heteronormative Prinzipien nach wie vor die Lebensrealität von Heranwachsenden ‚auf dem Schulhof' maßgeblich prägen und verteidigen die enthierarchisierende Sexualpädagogik gegen den Vorwurf einer angeblichen ‚Frühsexualisierung'.

Wir verwenden in diesem Artikel einen erweiterten Begriff der Homophobie, welcher die Idee einer individuellen Angst vor (unterdrückter eigener oder fremder) Homosexualität erweitert. Der Begriff Homophobie selbst trägt seit seiner Entstehung, nimmt man ihn allzu wörtlich, das Missverständnis in sich, es handele sich lediglich um eine diffuse ‚Angst' gegenüber Homosexualität – dabei sind Hass, Aversion, Ekel, Verachtung, Misstrauen, Antipathie, Feindlichkeit oder Ressentiment durchaus treffendere Bezeichnungen (Groneberg/Funke 2011: 7). Inzwischen hat sich Homophobie zu einem Sammelbegriff entwickelt, der ablehnende Einstellungen, soziale Stigmatisierung und strukturelle Diskriminierung gegenüber Personen, die von Heterosexualität als Norm abweichen, umfasst.[3]

Diskursive Angriffe gegen die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt

Neo-homophobe Diskursstrategien funktionieren ebenso gesteuert wie zufällig. Es existieren gut finanzierte europäische Netzwerke, welche publizistisch tätig sind und Demonstrationen und Petitionen einfädeln. Gleichzeitig gibt es eine scheinbare Rezeptionszufälligkeit und eine Art selbstverständlicher Themenkonzentration, die sich über einen vermeintlichen ‚gesunden Menschenverstand' herzustellen scheinen. Es werden Themen und Inhalte in einer Art und Weise platziert, bei der davon ausgegangen werden kann, dass sie von einem Teil der Bevölkerung als Angebote und Aufforderungen verstanden werden, da sie an Angst- und Verlustszenarien gekoppelt sind. Aus rechter Sicht scheint es gut zu funktionieren, verschiedene Themen, Inhalte und Rhe-

Hana Barashed für ihre kritischen Kommentare und die sorgende Unterstützung bei der Produktion dieses Artikels.

2 Das Männliche bzw. den Mann ins Zentrum des Denkens stellende Anschauung.

3 Groneberg und Funke (2011: 7, 13ff.) diskutieren den Ursprung des Begriffs ausführlich, kontrastieren ihn mit „Heteronormativität", „Homonegativität" und „Diskriminierung aufgrund geschlechtlicher Identität und sexueller Vielfalt" und kommen dann zum Schluss, dass der Begriff „Homophobie" trotz aller Schwächen am brauchbarsten ist. Diesem Verständnis schließen wir uns an.

toriken strategisch miteinander zu kombinieren – bauen sie doch darauf auf, dass, wer gegenüber Homosexuellen feindlich eingestellt ist oder findet, dass deren Sichtbarkeit ‚zu weit geht', auch gegen Feminist*innen wettert, gegen eine ‚Islamisierung des Abendlandes' mobilisierbar ist, sich als Leistungsträger*in imaginiert und sich daher vor Armutsflüchtlingen schützen muss. Widersprüchlichkeiten werden dabei strategisch eingeebnet.

Für die rechtspopulistischen Rhetoriken ist bezeichnend, dass ein Begriff sich selbstständig macht und nicht mehr auf seine Herkunftsgeschichte hin überprüft werden muss. So werden die sozialwissenschaftlichen Gender Studies, die philosophische Theorie Judith Butlers und das politische Programm ‚Gender Mainstreaming' von neo-homophoben Diskursen nicht unterschieden, sondern synonym verwendet und zur ‚Gender-Ideologie' oder zum ‚Genderismus' simplifiziert. Sie werden als einheitlicher Block begriffen, der durch die vielen Begriffe die Menschen gezielt verwirre. So sei ‚Gender' die Idee – wider die ‚eigentliche Natur' des Menschen – Jungen beliebig zu Mädchen (und umgekehrt) erziehen zu können. ‚Gender Mainstreaming' komme unter dem Deckmantel der Geschlechtergerechtigkeit im Gewand der Gleichstellung von Mann und Frau daher, doch sei dies ein verschwörerisches Erziehungsprogramm lesbisch-feministischer Interessenpolitik mit dem Ziel, Kinder zu verwirren, Männlichkeit zu zerstören, Hausfrau, Mutter und Familie abzuschaffen und ein totalitäres Geschlechterregime zu installieren (Frey 2014: 33ff.; Roßhart 2007).

Die Methoden der Gender Studies seien ideologisch-politisch verblendet, denn sie verleugneten, „dass die soziale Geschlechterordnung als unveränderliche Natur beschrieben werden soll" (Köhnen 2014: 54). Der Feminismus tausche wissenschaftliche Objektivität und Rationalität mit einem Subjektivismus, um politisch-ideologische Ziele zu erreichen – und sei somit reine Ideologie. Als objektive und legitime Wissensbestände werden der ‚gesunde Menschenverstand', Religionen und naturwissenschaftliche Forschung benannt. Dabei wird auf ein im Alltag verbreitetes Verständnis von Wissenschaft zurückgegriffen, demzufolge Wissenschaftler*innen objektiv und interesselos[4] sein müssten, um allgemeingültiges Wissen produzieren zu können (ebd.: 53f.).

Durch den Ideologie-Vorwurf ist eine Positionierung möglich, welche die eigene Ideologiebildung verschleiert, als neutral und objektiv markiert und

4 Die ‚Gender-Gegner*innen' missverstehen den ‚kritischen Rationalismus', auf den sie sich berufen: „Es ist gänzlich verfehlt anzunehmen, daß die Objektivität der Wissenschaft von der Objektivität des Wissenschaftlers abhängt. Und es ist gänzlich verfehlt zu glauben, daß der Naturwissenschaftler objektiver ist als der Sozialwissenschaftler. Der Naturwissenschaftler ist genauso parteiisch wie alle anderen Menschen, und er ist leider – gewöhnlich – äußerst einseitig und parteiisch für seine eigenen Ideen eingenommen" (Popper 1980: 112).

die Gegenposition als verblendet und ideologisch darstellt. Derartige Diskurse gehen von einem dogmatisch-positivistischen Wissenschaftsverständnis aus, demzufolge Wissenschaft in der Nachfolge der Religion sicheres, allgemeingültiges Handlungswissen liefern solle. Denn gerade in Zeiten wirtschaftlicher Krisen und sozialer Umbrüche gebe es einen Bedarf an Orientierungswissen (ebd.: 60), das aus der Biologie abgeleitete Verhaltens-, Fähigkeits- und Wahrnehmungsdispositionen zur Verfügung stellen solle, in denen die Subjekte ihre eigene Natürlichkeit wiedererkennen und sich entsprechend in die gesellschaftliche Arbeitsteilung einordnen können.

Die Ehe, als auf Lebenszeit angelegter öffentlicher Bund von Mann und Frau das Orientierungsmuster schlechthin, wird als ernsthaft bedroht dargestellt. Staatliche Institutionen hätten die Familie zum neuen Feindbild erklärt und führten einen politischen Krieg gegen Eltern und Kinder. Es gebe eine natürliche Ideallinie der gelungenen heterosexuellen Identitätsfindung, die ‚gesunde' Personen hervorbringe und zur Ehe befähige.

Die neo-homophoben Strategien versuchen zu verhindern, dass der heterosexuelle Normalzustand aufgeweicht wird. Lebensentwürfe und sexuelle Identitäten, die in der Matrix von ‚Mann' und ‚Frau' nicht aufgehen, werden verfassungsmäßige Rechte abgesprochen. Fluide geschlechtliche und sexuelle Identitäten werden pathologisiert, mögliche „psychische und somatische Probleme" (Stängle 2013) unterstellt. Diese Sexualitäten seien zudem nicht „gesellschaftlich gewollt" (ebd.) und es würden hier „Rechte für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Transsexuelle und Intersexuelle abgeleitet, die es nach dem Grundgesetz nicht gibt" (ebd.).

Methoden und Projekte außerschulischer Bildungseinrichtungen, wie sie auch in der Materialsammlung in *Sexualpädagogik der Vielfalt* (Tuider u. a. 2012) zusammengetragen wurden, und die Reformierungsinitiativen der Bildungspläne in einigen Bundesländern sollen delegitimiert werden. Zunächst wird suggeriert, die Autor*innen der *Sexualpädagogik der Vielfalt* stünden in der Tradition einer pädosexuellen Reformpädagogik (von der sich die Autor*innen explizit distanziert haben). Anschließend wird behauptet, dass hinter dem Rücken der Eltern eine schamverletzende ‚Frühsexualisierung' der Kinder vollzogen werde, in der sie frühzeitig zur Onanie angeleitet würden und in die ‚perversen' Sexualpraktiken von Schwulen und Lesben eingeführt werden sollten. Durch den Abbau von Schamgrenzen sollen Kinder angeblich gezielt traumatisiert werden, um eine indifferente und beliebige Sexualpraxis mit häufigem Partner*innenwechsel zu erlernen, welche ihre Bindungsfähigkeit und somit das Fundament der Ehe zerstöre.[5]

5 Diese Argumentation zieht sich durch mehrere neo-homophobe Quellen. Besonders deutlich zeigt sie sich bei Wolfgang Leisenberg (2014).

Neo-Homophobie und Neo-Rassismus – Erklärungsansätze mit Bezug auf Étienne Balibar

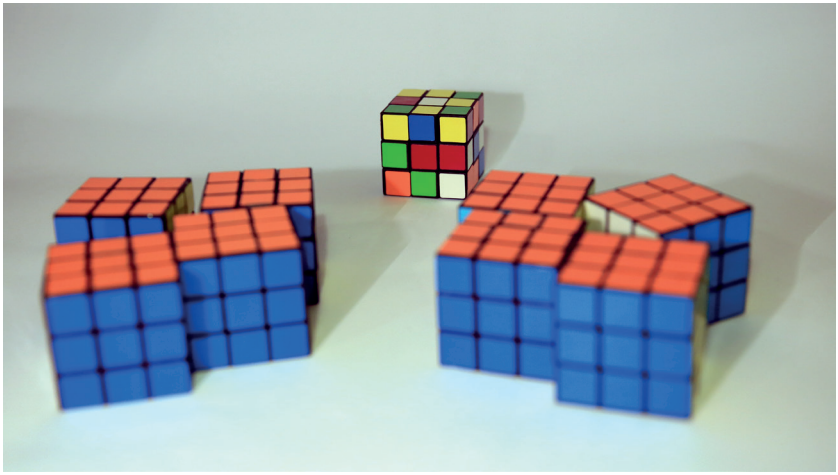
Als Reaktion, die sich gegen fortschreitende rechtliche Gleichstellungspolitiken und die zunehmende Akzeptanz von Homosexualität und queeren Sexualitäten wendet, tritt die Homophobie in einem anderen, aktualisierten Gewand auf als noch zu Zeiten offener gesellschaftlicher Diskriminierung und Verfolgung. Die neokonservativen und rechtspopulistischen Diskurse können als neo-homophobe Abwehrstrategien auf gesellschaftliche Veränderungen verstanden werden.

Es ist aus unserer Sicht aufschlussreich, diese Entwicklungen mit theoretischen Überlegungen von Étienne Balibar zum kulturalisierenden Neo-Rassismus (Balibar 1992) ins Verhältnis zu setzen. Denn einerseits scheint es eine Parallele von Abwehrstrategien gegenüber sich selbstbewusst organisierenden Subjekten zu geben, welche gegen die rassistische bzw. heteronormative Dominanzgesellschaft opponieren. Andererseits ist es aus heutiger Perspektive wichtig, nach Ähnlichkeiten zu suchen, da häufig sexual- und geschlechterpolitische Perspektiven gegen antirassistische ausgespielt werden. Diese theoretisch, analytisch und praktisch zusammenzudenken scheint uns eine notwendige Voraussetzung zur Bekämpfung und Prävention rechtspopulistischer Kämpfe (hierzu auch Karakayalı in diesem Band).

Balibar will mit seiner Analyse darüber aufklären, wie sich rassistische Lehren unter dem Druck des Antirassismus kulturalistisch gewandelt haben, um in aktualisiertem Gewand wieder an diskursiver Wirkmächtigkeit zu gewinnen. Durch den Begriff des Neo-Rassismus entwickelt er eine „immanente […] Kritik der *Theorien*, der Diskurse", die „dazu beitragen eine Politik der Ausgrenzung zu legitimieren" (Balibar 1992: 23). Ähnliches soll nun mit den aktuellen Abwehrdiskursen zur gesellschaftlichen Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt versucht werden.

Folgen wir zunächst Balibars Argumentation. Der klassische Rassismus wird als Komplex einer Vielzahl von gewaltsamen Praxisformen (Gewalt, Ausbeutung, Erniedrigung, Diskriminierung, Missachtung, Intoleranz), Diskursen und Vorstellungen bestimmt, die durch die Organisation von Gefühlen und Stimmungen eine rassistische Gemeinschaft bilden (und die ihren Opfern somit ebenfalls den Zwang auferlegt, sich als Gemeinschaft zu begreifen; ebd.: 23f.). Der klassische Rassismus neigte zur gewaltsamen Tat bzw. zur Umsetzung der rassistischen Lehren und verweigerte seinen Opfern jegliches Recht.

Der vorherrschende Diskurs, der eine biologische Überlegenheit bestimmter Gruppen oder Völker über andere „biologische Rassen" (ebd.: 25) postulierte, verlor nach den verheerenden Auswirkungen von Kolonialismus und Nationalsozialismus an Legitimität. Wie der klassische Rassismus



benötigt der Neo-Rassismus weiterhin eine theoretische Rechtfertigung. Für Balibar gibt es „*ohne Theorie(n) keinen Rassismus*" (ebd.). Die hauptsächliche Funktion dieser „spontanen Theoriebildung" (ebd.) ist eine Nachahmung des wissenschaftlichen Diskurses, die sich auf sichtbare ‚Beweise' stützt. Im Fall des klassischen Rassismus waren das größtenteils stigmatisierte körperliche Eigenschaften.

Auch in Bezug auf geschlechtliche Vielfalts- und Gleichstellungsdiskurse fungiert der Körper als ‚authentischer' Beweis. Die abwehrende Verleugnung bzw. „Verkennung" (ebd.) geschlechtlicher Vielfalt wird mit dem ‚gesunden Menschenverstand' gerechtfertigt, der durch die Anschauung des Körpers jedem Menschen einen eindeutigen ‚sinnlichen Beweis' dafür erbringen könne, dass es nur zwei ‚natürliche Geschlechter' gebe. Wie oben ausgeführt, funktioniert dieses einfach überprüfbare Alltagswissen auch zur Herstellung eines Prinzips von Wissenschaftlichkeit bei Kritik an der ‚Gender-Ideologie'. Die daraus entstehende Verknüpfung aus Religion, Naturwissenschaft und Alltagsverstand wird dabei selbst eine überproduktive Ideologiebildung. Die ‚natürliche' Zweigeschlechtlichkeit wird zu elementarem Wissen vereinfacht und als eine Art „‚demokratische' Lehre" (ebd.: 26) jedem unmittelbar zugänglich gemacht. Mit dieser produktiven Ideologiebildung verbindet sich nach Balibar der Drang nach einer unmittelbaren Einsicht in die gesellschaftlichen Verhältnisse und der eigenen Zugehörigkeit in die Gesellschaft. Sie funktioniert so als Interpretationshilfe, als „Schlüssel" (ebd.) für die eigene gesellschaftliche Identität, rechtfertigt spontane Gefühle (entlang von Stereotypen) und liefert vermeintlich sicheres Orientierungswissen, ohne das keine ausgrenzende Diskriminierung oder Gewaltausübung möglich wäre.

Der kritische Gegendiskurs zum klassischen Rassismus konnte nach Balibar, indem er biologistische Einstellungen als ‚rassistisch' benannte, wirksam gegen demagogische Lehren wie etwa die von der ‚arischen Rasse' intervenieren und die Hegemonie biologisch-rassistischer Deutungen brechen. Somit war der Rassismus gezwungen, sich zu ‚modernisieren', eine andere Sprache zu finden: Die neo-rassistische Diskursstrategie verlagerte sich daher auf eine eher ‚soziologische' Deutungsweise der „Unaufhebbarkeit der kulturellen Differenzen" (ebd.: 28), welche sich darauf beschränkt, „die Schädlichkeit jeder Grenzverwischung und die Unvereinbarkeit der Lebensweisen und Traditionen zu behaupten" (ebd.). So erschüttert der Neo-Rassismus die Abwehrmechanismen des traditionellen Antirassismus durch die Umkehr seiner eigenen Argumentation: „Der Umstand, daß die Rassen keine isolierbaren biologischen Einheiten darstellen, daß es in der Tat keine ‚menschlichen Rassen' gibt, wird hier sofort zugegeben. Auch die Tatsache, daß sich das Verhalten der Individuen und deren ‚Eignung' nicht aus dem Blut und nicht einmal aus den

Genen erklären läßt, sondern allein aus ihrer Zugehörigkeit zu historischen ‚Kulturen', kann ebenfalls zugegeben werden" (ebd.: 29).

Ähnlich der neo-rassistischen Umstülpung nach dem Prinzip ‚Ich bin kein Rassist, aber …' lässt sich auch eine neo-homophobe Umstülpung ‚Ich habe ja nichts gegen Schwule, aber …' verwenden (hierzu auch Bubner in diesem Band). Die klassische Homophobie stigmatisierte Homosexualität noch als ‚Verhalten wider die Natur' oder als Sünde gegen die Gebote Gottes und setzte sich für eine strafrechtliche Verfolgung homosexueller Handlungen ein. Solch drastische Argumentationen finden sich heute nicht einmal mehr im Vatikan, obwohl Papst Franziskus nicht müde wird, den zerstörerischen Einfluss der Homosexualität auf die heteronormative Familie zu betonen. In vielen (westlichen) Ländern wurde die Hegemonie klassischer Homophobie durch die erfolgreichen Kämpfe der Lesben- und Schwulenbewegung gebrochen.[6] Der neo-rassistischen wie der neo-homophoben Reaktion geht es um die Abwehr einer „Krankheit der Vermischung", und zwar dort, wo „die *institutionell etablierte* Kultur, die Kultur des Staates, der herrschenden Klassen und […] die der ‚nationalen' Massen ist, wo also deren Lebens- und Denkweise durch die Institution für legitim erklärt wird" (ebd.: 33). Gesellschaftlich marginalisierten Gruppen wird zwar offiziell eine Daseinsberechtigung zugesprochen, jedoch nur dann, wenn sie sich in die etablierte Kultur integrieren, inklusive dem faktischen Verbot, ihre Interessen auch wirksam auszudrücken. LSBTI*-Menschen[7] sollen am besten nicht auffallen und werden erst dann – vielleicht – stillschweigend toleriert, doch der Toleranz folgt keine Akzeptanz der Normalgesellschaft (Leisenberg 2014). Neo-homophobe Diskurse verfolgen so das geschichtliche Konzept der religiösen Toleranz, in dem eine Mehrheit der Minderheit die Erlaubnis für ‚abweichendes Verhalten' zugesteht, solange der herrschende Normalzustand der Mehrheit nicht in Frage gestellt wird. Allgemein hat Toleranz eine ablehnende sowie eine akzeptierende Komponente. Die ablehnende Komponente, in dem Sinn, dass das ‚abweichende Verhalten' als ‚falsch' und ‚schlecht' verurteilt werden kann, wird in neo-homophoben Diskursen überbetont – ohne dass gleichzeitig die akzeptierende Komponente vollständig zuerkannt wird. Damit werden die Grenzen der Toleranz einseitig von der tolerierenden Seite bestimmt (Forst 2015), sodass die neo-homophobe Konzeption der Toleranz es erlaubt, die ‚Minderheitenposition' nicht als gleichberechtigt darzustellen.

6 Trotzdem reißt die Verfolgung und Ermordung Homosexueller in vielen Ländern nach wie vor nicht ab. Ganz im Gegenteil!

7 LSBTI* steht für Identifizierungen und Sexualitäten, die nicht der Zweigeschlechtlichkeit und Heteronormativität entsprechen: Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und Intersexuelle. Der Stern lässt Platz für Personen, die sich auch diesen Bezeichnungen nicht zugehörig fühlen.

In der ‚Petition gegen den Bildungsplan' in Baden-Württemberg (Stängle 2013) wurden folgerichtig nicht-heterosexuelle Lebensformen nicht nur moralisch, sondern auch rechtlich ausgegrenzt, indem ihnen demokratische Grundrechte abgesprochen werden. Dies drückt sich beispielsweise in der Verhinderung der Gleichstellung der homosexuellen Ehe als Verbindung zweier Menschen (statt von ‚Mann und Frau') oder bei der Frage des Rechts auf Adoption aus. Das aktualisierte Gewand der Neo-Homophobie weist demnach Ähnlichkeiten mit der kulturalistischen Argumentation des Neo-Rassismus auf: Die Existenz der *anderen* (homosexuellen usw.) Kulturen wird toleriert, solange keine unethischen (statt vormals ‚ungesunden') kulturellen Vermischungen stattfinden – etwa in dem Sinne, dass durch personelle (also nicht unmittelbar sexuelle) ‚Vermischungen' Heterosexuelle mit Homosexualität ‚angesteckt' werden könnten. Wenn sich nun jedoch Interessen und Perspektiven homosexueller Kulturen, die jahrhundertelang unsichtbar gemacht wurden, aber heute unübersehbar geworden sind, auch institutionell verankern (wie z. B. in Bildungsplänen), wird eine ‚Diktatur der Minderheit über die Mehrheit' oder eine bedrohliche ‚Homo-Lobby' beschworen, welche die ‚normale' Mehrheit dazu zwinge, ‚ihre Überzeugungen aufzugeben'.

Balibar nennt dies die „sowohl subtile als auch erdrückende Form einer Ausschließung in Gestalt der Einschließung" (Balibar 1992: 33). Durch den Akt der Unterscheidung zwischen einer etablierten, legitimen Kultur und *anderen* Kulturen der Minderheiten reproduzieren sich Strukturen der Ungleichheit: „Die ‚unterschiedlichen' Kulturen sind also Hindernisse für den Erwerb *der* Kultur bzw. sie werden institutionell (durch die Schule […]) zu Hindernissen aufgebaut" (ebd.: 34). Das muss sich auch in Bildungsplänen niederschlagen – in einer Sexualaufklärung[8], die ‚unterschiedliche' sexuelle Identifizierungen als minderwertig betrachtet, um die Konstruktion der heterosexuellen Normalität nicht zu gefährden. Deswegen werden diese anderen Identitäten auch meist als Bedrohung charakterisiert und gefürchtet. Wenn sich Perspektiven und Interessen von nicht-heterosexuellen Menschen in staatlichen Lehrplänen wiederfinden, könnten auf subtiler Ebene wirksame Privilegien, die ‚normal männliche/weibliche' Jugendliche aus klassisch-heterosexuellen Familien im Schulalltag haben, an Kraft verlieren.

8 In Bildungsplänen geht es der *Sexualpädagogik der Vielfalt* auch um eine nicht-diskriminierende Darstellung der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt in allen Fächern. Über eine spezifische Sexualpädagogik hinaus ist sie demnach ein entdiskriminierendes Querschnittsthema (siehe ausführlich Tuider u. a. 2012).

Neue kulturelle Hegemonialisierung der ‚natürlichen' Geschlechterordnung?

Ziel des Neo-Rassismus ist es nach Balibar, die kulturelle Hegemonie über Definitionen von Zugehörigkeit und gesellschaftlicher Normalität wiederzuerlangen, was durchaus auch für die neo-homophoben Diskurse des Neokonservatismus und Rechtspopulismus gilt. In diesem Sinne handelt es sich dabei um ein ‚hegemoniales Projekt', mit dem bestimmte Identitäten von Subjektpositionen stillgestellt werden sollen, um somit „nur einen bestimmten Sinn als den einzig möglichen zu präsentieren" (Reckwitz 2008: 75). Mit der heterosexuellen Zweigeschlechtlichkeit wird ein gesellschaftlicher ‚Naturalismus' reproduziert/aktualisiert, der mit neo-homophoben Diskursstrategien legitimiert wird, indem bestimmte, nämlich binär-heterosexuelle Identifizierungsprozesse von Geschlecht und Sexualität als ‚natürlich' und somit als die einzig möglichen ausgegeben werden. Wie funktionieren diese ‚naturalistischen' Schließungen der fixen Geschlechteridentitäten als Subjektpositionen? Keine neo-homophobe Ausgrenzung ließe sich ohne die pseudowissenschaftliche Begründung einer objektiven ‚Natur des Menschen' legitimieren. Die ‚natürliche' Geschlechterordnung muss im neo-homophoben Diskurs als ‚unwiderlegbar' behauptet werden, damit sie weiterhin als Begründungsmuster für legitime Ausgrenzung fungieren kann.

In Balibars Theorie des Neo-Rassismus findet sich dazu der Gedanke, „daß ein biologischer oder genetischer ‚Naturalismus' keineswegs den einzigen möglichen Modus einer Naturalisierung menschlicher Verhaltensweisen und Gesellschaftlichkeit darstellt. Wenn sie dafür das […] Modell einer Hierarchie (von Natur und Kultur, A. d. Ü.) aufgibt, kann auch die Kultur durchaus als eine solche Natur fungieren" (Balibar 1992: 30). Ziel der Neo-Homophobie ist die Verhinderung der Aufweichung des heterosexuellen Normalzustands. Daher soll im Folgenden in einer erweiterten theoretischen Perspektive aufgewiesen werden, wie Naturalisierungsstrategien des Kulturellen funktionieren, die diesen gesellschaftlichen Normalzustand der heterosexuellen Zweigeschlechtlichkeit aufrechterhalten.

Mit ihrer Kritik der Unterscheidung von biologischem (*sex*) und sozialem Geschlecht (*gender*) weist Judith Butler auf, wie Naturalisierungsstrategien des biologischen Geschlechts funktionieren. Zunächst begreift sie auch die Natürlichkeit des biologischen Geschlechts als kulturelle Konstruktion bzw. als Naturalisierung einer kulturellen Unterscheidung. Auch die Natur und damit das biologische Geschlecht haben eine Geschichte und stehen somit nicht außerhalb des Sozialen, sondern sind immer schon Teil von kulturellen

Naturalisierungsprozessen (Butler 1997: 24ff.).[9] Danach ist auch das biologische Geschlecht nicht als dem sozialen Geschlecht ‚vorgängig' analysierbar, sondern jenes wird von diesem „ersetzt" bzw. „absorbiert" (ebd.). Aus einer soziologischen Perspektive geht auch Pierre Bourdieu in seinem Buch *Die männliche Herrschaft*[10] von einer gesellschaftlichen Konstruktion der Körper und des Geschlechtsunterschieds aus. Das soziale Geschlecht oder die Geschlechtsidentität gelten Bourdieu als „besonders interessanter Fall" (Bourdieu 1997: 220) der sozialen Konstruktionen, da sie durch „bereits sozial konstruierte Konstruktionsinstrumente" (ebd.) hergestellt werden: „Alles, worüber wir zum Denken verfügen, ist bereits gendered, geschlechtsstrukturiert" (ebd.). Die männliche Herrschaft kann so als besonderer Fall einer symbolischen bzw. sprachlichen Herrschaft (ebd.: 219) analysiert werden. Bourdieu geht davon aus, dass die soziale Welt den „Körper als geschlechtliche Tatsache" (Bourdieu 2012: 23) konstruiert – der biologische, genauer der anatomische Unterschied zwischen den Geschlechtern bzw. der Geschlechtsorgane kann als „natürliche Rechtfertigung des gesellschaftlich konstruierten Unterschieds zwischen den Geschlechtern (*genres*)" (ebd.) auftreten, weil er innerhalb der mythischen Weltsicht der willkürlichen männlichen Herrschaft über die Frauen wurzelt. Dieses „scheinbar natürliche […] Fundament" wird also, ähnlich wie bei Butler, als „willkürliche Konstruktion des Biologischen" (ebd.: 44) begriffen.

Eine derartige ‚Naturalisierung' der Geschlechter in einer androzentrischen symbolischen Ordnung kann in der Theorie Bourdieus aber nur abgesichert werden durch das Konzept des *Habitus*. Mit dessen Hilfe wird zwischen einer symbolischen Dimension, die Klassifikationsprinzipien, Denk- und Wahrnehmungsschemata umfasst, und einer genuin körperlichen Dimension der *Hexis*, in der wahrnehmbare körperliche Ausdrücke wie etwa Gestik, Mimik und Körperhaltung wirksam werden, unterschieden (Holder 2009: 124ff.). Durch den oder im Habitus prägen sich „[d]ie für die gesellschaftliche Ordnung konstitutiven Einteilungen" (Bourdieu 2012: 56) in den Körper ein, insbesondere die durch den Geschlechtsunterschied legitimierten und „institutierten sozialen Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse" (ebd.). Die männliche Herrschaft legitimiert also ein „Herrschaftsverhältnis, indem sie es einer biologischen Natur einprägt, die selbst eine naturalisierte gesellschaftliche Konstruktion ist" (ebd.: 44f.). Die Konstruktions- und Reproduktionsarbeit[11], die für die Naturalisierung des sozialen Geschlechts notwendig ist, ist

9 Wie sich die Unterscheidung von männlichen und weiblichen Körpern bzw. die Entstehung des weiblichen Körpers geschichtlich in der Anatomie sowie den aufkommenden Naturwissenschaften vollzog, zeigt ausführlich Laqueur 1992.

10 Wir danken Nora Schrimpf für wichtige Hinweise zum Werk Bourdieus.

11 Die Formierung der „vergeschlechtlichten" (Bourdieu 2012: 22) Körper und des Habitus ist maßgeblich „der automatische und subjektlose Effekt einer physischen und sozialen

somit eine „*Differenzierungsarbeit*, der die Männer und Frauen unaufhörlich unterworfen sind und die sie dazu bringt, sich zu unterscheiden, indem sie sich vermännlichen oder verweiblichen" (ebd.: 147). Bei der Vermännlichung muss das Weibliche (auch und gerade in sich selbst) ausgeschlossen oder zumindest in einen Gegensatz gebracht werden (und umgekehrt).

Auch bei Butler wird das soziale Geschlecht nicht nur als aus diskursiven Konstruktionen bestehend gefasst, es muss sich im Körper materialisieren, also performativ einschreiben. Das „Geschlechtlich-Werden (gendering)" (Butler 1997: 29) vollzieht sich folglich nicht ausschließlich deterministisch durch die kulturellen Regulierungen, aber auch nicht freiwillig durch das Subjekt – es ist vielmehr ein kulturell regulierter Prozess der performativen Selbstproduktion.[12] Sind die Naturalisierungsstrategien des Kulturellen bzw. Sozialen zwar in ähnlicher Weise wie bei Bourdieu, nämlich als historisch und kontingent gefasst, so werden die „tiefgreifenden und dauerhaften Transformation der Körper (und des Geistes)" (Bourdieu 2012: 45) bei Butler nicht als Transformation eines Vorherigen, sondern als konstituierendes Moment des sexuierten Subjekts überhaupt gefasst, das sich in einer spezifisch heterosexuellen Matrix aus natürlichem (*sex*) und sozialem Geschlecht (*gender*) sowie dem sexuellen Begehren konstituiert (Reckwitz 2008: 84). Subjektivierung nach Butler kann nur gelingen, wenn sich das Subjekt ein ‚konstitutives Außen' schafft, das libidinös-aggressiv verworfen wird (ebd.: 93). Mit Bezugnahme auf Julia Kristevas Theorie des Abjekts (Kristeva 1982) entwickelt sich so das ‚konstitutive Außen' zu einer von der eigenen Identität abgespaltenen Quelle des Ekels wie der Faszination (Reckwitz 2008: 93). Die symbolische Herrschaft der heterosexuellen Matrix über die Homosexualität richtet sich nicht bloß zufällig auf die Sexualpraxis (Bourdieu 2012: 202), die in neo-homophoben Zusammenhängen häufig zur Quelle des abjektiven Ekels (und damit aus psychoanalytischer Sicht auch der ‚heimlichen', also unbewussten, Faszination) wird. Bourdieu zieht Parallelen zum Rassismus, wenn Homosexuellen das Recht auf eine „sichtbare öffentliche Existenz" (ebd.: 201) verweigert wird: „Die Unterdrückung als ‚Unsichtbarmachen' äußert sich in einer Verweigerung der öffentlichen, legitimen, d. h. bekannten und vor allem rechtlichen Existenz" (ebd.). Die Homosexuellen werden so zu einer „kollektive[n]

Ordnung, die gänzlich nach dem androzentrischen Einteilungsprinzip organisiert ist" (ebd.). Die Regelmäßigkeiten, die Strukturen dringen tief in die Körper ein: „Nur durch eine *Somatisierung der gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse* nimmt der willkürliche *nomos* […] die Gestalt eines Naturgesetzes an" (ebd.) und es bedarf einer „*unablässigen (also geschichtlichen) Reproduktionsarbeit*" (ebd.: 65) um sie/es aufrecht zu erhalten.

12 Damit begreift Butler die performative Benennung und Wiederholung, die sich durch Signifizierung und Resignifizierung vollzieht. Mit Rückgriff auf Jacques Derridas Konzept der ‚Iterabilität' enthalten diese Resignifizierungen für Butler aber auch zugleich das parasitäre dekonstruktive Potenzial der Verschiebung in sich (Reckwitz 2008: 89ff.).

Fiktion der im Übrigen zum Teil gegen die Homosexualität konstruierten ‚heteronormativen Ordnung' erkennbar" (ebd.: 205).

Warum sprechen wir also von Neo-Homophobie? Die Ausgrenzung der Homosexualität ist aus dieser Perspektive bereits der androzentrischen, heteronormativen Gesellschaftsordnung inhärent. Neo-Homophobie kann daher als heterogenes Ensemble von Diskursstrategien gefasst werden, die das homophobe Ressentiment über gezielt konstruierte Missverständnisse auf solche Art und Weise erneuern, dass sie erstens zur Aufrechterhaltung eines ‚konstitutiven Außens' führen, damit zweitens die kulturelle Hegemonie der Heteronormativität als ‚Natur' stabilisieren sowie drittens weiterhin eine Politik der Ausgrenzung legitimieren können. Die Toleranz wird von neo-homophober Seite nur so lange gewährt, wie die Heteronormativität nicht in Frage gestellt wird.[13]

Wie sich die Einübung und Reproduktion der heteronormativen Ordnung im praktischen Alltag von Jugendlichen vollzieht, wollen wir im folgenden Abschnitt näher beleuchten.

Einübung der heteronormativen Ordnung auf dem Schulhof

> „Die Reproduktionsarbeit wurde bis vor kurzem von drei Hauptinstanzen sichergestellt, von der Familie, der Kirche und der Schule, die, objektiv aufeinander abgestimmt, auf die unbewußten Strukturen eingewirkt haben" (Bourdieu 2012: 148).

Einer der wesentlichen Orte zur (Re-)Produktion der Geschlechterverhältnisse ist die Schule, im Besonderen der Schulhof als vermeintlich ‚freier' sozialer Aushandlungsraum der Heranwachsenden. In der ‚Ordnung' des Schulhofs[14] werden Geschlechterarrangements mittels sozialer Machttechniken wie Mobbing organisiert. Dabei werden Formen von ‚abweichendem' geschlechtlichem *Habitus* stigmatisiert und hierdurch die hegemoniale Ordnung stabilisiert. ‚Schwul' oder ‚Schwuchtel' wurde zum Beispiel von 62 % der Berliner Sechstklässler*innen innerhalb eines Jahres mindestens einmal als Schimpfwort

13 Daher ist es mit der großmütig ertragenen ‚Toleranz' auch sehr schnell vorbei, wenn Homo- und Bisexuelle Gleichberechtigung einfordern, da diese das Ideal und die ‚Normalität' in Frage stellt.

14 Der Schulhof ist hier als Metapher für diejenigen Räume zu lesen, in welchen sich Heranwachsende in Peergroups spielerisch (und in verhältnismäßiger Freiheit gegenüber der Welt der Erwachsenen) ihre soziale Ordnung gestalten. ‚Schulhof' kann also auch das Treffen im Park oder gemeinsames Abhängen vor der Eisdiele bedeuten.

verwendet: „Offenbar gehört ‚schwul' als Schimpfwort so zur Normalität, dass selbst von nicht heterosexuellen Schüler/inne/n die Abwertung ihrer sozialen Gruppe nicht bewusst wahrgenommen wird" (Klocke 2012: 87). Beschimpfungen oder auch die Androhung beziehungsweise Anwendung körperlicher Gewalt sind also ein Mittel zur Bestrafung abweichenden Verhaltens.

Durch eine solche Differenzierungsarbeit wird ein Anderes (und Verworfenes) als Gegenüber (konstitutives Außen) performativ aktualisiert. Durch die permanente Abspaltung abweichender sexueller und geschlechtlicher Identitäten vom sozial Erwünschten übt sich das von Neo-Homophoben verwendete Motiv der ‚Toleranz statt Akzeptanz' ein: „Betrachtet man die Einstellungen, so fällt auf, dass die Schüler/innen zwar überwiegend gleiche Rechte für Lesben und Schwule befürworten […], es aber andererseits vielen unangenehm wäre, Kontakt zu Lesben und Schwulen zu haben" (ebd.).

Ein weiteres Beispiel der Reproduktion hegemonial-androzentrischer Ordnungen ist die ‚Initiierung' Jugendlicher in die Sphäre der Sexualität, welche heutzutage häufig über den Kontakt mit Pornographie geschieht. Auch wenn die allgegenwärtige Verfügbarkeit von leicht zugänglicher Pornographie nicht notwendigerweise zu der befürchteten Verrohung der Sexualität bei heutigen Jugendlichen führen muss (BZgA 2013), so ist die Art und Weise, wie Pornographie in den Schulhof eindringt, eine gewaltige pädagogische Herausforderung: „Chris, 19: […] Ich habe da mit mehreren Freundinnen und Freunden […] Porno […] geguckt. Und die Mädchen fanden es anwidernd, abstoßend. Den Kumpels, also denen war das scheißegal, weil sie eben wahrscheinlich Härteres gewöhnt sind" (ebd.: 188). Hierbei verläuft die ‚Initiierung', also das Einsickern von sexualisierten Bildern in die Erfahrungswelt der Heranwachsenden, idealtypisch nach einem gewissen Muster. Anfangs verschaffen sich die Jungen meist zunächst in homosozialen Gruppen die ersten Materialien, die sie dann in ‚normal und erregend' und ‚pervers und eklig' unterteilen: „Erstere nutzen sie weitaus am häufigsten, vor allem allein und häufig im Zusammenhang mit Masturbation. Letztere nutzen sie im homosozialen Kontext zur derben Unterhaltung und manchmal mit machohaftem Gehabe" (ebd.: 197). Die Jungen verschaffen sich somit einen Wissensvorsprung, mittels dessen sie nun auch in die Sphäre der Mädchen eindringen: „Nachdem sie in den letzten 30 Jahren soziosexuell in die Defensive geraten sind – Mädchen fangen mit Beziehungen und Sex etwas früher an –, demonstrieren sie nun Kompetenz mit Hardcore-Kenntnissen" (ebd.: 159). Hierdurch entsteht der „‚gender-gap' der Pornonutzung": Auch wenn viele Mädchen grundsätzlich neugierig auf Pornographie sind, wird doch durch ihren Wissensvorsprung die Auswahl des Materials meist von Jungen vorgenommen. Somit lernen Mädchen – und alternative Männlichkeiten – Pornographie zunächst als heterosexistisches, auf den männlichen Blick zugeschnittenes Medium kennen;

ihr potenziell eigener Zugang zu visuellen Medien der Sexualität wird von der männlichen Dominanz diskursiv erstickt, sie werden in eine desinteressierte oder amüsiert duldende Rolle gedrängt.

Auf diese Weise wird deutlich, wie gerade die traditionellen Geschlechtermodelle darüber funktionieren, eine beständige Einübung und Disziplinierung anhand von Zuweisungen durch Ge- und Verbotslogiken zu durchlaufen. Sie machen Vorschriften, wie man sich als ‚richtiger' Junge, als ‚richtiges' Mädchen oder eben als ‚richtige*r' Frau/Mann zu benehmen hat, nämlich heterosexuell. Oder eben, was man unterlassen soll: schwules, lesbisches, bisexuelles Begehren und Handeln (Debus/Stuve 2012; Debus 2012a). Die permanenten Zuweisungen, die sich vom frühen Kindesalter an in die Körper einschreiben, wirken über ein breites Spektrum unterschiedlich gewaltvoller konditionierender Zurechtweisungen bei Überschreitung der Gebote: nonverbale Korrektur durch Blicke und Körperhaltung, (Nicht-)Aufmerksamkeit/Anerkennung für bestimmte kulturelle Abweichungen bis hin zu physisch-gewaltsamer Abreaktion und Hass. Es sind diese Konstituierungsprozesse, die von rechtspopulistischen ‚Experten' als eine ‚gesunde' und einzig richtige Entwicklung heraufbeschworen werden.

Eine Sexualpädagogik der Vielfalt ist somit realistisch und *reagiert* auf eine real bestehende ‚Frühsexualisierung', wie sie lebensweltlich für Kinder und Jugendliche existiert, indem sie versucht, die diskursiven Felder des Sexuellen zu enthierarchisieren und zu demokratisieren. In der Analyse einer Aufklärungsbroschüre für Mädchen aus dem Jahr 1997 wird die erhöhte Relevanz der Sexualpädagogik zur Dekonstruktion von dominanten Männlichkeitskonstruktionen schon vorweggenommen:

> „In unserer Gesellschaft haben Männer eklatante Defizite, was ihre eigene Körperempfindung angeht. Sie sind leibfeindlich erzogen, ja, teils das ‚Endprodukt' einer systematisch desensibilisierenden Sozialisation; und da das so ist, haben sie große Schwierigkeiten, die Körperempfindungen einer/s anderen nachzufühlen. […] Ich muss fühlen und spüren, wie es mir geht. Erst dann kann ich auch fühlen, wie es der/dem Mitspieler/in geht, was er/sie fühlt. Liebe ist ein Fühlspiel. Besser: Es könnte eines sein. Im Patriarchat ist die Liebe m. E. eine Utopie, weil mann sich weigert, bei Männern die Voraussetzung für Empathiefähigkeit zu schaffen" (Gerstendörfer 1997: 29f.).

Eine Sexualpädagogik der Vielfalt ist gerade deswegen zu befürworten, weil sexuelle Aufklärung heute keine heterosexistische Zurichtung mehr sein sollte, sondern Jugendliche in Zukunft „selbstbestimmt und verantwortungsvoll ihre Sexualität leben können" (Tuider u. a. 2012: 17) sollen, wie es das Autor*innenkollektiv um Elisabeth Tuider anstrebt. In der *Sexualpädagogik der Vielfalt* steht die Frage im Zentrum, wie ein vertrauensvoller, offener Freiraum für den Austausch über Sexualität und Gefühle geschaffen werden kann (ebd.: 24, 31).

Ziel ist es, „Menschen […] zu einem selbstbestimmten und verantwortungsvollen Umgang mit Sexualität zu befähigen" (ebd.: 6) und „für die Gleichberechtigung und Anerkennung von Frauen, Männern und Transgenders sowie Menschen unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlichen Alters, für die Rechte von Lesben, Schwulen und Bisexuellen, für die Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen" (ebd.) einen Beitrag zu leisten und damit Diskriminierungen, Normierungen und Selbstverständlichkeiten aufzubrechen.

Da gerade Männlichkeitskonstruktionen innerhalb des rechtspopulistischen Strebens nach Dominanz eine große Rolle spielen, ist die neo-homophobe Empörung nun nicht mehr verwunderlich, denn ihre Hegemonie ist durch die Etablierung enthierarchisierender Räume bedroht. Gleichzeitig verweigern sie sich den realen Herausforderungen, welche die heutige Situation von Jugendlichen mitbringt.

Abschließende Gedanken

Heute ist unübersehbar, dass die queerfeministische Bewegung erfolgreich die Universalität der androzentrischen, christlich-bürgerlichen Normen und Werte angefochten hat und sich dadurch ein neuer Horizont der Möglichkeiten gesellschaftlicher Lebensformen öffnet, dessen Zukunft noch ungewiss ist. Doch im Zuge der krisenhaften, ökonomischen wie politischen Destabilisierungen erzeugt dieses Vakuum in einigen gesellschaftlichen Milieus Ängste und Verunsicherungen: „Studien zeigen, es sind vor allem Menschen, welche die Männlichkeit oder die Mittelschicht in Gefahr sehen, weil ihr Berufs- und Privatleben gefühlt unsicherer und unplanbarer geworden ist. Diese Ängste werden aufgegriffen, als Stimmungsmacher benutzt und geschürt von Vertretern aus ganz unterschiedlichen politischen Lagern" (Tuider 2014).

Die Selbstverständlichkeit der heterosexuellen Zweigeschlechtlichkeit erscheint neo-homophoben Akteur*innen zu Recht bedroht, denn „die Vielfalt von Geschlechtern, Sexualitäten und Lebensformen hat sich im politischen und gesellschaftlichen Leben etabliert – es gibt eingetragene Lebenspartnerschaften, und Conchita Wurst gewinnt den Eurovision Song Contest. Genau das macht einigen Menschen offenbar Angst: Sie denken, sie seien umzingelt von neuen Lebensentwürfen, die ihnen ihre Macht streitig machen" (ebd.). Durch neo-homophobe Diskursstrategien wird folglich ein ‚konstitutives Außen' aufrechterhalten, das es ermöglicht, eine Minderheit als mächtig genug zu imaginieren, nicht nur ihre angeblich ganz eigenen Interessen durchsetzen, sondern der ‚gesunden' Mehrheit ihre Lebensweise aufzwingen zu können. Der hierbei imaginierte Zwang (einer feministisch-homosexuell-verschwö-

rerischen Bedrohung) ergibt sich psychologisch aus der Anwendung des erlernten Prinzips in der Logik von ‚Ge- und Verboten', die häufig in traditionell-autoritären Erziehungskonzepten vorherrschend ist (Debus 2012b), auf Methoden der dekonstruktiven Sexualpädagogik und der Erforschung von Geschlechterverhältnissen: Aus der Frage nach den sozialen Bedingtheiten von Geschlecht und der Einführung einer demokratisierten und enthierarchisierenden Sexualpädagogik wird die Anbahnung einer totalitären Diktatur inklusive neuer, starrer Ge- und Verbote imaginiert. Statt neuer Möglichkeiten jenseits des verengt geschlechtlich Erlernten wird nur das vermeintliche Verbot wahrgenommen: „Darf ich dann kein Mann/keine Frau mehr sein?" (ebd.: 177), und dadurch fluide Identitätsaushandlungen stillgestellt.

Bezeichnend für neo-homophobe Diskursstrategien ist, dass sie etwas als ‚diskriminiert' wahrnehmen, was gesellschaftlich-institutionell fest verankert ist. Die Thematisierung von Privilegien und Versuche der Demokratisierung kultureller Hegemonie werden als ‚Angriffe' und ‚Versuche der Zerstörung' umgedeutet. Dabei ist es kaum vorstellbar und von niemandem gewollt, heterosexuelle Beziehungen strafrechtlich zu verfolgen – so wie es fast hundert Jahre lang für Homosexuelle Realität war. Dieser ‚Abwehrkampf', der durch die Stillstellung von Verhandlungen um geschlechtliche und sexuelle Identitäten ein an neoliberale Verhältnisse angepasstes Geschlechterregime um die Renaissance der heteronormativen Kleinfamilie errichten will, versucht mit einer „Politik der Desartikulation" die Verbindungen und Allianzen zwischen verschiedenen sozialen Bewegungen (Feminismus, Lesben- und Schwulenbewegung, queere Bewegung, Antirassismus usw.) zu kappen (McRobbie 2010: 47ff.).

Wenn also eine rechtskonservative Partei wie die AfD sich affirmativ als „Partei des gesunden Menschenverstandes" bezeichnet und gleichzeitig mit der Parole „Mut zu Deutschland" die Nation propagiert, deren Kern in der Kleinfamilie und der Geschlechterordnung bestehe (siehe Kämper in diesem Band), kann dies als neo-homophobe ‚Politik der Entpolitisierung' verstanden werden. Diese verschiebt in der Krise des Politischen die Identitätsproduktion auf das Private, etwa den Kampf um das ‚natürliche' Geschlecht und die heteronormative Familie. In Zeiten von europäischer Finanzkrise, den Herausforderungen postfordistischer Umstrukturierung der Ökonomie sowie der Krise der liberalen Demokratie soll hierdurch den Privilegierten neue Stabilität gesichert werden.

Daher müssten dringend neo-homophob konstruierte Missverständnisse bezüglich der Begriffe ‚Gender' und ‚Gender Mainstreaming' aufgeklärt werden, damit der neo-homophobe Mythos keine größere gesamtgesellschaftliche Wirkmächtigkeit erlangt und neue Tabus errichtet werden. Entgegen der neo-homophoben Rede geht es dekonstruktiven, enthierarchisierenden An-

sätzen nicht um die Diskriminierung von heterosexuellem Begehren und heterosexueller Lebensform – im Gegenteil. Wären sie von der heteronormativen Matrix befreit, könnten sie sich freier, ehrlicher und weniger klischeebehaftet entfalten. Eine enthierarchisierende Pädagogik kann Jugendliche dabei unterstützen, die Vielfalt, die es in Identifikations- und Begehrensprozessen (nicht nur geschlechtlich, sondern intersektional eben auch bei ethnischem Hintergrund, Religion, körperlicher und geistiger Befähigung) gibt, ohne Mobbing und andere Machttechniken miteinander zu entwickeln und so dem ‚Recht auf Differenz in einer globalen Gemeinschaft' (Ernesto Laclau) im 21. Jahrhundert einen Schritt näher zu kommen.

Literatur

Balibar, Étienne (1992): Gibt es einen „Neo-Rassismus"? In: Ders./Wallerstein, Immanuel: Rasse – Klasse – Nation. Ambivalente Identitäten. Hamburg: Argument Verlag.

Bourdieu, Pierre (1997): Eine sanfte Gewalt. Pierre Bourdieu im Gespräch mit Irene Dölling und Margareta Steinrücke, März 1994. In: Dölling, Irene/Krais, Beate (Hrsg.): Ein alltägliches Spiel. Geschlechterkonstruktionen in der sozialen Praxis. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, S. 218–230.

Bourdieu, Pierre (2012): Die männliche Herrschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag (1998).

Butler, Judith (1997): Körper von Gewicht. Die diskursiven Grenzen des Geschlechts. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag (1993).

BZgA (2013): Jugendsexualität im Internetzeitalter. Eine qualitative Studie zu sozialen und sexuellen Beziehungen von Jugendlichen. Köln. http://publikationen.sexualaufklaerung.de/cgi-sub/fetch.php?id=796 [Zugriff: 19.02.2015].

Debus, Katharina (2012a): Und die Mädchen? Modernisierungen von Weiblichkeitsanforderungen. In: Dissens e. V./Debus, Katharina/Könnecke, Bernard/Schwerma, Klaus/Stuve, Olaf (Hrsg.): Geschlechterreflektierte Arbeit mit Jungen an der Schule. Berlin: Eigendruck, S. 103–124.

Debus, Katharina (2012b): Vom Gefühl, das eigene Geschlecht verboten zu bekommen. Häufige Missverständnisse in der Erwachsenenbildung zu Geschlecht. In: Dissens e. V./Debus, Katharina/Könnecke, Bernard/Schwerma, Klaus/Stuve, Olaf (Hrsg.): Geschlechterreflektierte Arbeit mit Jungen an der Schule. Berlin: Eigendruck, S. 175–188.

Debus, Katharina/Stuve, Olaf (2012): Männlichkeitsanforderungen. Impulse kritischer Männlichkeitstheorie für eine geschlechterreflektierte Pädagogik mit Jungen. In: Dissens e. V./Debus, Katharina/Könnecke, Bernard/Schwerma, Klaus/Stuve, Olaf (Hrsg.): Geschlechterreflektierte Arbeit mit Jungen an der Schule. Berlin: Eigendruck, S. 43–60.

Forst, Rainer (2015): Schwerpunktbeitrag: Anerkennung und Toleranz. In: philosophie indebate vom 19.01.2015. http://philosophie-indebate.de/2073/schwerpunktbeitrag-anerkennung-und-toleranz [Zugriff: 09.04.2015].

Frey, Regina (2014): Von Mythen und Vermischungen – Zur Konstruktion des Genderismus. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Gender, Wissenschaftlichkeit und Ideologie. Argumente im Streit um Geschlechterverhältnisse. Schriften des Gunda-Werner-Instituts, Bd. 9. Berlin, S. 28–39 (2. Auflage).

Gerstendörfer, Monika (1997): Aufklärung als Zurichtung oder Wo bitte geht's hier zum Patriarchat? Eine „progressive" Aufklärungsbroschüre für Mädchen. In: beiträge zur feministischen theorie und praxis, Nr. 45, 20. Jg., S. 21–36.

Groneberg, Michael/Funke, Christian (2011): Introduction. In: Dies. (Hrsg.): Combatting Homophobia. Experiences and Analyses Pertinent to Education. Berlin: Lit-Verlag.

Holder, Patricia (2009): Hexis. In: Fröhlich, Gerhard/Rehbein, Boike (Hrsg.): Bourdieu Handbuch. Leben – Werk – Wirkung. Stuttgart: Verlag J. B. Metzler, S. 124–127.

Klocke, Ulrich (2012): Akzeptanz sexueller Vielfalt an Berliner Schulen. Eine Befragung zu Verhalten, Einstellungen und Wissen zu LSBT und deren Einflussvariablen. Berlin: Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft. https://www.psychologie.hu-berlin.de/de/prof/org/download/klocke2012_1 [Zugriff: 19.02.2015].

Köhnen, Manfred (2014): Der Unwissenschaftlichkeitsvorwurf – Zum Alleinvertretungsanspruch eines speziellen Wissenschaftsverständnisses. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Gender, Wissenschaftlichkeit und Ideologie. Argumente im Streit um Geschlechterverhältnisse. Schriften des Gunda-Werner-Instituts, Bd. 9. Berlin, S. 51–64 (2. Auflage).

Kristeva, Julia (1980): Powers of Horror. An Essay on Abjection. New York: Columbia University Press.

Laqueur, Thomas (1992): Auf den Leib geschrieben: Die Inszenierung der Geschlechter von der Antike bis Freud. Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag.

Leisenberg, Wolfgang (2014): Impulsreferat auf dem Forum Familie 2014 in Stuttgart. Youtube-Video vom 26.10.2014. https://www.youtube.com/watch?v=5u9OQp0u-ko [Zugriff: 28.01.2015].

McRobbie, Angela (2010): Top Girls. Feminismus und der Aufstieg des neoliberalen Geschlechterregimes. Wiesbaden: VS Verlag.

Popper, Karl R. (1980): Die Logik der Sozialwissenschaften. In: Adorno, Theodor W./Albert, Hans/Dahrendorf, Ralf/Habermas, Jürgen/Pilot, Harald/Popper, Karl R. (Hrsg.): Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie. Darmstadt: Luchterhand Verlag, S.103–123.

Reckwitz, Andreas (2008): Subjekt. Bielefeld: transcript.

Roßhart, Julia (2007): Bedrohungsszenario Gender. Gesellschaftliches Geschlechterwissen und Antifeminismus in der Medienberichterstattung zum Gender Mainstreaming. In: Universität Potsdam vom 09.05.2008. opus.kobv.de/ubp/volltexte/2008/1837 [Zugriff: 03.02.2015].

Stängle, Gabriel (2013): Zukunft – Verantwortung – Lernen: Kein Bildungsplan 2015 unter der Ideologie des Regenbogens. Petition vom 28.11.2013. https://www.

openpetition.de/petition/online/zukunft-verantwortung-lernen-kein-bildungsplan-2015-unter-der-ideologie-des-regenbogens [Zugriff: 27.01.2015].

Tuider, Elisabeth (2014): Streit über Sexualkunde: „Jugendliche gucken doch eh Pornos". Interview mit Lena Greiner und Alexander Demling auf Spiegel Online vom 13.11.2014. http://www.spiegel.de/schulspiegel/sex-aufklaerung-forscherin-tuider-ueber-streit-um-sexuelle-vielfalt-a-1001437.html [Zugriff: 27.01.2015].

Tuider, Elisabeth/Müller, Mario/Timmermanns, Stefan/Bruns-Bachmann, Petra/Koppermann, Carola (2012): Sexualpädagogik der Vielfalt. Praxismethoden zu Identitäten, Beziehungen, Körper und Prävention für Schule und Jugendarbeit. Weinheim/Basel: Juventa Verlag (2., überarbeitete Auflage).

3.3 Zur intersektionalen Verfasstheit von Bildern des Ein- und Ausschlusses

Meike Günther

Einleitung

Weder Vorstellungen von Geschlecht noch neonazistische Orientierung kommen ohne Vermittlung durch Bilder, konkret Körperbilder, aus – so die Voranahme dieses Textes. Um zu verdeutlichen, dass dies für die pädagogische Arbeit relevant ist, soll im Folgenden schlaglichtartig beleuchtet werden, wie sich normative Vorstellungen von Geschlecht durch (Körper-)Bilder mit diskriminierenden Kulturen, Praxen und Strukturen verbinden und sich so gegenseitig anreichern und verändern. Ziel ist es, einen Blick auf die Frage zu werfen, wodurch diese Prozesse begünstigt werden, wie sie historisch begründet sind und welche Funktionen Normalitätsannahmen in ihnen haben.

Das Verhältnis von Neonazismus und dem, was landläufig zu einem bestimmten Zeitpunkt als ‚normal' gilt, ist von Kontinuitäten und Brüchen gekennzeichnet. In diesem Beitrag wird der Schwerpunkt auf den Kontinuitäten liegen, da diese für die pädagogische Arbeit zum Thema Geschlecht und Neonazismus wichtige Hinweise beinhalten auf das, was ein geteiltes Wissen vieler Menschen zu sein scheint und daher– teilweise auch von Pädagog_innen – als selbstverständlich angenommen wird. Dabei wird insbesondere auf Bilder von Körpern fokussiert, da sie häufig in neonazistischen Zusammenhängen und gerade in Bezug auf Geschlechterstereotype verwendet werden. Mit ihnen soll eine vermeintlich unhinterfragbare, weil scheinbar biologische Gegebenheit untermauert werden. Dass diese Körperbilder jedoch nicht aufgrund einer biologischen ‚Wahrheit', sondern aufgrund einer mit ihnen verknüpften gewalttätigen Geschichte so aussagekräftig sind, macht sie auch für den pädagogischen Kontext relevant. Bilder, Diskurse und Aussagen, auf die dies zutrifft, können also nicht nur als die Visualisierung eines Idealbildes oder eines Bedrohungsszenarios behandelt werden, was allerdings in Bildungskontexten teilweise so geschieht. Vielmehr müssen sie aufgrund ihrer weitgehenden Verankerung in gesellschaftlichen Machtverhältnissen und kulturell etablierten Repräsentationsregimen als solche bereits als Diskriminierungspraxis gefasst werden, die ihrerseits Ein- und Ausschlüsse produziert.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass in rechten Diskursen Repräsentationen vom Körper, Geschlecht, Sexualität, aber auch von Gesundheit eine große Rolle spielen.

Eine mehrdimensionale Herangehensweise ist von daher nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch sinnvoll für neonazismuspräventive pädagogische Arbeit bzw. für eine Arbeit, die die Stärkung nicht-neonazistisch orientierter Jugendlicher im Blick hat. Sie wird mit einer Perspektive auf und durch Bilder von Körpern nicht neu erfunden, sondern anhand eines spezifischen Zugangs bestärkt. Der Begriff des Bildes wird im Folgenden sehr allgemein für eine Vorstellung über die Wirklichkeit verwendet, die sich in Form von Text und Sprache, aber auch in grafischer oder künstlerischer Form ausdrückt.

Körperbilder

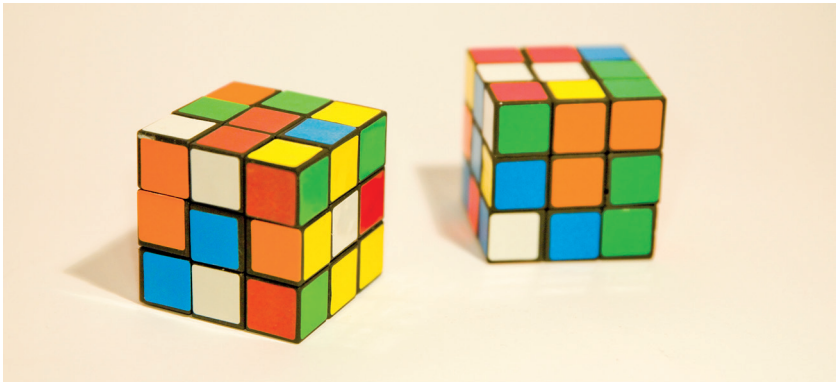
Insbesondere Bilder, die Körperdarstellungen beinhalten, spielen nicht nur in der Kommunikation im Alltag, sondern auch in der politischen Inszenierung von Sachverhalten eine wichtige Rolle. Kennzeichen vor allem von leicht verständlichen Darstellungen ist, dass in ihnen komplexe Zusammenhänge und Realitäten simplifiziert werden. Wir wissen, dass sich für eine vereinfachte Darstellung politischer Haltungen Körperdarstellungen und -verweise besonders gut eignen. Im Kontext des letzten *Jahrhunderts der Bilder* (Paul 2008, 2009) und einer neuen Fokussierung von Forschung der letzten 20 Jahre speziell auf die Relevanz von Körperbildern rückten neue Aspekte in den Fokus. Gerhard Paul, der sich aus medienhistorischer Perspektive mit dem Thema befasst, stellt fest, „dass die Geschichte dieses Jahrhunderts wesentlich von visuellen Medien und Praxen mitgestaltet wurde und sich zugleich in Bildquellen überliefert" (Paul 2009: 9). Bilder von Körpern stellen häufig genutzte Vermittlungsinstrumente dar, in denen sich politische Zukunftsentwürfe beispielsweise in Form des Bildes „des gesunden und stählernen Körpers" (ebd.) manifestierten (Schroer 2005). Solche Bilder beeinflussen die Art und Weise, wie Körper bewertet werden und mit was für weiteren Normen sie in Verbindung gebracht werden, und formen so auch das Verhältnis jedes einzelnen Menschen zu Körperdarstellungen und zum eigenen Körper.

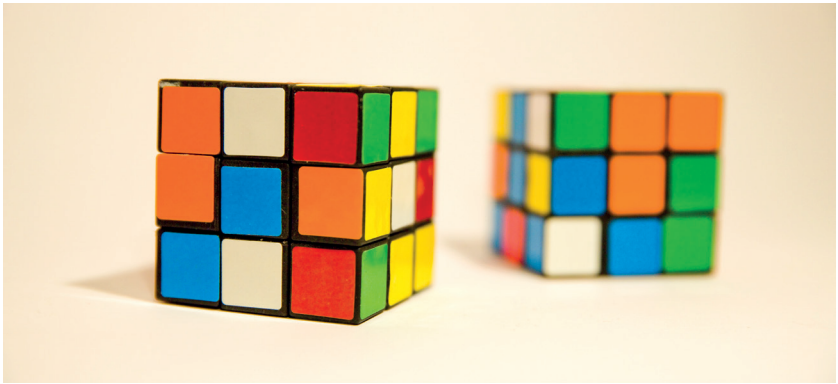
Geronnene Bilder von Körpern

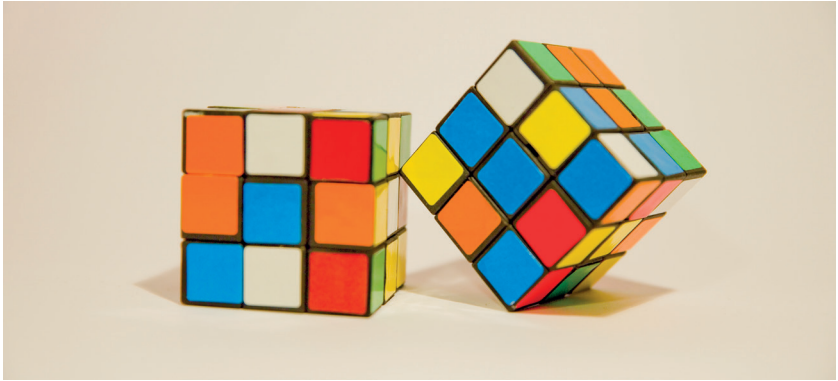
Die hiervon geprägten alltäglichen Aushandlungsprozesse gerinnen im Laufe der Zeit durch kulturelle Praxen zu materiellen Gegebenheiten, die die Form von Denkmälern, Texten, Bildern, aber auch institutionellen Strukturen annehmen können. Auf diese Weise etablieren sich Formen der Darstellung und des Sprechens, die wie „Pflöcke" in die soziale Wirklichkeit „eingeschlagen werden", wie es Nira Yuval-Davis (2001: 21) ausdrückt. Diese „Pflöcke" bieten Orientierung, da sich an ihnen beispielsweise zeigt, was zu einem bestimmten Zeitpunkt für viele Menschen als normal gilt oder gelten soll. Denkmäler bilden hierfür prominente Beispiele: In Stein gehauene oder in Metall gegossene trauernde Frauen und kämpfende Männer drücken Niederlage bzw. Widerstand aus. Wie in den meisten Fällen der Darstellung von Körpern handelt es sich hier um vergeschlechtlichte Darstellungen von Körpern, die an ein historisches Ereignis erinnern und mahnen. Die Vergeschlechtlichung von Körpern ist an diesen Stellen nach wie vor für viele Menschen zunächst unhinterfragte Tatsache und bildet erst seit gut 20 Jahren einen kritischen Forschungsgegenstand (Eschebach u. a. 2002; Messerschmidt 2003; Gehmacher 2007; Lanwerd u. a. 2007).

Körperbilder als Bedeutungsträger

In den Disability Studies stehen die spezifischen Umgangsweisen mit politischen Bezugnahmen auf Körper sowie körpersoziologische und -historische Fragen im Mittelpunkt, weil Diskriminierungen von Menschen mit Behinderung, aber häufig auch die Beeinträchtigung sich am Körper und seinem Bild zeigen. Körperbilder werden in den Disability Studies entsprechend in mehrfacher Weise als Träger von Bedeutungen behandelt: Einerseits als physisches Medium, „in dem sich Wahrheit materialisiert und sinnfällig wird", andererseits „als Matrix, anhand derer Gleichheit und Differenz der Menschen herausgestellt werden" (Dederich 2007: 79). Beide Bedeutungen kommen in der neonazistischen Propaganda zum Tragen. Neonazistische Propaganda nutzt Bilder und Vorstellungen von Geschlecht, Gesundheit und Sexualität, um sie als Fragen von Gesundheit oder Krankheit des sogenannten Volkskörpers darzustellen, und modernisiert sie jeweils bezogen auf die aktuellen Umstände. Körper werden von rechtsextremen Protagonist_innen deshalb besonders gern genutzt, da sie sich scheinbar besonders gut für die Darstellung von vermeintlich überzeitlich und biologisch gebundenen Gegebenheiten eignen. Ein Blick auf die Funktionsweise und Herkunft von Körperbildern verdeutlicht,







dass diese Produkte einer spezifischen Geschichte sind, die von Gewalt und Ausschließung geprägt und durchzogen ist. Viel stärker als biologische Gegebenheiten kommen in Körperbildern Normen zum Ausdruck, die innerhalb eines historischen Schmelztiegels kolonialer, biologisierter Rassen- und Geschlechtersysteme (Boyarin u. a. 2003a) entstanden sind und in diesen Bildern kondensieren.

Normalität als Scharnier

Um sich der Frage nach einem inhaltlich sinnvollen Umgang mit diesen Bildern für die Neonazismusprävention zu nähern, wird neben vielen weiteren Aspekten, wie in diesem Band deutlich wird, auch ein Blick auf das benötigt, was in einer Gesellschaft zu einem bestimmten Zeitpunkt als ‚normal' gilt. Nur dadurch wird es möglich nachzuvollziehen, welche Bedeutung und Funktion die Übernahme bestimmter Haltungen für Jugendliche subjektiv erfüllt (Debus in diesem Band). Vorstellungen vom ‚richtigen' Geschlecht, erkennbarer Gesundheit, einer bestimmten Sexualität, einer guten bzw. schlechten Herkunft und Körpern, an die diese Eigenschaften gebunden zu sein scheinen, bilden auch heute ein wichtiges Scharnier zwischen allgemeiner Politik und individueller Lebensführung.

Menschen, die auf der Suche nach Normen sind, finden in der neonazistischen Szene, die derartige Rückgriffe modernisiert und zur Grundlage macht, ein Überangebot an vermeintlichen Eindeutigkeiten. Für die neonazismusprävention Pädagogik bedeutet das, dass nicht nur eine Eindeutigkeit in Bezug auf die politische Haltung zu einem bestimmten Gegenstand in den Blick genommen werden muss, sondern vielmehr ein ganzes Bündel an normativ aufgestellten Vorstellungen und deren Bebilderung fokussiert werden muss. Hierfür wird ein historisch und politisch fundiertes Bewusstsein für die Verwobenheit, Herkunft und Abhängigkeit der ‚als normal' geltenden Vorannahmen und Diskriminierungspraxen gebraucht, um sehen zu können, an welchen Stellen es sich um problematische und einschränkende Vereindeutigungen und Homogenisierungen handelt und welche Reichweite diese jeweils haben. Auf dieser Basis können essentialistische Vorstellungen, die Jugendliche beispielsweise in Bildungsveranstaltungen äußern, in ihrer Relevanz für die Wahrnehmung und Strukturierung von Welt berücksichtigt und aufgegriffen werden, ihre scheinbare Naturgegebenheit zu hinterfragen.

Intersektionalität als Perspektive

Da sich der Zugang zur Welt und die je subjektiven Versuche, diese zu erfassen, immer in einem Ensemble wahrnehmungsstrukturierender Faktoren ergeben, ist es sinnvoll, dieser Komplexität durch eine mehrdimensionale Perspektive gerechter zu werden. Mit dem ursprünglich aus der politischen Bewegung afroamerikanischer Frauen stammenden Konzept der Intersektionalität wird seit einigen Jahren auch in Deutschland versucht, eine politische und methodische Perspektive auf multidimensionale Lebenslagen und Diskriminierungserfahrungen zu entwickeln. Die Idee ist, sich in Theorie und Praxis der Tatsache zu nähern, dass es keine Lebenssituation und keine Forschungsperspektive auf diese gibt, die sich nur durch einen Blickwinkel (z. B. Geschlecht) erklären lässt. Um Lebensrealitäten angemessener zu erfassen, soll das gleichzeitige Zusammenwirken von Ungleichheiten und Privilegierungen, von realen Verwobenheiten, Überschneidungen und Wechselwirkungen von Kategorien betont werden. Gegenstand eines kritischen Intersektionalitätszugangs sind Macht-, Herrschafts- und Normierungsverhältnisse, die soziale Strukturen, Praktiken und Identitäten reproduzieren.

Für die pädagogische Arbeit sind bis heute im deutschsprachigen Kontext vermutlich mehr Fragen zum Umgang mit Mehrdimensionalität und Intersektionalität offen als bisher beantwortet werden können. Festhalten lässt sich aber, dass ein intersektionaler Zugang ermöglicht, auch in Vermittlungskontexten Fragen bewusster zu stellen: Nicht mehr die Suche nach einer ‚Hauptachse' von Diskriminierung oder ‚die' politische Orientierung stehen zwangsläufig im Vordergrund, sondern die breiter angelegte Suchbewegung nach homogenisierten Vorstellungen, die schematische Welterklärungen nahelegen. Oder, wie es Heike Raab ausdrückt, die „Differenz der Differenz" steht im Zentrum und befördert im besten Fall eine Herangehensweise, „die Vielfalt jenseits von Dualitäten zum Ausgangspunkt nimmt" (Raab 2012).

Geschlechternormalitäten

Ein Blick auf aktuelle Diskurse in Bezug auf Geschlecht zeigt, dass sich kein einheitliches Bild bezüglich der Veränderung von Normalität und Geschlechterstereotypen ergibt: Eher lässt sich eine Gleichzeitigkeit in der Aufweichung und Verfestigung von Geschlechterstereotypisierungen feststellen. Maisha Eggers hat in diesem Zusammenhang beispielhaft auf den ungebrochenen Trend einer unhinterfragten und binär strukturierten Vergeschlechtlichung von Mädchen- und Jungenspielzeug hingewiesen. Sie zeigt anhand einer Stu-

die zu rosa und blau etikettierter Brause mit gleichem Inhalt, wie Kindern eine geschmackliche Differenzierung aufgrund von Geschlecht nahegelegt wird, wo diese real gar nicht vorhanden ist. Im Ergebnis erleben die Grundschulkinder eine Differenz auf Grundlage eines tatsächlich nicht vorhandenen Unterschieds im Geschmack der Brause und messen ihm eine vergeschlechtlichte Bedeutung zu: Mädchenbrause – Jungenbrause. „Diese Unterscheidungsarbeit speist sich aus gesellschaftlichen Wissensbeständen. Cengiz Barskanmaz spricht von einem ‚normalisierten Differenzdenken'" (Eggers 2013).

Normalisierungen dieser Art lassen sich in unterschiedlichen Bereichen beobachten: So gibt der Schulbuchhersteller Pons Mathehefte für Mädchen und Jungen heraus, die den Mädchen Zahlen anhand von Haarlängen und Kaffeekränzchen und Jungen mit Hilfe von wilden Tieren und außerirdischen Begegnungen schmackhaft macht. Begründung: Mädchen lernen anders als Jungen. Auf dem Titelbild der ‚Jungenhefte' sind Jungen als Piraten, auf dem Titelbild der ‚Mädchenhefte' zwei sich umarmende Mädchen mit Engelsflügeln abgebildet (Speicher 2009; Werner 2014). Es ließe sich eine lange Reihe von Beispielen anfügen, zu denen auch die Hersteller Lego und Playmobil gehören, deren mädchen- und jungenspezifisches Spielzeug sich so gut verkauft, dass es immer stärker auch auf noch kleinere Kinder hin ausgeweitet wird. Auch hier ist es nicht einfach ein Spielzeug mit anderer Farbe, aber demselben Inhalt, das angeboten wird, sondern es sind auch spezifisch Jungen und Mädchen zugeschriebene Themen, Erlebnis- und Bilderwelten inklusive passender Comichefte mit Geschichten für Mädchen und Jungen, die die kindliche Wahrnehmung der Welt vergeschlechtlicht beschneiden.

Gleichzeitig hat sich in den letzten 40 Jahren dank politischer Intervention, praktischer Umsetzung und Theorieeffekte zumindest in den urbanen Gebieten in Deutschland das gesellschaftliche Verhältnis zu Lebensweisen jenseits des klassischen zweigeschlechtlichen heterosexuellen Familienmodells wie auch die Bandbreite an Möglichkeiten für alle Menschen sich zu verhalten, zu kleiden und zu leben vergrößert.

Normalitätsbezüge

Ein Einblick in das, was als ‚normal' gilt, ist allein schon deshalb notwendig, um überhaupt zu verstehen, auf welcher Basis Abweichung verhandelt wird – Die Norm wird erst durch ihren maximalen Kontrast zur Norm. Die Vorstellungen, die von Geschlecht, Familie und Gesundheit existieren und die als gut und erstrebenswert gelten, sind in Abhängigkeit von ihrem Gegenteil entstanden und bestätigen sich gegenseitig. Daher ist es wichtig, sich das aktuell von

vielen Menschen geteilte Wissen und die Emotionen, die zum Beispiel mit dem (Ver-)Kauf von gegendertem Spielzeug hergestellt werden und zum Ausdruck kommen, im Vorfeld pädagogischer Interventionen zu vergegenwärtigen: Sie sind Bestandteile der ständigen und mächtigen Wiederholung der Ideen von Geschlecht und Sexualität und bestimmen auf diese Weise auch den Zugang von Pädagog_innen und Jugendlichen zu ihrer (Um-)Welt. Geschlecht wird nicht nur mit Farben wie Rosa und Blau, sondern vor allem auch mit der Vorstellung von biologischer, körperlicher und überzeitlicher Faktizität verbunden.

Neonazistische Szenen nutzen dies entsprechend den eigenen Zielen und greifen in kondensierter Form auf binäre und naturalisierte Vorstellungen von Geschlecht zurück. Bei einem Blick in neonazistische Versandhandel, Blogs und Veröffentlichungen zeigt sich analog, dass auch hier oberflächlich betrachtet modernisierte Frauenbilder propagiert werden – beispielsweise durch Frauen, die in Führungspositionen kommen können – gleichzeitig jedoch auf der biologischen Unterschiedlichkeit von Männern und Frauen und den sich daraus ergebenden Eigenschaften beharrt wird (Trawnik 2015). Als Begründung für dieses Beharren auf dem biologisch begründeten Unterschied wird die Sorge um den gesellschaftlichen Zerfall angeführt. Als Symptom dieser Entwicklung wird u. a. Gender Mainstreaming mit seinem „technischen" anstelle eines „naturgemäßen" Zugriffs auf Körper angesehen, in dem Frauen und Männer durch „Gleichmacherei" nicht ihrer eigentlichen Bestimmung nachgehen könnten und in Folge die Familie als Keimzelle der Gesellschaft zerstört werde, wie Ex-Pro-Köln/NRW-Mitglied Gereon Breuer (2014) in der neurechten Onlinepublikation *Blaue Narzisse* ausführt. Es wird kein Frauenbild propagiert, das sich weichgezeichnet in Rosatönen darstellt und Frauen mit Kittelschürze ohne Ausbildung an den Herd verbannt. Das modernisierte Frauenbild der Neonazis lässt Frauen Abitur und Politik machen, besteht aber auf dem als biologisch definierten Unterschied, der sich vor allem in der Mutterschaft als höchstem Ziel der Frau realisiert. Beharrt wird auf der Abwehr all dessen, was im Widerspruch zu einer vermeintlichen Eindeutigkeit von Männlichkeit und Weiblichkeit steht (Küchler 2009).

Entsprechend deutlich lässt sich dann auch das Feindbild als Gegenfolie lesen: Jede Art nicht-heteronormativer sexueller Verhaltens- und Lebensweise wird abgelehnt oder bekämpft. In diesem Zusammenhang werden von rechter Seite auch Diskurse genutzt und vereinseitigt, wie sie z. B. rund um Charlotte Roches Roman *Feuchtgebiete* (Roche 2008) geführt wurden. Die Tabubrüche, die Roche mit diesem Buch bewusst begeht, indem sie ihre Protagonistin selbstbewusst Sexualität jenseits weichgezeichneter Kitschromane ausleben lässt, wurde von rechter Seite genutzt, um mit diesem Buch aufzuzeigen, wie eklig Sexualität sei, die mit Feminismus und weiblicher Selbstbestimmung

einhergehe. Zugleich wird es mit neonazistischer Ideologie angereichert: „Das Schwinden der Scham vor Ungepflegtheit und eigenem Körpergestank mag zwar progressiv klingen, ist aber auf lange Sicht auch Wasser auf die Mühlen der demographischen Abwärtsentwicklung in Deutschland", schreibt Johannes Maximilian (2008) ebenfalls in der neurechten Onlinepublikation *Blaue Narzisse*. Das Bild von Familie als dem anerkannten Ort sexueller Reproduktion eignet sich traditionell besonders gut, um Kontinuitäten zwischen einem neonazistischen Bild der Familie (als Ort der Reproduktion der ‚Volksgemeinschaft') und aktuellen Bildern von Familie (als Orte gesunder, weißer, deutscher, arbeitender, heteronormativ lebender Bürger_innen) zu verbinden. Ein Beispiel von vielen, hier von der SPD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz, soll dies veranschaulichen.



Abbildung 1: Onlineveröffentlichung der SPD-Fraktion Rheinland Pfalz: „Familienfreundliches Rheinland-Pfalz". http://www.spdfraktion-rlp.de/231.html [Zugriff: 18.05.2015]. Copyright: panthermedia.net/Monkeybusiness Images.

Die SPD-Fraktion Rheinland-Pfalz positioniert sich auf derselben Internetseite, auf der auch das Bild der Familie zu sehen ist (Abbildung 1), gegen Homophobie und Diskriminierung, für Migrant_innen und gegen Rechtsextremismus. Die Idealbilder, die mit Familie assoziiert werden, scheinen dennoch solche Bilder wie das Abgebildete zu sein – obwohl sich reale Familienverhältnisse und Lebensweisen glücklicherweise deutlich heterogener darstellen als auf Bildern wie diesen. Nicht verwunderlich ist insofern, dass im Wahlkampf 2013 die NPD und die FDP dasselbe Bild einer radelnden Familie im Wald nutzten, wie einer Werbeagentur durch Zufall auffiel (Meiritz 2013).

Entdeckung des Unterschiedes

Ein Blick in die deutsche Geschichte wie auch in die globale Geschichte des Kolonialismus zeigt die Zähigkeit, mit der sich die Verbindung von Biologie, Geschlecht, Gesundheit, Nation, Sexualität, Körper und Politik in solchen Bildern halten kann. Schon in den politischen Diskursen um die Wende zum 20. Jahrhundert war die exzessive Verwendung des Begriffspaares ‚Vermischung' und ‚Reinheit' im politischen Diskurs auffällig. Es gewann in Verschränkung mit der Vereindeutigung von Geschlechterdifferenz und normativer Heterosexualität an Bedeutung (Ott 1998: 172). Die Queer Jewish Studies zeigen uns, dass im 19. Jahrhundert nicht nur die rassistische Differenzmarkierung von Juden und Jüdinnen in Bezug auf die als ‚normal', heterosexuell und zweigeschlechtlich agierende Bevölkerung entdeckt und interpretiert wurde. Vielmehr wurden auch entlang der Achse männlich/weiblich gleichzeitig sexuelle Unterschiede klassifiziert: „The nineteenth century, then, witnessed not just the emerge of the modern Jew but the emerge also of the modern homosexual. This is more than historical coincidence" (Boyarin u. a. 2003b: 1). Daniel Boyarin u. a. beispielsweise veranschaulichen plastisch an Beispielen aus Politik und Literatur, wie durch Sexualisierung und Rassifizierung das Judentum mit Homosexualität oder unklarer Vergeschlechtlichung in Verbindung gebracht wurde. Dieser Prozess, in dem sich Norm und Abweichung veränderten, wurde maßgeblich durch die als negativ propagierten und als unklar und verschoben deklarierten Geschlechterbilder möglich. Im Ergebnis veränderte sich das, was als Geschlechter- und Sexualitätsnorm in- wie außerhalb der betroffenen Gruppen galt, nachhaltig (Westall 1987; Bunzl 2000; Boyarin u. a. 2003a; Fischlin 2003; Bernard 2004).

Normalität und Reproduktivität

Wirft man einen Blick auf die Idealvorstellung der Familie von 1933, so stellt man fest, dass sich bis heute einerseits gesellschaftlich vieles geändert hat, andererseits auf der Ebene dessen, was als normal und abweichend konstruiert wird, viele Kontinuitäten fortbestehen bzw. reaktivierbar sind.



Abbildung 2: NS-Volkswohlfahrt, Reichsführung, Entwurf: Franz Würfel 1933. Plakat „Gesunde Eltern – Gesunde Kinder". Bildquelle: DHM 1990/533. http://www.dhm.de/archiv/ausstellungen/lebensstationen/2_134.htm [Zugriff: 18.05.2015].

Dieses sehr bekannte Bild der Volkswohlfahrt von 1933 (Abbildung 2) wirbt für das sogenannte ‚Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses', das im selben Jahr in Kraft trat und aufgrund dessen im ‚Deutschen Reich' etwa 350.000 bis 400.000 Menschen zwangssterilisiert und schätzungsweise 270.000 Menschen als ‚lebensunwert' definiert, eingesperrt, zur Arbeit gezwungen und ermordet wurden (Klee 1983; Hamm 2013). In Bildern wie diesem sind Vorstellungen davon, was als erstrebenswert galt, in auch für heutige Betrachter_innen noch selbstverständlichen Motiven zu sehen: Neben der nicht mehr ganz aktuellen Anzahl der Kinder einer Normfamilie und der Kleidermode sind Bezugnahmen auf Gesundheit, Heteronormativität, Reproduktivität und Bevölkerungspolitik vorhanden, die wir noch immer im Zusammenhang mit Bildern von ‚gesunden Menschen' verstehen können. Dass es sich bei nationalsozialistischen Propagandabildern der ‚arischen Familie' um eine eindeutig biologistische, heteronormative und rassistische Idealvorstellung handelt, ist deutlich sichtbar.

Jenseits dieser einzelnen, isolierbaren Vorstellungen, die ins Auge springen, entstehen in diesem gemeinsamen Auftreten der Zuschreibungen von

Gesundheit und Sexualität jedoch neue mit diesen Sachverhalten verknüpfbare Assoziationen. Dies ist gerade für die pädagogische Arbeit von Bedeutung, denn auch hier werden häufig Bilder in dekonstruktiver Absicht gezeigt, ohne dass immer klar ist, was genau für Assoziationsketten mitausgelöst werden (können). So kann beispielsweise das Zitat von Maximilian über *Feuchtgebiete*, in dem Körperhygiene und nicht-heteronormative Geschlechtlichkeit mit dem bevölkerungspolitischen Abwärtstrend in Zusammenhang gebracht werden, nur in seiner Zielrichtung verstanden werden, wenn die verschiedenen Topoi miteinander verknüpft werden und ihre Entstehungsgeschichte betrachtet wird. Die Normalitätsvorstellung von Gesundheit verbindet sich mit dem Bild der Familie, Krankheit amalgamiert mit Bildern von nicht-heteronormativer Sexualität, aber auch mit Armut, Nationenzugehörigkeit und demographischen Fragen (Günther 2012). Über die vielen Jahrzehnte, in denen Vorstellungen von Erbgesundheit und dem Volkskörper existierten, die mit einer realen Geschichte der Gewalt verknüpft sind, reicherten sich zunächst ganz unterschiedliche gesellschaftliche Diskurse mit den Bildern von guter und schlechter Sexualität und gesundem und krankem Körper an. Von neonazistischer Seite werden scheinbar neutrale Begriffe wie Familie aufgegriffen, kondensiert, biologisiert und dann wieder zurückgeführt zu ihrer mit Gewalt und Ausschluss verbundenen Geschichte. Dies geschieht auf vielfältigen Wegen, meist jedoch durch Bilder, die möglichst viele Menschen verstehen.

Bilder halten fest und geben wieder

Bilder geben Vergangenes nicht nur wieder und halten es fest. Sie sind auch Teilnehmende an und Eingreifende in gesellschaftliche Prozesse (Hechler in diesem Band). Bilder, wie wir sie aus der Zeit des Nationalsozialismus kennen, bilden nicht nur ab, was faktisch existierte. In ihnen sind Stimmungen, Traditionen, Weltbilder, politische Haltungen und Wertungen in kondensierter und instrumenteller Form festgehalten.

Als sie gemacht wurden, zielten sie auf die Erzeugung, Verstärkung und Veränderung von Stimmungslagen bei den Rezipient_innen ab, die zu einem politischen Umschwung führen sollten, ohne dass ein tatsächliches Ereignis vorausgehen musste. Damit diese Absicht Aussicht auf Erfolg hat, so könnte man denken, müssten die Bilder den Eindruck vermitteln, sie seien Abbilder von faktischer Realität oder potentieller Realität, die also tatsächlich existierte oder zumindest hätte existieren können. Das trifft auf die Bilder des Einschlusses und des Ideals, wie beispielsweise auf das Bild der Familie, auch häufig zu.

Interessanterweise sind jedoch viele der diffamierenden Bilder recht eindeutig als Karikaturen und als unrealistische Darstellungen zu erkennen – bis hin zu vor allem antisemitischen und rassistischen Zeichnungen, die aus einer Mischung aus Mensch und Tier bestehen und insofern von einem Abbild realer Menschen weit entfernt sind. Dass Rezipient_innen die Bilder beispielsweise in dieser Form und trotz aller Abwegigkeit, die sie zeigen, in ihrer diffamierenden Absicht verstehen können, hängt damit zusammen, dass weder diffamierende Bilder noch Idealbilder auf einem ‚unbeschriebenen Blatt' im ‚herrschaftsfreien Raum' entstanden sind. Vielmehr haben sie eine konkrete Geschichte, sind durch Geschichte erst in dieser Form mit Sinn zu füllen und geben Geschichte in kondensierter, politisierter und instrumentalisierter Form wieder. Geschichte und deren Protagonist_innen haben diese Bilder erzeugt und durch sie wurde und wird insbesondere von neonazistischer Seite versucht, eine spezifische Version und einen bestimmten Sinn dieser Geschichte für die Zukunft zu sichern.

Bilder bestehen aus Einzelteilen, die mehr sind als ihre Summe

Um zu verstehen, welche Rolle Bilder konkret in Bezug auf Vorstellungen von Ein- und Ausschlüssen spielen, ist es in der pädagogischen Arbeit sinnvoll, sich die Bilder zunächst in ihren Einzelteilen anzusehen. Gleichzeitig bedarf es des Blicks auf die Verbindungen, die aktuell und historisch mit Machtstrukturen und Diskriminierungspraxen in Darstellungen zu finden sind. Die sich aus diesen Bestandteilen ergebende Summe von Aussagen und Verweisen kann häufig andere oder veränderte Aussagen haben, als es die Addition der Einzelteile des Bildes alleine nahelegt. So ist zum Beispiel das antisemitische Bild von Juden und Jüdinnen durch die Propaganda sowie Geschichte der Verfolgung und Ermordung, die mit ihr verbunden ist, mit einer unklaren sexuellen Identität und Orientierung sowie damit einer Gefährdung der Reproduktion der heteronormativen Kleinfamilie eng verknüpft. Infolgedessen zeigt sich bei genauerer Betrachtung, dass eine Addition dieser Zuschreibungen hinter dem zurückbleibt, was beispielsweise das antisemitische Stereotyp transportieren konnte und sollte. In der antisemitischen Zeichnung von Körpern entstanden im Ensemble alter und einzelner Zuschreibungen neue Kategorisierungen, Stereotypisierungen und Machtverhältnisse sowie neue damit verbundene Bilder. So werden homogenisierte Vorstellungen davon, was ‚der gesunde Körper' im Idealfall sein sollte, im nationalsozialistischen Weltbild zu einer eindeutig – auch geschlechtlich – konturierten und bewerteten Setzung. Diese

fand sich nicht nur in der Propaganda des NS wieder, sondern auch – und das ist zentral, um die Gewalttätigkeit zu verstehen, mit der diese Vorstellungen gesättigt sind – in den tatsächlichen gesellschaftlichen Machtverhältnissen.

Diffamierende Bilder von Menschen mit Behinderungen beispielsweise wurden im Zuge dieser Entwicklung nicht nur mit vielen individuellen Ängsten vor Krankheit verbunden. Vielmehr wurden Menschen mit Behinderungen auch für das, was als gesellschaftliche Fehlentwicklung galt, vor allem mit der sogenannten ‚Degeneration des Volkskörpers' verantwortlich gemacht, wie das *Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses* (Reichsgesetzblatt 1933) eindrücklich belegt. Auch diese Zuschreibung ermöglichte die gesetzliche Tötung und Zwangssterilisation von Menschen mit Behinderungen unter Billigung großer Teil der Bevölkerung. Die in diesem Zusammenhang genutzten Vorurteilsstrukturen verbanden sich nicht nur mit faktischem Ausschluss und einer potenziell tödlichen Realität, sondern verbinden in den Köpfen vieler Menschen beispielsweise alle die Personengruppen – Juden und Jüdinnen, aber auch Sinti und Roma – nachhaltig mit Teilen der Befürchtungen, die Menschen mit Behinderungen entgegengebracht wurden und teilweise werden. Entsprechend findet sich die Furcht vor der sogenannten ‚Degeneration des Volkskörpers' durch Krankheit und Behinderung in unterschiedlicher Form im politischen Diskurs bis heute wieder – auch in Diskursen, die zunächst eine ganz andere Stoßrichtung haben.

Repräsentationsräume

Die Disability Studies im Allgemeinen, vor allem aber die Queer Disability Studies und die Crip Theory, beschäftigen sich mit kritischer Theorie und Praxis der politischen Behindertenselbstvertretung und ihrer Verbindungen zu den Queer und Gender Studies. Sie beleuchten die Frage nach Körperbildern aus der Perspektive des nicht in das Bild des gesunden, weißen, männlichen Menschen passenden Körpers im Verhältnis zur heterosexuellen Norm und fragen nach den Folgen dieses Nichtpassens für die Geschlechterperformanz (Hughes/Paterson 1997; McRuer 2000; McRuer 2002; Schönwiese/Mürner 2005; Mürner/Schönwiese 2006; Dederich 2007). Der ‚beschädigte Körper' wird historisch mit als ‚abweichend' und ‚ekelerregend' geltender Sexualität verbunden und er stellt den Subjektstatus der Person in Frage.

Mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen weisen Protagonist_innen dieser Forschungsrichtungen darauf hin, dass es auch und grade eine Frage des Kontextes ist, in dem Bilder von Menschen mit Behinderungen gezeigt werden, wie sie wirken und was sie aussagen. Bilder von Menschen mit Be-

hinderungen sind in ihrer Aussage und ihrer Wirkung abhängig von historischen, ästhetischen und kulturellen Verortungen wie dem Krankenhaus, der Literatur oder dem Labor. Sie prägen Vorstellungen von Behinderung und damit auch von als nicht schön, gesund, erstrebenswert geltenden Körpern entscheidend mit. In „Repräsentationsräumen" (Schönwiese/Mürner 2005) werden Bilder von Krankheit und Behinderung je nachdem, an welchem Ort sie entstanden sind und je nach Kontext, in dem sie auftauchen, abgeschwächt oder verstärkt.

Pädagogische Vermittlungskontexte

Für die pädagogische Arbeit ist der Begriff der „Repräsentationsräume" von Schönwiese/Mürner interessant, weil er darauf hinweist, dass nicht jedes Bild in jedem Zusammenhang die gleiche Wirkung entfaltet. So kann das Bild eines Menschen, der auf einem Krankenhausbett sitzt und optisch nicht vollständig der gesunden, weißen, christlichen Norm entspricht, eine ganz andere Wirkung und einen anderen Sinn entfalten als ein Bild vom selben Menschen im Kontext seiner Arbeit. Bei der pädagogischen Dekonstruktion von Bildern der Normalität ist es entsprechend sinnvoll, sich diese Zusammenhänge vor Augen zu führen, den Kontext mit zu thematisieren und dadurch einer Auseinandersetzung zugänglich zu machen.

Da Bedeutungsverkettungen zur Folge haben, dass auf symbolischer Ebene Sachverhalte in einer Form dargestellt werden, die mit deren ursprünglicher Bedeutung gar nicht mehr viel zu tun haben müssen, sind nicht nur der Ort und Kontext der Aussage oder des Bildes entscheidend, sondern auch ihre Reichweite und die jeweilige Absicht, mit der sie genutzt werden. So ist eine beliebte Beleidigung unter Jugendlichen der Ausdruck ‚du Spasti'. Ursprünglich medizinischen Bereich stammend und sich auf das Krankheitsbild der spastischen Lähmung beziehend, hat dieser Ausdruck, fragt man Jugendliche, häufig keinerlei Verbindung mehr zu dieser, sondern stellt allgemein eine abwertende Bezeichnung für einen Menschen mit einem Verhalten oder einem Körper dar, das bzw. den niemand haben möchte, da es/er mit Ausschluss verbunden wird. Die Abwertung wird genutzt, weil sie wirksam und beleidigend ist und nicht, weil ein Mensch tatsächlich eine spastische Lähmung hat. Sie kann sich auf ein nicht eindeutig männlich oder weiblich wahrgenommenes Verhalten genauso beziehen wie auf Unsportlichkeit, langsame Auffassungsgabe oder als uncool geltende Kleiderauswahl des betreffenden Menschen.

Auch hier gilt, dass sich der Grund für die Möglichkeit solcher Bedeutungsverschiebungen nicht allein in den Vorstellungswelten von Menschen

findet, sondern in den von ihnen geschaffen materiellen Verhältnissen. Durch die lange Geschichte der negativen Bewertung als beschädigt geltender Körper und der korrespondierenden gesellschaftlichen Ausgrenzungs- und Stigmatisierungspraxis bezogen auf Menschen, die mit solchen Körpern in Verbindung gebracht wurden und werden, kann diese Beleidigung losgelöst von ihrer ursprünglichen Bedeutung wirksam verletzend eingesetzt werden und wiederum realen Ausschluss befördern. Auch Vorstellungen, wie sie beispielsweise in den oben genannten Zitaten aus der *Blauen Narzisse* zum Ausdruck kommen, sind deshalb beachtenswert und nicht einfach nur Ideen unter vielen, da auch sie auf eine materielle Praxis des Ausschlusses, der Verachtung und der Gewalt verweisen. Das Potenzial, wirklichkeitseingreifend wirksam zu werden, wohnt nicht allen Diskursen, Bildern und Sprachphänomenen in gleichem Maße inne. Vielmehr müssen diejenigen besondere Beachtung in der pädagogischen Arbeit finden, die sich mit materiellen gesellschaftlichen und historisch gewachsenen Bedingungen von Diskriminierung und Ungleichheit verbinden – und gleichzeitig müssen politische Bemühungen sichtbar werden, die auf veränderte materielle Bedingungen gerichtet sind.

Vor dem Hintergrund, dass sich sowohl eindeutig neonazistische wie auch gesamtgesellschaftliche Diskurse immer wieder auch auf ähnliche Bilder und Vorstellungen von Normalität beziehen, ist es sinnvoll, in Bildungskontexten zunächst die Thematisierung von Normalitätskonstruktionen zu fokussieren, bevor Abweichungen thematisiert werden. Ein erster Schritt und wichtiges Ziel ist es, den „inneren Strom von Bildern" (Schäfer 2005) zu unterbrechen, zu hinterfragen und zu reflektieren. Diese in pädagogischen Vermittlungskontexten zentrale Herausforderung kann nur durch eine konsequent intersektionale Perspektive aufgebrochen werden, da Vorstellungen immer multidimensional verankert und begründet sind.

Um den von rechter Seite gemalten Bedrohungsszenarien etwas entgegenzusetzen, ist eine positiv konnotierte Vervielfältigung von Bildern von Normalität nötig, die es auf lange Sicht wahrscheinlicher machen, dass Assoziationsketten unterbrochen oder irritiert werden können. Die Diversifizierung von Körperbildern, Geschlechterbildern und -angeboten ist eine Voraussetzung dafür, dass Prozesse der Identitätsbildung sich nicht mangels Alternativen an stereotypen Bildern ausrichten. Am Beispiel des thematisch Mädchen und Jungen zugeordneten Spielzeugs zeigt sich, wie wichtig es ist, auch Spielzeug als Handwerkszeug zur Welterschließung aus der vergeschlechtlichten Nutzung herauszulösen und eine reale Diversität von Spielideen zu erarbeiten. Das kann konkret bedeuten, an der Bewertung und den Assoziationsketten anzusetzen, die von Kindern und Jugendlichen mit ganz unterschiedlichen Farben – nicht nur mit rosa und blau – in Zusammenhang gebracht werden. Über eine Ausweitung der möglichen Lieblingsfarben kann es gelingen, über

das ins Gespräch zu kommen, was Jugendliche bewegt – jenseits der Schablone ‚friedliches Mädchen und potenzielle Mutter', ‚wilder Junge und potenzieller Volksheld'. Dies allein kann keine rechte Orientierung verhindern, lässt rechte Argumentationsketten jedoch nicht widerspruchsfrei und alternativlos im Diskurs stehen.

In der pädagogischen Arbeit werden Konzeptionen benötigt, die der Komplexität von Gesellschaft gerecht zu werden versuchen und sich an einem Wissen und einem Umgang mit dem, was Jugendliche ganz konkret vor Ort für ‚normal' und ‚abweichend' halten, orientieren. Ein historisch und intersektional orientiertes Verständnis beispielsweise von Körperbildern kann für Pädagog_innen in diesem Zusammenhang sinnvolles Hintergrundwissen für die professionelle Reflexion bereitstellen und darüber hinaus eine fachliche Grundlage für neonazismusprävентiv ausgerichtete Konzeptionen sein.

Literatur

Barnard, Ian (2004): Queer Race. Cultural Interventions in the Racial Politics of Queer Theory. New York: Peter Lang Verlag.

Boyarin, Daniel, u. a. (2003a): Queer Theory and the Jewish Question. New York/Chichester: Columbia University Press.

Boyarin, Daniel/Itzkowitz, Daniel/Pellegrini, Ann (2003b): Strange Bedfellows. An Introduction. In: Dies. (Hrsg.): Queer Theory and the Jewish Question. New York/Chichester: Columbia University Press, S. 1–18.

Breuer, Gereon (2014): Gender: Die Neue Eugenik? In: Blaue Narzisse vom 01.12.2014. http://www.blauenarzisse.de/index.php/gesichtet/item/5055-gender-die-neue-eugenik [Zugriff: 01.12.2014].

Bunzl, Matti (2000): Jews, Queers, and Other Symptoms. Recent Work in Jewish Cultural Studies. In: A Journal of Lesbian and Gay Studies, Nr. 2, 6. Jg., S. 321–341.

Dederich, Markus (2007): Körper, Kultur und Behinderung. Eine Einführung in die Disability Studies. Bielefeld: transcript Verlag.

Eggers, Maureen Maisha (2013): Diversity Matters: Thematisierungen von Gleichheit und Differenz in der Rassismuskritischen Bildung und Sozialen Arbeit. http://www1.uni-hamburg.de/QUEERAG/test/Text_Diversity_Matters_Thematisierungen_von_Gleichheit_und_Differenz_M.Eggers_2013.pdf [Zugriff: 01.01.2015].

Eschebach, Insa/Jacobeit, Sigrid/Wenk, Silke (2002): Gedächtnis und Geschlecht. Deutungsmuster und Darstellungen des nationalsozialistischen Genozids. Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag.

Fischlin, Daniel (2003): Queer Margins: Cocteau, La Belle et la bête, and the Jewish differend. In: Boyarin, Daniel/Itzkowitz, Daniel/Pellegrini, Ann (Hrsg.): Queer Theory and the Jewish Question. New York/Chichester: Columbia University Press, S. 365–394.

Gehmacher, Johanna (2007): Frauen, Männer, Untergänge. Geschlechterbilder und Gedächtnispolitiken in Darstellungen am Ende des ‚Dritten Reiches'. In: Gehmacher, Johanna/Hauch, Gabriella (Hrsg.): Frauen- und Geschlechtergeschichte des Nationalsozialismus: Fragestellungen, Perspektiven, Neue Forschungen. Innsbruck: Studien-Verlag, S. 240–256.

Günther, Meike (2012): Der Feind hat viele Geschlechter. Antisemitische Bilder von Körpern, Intersektionalität und historisch-politische Bildung. Berlin: Metropol Verlag.

Hamm, Magret (2013): Zwangssterilisationen. In: Gedenkort T4, o. D. http://gedenkort-t4.eu/de/vergangenheit/zwangssterilisationen [Zugriff: 22.02.2015].

Hughes, Bill/Paterson, Kevin (1997): The Social Model of Disability and the Disappearing Body. Towards a Sociology of Impairment. In: Disability & Society, Nr. 3, 12. Jg., S. 325–340.

Klee, Ernst (1983): „Euthanasie" im NS-Staat: Die „Vernichtung lebensunwerten Lebens". Frankfurt am Main: Fischer Verlag.

Küchler, Laura (2009): Die konservative Frau: Abrechnung mit einem Klischee. In: Blaue Narzisse vom 11.08.2009. http://www.blauenarzisse.de/index.php/anstoss/item/974-die-konservative-frau-abrechnung-mit-einem-klischee [Zugriff: 14.01.2015].

Lanwerd, Susanne/Stoehr, Irene (2007): Frauen- und Geschlechterforschung zum Nationalsozialismus seit den 1970er Jahren. Forschungsstand, Veränderungen, Perspektiven. In: Gehmacher, Johanna/Hauch, Gabriella (Hrsg.): Frauen- und Geschlechtergeschichte des Nationalsozialismus. Fragestellungen, Perspektiven, Neue Forschungen. Innsbruck: Studien-Verlag, S. 22–68.

Maximilian, Johannes (2008): Von „Feuchtgebieten" und neuem Feminismus. In: Blaue Narzisse vom 12.11.2008. http://www.blauenarzisse.de/index.php/gesichtet/item/592-von-feuchtgebieten-und-neuem-feminismus [Zugriff: 02.03.2015].

McRuer, Robert (2000): Crip Theory: Cultural Signs of Queerness and Disability. New York: NYU Press.

McRuer, Robert (2002): Compulsory Able-Bodiedness and Queer/Disabled Existence. In: Snyder, Sharon L./Brueggemann, Brenda/Garland-Thomson, Rosemarie (Hrsg.): Disability Studies: Enabling the Humanities. New York: MLA, S. 88–99.

Meiritz, Annett (2013): Der Quark der FDP. In: Spiegel Online vom 27.08.2013. http://www.spiegel.de/politik/deutschland/wahlspot-mit-bruederle-fdp-nutzt-dasselbe-bildmaterial-wie-npd-a-918900.html [Zugriff: 22.o3.2015].

Messerschmidt, Astrid (2003): Bildung als Kritik der Erinnerung. Lernprozesse in Geschlechterdiskursen zum Holocaust-Gedächtnis. Frankfurt am Main: Verlag Julius Klinkhardt.

Mürner, Christian/Schönwiese, Volker (2006): Das Bildnis eines behinderten Mannes. Bildkultur der Behinderung vom 16. bis ins 21. Jahrhundert. Ausstellungskatalog und Wörterbuch. Wasserburg: AG Spak.

Ott, Cornelia (1998): Die Spur der Lüste. Opladen: Verlag Leske und Budrich.

Paul, Gerhard (Hrsg.) (2009): Das Jahrhundert der Bilder. Bildatlas 1900–1949, Band 1. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Paul, Gerhard (Hrsg.–) (2008): Das Jahrhundert der Bilder. 1949 bis heute, Band 2. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
Raab, Heike (2012): Intersektionalität und Behinderung – Perspektiven der Disability Studies. In: Portal Intersektionalität. www.portal-intersektionalität.de [Zugriff: 01.03.2014].
Reichsgesetzblatt (1933): Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses. 14. Juli 1933, Nr. I, Berlin, S. 529.
Roche, Charlotte (2008): Feuchtgebiete. Köln: DuMont Buchverlag.
Schäfer, Burkhard (2005): Erziehungswissenschaft. In: Sachs-Hombach, Klaus (Hrsg.): Bildwissenschaft. Disziplinen, Themen, Methoden. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, S. 213–224.
Schönwiese, Volker/Mürner, Christian (2005): Das Bildnis eines behinderten Mannes. Kulturgeschichtliche Studie zu Behinderung und ihre Aktualität. In: Psychologie und Gesellschaftskritik, Nr. 1, 29. Jg., S. 95–125.
Schroer, Markus (2005): Zur Soziologie des Körpers. In: Ders. (Hrsg.): Soziologie des Körpers. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, S. 7–47.
Speicher, Katja (2009): Textaufgaben für Mädchen: 100 Aufgaben, die Mädchen wirklich begeistern. 2. bis 4. Klasse. Stuttgart: Pons.
Trawnik, Mareike (2015): Pegida – Proteste von Männern? In: Fachstelle Gender und Rechtsextremismus. http://www.gender-und-rechtsextremismus.de/aktuelles/frauen-pegida/ [Zugriff: 18.03.2015].
Werner, Ella Carina (2014): 2 Skateboards? 2 Babys! Zahlen haben kein Geschlecht, dachten wir. Doch jetzt gibt es Mathehefte extra für Mädchen und Jungs. Was ist da los? In: Missy Magazine, Nr. 4, S. 13.
Westall, William (1987): A Queer Race. The Story of a strange People. London/New York: Cassell.
Yuval-Davis, Nira (2001): Geschlecht und Nation. Emmendingen: verlag die brotsuppe.

3.4 Täterinnenbilder: Geschlecht und Emotion in der Rezeption von Zeitzeug_innen-Erzählungen

Katharina Obens

Wie stellen sich Schüler_innen heute KZ-Aufseherinnen vor? Welchen Einfluss haben diesbezüglich historische Imaginationen[1], mit denen die Nachgeborenen die Leerstellen in ihrem Verständnis – hier die Brutalität und rasche Abstumpfung der KZ-Aufseherinnen – erklären? Und wie gehen wir damit um, wenn unsere eigenen, in einem binären Geschlechterverhältnis geprägten Emotionen uns den Blick auf die Geschichte versperren?

Forschungsergebnisse aus der Täterinnenforschung (Erpel 2007; Duesterberg 2002), der Forschung zum Familiengedächtnis (Reiter 2010; Lohl 2010), aber auch zur medialen Inszenierung von NS-Täterinnen und -Tätern (Hanitzsch 2013) lassen den Schluss zu, dass heteronormative Geschlechterverhältnisse und geschlechtsspezifische Tradierungsweisen in Täter_innenfamilien bedeutend zur Rezeption von NS-Täter_innenschaft beitragen. In Studien über die Darstellungen von NS-Täterinnen wurde zudem herausgearbeitet, dass es spezifische gesellschaftliche Distanzierungsstrategien gegenüber Täterinnen gibt: Insbesondere die geschlechtlich gespeiste Dämonisierung (Duesterberg 2002) erlaubt eine Distanzierung und macht es möglich, dass NS-Täterinnen „aus der normalen deutschen Gesellschaft hinaus interpretiert" (Paul 2002: 17) werden. Geschlechtsnormative Glaubenssätze haben so in der Geschichtsdeutung beträchtliche gesellschaftliche Auswirkungen: Vergeschlechtlichte Täter_innenschaftsrekonstruktionen verkomplizieren die juristische Verfolgung der NS-Täterinnen (Heise 2013: 172f.; Paul 2002: 19f.) und das anhaltende Unwissen über die Beteiligung von Frauen beispielsweise am Vernichtungskrieg und an den NS-‚Euthanasie'-Verbrechen

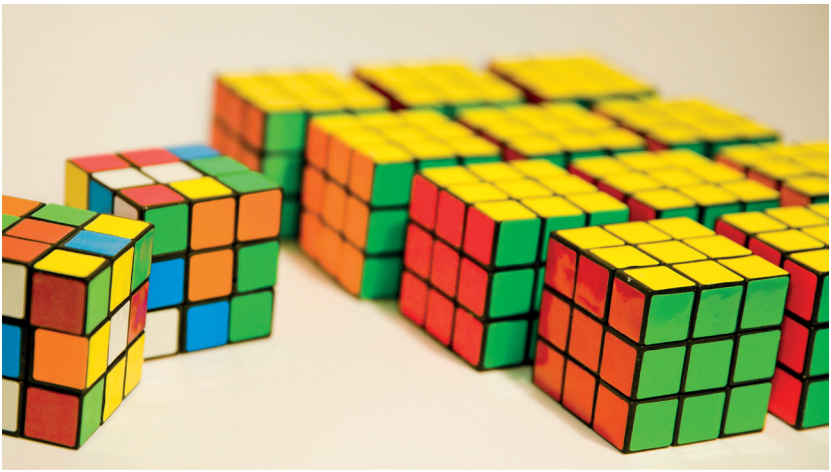
1 Nach Schörken ist die historische Imagination ein aktiver Aneignungsprozess des „Vergegenwärtigen[s] (…) als ein in der Gegenwart Nachvollziehen" mithilfe von Wörtern und Bildern (Schörken 1994: 18). Der vorgestellte historische Lebenszusammenhang macht dabei den intuitiven, emotionalen und konstruktiven Anteil von Vergangenheitsrekonstruktionen deutlich, mit dem die Leerstellen im historischen Verständnis aufgefüllt werden. Sie gehen auf eigenes subjektives Erleben, kulturelle Prägung, historische Deutungen und auch mediale Repräsentation zurück (Assmann/Brauer 2011: 78).

erschwert es den Nachgeborenen, die individuellen Verstrickungen ihrer Vorfahrinnen realistisch einzuschätzen.

In diesem Artikel werden Fragen des Einflusses von Emotionen auf das historische Lernen und die Bildung des jugendlichen Geschichtsbewusstseins aufgeworfen, die bis zur Jahrtausendwende in der geschichtsdidaktischen Forschung noch keine Rolle gespielt haben: In meinem an der Schnittstelle von Psychologie und Geschichtsdidaktik angesiedelten Dissertationsprojekt *Emotionen und historisches Lernen im Zeitzeugengespräch* untersuche ich historische Sinnbildungen von Schüler_innen nach Zeitzeug_innengesprächen im Hinblick auf das Zusammenspiel emotionaler und kognitiver Prozesse. Dafür werden die Zeitzeug_innengespräche und Gruppendiskussionen nach den Gesprächen im Hinblick auf die rationalen und emotionalen Anteile von Schüler_innenvorstellungen[2], historischen Deutungen und Imaginationen sequenzanalytisch interpretiert. Im Rahmen meiner Untersuchung wurden in den Jahren 2008 bis 2012 in drei Untersuchungsintervallen 33 Zeitzeug_innengespräche mit 17 NS-Überlebenden (sechs Männer, elf Frauen) aus acht verschiedenen Ländern untersucht. An den Veranstaltungen nahmen fast 700 Schüler_innen aus elf Bundesländern der 7. bis 13. Jahrgangsstufe teil.

Zur Untersuchung der Frage nach den dominierenden Faktoren der Rekonstruktionen von Täterinnen als historischen Akteurinnen werden im Folgenden *erstens* theoretische und empirische Ergebnisse zum Thema Geschichtsbewusstsein, Emotionen und Gender skizziert. *Zweitens* wird eine knappe Darstellung des Forschungsstands der NS-Täter_innenforschung vorgenommen. Dabei wird die geschlechtlich codierte historische Rekonstruktion von Täterinnen aus der Gruppe der ‚SS-Helferinnen' und der Frauen im ‚Gefolge der SS' fokussiert. In einem *dritten* Arbeitsschritt werden Forschungsergebnisse zum Familiengedächtnis in Täter_innenfamilien skizziert. Dies geschieht, da Studien nicht nur einen differierenden innerfamiliären Umgang mit ‚weiblicher' und ‚männlicher' Schuld nachgewiesen haben, sondern auch geschlechtsspezifische Tradierungsformen und damit zusammenhängende emotionale Deutungsweisen attestieren (Koch-Wagner 2003). *Viertens* werden abschließend die theoretischen Überlegungen mittels einer Falldarstellung aus dem Forschungsprojekt veranschaulicht und Schlussfolgerungen für die Bildungspraxis dargestellt.

2 Schüler_innenvorstellungen sind Alltagskonzepte bzw. implizite Theorien von Lernenden. Sie werden hier gefasst als mentale Konstruktionen aus Erfahrungen, Gefühlen, Kenntnissen, Einstellungen, Interessen, Wertungen von Situationen bzw. zu Inhalten und Themen. Jene Vorstellungen ergeben sich aus kognitiven und affektiven Komponenten (Adamina 2008: 19f.).



Background: Geschichtsbewusstsein, Emotionen und Gender

Konstitutiv für die hier vorgenommene Untersuchung von historischen Lernprozessen ist die Annahme, dass Geschichtslernen und Verstehensprozesse an die gesellschaftlichen Praktiken einer Geschichtskultur, an den Stand der historischen Forschung und an die individuellen Deutungsmuster des Familiengedächtnisses gebunden sind. Geschichte als Bedeutungskonstruktion entsteht folglich in einem Zusammenspiel internalisierter geschichtskultureller Praktiken, die sich in einem lebenslangen Sozialisations- und Lernprozess im Alltagsleben herausbilden (Martens 2012: 236). Dabei erfüllt Geschichte auch eine identitätsvergewissernde Funktion für das lernende Subjekt und weist eine emotionale Komponente auf. Eine umfassende Erforschung des jugendlichen Geschichtsbewusstseins erfordert deshalb auch eine die emotionalen Prozesse umfassende Definition des Geschichtsbewusstseins. Das Geschichtsbewusstsein wird als ein soziogenetisches Produkt aufgefasst, welches in Gruppen verfertigt wird, aber im Individuum gebildet und verankert ist. Zudem wird es von bestimmten (alltagstheoretischen) Gesellschaftstheorien geprägt und ist mittels bestimmter Emotionen ‚codiert', die dem Individuum helfen, sich in geschichtskulturellen, aber auch institutionalisierten Repräsentationen von Geschichte zurechtzufinden. Den Einfluss alltagstheoretischer Gesellschaftstheorien, die zentral auch mit emotional und geschlechtlich codierten Kategorien arbeiten, stellten beispielsweise Ludwig von Friedeburg und Peter Hübner bereits im Jahr 1964 in ihrer Sekundäranalyse von Studien zum jugendlichen Geschichtsbewusstsein von 1945 bis 1964 dar. Sie stellten nicht nur die Strategie der Personalisierung als dominantes Erklärungsmuster des Nationalsozialismus bei den Jugendlichen dar (‚Hitler ist's gewesen'), sondern machten auch deutlich, dass Männer als Handelnde, Frauen als leidend Passive gedacht werden (von Friedeburg/Hübner 1964: 13). An diesen Ergebnissen hat sich in den letzten 50 Jahren nur wenig geändert.[3]

Empathische Mädchen und desinteressierte Jungs? Emotionen im Lernprozess zum Nationalsozialismus

Emotionen werden in der konstruktivistischen Emotionsforschung als Matrizen oder Skripts, d. h. vielschichtige, gelernte und gespeicherte Situations-

3 Die Konstruktion von ‚Frauen als Opfer des Zweiten Weltkrieges' wie auch die patriarchal geprägte Täter-Opfer-Dichotomie wurde erst 1987 mit Christina Thürmer-Rohrs These von der weiblichen Mittäterinnenschaft ins Wanken gebracht. Dass bis heute Frauen vorwiegend als Opfer gedacht werden, trägt zur doppelten Unsichtbarkeit weiblicher Neonazis bei, siehe hierzu auch den Beitrag von Radvan/Lehnert in diesem Band.

erfahrungen aufgefasst (Frijda 1986). Sie dienen der subjektiven Bewertung der konkreten sozialen Realität, sind in selbiger erlernt und daher auch nur vor dem Hintergrund der jeweiligen kulturellen Normen und Werte zu verstehen (Osterkamp/Holzkamp 1999: 18). In der Geschichtsdidaktik besteht heute weitestgehend Einigkeit darüber, dass Emotionen – bewusst oder unbewusst – aufgrund früherer Lernerfahrungen oder Objektbeziehungen[4] das Lernen zum Nationalsozialismus entscheidend prägen (Zülsdorf-Kersting 2007: 447f.).

Die Funktionen von Emotionen beim historischen Lernen in Zeitzeug_innengesprächen lassen sich differenziert darstellen: Emotionen können einen motivationalen Hintergrund bilden, um sich mit Geschichte zu beschäftigen. Das Geschichtslernen mit Emotionen und Imaginationen (fiktional-projektive Vorstellungen der Vergangenheit) hilft Lernenden dabei, Motive von Akteur_innen zu verstehen.[5] Außerdem befördert die Auseinandersetzung mit Emotionen die Ausbildung bestimmter Schlüsselqualifikationen, die als Lernziele für die schulische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus angedacht sind: Perspektivwechsel, (historische) Empathie und Fremdverstehen.

Gruppenbasierte[6] und (selbst-)reflexive Emotionen werden in Lernprozessen zum Nationalsozialismus in Deutschland u. a. in Form von Abwehr (Überdruss, sich mit dem Thema zu beschäftigen), Scham und Schamangst (Marks 2007; Obens 2010), Schuldgefühlen (Rommelspacher 1995), Trauer (Rüsen 2013), (verletztem National-)Stolz und Angst[7] deutlich. Sie prägen oftmals die primären Reaktionen der Schüler_innen, werden aber gegenüber Lehrenden selten offen verbalisiert, sondern äußern sich indirekt in Form von

4 Die von Melanie Klein geprägte Objektbeziehungstheorie thematisiert die Entwicklung von Objektbeziehungen durch Identifikationsvorgänge, Über-Ich-Tradierungen und (Erziehungs-)Handlungen der Eltern. Dabei wird heute als verinnerlichte Objektbeziehung nicht das Bild vom anderen (Objektrepräsentanz) betrachtet, sondern die Beziehung zwischen dem Selbst und dem Anderen, wobei die dabei erlebten Gefühle eine wichtige Rolle für die gedächtnismäßige Kodierung dieser Schemabildung im psychoanalytischen Sinn bilden (Klein 2011).

5 Aufgrund der retrospektiven Betrachtung der Shoah bleiben so beispielsweise Schüler_innen die erst spät einsetzenden Emigrationsbemühungen vieler deutscher Jüdinnen und Juden unbegreiflich. Im Zeitzeug_innengespräch stellt dies für die meisten Überlebenden einen Punkt dar, in dem sie sich in Erklärungsnot wähnen. Über die Erzählungen der Zeitzeug_innen zur emotionalen Verfasstheit ihrer Eltern u. a. zum Patriotismus der Weltkriegsteilnehmer aus dem Ersten Weltkrieg (‚Mir tun die Nazis nichts, ich bin ja Träger des Eisernen Kreuzes') können dann aber die Emotionen, die die Entscheidung für oder gegen eine Auswanderung damals beeinflussten, weitergehend geklärt werden.

6 Gruppenbasierte Emotionen sind Gefühle, die man aufgrund von Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe empfindet. Die Intergroup Emotions Theory (IET) untersucht die sozialen Emotionen in Gruppen(-situationen) (Mackie/Smith/Ray 2008).

7 Dabei spielt bei Täter_innen- bzw. Bystander-Nachgeborenen die Racheangst eine Rolle, bei Kindern aus verfolgten Familien tradierte Vernichtungsängste.

‚emotionalen Tönungen' spontaner Unterrichtsbeiträge, Schüler_innenfragen, historischen Imaginationen oder familiengeschichtlichen Erzählungen. Welche Gefühle genau im Prozess des historischen Lernens eine Rolle spielen oder in welcher Form sie die Wahrnehmung und Verarbeitung von Geschichtsrepräsentationen beeinflussen, kann meines Erachtens aber nur für einzelne Subjekte oder kleinere Gruppen in Form von Fallvignetten geklärt werden. Insbesondere der schulische Kontext und die ihm innewohnende Disziplinierung der Lernenden verkompliziert dabei eine Untersuchung der Emotionen (Schulz-Hageleit 2011: 24). Die mangelhafte Differenzierung von Scham- und Schuldgefühlen in Reaktion auf den Nationalsozialismus stellt ein weiteres Problem dieses Forschungsgebiets dar (Obens 2010: 39–59).

In einem Forschungsüberblick wird deutlich, dass die Forschung zu den Emotionen der heutigen Urenkel_innengeneration der NS-Täter_innen, -Mitläufer_innen und -Zuschauer_innen mit diversen Vorannahmen operiert, die empirisch nicht immer haltbar sind: So werden in Studien Schamanzeichen der befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen übersehen (u. a. Brendler 1997; Rosenthal 1997; Rommelspacher 1995), der konstatierte Mangel aber von verschiedenen Autor_innen beklagt (u. a. Rommelspacher 1995: 35). Schuldgefühle werden in der Täter_innen-(Ur-)Enkel_innen-Generation angeblich überhaupt nicht mehr empfunden (Sichrovsky 1987: 40–49). Lehrende meinen zudem, unterschiedliche emotionale Umgangsweisen mit dem Thema Nationalsozialismus bei Jungen und Mädchen auszumachen. Dehne und Schulz-Hageleit schreiben 1992 zum differierenden emotionalen Zugang zum Nationalsozialismus von Mädchen und Jungen:

> „Bei Jungen fallen eher Distanzierungs- und Abwehrversuche auf. Sie lenken Gespräche vom eigenen Ich, von eigenen Befindlichkeiten ab und suchen scheinbar sachliche, argumentative Auseinandersetzungen. Mädchen verhalten sich in geradezu gegenteiliger Weise: Sie neigen dazu, alle Ereignisse auf sich zu beziehen, und fühlen Mitleid, Trauer, Angst und Schuld. Anders als Jungen sind sie in der Lage, über diese Gefühle zu reden" (Dehne/Schulz-Hageleit 1992: 341).

In diesen Einschätzungen des Seelenlebens von Schüler_innen spielen meines Erachtens aber vielmehr stereotype Wahrnehmungen von ‚empathischen Mädchen' und ‚desinteressierten Jungen' eine Rolle als differenzierte Beobachtungen oder empirische Forschungsergebnisse. Meine Untersuchungsergebnisse verweisen vielmehr auf ähnliche emotionale Reaktionen von Mädchen und Jungen auf traumatische Erinnerungen von NS-Überlebenden, die sie aber eventuell anders verbalisieren. So bringen manche Jungen mehr Verständnis für eine ‚affektarme' Erzählweise der Zeitzeug_innen auf.

Emotionen und Gender in der Geschichte

Mit Blick auf die Verquickung von Emotionen und Gender in Form von stereotypen Codierungen wird deutlich, wie eine Mythologisierung von NS-Täter_innenschaft wirksam wird: Emotionale Skripts sind durch die familiäre Sozialisation, gesellschaftliche Werte und tradierte Vorstellungen von Geschlechterordnungen geprägt. Der vermeintlich authentische Eindruck von ‚typisch weiblichen' bzw. ‚männlichen' Emotionen und Verhaltensweisen macht dabei die Deutungsmacht der scheinbar unhintergehbaren Emotionen aus. Diese Festschreibung hat weitreichende Folgen für das menschliche Zusammenleben: „Soziale Gefühle dienen als Basis von Sozialität und Normativität, als Sanktions- und Machttechnik", schreibt Günter Burkart (Burkart 2007: 159). Auch Raphael Gross führt in seiner Untersuchung moralischer Gefühle im Nationalsozialismus (z. B. Empörung, Scham, Schande, Treue, Ehre und Groll) aus, dass der Nationalsozialismus als Ideologie erst aufgrund der Verzahnung mit den Gefühlen der ‚Volksgemeinschaft' seine volle Wirkungskraft erlangte (Gross 2010: 12f.). So war die „emotionale Verheißung der nationalsozialistischen Identität – Überlegenheit, Einzigartigkeit, Allmacht und Ewigkeit" (Ciompi/Endert 2011: 89) dazu geeignet, auch die Gewaltbereitschaft gegenüber als ‚gemeinschaftsfremd' definierten Menschen zu steigern. Gefühle sind zudem nicht plötzlich wandelbar. Über die (familiäre) Tradierung wirken sie unbewusst auch intergenerationell fort. Demnach sind (un-)moralische Gefühle (oftmals in Zusammenhang mit Selbstrechtfertigungsstrategien) auch heute noch in Interviews mit NS-Täter_innen als Überbleibsel nationalsozialistischer Ideologie nachvollziehbar (u. a. Toussaint 2007: 288).

Die Bedeutung geschlechtlicher Codierungen von Täter_innen und die (angebliche) Genderspezifik von subjektgenerierenden Emotionen wie Schuld- oder Schamgefühlen bilden in der postfaschistischen Gesellschaft demzufolge ein Konglomerat von Möglichkeiten des Pseudolernens (Brendler 1997: 96). Selbiges präsentiert sich u. a. in Form von latenten Abwehrstrukturen, Stresssymptomen, der Vermeidung einer emotionalen Beteiligung oder dem Ausüben pflichtgemäßer ‚leerer emotionaler Gesten'. Demnach ist nicht nur die Subjektivität historischer Personen zentrales Thema der Geschichtswissenschaft und -didaktik, sondern auch die Reflexion eigener Gefühle. Bezogen auf Gender in der Geschichte betrifft dies die Reflexionen zu Wandel und Historizität von Geschlechternormen und unserer aktuellen Rollenbilder.

Täterinnenforschung als Desiderat

Weiterhin bestehen viele offene Fragen in der NS-Täterinnenforschung: Auch heute noch ist Täter_innenschaft im Nationalsozialismus vorwiegend männlich konnotiert (Reiter 2010: 62). Dies ist auch der Tatsache geschuldet, dass die machtfernere Einbindung von Frauen in die Institutionen des nationalsozialistischen Machtapparats die Quellenlage zu den Täterinnen verkompliziert. Beispielsweise spiegelte die offizielle Stellung von Frauen in der Hierarchie der Waffen-SS als ‚Frauen im Gefolge der SS' nicht in vollem Maße ihre eigentliche Machtposition in den Konzentrationslagern wider.[8] Nach 1945 halfen die ehemaligen KZ-Aufseherinnen einer Entschuldung bzw. Entpolitisierung ihrer Rolle im NS-System mittels ‚Feminisierungsstrategien' selbst nach: In den Prozessen und in späteren Interviews stellten sie sich selbst als unpolitische und naive junge Frauen dar, die ohne eigenes Zutun zum Arbeitsdienst im KZ verpflichtet wurden (Toussaint 2007: 287). Das bis heute nachhaltig prägende Bild von KZ-Aufseherinnen wurde so bereits in der frühen Presseberichterstattung u. a. über den ersten Ravensbrück-Prozess 1946 in Hamburg angelegt. Im Prozess des britischen Militärgerichts herrschte unter den Anklägern eine Verunsicherung darüber, wie die Rolle der Frauen im SS-Gefolge juristisch zu bewerten sei. Eine Klärung dieser Frage wurde in den Prozessen durch die Verurteilung eines vermeintlich passenden Charakterbilds umgangen: So wurde Greta Bösel als Exzesstäterin, als herzlose, unweibliche, sadistische Bestie – als Klischee weiblicher NS-Schuld – verurteilt (Heise 2013).

Mediale Darstellungen aus diesen Gerichtsprozessen, wie die Figuren der „Stute von Majdanek" (Hermine Braunsteiner, vgl. Runge 2013), der „Hyäne von Auschwitz" (Irma Grese, vgl. Hollander-Lafon 2013), der „Hexe von Buchenwald" (Ilse Koch, vgl. Smith 1983) und der „Bestie" (Maria Mandl, vgl. Sturm 1982: 136) transportieren so bereits das Bild von KZ-Aufseherinnen

8 Strukturell ist bei der Einbindung von Frauen in der Waffen-SS zu unterscheiden: ‚SS-Helferinnen' waren als ‚Schwesterorganisation der Schutzstaffel' vollgültige, reguläre Mitglieder der ‚SS-Sippengemeinschaft'. Sie arbeiteten in der Verwaltung und im SS-Krankenrevier der Konzentrationslager und waren in den besetzen Gebieten als Funkerinnen, Technikerinnen etc. beschäftigt. Mühlenberg verzeichnet 2.765 Frauen, die die Reichsschule-SS in Oberehnheim besuchten. 2.375 wurden als SS-Helferinnen Angehörige der Waffen-SS. Die KZ-Aufseherinnen jedoch waren Zivilangestellte der SS, die im Konzentrationslager arbeiteten, aber nicht offiziell zur SS gehörten: (Ober-)Aufseherinnen gehörten dem Kommandanturstab des Konzentrationslagers an, wurden aber nach der Tarifordnung des Öffentlichen Dienstes besoldet (Schwarz 1998: 805). Frauen in den Strukturen der SS schienen auch den Alliierten undenkbar. So profitierten Frauen von einer falschen Einstufung ihrer Eingebundenheit in die SS: ‚SS-Helferinnen' wurden während der Entnazifizierung fälschlicherweise häufiger als Wehrmachtshelferinnen angesehen und deswegen nicht als Angehörige der SS verurteilt, die im Gegensatz zur Wehrmacht als verbrecherische Organisation eingestuft wurde (Mühlenberg 2012).

als „deviante Weiblichkeiten“ (Frietsch/Herkommer 2009: 32). Anschließend an diese Figuren wurden die KZ-Täterinnen in der popkulturellen Auseinandersetzung weitergehend sexualisiert (Jelitzki/Wetzel 2010: 220). Auch noch vor zehn Jahren[9] wurden für diese Täterinnengruppe unreflektiert sadistisch-sexualisierte Begrifflichkeiten wie „Foltermägde“ (Klesmann 2004) oder „Nymphomanin mit Reitgerte“ (B.Z. 2005) genutzt.

Die Aufarbeitung der Mittäterinnenschaft ‚normaler Frauen‘ am Vernichtungskrieg leidet so bis heute einerseits an der anhaltenden *Distanzierung durch Dämonisierung* von einzelnen KZ-Täterinnen, an mangelndem Wissen über die aktive Rolle von Frauen an Krieg und Genozid andererseits. Hinter den sadistischen Wärterinnen verschwinden aber die 500.000 Frauen, die als Wehrmachtshelferinnen[10] arbeiteten. Ihre Mitwisserinnenschaft und Mittäterinnenschaft wird bislang im Geschichtsunterricht sehr selten thematisiert und fand bisher auch nicht den Weg in die Geschichtsbücher.

Wie KZ-Überlebende Aufseherinnen darstellen

Für die Verurteilung von KZ-Täterinnen waren aufgrund der schwierigen Quellenlage Augenzeug_innenberichte der ehemaligen Häftlinge unentbehrlich. Ohne den historischen Wert ihrer Aussagen abzuschwächen, muss konstatiert werden, dass jene Berichte von ‚Kindern ihrer Zeit‘ verfasst wurden und ebenfalls unreflektierte geschlechtliche Zuschreibungen enthalten. Ebenso wie die Schüler_innen heute, konnten sich auch die inhaftierten Frauen die Brutalität und schnelle Abstumpfung der sie bewachenden Aufseherinnen nicht begreiflich machen. So formulierten die Häftlinge zwei Typologien ‚abweichender Weiblichkeit‘, mit denen sie sich das Verhalten der Aufseherinnen erklärten. Dieser Sichtweise entsprechend wurden die KZ-Aufseherinnen entweder als ‚Mannsweiber‘ dargestellt, wie es dieses Zitat der Ravensbrück-Überlebenden Hilde Zimmermann ausdrückt:

> „Die Aufseherinnen haben damit kokettiert, dass sie sich ebenso männlich benehmen und die Häftlinge halb tot schlagen können, sie wollten demonstrieren, was sie sozusagen für Burschen sind“ (Zimmermann 1987: 19).

9 In Presseberichten zur Eröffnung der neuen Täterinnen-Ausstellungen in der Gedenkstätte Ravensbrück und im Imperial War Museum in London.

10 Das Wehrgesetz von 1935 verpflichtete Männer wie Frauen (!) zu „Dienstleistungen fürs Vaterland“. Wehrmachtshelferinnen arbeiteten als Nachrichtenhelferinnen, Flugmeldehelferinnen und (bewaffnete) Flakhelferinnen der Wehrmacht in Uniform in den besetzen Länder und hatten in der Wehrmacht steile Aufstiegschancen. Sie waren wie ihre männlichen Kameraden Täterinnen wie Zeuginnen des Vernichtungskriegs (vgl. Aussage ehemaliger Wehrmachtshelferin in Trost 2001).

Oder aber sie wurden als ‚sadistische Schönheiten' wahrgenommen, deren ansprechendes, feminines Äußeres im eklatanten Gegensatz zu ihrer Brutalität stand. Die bei ihrer Deportation nach Ravensbrück elfjährige Ceija Stojka berichtet in ihrem Video-Interview:

> „Die Frauen, die uns dort übernommen haben, die waren schlechter als die Nazi. Die waren schlechter als die Schlächter in Auschwitz. Die waren schlimmer. Und diese zarte Wesen von Gesichter, von rosanen, schönen Frauen. Man kann sich das nicht vorstellen, die kein Herz gehabt haben" (Stojka 1998).

Die Aufseherinnen machten – in den Darstellungen der Gefangenen oftmals als Geliebte von SS-Männern und von ihnen beeinflusst – im ‚Gefolge der SS' Karriere. Die Österreicherin Hanna Sturm, die von 1938 bis 1945 in verschiedenen Konzentrationslagern inhaftiert war, formuliert es dergestalt:

> „So eine junge Aufseherin ist mir beigegeben worden, die war Österreicherin. […] Das war die Mandl. Die war schön, dass ich zu ihr gesagt habe: Frau Aufseherin, gehns heim, tuns net Aufseherin spielen. Sie sind zu schön, um Aufseherin zu spielen. […] Und sie hat geglänzt, Stiefel, feine Uniform, sie war Oberaufseherin, hat befehlen können. Sie hat schlagen können, sie hat erschlagen können. Später war sie dann Geliebte des Kommandanten […]. Je mehr er sie gefördert hat, umso grauslicher ist sie geworden. […] Sie ist zur Bestie geworden" (Sturm 1982: 136).

Unter den Extrembedingungen in den Lagern war die Aufmerksamkeit der Häftlinge auf die Handlungen der Täterinnen gerichtet, um ihre nächsten Schritte vorauszuahnen. Die Gefangenen betrieben die Charakterstudien ihrer Aufseherinnen nicht zuletzt, um ihr eigenes Überleben zu sichern. In ihre Urteilsfindungen bezogen sie aber konsequent auch eine Beurteilung des äußeren Erscheinungsbilds mit ein. Dies stand nicht nur mit einer möglichst genauen Beschreibung des Aussehens der Wärterinnen in den Vernehmungen für die Strafverfolgung in Zusammenhang, sondern diente auch dem Einfangen ihres Charakters: Sie mussten ‚Frauen in Uniform' beurteilen, deren Anblick die Häftlinge damals eventuell ebenso irritiert haben muss wie die Bevölkerung deutscher Städte.[11] Um sie unterscheidbar zu machen, gaben sie ihnen unter anderem Spitznamen, die insbesondere ihre ‚weibliche Brutalität' unterstrichen (Hexe, Hyäne, etc.), aber beispielsweise auch die Namen von Filmstars (Cziborra 2012: 92).

Die Vielstimmigkeit der Aussagen zu KZ-Aufseherinnen lassen den Schluss zu, dass sich das Täterinnenverhalten unter den Bedingungen des Arbeitens im Konzentrationslager schnell radikalisierte. Auch die Brutalität vie-

11 Eine ehemalige Wehrmachthelferin schildert die Reaktionen der Berliner Bevölkerung auf Wehrmachtshelferinnen in Berlin folgendermaßen: *„Wie wir da durch Berlin gingen, und die Leute haben gestaunt: Was sind denn das für Mädchen in Uniform?"* (Zitat aus Trost 2001).

ler Aufseherinnen ist belegt. Aber nicht alle Opfer schildern die ihnen von den Aufseherinnen zugefügten Verletzungen so exakt wie Esther Bejarano, Überlebende der Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau und Ravensbrück. Ihre Schilderung des Zusammentreffens mit der Aufseherin Dorothea Binz stammt aus einem Video-Interview von 1996:

> „[S]ie [Dorothea Binz] war eine ganz Schlimme. So klein, wie sie war, also sie war eine ziemlich kleine Frau und ganz zierlich. Aber ein ganz rabiates Stück. Ich kann mich nur erinnern […] ich bin einmal mit ihr zusammengestoßen […] wir haben Strafe gestanden. […]Und wenn man entlassen worden ist von diesem Strafe stehen, dann musste man ganz schnell zurück in den Block laufen. […] Also, so gut ich kann, bin ich gegangen. Und da kam sie hinterher und hat mir dieses schwere Appellbuch, das sie in der Hand hatte. Das hat sie mir so auf den Kopf geschlagen, dass ich in Ohnmacht gefallen bin" (Bejarano 1996).

Die unter dem Aspekt der Schilderungen von Täterinnenverhalten untersuchten Narrationen von Zeitzeuginnen weisen folglich drei dominante Charakteristika auf: Sie schildern *erstens* oftmals keine konkreten eigenen Erlebnisse. Vielmehr werden eigene Erlebnisse von körperlichen Übergriffen durch Aufseherinnen in Zeitzeuginnengesprächen oder Video-Interviews zumeist verschwiegen. In Autobiographien werden sie oftmals im Kontext von widerständigem Verhalten geschildert (u. a. Sturm 1987: 136). Dies geschieht möglicherweise, um die als traumatisch erlebte Ohnmacht in der Situation nicht wieder aufleben lassen zu müssen. In dem Bezeugen der Misshandlungen ihrer Mitgefangenen, die das Lager nicht überlebten, kommen sie zudem der ‚*duty to testify*' als Augenzeuginnen für die Ermordeten nach.

Zweitens weisen aber nahezu alle untersuchten Berichte eindeutige geschlechtsspezifische Zuschreibungen auf, die von typologischen Gegensätzen leben. Jene orientieren sich fast immer auch an der Körperlichkeit der Aufseherinnen (*„rosanen, schönen Frauen […] die kein Herz gehabt haben"*, *„eine ziemlich kleine Frau und ganz zierlich, aber ein ganz rabiates Stück"*, *„Sie sind zu schön, um Aufseherin zu spielen"*).

In den meisten Erzählungen wird *drittens* das Verhalten der KZ-Aufseherinnen als noch brutaler als jenes ihrer männlichen SS-Kollegen beschrieben. Die geschilderte exzessive Brutalität der KZ-Aufseherinnen wird von der Autorin in keiner Weise in Frage gestellt. Vielmehr scheinen Exzesstäterinnen in der Forschungslandschaft nach wie vor unterrepräsentiert zu sein, so legt es zumindest die jüngst erschienene Studie von Lower zur Beteiligung von Frauen am Vernichtungskrieg in der Ukraine nahe (Lower 2014). Dennoch wirkt das (von Romanautor_innen und Medien begierig aufgegriffene) Bild der ‚weiblichen Bestie' in Deutschland als Distanzierungsmotiv weiter und funktioniert für die Nachgeborenen als Entlastungsfaktor, da sie solcherart Sadistinnen eben nicht in der eigenen Familie vermuten. Eine Reflexion da-

rüber, unter welchen Umständen ‚normale Frauen' ihren Dienst im Konzentrationslager antraten, wurde demnach in der Auswertung der untersuchten 33 Zeitzeug_innengespräche nicht vorgenommen. Demzufolge war zwar ein großes Interesse an den KZ-Aufseherinnen nachweisbar, es wurden jedoch keine Nachfragen zum Thema KZ-Täterinnen an die Überlebenden gestellt oder weiterreichende Überlegungen – jenseits den hier dargestellten – angestrengt. Folglich konnten etwaige gendertypische Mystifizierungen der Aufseherinnen durch die Zeitzeuginnen auch nicht gemeinsam im Dialog aufgeklärt werden.

Familiengedächtnis

Parallel zur ‚Forschungslücke NS-Täterinnen' ist die „Familiarisierung des Schuldproblems" (Schneider 1998) zu sehen. Die Forschung zum Familiengedächtnis zeigt auf, dass die familiären Mythen über die Schuld von Familienmitgliedern eine bedeutsame geschlechtsbezogene Komponente haben (Rosenthal 1997; Rommelspacher 1995; Erpel 2007; Toussaint 2007; Lohl 2010). Die Eigendefinition als ‚Täterkind' erfolgt zumeist über den Vater (Reiter 2010: 62). Die weibliche Linie wird als ‚unpolitisch' wahrgenommen (Wachsmuth 2009). So funktioniert die geschlechtsspezifische Zuschreibung von Täter_innenschaft im familiären Kontext fast ausschließlich mittels traditioneller Väter- und Mutterbilder (Reiter 2010: 62). Intergenerationelle sozialwissenschaftliche Fallstudien stellen zudem dar, dass die Identifikation mit Familienangehörigen in Täter_innenfamilien fast ausschließlich in der gleichgeschlechtlichen Linie vorgenommen wird (Rommelspacher 1995; Rosenthal 1997; Schneider/Stillke/Leineweber 1996; Koch-Wagner 2003; Lohl 2010). Koch-Wagner spricht von einer Verstärkung intergenerationeller Weitergabemechanismen aufgrund „geschlechtsspezifischer Besonderheiten" (Koch-Wagner 2003: 250, zit. nach Lohl 2010: 31). Die von den Autor_innen dargestellten Fallstudien lassen so den Rückschluss zu, dass sich Frauen intensiver mit dem Leben ihrer Mütter und (Ur-)Großmütter, Männer intensiver mit der Geschichte ihrer Väter und (Ur-)Großväter auseinandersetzen. Gegengeschlechtliche Gefühlserbschaften wurden aber bis heute auch noch nicht im selben Umfang wissenschaftlich untersucht. Dementsprechend werden möglicherweise emotionalisierte und vergeschlechtlichte Entlastungsstrategien mit dem eigenen Gefühlsleben der Nachgeborenen in Form von Rollenlernen ‚verknüpft': ‚Sie war unpolitisch und hatte es auch nach 1945 schwer', ‚Er war nur ein kleiner Soldat und auch ein guter Vater' sind eben nicht nur Phrasen,

sondern auch deshalb glaubhaft, weil sie sich augenscheinlich nahtlos in dominante Geschlechterverhältnisse einfügen.

Diejenigen Frauen, deren Mütter oder Großmütter direkt an NS-Verbrechen beteiligt waren, bleiben demnach häufig in der mütterlichen Perspektive auf die Geschichte verhaftet, in der diese sich als Opfer der Verhältnisse darstellen. Sie suchen vor allem nach Argumenten zur Entlastung ihrer (Groß-) Mütter und bringen wenig Empathie für die Opfer auf (Toussaint 2007: 289f.).

Fallbeispiel

Die hier geschilderte Episode stammt aus einer Gruppendiskussion mit fünf Schüler_innen (drei Schülerinnen und zwei Schülern) aus einem Psychologie-Grundkurs des 13. Jahrgangs eines Brandenburger Gymnasiums. Die Diskussion fand nach einem Zeitzeug_innengespräch mit dem jüdischen Ehepaar Weissberg[12] aus Israel statt. Yael Weissberg überlebte mehrere Arbeits- und Konzentrationslager, Aaron Weissberg überlebte gemeinsam mit seiner Mutter in Berlin im Versteck. Die vom Ehepaar Weissberg im Interview gemeinsam vorgenommene Reflexion ihrer Zeitzeug_innenarbeit und der inhärenten ‚weiblichen' und ‚männlichen' Erzählmuster eröffnet auch den Blick für mögliche Rezeptionsfiguren bei den Zuhörer_innen. So sagte Aaron Weissberg im Interview:

> „Yael kommt besser an (lacht). Ich bin doch wie ein Bild im Geschichtsbuch. Ja, weils eben nicht emotional ist. Und Yael ist kein Bild im Geschichtsbuch. Sie ist ein Mensch im Geschichtsbuch. Und ich bin ein Bild, das liegt also sozusagen im Unterschied und in der unterschiedlichen Struktur des Menschen." [INT Weissberg 2008: Z. 276–279].

Yael Weissbergs Erzählung – so meint ihr Mann – sei emotionaler illustriert und so nachvollziehbarer. Er selbst wolle diese Emotionalisierung jedoch nicht. Yael Weissberg hingegen führt die Unterschiedlichkeit in ihren Erzählstrukturen zunächst auf ihre unterschiedlichen beruflichen Laufbahnen (er studierte Philosophie, sie war Lehrerin), aber vor allem auf ihre Erfahrungen mit der Wirkungsweise medial inszenierter Auschwitzbiografik zurück.[13]

12 Alle Namen sind pseudonymisiert.

13 Yael: *„Das haben wir erlebt in Bonn 1980, war zum ersten Mal ein Film im Fernsehen, im ZDF über den Holocaust. Die nannten es nicht Holocaust sondern Weiss, Familie Weiss. Und da haben wir sorgfältig zugehört. Obwohl dieser Film mir überhaupt nicht gefiel, weil er sehr kitschig und sehr amerikanisch war. Aber das hat den Schülern gefallen. Und das war deswegen so gut, weil es da eine Person gab. Es gab die Familie Weiss, es gab das Klavier, die haben Gedichte von Heine aufgesagt. Heile Familie. Und plötzlich ist alles weg. Deswegen*

In der hier untersuchten Episode aus dem Zeitzeug_innengespräch in der Schulaula erzählte Yael Weissberg über die Aufseherinnen im Lager. Die folgende kurze Episode war die einzige Beschreibung von Täter_innenverhalten aus ihrer langen Zeit der KZ-Internierung:

> „Wir hatten in dem Frauenlager Aufseherinnen, also SS-Frauen. Und ich muss euch leider gestehen, auch als Frau, die waren bedeutend schlimmer als die Männer. Die hatten überhaupt kein Mitleid mit den Kleinen. Also ich sag euch, ich war die Jüngste, aber es gab überhaupt kein Mitleid." [ZZG Weissberg 2 2008: Min. 25:04–25:37].

Ergebnisse der Gruppendiskussion nach dem Zeitzeug_innengespräch

Nach dem Zeitzeug_innengespräch diskutierten die fünf Gymnasiast_innen (deren Urgroßeltern als nicht-jüdische Deutsche in der Zeit von 1933 bis 1945 in Deutschland gelebt hatten) in einer 85-minütigen Gruppendiskussion über das Zeitzeug_innengespräch. Erst nach einer äußerst vielseitigen und intensiven Gesprächsphase von 60 Minuten fragte die Gesprächsleiterin nach:

Int: Gibt es ein Gefühl, an das ihr euch noch erinnert, an einem bestimmten Punkt? Du schüttelst mit dem Kopf? [wendet sich an Schüler]

John: Ich fand das nur erschreckend, als er erzählt hat, dass die SS-Frauen eigentlich viel grauenvoller waren als die SS-Männer. Ich habe mich gefragt, warum? Was die für Intentionen hatten, dass die so grausam waren?

Stefanie: Das ist meistens so, dass die Frauen, weiß nicht, woran's liegt, aber vielleicht auch einfach [weil] 'ne Frau ist einfach körperlich, anatomisch schon ein bisschen schwächer. Und dann muss sie das halt damit ausgleichen, dass sie strenger ist. Und sie lässt vielleicht einfach keine Kompromisse zu, weil sie das als eine Art von Schwäche sieht. Denke ich mal. Sie muss halt gleich hart durchgreifen und so ihre Stärke ausdrücken.

John: Aber stehen Frauen nicht irgendwie für Mitleid? Ich meine, es gibt immer wieder Filme, wo man solche grauenvollen Frauen_

Stefanie: /Ja, gerade deswegen, weil man halt denkt, dass Frauen mitleidig sind. Deswegen dürfen sie sowas gar nicht erst zeigen, damit dieses Klischee nicht wieder hochkommt.

John: /Je schlimmer sie handeln, umso mehr Mitleid müsste doch eigentlich aufkommen mit den Personen. Was sie mit denen angerichtet haben, würde ich sagen. Auch wenn man Frau Goebbels gesehen hat. Die hat ja auch die total

glaube ich, was wichtig ist, man kann sich identifizieren mit einer Person. Da sieht man den Schrecken der Geschichte viel besser" [INT Weissberg 276–279].

nette Mutter gespielt und am Ende hat sie trotzdem noch ihre Kinder umgebracht.

Stefanie: Das ist wieder was anderes. Das kannst du jetzt nicht unbedingt mit den KZ-Aufseherinnen vergleichen. [GW Weissberg 2 2008: Z. 1371–1410]

Die einzige spontane Antwort auf die Frage nach eigenen Empfindungen während des Zuhörens bezog sich folglich auf eine empfundene Irritation zur geschilderten Brutalität der KZ-Aufseherinnen. Anhand der Irritation des Rollenbildes des Schülers von der ‚mitleidigen Frau' kommt es zum Interesse an der Fragestellung zu den Täterinnen (*„stehen Frauen nicht irgendwie für Mitleid?"*). Dabei ordnet der Schüler die Aussage zu den KZ-Aufseherinnen jedoch fälschlich Herrn Weissberg zu (*„weil als er erzählt hat"*). Die Feststellung der Zeitzeugin zum – im Vergleich mit den SS-Männern – brutaleren Verhalten der weiblichen Wachmannschaften wird hier unhinterfragt als historischer Fakt übernommen. Fragen der kritischen Quellenanalyse – wie eine Berücksichtigung der Perspektive der Überlebenden als Kind – kommen in der Urteilsbildung der Schüler_innen nicht zum Tragen. Es wird vielmehr ausschließlich nach psychologischen Erklärungen für das geschilderte ‚unweibliche Verhalten' gesucht. Das brutale Verhalten der KZ-Aufseherinnen wird nicht aus der historischen Situation heraus erklärt, sondern mittels der durch die binären Geschlechterverhältnisse geprägten ‚allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten' menschlichen Verhaltens erklärbar gemacht (*„liegt aber vielleicht auch einfach [weil] 'ne Frau ist einfach körperlich, anatomisch schon ein bisschen schwächer und dann muss sie das halt damit ausgleichen, dass sie strenger ist"*). Psychologisches Erklärungsmuster für die Brutalität ist die Überkompensation der wahrgenommenen körperlicher Unzulänglichkeit.

Diese kurze Episode ist interessant, weil Stefanie sich hier – ebenso wie bereits Yael Weissberg zuvor – primär als Frau angesprochen fühlt. Als Frau muss sie dieses deviante weibliche Verhalten (für die Männer) erklärbar machen. Diese Tatsache ist nicht zuletzt dem involvierenden Faktor von gruppenbasierten Emotionen in Geschichtsdarstellungen geschuldet, die es den Rezipient_innen nahelegen, sich mit historischen Akteur_innen zu identifizieren.

Als Referenzebene zur Erklärung des brutalen Verhaltens von KZ-Aufseherinnen rekurrieren die Schüler_innen außerdem auf fiktive Geschichtsdarstellungen aus Romanen und Spielfilmen, wie hier einer Darstellung Magda Goebbels' in Oliver Hirschbiegels Film *Der Untergang* (BRD 2004). Den Vergleich von Magda Goebbels mit KZ-Aufseherinnen findet Stefanie zwar unpassend, aber aus der Perspektive von John haben diese eben eins gemeinsam: Sie sind grausame Frauen im Nationalsozialismus.

Medial vermittelte und scheinbar universelle Erklärungsmuster zu weiblichem Verhalten aus Romanen und Spielfilmen spielen demnach in dieser

Gruppe eine größere Rolle zur historischen Urteilsbildung als Erkenntnisse aus der historischen Forschung zu NS-Täterinnen. So wird ahistorisch über ‚weibliche Brutalität' und das Fehlen des ‚weiblichen Gefühls Mitleid' diskutiert, was den Zugang zu anschließenden historischen (Forschungs-)Fragen und einer quellengestützten historischen Urteilsbildung eher verschließt. Dabei spielen – so meine These – Gefühle nicht nur in der Entschlüsselung von unterschiedlichen Perspektiven auf die historische Situation, sondern auch bei der geschlechtsspezifischen Mythologisierung des Nationalsozialismus eine richtungweisende Rolle.

Um jedoch das aufklärerische Potenzial von Gefühlen – von der Empörung über die anhaltende Verharmlosung der eigenen Verbrechen durch die NS-Täter_innen bis hin zur Empathie mit ihren Opfern – in diesem Kontext besser einsetzen zu können, bedarf es auch neuer Erkenntniswege in der historisch-politischen Bildung zu Nationalsozialismus und Shoah. Dabei sollte die – heute weitgehend akzeptierte – Bedeutung von Emotionen im Prozess des historischen Lernens in der Wahl von Methoden ihren Widerhall finden, die den Lernenden die Möglichkeit gibt, ihre eigenen Gefühle zur Geschichte gemeinsam und wissenschaftlich fundiert aufzuarbeiten.

Geschlechtersubtexte lesen

In der Geschichtsdidaktik gehen die Meinungen darüber auseinander, ob Emotionen als ‚neuer' Forschungsgegenstand gesehen werden sollten oder ob diese als neuartige Kategorie einen ganz anderen Zugang zu Geschichte ermöglichen. Eventuell könnte deren systematische Betrachtung das zeitgenössische Verständnis des historischen Prozesses ähnlich ändern wie vor dreißig Jahren die Kategorie ‚Geschlecht' (Lücke 2012: 187). Die Forderung, ‚Gender' als eigene Dimension des Geschichtsbewusstseins einzuführen, konnte sich aber bisher nicht durchsetzen (Pandel 2005: 21). Auf die enge Verbindung von Geschlechter- und Emotionsforschung macht aber beispielsweise Eckart aufmerksam: Ihrer Auffassung nach kommt die Beschreibung von Geschlechterverhältnissen ohne Gefühlsbegriffe kaum aus und Dekonstruktionsbemühungen speisen sich nicht zuletzt aus emotionalen Motiven (Eckart 2009: 9). Die Kategorien ‚Emotionen' und ‚Geschlecht' sind demzufolge eventuell reziprok codiert und jenes Zusammenspiel verlangt eine kritische Reflexion. Historisch betrachtet ist darstellbar, dass die emotionale Distinktion von ‚Männlichkeit' und ‚Weiblichkeit' – die Geschlechterordnung der Gefühle, die beispielsweise noch heute das Bild der empathischen, passiven Frau und das des aggressiven, aktiven Mannes propagiert – einen ausschlaggebenden Teil

der Geschlechterordnung der Gesellschaft ausmacht (ebd.: 10). Auch aktuelle kulturwissenschaftliche Ansätze zur Erforschung gedenkkulturell geformter Praktiken machen deutlich, dass Emotionen und Geschlechtlichkeit in der medialen Darstellung des Nationalsozialismus eine herausragende Rolle spielen (Hanitzsch 2013). Dem zugrunde liegt die vorherrschende heteronormative Zweigeschlechterordnung im Hier und Jetzt, die in der Betrachtung von Geschichte zumeist noch weiter vereindeutigt wird und anderes undenkbar macht. In dieser Betrachtungsweise wird folglich die Funktionalisierung von Emotionalität und Geschlechtlichkeit in der aktuellen Wahrnehmung von Geschichte aus dem ‚Jetzt' heraus virulent.

Die Fragen von Emotionen und Gender als immanent identitätsbezogener Nexus in den Sphären ‚familiäre Auseinandersetzung zum Thema Schuld', ‚Täter_innenforschung', ‚gesellschaftliche Diskurse zu Täter_innenschaft' und ‚künstlerisch-literarische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus' prägen folglich in dieser gemeinsam gedachten Form das Geschichtsbild der nachfolgenden Generationen bis heute. Die Bedeutung von Geschlechterverhältnissen in der politischen Kultur, die Inszenierung von Männern als Täter und Frauen als Opfer macht sich demnach nicht nur in Gedenkstätten oder im öffentlichen Diskurs über das Gedenken und Erinnern bemerkbar (Eschebach/Jacobeit/Wenk 2002), sondern wirkt nach wie vor in der Subjektkonstitution der Nachgeborenen weiter. Die hier dargestellten Indizien für eine gendertypisierte Wahrnehmung von Täter_innen (und Opfern) verlangen dementsprechend nach einer geschlechtersensiblen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und der Shoah. Auch nach Zeitzeug_innengesprächen ist es deshalb notwendig, eine gemeinsame Reflexion der Gefühlsebene der Zeitzeug_innen, aber auch eigener Gefühlsurteile vorzunehmen. Fragen wie: ‚Was könnten die Gründe dafür sein, dass die (damals 11-jährige) Lagergefangene das Verhalten der Aufseherinnen in dieser Form beurteilte?' könnten dabei hilfreich sein.

In einer Wendung hin zum verstehenden Subjekt kann in Schüler_innengruppen eine Irritation von Glaubenssätzen zum Thema Geschlechterstereotype angeregt werden. Zentral geht es dabei um die Reflexion eigener, im binären Geschlechterverhältnis geprägter Emotionen. Diese kann dazu beitragen, den Zusammenhang von emotionaler Verstrickung und hinausgezögerter Forschung zu Frauen im Nationalsozialismus zu beleuchten. Dabei könnten folgende Fragen aufgeworfen werden: ‚Warum irritiert uns heute immer noch weibliche Brutalität mehr als männliche?' Oder: ‚Frauen arbeiteten in der und für die SS, bei der Gestapo, sie waren als NS-Volkspflegerinnen an den ‚Euthanasie'-Morden sowie bei der Kriminalpolizei an der Erfassung zur Aussonderung beteiligt und arbeiteten als Wehrmachtshelferinnen in den besetzten Ländern. Warum denken wir trotzdem primär an das von der NS-Ideologie

propagierte Rollenbild?‘ Und: ‚Was müssen wir noch über Frauen im Nationalsozialismus lernen, damit wir die Einbettung von Frauen in den NS-Machtapparat wirklich verstehen?‘ Um die Rolle von Frauen im Nationalsozialismus zu diskutieren, wären Sichtungsaufträge zu historischen Fotografien in Schulbüchern und Ausstellungen, die nach der Anzahl, der Funktion und der Rahmung der abgebildeten Frauen fragen, weiterführend. Die Omnipräsenz geschlechtlich codierter historischer Deutungsangebote insbesondere für Täter_innenschaft macht aber eine Reflexion im Schulunterricht kompliziert. Da helfen die wissenschaftlich haltbareren Deutungsangebote von der Täterinnengruppe der KZ-Aufseherinnen als ‚normale Frauen‘ wenig, da sie emotional nicht anschlussfähig bzw. selbsterklärend sind. Das Aufbrechen des Distanzierungsmotivs der sadistischen, sexualisierten Aufseherin in Uniform erscheint aber in Anbetracht der erdrückenden Beweislast gegen ‚ganz normale Frauen‘ nicht nur als Herausforderung der Gedenkstätte Ravensbrück als ehemaliges Frauenkonzentrationslager, sondern sollte auch Eingang in den regulären Geschichtsunterricht zum Nationalsozialismus finden.

Quellen

Literatur

Adamina, Marco (2008): Vorstellungen von Schülerinnen und Schülern zu raum-, zeit- und geschichtsbezogenen Themen. Eine explorative Studie in Klassen des 1., 3., 5. und 7. Schuljahres im Kanton Bern. Dissertation Münster: Westfälische Wilhelms-Universität/Erziehungswissenschaften (unveröffentlicht).

Assmann, Aleida/Brauer, Juliane (2011): Bilder, Gefühle, Erwartungen: Über die emotionale Dimension von Gedenkstätten und den Umgang von Jugendlichen mit dem Holocaust. In: Geschichte und Gesellschaft, Nr. 1, 37. Jg., S. 72–103.

Brendler, Konrad (1997): Die NS-Geschichte als Sozialisationsfaktor und Identitätsballast der Enkelgeneration. In: Bar-On, Dan/Brendler, Konrad/Hare, A. Paul (Hrsg.): „Da ist etwas kaputtgegangen an den Wurzeln“ – Identitätsformation deutscher und israelischer Jugendlicher im Schatten des Holocaust. Frankfurt am Main: Campus Verlag, S. 53–104.

Burkart, Günter (2007): Distinktionsgefühle. In: Landweer, Hilge (Hrsg.): Gefühle – Struktur und Funktion. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Sonderband 14. Berlin: Akademie-Verlag, S. 159–174.

B.Z. (2005): Bislang unbekannte Fotos zeigen die grausamen Gesichter der KZ-Aufseherinnen. Artikel in B.Z. vom 22.11.2005. http://www.bz-berlin.de/artikel-archiv/bislang-unbekannte-fotos-zeigen-die-grausamen-gesichter-der-kz-aufseherinnen [Zugriff: 16.12.2014].

Ciompi, Luc/Endert, Elke (2011): Gefühle machen Geschichte. Die Wirkung kollektiver Emotionen – von Hitler bis Obama. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Cziborra, Pascal (2012): KZ Mehltheuer – Lippenstift statt Lebensmittel. Bielefeld: Lorbeer Verlag.
Dehne, Brigitte/Schulz-Hageleit (1992): Der Nationalsozialismus im Schulunterricht. Dimensionen emotionalen Involviertseins bei Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern. In: Mütter, Bernd/Uffelmann, Uwe (Hrsg.): Emotionen und historisches Lernen. Frankfurt am Main: Verlag Moritz Diesterweg, S. 337–350.
Duesterberg, Julia (2002): Von der „Umkehr aller Weiblichkeit". Charakterbilder einer KZ-Aufseherin. In: Eschebach, Insa/Jacobeit, Sigrid/Wenk, Silke (Hrsg.): Gedächtnis und Geschlecht. Deutungsmuster in Darstellungen des nationalsozialistischen Genozids. Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag, S. 227–243.
Eckart, Christel (2009): Zur Einleitung: Die aufklärerische Dynamik der Gefühle. In: Flick, Sabine/Hornung, Annabelle (Hrsg.): Emotionen in Geschlechterverhältnissen. Affektregulierung und Gefühlsinszenierung im historischen Wandel. Bielefeld: transkript Verlag, S. 9–20
Erpel, Simone (2007): Die britischen Ravensbrück-Prozesse 1946–1948. In: Dies. (Hrsg.): Im Gefolge der SS: Aufseherinnen des Frauen-KZ Ravensbrück. Begleitband zur Ausstellung. Berlin: Metropol Verlag, S. 114–128.
Friedeburg, Ludwig von/Hübner, Peter (1964): Das Geschichtsbild der Jugend. München: Juventa Verlag.
Frietsch, Elke/Herkommer, Christina (Hrsg.) (2009): Nationalsozialismus und Geschlecht. Zur Politisierung und Ästhetisierung von Körper, „Rasse" und Sexualität im „Dritten Reich" und nach 1945. Bielefeld: transcript Verlag.
Frijda, Nico H. (1986): The Emotions. Cambridge: Cambridge University Press.
Gross, Raphael (2010): Anständig geblieben: Nationalsozialistische Moral. Frankfurt am Main: Fischer Verlag.
Hanitzsch, Konstanze (2013): Deutsche Scham. Gender. Medien. Täterkinder. Eine Analyse der Auseinandersetzungen von Niklas Frank, Beate Niemann und Malte Ludin. Berlin: Metropol Verlag.
Heise, Ljiljana (2013): Auswirkungen von Geschlechter- und Medizindiskursen vor Gericht. Der Fall Walter Sonntag im vierten britischen Ravensbrück-Prozess 1948. In: Dietrich, Anette/Heise, Ljiljana (Hrsg.): Männlichkeitskonstruktionen im Nationalsozialismus. Formen, Funktionen und Wirkungsmacht von Geschlechterkonstruktionen im Nationalsozialismus und ihre Reflexion in der pädagogischen Praxis. Frankfurt am Main: Peter Lang Verlag, S. 165–182.
Hollander-Lafon, Magda (2013): Vier Stückchen Brot – Eine Hymne an das Leben. Asslar: Adeo-Verlag.
Jelitzki, Jana/Wetzel, Mirko (2010): Über Täter und Täterinnen sprechen – Nationalsozialistische Täterschaft in der pädagogischen Arbeit von KZ-Gedenkstätten, Berlin: Metropol Verlag.
Klein, Melanie (2011): Das Seelenleben des Kleinkindes und andere Beiträge zur Psychoanalyse. Stuttgart: Klett-Cotta (9. Auflage).
Klesmann, Martin (2004): Öffentlich bedienstete Foltermägde. In: Berliner Zeitung vom 19.10.2004. http://www.berliner-zeitung.de/archiv/aufseherinnen-im-kz---eine-ausstellung-in-ravensbrueck-zeigt-lebenswege-der-taete

rinnen-oeffentlich-bedienstete-foltermaegde,10810590,10223410.html [Zugriff: 16.12.2014].
Koch-Wagner, Gesa (2003): Gefühlserbschaften aus Nazizeit und Krieg – weitergegeben von Müttern an ihre Töchter. In: Analytische Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie, 34. Jg., S. 247–268.
Lohl, Jan (2010): Gefühlserbschaft und Geschlecht – Überlegungen zur Struktur der generationenübergreifenden Folgewirkungen des Nationalsozialismus. In: Figge, Maja/Hanitzsch, Konstanze/Teuber, Nadine (Hrsg.): Scham und Schuld. Geschlechter(sub)texte der Shoah. Bielefeld: transcript Verlag, S. 21–38.
Lower, Wendy (2014): Hitlers Helferinnen. Deutsche Frauen im Holocaust. München: Hanser Verlag.
Lücke, Martin (2012): Didaktik der Geschichte – Geschlechterkonstruktionen historisch erzählen. In: Kampshoff, Marita/Wiepcke, Claudia (Hrsg.): Handbuch Geschlechterforschung und Fachdidaktik. Wiesbaden: Springer VS, S. 185–197.
Mackie, D. M./Smith, E. R./Ray, D. G. (2008): Intergroup emotions and intergroup relations. Social and Personality Psychology Compass, Nr. 2, 5. Jg., S. 1866–1880.
Martens, Matthias (2012): Rekonstruktion historischer Sinnbildung: Zum Nutzen qualitativer Forschung für die geschichtsdidaktische Lehr-/Lernforschung. In: Zeitschrift für Geschichtsdidaktik, Nr. 11, S. 233–250.
Marks, Stephan (2007): Scham – Beschämung – Anerkennung. Reihe Erinnern und Lernen. Texte zur Menschenrechtspädagogik, Band. 3. Berlin: LIT Verlag.
Obens, Katharina (2010): Generation der Scham? Eine Reanalyse sozialwissenschaftlicher Forschung zu Schuld- und Schamgefühlen in der dritten Generation der Täter/-innen. In: Figge, Maja/Hanitzsch, Konstanze/Teuber, Nadine (Hrsg.): Scham und Schuld. Geschlechter(sub)texte der Shoah. Bielefeld: transcript Verlag, S. 39–59.
Osterkamp, Ute/Holzkamp, Klaus (Hrsg.) (1999): Forum Kritische Psychologie, Band 40, Gefühle. Hamburg: Argument Verlag.
Paul, Gerhard (2002): Die Täter der Shoah. Fanatische Nationalsozialisten oder ganz normale Deutsche? Dachauer Symposien zur Zeitgeschichte, Band 2. Göttingen: Wallstein Verlag.
Reiter, Margit (2010): Vaterbilder und Mutterbilder – Geschlechtsspezifische Zuschreibungen von Täterschaft und Schuld in der NS-Nachfolgegeneration. In: Figge, Maja/Hanitzsch, Konstanze/Teuber, Nadine (Hrsg.): Scham und Schuld. Geschlechter(sub)texte der Shoah. Bielefeld: transcript Verlag, S. 61–79.
Rommelspacher, Birgit (1995): Schuldlos – Schuldig? Wie sich junge Frauen mit Antisemitismus auseinandersetzen. Hamburg: Konkret Literaturverlag.
Rosenthal, Gabriele u. a. (Hrsg.) (1997): Der Holocaust im Leben von drei Generationen. Familien von Überlebenden der Shoah und von Nazi-Tätern. Reihe Edition psychosozial. Gießen: Psychosozial Verlag.
Rüsen, Jörn (2013): Die Macht der Gefühle im Sinn der Geschichte. Theoretische Grundlagen und das Beispiel des Trauerns. In: Brauer, Juliane/Lücke, Martin (Hrsg.): Emotionen, Geschichte und historisches Lernen. Geschichtsdidaktische und geschichtskulturelle Perspektiven. Göttingen: V&R unipress, S. 27–46.

Runge, Heike Karen (2013): Im festen Glauben an Gerechtigkeit. In: Jungle World vom 14.02.2013. http://jungle-world.com/artikel/2013/07/47154.html [Zugriff: 16.12.2014].
Schneider, Christian/Stillke, Cordelia/Leineweber, Bernd (1996): Das Erbe der Napola. Versuch einer Generationengeschichte des Nationalsozialismus. Hamburg: Hamburger Edition.
Schneider, Christian (1998): Schuld als Generationenproblem. In: Mittelweg 36, Nr. 4, 7. Jg., S. 28–40.
Schörken, Rolf (1994): Historische Imagination und Geschichtsdidaktik. Paderborn: Schöningh.
Schulz-Hageleit, Peter (2011): Zur emanzipatorischen Kraft von Emotionen. Denkanstöße zum Verhältnis von Verstand und Gefühl in der historisch-politischen Bildung. In: Zeitschrift für Didaktik der Gesellschaftswissenschaften, Nr. 1, 2. Jg., S. 10–27.
Schwarz, Gudrun (1998): Frauen in Konzentrationslagern – Täterinnen und Zuschauerinnen. In: Herbert, Ulrich/Orth, Karin/Dieckmann, Christoph (Hrsg.): Die nationalsozialistischen Konzentrationslager. Entwicklung und Struktur, Band 2. Göttingen: Wallstein Verlag, S. 800–821.
Sichrovsky, Peter (1987): Schuldig geboren. Kinder aus Nazifamilien. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
Smith Jr., Arthur Lee (1983): Der Fall Ilse Koch – Die Hexe von Buchenwald. Köln: Böhlau Verlag.
Sturm, Hanna (1982): Die Lebensgeschichte einer Arbeiterin. Vom Burgenland nach Ravensbrück. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik (2. Auflage).
Sturm, Hanna (1987): Die Sturm-Kolonne. In: Berger, Karin/Holzinger, Elisabeth/Podgornik, Lotte/Trallori, Lisbeth N. (Hrsg.): Ich geb Dir einen Mantel, daß Du ihn noch in Freiheit tragen kannst. Widerstehen im KZ. Österreichische Frauen erzählen. Wien: Promedia Verlag, S. 131–136.
Thürmer-Rohr, Christina (1987): Vagabundinnen. Feministische Essays. Berlin: Orlanda Frauenverlag.
Toussaint, Jeanette (2007): „Sie ist dorthin gekommen und hat ihre Arbeit gemacht." Interviews mit einer ehemaligen SS-Aufseherin und ihren Töchtern. In: Labouvie, Eva/Myrrhe, Ramona (Hrsg.): Familienbande – Familienschande: Geschlechterverhältnisse in Familie und Verwandtschaft. Köln/Wien: Böhlau Verlag, S. 279–292.
Wachsmuth, Iris (2009): Tradierungsweisen von Geschlechterbildern. Der Umgang mit familiengeschichtlichen Verstrickungen in den Nationalsozialismus. In: Frietsch, Elke/Herkommer, Christina (Hrsg.): Nationalsozialismus und Geschlecht. Bielefeld: transcript Verlag, S. 433–441.
Zimmermann, Hilde (1987): Wie auf Eis gelegt. In: Berger, Karin/Holzinger, Elisabeth/Podgornik, Lotte/Trallori, Lisbeth N. (Hrsg.): Ich geb Dir einen Mantel, daß Du ihn noch in Freiheit tragen kannst. Widerstehen im KZ. Österreichische Frauen erzählen. Wien: Promedia Verlag, S. 15–23.
Zülsdorf-Kersting, Meik (2006): Identitätsstiftung durch das Grauen? Jugendliche und das Thema „Holocaust". In: Ders. (Hrsg.): Zeitschrift für Genozidforschung, Nr. 2, 7. Jg., S. 67–90.

Interviews

Bejarano, Esther, Interview 18155, Visual History Archive. USC Shoah Foundation © 2014. Internet: http://www.vha.fu-berlin.de [Zugriff: 13.09.2009].
Stojka, Ceija Interview 45023, Visual History Archive. USC Shoah Foundation © 2014. Internet: http://www.vha.fu-berlin.de [Zugriff: 13.09.2009].
Weissberg, Yael und Aaron (2008): Interview (INT), Zeitzeug_innengespräch (ZZG) und Gruppendiskussion (GD) mit Schüler/innen aus Brandenburg.

Filme

Trost, Gabriele (2001): Frauen in Uniform – Wehrmachtshelferinnen im 2. Weltkrieg. Dokumentarfilm. SWR.

3.5 Zur Renaissance der ‚Erbtüchtigkeit'

Andreas Kemper

Sozialdarwinismus ist ein generell zu wenig beachtetes Thema, wenn es um aktuelle faschistische Tendenzen geht, insbesondere im Hinblick auf die Geschlechterordnung. Dabei machen nicht nur die politisch motivierten Morde an Obdachlosen und der Hass auf die ^Unterschicht^[1] deutlich, dass die Verachtung gegenüber denjenigen, die ‚es nicht geschafft haben', die den (männlichen) Anforderungen der ^Überlegenheit^, Autonomie und dergleichen mehr nicht gewachsen sind, groß ist. Diese ^Überlegenheitsdünkel^ zielen nicht einfach auf ökonomische Leistungsfähigkeit, sondern biologisieren diese zu einer vermeintlichen ‚Erbtüchtigkeit'. Geschlechter- und sexualpolitische Auseinandersetzungen spielen hierbei eine wichtige Rolle, da heteronormative und klassistische[2] Familien- und Sexualpolitiken dem Primat einer vermeintlichen Leistungssteigerung folgen. Dies wird beispielsweise im Fall der skandalösen Bevorzugung von besser oder gut verdienenden Akademiker_innen beim Elterngeld deutlich, die mit einer gesellschaftlichen Produktion von Verachtung[3] gegenüber zum Beispiel armen Familien mit vielen Kindern einhergeht.

Im Folgenden wird die These vertreten, dass der Kapitalismus vor allem in Deutschland schon immer eher auf einer vermeintlich erblichen Tüchtigkeit als zentralem Tugendbegriff beruhte als auf Leistung. Im Zuge der Wirtschaftskrise und der Abwehrstrategien der Mittelklassen wird diese Erbtüchtigkeit wieder manifester.

1 Die Dachzeichen ^...^ rahmen Wörter ein, die klassenbezogene Begriffe vertikal hierarchisieren. Zweck dieser Rahmung ist die Durchbrechung unbewusster Denkmuster, die die beherrschte Klasse unten, die herrschende Klasse oben ansiedelt und gleichzeitig diese Orte unterschiedlich wertet, was sich in der Topologie von ^Ab-^ und ^Aufwertung^ zeigt.

2 Klassismus ist die Diskriminierung aufgrund von sozialer Herkunft oder sozialer Position, z. B. die Benachteiligung von Arbeiter*innenkindern, Gewalt gegen Obdachlose, Abwertung von Arbeitslosen (Kemper/Weinbach 2009).

3 Als Facetten „gesellschaftlicher Produktion von Verachtung" gegenüber Hauptschüler_innen drückt sich diese aus „als verweigerte Anerkennung, als klassenbedingte Abstufung, als Demütigung in der Schule und bei der Suche nach einem Arbeitsplatz, als medialer Stigmatisierungsprozess, als impliziter oder expliziter Vorwurf im Familienkontext sowie anhand von Formen öffentlicher Anschuldigung" (Wellgraf 2012: 303).

Leben wir in einer Leistungsgesellschaft?

Sozialdarwinismus und Antidiskriminierung

Betrachten wir im europäischen Kontext oder auch in Deutschland die Antidiskriminierungsgesetze, dann fällt vor allem eines auf: Es finden sich keine Passagen zur klassenbezogenen Diskriminierung. Weder Arbeitslosen- noch Obdachlosendiskriminierung wird dort erwähnt. Die Diskriminierung aufgrund von sozialer Herkunft fand sich ursprünglich im Katalog der Europäischen Antidiskriminierungsrichtlinie, war aber das einzige Merkmal, das aus diesem Katalog verschwand, als das Gesetz auf den Weg gebracht wurde. Als im Grünbuch zum Antidiskriminierungsgesetz die Frage gestellt wurde, ob die Diskriminierungsmerkmale dieser Richtlinie um die Merkmale der EU-Charta ergänzt werden sollten, warnte explizit der Verband der Arbeitsgemeinschaft Selbstständiger Unternehmer (ASU; heute: Die Familienunternehmer) davor, soziale Herkunft als Diskriminierungsmerkmal anzuerkennen.

Verstärkt haben sich seit 2008 in Deutschland vor allem die Diskriminierungsformen, die unmittelbar mit der Verwertbarkeit im Produktionsprozess zu tun haben: Arbeitslosen- und Obdachlosenabwertung sowie Behindertenfeindlichkeit. Nach Heitmeyer wurden Werte aus der Ökonomie in die Gesellschaft ausgedehnt. Dies hatte auch Folgen für die Forschung zur „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit". Klassismus und Behindertenfeindlichkeit hatten dort zunächst noch analog zu den Europäischen Antidiskriminierungsrichtlinien keine explizit eigenen Kategorien, sondern wurden unter dem Begriff „Heterophobie" zusammengefasst. 2005 wurde das Syndromelement „Heterophobie" in die Merkmale „Homophobie", „Obdachlosen-" und „Behindertenabwertung" aufgespalten; 2007 kam das Element „Langzeitarbeitslosenabwertung" hinzu (Heitmeyer 2008: 26). Die Marktwirtschaft werde, so Heitmeyer, zur Marktgesellschaft. Menschen würden wieder zunehmend nicht mehr nur im Arbeitsbereich an ihrem Arbeitsvermögen bewertet, sondern auch außerhalb des Arbeitssektors (Heitmeyer 2008: 55ff.; Heitmeyer 2007).

Im Zuge der Wirtschaftskrise fanden aber nicht nur Verschiebungen bei den Opfern von Diskriminierung statt, sondern auch bei den Täter*innen. Heitmeyer benennt hier die Ausweitung der „rohen Bürgerlichkeit" in Kreisen der Besserverdienenden (Heitmeyer; zitiert nach Goettle 2012). In Begleitung von „neoliberalen Diskursen" trieben die „intellektuellen Diskursagenten und Wissenschaftler, insbesondere der wirtschaftswissenschaftlichen und politischen Eliten" (ebd.) eine gesellschaftliche Spaltung voran. Zum „verrohten Bürgertum" könne auch die Leser*innenschaft des Sarrazin-Buches *Deutschland schafft sich ab* gezählt werden.

Von der ‚Tüchtigkeit' zur ‚Leistung'

Der Begriff ‚Leistung' löste in den 1950er- und 1960er-Jahren zunehmend den Begriff ‚Tüchtigkeit' ab. ‚Leistung' klingt messbarer, was daran liegen mag, dass es sich auch um einen physikalischen Begriff handelt. Der Begriff ‚Leistung' suggeriert die objektive Messbarkeit und damit Vergleichbarkeit des Arbeitseinsatzes. Zudem scheint er weniger moralisch aufgeladen zu sein als der Begriff ‚Tüchtigkeit', der etymologisch mit dem Begriff ‚Tugend' verwandt ist.

Die Ersetzung der ‚Tüchtigkeit' durch die ‚Leistung' ging mit einer Neuformulierung der geforderten Tugenden einher. Waren im Nationalsozialismus ‚soldatisch-männliche Tugenden' gefragt, komplementiert durch die Tugenden der ‚deutschen Mutter', so wurden in den sogenannten ‚Wirtschaftswunderjahren' ‚bürgerliche Tugenden' hervorgehoben. Das Tugendsystem löste sich anscheinend aus dem völkisch-nationalistischen Wertesystem und wandte sich verstärkt den Anforderungen der bürgerlich-kapitalistischen Marktwirtschaft zu.

Der Begriff ‚Leistung' legt andere Konnotationen nahe als der Begriff ‚Tüchtigkeit'. Ist mit ‚Tugend' moralisch und sittlich vorbildhaftes Verhalten verknüpft, rufen ‚Leistung' oder ‚Leistungsfähigkeit' Begriffe wie ‚Befähigung', ‚Steigerung', ‚Belastbarkeit', ‚Fitness' und dergleichen mehr auf. Ein Grund für die Ersetzung von ‚Tüchtigkeit' durch ‚Leistung' mag auch die Assoziation mit der militaristischen ‚Wehrertüchtigung' sein.

Werden auf der einen Seite Leistungsbegriffe angelegt, so folgt das Schulsystem in der Bundesrepublik Deutschland ganz und gar nicht solchen Leistungskriterien, sondern vielmehr Vorstellungen von Begabungen bzw. ‚Begabungstypen'. 1946 hatte die Alliierte ZOOK-Kommission dringend empfohlen, die frühe soziale Selektion abzuschaffen, weil das gegliederte Selektionssystem der deutschen Schule sowohl eine ^Untertanenmentalität^ fördere als auch sozial ungerecht sei. Dennoch führten die Länder der Bundesrepublik Deutschland das früh selektierende Schulsystem fort. Grundlage waren ‚Untersuchungen', die NS-Bevölkerungswissenschaftler*innen wie Karl-Valentin Müller Ende der 1940er-Jahre vorlegten; diese stellten für die niedersächsische Regierung fest, dass es drei erblich unterschiedliche ‚Begabungstypen' gebe, an denen sich das deutsche Schulsystem ausrichten solle. Seither wurde mit einer Vielzahl von Studien (Hamburger LAU-Studien, IGLU-Studien) nachgewiesen, dass die Empfehlung für das Gymnasium und der tatsächliche Wechsel ans Gymnasium nicht nur auf Leistung, sondern ebenso auf soziale Herkunft zurückzuführen sind. Schüler*innen mit sogenannter ^niederer^ sozialer Herkunft müssen im Schnitt sehr viel bessere Noten und sehr viel bessere Testergebnisse vorweisen als Schüler*innen aus privilegierten Familien. Diese Übergänge entscheiden aber in erheblichen Maße über das spätere

Leben. Kinder aus privilegierten Elternhäusern werden auf diese Weise weiter privilegiert.

Während der Leistungsbegriff die Betonung von Fleiß und Effizienz aus dem Begriff ‚Tüchtigkeit' übernimmt, führt der Begabungsbegriff die Implikationen des Begriffs ‚Erbtüchtigkeit' fort. Der Begabungsbegriff setzt nicht allein am Individuum an, sondern an der Familie. Oder anders gesagt: Fokus der ‚Begabung' ist die vermeintliche ‚Leistung' der Familie. Grundlage ist die Familie als ‚Keimzelle der Nation'. In dieser Logik wäre es auch eine ‚Leistung', wenn Vermögen geerbt wird. In einer Leistungsgesellschaft, die am Individuum ansetzt, dürfte es keine Erbschaften geben, schließlich sind Erbschaften nicht erarbeitet und verletzen somit die Spielregeln – und damit auch das Spiel der Leistungsgesellschaft als solcher. Der Begriff ‚Leistungsgesellschaft' ist daher als ideologischer Begriff zu interpretieren; unsere Gesellschaft basiert nicht vorwiegend auf dem Leistungsgedanken.

AfD: Mut zur Erbtüchtigkeit

Hegemonial ist in der Bundesrepublik Deutschland nicht die Idee der Leistungsorientierung, sondern die der Erbtüchtigkeit. Allerdings ist seit dem Ende des Nationalsozialismus der Begriff ‚Tüchtigkeit' bzw. ‚Erbtüchtigkeit' weitgehend diskreditiert, daher wird von ‚Leistung' gesprochen. Lediglich in einer kurzen Phase, die mit der Feststellung der ‚Bildungskatastrophe' durch den Pädagogen Georg Picht in den 1960er-Jahren begann und 1978 mit dem Kongress *Mut zur Erziehung* endete, waren die Idee der Chancengleichheit und der mit diesem Begriff einhergehende Leistungsgedanke hegemonial. Während der Tagung *Mut zur Erziehung* wurden die Sekundärtugenden (Gehorsam, Disziplin, Sauberkeit, Pünktlichkeit, Ordnung, ...) beschworen, die durch die Bildungsreformen seit Anfang der 1970er-Jahre zurückgedrängt worden waren.

Die Phrase ‚Mut zu' kann ihrerseits als ein Aufruf zur individuellen und kollektiven Selbstertüchtigung interpretiert werden. In den 1990er-Jahren gingen die Republikaner mit *Mut zu Deutschland* in den Wahlkampf (Leggewie 1989). Der Konvent für Deutschland von Hans-Olaf Henkel und Roman Herzog gab Mitte des letzten Jahrzehnts den Sammelband *Mut zum Unterschied* (Herzog u. a. 2008) heraus – Henkel spezifizierte diese Parole in der neurechten Jungen Freiheit mit „Mut zum produktiven Unterschied"(Henkel 2006). Und die Alternative für Deutschland (AfD) trat im Bundeswahlkampf mit *Mut zur Wahrheit* und bei der Europawahl mit *Mut zu Deutschland* an. Diese politische Ertüchtigung geht mit den Werten der Sekundärtugenden einher. Tüchtigkeit und Tugend sind, wie oben bereits erwähnt, etymologisch verwandt. Als Bezugspunkt hierfür kann die philosophiegeschichtliche Überführung

des mittelalterlichen Tugendbegriffs in die staatspolitische Tüchtigkeit durch Machiavellis Begriff „*Virtù*" angesehen werden. Der Machiavellismus, wie er in *Il Principe* ausgeführt wird, gilt daher als Bezugspunkt rechtskonservativer Diskurse und Initiativen. Machiavellis Rede von der *Virtù des Volkes* und der *Virtù des Fürsten*, waren die ersten Ansätze für eine Biopolitik, da die Virtù des Volkes mit „Bevölkerungsqualität" übersetzt werden kann, also einen zentralen Begriff der späteren Rassenhygiene vorwegnimmt.

‚Lohnposition': Erbe, Rente und Elterngeld

Erbschaften in der Leistungsgesellschaft?

Der offensichtlichste Widerspruch zur Behauptung, wir lebten in einer ‚Leistungsgesellschaft', ist die Praxis des Erbens. Lebten wir in einer Leistungsgesellschaft, dürften keine Vermögensverteilungen nach dem Erbschafts-Prinzip durchgeführt werden, weil jede Erbschaft die Leistungsidee in ihrem Kern konterkariert. Dieser Punkt soll an dieser Stelle aufgrund seiner Offensichtlichkeit nur kurz ausgeführt werden: Zwischen 2010 und 2020 werden in Deutschland mehr als 2,6 Billionen Euro leistungslos von einer Generation zur nächsten wechseln (dapd 2011). Dieser vererbte Betrag entspricht ungefähr dem Zehnfachen der Gesamtauszahlung des Arbeitslosengeldes II. Dieser Transfer unter den Besitzenden basiert auf verschiedenen Grundlagen, auf die im Folgenden eingegangen werden soll.

Altersrente und Kinderrente

Mit der Rentenreform von 1957 wurde die relative Lohnposition als Kategorie für die Altersversorgung eingeführt. Die individuelle Altersversorgung ist seither abhängig vom individuellen durchschnittlichen Stundenlohn und der Dauer der individuellen Lebensarbeitszeit. Rentner*innen erhalten kein Äquivalent für Leistungen, denn da sie aus dem Produktionsprozess ausgeschieden sind, leisten sie in der Logik des kapitalistischen Produktionsprozesses nichts mehr. Stattdessen wird das Konstrukt der ‚relativen Lohnposition' eingeführt. Mit der ‚relativen Lohnposition' scheint eine gesellschaftliche Stellung gemeint zu sein, die nicht nur im Nachhinein für die Altersrente ermittelt werden könne, sondern auch als erwartbare Position der Kinder. Sie wird ähnlich hypostasiert wie das ‚Schulziel' der Primarschüler*innen als „metapäda-

gogischer Vorgang" (Habermas 1961: 191) gesetzt wird.[4] Dies geht einher mit der Ermittlung einer sogenannten „Kinderqualität" (Kolb 2007; Steinmann 2007), worauf ich später zu sprechen komme.

Dass es sich bei der relativen Lohnposition nicht einfach um eine Leistungsorientierung handelt, wird deutlich, wenn das Schreiber-Papier herangezogen wird, auf dem das Altersrentenmodell von 1957 basiert. Dieses Papier des Präsidenten des Katholischen Unternehmerverbandes sah zwei Rentenmodelle vor, die zusammenhingen: die Altersrente und die Kinderrente.

Die Kinderrente wurde 1957 im Gegensatz zur Altersrente nicht eingeführt. Stattdessen entschloss sich die Regierung, ein egalitäres Kindergeld einzuführen. Dies hätte auch eine Option für die Altersversorgung sein können, die SPD legte das Konzept einer einheitlichen steuerfinanzierten Grundrente bereits 1952 vor (Opielka 2004: 11). Tatsächlich existiert in anderen europäischen Staaten eine einheitliche Volksrente, beispielsweise in Dänemark (Deutsche Rentenversicherung 2014). Durchgesetzt hat sich dann jedoch das Altersrentenmodell, welches für jede*n Arbeiter*in und Angestellte*n eine Position in Abhängigkeit von Durchschnittslohn und Lebensarbeitszeit ermittelt (Schreiber 2004: 24–31).

Im Modell der Kinderrente wird die tatsächliche Bezugsgröße der Lohnposition deutlich. Denn auch für Kinder sollte eine Lohnposition ermittelt werden. Die Kinderrente sollte in der Höhe eines einheitlichen Prozentsatzes des Einkommens der Väter gezahlt werden. Je höher der Lohn des Vaters, desto höher die Rente, die die Kinder erhalten sollten. Die entsprechende Rentenkasse sollte wiederum durch die Empfänger*innen der Kinderrente ab dem 35. Lebensjahr aufgefüllt werden. Eingezahlt werden sollte allerdings nicht die tatsächlich in der Kindheit erhaltene individuelle Rente, sondern ein prozentueller Anteil des aktuellen Einkommens. Diese Einzahlung sollte zudem abhängig von der Anzahl der eigenen Kinder sein: je mehr Kinder, desto gerin-

4 Jürgen Habermas (1961: 191) führt aus: „Von dem breiten Hintergrund des gesellschaftlich bestimmten Bildungsschicksals des Kindes wird das ‚Setzen des Schulziels' als ein ‚metapädagogischer Vorgang' isoliert; es wird als Ausdruck des ‚ganzen sozialen Selbstbewusstseins, der sozialen Lebensansprüche' seiner Eltern hypostasiert, damit nicht ‚die soziale Dimension des Leistungs- und Bildungswillens' im Begabungsbegriff ‚unterschlagen' werden […]. Offenbar bevorzugt Schelsky einen Begabungsbegriff im Sinne Karl Valentin Müllers, in den die ‚soziale Bewährung' der Eltern ebenso eingeht wie die ‚Zucht der Tradition', die sie mit ihren Kindern verbindet und in ihnen spezifische Antriebslagen schafft […]. Beides mag sich dann im ‚sozialen Durchsetzungswillen' der Eltern dokumentieren. Wenn man diesen subjektiven Faktor aber, vor jeder soziologischen Analyse seines Zusammenhangs mit der objektiven Interessenlage des gesellschaftlichen Status, als Zurechnungsbasis für schulische Begabungsatteste empfiehlt, dann sollte man die Implikationen dieses Verfahrens nicht verschweigen: im Maße der Berücksichtigung jenes Faktors wird von vorneherein nicht die Begabung des Schülers als Individuum, sondern eine Zugabe in Form von Statusvorteilen der Familie prämiert."

ger die einzuzahlende Kinderrente. Kinderlose sollten den doppelten Betrag einzahlen. Das Kinderrentenmodell macht deutlich, dass sich die Lohnposition auf Erbtüchtigkeit und nicht auf Leistung bezieht (ebd.).

Der Verband der Katholischen Unternehmer hat den Schreiber-Plan vor wenigen Jahren im Internet zugänglich gemacht. Im sächsischen Wahlkampf 2014 bezog sich wiederum der Landesverband Sachsen der AfD explizit auf diesen Plan (AfD Sachsen 2014: 4) und nahm ihn zu den Landtagswahlen im Sommer 2014 explizit als umzusetzendes Modell in ihr Parteiprogramm auf. Frauke Petry, Bundessprecherin der AfD und Landessprecherin in Sachsen, kennzeichnete die neue politische Ausrichtung der AfD in Sachsen als „Bevölkerungspolitik" (Junge Freiheit Verlag 2014). Mit dieser Ausrichtung erreichte die AfD erstmals ein beinahe zweistelliges Ergebnis.

Mit der Reaktivierung des Kinderrentenmodells im parteipolitischen Diskurs wurde ein Trend in der Familienpolitik fortgesetzt, der in der ersten Hälfte des letzten Jahrzehnts entstand: der Paradigmenwechsel der Familienpolitik von einer sozialpolitischen zu einer bevölkerungspolitischen Orientierung unter dem Label „nachhaltige Familienpolitik" (Kahlert 2007).

Elterngeld

Die „nachhaltige Familienpolitik" entstand im Zusammenhang mit einer Demographisierung der Sozialpolitik. In Deutschland bekämen ‚die Falschen', nämlich die ‚Unterschicht', die Kinder, behauptete beispielsweise der spätere Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (Bahr; zitiert nach Middel 2005). Auf der Grundlage falscher Interpretationen empirischer Daten wurde eine fatale Akademikerinnen-Kinderlosigkeit herbeigeredet. In der *Zeit* hieß es 2005, Forscher_innen sähen nicht nur eine unglückliche Kommunikation als Ursache für die übertriebene Zahl: „Es sei absichtlich verhindert worden, dass die Daten ein realistisches Bild der Kinderlosigkeit zeichnen könnten" (Schwentker 2005). Familienministerin Renate Schmidt, die Architektin der „nachhaltigen Familienpolitik", setzte 2007 die Forderungen in dieser Diskussion um und schaffte das sozialkompensatorische Erziehungsgeld ab, welches im Namen der Chancengleichheit vor allem ärmere Familien bis weit in die Mittelschicht förderte. An dessen Stelle wurde das Elterngeld implementiert. Dieses beträgt nun 60 Prozent des Einkommens bis zu einer Höhe von 1.800 Euro monatlich für Kinder bis zum Ende des ersten Lebensjahres. Geringverdienende und Arbeitslose erhalten nur 300 Euro, wobei diese Auszahlung mit ALG-II verrechnet wird, das heißt langzeitarbeitslose Familien erhalten de facto kein Elterngeld mehr. Kindergeld und Betreuungsgeld werden übrigens ebenfalls verrechnet. Begründet wurde das Elterngeld auch mit einer erhofften Erhöhung der Sorgearbeit von Vätern für ihre Kinder. Mit der kompletten

Streichung des Erziehungsgeldes zeigt sich aber, dass hier nur an gut verdienende Väter gedacht wurde, wenn es überhaupt um die Väter ging.

Wie sehr die „nachhaltige Familienpolitik" der Ideologie der Rassenhygiene ähnelt, zeigt sich nicht nur am Begriff ‚Nachhaltigkeit', sondern auch durch die Ähnlichkeit mit im Aufsatz *Die Proletarisierung unseres Nachwuchses, eine Gefahr unrassenhygienischer Bevölkerungspolitik* in der ersten Ausgabe des zentralen rassenhygienischen Magazins *Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie einschließlich Rassen- und Gesellschafts-Hygiene* formulierten Positionen. Der Rassenhygieniker Hermann W. Siemens schlug dort 1916, also noch in der Ständegesellschaft des Kaiserreichs, vor, reichen Familien für die Aufzucht ihrer Kinder mehr Geld auszuzahlen als armen Familien. Dies sei die zentrale rassenhygienische Maßnahme, mit der die Proletarisierung des deutschen Nachwuchses abgewendet werden könne:

> „Denn da die Kinderaufzucht in den höheren Ständen sehr viel kostspieliger ist als in den niederen, so müßten dort auch die Unterstützungen sehr viel höher sein, damit durch sie die ökonomischen Motive zur Prävention lahmgelegt werden könnten. Eine solche Einrichtung, die den Reichen mehr gibt als den Armen, würde aber in den heutigen innerpolitischen Zuständen kaum jemals Gesetz werden können" (Siemens 1916: 50).

Was also Rassenhygienikern in der Ständegesellschaft noch unmöglich schien, setzte Renate Schmidt (SPD) im 21. Jahrhundert um, ohne dass es irgendeinen nennenswerten Protest gegeben hätte. 2009, zwei Jahre nach der Umsetzung des bevölkerungspolitisch motivierten Elterngeldes, trat Thilo Sarrazin erstmals mit Forderungen nach weiteren rassenhygienischen Gesetzen auf. 2010 stellte er unter Rückgriff auf eugenische Ideologien in seinem Bestseller *Deutschland schafft sich ab* die Forderung, das egalitäre Kindergeld durch eine einmalige Kindergeldpauschale von 50.000 Euro zu ersetzen, welche allerdings nur an junge Akademikerinnen ausgezahlt werden sollte, von denen zu erwarten sei, dass sie ihre ^höhere Intelligenz^ erblich an die Kinder weitergeben würden. Sarrazins Buch sorgte für viele kontroverse Diskussionen. Er selbst machte im Vorwort zur Taschenbuchausgabe darauf aufmerksam, dass *Deutschland schafft sich ab* von der Kernaussage nicht als Beitrag zur sogenannten ‚Integrationsdebatte' zu verstehen sei, sondern als bevölkerungspolitischer Beitrag zu Erbintelligenz und Fruchtbarkeit (Sarrazin 2012: 38).

Die fehlenden Proteste gegen die Einführung des Elterngeldes sowie die Schräglage in der Kritik an Sarrazin – priorisiert wurde Rassismus – deuten darauf hin, dass ein kritisches Bewusstsein gegenüber Forderungen nach Erbtüchtigkeit fehlt. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass Michel Foucault durchaus eine Bezugsquelle kritischer Gesellschaftstheorie ist und sein Begriff „Biopolitik" eine breite Rezeption findet. Seine Ausführungen,

dass man von „Klassensexualitäten"[5] und „Klassenkörpern"[6] sprechen müsse, werden jedoch weitgehend ignoriert.

Vor zehn Jahren wandelte sich der Diskurs von der demographischen Sorge um die Bevölkerungsquantität zur Sorge um die Bevölkerungsqualität. In der Familienpolitik macht seither der Begriff der „Kinderqualität" die Runde: „Folgte das alte Erziehungsgeld (wohl unbeabsichtigt) dem Prinzip ‚mehr Kinderquantität und weniger Kinderqualität', steht das neue Elterngeld für das Prinzip ‚mehr Kinderquantität und mehr Kinderqualität'" (Steinmann 2007: 126). „Mit ‚guter Qualität' sind jene Kinder gemeint, von denen mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit angenommen werden kann, dass ein gewisses Maß an Ressourcen wie Erziehung und Bildung in sie investiert wurde" (Kolb 2007: 16). Es geht hier also nicht um individuelle Leistung, sondern, wie bereits Habermas 1961 anmerkte, um eine Hypostasierung der Leistung entsprechend der sozialen Position bzw. der relativen Lohnposition der Eltern (s. Fußnote 4).

Zur Reproduktion von Arbeitskraft und Klassenverhältnissen

Unsichtbare Hand und materielle Chancengleichheit

Sowohl in bürgerlichen als auch in links-marxistischen Betrachtungen werden die Marktwirtschaft bzw. der Kapitalismus als eine Leistungsgesellschaft wahrgenommen. Vom bürgerlichen Standpunkt wird die Leistungsgesellschaft als ein Modell gesehen, welches den Wohlstand und das Glück Aller bestmöglich mehrt. Jede*r sei seines*ihres eigenen Glückes Schmied*in und in der Summe sorge eine ‚unsichtbare Hand' dafür, dass in diesem Konkurrenzprinzip der Wohlstand der Nationen stetig wachse. Diese Idee entstammt der politischen Ökonomie des 18. Jahrhunderts, aber noch heute beruft sich beispielsweise der Expert_innenrat des Wirtschaftsministeriums auf diese Ideologie. Nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Allensbach von

5 Das Bürgertum „hat sich […] seit der Mitte des 18. Jahrhunderts damit beschäftigt, sich eine Sexualität zu geben und sich von da aus einen spezifischen Körper, einen ‚Klassenkörper' mit einer eigenen Gesundheit, einer Hygiene, einer Nachkommenschaft, einer Rasse zu erschaffen: Selbstsexualisierung seines Körpers, Inkarnation des Sexes in seinen eigenen Körper, Endogamie zwischen dem Sex und dem Körper" (Foucault 1983: 149).

6 „Der Begriff ‚Klassenkörper' meint, dass Körper sowohl in der Art und Weise, in der sie wahrgenommen werden, vom Klassenstandpunkt abhängig sind, als auch materiell generationenübergreifend klassenspezifische Erfahrungen speichern, das heißt diese Erfahrungen werden ‚inkorporiert', in die Körper einverleibt, eingeschrieben" (Kemper 2011).

2008, in der nur noch 13 % der Befragten die marktwirtschaftlichen Verhältnisse für gerecht, 75 % aber für ungerecht hielten (Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie 2010: 5) gab dieser Expert_innenrat ein Gutachten zur *Akzeptanz der Marktwirtschaft* (ebd.) heraus. Ausgangspunkt der Studie war neben der in Wirtschaftskreisen für Unruhe sorgende Allensbach-Studie die ideologische Voraussetzung, dass man der „unsichtbaren Hand" (ebd.: 8) nicht in die Quere kommen dürfe, indem etwa ein Mindestlohn eingeführt oder aber Manager*innengehälter gedeckelt würden. Die Akzeptanz der Marktwirtschaft solle durch Bildung verbessert werden. Der Rat stellte fest:

> „Die im internationalen Vergleich frühe Aufteilung der Kinder auf verschiedene Schularten nach dem vierten Schuljahr, die es so nur noch in Deutschland, Österreich und in Teilen der Schweiz gibt (der Großteil der OECD-Staaten vollzieht eine solche Aufteilung erst im Alter von 15 oder 16 Jahren), dürfte somit ein Grund für die relativ starke Abhängigkeit der Schülerleistungen vom familiären Hintergrund im deutschen Bildungssystem sein. Durch ein längeres gemeinsames Lernen könnte diese verringert werden, ohne dass darunter das Leistungsniveau oder die Spitzenleistungen leiden müssten" (ebd.: 35).

Das heißt, die bürgerlichen Verfechter*innen der kapitalistischen Marktwirtschaft in Form einer Leistungsgesellschaft fordern als Grundlage dieser ökonomischen Struktur nicht nur eine formale Chancengleichheit ein, sondern explizit eine ‚materielle Chancengleichheit' und eine entsprechende Reform in der Bildungsstruktur: im Namen der Leistungsgesellschaft und nicht etwa der Menschenrechte. Allerdings, und das ist zentral, können sie ihre Forderung nach einer materiellen Chancengleichheit gar nicht umsetzen. Sie würden gerne die Leistungsgesellschaft einführen, um die Akzeptanz der Marktwirtschaft wieder zu verbessern, scheitern aber an den Interessen der gesellschaftlichen Gruppen, die an der frühen sozialen Selektion im Bildungssystem festhalten.

*Die „doppelt freien" Arbeiter*innen*

Bestimmte partei- und ableitungsmarxistische Ansätze sehen in der Leistungsgesellschaft ein System der Profitmaximierung, welches auf der Basis der Ausbeutung von „doppelt freien" Arbeiter*innen die wissenschaftlich-technologische Entwicklungen von Gesellschaften schneller voranbringen als beispielsweise ständisch-feudale Systeme. Mit „doppelt frei" meinte Marx, „frei" von allen Produktionsmitteln, so dass die*der Arbeiter*in gezwungen ist, eine Lohnarbeit einzugehen, und „frei" von allen Formen der Leibeigenschaft und Frondienste, die in den Jahrhunderten zuvor noch üblich waren. Mit den Worten von Karl Marx aus dem ersten Band des *Kapitals*:

> „Zur Verwandlung von Geld in Kapital muß der Geldbesitzer also den freien Arbeiter auf dem Warenmarkt vorfinden, frei in dem Doppelsinn, daß er als freie Person über seine Arbeitskraft als seine Ware verfügt, daß er andrerseits andre Waren nicht zu verkaufen hat, los und ledig, frei ist von allen zur Verwirklichung seiner Arbeitskraft nötigen Sachen" (Marx 1968: 183).

Es folgt dann ein Satz, der zu vielen Missverständnissen geführt hat:

> „Die Frage, warum dieser freie Arbeiter ihm in der Zirkulationssphäre gegenübertritt, interessiert den Geldbesitzer nicht, der den Arbeitsmarkt als eine besondre Abteilung des Warenmarkts vorfindet" (ebd.).

Hieraus könnte man schlussfolgern, dass wir in einer Leistungsgesellschaft leben. Kapitalist*innen interessiert nicht, wer seine*ihre Arbeitskraft verkauft, er*sie ist nicht an der Person interessiert, sondern an der Arbeitskraft. Diese Aussage deckt sich mit den Idealen des oben genannten Expert_innenrates. Dort heißt es im Sinne der „unsichtbaren Hand":

> „Kein zentraler Planer braucht eine unhandhabbare Menge an Informationen zusammenzuführen. Es genügt, dass ein Käufer das Angebot eines Verkäufers annimmt. Kein Dritter muss davon erfahren" (Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie 2010: 8).

Soweit wären sich also bürgerliche und bestimmte marxistische Ökonom*innen einig: Relevant ist für den Produktionsprozess nur die Leistung, die Arbeitskraft des*der Lohnarbeiters*in.

Reproduktion der generationenübergreifenden Arbeitskraft

Die Empfehlung des Expert_innenrates, die Schulstruktur weniger sozial selektiv zu gestalten, wurde nicht umgesetzt. Im Gegenteil: Beispielsweise 2010, kurz nach der Veröffentlichung des Gutachtens, wurden die kommunalen Auseinandersetzungen im *Hamburger Schulkampf* um eine Schulreform zugunsten der konservativen Reformgegner*innen entschieden. Die vom Hamburger Senat geplante Abschaffung der frühen sozialen Selektion wurde durch einen Volksentscheid verhindert. Obschon sich also gewerkschaftsnahe und sozialorientierte Gruppierungen und der unternehmensorientierte Expert_innenrat des Wirtschaftsministeriums einig waren, wurde eine Strukturreform für materielle Chancengleichheit verhindert. Erschwerend kommt hinzu, dass die Forderung nach materieller Chancengleichheit von Unternehmer*innenseite nicht nur aus Gründen der Akzeptanz für die Marktwirtschaft erhoben wurde. Tatsächlich scheint das kapitalistische Modell ein Mindestmaß an Chancengleichheit zu benötigen, um ein möglichst großes Wirtschaftswachstum zu erzielen.

Ähnliche Strukturveränderungen wie der Expert_innenrat hatte das internationale PISA-Konsortium unermüdlich und vergeblich eingefordert. Das PISA-Konsortium ist keine Menschenrechtsorganisation, sondern eine Abteilung der OECD, also der internationalen Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, die sich dem Wirtschaftswachstum verpflichtet fühlt. In einem der jüngsten Berichte der OECD sieht diese die wirtschaftliche Entwicklung in den Industriestaaten durch ein sozial ungerechtes Wirtschaftssystem gefährdet:

> „Die Studie liefert Belege dafür, dass steigende Ungleichheit das Wirtschaftswachstum hauptsächlich dadurch bremst, dass Kinder aus sozial schwächeren Familien weniger Bildungschancen haben" (OECD 2014).

Der OECD-Generalsekretär Angel Gurría kommentierte die Studie sehr deutlich:

> „Der Kampf gegen Ungleichheit muss in das Zentrum der politischen Debatte rücken. Wachsen und gedeihen werden vor allem jene Länder, die alles daran setzen, dass ihre Bürger von klein auf gleiche Chancen haben" (ebd.).

Aus zwei Gründen gibt es in einer vom Kapitalismus dominierten und strukturierten Gesellschaft also einen Trend zu einer Leistungsorientierung, die nicht allzu sehr von Privilegierungen und Diskriminierungen verzerrt sein sollte: Erstens geht es darum, die Akzeptanz der Marktwirtschaft zu verbessern, indem die eigene Leistung mehr zählen soll als die Herkunft oder andere leistungsunabhängige Merkmale; zweitens soll zugunsten des Wirtschaftswachstums ein Maximum an Leistungsstärke generiert werden. Allerdings scheint es andere Tendenzen zu geben, die diese Entwicklung konterkarieren. Wie ist das möglich?

Um dies zu verstehen, gilt es, die Ausführungen von Marx zum doppelt freien Proletariat genauer zu lesen. Marx relativiert selbst seine zunächst getroffene Feststellung, wonach der*die Kapitalist*in einfach nur Arbeitskraft kauft. Denn Arbeitskraft als Ware generiert sich nicht einfach durch Angebot und Nachfrage. „Die Natur produziert nicht auf der einen Seite Geld- oder Warenbesitzer und auf der andren bloße Besitzer der eignen Arbeitskräfte" (Marx 1968: 183). Diese Verhältnisse folgten weder aus Naturgesetzen noch seien sie gesellschaftliche Verhältnisse, „die allen Geschichtsperioden gemein" wären. Die Ware Arbeitskraft enthält „ein historisches und moralisches Element" (ebd.: 185). Und weil Arbeiter*innen sterblich sind, müssen sie in der Generationenfolge ersetzt werden. Relevant ist hier die Frage der Klassenreproduktion.[7]

7 In diesem Zusammenhang sei auf die aktuelle Diskussion über die Verknüpfung der Akkumulation der Arbeit mit der Herabsetzung von Frauen im Übergang zum Kapitalismus verwiesen (Federici 2012).

Erbtüchtigkeit, Familientüchtigkeit und Geschlecht

Ähnlich wie Marx in seinem Artikel zur sogenannten ursprünglichen Akkumulation des Kapitals führt Michel Foucault in Überwachen und Strafen aus, wie seit der Entstehung des Kapitalismus die Arbeiter*innenklasse mit brutalen Disziplinierungsmaßnahmen fabriziert worden ist. Aber auch die anderen Klassen und die Verhältnisse der Klassen zueinander wurden mittels Institutionen und Techniken geschaffen und müssen ständig reproduziert werden.

Als die Korrektions- und Besserungsanstalten in ihren Disziplinierungsbemühungen an ihre Grenzen stießen, weil bestimmte Bevölkerungsteile als nicht korrektions- bzw. bildungsfähig galten, ging die Regierungspolitik zur Rassenhygiene über (Kemper 2014). Alleinerziehende Mütter von unehelichen Kindern (‚pflichtvergessene Mütter') wurden um die Jahrhundertwende inhaftiert und in Landarmenhäusern untergebracht, die wiederum den Korrektionsanstalten angegliedert waren. Ein Korrektions-Arzt schreibt zur Praxis der Inhaftierungen:

> „Vor allem aber ist eine Durchführung dieser Maßregel eines der wenigen prophylaktischen Mittel, die das Gemeinwesen zur Verfügung hat, um die vielen Schädlinge, die an ihm nagen, auszurotten. Wenn es sich seiner Haut wehrt, will ich nicht einmal den Hauptakzent auf die pekuniären [= finanziellen; A. K.] Vorteile legen, die es durch die Unschädlichmachung dieser gefühllosen Naturen sich erwirbt. Die Hauptursache ist jedenfalls die, daß sie für die Zeit, die sie im Armenhaus verbringen, gehindert werden, die Welt mit einer recht entbehrenswerten Nachkommenschaft zu beschenken. Was sie zur Welt bringen, wird dereinst sicher zum Fähnlein der Degenerierten und erblich Belasteten stoßen. Praktisch wird so das erreicht, was man durch das sonst nicht durchführbare Verbot der Heiraten Geisteskranker zu erreichen sucht – es wird eine Quelle der Degeneration verstopft" (Mönkemöller 1908: 219).

Hier wird der Umschlag von Menschen- zu Bevölkerungskorrekturen sehr deutlich. Mönkemöller diskutiert ein paar Seiten weiter, ob sich nicht vielleicht durch die Prostitution die Zahl der „degenerierten Kinder" senke, da Prostituierte in den „Künsten der Abtreibung" bewandert seien und als „Degenerationsprodukte" zum Teil steril seien. Er befürchtete jedoch, dass „noch mehr als genug am Leben bleiben" (ebd.: 220).

Foucault sprach in diesem Zusammenhang von der Herstellung von Klassensexualitäten und Klassenkörpern im Rahmen einer Biopolitik. „Biopolitik" ist allerdings kein Begriff, der über Foucault aus dem Französischen ins Deutsche eingeführt werden musste. In dem 1971 erschienenen Buch *Was muß geschehen? Weiße Welt am Wendepunkt* des Autors Heinrich Sanden (Pseudonym des rechtsextremen ehemaligen SS-Obersturmbannführer Helmut Sündermann) heißt es beispielsweise:

> „Seit Jahrzehn- wenn nicht Jahrhunderttausenden sind die Menschen ungleich, so profund ungleich wie Tannen-, Palmen- und Eichenwald. Sie können auch nicht mehr gleich werden, denn die Natur strebt nicht zusammen, sondern auseinander; ihr Entwicklungsgesetz ist die Differenzierung!
>
> Die Kategorien der – sagen wir es ruhig – gottgewollten Ungleichheit zu erfassen und, statt sie zu leugnen, sie zu begreifen, mit Rücksicht auf sie in der Gegenwart zu handeln und für morgen vorauszudenken: das wird in dieser Schrift als ‚Biopolitik' verstanden" (Sanden 1971: 79f.).

Vor dem Hintergrund dieses Zitats wird die Benennung des Paradigmenwechsels der Familienpolitik von einer sozialpolitischen zu einer bevölkerungspolitischen mit ‚Nachhaltigkeit' verräterisch: ‚Nachhaltigkeit' ist ein Begriff aus der Forstwirtschaft.[8]

Sandens Buch gehört wie Sarrazins *Deutschland schafft sich ab* zum Genre der dysgenischen Schwarz-Malerei: Wenn nicht sofort die Marschrichtung geändert werde, würden die Anderen (wahlweise Schwarze, Araber*innen, Proletarier*innen) mit ihrem ^minderwertigen^ Erbmaterial die Nation ^herunterziehen^ oder gar dem ^Untergang^ preisgeben. Der Autor kennzeichnete die von ihm empfohlene Politik des eugenischen Gegensteuerns als „Biopolitik" (Sanden 1971: 80).

Erst im Rahmen der Reproduktion der Klassen und Klassenverhältnisse, also der Erbtüchtigkeit, stellt sich die Frage nach der Leistung. Die Interessen an ^höheren^ Profitraten und sogenanntem ^Wachstum^ müssen mitunter hinter der generationenübergreifenden Privilegiensicherung der Mittelklasse zurückstehen.

1994 verfasste Michaela ‚Freifrau' Heereman ein Buch mit dem Titel *Christliche Erziehung zur Tüchtigkeit*. Ihr Sohn Sylvester Heereman hatte in jenem Jahr sein Abitur gemacht und was die Wertevermittlung und die ihr entsprechenden christlich-erzieherischen Methoden angeht, scheint Frau Heereman alles richtig gemacht zu haben, denn ihr Sohn ist inzwischen quasi der Chef des Ordens *Legionäre Christi* in Europa. Orden wie Legionäre Christi und entsprechende apostolische Gruppen sind im Hintergrund tätig, wenn es darum geht, in der Geschlechterpolitik ein antiquiertes Familienmodell als Leitbild wiedereinzusetzen. Es ist kein Zufall, dass gerade Adelskreise dieses antiquierte Familienmodell hochhalten, schließlich geht es hier um die oben erwähnte generationenübergreifende Privilegiensicherung. Ultrakatholische Verbände sind politisch mit aristokratischen Kreisen verflochten, um dieses Rollback durchzusetzen. Während Birgit und Klaus Kelle (antifeministische Publizist*innen) als bürgerliche Protagonist*innen mit den Legionären Christi verbandelt sind, ist Beatrix von Storch, Hedwig von Beverfoerde und

8 Zygmunt Baumann führte zur Benennung dieser Metaphorik den Begriff „Gärtnerstaat" ein (Lehnert 2003: 19ff.).

Mathias von Gersdorff (Gesellschaft zum Schutz von Tradition, Familie und Privateigentum) ihre aristokratische Herkunft am ‚von' abzulesen. Storch und Beverfoerde haben als verheiratete Frauen zwar den Namen des Ehegatten angenommen, das ‚von' blieb jedoch bestehen, weil es in diesen Kreisen noch immer üblich ist, ständisch zu heiraten. Homogamie, das Heiraten innerhalb derselben Milieus, nimmt sogar seit Jahren zu (Schröder 2011). Die Erbtüchtigkeit tritt hier als generationenübergreifende Familientüchtigkeit auf.

Heereman, Kelle, Storch, Beverfoerde und Gersdorff sind vor allem gegen den sogenannten ‚Genderismus' und die ‚Frühsexualisierung' an Schulen aktiv. Dies schließt implizit an eine Ideologie der proletarischen Sexualität an, die immer schon als mangelhaft und gefährlich galt: Den sogenannten ‚Leistungsempfängern' wird eine unverantwortliche Sexualität und Familienuntüchtigkeit vorgeworfen.

Fazit

Vermeintlich leben wir in einer Leistungsgesellschaft, in der Leistung gegen Leistung getauscht wird. Tatsächlich spielt Leistung eine Rolle, die aber unzulässig verabsolutiert wird. Geraten Gesellschaften mit einer kapitalistischen Ökonomie in die Krise, kann die Reproduktion der Klassenverhältnisse wichtiger werden als die Steigerung der Leistungsfähigkeit.

Der Begriff ‚Leistung' hat den sehr viel älteren Begriff ‚Tüchtigkeit' abgelöst, ohne dass es zu gesellschaftlich strukturellen Veränderungen gekommen wäre, die diese sprachliche Verschiebung legitimieren könnten. Der Begriff ‚Leistung' ist daher ein Euphemismus, der die in Verruf geratene ‚Tüchtigkeit', vor allem auch im Sinn der Erbtüchtigkeit, ersetzt. Angesichts der Demografisierung der Sozialpolitik, insbesondere der sogenannten „Nachhaltigen Familienpolitik" und den entsprechenden weitergehenden Forderungen von Sarrazin und AfD, wäre es sinnvoll, die Kritik der Leistungsgesellschaft als Kritik der Erbtüchtigkeit zu reformulieren und dadurch Klassenverhältnisse stärker in den Fokus zu rücken.

Literatur

AfD Sachsen (2014): Wahlprogramm der AfD Sachsen 2014. http://afdsachsen.de/download/AfD_Programm_Lang.pdf [Zugriff: 27.03.2015].

dapd (2011): Deutsche vererben 2,6 Billionen Euro. In: Handelsblatt vom 15.06.2011. http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/erbschaft-deutsche-vererben-2-6-billionen-euro/4289086.html [Zugriff: 27.03.2015].

Deutsche Rentenversicherung Bund (2014): Meine Zeit in Dänemark – Arbeit und Rente europaweit. Berlin. http://www.deutsche-rentenversicherung.de/Allgemein/de/Inhalt/5_Services/03_broschueren_und_mehr/01_broschueren/02_international/europaeische_vereinbarungen/39_meine_zeit_in_daenemark.pdf?__blob=publicationFile [Zugriff 09.04.2015].

Federici, Silvia (2012): Caliban und die Hexe. Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation. Wien: Mandelbaum Verlag.

Foucault, Michel (1983): Sexualität und Wahrheit. Der Wille zum Wissen. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Goettle, Gabriele (2012): Rette sich, wer kann. Zu Besuch beim Soziologen Wilhelm Heitmeyer. In: die tageszeitung vom 27.02.2012. http://www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=ku&dig=2012/02/27/a0113 [Zugriff: 26.3.2015].

Habermas, Jürgen (1961): Pädagogischer „Optimismus" vor Gericht einer pessimistischen Anthropologie. Schelskys Bedenken zur Schulreform. In: Ders. (1970): Arbeit. Erkenntnis. Fortschritt. Aufsätze 1954–1970. Amsterdam: Verlag de Munter, S. 181–218.

Heitmeyer, Wilhelm (2007): Moralisch abwärts im Aufschwung. Nützlichkeit und Effizienz – dieses Denken ist weit verbreitet und bedroht den Zusammenhalt der Gesellschaft. Ein Forschungsbericht. In: Die Zeit vom 13.12.2007. http://images.zeit.de/text/2007/51/Oekonomisierung [Zugriff: 26.03.2015].

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2008): Deutsche Zustände, Folge 6. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Henkel, Hans-Olaf (2006): Förderalismusreform. Mut zum Unterschied. In: Junge Freiheit vom 27.01.2006. http://www.jf-archiv.de/archiv06/200605012702.htm [Zugriff: 26.03.2015].

Herzog, Roman/Clement, Wolfgang/von Dohnanyi, Klaus/Uhlig, Jane/Henkel, Hans-Olaf/Pohl, Manfred (Hrsg.) (2008): Mut zum Handeln. Wie Deutschland wieder reformfähig wird. Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag.

Junge Freiheit Verlag (2014): JF im Gespräch mit Frauke Petry: „Was haben wir von der AfD zu erwarten?". Youtube-Video vom 27.03.2014. https://www.youtube.com/watch?v=V72pKHs02bA&list=UUXJBRgiZRZvfilIGQ4wN5CQ [Zugriff: 27.03.2015].

Kahlert, Heike (2007): Demographische Frage, „Qualität" der Bevölkerung und pronatalistische Politik – ungleichheitssoziologisch betrachtet. In: Prokla, Nr. 146, 37. Jg., S. 61–75.

Kemper, Andreas/Weinbach, Heike (2009): Klassismus. Eine Einführung. Münster: Unrast Verlag.

Kemper, Andreas (2011): Klassenkörper. In: arranca!, Nr. 44, S. 58–60.

Kemper, Andreas (2014): Sarrazins Correctness. Ideologie und Tradition der Menschen- und Bevölkerungskorrekturen. Münster: Unrast Verlag.

Kolb, Holger (2007): Migranten und (andere) Mitglieder. Personalentwicklung im Staat. In: Rat für Migration (Hrsg.): Politische Essays zu Migration und Integration. Osnabrück. http://www.rat-fuer-migration.de/PDF/Kolb-Migranten-und-andere-Mitglieder.pdf [Zugriff: 09.04.2015].

Leggewie, Claus (1989): Die Bundeszentrale zeigt „Mut". In: Die Zeit vom 09.06.1989. http://www.zeit.de/1989/24/die-bundeszentrale-zeigt-mut [Zugriff: 27.03.2015].

Lehnert, Esther (2003): Die Beteiligung von Fürsorgerinnen an der Bildung und Umsetzung der Kategorie „minderwertig" im Nationalsozialismus. Frankfurt am Main: Mabuse-Verlag.

Machiavelli, Niccollò (1986): Il Prinicipe / Der Fürst. Stuttgart: Reclam-Verlag.

Marx, Karl (1968): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Erster Band Buch I: Der Produktionsprozeß des Kapitals, MEW Bd. 23. Berlin: Dietz-Verlag.

Middel, Andreas (2005): Liberale streiten erbittert, wer die Kinder kriegen soll. In: Die Welt vom 25.01.2005. http://www.welt.de/print-welt/article373315/Liberale-streiten-erbittert-wer-die-Kinder-kriegen-soll.html [Zugriff: 27.03.2015].

Mönkemöller, Otto (1908): Korrektionsanstalt und Landarmenhaus. Ein soziologischer Beitrag zur Kriminalität und Psychopathologie des Weibes. Leipzig: Verlag von Johann Ambrosius Barth.

OECD (2014): Einkommensungleichheit beeinträchtigt das Wirtschaftswachstum. Pressemitteilung vom 09.12.2014. http://www.oecd.org/berlin/presse/einkommensungleichheit-beeintraechtigt-wirtschaftswachstum.htm [Zugriff: 26.03.2015].

Opielka, Michael (2004): Die Grundrente denken. In: Ders.: Grundrente in Deutschland: Sozialpolitische Analysen. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 7–60.

Sanden, Heinrich L. (1971): Was muß geschehen? Weiße Welt am Wendepunkt. Leonie am Starnberger See: Druffel-Verlag.

Sarrazin, Thilo (2012): Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen. Paperback-Ausgabe mit neuem Vorwort. München: DVA-Verlag.

Schreiber, Wilfrid (2004): Existenzsicherheit in der industriellen Gesellschaft. Unveränderter Nachdruck des „Schreiber-Planes" zur dynamischen Rente aus dem Jahr 1955. BKU-Diskussionsbeiträge Nr. 28. http://www.bku.de/download?dokument=1&file=27_disk28schreiber.pdf [Zugriff: 09.04.2015].

Schröder, Christoph (2011): Einkommensungleichheit und Homogamie. In: IW-Trends – Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung, Nr. 1, 38. Jg. www.iwkoeln.de/_storage/asset/58066/storage/master/file/460098/download/trends01_11_5.pdf [Zugriff: 27.03.2015].

Schwentker, Björn (2005): Von wegen 40 Prozent. In: Die Zeit vom 29.07.2008. http://www.zeit.de/online/2005/41/kinderlos_demografie [Zugriff 27.3.2015].

Siemens, Hermann W. (1916): Die Proletarisierung unseres Nachwuchses, eine Gefahr unrassenhygienischer Bevölkerungspolitik. In: Ploetz, Alfred u. a. (Hrsg.): Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie einschließlich Rassen- und Gesellschafts-Hygiene. Nr. 1, 12. Jg., S. 43–55.

Steinmann, Gunter (2007): Kindermangel in Deutschland. Bevölkerungsökonomische Analysen und familienpolitische Lösungen. Frankfurt am Main u. a.: Peter Lang Verlag.

Wellgraf, Stefan (2012): Hauptschüler. Zur gesellschaftlichen Produktion von Verachtung. Bielefeld: transcript.

Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2010): Akzeptanz der Marktwirtschaft: Einkommensverteilung, Chancengleichheit und die Rolle des Staates. Gutachten, Berlin. https://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/Publikationen/gutachten-wissenschaftlicher-beirat-akzeptanz-der-marktwirtschaft [Zugriff: 26.03.2015].

3.6 Überdeterminiert und reichlich komplex

Überlegungen zu Politischer Bildung im Kontext von Postkolonialismus und Postnazismus

María do Mar Castro Varela

> „Erziehung muß Ernst machen mit einem Gedanken, der der Philosophie keineswegs fremd ist: daß man die Angst nicht verdrängen soll. Wenn Angst nicht verdrängt wird, wenn man sich gestattet, real so viel Angst zu haben, wie diese Realität Angst verdient, dann wird gerade dadurch wahrscheinlich doch manches von dem zerstörerischen Effekt der unbewußten und verschobenen Angst verschwinden" (Adorno 1972: 97).

Im nachfolgenden Text denke ich über das Lernen, die Vermittlung und Produktion von Wissen im Zusammenhang rechter Gewalt und Erinnerungsarbeit nach. Dabei gehe ich von einem erweiterten Gewaltbegriff aus, der nicht nur physische, sondern auch epistemische und diskursive Gewalt berücksichtigt und fokussiere meine Überlegungen vermöge einer postkolonialen Perspektive. Unter anderem versuche ich die Kategorien ‚Migration', ‚Gender' und ‚Sexualität' mitzudenken. Die theoretische Rahmung ist dabei keine intersektionale. Eine solche Fokussierung würde, Kimberlé Crenshaw folgend, die den Begriff ‚Intersektionalität' prägte, die Konsequenzen sich überkreuzender Diskriminierungen in den Blick nehmen und dabei ausdrücklich das Zusammenspiel der Kategorien ‚Rasse' und ‚Geschlecht' untersuchen (Crenshaw 2010: 34). Mir geht es jedoch darum, unterschiedliche Paradigmen und Herangehensweisen unordentlich zusammenzudenken. Statt feiner Linien, die sich an einem Punkt überkreuzen, wäre eine gute Metapher hierfür die von ineinanderlaufenden Farbflecken. Die Herangehensweise zeigt sich inspiriert von den Ausführungen Gilles Deleuzes und Félix Guattaris, die etwa von Gefügen/Assemblage sprechen (Deleuze/Guattari 1992).

> „Gefüge sind passionell, sie sind Kompositionen des Begehrens. Das Begehren hat nichts mit einer spontanen oder natürlichen Bestimmung zu tun, es gibt nur ein Begehren, das Gefüge bildet und agiert, das zum Gefüge gemacht wird und Einflüsse aufnimmt" (ebd.: 551).

Anstatt eine geradlinige Untersuchungsrichtung anzulegen, versuchen sich Deleuze und Guattari an einem Denken von Vielfältigkeiten, Überlappungen und Widersprüchen. Ein solches Vorgehen findet sich auch in den Schriften Judith Butlers, die sich dafür ausspricht „Divergenzen, Brüche, Spaltungen und

Splitterungen als Teil des oft gewundenen Demokratisierungsprozesses (zu) akzeptier(en)" (Butler 1991: 35).

Wenn die Wirklichkeiten Postnazismus und Postkolonialismus ebenso wie Migration, Gender und Sexualität bei der Rahmung von Bildungsfragen nicht vernachlässigt werden, dann stehen wir allerdings vor einer *reichlich komplexen* Figur. Überlegungen zu einer solchen Praxis sind deswegen zwangsläufig nicht nur sehr spezifisch, sondern auch ausufernd. Sie erfordern eine ebenso spezifische und ausufernde Herangehensweise, die zwangsläufig risikoreich bleibt. Die enorme analytische Komplexität kann leicht dazu führen, dass sie die Praxis überfordert, ja, sich womöglich in der Praxis als kontraproduktiv erweist. Schließlich muss jedwede pädagogische Vermittlungspraxis auch pragmatische Überlegungen der Realisierbarkeit anstellen. Es gilt, diese Spannung auszuhalten und dennoch beständig zu versuchen, Handlungsstrategien zu entwickeln. Wenn die sozialen und historischen Konstellationen undurchschaubar scheinen, wie können dann Interventionen in Richtung sozialer Gerechtigkeit simpel, leicht verständlich und mühelos sein? Es bleibt meines Erachtens ein dringliches Wagnis, sich der Komplexität zu stellen. Dennoch bitte ich um Nachsicht dafür, dass eine Auseinandersetzung mit dieser Komplexität in einem begrenzten Text nicht nur fragmentarisch bleiben muss, sondern gewissermaßen auch zum Scheitern verurteilt ist. Ich tue es dennoch, weil es mir in Anbetracht des Vorhandenseins faktischer Gewalt wichtig erscheint, zumindest erste Anhaltspunkte für eine Praxis *wagenden Denkens* bereitzustellen. Schließlich sind nicht die besonders couragiert, die die Praxen anderer kritisch untersuchen, sondern diejenigen, die auch in der Lage dazu sind, die Lächerlichkeit ihres eigenen intellektuellen Tuns offenzulegen. Eine Lächerlichkeit, die in einem direkten Zusammenhang mit der Unmöglichkeit der intellektuellen Praxis selbst steht. Wir versuchen beständig zu verstehen und müssen doch an unserer eigenen Begrenztheit scheitern.

Die Auslöschung von Wissen und der Mord am Gedächtnis

Erinnern und Vergessen können nicht isoliert voneinander gedacht werden, denn sowohl die Erinnerungs- als auch die Vergessenspolitiken sind zum einen Bestandteil von Zugehörigkeitsregimes, das heißt, sie strukturieren, wer zu einer Gesellschaft, einer Nation dazugehört und wer nicht. Das, woran sich erinnert wird, ist weder statisch noch frei von machtvollen Einflüssen. Des Weiteren ist Erinnern immer auch Vergessen. Das heißt, die Anordnung ist

weniger binär als vielmehr supplementär. „(I)m Hinblick auf eine Gedächtnispolitik", ist, so Dirk Rupnow,

> „zu beachten, dass sich Gedächtnis und Erinnerung immer in einem engen Wechselspiel mit dem Vergessen befinden. Sie sind nicht Gegensätze, sondern bedingen einander gegenseitig und stehen in einem komplexen Verhältnis zueinander. Das Vergessen kann daher in Form einer Erinnerung auftreten, Erinnerung kann sich in einer Rhetorik des Vergessens vollziehen" (Rupnow 2005: 89).

Aktives Erinnern ist nicht nur der Versuch, historische Gewalt nicht zu vergessen, sondern zielt auch darauf, „imaginierte Geographien" (Said 1978) und Grenzen, die zwischen einem ‚Wir' und den ‚Anderen' gezogen werden, zu denaturalisieren und mithin in Bewegung zu versetzen. Die Reflexion der Erinnerung bemüht sich, das Vergessene, das Ausgelöschte, das Nicht-Gesagte, das Nicht-Intelligible, welches über Erinnerungspolitiken verhüllt wird, offenzulegen.

Während Erinnerungspolitiken immer häufiger im Mittelpunkt politischer Debatten stehen, wird seltener darüber gesprochen, was aktiv vergessen wird und wo eine Ignoranz bewusst befördert wird, die die bestehenden Macht- und Herrschaftsstrukturen stabilisiert (Castro Varela 2014). Wenn etwa heute in Deutschland über Migrationsgeschichte gesprochen wird, so wird deutlich, dass im kollektiven Gedächtnis nur sehr wenig Wissen darüber vorhanden ist – obschon die Einwanderung, die nach dem Zweiten Weltkrieg begann, noch nicht so lange her ist. Das Wissen um Migration und die damit im Zusammenhang stehende(n) Geschichte(n) und Erfahrungen wurden partiell gelöscht (Castro Varela 2009), weswegen Migration immer noch mehrheitlich als ‚Ausnahme' und/oder ‚Störung' wahrgenommen wird. Selbst sozialwissenschaftliche und pädagogische Studien sind oft von Migrationsignoranz durchzogen. Dasselbe gilt im Übrigen, vielleicht in noch stärkerem Ausmaße, für die Geschichte Schwarzer oder auch muslimischer Menschen in Deutschland – ganz gleich, ob diese nun zusätzlich Migrationserfahrungen haben oder nicht. Es ist auch diese produzierte Ignoranz, die es möglich macht, Migrant_innen immer wieder als different zu markieren. Und tief im kollektiven Bewusstsein verfügen wir über das Wissen, dass Ausschluss Genoziden immer vorausging. Daniel Feierstein hat – sich unter anderem auf die Arbeiten Zygmunt Baumanns beziehend – kraftvoll beschrieben, wie sich die Produktion der *Anderen* eng verflochten mit Identitätskonstruktionen zeigt. In seinem vielbeachteten Buch über *Genozide als soziale Praxis* beschreibt er den Prozess, der zur Akzeptanz der Verachtung führt, in einem Dreischritt: Zunächst erfolgt die Konstruktion von Identitäten, die nur über eine Reduktion der Mannigfaltigkeit von Zugehörigkeiten auf ein einziges Merkmal – etwa Religion oder Herkunft – erfolgen kann. Daran reihen sich die Normalisierung der

Identitätskonstruktionen und damit auch deren Naturalisierung an. Dies impliziert auch die Fixierung der Devianz und die Kartografierung von Räumen und Grenzen der Toleranz. Und schließlich folgt darauf die Entfremdung und Dehumanisierung jener Kollektive, die außerhalb des Tolerierbaren stehen und letztlich auch der Verlust des Interesses an deren Schicksal (Feierstein 2011: 396f.). Folgen wir dieser theoretischen Darlegung, dann verstehen wir, warum Identitätskonstruktionen immer ein Risiko in sich bergen und warum die Dekonstruktion von Identitäten als ein politisches Unternehmen zu begreifen ist. Erinnerungspolitik nährt dabei jedoch zugleich die problematische Illusion, dass marginalisierte, stigmatisierte Gruppen durch die Erinnerung an die Gewalt, die ihnen angetan wurde und wird, zu ihrem Recht kommen bzw. dass Unrecht durch Erinnern an das Unrecht gerichtet werden könne.

Mnemozide, Gedächtnismorde, sind eine spezifische Form des sanktionierten Vergessens, die dem Machterhalt dienen (Rupnow 2005) und die zeitgleich mit Epistemiziden (de Sousa Santos 2014), der Vernichtung von Wissen, gedacht werden müssen. Postkolonialismus und Postnazismus können nicht ohne die Thematisierung der Auslöschung von Wissen verstanden werden. So wird schnell deutlich, warum die epistemische Gewalt zentral für postkoloniales Denken ist. Epistemische Gewalt sei hier als eine Gewalt verstanden, die Wissen vernichtet, aber auch produktiv ist, insofern auch ein spezifisches universalisierbares Wissen hervorgebracht wird (Spivak 2012). Fragen, die sich hieran anschließen sind: Wie viele Sprachen, Praxen, Rituale und Theorien wurden während der kolonialen Beherrschung vernichtet? Was gilt heute als Wissen? Aber auch: Was wird in Schulbüchern über das Judentum oder die Sinti in Deutschland vermittelt? (Feierstein 2010). Es sind dies allesamt Fragen, die die epistemische Gewalt fokussieren. Dabei geht es nicht darum, sich auf die Suche nach unkontaminiertem Wissen zu machen, sondern darum die Prozesse der Wissensproduktion unter Macht- und Herrschaftsaspekten genauer zu untersuchen (Castro Varela/Dhawan 2015: 39). Dann erscheinen uns weder die Herstellung von Wissen noch die produzierte Ignoranz kurios.

Wenn wir die Verflechtungen von dem, was erinnert und dem, was vergessen worden ist, dem, was als anerkanntes Wissen und dem, was als illegitimes Wissen repräsentiert wird, in den Blick nehmen, dann verzweifeln wir nicht an den Widerständen gegenüber dem Verstehen-wollen, sondern erkennen, dass Wissen und Nicht-Wissen das Subjekt in einer Art und Weise formen, dass eine Veränderung der individuellen Wissenskarten das Subjekt zutiefst beunruhigen *muss*. Deswegen ist es meines Erachtens sinnvoll, Bildung als eine *zwangsfreie Neuordnung von Begehren* zu bestimmen, wie es Gayatri Chakravorty Spivak (2008: 12; 2012) vorschlägt. Eine Neuordnung von Begehren ist der Versuch, möglichst zwangsfrei die Anpassung an hegemoniales Wissen, machtförmiges Erinnern/Vergessen in Schwingung zu versetzen. Im

Sinne einer Dekonstruktion werden dafür unter anderem die Widersprüche und Aporien freigelegt, die das Feld des Wissens und die Praxen des Erinnerns umlagern. Spivak zufolge erfordert dies eine transnationale Bildung, die insbesondere die globale Klassenapartheid in den Blick nimmt (Spivak 2008: 16). Spannend im Zusammenhang mit politischer Arbeit im Postnazismus sind speziell ihre Ausführungen zu einer supplementierenden Bildung, die auf beiden Seiten der kolonialen Grenzziehung stattfinden soll. Wenn es im Überdenken politischer Bildung nicht *nur* darum gehen soll, bisher nicht-beachtete Gruppen wahrzunehmen (etwa rechte Frauen) und die Forderung marginalisierter Gruppen (etwa Schwarzer Deutscher) nach Erinnerungsanerkennung ernst zu nehmen, sondern eher darum, Erinnerungspolitiken zu re-vidieren, dann kann dies schlichtweg nur geschehen, indem auch die postkoloniale Verfasstheit der Welt Berücksichtigung findet. Daher ist die Kritik am methodologischen Nationalismus der Erinnerungsarbeit zentral. Eine supplementierende Bildung à la Spivak plädiert für eine grenzüberschreitende Bildung, die die Avantgarde-Position der Metropolen infrage stellt. Was wird erinnert? Wie wird erinnert? Und warum ist Erinnerungspolitik geradezu besessen vom Nationalen? Das sind die Fragen, die den Fokus auf das Nur-Methodische unterbrechen.

Die Banalität des Bösen und die Banalisierung der Bildungsfrage

Wissensvermittlung, ganz gleich welche, bedarf einer Analyse der Wissensproduktion. Was wird von wem vermittelt? Wie werden die Zielgruppen imaginiert und repräsentiert? Viel zu häufig wird im Sprechen über Bildung *nur* über Didaktiken und Methodiken gesprochen. Viel zu oft werden die affektive und auch die körperlich-materielle Seite von Bildung vernachlässigt (etwa hooks 1994: 135). Und so lesen sich die bildungstheoretischen Abhandlungen oft wie Betriebsanleitungen. Es scheint wichtiger, die politisch korrekten Begrifflichkeiten zu nutzen, als die dringlichen Fragen der Wissensproduktion zu betrachten. Deswegen sind Texte zum pädagogischen Tun oft nur mühsam zu lesen. Sie rühren selten an den Kern der Sache und wagen nicht, Lernen in Zusammenhang mit Begehren, Macht und Herrschaft zu denken. Selten wird beispielsweise gefragt: Warum mache ich das? Wie profitiere ich davon? Wie werde ich wahrgenommen?

Bildung, das ist eine wichtige Lehre, die wir aus postkolonialen Studien ziehen können, ist nie neutral oder harmlos (Castro Varela/Dhawan 2014; Castro Varela 2015). Es ist deswegen in Zusammenhang mit Erinnerungspo-

litiken und pädagogischer Arbeit gegen rechte Gewalt wichtig, einen Blick in die neuere Geschichte der politischen Bildung zu werfen.

Politische Bildung beginnt in Deutschland nicht mit der Bundesrepublik, und doch ist die aktuelle Struktur aufs Engste verknüpft mit der Zerschlagung des Naziregimes. Die Affirmation politischer Bildung ist gebunden an die Tatsache, dass diese als eine nicht diskutierbare Notwendigkeit für die Aufrechterhaltung einer demokratischen Gesellschaft erachtet wird. Wie Jacques Derrida pointiert feststellt, ist die Demokratie suizidal, insofern sie in der Lage ist, sich selbst abzuschaffen (Derrida 2003: 55). Daraus kann der Schluss gezogen werden, dass sie beharrlich vor sich selbst geschützt werden muss. Die Demonstrationen, die sich augenscheinlich gegen einen ‚islamistischen Terror' richten und dabei zweifelsfrei rassistisch argumentieren, sind ein gutes Beispiel für die Gefahren, die drohen, wenn nicht unaufhörlich an einer Demokratisierung gearbeitet wird. Viel zu schnell können scheinbar unpolitische Mehrheiten mit rechten Parolen mobilisiert werden, um auf den Straßen menschenverachtende Ideologien zu vertreten. Demokratien sind ständig in Gefahr, weswegen politische Bildung, im Sinne einer Schulung demokratischer Gewohnheiten, ein Erfordernis bleibt.

Es können analytisch drei Ziele politischer Bildung unterschieden werden: Einerseits gilt es, heranwachsende Generationen mit den Prinzipien einer Demokratie vertraut zu machen (etwa Wahlen, die Zusammensetzung der Parlamente, Souveränität, Staatsbürger_innenschaft etc.). Zweitens wird über politische Bildung versucht, die Demokratie nicht nur lebendig zu erhalten, sondern auch ihre Schwachstellen immer wieder offenzulegen. Und schließlich gilt es drittens einen adäquaten Umgang mit historischer Gewalt zu finden. Erinnerungs- und Präventionsarbeit versuchen, faschistische Tendenzen in der Gesellschaft frühzeitig zu erkennen und mit entsprechenden Programmen entgegenzuwirken. Sehr richtig weist Nora Sternfeld dabei auf die problematische pädagogische Überfrachtung der Gedenkstättenpädagogik hin, die als „Schutzimpfung gegen Rechtsextremismus" (Sternfeld 2013: 117) gedeutet wird. Erinnerung an Gewalt erscheint wie ein Garant für nicht-totalitäre Zukünfte (Castro Varela 2014). Doch wissen wir, dass dies allein kaum genügen kann.

Die Gräueltaten des Naziregimes haben eindrücklich gezeigt, dass eine Demokratie, die in einen totalitären Staat mündet, eine Gewalt entfesseln kann, die letztlich Vernichtung unter breiter Zustimmung der Bevölkerung ermöglicht. Liliana Feiersteins (2010: 218ff.) kurze Rekonstruktion der Re-Education Programme nach der Zerschlagung der Naziherrschaft durch die Alliierten, verdeutlicht die zentrale Bedeutung, die Erziehung und Bildung bei der Re-Humanisierung der deutschen Gesellschaft beigemessen wurde (Tent 1982; Castro Varela 2014: 128ff.).

> „Der Begriff *re-education* stammt aus der Psychiatrie. 1941 schlug Brickner in seinem Buch *Is Germany Incurable?* vor, diese (psychiatrische) Behandlung auf den Fall einer Nation zu übertragen, die sich – seiner Meinung nach – wie ein Patient mit schweren paranoiden Zügen verhalte" (Feierstein 2010: 218).

In seinem bekannten Radiovortrag *Erziehung nach Auschwitz* spricht auch Theodor W. Adorno von der Besinnungslosigkeit, die einen Hass entfesselte, der auch vor Mord keinen Halt machte. „Solcher Besinnungslosigkeit ist entgegenzuarbeiten", so Adorno, „die Menschen sind davon abzubringen, ohne Reflexion auf sich selbst nach außen zu schlagen. Erziehung wäre sinnvoll überhaupt nur als eine zu kritischer Selbstreflexion" (Adorno 1972: 90). Schon Max Horkheimer hatte 1940 darauf hingewiesen, wie Feierstein feststellt, dass dem Geist des Naziregimes mit friedfertigen Mitteln der Erziehung begegnet werden müsse (Feierstein 2010: 218). Das erinnert wiederum an Antonio Gramsci, der in seinen Gefängnisheften darlegt, warum Hegemonie immer nur durch Zwang *und* Konsens erlangt werden kann. Ein mehrheitlich getragener Konsens wird dabei nicht erhofft, sondern aktiv durch Erziehung und Bildung hergestellt. Kurz: Ein Nachdenken über eine *Erziehung nach Auschwitz* bleibt aus vielerlei Gründen politische Notwendigkeit (siehe auch Giroux 2004).

Damit einher geht auch eine Reflexion darüber, wer von welchen Methoden und Inhalten profitiert, wer Zugang zu spezifischen Methoden hat und auch wer als Vermittler_in und Zielgruppe imaginiert wird. Und schließlich muss die Frage beantwortet werden, was Selbstreflexion für diejenigen bedeutet, die selbst missachtet und beleidigt werden im Gegensatz zu einer Selbstreflexion derer, die versuchen die Macht zu zähmen, die sie gesellschaftlich innehaben. Für erstere geht es darum, *trotz* (alltäglicher) Gewalterfahrungen den Impuls zur Rache zu bändigen. Für letztere erscheint die Selbstreflexion als eine Übung in Vernunft und Kontrolle über sich selbst – Aufklärung im besten Kant'schen Sinne. Politische Bildung hofft, dass in beiden Gruppen die Einsicht erreicht wird, dass es *vernünftiger* ist, nicht zu hassen. Allerdings wird in den gängigen Bildungsprogrammen zu stark darauf gesetzt, dass diese Einsicht eintritt, wenn Menschen mit Blick auf die Geschichte vor Augen geführt wird, was die Konsequenzen einer Nichtzähmung sein können. Doch wie Hannah Arendts Report *Eichmann in Jerusalem* so exzellent herausarbeitet, führt Selbstreflexion nicht immer zu der Einsicht, dass die Gewalt, die jemand Menschen antut, als Unrecht erfahren wird. Denn es ist paradoxerweise die *Banalität* des Bösen, die die Vernunft aushebelt und die Selbstreflexion zu einer Bestärkung des eigenen Tuns geraten lässt. Wie Arendt ausführt:

> „Vom Standpunkt unserer Rechtsinstitutionen und an unseren moralischen Urteilsmaßstäben gemessen, war diese Normalität viel erschreckender als all die Greuel zusammengenommen, denn sie implizierte – wie man zur Genüge

> aus den Aussagen der Nürnberger Angeklagten und ihrer Verteidiger wußte – daß dieser neue Verbrechertypus, der nun wirklich *hostis generis humani* ist, unter Bedingungen handelt, die es ihm beinahe unmöglich machen, sich seiner Untaten bewußt zu werden" (Arendt 2012: 400f.).

Es scheint ratsam, sich einerseits die Überdeterminierung von Gewaltphänomenen anzusehen und anderseits die affektive Seite bei allem Reden über Rationalität und korrektem Sprechen nicht zu vergessen. Mit dem Begriff der Überdeterminierung – auch mehrfache Determinierung – deutet Freud auf die diversen Quellen, die ein Symptom hervorbringen. Gleichzeitig verweist er

> „auf mannigfache unbewußte Elemente, die sich in verschiedenen Bedeutungsreihen anordnen, von denen jede auf einem bestimmten Deutungsniveau ihren eigenen Zusammenhang hat" (Laplanche/Pontalis 1973: 344).

Dabei sind die unterschiedlichen Bedeutungen nicht unabhängig voneinander, vielmehr überschneiden sich die Bedeutungsketten „in mehr als einem ‚Knotenpunkt'" (ebd.: 345). Wird dies in Betracht gezogen, so muss auch beim Symptom ‚Gewalt' den verschiedenen Bedeutungsketten gefolgt werden: den diversen sich überschneidenden Faktoren, die dafür sorgen, dass spezifische gewalttätige Praxen als legitim erscheinen – sowohl den konkreten Täter_innen als auch den aktiv und passiv Zuschauenden. Die vielen historischen und sozialwissenschaftlichen Arbeiten, die versuchen den Nazismus ‚zu verstehen', sind immer wieder an die Grenzen des Verstehens gekommen. Einer der Gründe liegt darin, dass das Naziregime gleichzeitig *rational* und *irrational* war, wie Rupnow feststellt, ebenso wie die koloniale Beherrschung *brutal durchdacht* und *absurd* zugleich war. Zudem darf nicht vergessen werden, dass die jahrhundertelange koloniale Herrschaft die Instrumente des Widerstands gegen dieselbe zur Verfügung stellte (Dhawan 2014; Castro Varela/Dhawan 2015). Politische Bildung muss deswegen auch die Seite der Irrationalität *und* Ignoranz in den Blick nehmen und sich dem Chaos des Affektiven stellen. Affekte, heftige körperliche Reaktionen wie etwa Ekel oder Scham, stellen uns kontinuierlich auf die Probe, weil die Ursachen derselben nur erahnt, aber nie festgelegt werden können.

Wie wird Begehren hergestellt? Warum widerstehen wir Gewaltverhältnissen nicht? Ist es nicht so, wie Susan Neiman (2006: 380) schreibt, dass „(w)eder Leidenschaft noch Unwissen […] für die zentralen Morde des 20. Jahrhunderts verantwortlich" waren? Und dass „(w)eder Alter noch Klassenherkunft, noch Erziehung, oder andere eindeutige Faktoren […] in der eigenen Geschichte darüber (bestimmten), wer seine Seelen verkaufen sollte" (ebd.: 381)? Neiman versucht sich an einer Geschichte der Philosophie, die das Böse nicht ausklammert. In ihrer Auseinandersetzung mit Arendts *Banalität des Bösen* und vor allem mit der Empörung, dem Entsetztsein ob der These, das Böse bei Eichmann sei banal gewesen, spricht sie über die Unerträglichkeit,

die es bedeutet, dass es nicht möglich ist, „eine Verbindung zwischen dem Bösen und der Absicht" theoretisch zu verteidigen (ebd.: 405). Zudem bemerkt sie, dass „das *Gefühl* von Schuld […] so unzuverlässig ist, daß es oft als Anzeichen von Unschuld dient" (ebd.: 403). Was so viel bedeutet wie, dass Menschen, die konstant ihre Schuld bekennen, oft als unschuldig wahrgenommen werden. Sich schuldig ‚fühlen' scheint wie ein Symptom der Unschuld, denn die wahren Schuldigen, so wird angenommen, fühlen sich nicht schuldig.

Kontinuitäten und das Denken des Singulären

Darüber hinaus hat bereits Arendt in *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* (1993), das zuerst 1951 erschien (dt. 1955), aufgezeigt, dass der Holocaust letztendlich nur verstanden werden kann, wenn er in einen Zusammenhang mit totalitären Kontexten gestellt wird, die dem Naziregime vorausgingen (siehe auch Olusoga/Erichsen 2010). Auch wenn es immer wieder zu heftigen Debatten kommt, wenn der Holocaust mit anderen historischen Gewalttaten in einem Atemzug genannt wird oder wenn Erinnerungsarbeit nicht als eine *Single-Issue*-Praxis gerahmt wird, so scheint es doch dringlicher denn je, die Verflechtungen historischer Gewalt zu fokussieren (Castro Varela 2014). Pädagog_innen müssen sich mit der Komplexität von Globalisierung und den damit im Zusammenhang stehenden Migrationsphänomenen auseinandersetzen. Sie haben die Konsequenzen für das Bildungssetting zur Kenntnis zu nehmen. Gingen die Re-Education-Programme noch davon aus, dass die deutsche Bevölkerung ‚umzuerziehen' sei, so muss es jetzt darum gehen, politische Bildung für Menschen, die in Deutschland ihren Lebensmittelpunkt haben, zu gestalten. Alles andere würde die Logik des Ausschlusses fortführen, dem die Arbeit gegen rechte Gewalt etwas entgegensetzen will.

Migrant_innen und People of Color stellen berechtigte Forderungen. Sie wollen als Teil der deutschen Gesellschaft wahrgenommen werden und an der Demokratie aktiv partizipieren (Kux 2014). Was bedeutet es aber für Menschen, die selbst oder deren (Groß-)Eltern nach Deutschland eingewandert sind, sich mit der Nazigeschichte auseinanderzusetzen oder auseinandersetzen zu müssen? Und was geschieht auf der affektiven Ebene, wenn Menschen, die beispielsweise einen Integrationskurs machen, gezwungen sind, sich mit Auschwitz zu beschäftigen? Wie gehen Vermittelnde mit einem Antisemitismus um, der in einem nicht direkten und konkreten Kontakt zur Nazigeschichte steht? Wie sollen muslimische Jugendliche – und die, die als solche wahrgenommen werden – darauf reagieren, wenn sie in den Fokus von Programmen zur Bekämpfung und Prävention gegen Antisemitismus geraten,

weil davon ausgegangen wird, dass muslimische Jugendliche heute der einzige Hort antisemitischer Ressentiments seien? Welchen pädagogischen Umgang finden Pädagog_innen mit dem faktisch durchaus existenten Antisemitismus und der rechten Gewalt, die auch von migrantischen Jugendlichen ausgeht, die ihrerseits von Rassismus betroffen sind? Die pädagogischen Reaktionen sind nicht selten von Hilflosigkeit durchzogen[1], die mir ein Indiz dafür zu sein scheint, dass die Realität von Globalisierung und Migration nur langsam für die Bildungsarbeit realisiert wird. Zum Teil wird immer noch die eigene Familiengeschichte befragt, ohne dass sich die Pädagog_innen in der Lage sehen, mit komplexeren Familienbiographien umzugehen (hierzu Sternfeld 2013). Anderseits bemühen sich pädagogische Institutionen um ein inklusives Erinnern und sehen sich gleichzeitig zuweilen überfordert, wenn antisemitische Äußerungen von Menschen kommen, die rassistisch diskriminiert werden.

Wenn soziale Gruppen die Aufmerksamkeit darauf lenken, dass auch sie während des Naziregimes verfolgt wurden, so sollte dies nicht dazu führen, dass die Gruppen um die Position der ‚wahren Opfer' kämpfen müssen. Gleichzeitig kann es nicht sein, dass die Feind_innen der Demokratie nur im Feld der *Anderen* gesucht werden. Ein genaues Hinsehen belehrt uns rasch, dass dies Konsequenzen von Vorgehensweisen sind, die auf eine problematische Komplexitätsreduktion setzen, obschon Demokratisierung des Gegenteils bedarf: der Vermeidung eben einer solchen Reduktion.

Astrid Messerschmidt (2008) hat, soweit mir bekannt ist, als Erste im deutschsprachigen Raum ein Zusammendenken von Holocaust Studies und postkolonialen Studien gewagt, während Nora Sternfelds (2013) *Kontaktzonen der Geschichtsvermittlung* eine bemerkenswerte Einmischung darstellt, die die historischen Verflechtungen ernst nimmt und gleichzeitig versucht, die theoretischen Debatten um Migrationspädagogik, Postkolonialismus und Postnazismus theoretisch zusammenzubringen. Ziel ist die Etablierung einer transversalen Pädagogik, die auf agonistischen Kontaktzonen aufbaut. Ausgehend von Chantal Mouffes Idee der agonistischen Demokratie wird der Kampf zwischen verschiedenen hegemonialen Projekten nicht als etwas zu Vermeidendes bestimmt, sondern als ein Phänomen, welches es im Sinne einer lebendigen Demokratie anzuerkennen gilt. Transversal bedeutet zudem, dass Allianzen gesucht werden, die sich über Identitäten hinweg bilden und fluid bleiben. Damit wird der immer wieder sich Raum verschaffenden essenzialisierenden Identitätspolitik gewissermaßen theoretisch das Wasser

1 Zugegebenermaßen gibt es in den Kontexten anti-antisemitischer Bildungsarbeit bereits einige vielversprechende Ansätze, die sich darum bemühen, Migration nicht als Störung zu bezeichnen und migrationspädagogische Ansätze in ihrer Arbeit ernst zu nehmen. Doch nach wie vor zeigt sich die Mehrheit der Pädagog_innen eher unaufgeklärt. Das verwundert insoweit nicht, als die hegemonialen Bildungsdiskurse auch in diesem Bereich Folgen zeigen.

abgegraben und nach Wegen gesucht, die den Konflikt suchen und Raum für neue Bündnisse schaffen. Zehn Jahre zuvor hat sich Viola Georgi in ihrer Dissertation *Entliehene Erinnerung* (2003) mit den Geschichtsbildern junger Migrant_innen auseinandergesetzt und ist dabei unter anderem der Frage nachgegangen, welche Bedeutung die Geschichte des Nationalsozialismus und des Holocausts für diese hat. Gewissermaßen auf dieser Studie aufbauend hat die Historikerin Rosa Fava (2015) Überlegungen zu einer *Erziehung nach Auschwitz in der Einwanderungsgesellschaft* vorgelegt, die unter anderem die berechtigten Vorwürfe, dass Rassismus bei der Vermittlung von nationalsozialistischer Gewalt nicht in den Blick genommen werde, aufgreift und nach einem adäquateren Umgang sucht. Interessanterweise handelt es sich nicht selten um Studien, die über Krisen in der Praxis motiviert wurden. So berichtet Fava von einem Schlüsselerlebnis, als sie als Referendarin von einem Schwarzen Schüler in einer Unterrichtsstunde gefragt wurde, „ob auch Afrikaner ins KZ kamen" und sie keine Antwort darauf wusste (Schellen 2007). Die Krisen der Praxis haben immer schon die Theorie vorangebracht.

Störungen etablierter Erinnerungsordnungen – Erinnerungen re-arrangieren

Migrant_innen werden im Feld der Vermittlung nicht selten als Störung wahrgenommen (Mecheril u. a. 2010). Sie stören gewissermaßen die symbolische Ordnung. Ihr Da-Sein macht es schwierig, Erinnerungsarbeit als Teil einer nationalen Selbstvergewisserung zu feiern, weil sie an die Gewalt erinnern, die Teil der Nationenbildung ist. Ebenso führt das bloße Da-Sein von People of Color oft zu Irritationen, weil plötzlich klar wird, dass die Angebote auch im 21. Jahrhundert noch so tun, als ob deutsche Staatsbürger_innen – und damit auch die imaginierte Zielgruppe – nur weiß sein könnten. Migrant_innen wie auch People of Color sind eine Herausforderung in der politischen Bildung und Geschichtsvermittlung, weil ihre Zugehörigkeit sichtbar umkämpft und hinterfragt ist. Haben migrantische Jugendliche ein Recht auf die deutsche Geschichte? Haben sie die Pflicht, sich mit dem Nationalsozialismus auseinanderzusetzen? Oder bleiben sie davon unbetroffen? Georgi konstatiert rigoros: „Wer heute in Deutschland aufwächst, kommt nicht umhin, sich auf irgendeine Weise mit dem Völkermord an den europäischen Juden, den Sinti und Roma und anderen verfolgten Gruppen während des Nationalsozialismus auseinanderzusetzen" (Georgi 2003: 99). Daran anschließend fragt sie, ob und auf welche Weise migrantische Jugendliche sich zu einer „deutschen Erinnerungsgemeinschaft" (ebd.: 100) bekennen. Fava kritisiert Georgis Studie

und die gewonnenen Ergebnisse vehement und macht darauf aufmerksam, dass durch die Fokussierung der Differenzen diese erneut reifiziert werden. Bereits durch die Fragestellung erscheinen Migrationsjugendliche distinkt *anders* in ihrem Umgang mit dem Naziregime und different in der Art, wie sie es wagen, sich (nicht) zu erinnern. Sie bleiben damit im Feld der *Anderen* festgelegt. Jedoch untersucht Favas Arbeit nicht, trotz der berechtigten Kritik, wie gehofft werden könnte, die Aporie, die sich aus der Notwendigkeit und gleichzeitigen Unmöglichkeit einer Überwindung dieser Differenz ergibt. Diese Auslassung hat Folgen und ist teilweise über das sehr reduzierte Verständnis postkolonialer Theorie in Favas Studie erklärbar. Es wird vor allem das Konzept des *Othering* herausgegriffen. Allein ein Rückgriff auf das Konzept des *Othering* kann aber bei weitem nicht genügen, um eine neue Erinnerungsarbeit zu begründen. Eine vertiefte Auseinandersetzung mit postkolonialen Theorien würde die Nicht-Berücksichtigung bildungstheoretischer Überlegungen, wie sie etwa Spivak vorgelegt hat, kaum legitimieren können, sind es doch vornehmlich Spivaks Ideen, die im Feld einer postkolonial informierten Pädagogik diskutiert werden. Fragen, die dann aufkommen, sind etwa: Wie wirkt eine Gedenkstättenpädagogik im Sinne eines epistemischen Wandels? Was bedeutet transnationale Bildung im Bereich der Erinnerungsarbeit? In welcher Beziehung stehen Mnemozide und die Produktion von Subalternität?

In einem Buch, in dem es darum geht, eine *Neuausrichtung der Erziehung nach Auschwitz* zu präsentieren, und in dem explizit auf die postkoloniale Theorie verwiesen wird, muss dies aus mindestens zwei Gründen verwundern: Erstens, weil wichtige Erkenntnisse der postkolonialen Theorie, die in das Feld der politischen Bildung intervenieren, vernachlässigt werden. Und zweitens, weil es sicher kein Zufall ist, dass Spivaks dekonstruktivistische Herangehensweise sehr gut mit der kritischen Theorie Adornos harmoniert. Die entscheidenden Fragen nach dem Status des Wissens der Aufklärung und die Zentralität, die den Geisteswissenschaften und der intellektuellen Arbeit beigemessen wird, werden von beiden Autor_innen fokussiert und drängen geradezu zu einer Revision politischer Bildungsarbeit. Es ist hier nun nicht der Raum, um die Probleme mit beiden Studien detailliert darzulegen, jedoch scheint es mir wichtig zumindest darauf hinzuweisen, weil mir die Herangehensweise geradezu symptomatisch für die schwierige deutsche postkoloniale Rezeption erscheint. So wird Postkolonialismus immer wieder in problematischer Weise mit Rassismuskritik in eins gesetzt und einzelne Konzepte aus einem sehr heterogenen, komplexen und reichen Diskurs herausgepickt, um eine bestimmte Perspektive zu bestätigen (Castro Varela/Dhawan 2015). Während Georgi noch anglo-amerikanische Auseinandersetzungen in ihre Diskussionen mit aufnimmt, verzichtet Fava fast gänzlich darauf, andere Debatten mit einzubeziehen. Damit kommt erneut ein methodologischer

Nationalismus zum Einsatz, der eben nicht dazu in der Lage ist, Verflechtungen zu denken und transnationale Praxen zu reflektieren. „Die Nation ist – wenn sie auch reflexiv geworden ist – weitgehend bei sich selbst" (Sternfeld 2013: 94). Interessant ist dies auch deswegen, weil zu vermuten ist, dass der Grund hierfür unter anderem in der sehr spezifischen Art und Weise liegt, mit der in Deutschland an den Nazismus erinnert wird. Die Erinnerungsdiskurse wirken manches Mal geradezu hermetisch verschlossen, weswegen Bernd Faulenbach sehr richtig fordert, dass der „Hypertrophie des Nationalen in der Erinnerungsarbeit" (2002: 85) etwas entgegengesetzt werden muss.

Die immer lauter werdende Forderung diverser sozialer Gruppen, die während der Nazizeit verfolgt und deren Mitglieder systematisch ermordet wurden, dass auch an *ihr* Leid erinnert werden soll, steht dabei durchaus in Konflikt mit den Bemühungen, eine Erinnerungsdidaktik zu formulieren, die gewissermaßen inklusiv ist. Die Forderungen fügen sich in den gegebenen Rahmen ein und bleiben nicht nur partikularistisch, sondern legen eine Hierarchisierung der Erinnerung nahe. Gleichzeitig wird das eigentlich Schwierige an der Erinnerung historischer Gewalt nicht in Angriff genommen: etwa die Fixierung von Identitäten und die Reduktion von Multiplizität. Zudem ist der Wunsch nach der ‚vollkommenen Erinnerung' letztlich zwar verständlich aber auch sinnlos, denn Erinnerungen können nicht einfach summiert werden, auch weil Erinnerung eben Vergessen impliziert. Stattdessen ist hier Messerschmidt zuzustimmen, wenn sie bemerkt, dass

> „(e)ine kritische Bildungstheorie, die Engagement nicht suspendieren will, […] sich mit tief greifenden Verunsicherungen auseinandersetzen (muss), die ihre Protagonist/innen im Zentrum ihrer Überzeugungen treffen und von ihnen verlangen, das eigene Involviertsein in die eigenen Verhältnisse offen zu legen" (Messerschmidt 2009: 17).

Wird die eigene Involviertheit nicht thematisiert, dann wird *nolens volens* eine Illusion der widerspruchsfreien Erinnerungsarbeit erzeugt, die nur dadurch aufrechterhalten werden kann, dass die Brüche und Widersprüche in derselben vernachlässigt werden.

Erinnern ist insbesondere in Deutschland zu einer seltsamen Anerkennungspolitik geraten. Die Forderungen sind mehr als gerechtfertigt, aber die Frage bleibt, warum es insbesondere der Bereich der Erinnerungsarbeit ist, in dem diese mit solcher Vehemenz eingefordert werden. Ich denke, dass dies durchaus als ein Indiz für den Stellenwert verstanden werden kann, den die Erinnerungspolitik in der politischen Landschaft Deutschlands innehat. Die, an die sich erinnert wird, gehören dazu. In diesem Sinne ist Paul Mecherils Aussage als Mahnung zu verstehen, dass „(d)ie Erinnerung an den Holocaust […] nicht erst durch die Vervielfältigung der biographischen Bezüge in der Migrationsgesellschaft plural (sein sollte)" (zitiert in Sternfeld 2013: 149).

Migrant_innen werden dagegen nicht nur als jene gesehen, die Erinnerung pluralisieren, sondern auch als diejenigen, die eine plurale Erinnerung einfordern. Doch bedeutet jede Pluralisierung auch ein Aufflammen der Kämpfe um die ‚besten Erinnerungsplätze'. Das Feld der Erinnerung ist ein Feld der Bedeutungskämpfe. So ist es verständlich, dass Pädagog_innen darauf nicht gelassen reagieren. Migrant_innen fordern eine *andere* Erinnerung ein, weil Zugehörigkeit und Erinnerung in einem engen Wechselspiel miteinander stehen. Insoweit geht es durchaus um einen problematischen sozialen und politischen Umgang mit Differenz, aber auch um den gesellschaftlichen Stellenwert von Erinnerungsarbeit im postnazistischen Deutschland. Nicht alles, was innerhalb dieser Kämpfe neu skizziert wird, ist als politisch angemessen zu bezeichnen. Die weitere Zersplitterung von Erinnerung kann, wenn keine Komplexitätsreduktion vorgenommen werden soll, nur über eine Verflechtungsperspektive gelingen.

Anders als Georgi und Fava lässt sich Sternfeld in ihrem Ansatz nicht nur von queertheoretischen Debatten inspirieren, sondern nutzt zudem ein Konzept aus der postkolonialen Theorie, welches meines Erachtens in der pädagogischen Arbeit Möglichkeiten eröffnet, Widersprüche in produktiver Weise herauszufordern: die Kontaktzone. Sternfeld übernimmt die Idee der *Kontaktzone* von Mary Louise Pratt und James Clifford (Sternfeld 2014: 25ff.). In ihrem bereits 1992 erschienenen Buch *Imperial Eyes* untersucht die Literaturwissenschaftlerin Pratt, wie dies schon Edward Said in seinem Werk *Orientalism* (1978) zuvor getan hatte, Berichte von Europäer_innen, die in die Kolonien reisten. Neben der Kontaktzone skizziert Pratt die *Transkulturation*, welche sie als ein Phänomen der Kontaktzone einführt (Pratt 1992: 6).[2] In der Transkulturation wird die eigene Kultur nicht aufgegeben, sondern verbindet sich mit anderen Formen, so dass neue Praxen, Rituale und Sichtweisen entstehen. Die Übernahme dieser postkolonialen Konzepte scheint mir in der Tat reizvoll für eine Neuorientierung der Erinnerungs- und Bildungsarbeit. Anders als bei der bloßen Fokussierung auf machtvolle Othering-Prozesse, wird hier die Gelegenheit eröffnet, mit den Ambivalenzen zu arbeiten, die sichtbar werden, wenn als getrennt erscheinende Kollektive sich einen Raum teilen (müssen). Sei dies nun ein Klassenraum oder auch die Nation. Macht- und Herrschaftsstrukturen werden dann ebenso virulent wie eine erstaunliche Produktivität. So betrachtet, werfen divergierende Erinnerungen und differente Erinnerungsstrategien, die etwa bei migrantischen Subjekten wahrgenommen wer-

2 Bedauerlicherweise vergisst Pratt zu erwähnen, dass bereits der Kubaner Fernando Ortiz 1940 eben dieses Konzept in seinem Buch *Cuban Counterpoint: Tobacco and Sugar* skizziert (in Englisch 1947 zum ersten Mal erschienen). Bereits in dieser fantastischen Schrift entfaltet der Anthropologe und Musikethnologe Ortiz die Idee von der Verflechtung und Überschreitung von Kulturen.

den, eher die Frage auf, wie der Erinnerungsraum transkulturalisiert wird. Dann geht es weder darum, das differente Erinnern zu markieren und zu typologisieren, aber auch nicht darum, jedwede benannte Differenz sogleich als Othering-Prozess zu skandalisieren. Tatsächlich sind Transformationen sichtbar, die einerseits beunruhigen und anderseits das Problematische der unhinterfragten Erinnerungspraktiken an die Oberfläche tragen.

Pratt führt im Übrigen im Zusammenhang mit der Kontaktzone eine weitere Begrifflichkeit ein, die Sternfeld nicht nutzt, obschon sie meines Erachtens die Perspektive schärft: „Anti-Eroberung" (*anti-conquest*) (Pratt 1992: 7). Die Autorin bezeichnet damit eine Strategie der Repräsentation, die dem europäisch-bürgerlichen Subjekt die Position des Unschuldigen öffnet, ohne dass der Hegemonieanspruch fallen gelassen wird (ebd.). Nach dem Motto: ‚Wir sind gegen Eroberung, aber unsere Vormachtstellung ist unantastbar.' Die Subjekte dieses Diskurses beschreiben die *Anderen* und sie sehen die Gewalt, die diesen angetan wird, und verdammen diese, aber sie tun selbst nichts, um die von ihnen verdammte Gewalt zu unterbinden. Sie „schauen passiv und besitzen" (ebd., Übersetzung MCV). Übertragen auf die Arbeit im Feld des Antisemitismus, des Rassismus und der Arbeit gegen rechte Argumente und Praxen können damit vielleicht jene Gruppen beschrieben werden, die faschistisches Denken beobachten – gar skandalisieren – aber ihre eigene Position nicht hinterfragen und ruhigen Gewissens von den Privilegien profitieren, die ihnen die hegemoniale Zugehörigkeitspolitik zuweist. Ein erster wichtiger Schritt, die Komplexität nicht nur zu begreifen, sondern auch mit dieser politisch zu arbeiten, ist es, Erinnerung nicht mehr nur als eine einfache Linie zu verstehen, sondern ihre vielen Richtungen, Irrungen und Wirrungen zu beleuchten. Michael Rothberg spricht beispielsweise von einer „multidirektionalen Erinnerung" (2009: 3). Er geht von Erinnerung als einem Feld von Aushandlungen, Kreuzbezügen und Ausleihen aus und beschreibt diese als produktiv und nicht privativ. Es sei nicht möglich, individuell zu bestimmen, was die richtige Erinnerung und welche Erinnerung die wichtigere oder bedeutsamere sei, all dies würde ausgehandelt und kollektiv erkämpft.

Bei den vielen Publikationen zum Thema ist es frappierend, dass Sexualität und Geschlecht (siehe Obens im gleichen Band) – aber auch Klasse – in diesen Auseinandersetzungen beständig unberücksichtigt bleiben – oder nur als Marginalie behandelt werden. Vielleicht ist der Grund, so eine These, dass das Feld der Erinnerungen als ein ernstzunehmendes Feld politischer Bildung verstanden wird, während die Gender- und mehr noch die Queer Studies hier nie wirklich ernst genommen worden sind. Indes erweisen sich queer-politische Interventionen für das Feld der Erinnerungsarbeit durchaus als interessant – auch weil sie die Körper, die Affekte und die Grenzüberschreitungen in den Mittelpunkt ihrer Betrachtung stellen (siehe Günther im gleichen Band).

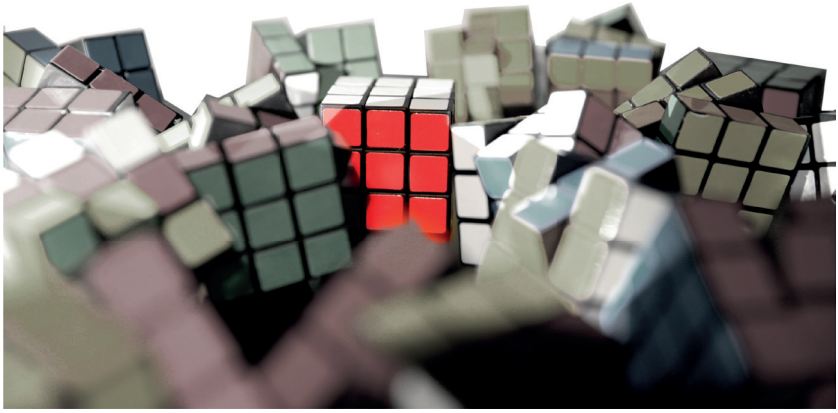
Ein queerer Blick auf rechte Gewalt

Nicht erst seit den Prozessen im Zusammenhang mit den Morden des NSU (Nationalsozialistischer Untergrund) ist bekannt, dass rechte Gewalt und rechtes Gedankengut kein ausschließlich männliches Problem sind. Gewaltbereitschaft kennt keine (Gender-)Grenzen. Auch rechte Frauen, so wird festgestellt, schrecken vor Gewalt nicht zurück, wenn es darum geht, ihrer Ideologie entsprechend zu handeln (etwa Amadeu Antonio Stiftung 2014). Doch gerade weil dies so klar erscheint, ist es sinnvoll, sich rechter Gewaltbereitschaft mit einer queeren Perspektive zu nähern. Dies bedeutet etwa, die diskursiv hervorgebrachten Geschlechterdifferenzen einerseits anzuerkennen und anderseits dabei mit einer „dekonstruktiven Wachsamkeit" (Spivak 1990: 105) vorzugehen, die problematische Homogenisierungen und Essenzialisierungen zu vermeiden sucht, indem die Wirkmächtigkeit von Diskursen ernst genommen wird und gleichzeitig ihre Hervorgebrachtheit und auch Veränderbarkeit nicht aus den Augen verloren werden. So wie es nicht *die* Migrantin gibt, so gibt es auch nicht *die* rechte Frau. Auch hier wird wieder deutlich, warum insbesondere in der pädagogischen Arbeit ‚Differenzdilemmata' nicht nur zu benennen sind, sondern mit diesen in eine produktive Auseinandersetzung zu gehen ist. Dann zeigt sich, dass rechte Gewalt nicht ohne Konzepte von Männlichkeit und Weiblichkeit bearbeitet werden kann, wie auch die Theoretisierung einer heteronormativen Hegemonie eine wichtige Perspektive für postnazistische Studien darstellt. Ziehen wir hier nur exemplarisch etwa Butlers Analyse der „verweigerten Identifizierung" (Butler 2001: 125) heran, um unser Verstehen von rechter Gewalt zu erweitern, dann lernen wir nicht nur, wie Heterosexualität durch Verbote hervorgebracht wird, sondern wie das Feld des Normalen produziert und strukturiert wird, wie Ausschluss funktioniert und welche Effekte Operationen der Macht zeitigen. Mithilfe eines psychoanalytischen Blicks kann Butler zeigen, wie

> „(d)ie Heterosexualität […] durch Verbote herangezüchtet (wird), und eines der Objekte dieser Verbote […] homosexuelle Verhaftungen (sind), deren Verlust dadurch erzwungen wird" (Butler 2001: 129).

In welchen Zusammenhang stehen, so könnten wir in Anschluss daran fragen, neonazistische Gewalt und das Verbot der Homosexualität? Welche Körper werden als pervers markiert? Wie ist die Angst vor der Abweichung zu verstehen? Und in welcher Beziehung steht diese Angst zur Bereitschaft zu Gewalt?

Eine stärkere Artikulation von Rassismuserfahrungen hat in Deutschland dazu geführt, dass in der Erinnerungsarbeit mit rassismuskritischen Ansätzen experimentiert wurde und wird. Doch nirgends finden sich etwa queer-theoretische Überlegungen zur „De-Identifizierung" (*disidentification,* Muñoz 1999), die in der postkolonialen Queer Theorie breit rezipiert werden



und die Identifizierung anders wenden und betrachten. De-Identifizierung, so José Esteban Muñoz, eröffnet die Möglichkeit, eine „Minderheitenpolitik" zu denken, die nicht „monokausal und monothematisch" (ebd.: 8) ist und die infolge dessen eine identitäre Multiplizität zulässt, die die üblichen hegemonialen Perspektiven überschreitbar macht. Wir könnten beispielsweise Muñoz' Arbeiten zu einer de-identifikatorischen Männlichkeit nutzen, um daran die Verarbeitung von antisemitischen und rassistischen Stereotypen zu veranschaulichen. So zeigt er beispielsweise, wie der schwule, afro-amerikanische Künstler Basquiat die Figur ‚Superman', die 1938 von jüdischen Künstlern erschaffen wurde, in den 1980er-Jahren re-imaginiert und damit Erfahrungen von rassistischer Gewalt lesbar macht. Basquiat lehnt sich bewusst an die ersten Superman-Zeichnungen an, lässt es jedoch an Perfektion mangeln. Basquiats Superman ist nicht mehr die vollkommene weiße Heldenfigur, sondern brüchig und *of color*. Die Figur ist nicht vollendet und nicht wirklich ein Abbild des Helden. Für Muñoz sind Basquiats Zeichnungen Beispiele für eine gelungene De-Identifkation. Identifizierung und Distanzierung befinden sich für ihn gleichsam in einem unaufhörlichen Wechselspiel: Der Superheld ist nicht vollkommen (ebd.: 39ff.), der Held kein Held. Einer solchen dekonstruktiven Herangehensweise gelingt es fast mühelos, historische Verflechtungen – etwa zwischen dem Naziregime und eines Post-Civil-Rights-Movement in den USA aufzuzeigen, ohne eine Konkurrenz zwischen den Geschichten der Gewalt zu evozieren. Es werden Thematisierungen angeregt, die sowohl Geschlecht und Sexualität als auch die historische Gewalt in den Blick nehmen. Queers of Color werden als handlungsmächtig repräsentiert und aus dem Raum der Schutzbedürftigen katapultiert, ohne dass erneut hegemoniale Männlichkeitskonstruktionen reifiziert werden.

Wie werden eigentlich, so fragt sich dann, die antikolonialen Widerstandskämpfer_innen imaginiert? Wie diejenigen, die angeblich keinen Widerstand gegen ihre Vernichtung geleistet haben? Welche Bilder des Männlichen und Weiblichen tauchen dort auf? Was bedeutet Widerstand gegen rechte Gewalt und welche Bilder des Männlichen und Weiblichen durchkreuzen diese Vorstellungen?

Für eine kritische Arbeit zu rechter Gewalt scheint es schließlich angemessen, Subjektivierung janusköpfig als Unterwerfung und Ermächtigung zu denken. Migrant_innen profitieren auch von den Verhältnissen, unter denen sie leben, und sie nutzen zuweilen listig die gespürte Scham und Schwäche der Mehrheitsbevölkerung. Natürlich gelingt es immer wieder, die Pädagog_innen mit einem positiven Bezug zum Nazismus zu schockieren. Die Marginalisierten kennen die Schwächen der Mehrheit. Dies zu entschuldigen ist nicht ratsam, die Geste über alle Maßen zu skandalisieren und/oder es als Ausdruck für ein Barbar_innentum darzustellen aber ganz sicher auch nicht. Viel eher

wird es darum gehen, die Ressentiments dahinter zu verstehen und Wege zu suchen, diese anders zu kanalisieren, indem etwa die eigenen Affekte – wie etwa Wut, Ekel und Scham – in den Blick genommen werden. Das insbesondere in der Sozialpädagogik so gern betonte Empathiegebot verbietet sich, wenn Seminarteilnehmer_innen offen den Holocaust leugnen oder sich über die Opfer von Genoziden lustig machen. Neben einer kompromisslosen Intervention müssen sich Pädagog_innen aber auch fragen: Bin ich empört oder beängstigt? Lässt mich die Provokation gleichgütig oder hilflos zurück?

Schlussbemerkungen

Die pädagogische Praxis ist nicht nur krisenhaft, sondern prinzipiell immer zum Scheitern verurteilt. Ziele werden bestimmt und angepasst, Zielgruppen definiert und Methoden erprobt. In Anbetracht der vielen Misserfolge sind die kleinen Erfolge kein wirklicher Trost. Konsequenz daraus sollte aber keineswegs sein, die Praxis möglichst simpel zu halten. Die Angst vor der eigenen Überforderung und der Überforderung der Gruppen, mit denen gearbeitet wird, muss vielmehr als eine Herausforderung angenommen werden. Pädagog_innen müssen klare Ziele haben, aber nicht jegliche Irritation verneinen.

Es ist meines Erachtens vor allem die postkoloniale Theorie – und hier insbesondere Spivak (etwa 2008, 2012) – die spannende Vorschläge zu einem (Neu-)Denken von Pädagogik vorgelegt hat. Ihre Ideen können hier nur sehr verkürzt dargestellt werden, sollen aber nicht unerwähnt bleiben, weil sie meines Erachtens tatsächlich die Chance eröffnen, sich von den methodenfixierten und auch oft moralisierenden pädagogischen Texten wegzubewegen. So bemerkt Spivak, wenn sie über Bildung in subalternen Räumen spricht, dass Bildung wie ein „unsichtbares Ausbessern" (*invisible mending*) gedacht werden soll, bei dem unsichtbare Fäden in die bereits vorhandene Textur eingewoben werden:

> „Das ist eine andere Möglichkeit eines epistemischen Zugangs, das ist die Schulung der Lehrerin im Weben und unsichtbaren Ausbessern, das ist das Geheimnis einer fortlaufenden pädagogischen Supplementierung" (Spivak 2008: 47).

Die Lehrer_innen, die hier als Webende imaginiert werden, sind dabei gleichzeitig Arbeitende als auch zu bearbeitender Stoff. Die Gewalt, die die Subjekte hervorgebracht hat, wird bedacht und geduldig bearbeitet. Spivak zufolge ist ein epistemischer Wandel vonnöten, der eine Umgestaltung des Begehrens ermöglicht (Spivak 2012: 2). Wie kann, so ließe sich dann fragen, etwa das Begehren nach Rache in ein Begehren nach Solidarität transformiert werden?

Wie können die erlebten Verletzungen als Verletzungen der *Anderen* angenommen werden? Wie können Wege aufgetan werden, die Männlichkeiten und Weiblichkeiten re-imaginieren lassen?
Mit Sternfeld plädiere ich für eine „dissensuale Geschichtsvermittlung, die vor allem im Konflikt mit einem Wissen steht, das Kontinuitäten verharmlost und verleugnet" (Sternfeld 2013: 230), und frage, ob es nicht möglich ist, auch in der politischen Bildung etwas queerer und globaler zu denken – die Angst ernst nehmend und den Konflikt nicht scheuend.

Literatur

Adorno, Theodor W. (1972/1966): „Erziehung nach Auschwitz". In: Ders.: Erziehung zur Mündigkeit. Vorträge und Gespräche mit Helmut Becker 1959–1969. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, S. 88–104.

Amadeu Antonio Stiftung (2014) (Hrsg.): Rechtsextreme Frauen – übersehen und unterschätzt: Analysen und Handlungsempfehlungen. Berlin: Eigendruck.

Arendt, Hannah (1993/1955): Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. München: Piper Verlag.

Arendt, Hannah (2012/1964): Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen. München: Piper Verlag.

Butler, Judith (1991): Das Unbehagen der Geschlechter. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Butler, Judith (2001): Psyche der Macht. Das Subjekt der Unterwerfung. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Castro Varela, María do Mar (2009): Migrationshistorisches Vakuum? Zum Selbstverständnis Deutschlands als Einwanderungsland. In: Lange, Dirk/Polat, Ayca (Hrsg.): Unsere Wirklichkeit ist anders. Migration und Alltag. Perspektiven politischer Bildung. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 81–94.

Castro Varela, María do Mar (2014): Uncanny Entanglements: Holocaust, Colonialism, and Enlightenment. In: Dhawan, Nikita (Hrsg.): Decolonizing Enlightenment. Transnational Justice, Human Rights and Democracy in a Postcolonial World. Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich, S. 115–135.

Castro Varela, María do Mar (i. E.): Von der Notwendigkeit eines epistemischen Wandels. Postkoloniale Betrachtungen auf Bildungsprozesse. In: Geier, Thomas/Zaborowski, Katrin (Hrsg.): Migration: Auflösungen und Grenzziehungen. Perspektiven einer erziehungswissenschaftlichen Migrationsforschung. Wiesbaden: Springer VS.

Castro Varela, María do Mar/Dhawan, Nikita (2014): Human Rights and its Discontents. Postkoloniale Interventionen in die Menschenrechtspolitik. In: König, Julia/Seichter, Sabine (Hrsg.): Menschenrechte. Demokratie. Geschichte. Transdisziplinäre Herausforderungen an die Pädagogik. Weinheim/Basel: Beltz Juventa Verlag, S. 145–162.

Castro Varela, María do Mar/Dhawan, Nikita (2015): Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung. 2. ergänzte Auflage. Bielefeld: transcript Verlag.
Crenshaw, Kimberlé W. (2010): Die Intersektion von „Rasse" und Geschlecht demarginalisieren: Eine Schwarze feministische Kritik am Antidiskriminierungsrecht, der feministischen Theorie und der antirassistischen Politik. In: Helma Lutz/María Teresa Herrera Vivar/Linda Supik (Hrsg.): Fokus Intersektionalität. Bewegungen und Verortungen eines vielschichtigen Konzeptes. Wiesbaden: Springer VS, S. 33–54.
Deleuze, Gilles/Guattari, Félix (1992): Kapitalismus und Schizophrenie. Tausend Plateaus. Berlin: Merve Verlag.
Derrida, Jacques (2003): Schurken. Zwei Essays über die Vernunft. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
Dhawan, Nikita (2014): Affirmative Sabotage of the Master's Tools: The Paradox of Postcolonial Enlightenment. In: Dies. (Hrsg.): Decolonizing Enlightenment. Transnational Justice, Human Rights and Democracy in a Postcolonial World. Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich, S. 19–78.
Faulenbach, Bernd (2002): Erinnerungsarbeit und demokratische politische Kultur heute. In: Lenz, Claudia/Schmidt, Jens/Wrochem, Oliver von (Hrsg.): Erinnerungskulturen im Dialog. Europäische Perspektiven auf die NS-Vergangenheit. Münster: Unrast Verlag, S. 81–90.
Fava, Rosa (2015): Die Neuausrichtung der Erziehung nach Auschwitz in der Einwanderungsgesellschaft. Eine rassismuskritische Diskursanalyse. Berlin: Metropol Verlag.
Feierstein, Daniel (2011): El genocidio como práctica social. Entre el nazismo y la experiencia argentina. Buenos Aires: Fondo de Cultura Económica.
Feierstein, Liliana Ruth (2010): Von Schwelle zu Schwelle: Einblicke in den didaktisch-historischen Umgang mit dem Anderen aus der Perspektive jüdischen Denkens. Hamburg: edition lumière.
Georgi, Viola B. (2003): Entliehene Erinnerung. Geschichtsbilder junger Migranten in Deutschland. Hamburg: Hamburger Edition.
Giroux, Henry A. (2004): What Might Education Mean after Abu Ghraib: Revisiting Adorno's Politics of Education. In: Comparative Studies of South Asia, Africa and the Middle East, Nr. 1, 24. Jg., S. 5–24.
hooks, bell (1994): Teaching to Transgress. Education as the Practice of Freedom. New York/London: Routledge.
Kux, Ulla (2014): Differenz reflektieren in der historischen Bildungslandschaft. Einige Feldbeobachtungen über Praktiken mit Erzählsträngen, Macht und Wissen. In: Lernen aus der Geschichte. http://lernen-aus-der-geschichte.de/Lernen-und-Lehren/content/11625 [Zugriff: 10.02.2015].
Laplanche, Jean/Pontalis, Jean-Bertrand (1973): Das Vokabular der Psychoanalyse, 2. Band. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
Mecheril, Paul u. a. (2010): Migrationspädagogik. Weinheim: Beltz Verlag.
Messerschmidt, Astrid (2008): Postkoloniale Erinnerungsprozesse in der Bildungsarbeit zum Antisemitismus. In: Peripherie – Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt, Nr. 109/110, 28. Jg., S. 42–60.

Messerschmidt, Astrid (2009): Weltbilder und Selbstbilder. Bildungsprozesse im Umgang mit Globalisierung, Migration und Zeitgeschichte. Frankfurt am Main: Brandes & Apsel Verlag.
Muñoz, José Esteban (1999): Disidentifications. Queers of Color and the Performance of Politics. Minneapolis/London: University of Minnesota Press.
Neiman, Susan (2006): Das Böse denken. Eine andere Geschichte der Philosophie. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
Olusoga, David/Erichsen, Casper W. (2010): The Kaiser's Holocaust. Germany's Forgotten Genocide and the Colonial Roots of Nazism. London: Faber and Faber.
Ortiz, Fernando (1995/1940): Cuban Counterpoint: Tobacco and Sugar. Durham, NC: Duke University Press.
Pratt, Mary Louise (1992): Imperial Eyes. Travel Writing and Transculturation. New York/London: Routledge.
Rothberg, Michael (2009): Multidirectional Memory. Remembering the Holocaust in the Age of Decolonization. Stanford: Stanford University Press.
Rupnow, Dirk (2005): Vernichten und Erinnern. Spuren nationalsozialistischer Gedächtnispolitik. Göttingen: Wallstein Verlag.
Said, Edward (1978): Orientalism. New York: Vintage.
Schellen, Petra (2007): „Keine schwarzen Deutschen". In: die tageszeitung vom 31.07.2007. http://www.taz.de/?id=digitaz-artikel&ressort=ku&dig=2007/07/31/a0033 [Zugriff: 27.02.2015].
de Sousa Santos, Boaventura (2014): Epistemologies of the South. Justice Against Epistemicide. Boulder: Paradigm.
Spivak, Gayatri Chakravorty (1990): The Post-Colonial Critic. Interviews, Strategies, Dialogues. Hrsg. von Sarah Harasym, New York: Routledge.
Spivak, Gayatri Chakravorty (2008): Righting Wrongs. Unrecht richten. Zürich/Berlin: diaphanes.
Spivak, Gayatri Chakravorty (2012): An Aesthetic Education in the Era of Globalization, Cambridge: Harvard University Press.
Sternfeld, Nora (2013): Kontaktzonen der Geschichtsvermittlung. Transnationales Lernen über den Holocaust in der postnazistischen Migrationsgesellschaft. Wien: Zaglossus.
Tent, James F. (1982): Mission on the Rhine: American Educational Policy in Postwar Germany, 1945–1949. In: History of Education Quarterly, Nr. 3, 22 Jg., S. 255–276.

3.7 Grenzziehungen in der postmigrantischen Gesellschaft

Gesellschaftstheoretische Überlegungen zu Rechtsextremismus und Rassismus in der Bildungsarbeit vor dem Hintergrund des NSU-Komplexes

Juliane Karakayalı[1]

Im November 2011 hat sich der ‚Nationalsozialistische Untergrund' (NSU) selbst enttarnt – eine Naziterrororganisation, die zwischen 1999 und 2007 im ganzen Bundesgebiet 9 Migranten und eine Polizistin ermordete, zahlreiche Banküberfälle und mindestens drei Sprengstoffanschläge verübte (Aust/Laabs 2014). Seit Mai 2013 wird vor dem Oberlandesgericht in München gegen ein überlebendes Mitglied des NSU, Beate Zschäpe, und vier weitere der Beihilfe und Unterstützung angeklagte Personen verhandelt.[2]

Die bisherige Aufarbeitung des NSU-Komplexes zeigte, dass es eine enge Verbindung zwischen Mitarbeiter_innen des Verfassungsschutzes (VS) und Neonazis gab. Durch Neonazis begangene Straftaten wurden zum Teil nicht verfolgt, weil diese als V-Leute für den VS arbeiteten. Von vornherein wurden ausschließlich Migrant_innen als Täter_innen verdächtigt. So heißt es in einer operativen Fallanalyse des LKA Baden-Württemberg von 2007: „Vor dem Hintergrund, dass die Tötung von Menschen in unserem Kulturraum mit einem hohen Tabu belegt ist, ist abzuleiten, dass der Täter hinsichtlich seines Verhaltenssystems weit außerhalb des hiesigen Normen- und Wertesystems verortet ist." Und weiter: „Auch spricht der die Gruppe prägende rigide Ehrenkodex eher für eine Gruppierung im ost- bzw. südosteuropäischen Raum (nicht europäisch westlicher Hintergrund)" (Die Linke im Bundestag 2013: 24f.). Jahrelang wurden falsche Spuren verfolgt, indem vor allem die Angehörigen der Ermordeten verdächtigt und mit unlauteren Ermittlungsmethoden drangsaliert wurden, weil ein rechtsterroristischer Hintergrund für

1 Ich danke Olaf Stuve, Barbara Schäuble, Christian Beeck und Andreas Hechler für wertvolle Hinweise. Der Abschnitt *Postmigrantische Gesellschaft: Angriffe auf die Pluralität* ist maßgeblich in Zusammenarbeit mit Bernd Kasparek entstanden.

2 Neben den Angeklagten besteht ein ganzes Netzwerk rund um den NSU (NSU-Watch 2015).

die Morde kategorisch ausgeschlossen wurde. Viele Zusammenhänge konnten bis heute nicht aufgeklärt werden, da nur unzureichend ermittelt wurde, relevante Akten durch Mitarbeiter_innen des VS vernichtet wurden und diese vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss die Aussage verweigerten oder nachweislich falsch aussagten (Deutscher Bundestag 2013). Personelle oder strukturelle Konsequenzen wurden kaum gezogen. Dieser Skandal hat das Ausmaß des gesellschaftlichen Rassismus deutlich gemacht, der sich im Vorgehen der Ermittlungsbehörden, den Verhörmethoden (Dostluk Sineması 2014; Şimşek 2013), der Medienberichterstattung (Virchow/Thomas/Grittmann 2015) und dem Ausbleiben gesellschaftlichen Drucks auf Politik und Ermittlungsbehörden ausdrückt. Und er wirft die noch nicht beantwortete Frage auf, inwiefern einige Theorien zur Entstehung und Organisation des Rechtsextremismus neu überdacht werden müssen, seit das Ausmaß der Verstrickung der Sicherheitsbehörden in den Aufbau neonazistischer Strukturen in Deutschland bekannt wurde.

Politische Bildungsarbeit bietet einen Raum, um gesellschaftliche Verhältnisse kritisch zu reflektieren und eigene Positionen zu diesen Verhältnissen zu entwickeln. Insofern muss sich politische Bildung auch mit aktuellen Theorien und Analysen der Gesellschaft beschäftigen. Bezogen auf den NSU und die Tatsache, dass dieser jahrelang ungehindert und unerkannt mordend durch die Republik ziehen konnte, stellt sich die Frage, was an einer kritischen Perspektive auf Gesellschaft gefehlt hat, um diese Ereignisse als rassistische Mordserie entlarven zu können. Bzw. warum die nicht gehört wurden, die dies längst getan hatten, wie die Angehörigen einiger durch den NSU Ermordeter, die bereits bei einer Demonstration 2006 Rassismus als mögliches Motiv thematisierten (Bundeszentrale für politische Bildung 2013). Und es stellt sich die Frage, warum selbst nach der Enttarnung des NSU der gesellschaftliche Aufschrei ausbleibt: Die Gerichtsverhandlung ist häufig nur mäßig besucht, Demonstrationen, die eine Aufklärung fordern, bleiben erschreckend klein, es ist kaum öffentlicher Druck auf Politik und Ermittlungsbehörden wahrnehmbar (Burschel 2014).

Der folgende Beitrag blickt aus der Perspektive der Migrations- und Rassismusforschung auf den NSU-Komplex und die öffentliche Debatte um ihn und entwickelt daraus thesenhaft Themen für eine aktuelle, geschlechterreflektierte Bildungsarbeit gegen Neonazismus und Rassismus. Der Auseinandersetzung mit Geschlechter- und Sexualpolitiken kommt dabei eine besondere Rolle zu, hat sich doch in den letzten Jahren eine unheimliche Allianz zwischen liberalen Haltungen und konservativen Kräften gebildet, die im Namen der Geschlechtergleichheit migrationspolitische Restriktionen und rassistische Ausschlüsse produziert. Insbesondere der Islam und Muslime werden dabei zur Bedrohung von Gleichberechtigung und sexueller Vielfalt stilisiert. Auch

diese Diskurse und Politiken haben dazu geführt, dass die Mordserie des NSU nicht als rassistische erkannt wurde, da muslimische/türkische Männer vor allem als (gewalttätige, Frauen unterdrückende und homophobe) Täter erscheinen – und damit als Opfer von Gewaltverbrechen nicht vorstellbar sind.

Eine aktuelle Gesellschaftsanalyse muss als Grundlage für eine präventive Bildungsarbeit gegen Rassismus und Neonazismus außerdem auch die sich verändernden gesellschaftlichen Verhältnisse berücksichtigen, wie z. B. die fortschreitende Pluralisierung der Bevölkerung. Dafür werden im Folgenden grob die migrationspolitischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte nachvollzogen.

Postmigrantische Gesellschaft: Angriffe auf die Pluralität

Von 1955 bis 1973 war das deutsche Migrationsregime geprägt durch die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte über das sogenannte Gastarbeiter-Rotationssystem. Diese Strategie einer flexiblen Mobilisierung von Arbeitskräften ging allerdings nicht auf: Nach der Verhängung des Anwerbestopps von 1973 stieg über Jahre hinweg die Zahl der nach Deutschland Einwandernden, weil viele Migrant_innen[3] sich fürs Bleiben entschieden und ihre Familien nachholten. Das änderte nichts am politischen Selbstverständnis Deutschlands, kein Einwanderungsland zu sein. Jahrzehntelang stellte die Staatsangehörigkeit in Deutschland das Kriterium dar, über das der Zugang zu Rechten und Ressourcen reguliert wurde. Für Eingewanderte gab es eigene Arbeitsmärkte, Gesetze, Sanktionsmöglichkeiten und in letzter Instanz immer die Möglichkeit der Ausweisung (Herbert 2001).

Zu Beginn der 1990er-Jahre veränderte sich der Modus der Einwanderung: Aufgrund der in vielen Teilen der Welt aufbrechenden Konflikte und in Ermangelung anderer Einwanderungsoptionen stieg die Zahl der Asylsuchenden. Dies wurde medial skandalisiert, politisch problematisiert und gipfelte in der nachhaltigen Beschneidung des Rechts auf Asyl. Es erfolgte eine gegenseitige Bezugnahme zwischen den parlamentarischen Debatten um das Asylrecht und dem rassistischen Terror auf der Straße (Schmidt 2002). Es wurden viele rassistische Übergriffe, Brandanschläge und Morde an Migrant_innen verübt, die zum Teil in Verbindung zu V-Männern erfolgten (Kleffner 2014) und manchmal unter dem Beifall zuschauender Bürger_innen statt-

3 Im Folgenden verwende ich die Begriffe ‚Migranten', ‚Migrant_innen' sowie ‚Menschen mit Migrationshintergrund'. Diese Begriffe sind unpräzise, werden zum Teil als ausschließend wahrgenommen und thematisieren nicht die Tatsache des Rassismus. Ihre Verwendung ist dem Mangel an für diesen Kontext passenderen Alternativen geschuldet.

fanden. Das gesellschaftliche Verständnis war das eines ethnisch homogenen Nicht-Einwanderungslandes, was sich in der Gesetzgebung und allen politischen Äußerungen zeigte.

Die bisher bekannten rassistischen Morde und Anschläge des NSU in den Jahren 2000 bis 2006 fallen dagegen in eine Zeit der heftigen Auseinandersetzung um die umstrittene Neudefinition Deutschlands als Einwanderungsland. Rechtliche und repräsentative Erfolge auf dem Weg in die Selbstverständlichkeit einer vielfältigen Gesellschaft wurden dabei immer wieder durch Politiken und Debatten gekontert, die auf die Bekämpfung, Delegitimierung oder Entrechtung von Migration und Migrant_innen abzielten. Ausgangspunkt der Auseinandersetzung bildete die Bundestagswahl 1998. Eines der ersten Projekte der rot-grünen Regierung war die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts mit dem Ziel der Abschaffung des *ius sanguinis* (Blutsrecht) zugunsten eines Rechts auf Einbürgerung und der Doppelstaatsbürger_innenschaft. Nach einer Gegenkampagne der Union im Jahr 2000 trat die Reform ohne die Möglichkeit einer doppelten Staatsbürger_innenschaft in Kraft. Nach Jahrzehnten bekannte sich Deutschland damit faktisch dazu, Einwanderungsland zu sein.

Auf der Ebene der kulturellen Repräsentation lässt sich eine neue Sichtbarkeit der Migration feststellen: Im Jahr 2000 veröffentlichte Wladimir Kaminer das vielbeachtete Buch *Russendisko*, Fatih Akın brachte seinen Film *Im Juli* heraus und Feridun Zaimoğlu schrieb das Drehbuch für den Film *kanak attack*. Die konservative Antwort hierauf war die Leitkulturdebatte. Im gleichen Jahr wurde in Nürnberg der Blumenhändler Enver Şimşek erschossen. Er ist das mutmaßlich erste Opfer des NSU. Überhaupt wurden die öffentlichen Debatten um den Stellenwert der Migration für die Gesellschaft in Deutschland – die selbst schon einen immanenten Rassismus offenbarten – von einer zunehmenden Anzahl rassistischer Übergriffe und Gewalttaten begleitet.

Nach einem Brandanschlag auf die Synagoge in Düsseldorf wurden rassistische Gewalt und neonazistische Organisierung nach Jahren des Leugnens oder Kleinredens erstmals von Regierungsseite problematisiert. Diese als ‚Aufstand der Anständigen' bekannt gewordene Initiative gipfelte im ersten NPD-Verbotsverfahren, welches im Jahr 2001 beschlossen wurde. Ebenfalls im Jahr 2001 legte die überparteiliche Süssmuth-Kommission einen Vorschlag für ein Einwanderungsgesetz vor, der die Migration nach und den Aufenthalt in Deutschland für viele Migrant_innen in vielerlei Hinsicht erleichtern sollte. Zeitgleich ermordete der NSU Süleyman Taşköprü, Abdurrahim Özüdoğru und Habil Kılıç und verübte einen Anschlag auf einen von einer aus dem Iran eingewanderten Familie betriebenen Lebensmittelladen in Köln, bei dem die junge Mashia M. schwer verletzt wurde.

Im Jahr 2002 scheitert das Einwanderungsgesetz im Bundesrat, im Jahr 2003 wird das NPD-Verbotsverfahren vom Bundesverfassungsgericht abge-

brochen, weil durch die vielen V-Leute innerhalb der NPD eine zu starke Verquickung zwischen staatlichen Institutionen und der zu verbietenden Partei bestehe. Auffallend ist, dass der NSU während des laufenden Verbotsverfahrens keine weiteren Morde verübte. Das macht deutlich, wie stark der NSU in die Konjunkturen des organisierten Neonazismus in Deutschland integriert war, und die Vermutung liegt nahe, dass nicht durch neonazistisch motivierte Morde zusätzliche Argumente für ein Verbot der NPD geliefert werden sollten. Erst im Jahr 2004 setzte der NSU seine Mordserie fort: Mehmet Turgut wurde ermordet und auf die Keupstraße in Köln wurde ein Nagelbombenattentat verübt (Dostluk Sineması 2014).

2005 trat das erste deutsche Einwanderungsgesetz in Kraft. Dies ist einerseits als migrationspolitischer Erfolg zu verbuchen, da damit die Anerkennung der Tatsache der Migration einhergeht. Allerdings spiegelt der Name des Gesetzes die abwehrende Haltung der Politik gegen diese Tatsache wider, denn es heißt: *Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung*. Die 1993 implementierte restriktive Asylpolitik erfuhr dabei keine nennenswerte Veränderung. Von nun an artikulierte sich die Auseinandersetzung über einen zunehmend repressiven Integrationsimperativ. Theodoros Boulgarides und Ismail Yaşar wurden durch den NSU ermordet. 2006 war das Jahr der letzten beiden rassistischen Morde des NSU: Im Abstand von zwei Tagen wurden Mehmet Kubaşık und Halit Yozgat ermordet.

Die Morde des NSU finden, wie sich mit diesem kurzen historischen Abriss zeigen lässt, in einer gesellschaftlichen Situation statt, in der Migration und Diversität politisch in eingeschränkter Weise Anerkennung fanden (Karakayalı/Kasparek 2013). Betrachten wir die 2000er-Jahre, so wird deutlich, dass trotz aller Kontroversen und *Counterpolitics* eine gesellschaftliche Entwicklung hin zu einer pluralen Einwanderungsgesellschaft stattfand. Diese wird auch mit dem Begriff der ‚postmigrantischen Gesellschaft' bezeichnet (Foroutan 2014; Tsianos/Karakayalı 2014). Der Begriff ‚postmigrantisch' versucht nicht, Migration für abgeschlossen und vergangen zu erklären – was angesichts der stetig steigenden Zahlen von Menschen mit Migrationshintergrund auch eine unhaltbare Behauptung wäre. Vielmehr beschreibt er eine Gesellschaft, die durch die Tatsache der Arbeitsmigration maßgeblich strukturiert ist, was die ganze Bevölkerung – ob mit oder ohne (eigene oder familiäre) Migrationserfahrung – erfasst. Diese Migrationsgeschichte ist auch für den Umgang mit aktuellen Wanderungsbewegungen politisch, rechtlich und sozial bedeutsam.

Mit der gesellschaftlichen Pluralisierung kommt es auch zur Neuformation rassistischer Ein- und Ausschlüsse, die eine aktualisierte Rassismusanalyse notwendig macht. Somit sind die Pluralisierung der Gesellschaft und das Erstarken von Kräften, die gegen Pluralität gerichtet sind, kein Paradox,

sondern vielmehr als neues gesellschaftliches Kräfteverhältnis zu verstehen. Für diese Polarisierung spricht z. B. die ZuGleich Studie von Andreas Zick und Madlen Preuß von der Uni Bielefeld. Diese besagt, dass 36 % der Menschen in Deutschland eine stärkere Willkommenskultur wünschen – und 31 % dagegen sind; oder 47 % die Vielfalt in Deutschland bejahen und 25 % dagegen sind (Zick/Preuß 2014). Ausgehend vom Konzept der postmigrantischen Gesellschaft ist die Mordserie des NSU als eine gewalttätige Reaktion gegen die sich durchsetzenden gesellschaftlichen Verhältnisse zu verstehen.

Bildungsarbeit in der pluralen Gesellschaft

Für eine gesellschaftstheoretisch informierte Bildungsarbeit bedeutet dies, auch im Rahmen von Bildungsangeboten von dieser Pluralität auszugehen und sie als nicht mehr verhandelbar zu setzen. Ansonsten macht sich Bildungsarbeit unglaubwürdig, wenn sie in der Auseinandersetzung um Rassismus (vielleicht in dem Wunsch, Rassismus zu skandalisieren) hinter die bereits stattgefundenen gesellschaftlichen Entwicklungen zurückfällt. Sie hat aber noch weiterreichende Konsequenzen, ermöglicht sie doch, sich an der gesellschaftlichen Pluralität zu orientieren und damit den Fokus von einem Kampf *gegen* hin zu der Frage eines Kampfes *für etwas* zu verschieben. Häufig beschränkt sich Bildungsarbeit gegen Rassismus darauf, die eigenen inneren Vorurteile oder aber gesellschaftliche Stereotype zu erkennen. Die Beschäftigung mit Rechtsextremismus besteht dagegen häufig in der Erklärung von Symbolen und Codes, die helfen sollen, Neonazis zu erkennen. In beiden Fällen geht es darum, etwas zu bekämpfen: die unbewussten Rassismen in sich selbst oder den Rassismus der Anderen. Über diese notwendige Beschäftigung mit Rassismus hinaus ist allerdings ein Anknüpfen an die Pluralität selbst notwendig. Denn eine plurale Perspektive stärkt diejenigen Teilnehmenden von Bildungsangeboten, die in ihren Mehrfachzugehörigkeiten beständig Erklärungsdruck oder rassistischer Diskriminierung ausgesetzt sind. Bildungsarbeit kann dabei helfen, Angebote zur Auseinandersetzung mit Rassismus zu entwerfen, die nicht – wie es gegenwärtig häufig der Fall ist – implizit nur weiße herkunftsdeutsche Teilnehmende adressiert, obgleich Schulklassen, Gewerkschaften, Lehrer_innenkollegien und Jugendgruppen längst nicht mehr so homogen sind. Die Tatsache der längst Realität gewordenen pluralen Gesellschaft ist ein starkes Argument gegen völkische Ideen von homogenen Gemeinschaften.

Die Orientierung an der Pluralität hilft, Bündnisse gegen Rassismus und Neonazismus zwischen Gruppen zu bilden, die sich sonst vielleicht nicht

wahrnehmen würden. Und eine solche Perspektive eröffnet den Raum danach zu fragen, wie Zusammenleben in einer pluralen Gesellschaft funktioniert und aussehen soll. In der sozialwissenschaftlichen Literatur finden sich einige Beispiele, die einen solchen Ansatz verfolgen. Paul Gilroy (2005) z. B. beschreibt mit dem Begriff der *conviviality* die Solidarität, die sich im praktischen Alltag des Zusammenlebens sehr verschiedener Gruppen in britischen Großstädten ergibt. Er beobachtet, wie in gemischten Nachbarschaften religiöse, ethnische oder soziale Identitätszuschreibungen fluide werden und ein Bemühen sichtbar wird, aus unterschiedlichen Interessen entstehende Probleme gemeinsam zu lösen. Ein anderes Beispiel wäre die von Mark Terkessidis (2010) vorgeschlagene *Interkultur*: Unter diesem Schlagwort fordert er die Anerkennung der pluralen Migrationsgesellschaft. Dazu gehört eine gesellschaftliche Auseinandersetzung darüber, wie das Zusammenleben zwischen den Menschen, die unabhängig von Pass und Herkunft tatsächlich da sind und die Gesellschaft bilden, gleichberechtigt organisiert werden kann.

Einer solchen Perspektive muss – um nicht in das Fahrwasser einer machtunkritischen Diversity-Strategie zu geraten – eine Rassismusanalyse an die Seite gestellt werden. Den Wandel der Gesellschaft durch Migration zu beschreiben ist unvollständig, wenn nicht auch der parallel stattfindende Wandel rassistischer Regime analysiert wird. Die Tatsache, dass sich die Gesellschaft pluralisiert hat, bedeutet nicht das Ende rassistischer Verhältnisse, die weit über einzelne Angriffe von Neonazis hinausgehen.

In den folgenden drei Abschnitten werden aktuelle rassismustheoretische Ansätze vorgestellt und daraufhin befragt, wie sich der gesellschaftliche Umgang mit den Morden an Migranten und dem NSU-Komplex theoretisch einordnen lässt und welche Schlüsse sich daraus für eine geschlechterreflektierende Bildungsarbeit gegen Rassismus und Rechtsextremismus ziehen lassen.

Diese Ansätze sind hilfreich für ein Verständnis der gesellschaftlichen Situation, in der die Morde an neun Migranten stattfanden und nicht als rassistische Morde erkannt wurden und in der selbst nach dem Bekanntwerden des rassistischen Motivs der gesellschaftliche Aufschrei ausblieb. Die analytischen Perspektiven des *antimuslimischen Rassismus*, der *postracial society* sowie des *Homonationalismus* zeigen auf, wie der Rassismus bestimmte Gruppen von Migrant_innen fokussiert und wie liberale, auch auf Geschlechtergleichheit und sexuelle Vielfalt ausgerichtete und rassistische Politiken aufeinander verweisen können. Für die Bildungsarbeit ermöglichen diese Ansätze eine Auseinandersetzung mit aktuellen rassistischen Ausgrenzungen und Diskursen und die Entlarvung der Verquickung emanzipatorischer Forderungen mit rassistischen Ausschlüssen.

Antimuslimischer Rassismus

Das Konzept des antimuslimischen Rassismus wurde in den letzten Jahren bereits breit rezipiert. In Deutschland wie in vielen anderen westlichen Ländern fokussiert der Rassismus gegenwärtig auf als muslimisch etikettierte Migrant_innen. Insbesondere türkische Migrant_innen und ihre deutschen Nachkommen werden, gerade auch in Folge des 11. Septembers 2001, zur Zielscheibe eines spezifisch antimuslimischen Rassismus. Im Sinne eines orientalistischen Wissensrepertoires wird ihnen eine fundamentalistische, antiegalitäre und antimoderne Kultur zugeschrieben (Shooman 2011) und die vermeintliche oder tatsächliche Religionszugehörigkeit zentral fokussiert. Im antimuslimischen Rassismus verbinden sich drei verschiedene miteinander verknüpfte Topoi: der Terrorismus, die Geschlechterungleichheit und der sozioökonomische Misserfolg.

Im Terrorismusdiskurs ist seit den Anschlägen auf das WTC 2001 eine Gleichsetzung von Islam und Terrorismus festzustellen, die zur generellen Wahrnehmung von Muslimen als potenziellen Schläfern führt (Tsianos u. a. 2011). Diese wird aktuell durch die Debatten um Salafismus und die Ausreise junger Menschen nach Syrien, um sich der internationalen Terrororganisation Islamischer Staat (IS) anzuschließen[4], verfestigt. Mit dieser Gleichsetzung werden Formen der „reversiblen Staatsbürgerschaft" (ebd.) gerechtfertigt. Dazu gehört die Einschränkung von Grundrechten wie der freien Wahl der Kleidung bei der Berufsausübung, wie z. B. das Kopftuchverbot im Schuldienst in vielen Bundesländern, die Erwägung eines Burkaverbots (in Frankreich bereits durchgesetzt), das Verbot des Sprechens von Fremdsprachen auf Schulhöfen oder die Debatte um die Kennzeichnung von Pässen von dem salafistischen Spektrum zugeordneten Deutschen.

Die Etikettierung von Muslim_innen als ‚kulturell Andere' ist allerdings deutlich älter als die aktuelle Identifizierung des Islam mit Terror. Sie geht auf die Kolonialzeit zurück: Der islamisch geprägte Orient wurde schon damals als traditionell, barbarisch und repressiv dem fortschrittlichen, demokratischen und zivilisierten Okzident gegenübergestellt (Said 2003). Heute geschieht dies maßgeblich über die Thematisierung des Geschlechterverhältnisses. Beispiele hierfür sind die sich auf unseriöse Zahlen stützende Debatte über Zwangsehen (kritisch dazu Karakasoglu/Terkessidis 2006), die mediale Aufbereitung von ‚Ehrenmorden' (Korteweg/Yurdakul 2010) sowie die Verknüpfung von Islam und Homophobie (kritisch dazu Yilmaz-Günay 2011).

4 Das Bundesamt für Verfassungsschutz geht von 550 Menschen aus, die 2014 Deutschland verlassen haben, um sich dem IS anzuschließen (Tagesschau 2014).

Muslimische Migrantinnen[5] erscheinen in diesem Diskurs als Opfer rückwärtsgewandter, patriarchal-orientalischer Familienstrukturen, denen nur mit der (im Zweifelsfall auch ordnungspolitischen) Durchsetzung fortschrittlicher, westlich-christlicher Normen und Werte geholfen werden kann – was häufig in der Forderung nach Restriktionen im Einwanderungsrecht mündet. Damit wird ignoriert, dass zum einen Frauen nicht grundsätzlich wegen ihrer Religionszugehörigkeit unter problematischen Bedingungen leben. Zum anderen wird verdeckt, dass prekäre Situationen muslimischer Migrantinnen auch durch die soziokulturellen Ausschlüsse und den Rassismus der westlichen Aufnahmegesellschaft verursacht werden und dieser Umstand die Position von Migrantinnen rechtlich und sozial schwächt (Yurdakul 2010: 122ff.). Das In-Stellung-bringen der Geschlechtergerechtigkeit gegen den Islam – pointiertestes Beispiel dafür war wohl die Rechtfertigung des Kriegs in Afghanistan mit der Verteidigung von Frauenrechten – lässt das Geschlechterverhältnis als Ungleichheitsverhältnis auch in Deutschland aus dem Blick geraten.

Ganz offensichtlich fokussiert der antimuslimische Rassismus aber nicht nur die vermeintliche ethnisch-kulturell-religiöse Disposition, sondern in besonderer Weise auch die soziale Situation von als muslimisch gelabelten Migrant_innen. Besonders prominent wurde dieser Zusammenhang von Thilo Sarrazins (2010) Bestseller *Deutschland schafft sich ab* hergestellt. Die Ethnisierung sozialer Konflikte zeigt sich bei ihm in einer Umdeutung der sozialen Marginalisierung von Migrant_innen in ein kulturelles Problem, obgleich die überproportionale Angewiesenheit auf staatliche Transferleistungen, Arbeitslosigkeit und Schulmisserfolg Folgen unsicherer Aufenthaltstitel und der Diskriminierung unter anderem im Bildungssystem sowie auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt sind.

Die Interpretation des Islam als rückschrittlich scheint gerade in Zeiten der ökonomischen Krise eine große Evidenz zu entfalten. Die Behauptung, dass es die Religionszugehörigkeit sei, die angeblich das ‚Ankommen' in einer fortschrittlichen, demokratischen und leistungsorientierten Welt unmöglich mache, dethematisiert die vielfältigen gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Ausschlüsse, unter denen die Menschen ihr Leben organisieren müssen. Dieses Argument ist in der Geschichte nicht neu, hier begegnet uns wieder die Beziehung von Klassenverhältnissen und Rassismus, die Etienne Balibar (1990) unter dem Begriff des „Klassenrassismus" analysierte (siehe auch Kemper und Castro Varela in diesem Band).

5 Im Fokus der Debatte stehen Migrantinnen bzw. Frauen mit Migrationshintergrund. Herkunftsdeutsche Konvertitinnen spielen in der Diskussion um den angenommenen Zusammenhang zwischen Islam und der Unterdrückung der Frau keine Rolle.

Postracial society

Interessant ist nun, dass diese Form des Rassismus nicht nur von konservativen Kräften getragen wird, sondern in spezifischer Weise gesellschaftlicher Mainstream geworden ist und gerade auch von liberalen Kräften ausgeht, wie Alana Lentin und Gavin Titley (2011) mit ihrem Konzept der *postracial society* analysieren. Lentin und Titley untersuchen, wie sich um die Figur des Scheiterns von Multikulturalität ein neuer rassistischer Diskurs formiert, der insbesondere von liberalen Argumenten getragen wird. Auch dieser Diskurs, der sich in allen europäischen Ländern und Nordamerika finden lässt, fokussiert insbesondere Muslim_innen als gesellschaftliches Problem. Der Diskurs der *postracial society* behauptet die bereits erfolgte gesellschaftliche Überwindung des Rassismus (ebd.: 77). Die Wahl Barack Obamas, Antidiskriminierungsgesetze, das Recht auf Einbürgerung sowie die zunehmende Sichtbarkeit von Minderheitenangehörigen in der Politik, den Medien und öffentlichen Ämtern wird als Beleg dafür herangezogen, dass Rassismus bereits der Vergangenheit angehöre. Dieser „good diversity" – gesellschaftlich erfolgreiche Minderheitenangehörige oder -gruppen, die neoliberal vermarktbare Differenz produzieren – wird eine „bad diversity" – nicht-erfolgreiche Migrant_innen, sogenannte ‚Parallelgesellschaften' – gegenübergestellt (ebd.: 160ff.).

Der Multikulturalismus, der tatsächlich in keinem einzigen europäischen Land jemals politisches Programm war, wird als Ursache für das Entstehen dieser „bad diversity" betrachtet. Wohnräumliche Segregation (das Ghetto), religiöse Radikalisierung und Arbeitslosigkeit werden als Effekte multikultureller Politik verstanden, die an der problematischen Kultur insbesondere von Muslim_innen scheitert, anstatt als Effekte rassistischer Ausgrenzung (ebd.: 55).

Dieser Diskurs folgt einer sehr spezifischen Kulturalisierung: Kulturen werden nicht mehr als höher- oder minderwertig gelabelt, sondern als gleichwertig (siehe auch Nax/Schmitt in diesem Band); problematisiert wird in erster Linie die angebliche Inkompatibilität bestimmter Kulturen und mit der Rhetorik der „geteilten Werte" (ebd. 50) werden Muslim_innen diskursiv ausgeschlossen. Diskurse um Kompatibilität sind suggestiv und affektgeladen; rund um den Islam dominieren beispielsweise Narrative von Niedergang und Verfall der westlichen Welt (ebd.: 52). In der Idee kompatibler und nicht-kompatibler Kulturen selbst drückt sich also bereits eine rassistische Ordnung aus (ebd.: 64). Die Frage der Kompatibilität von Kulturen wird nicht mehr im Sinne der Bedrohung einer Kultur durch eine andere gestellt. Vielmehr ist sie in einen Diskurs um Liberalismus eingebettet: Verteidigt werden muss nicht mehr eine nationale Ethnie, sondern liberale Prinzipien müssen gegen illiberale Kräfte verteidigt werden. Bedroht ist also in erster Linie liberale Politik, Lentin und Titley nennen das (nach Alan Tebbe) „identity liberalism" (ebd.: 119).

In diesem Liberalismus werden alle Zeichen von abweichender Kultur zum Problem, da sie den säkularen, geschlechtergleichen Staat bedrohen. Liberalismus wird als Gegensatz zu Multikulturalismus verstanden, anstatt letzteren als eine Form des Liberalismus zu betrachten. Mit dem Liberalismus als Garant für Freiheit und Gleichheit gilt insbesondere der Islam als unvereinbar, da er als grundsätzlich unfrei und ungleich definiert wird.

Diese Gegenüberstellung ist in mehrfacher Hinsicht nicht plausibel: Zum einen barg der Universalismus (beispielsweise in der Epoche der Aufklärung) auch historisch nie das Versprechen auf die Gleichheit aller Menschen, sondern nur bestimmte Gruppen von Menschen (zumeist weiße männliche Bürger) profitierten von ihm. Zum zweiten ist festzustellen, dass auch Rassismus nicht mit liberalen Prinzipien vereinbar ist – dies spielt in der Argumentation aber keine Rolle. Zum dritten ist diese liberale Position ahistorisch: So wird beispielsweise der politisch-historische Kontext (Kolonialismus, Rassismus, Einwanderungsdebatten etc.), vor dessen Hintergrund Debatten um das Kopftuch oder die Beschneidung stattfinden sowie die vorhandenen Narrative von Muslim_innen über den Schleier und warum sie ihn tragen, völlig ausgeblendet (ebd.: 97). Der Liberalismus imaginiert sich als notwendigen Ausschluss nicht tolerierbarer Partikularinteressen und Identitätspolitiken. Dabei wird verschleiert, dass auch die liberalen Nationalstaaten Europas ein Produkt von Kräfteverhältnissen (z. B. Kolonialismus) sind, dass ihre Politiken bestimmte Menschen qua Herkunft und Geschlecht bevorzugen und dass der Integrationsimperativ, die Verpflichtung auf liberale Werte, ebenfalls eine Form der Identitätspolitik darstellt. Der Liberalismus dagegen inszeniert sich als das Versprechen eines guten Lebens für alle. Dabei gelingt die Identifikation mit dem Liberalismus nur, wenn es gleichzeitig einen illiberalen Anderen gibt – nämlich den Muslim (ebd.: 132).

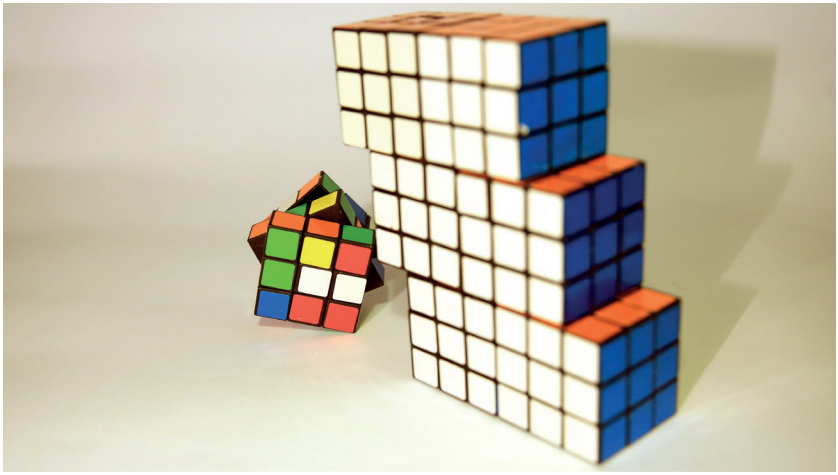
Mit ihrer Analyse zeigen Lentin und Titley, wie sehr rassistische Argumente in einen liberalen Diskurs eingeschrieben sind, der gesellschaftlich weit verbreitet ist. Insbesondere der Bezug auf Geschlechtergerechtigkeit und auf Anerkennung gerichtete Sexualpolitiken machen es dabei schwierig, diese Argumentation anzugreifen. Hier lässt sich eine interessante Parallele zum Postfeminismus ziehen (Debus in diesem Band). Unter dem Begriff des Postfeminismus untersucht Angela McRobbie (2010), wie gegenwärtig der Feminismus einerseits als übertrieben, lustfeindlich und altmodisch diskreditiert und gleichzeitig andererseits behauptet wird, seine zentralen Forderungen seien längst erfüllt und feministische Positionen darum überholt. Der Staat wird dabei als zentraler Akteur inszeniert, der, so scheint es, mit vielerlei Gleichstellungsregelungen an die Stelle des Feminismus tritt. McRobbie zeigt auf, wie beispielsweise durch die mediale Inszenierung individueller Biographien junger Frauen in der Presse sowie im Fernsehen suggeriert wird, wie diese

mit harter Arbeit, Willen zum Erfolg und Durchhaltevermögen alles erreichen könnten (ebd. 91ff.). Damit werden die tatsächlichen Zusammenhänge von Race, Class und Gender, wie beispielsweise die große Zahl weiblicher Alleinerziehender, geschlechterungleiche Entlohnung, Armut unter und Gewalt gegen Frauen sowie rassistische Diskriminierung von Migrant_innen, dethematisiert. Der Postfeminismus zeichnet sich durch einen Liberalismus aus, der alle strukturellen Unterschiede und damit Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten negiert bzw. als Problem des individuellen Leistungsvermögens und der eigenen ‚Performance' deklariert. Damit werden feministische Forderungen als unberechtigte Partikularinteressen diffamiert und diskursiv ausgeschlossen. Ähnlich wie in der oben nachgezeichneten liberalen Argumentation gegen den Islam werden hier liberale ‚Errungenschaften' verteidigt.

Der Zusammenhang zwischen liberalen Positionen und Rassismus ist auch Gegenstand des dritten rassismustheoretischen Ansatzes, der nun vorgestellt werden soll.

Homonationalismus

Als drittes Werkzeug zur Analyse gegenwärtiger rassistischer Verhältnisse wird im Folgenden das Konzept des „Homonationalism" (Puar 2007) vorgestellt. Homonationalismus beschreibt eine politische Situation, in der Sexual- und Geschlechterpolitiken international zum Distinktionsmerkmal werden und zu einer neuen nationalistischen Formation beitragen. Homosexuelle werden im Zuge einer Neuformierung der Nation in diese inkludiert, sofern sie bereit sind, heteronormativen Anforderungen zu entsprechen, z. B. zu heiraten und Familien zu gründen. Selbst konservative Politiker_innen werden dabei zu Verteidiger_innen von auf Gleichheit gerichteten Geschlechter- und Sexualpolitiken. Aus dieser nationalen Neuformierung ausgeschlossen sind Muslim_innen, da dem Islam Geschlechterungerechtigkeit und Homophobie zugeschrieben werden. Wichtig ist hier zu verstehen, dass Homonationalismus nicht als Identitätspolitik misszuverstehen ist, sondern vielmehr als Assemblage. Damit ist gemeint, dass Homonationalismus keine politische Strategie ist, sondern sich in ihm verschiedene gesellschaftliche Verhältnisse überkreuzen wie z. B. der partielle Erfolg der Kämpfe der LGBTIQ-Bewegungen um Anerkennung und Teilhabe, die Entdeckung Homosexueller als Kosument_innengruppe im Zuge wirtschaftlicher Liberalisierung sowie geostrategische Interessen des Westens in arabischen Ländern.



> „Homonationalism, thus, is not simply a synonym for gay racism, or another way to mark how gay and lesbian identities became available to conservative political imaginaries; it is not another identity politics, not another way of distinguishing good queers from bad queers, not an accusation, and not a position. It is rather a facet of modernity and a historical shift marked by the entrance of (some) homosexual bodies as worthy of protection by nation-states, a constitutive and fundamental reorientation of the relationship between the state, capitalism, and sexuality" (Puar 2013: 337).

Mit der Verteidigung sexueller Freiheit wird sogar das Führen von Kriegen gerechtfertigt, wobei hier die Instrumentalisierung von Menschenrechten besonders deutlich wird. Restriktive Gesetze gegen Homosexuelle gibt es in vielen Staaten, bis hin zur Todesstrafe; zum Anlass für politische Interventionen werden sie aber nur da, wo strategisch-politische Interessen jenseits der Durchsetzung von Menschenrechten bestehen (Puar 2007: XIII).[6]

Puars Analyse bezieht sich auf die USA und Israel[7], allerdings lassen sich auch in Deutschland Situationen von Homonationalismus aufzeigen. Beispiele hierfür sind der von 2006 bis 2011 geltende Einbürgerungstest in Baden-Württemberg, in dem Antragsteller_innen aus muslimisch geprägten Ländern spezifische Fragen gestellt wurden, u. a. wie der_die Bewerber_in auf die Homosexualität des eigenen Sohnes reagieren würde (Spielhaus 2006). Der Lesben- und Schwulenverband Deutschland (LSVD) geriet in den letzten zehn Jahren immer wieder in die Kritik insbesondere queerer Migrant_innen, weil er in Publikationen, Veranstaltungen und politischen Initiativen ein Bild von (insbesondere jungen, männlichen) muslimischen Migrant_innen als per se patriarchal und vormodern entwirft, um dann folgerichtig die Notwendigkeit ihrer Integration in ‚deutsche Werte´ wie Akzeptanz gegenüber sexueller und geschlechtlicher Vielfalt zu konstatieren (Haritaworn/Petzen 2011). Zudem wird in methodisch kritikwürdigen und tendenziösen Studien (die sogenannte ‚Simonstudie' sowie die Statistik des schwulen Überfalltelefons von Maneo, ebd.) Muslim_innen generell Homophobie unterstellt. Die Behauptung von Queerfreundlichkeit als deutschem Wert erfolgt ungeachtet der Tatsache, dass es eine Fülle von rechtlichen Diskriminierungen gegenüber Schwulen, Lesben und Queers gibt, Homophobie abseits einiger weniger Großstadtviertel für viele ein alltägliches Problem darstellt und sich diese ebenso wie der Rassismus modernisiert (Nax/Schmitt in diesem Band).

6 Als Beweis für die tatsächlich weitverbreitet Homophobie in den USA und der US-Armee führt Puar die 2004 entdeckten Folterfotos von Abu Ghraib an: Hier hatten US-Soldat_innen während der Besetzung des Irak im Gefängnis von Abu Ghraib irakische Gefangene in homosexuelle Posen gezwungen und fotografiert (ebd.).

7 Letzteres hat einige Kontroversen provoziert, Puar wurde auch Antisemitismus vorgeworfen (Rabuza o. J.). Dieser Vorwurf ist ernst zu nehmen, vermindert aber nicht die Produktivität des Konzepts Homonationalismus.

Analytische Schraubenschlüssel

Die drei hier vorgestellten rassismustheoretischen Ansätze ermöglichen eine Analyse gegenwärtiger Diskurse, in denen mit auf Gleichheit gerichteten Politiken in Bezug auf das Geschlechterregime rassistische Ausschlüsse gerechtfertigt werden, wobei die Betonung einer grundsätzlich egalitären Haltung häufig gegen den Vorwurf des Rassismus immunisieren soll. So werden in einer pluralisierten Gesellschaft neue Grenzziehungen vorgenommen und eine neue nationale Identität, insbesondere in Abgrenzung zur muslimischen Bevölkerung, konstituiert, die die Absicherung von Grenzen und Hierarchien in Zeiten globaler (ökonomischer) Unübersichtlichkeit verspricht. Vorstellungen von Freiheit und Gleichheit werden gegeneinander ausgespielt und genuin emanzipatorische Ziele für rassistische Ausschlüsse benutzt.

Diese Veränderungen in den Diskursen und Politiken um Migration und Rassismus sind auch ein Schlüssel, um die Morde des NSU zu verstehen. Die Ermordeten waren Menschen, die im aktuellen Migrationsdiskurs wegen ihrer türkischen Herkunft als ‚Muslime' gelten.[8] In einer gesellschaftlichen Situation, in der die Tatsache der Einwanderung auch von politischer Seite anerkannt wird, erscheinen die Morde wie eine Art selbstjustizielle Migrationspolitik: Mord als Politik der Ausbürgerung. Mit der Unkenntnis der neonazistischen Täter_innenschaft im Fall der neun Morde an Migranten wurde in besonderer Weise das gesellschaftlich-rassistische Wissen um kulturell differente Migrant_innen mobilisiert. Die Verbindung von Muslim_innen mit Mord bediente das ganze Repertoire an Konstruktionen dessen, was seit den 2000er-Jahren als ‚Parallelgesellschaft' durch Medien und Politik geisterte: Gewalttätigkeit, (organisierte) Kriminalität, Gefahr und kulturelle Differenz. Insbesondere muslimische Männer werden von den oben genannten Diskursen und Politiken als Täter konstruiert, was die Wahrnehmung der Getöteten als Opfer unmöglich machte. Die oben genannten Diskurse und Politiken führten dazu, dass es plausibel erschien, dass Migranten sich gegenseitig umbringen, die Gesamtgesellschaft sich durch den Serienmord an Migranten so wenig angegriffen fühlte, dass kein nennenswerter öffentlicher Druck auf die Ermittlungsbehörden entstand und dass die durch den NSU Geschädigten öffentlich kaum Gehör fanden, als sie Rassismus als Tatmotiv thematisierten.

Die Verquickung von geschlechter- und sexualliberalen Argumentationen und Politiken mit rassistischem Ausschluss reicht dabei weit in verschiedene politische Spektren und gesellschaftliche Schichten, was eine Solidarisierung mit von Rassismus betroffenen Migrant_innen unwahrscheinlich(er) macht. In diesen (neo)liberalen Diskursen werden strukturelle Ausschlüsse

8 Theodoros Boulgarides wurde vom NSU vermutlich als ‚türkisch' identifiziert.

und Diskriminierung dethematisiert und verschiedene ‚Kollektiv-' oder ‚Partikularidentitäten' zueinander in Konkurrenz gesetzt. Eine Pädagogik, die diese Zusammenhänge nicht versteht, verkennt die zugrundeliegenden gesellschaftlichen Verhältnisse des Rassismus und der Geschlechter und reproduziert die Logik der Konkurrenz. Dies verhindert auch einen positiven Bezug auf Pluralität und vergibt damit die Chance, über die Gestaltung einer Gesellschaft nachzudenken, an der alle, die dazugehören, partizipieren können.

Bildungsarbeit muss eine Rassismusanalyse auf der Höhe der Zeit anbieten, denn längst werden nicht mehr alle Migrant_innen als ‚Fremde' gleichermaßen rassistisch diskriminiert, vielmehr werden spezifische Gruppen adressiert. Somit widersprechen sich eine grundlegende Bejahung von Pluralität und die Ausgrenzung bestimmter Gruppen („good" und „bad diversity") nicht.

Die Konstruktion von insbesondere muslimischen Migrant_innen als illiberale Bedrohung von Freiheit und Gleichheit ist dabei ein gesamtgesellschaftlicher Diskurs, in dem auf Gleichheit gerichtete Sexualitäts- und Geschlechterpolitiken in Stellung gebracht werden, um Einwanderung zu regulieren und restriktive Integrationsmaßnahmen durchzusetzen, der auch und gerade von eigentlich progressiven Kräften wie z. B. den Frauen- oder Queerbewegungen mitgetragen werden kann. Eine geschlechterreflektierte Bildungsarbeit muss diese Konjunkturen des Rassismus reflektieren, um nicht selbst in ihr Fahrwasser zu geraten.

Literatur

Aust, Stefan/Laabs Dirk (2014): Heimatschutz. Der Staat und die Mordserie des NSU. München: Pantheon Verlag.

Balibar, Etienne (1990): Der „Klassen-Rassismus". In: Ders./Wallerstein, Immanuel: Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten. In: Hamburg: Argument Verlag, S. 247–261.

Bundeszentrale für politische Bildung (2013): „Ich kenne meine Feinde". Film. http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/175433/video-die-migrantische-community-und-der-nsu [Zugriff: 01.03.2015].

Burschel, Fritz (2014): Dicke Luft in A 101: Nach 150 Prozesstagen im Münchener NSU-Prozess zeichnen sich Probleme der Innen- und Außenwahrnehmung des Verfahrens ab. In: Kritische Justiz, Nr. 4, 47. Jg., S. 450–460.

Cetin, Zülfukar (2012): Homophobie und Islamophobie. Intersektionale Diskriminierungen am Beispiel binationaler schwuler Paare in Berlin. Bielefeld: transcript Verlag.

Deutscher Bundestag (2013): Beschlussempfehlung und Bericht des 2. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des Grundgesetzes. Drucksache 17/

14600 vom 22. August 2013. http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/146/1714600.pdf [Zugriff: 10.04.2015].
Die Linke im Bundestag (2013): Was folgt aus dem NSU-Skandal? Sondervotum der Fraktion Die Linke zum NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages vom 28.08.2013. dokumente.linksfraktion.net/download/sondervotum-nsu-untersuchungsausschuss-september-2013.pdf [Zugriff: 07.04.2015].
Dostluk Sineması (2014): Von Mauerfall bis Nagelbombe. Der NSU Anschlag auf die Kölner Keupstraße im Kontext der Pogrome und Anschläge der neunziger Jahre. Berlin: Amadeu Antonio Stiftung.
Foroutan, Naika (2014): Narrationen von Nationen – Oder: Wie erzählt man nationale Identität in Deutschland neu? In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Vielfältiges Deutschland. Bausteine für eine zukunftsfähige Gesellschaft. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.
Gilroy, Paul (2005): After Empire. Postcolonial Melancholia. New York: Columbia Press.
Haritaworn, Jin/Petzen, Jennifer (2011): Integration as a sexual Problem. An Excavation of the German „Muslim Homophobia" Panic. In: Yilmaz-Günay, Koray (Hrsg.): Karriere eines konstruierten Gegensatzes. Zehn Jahre Muslime vs. Schwule. Berlin: Eigendruck, S. 115–134.
Herbert, Ulrich (2001): Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge. München: C. H. Beck Verlag.
Karakasoglu, Yasemin/Terkessidis, Mark (2006): Gerechtigkeit für die Muslime! In: Die Zeit vom 01.02.2006. http://www.zeit.de/2006/06/Petition [Zugriff: 12.04.2015].
Karakayalı, Juliane/Kasparek, Bernd (2013): Mord im rassistischen Kontinuum. In: analyse und kritik vom 19.11.2013, Nr. 588.
Kleffner, Heike (2014): „Generation Terror": Der NSU und die rassistische Gewalt der 1990er Jahre in NRW. In: Dostluk Sineması (Hrsg.): Von Mauerfall bis Nagelbombe. Berlin: Amadeu Antonio Stiftung, S. 25–35.
Korteweg, Anna/Yurdakul, Gökce (2011): Islam, Gender und Integration von Immigranten: Grenzziehungen in den Diskursen über Ehrenmorde in den Niederlanden und Deutschland. In: Bodemann, Michal Y./Yurdakul, Gökce (Hrsg.): Staatsbürgerschaft, Migration und Minderheiten. Wiesbaden: VS Verlag, S. 71–93.
Lentin, Alana/Titley, Gavan (2011): The Crisis of Multiculturalism. Racism in a Neoliberal World. London: Zed Books.
McRobbie, Angela (2010): Top Girls. Feminismus und der Aufstieg des neoliberalen Geschlechterregimes. Wiesbaden: VS Verlag.
NSU-Watch (2015): „Die Anklageschrift ist falsch! Sie muss auf einen breiteren NSU Unterstützerkreis ausgeweitet werden". Interview mit Gül Pinar, Nebenklageanwältin im NSU Prozess. http://www.nsu-watch.info/2015/01/die-anklageschrift-ist-falsch-sie-muss-auf-einen-breiteren-nsu-unterstuetzerkreis-ausgeweitet-werden/ [Zugriff: 12.2.2015].
Puar, Jasbir (2007): Terrorist Assemblages: Homonationalism in Queer Times. London: Urham.
Puar, Jasbir (2013): Rethinking Homonationalism. International Journal of Middle East Studies, Nr. 2, 45. Jg., S. 336–339.

Rabuza, Nina (o. J.): Fallbeispiel: Die Debatte um Israel und „Pinkwashing“ in der LSBTI-Szene. In: Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.): „Man wird ja wohl Israel noch kritisieren dürfen …!?“ Berlin: Eigendruck, S. 29–34.

Said, Edward (2003): Orientalism. London: Penguin.

Sarrazin, Thilo (2010): Deutschland schafft sich ab. München: Deutsche Verlags-Anstalt.

Schmidt, Jürgen (2002): Politische Brandstiftung. Warum 1992 in Rostock das Asylbewerberheim in Flammen aufging. Berlin: edition ost.

Shooman, Yasemin (2011): Keine Frage des Glaubens. In: Friedrich, Sebastian (Hrsg.): Rassismus in der Leistungsgesellschaft. Münster: edition assemblage, S. 59–77.

Şimşek, Semiya (2013): Schmerzliche Heimat. Deutschland und der Mord an meinem Vater. Berlin: Rowohlt.

Spielhaus, Riem (2006): Religion and Identity. How Germanys Foreigners have become Muslims. In: Internationale Politik, Transatlantic Edition, S. 17–23. http://www.fulbright.de/fileadmin/files/togermany/information/2005-06/gss/TIP_0206_Spielhaus.pdf [Zugriff: 12.04.2015].

Tagesschau (2014): „Die Jahresbilanz ist erschreckend“. Sendung vom 16.12.2014: http://www.tagesschau.de/inland/verfassungsschutz-107.html [Zugriff: 17.02.2015].

Terkessidis, Mark (2010): Interkultur. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Tsianos, Vassilis/Panagiotides, Efthimia/Pieper, Marianne (2011): Konjunkturen der egalitären Exklusion: Postliberaler Rassismus und verkörperte Erfahrung in der Prekarität. In: Pieper, Marianne/Atzert, Thomas/Karakayalı, Serhat/Tsianos, Vassilis (Hrsg.): Biopolitik in der Debatte. Wiesbaden: VS Verlag, S. 193–237.

Tsianos, Vassilis/Karakayalı, Juliane (2014): Rassismus und Repräsentation in der postmigrantischen Gesellschaft. Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 13–14, 64. Jg., S.33–39.

Virchow, Fabian/Thomas, Tanja/Grittmann, Elke (2015): „Das Unwort erklärt die Untat“. Die Berichterstattung über die NSU-Morde – eine Medienkritik. Frankfurt am Main: Otto Brenner Stiftung.

Yilmaz-Günay, Koray (2011) (Hrsg.): Karriere eines konstruierten Gegensatzes: Zehn Jahre „Muslime versus Schwule“. Berlin: Eigendruck.

Yurdakul, Gökce (2010): Governance Feminism und Rassismus: Wie führende Vertreterinnen von Immigranten die antimuslimische Diskussion in Westeuropa und Nordamerika befördern. In: Yurdakul, Gökce/Bodemann, Michal Y.: Staatsbürgerschaft, Migration und Minderheiten. Wiesbaden: VS Verlag, S. 111–127.

Zick, Andreas/Preuß, Madlen (2014): ZuGleich – Zugehörigkeit und (Un)Gleichwertigkeit. http://www.uni-bielefeld.de/ikg/projekte/ZuGleich/ZuGleich_Zwischenbericht.pdf [Zugriff: 10.04.2015].

4. Von Neoliberalismus und vom Zaubern

Plädoyer für utopische Momente

Katharina Debus

Ich (*1979) gehöre der post-pathetischen Generation an, der post-romantischen, der post-utopischen – oder jedenfalls kann ich mein In-meiner-Generation-sein so beschreiben. Meine Politisierung war geprägt durch das Ende der Systemkonkurrenz, eine sich ausbreitende neoliberale Hegemonie und ‚Alternativlosigkeit', die rassistischen Pogrome Anfang der 1990er-Jahre und die darauf folgende Quasi-Abschaffung des Grundrechts auf Asyl. Bei meiner ersten Wahl habe ich die rot-grüne Bundesregierung 1998 mitgewählt – das war die, die die Hartz-IV-Gesetze verabschiedet hat, die den Kosovo-Krieg mit ‚Nie wieder Auschwitz!' begründete und von ‚Kollateralschäden' sprach und deren Kanzler Geschlecht zum ‚Gedöns' erklärte. Meine wissenschaftliche Sozialisation war getragen von inspirierenden Erkenntnissen, dass Gesellschaft in ihrer Herrschaftsförmigkeit uns alle in unserer Subjektivierung durchzieht, dass sich Herrschaft bei aller Unterschiedlichkeit bezüglich Macht und Verantwortung daher nicht auf ein ‚die Bösen da oben und wir Armen hier unten' reduzieren lässt, dass es folglich auch keine Freiräume von Herrschaft geben kann und dass es politisch wie auch pädagogisch fatal ist, den Fiktionen solcher Freiräume auf den Leim zu gehen, weil das verschleierte Herrschaftsförmigkeit begünstigt.

Da bleibt nicht viel Raum für Pathos, Romantik, Utopie. Die machen außerdem verletzlich, Ironie und kritische Distanz sind viel souveräner und cooler.

In dem gleichen desillusionierenden Zeitraum haben sich Geschlechterverhältnisse verändert – aufbauend auf Impulsen vorangegangener Jahrzehnte. Die erreichten Verschiebungen, Erweiterungen und Befreiungen aus traditionellen Geschlechterbildern fanden und finden statt unter Bedingungen einer erstarkenden neoliberalen Hegemonie. Diese bedroht emanzipatorische Potenziale eines Wandels von Geschlechterordnungen durch ein klassisch wirtschaftsliberales Primat des Marktes und der Verwertbarkeit. Scheinbar kleine Transformationen pervertier(t)en Ziele und Forderungen feministischer Gleichstellungskämpfe:

- Nicht: Wahlfreiheit, sondern: alles können sollen und für alles zuständig sein.
- Nicht: Selbstbestimmung, sondern: Selbstoptimierung entlang wirtschaftlicher und sozialer Anforderungen.
- Nicht: gleichberechtigte/-r Zugang, Zuständigkeit, Verhandelbarkeit und individuelle Gleichwertigkeit der Bereiche, Tätigkeiten und Fähigkeiten, die traditionell in ‚weiblich' und ‚männlich' aufgeteilt sind. Sondern: Verwarenförmigung (Kommodifizierung) und Verwertungslogik für alle Bereiche bei weiter bestehenden Geschlechterhierarchien und Androzentrismen.
- Wenig Förderung von *allen* Frauen (nicht nur ökonomisch begehrter weiblicher Fachkräfte), anderen Nicht-Männern und von Gleichstellung allgemein. Stattdessen: ‚Fordern' von Menschen, die Fürsorgetätigkeiten übernehmen, durch systematische Verarmung entlang neuer Unterhaltsgesetzgebungen, schlechter Bezahlung im sozialen Bereich und unzumutbare Bedingungen bei sozialen Transferleistungen.

Diese mehr oder weniger subtilen neoliberalen Entstellungen von Gleichstellungspolitiken sorgen für eine Entfremdung vom emanzipatorischen Potenzial von Feminismen. Die utopischen Momente und somit die Kraft, Befreiungsgefühle und der emotionale Zugang zu den Gewinnseiten von Geschlechtergleichstellung gehen verloren. Und das nicht, weil es diese Elemente auf feministischer und queerer Seite nicht mehr gäbe. Aber sie finden weniger Gehör und vielen von uns, so scheint mir, ist die Kraft ausgegangen, die zurzeit nötig ist, um utopische Momente stark zu machen. Analytische Herangehensweisen, Pragmatismus und Ironie sind vor dem Hintergrund dieser gesellschaftlichen Zustände und vielleicht insbesondere der beschriebenen Prägung meiner Generation leichter zugänglich.

Kapitalistische Zumutungen, insbesondere in Zeiten der Hegemonie (derzeit in neoliberaler Gestalt), ebenso wie patriarchale Zumutungen (und auch rassistische, ableistische, klassistische …) bedingen schmerzhafte Verluste – der Selbstbestimmung, der Gestaltbarkeit der Bedingungen der Lebensführung, der Fähigkeit, sich zu anderen solidarisch anstatt konkurrenzhaft in Beziehung zu setzen, der Liebesfähigkeit (erotisch, freundschaftlich, familiär). Ein Teil dieser Verluste wie auch der enttäuschten Hoffnungen auf Selbstbestimmung und gleichberechtigtere und liebevollere Verhältnisse der Menschen untereinander, wird – so scheint mir – derzeit auf ‚den Feminismus' projiziert.

Gerade ‚dem Feminismus' (als hätte es nicht schon immer verschiedene Feminismen gegeben) wird die kapitalistisch und patriarchal bedingte Ernüchterung, Emotionslosigkeit und Romantikfeindlichkeit vorgeworfen. Konservative bzw. Rechte eignen sich das Feld der Romantik (und vielleicht auch des Utopischen, da bin ich mir nicht sicher) an und es gelingt ihnen, sich als letztes Bollwerk gegen Marktförmigkeit (zumindest im Kontext von Weiblich-

keit, Familie und Fürsorge), Eingriffe in (identitäre und emotionale) Selbstbestimmung, Emotionalität und Romantik darzustellen. Es wäre interessant zu untersuchen, wie es ihnen gelingt, damit auch nur einen Funken an Glaubwürdigkeit zu gewinnen, aber irgendwie scheint das zu funktionieren.

Mir geht es nicht darum, einem diffusen ‚uns' (gemeint sind Menschen, die um eine Egalität ringen, die weit über formalrechtliche Gleichberechtigung hinausweist) die Schuld an dieser Gemengelage zuzuschieben – das wäre erstens selbstzerstörerisch, zweitens Größenwahn und den realen Kräfteverhältnissen nicht angemessen. Es ist schwierig, in dieser Situation handlungsfähig zu sein. Dennoch: Es braucht wieder eine größere Sichtbarkeit utopischer Momente und emotionaler Zugänge zu den Gewinnen einer radikalen Politik der Gleichheit bei individueller Vielfalt. Dafür müssen Enttäuschungen, Ohnmachtsgefühle und Desillusionierungen betrauert werden, damit die Tatkraft nicht in Melancholie ertrinkt. Im Sinne einer Wehrhaftigkeit gegen kapitalistische Entfremdung müssen ganzheitliche Befreiungspotenziale erfahrbar werden. Dekonstruktion darf in ihrem Befreiungspotenzial nicht bloß auf der analytischen Ebene stecken bleiben – die neuen (auch analytisch) erkämpften Räume gilt es aufzusuchen und erlebbar zu machen – und zwar für Menschen aller Geschlechter, sexuellen Orientierungen, Klassenzugehörigkeiten, Herkünfte, Hautfarben, Körperlichkeiten, Befähigungen etc.

Neben Identitäten muss es dabei auch um utopische Erlebnisse von Beziehungen und Bezogenheit gehen (im weitesten Sinne und je nach Wunsch und Kontext: erotisch-sexuell, partnerschaftlich, freund_innenschaftlich, transgenerationell, kollegial etc.). Es lohnt sich zu kämpfen um Liebe, Solidarität und Verbundenheit. Der Körper sollte wieder als Ort des Genusses, der Kraft und der Empfindsamkeit erfahrbar und wertgeschätzt werden – der eigene und ebenso die Körper anderer.

Eigensinnige Lebendigkeit könnte ein Indikator des guten Lebens sein – ohne Angst verschieden sein zu können, den eigenen Impulsen neugierig zu begegnen und sie weiterzuverfolgen (nicht unkritisch, aber wertschätzend), Unterschiedlichkeit als selbstverständlich anzuerkennen und wertzuschätzen, Interessenkonflikte auf Augenhöhe auszuhandeln und für Entwicklungsmöglichkeiten offen zu bleiben.

Dabei geht es nicht darum, die Augen zu verschließen vor Einschränkungen, Machtasymmetrien und Ungerechtigkeiten. Aber es braucht utopische Momente, um Kraft zu schöpfen und dem Unerfreulichen nicht mit Normalisierung und Zynismus zu begegnen, sondern mit Empörung und Kampfgeist. Ja, das sind verdammt schwere Balanceakte, und nein, wir können nicht zaubern, ich weiß, und das macht ratlos. Aber dennoch: Ein bisschen Verzauberung hilft auch schon weiter – wenn schon keine ganze Utopie, so sind doch utopische Momente möglich. Lasst uns gemeinsam (be)zaubern.

Autor_innenangaben

Christian Beeck studiert Europäische Ethnologie (M. A.) in Berlin mit Schwerpunkt auf Gender und kritische Männlichkeitsforschung. Er interessiert sich besonders für Mehrfachprivilegierung und -diskriminierung sowie Möglichkeiten patriarchatskritischer Männlichkeiten in Praxis und Theorie.

Chiara Maria Bothe, Musikerin und Aktivistin, Studierende der Gender Studies und Erziehungswissenschaften mit Schwerpunkt Erwachsenenbildung an der Humboldt-Universität zu Berlin. Im Wintersemester 2014/15 Praktikantin bei *Dissens – Institut für Bildung und Forschung* im Bereich Rechtsextremismusprävention. Arbeitsschwerpunkte u. a.: Lernen und Emotionen, Lernprozesse Erwachsener in politischer Bildungsarbeit.

Sebastian Bubner, M. A., ist Lehrer für Deutschlernklassen an einer Berliner Sekundarschule. Er interessiert sich insbesondere für einen antidiskriminierenden Umgang mit Geschlechtervielfalt, Friedenspädagogik und gewaltfreie Konfliktlösung sowie die Verwendung des Bildes in Didaktik und (politischer) Kunst.

María do Mar Castro Varela, Professorin für Allgemeine Pädagogik und Soziale Arbeit an der Alice Salomon Hochschule Berlin. Diplom-Psychologin und Diplom-Pädagogin sowie promovierte Politikwissenschaftlerin mit den Arbeitsschwerpunkten: Postkoloniale Theorie, Kritische Migrationsforschung und Holocaust Studies.

Katharina Debus, Dipl.-Pol., ist Mitarbeiterin bei *Dissens – Institut für Bildung und Forschung* und freiberuflich tätig. Schwerpunkte: Fortbildung, Forschung und Bildungs-Evaluation zu den Themen Geschlechterverhältnisse, geschlechtliche und sexuelle Vielfalt, Intersektionalität, Bildung (schulisch, außerschulisch und Erwachsenenbildung), geschlechterreflektierte Pädagogik, intersektionale Pädagogik, geschlechterreflektierte Rechtsextremismusprävention, Rassismuskritik in der Pädagogik. Jugendbildnerische Sozialisation: Mädchenarbeit und Arbeit mit Erzieher_in-Azubis in der Heimvolkshochschule Alte Molkerei Frille, reflexive Koedukation u. a. zu Geschlecht und zu Rassismus in anderen Kontexten. Kontakt: katharina.debus@dissens.de

Kai Dietrich, Sozialpädagoge M. A., Projektmitarbeiter im Bereich der geschlechterreflektierenden Präventionsarbeit gegen Neonazismus bei der Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Sachsen e. V., weitere Tätigkeiten im Rahmen der Umsetzung von Fortbildungen und Qualifikationen zu den Themen Jungenarbeit und Neonazismusprävention sowie Mitarbeit und Beratung bei der Umsetzung kommunaler und verbandlicher Strategien gegen Neonazismus und antidemokratische Mobilisierungsdiskurse.

Enrico Glaser, Soziologe, freier Mitarbeiter der AGJF Sachsen e. V. und der Amadeu Antonio Stiftung, ist seit 2008 in der politischen Erwachsenenbildung im Themenfeld Auseinandersetzung der Jugendhilfe mit Neonazismus tätig. 2011 bis 2014 war er im Bundesmodellprojekt „Mut vor Ort. Geschlechterreflektierende Neonazismusprävention" bei der AGJF Sachsen e. V. beschäftigt.

Dr. Meike Günther, Dipl. Sozialarbeiterin/Sozialpädagogin (FH), wissenschaftliche Referentin im Deutschen Institut für Menschenrechte; langjährige Tätigkeit in der Sozialen Arbeit und in der historisch-politischen Bildungsarbeit; Empowermenttrainerin mit Menschen mit Behinderungen, Lehrbeauftragte an Hochschulen für Soziale Arbeit. Kontakt: post@meikeguenther.de

Andreas Hechler nennt mittlerweile 20 Zauberwürfel sein eigen und ist gelegentlich als DJ ‚lila Pudel' (‚Pop ohne Skrupel') unterwegs. Er hat Europäische Ethnologie und Gender Studies studiert, arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter und Fortbildner bei *Dissens – Institut für Bildung und Forschung*, ist zurzeit inaktiver Verfahrensbeistand und hat viele Jahre im außerschulischen Bereich pädagogisch mit Jungen_ gearbeitet. Arbeitsschwerpunkte: Geschlechtertheorie und -pädagogik, der gesellschaftliche Umgang mit Intergeschlechtlichkeit, NS-‚Euthanasie', Erinnerungspolitik, Rassismus, Antisemitismus, mehrdimensionale Diskriminierung und Privilegierung. Kontakt: andreas.hechler@dissens.de

Dr. Gabriele Kämper studierte Literaturwissenschaften und Philosophie in Berlin und Madrid. Sie publiziert und unterrichtet zu Fragen politischer Rhetorik, konservativer Ideengeschichte, literarischen Imaginationen von Männlichkeit und kulturellen Repräsentationen. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind geschlechtliche Kodierungen kollektiver Gedächtnisorte, politischer Diskurse und poetologischer (Selbst)entwürfe. Gabriele Kämper leitet die Geschäftsstelle Gleichstellung des Landes Berlin. Sie ist Beirätin der Feministischen Studien. Publikationen u. a.: „Vom Verschwinden der feministischen Theorie mit ihrem Gegenstand" (2013), „Das Schweigen der Musen" (2010), „Der Gender Appeal – Rhetoriken kollektiver Selbstermächtigung in nationalen Diskursen"

(2008), „Die männliche Nation. Politische Rhetorik der neuen intellektuellen Rechten“ (2005), „Der ‚Kult der Kälte‘: Figurationen von Faszination und Männlichkeit im Rückblick auf Ernst Jünger“ (2000).

Juliane Karakayalı ist Professorin für Soziologie an der evangelischen Hochschule Berlin. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen in den Bereichen Migration, Rassismus und Geschlechterverhältnisse. Sie ist Mitglied im Netzwerk kritische Migrations- und Grenzregimeforschung sowie im Rat für Migration.

Andreas Kemper ist Doktorand am Institut für Soziologie (Münster). Sein Forschungsschwerpunkt ist Klassismus. Er befasst sich mit Klassismus („Klassismus. Eine Einführung“, 2009, zus. m. H. Weinbach), organisiertem Antifeminismus, („(R)echte Kerle. Zur Kumpanei der Männerrechtsbewegung“, 2011; „Die Maskulisten. Organisierter Antifeminismus im deutschsprachigen Raum“, 2012, Hrsg.) und rechten, ungleichzeitigen Ideologien und Bewegungen („Rechte Euro-Rebellion. Alternative für Deutschland. Zivile Koalition e. V.“, 2013; „Sarrazins Correctness. Ideologie und Tradition der Menschen- und Bevölkerungskorrekturen“, 2014) und erstellte Expertisen zur Geschlechterpolitik der AfD für die Friedrich-Ebert-Stiftung („Keimzelle der Nation I“, 2014, „Keimzelle der Nation II“, 2014).

Bernard Könnecke, Dipl.-Pol., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Geschäftsführer bei *Dissens – Institut für Bildung und Forschung*. Langjährige Praxis in und Fortbildungstätigkeit zu geschlechterreflektierter Kinder- und Jugendarbeit vor allem mit Jungen*. Aktueller Arbeitsschwerpunkt: Sexualisierte Gewalt gegen männliche* Kinder und Jugendliche. Kontakt: bernard.koennecke@dissens.de

Dr. Michaela Köttig ist Professorin für Kommunikation, Gesprächsführung und Konfliktmanagement an der Frankfurt University of Applied Sciences, Soziologin und (Sozial-)Pädagogin. Berufserfahrung u. a. in den Bereichen politische Partizipation von Mädchen und Jungen, Mädchenbildungsarbeit, offene Mädchenarbeit in einer gemischtgeschlechtlichen rechtsextrem orientierten Jugendclique. Lehrtätigkeiten an verschiedenen Universitäten und außeruniversitären Bildungseinrichtungen. Wissenschaftliche Schwerpunkte: Rechtsextremismus und Frauen, Migration, Biografieforschung und Interaktionsanalysen.

Vivien Laumann, Dipl.-Psychologin, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin bei *Dissens – Institut für Bildung und Forschung* in den Projekten „Männlichkeit(en) und Rechtsextremismus“ und seit 2015 im Projekt „Interventionen

für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt – Stärkung der Handlungsfähigkeit vor Ort" sowie freie Mitarbeiterin im Anne Frank Zentrum Berlin. Arbeitsschwerpunkte: Geschlechterreflektierte Pädagogik, geschlechtliche und sexuelle Vielfalt, Geschlecht und Rechtsextremismus, politische Jugend- und Erwachsenenbildung.

Dr. Esther Lehnert, Professorin für Geschichte, Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit an der Alice Salomon Hoschschule. Seit Jahren in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremimus – mit dem Schwerpunkt Gender – befasst. Mitarbeiterin der Fachstelle Gender und Rechtsextremismus der Amadeu Antonio Stiftung und Mitglied im Frauenforschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus.

David Nax, Diplom-Soziologe, arbeitet seit 2011 bei *Dissens – Institut für Bildung und Forschung* in Berlin in den Bereichen Gender und Gewalt und kritische Männlichkeitsforschung. Sein Forschungsschwerpunkt ist die Relationalität von postmodernen (europäischen) männlichen Identitäten, dem sich durch feministische Irritationen verändernden androzentrischen Dispositiv sowie der sich transformierenden Ökonomie.

Udi Nir und Sagi Bornstein haben die Zauberwürfelbilder angefertigt. Sie verbringen ihre Zeit zwischen Berlin und Tel-Aviv als Drehbuchautoren für Theater und Film, mit Filmschnitt und dem Anfertigen von Dokumentarfilmen. Kontakt: udinir1@gmail.com, sagibabi@gmail.com

Katharina Obens studierte Psychologie an der Freien Universität Berlin und promoviert derzeit zum Thema Emotionen und historisches Lernen in Zeitzeugengesprächen. Die Schwerpunkte ihrer Arbeit sind sozialpsychologische Holocaustforschung, Emotionspsychologie, Geschichtsdidaktik und empirische Bildungsforschung. Sie arbeitet als Evaluatorin für das Jüdische Museum Berlin, als Dokumentarfilmerin sowie als Bildungsreferentin in der historisch-politischen Bildung für die Topographie des Terrors und das Visual History Archive der USC Shoah Foundation. Sie ist seit 1993 Mitglied des Auschwitz-Komitees in der BRD e. V. Kontakt: www.lernkultur.org

Dr. Heike Radvan, geboren 1974 auf Rügen, ist Erziehungswissenschaftlerin und promovierte 2010 zum Thema „Pädagogisches Handeln und Antisemitismus" an der Freien Universität Berlin. Sie studierte Sozialpädagogik an der Alice Salomon Hochschule in Berlin und ist seit 2002 in der Amadeu Antonio Stiftung mit mehreren Arbeitsschwerpunkten tätig, u. a. „Pädagogisches Handeln im Umgang mit Antisemitismus" und „Geschlechterreflektierende

Rechtsextremismusprävention“. Sie koordinierte die Erarbeitung der Wanderausstellungen „Das hat’s bei uns nicht gegeben! Antisemitismus in der DDR“ und „Germany after 1945. A society confronts Anti-Semitism, Racism and Neonazism“. Seit 2012 leitet sie die Fachstelle „Gender und Rechtsextremismus“ bei der Amadeu Antonio Stiftung. Sie ist Lehrbeauftragte an der Freien Universität im „European Master for Intercultural Education“.

Lena Rahn, mehrjährige Berufserfahrung als Erzieherin in verschiedenen pädagogischen Bereichen, Studium der Sozialen Arbeit an der Alice Salomon Hochschule Berlin und Newman University in Birmingham/UK mit Schwerpunktthema Geschlecht in Verknüpfung mit anderen Ungleichwertigkeitsideologien.

Florian Schmitt, M. A., ist Politikwissenschaftler mit den Schwerpunkten Sozialphilosophie, Politische Theorie und Neue Medien. Er war unter anderem als Online-Redakteur beim Portal Ideengeschichte, Politik Digital und Filmstarts tätig und arbeitet an einer Promotion zum Thema „‚Schwierige Fiktionen‘ – Das Politische im Film“.

Olaf Stuve arbeitet bei *Dissens – Institut für Bildung und Forschung* zu den Themen Geschlecht und Bildung/Pädagogik, Geschlecht und Gewalt(prävention), Geschlecht und Neonazismus(prävention) sowie Intersektionalität. Er war lange Zeit in der geschlechterreflektierten Kinder- und Jugendarbeit vor allem mit Jungen* tätig. Seit mehreren Jahren liegt sein Schwerpunkt in der beruflichen und politischen Erwachsenenbildung, Beratung, Evaluation und Forschung.

Kevin Stützel, Diplom-Pädagoge mit Schwerpunkt Sozialpädagogik, Promovend an der Freien Universität Berlin, Dissertationsprojekt: „Jugendarbeit und Jugendliche mit rechten Orientierungen“; Arbeitsschwerpunkte: Rekonstruktive Sozialforschung/Dokumentarische Methode, Rechtsextremismus- und Geschlechterforschung, geschlechterreflektierte Bildungsarbeit.

Patrick Wielowiejski hat Gender Studies, Cultural Studies und Linguistik in Berlin (Humboldt Universität), London (Goldsmiths) und Oslo studiert und schreibt aktuell seine Masterarbeit über die Rolle von „Homofreundlichkeit“ in der europäischen Rechten. Theoretisch interessiert ihn dabei, wie Queer Theory und Marxismus zusammengedacht werden können. Seine Recherche zur Neonazi-Kampagne „Todesstrafe für Kinderschänder“ ist im Rahmen eines Praktikums bei *Dissens – Institut für Bildung und Forschung* entstanden. Kontakt: patrick.wielowiejski@gmail.com

Sozial gegen Rechts



Silke Baer
Kurt Möller
Peer Wiechmann (Hrsg.)

Verantwortlich Handeln:
Praxis der Sozialen Arbeit mit rechtsextrem orientierten und gefährdeten Jugendlichen

2014. 357 Seiten. Kart.
34,90 € (D), 35,90 € (A)
ISBN 978-3-8474-0173-5

Wie können Rechtsextremismus und menschenverachtende Haltungen wirksam bearbeitet und unterbunden werden? Die Autor_innen stellen erfolgversprechende Praxisansätze der Sozialen Arbeit für den Umgang mit rechtsextrem orientierten und gefährdeten Jugendlichen vor. Sie zeigen daneben konkrete Möglichkeiten der Prävention und Intervention auf.

Jetzt in Ihrer Buchhandlung bestellen oder direkt bei:

Verlag Barbara Budrich
Barbara Budrich Publishers
Stauffenbergstr. 7
51379 Leverkusen-Opladen

Tel +49 (0)2171.344.594
Fax +49 (0)2171.344.693
info@budrich.de

www.budrich-verlag.de

Gender – theoretisch



Katharina Walgenbach
Gabriele Dietze
Lann Hornscheidt
Kerstin Palm

Gender als interdependente Kategorie

2., durchgesehene Aufl.
2012. 192 Seiten. Kart.
19,90 € (D), 20,50 € (A)
ISBN 978-3-86649-496-1

Aus der Perspektive unterschiedlicher Fachbereiche präsentiert dieser Band eine theoretische Diskussion der Zusammenhänge zwischen Geschlecht, Sexualität, Ethnizität, Schicht etc. Ein Buch für alle, die sich mit Konzepten von Diversity sowie mit Gender beschäftigen.

Jetzt in Ihrer Buchhandlung bestellen oder direkt bei:

Verlag Barbara Budrich
Barbara Budrich Publishers
Stauffenbergstr. 7
51379 Leverkusen-Opladen

Tel +49 (0)2171.344.594
Fax +49 (0)2171.344.693
info@budrich.de

www.budrich-verlag.de